THILO SARRAZIN

DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB

Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

Deutsche Verlags-Anstalt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1 Staat und Gesellschaft - Ein historischer Abriss

2 Ein Blick in die Zukunft - Realitäten und Wunschvorstellungen
- Wohlstandsentwicklung
- Wirtschaftskraft im internationalen Vergleich
- Arbeitsproduktivität
- Annahmen zur wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung bis zum Jahr 2050
- Erläuterung der Projektionsergebnisse

3 Zeichen des Verfalls - Eine Bestandsaufnahme
- Wir werden älter und weniger an Zahl
- Unsere Gesellschaft wird heterogener
- Wir werden weniger leistungsfähig
- Die bildungsfernen Milieus und die Unterschichtphänomene verfestigen sich

4 Armut und Ungleichheit - Viele gute Absichten, wenig Mut zur Wahrheit
- Was ist eigentlich Armut?
- Auswirkungen auf das Individuum
- Armut und Gesellschaft

5 Arbeit und Politik - Über Leistungsbereitschaft und Arbeitsanreize
- Geht die Arbeit aus?
- Arbeit in einer vernetzten Welt
- Politische Einflussnahme auf den Arbeitsmarkt

6 Bildung und Gerechtigkeit - Über den Unterschied von gut und gut gemeint
- Ziele
- Der Bildungskanon als hierarchische Struktur oder Wie ich lesen lernte
- Lernen
- Meister ohne Übung?
- Denken und Auswendiglernen
- Kann jeder alles lernen?
- Was misst eigentlich Pisa?
- Mädchen und Jungen
- Wer sollte zusammen lernen? Welches Schulsystem brauchen wir?
- Bildung und Herkunft, Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit
- Die Bildungsfernen
- Gut ist das Gegenteil von gut gemeint: ein schlechtes Reformbeispiel aus Berlin
- Was kann man tun?

7 Zuwanderung und Integration - Mehr erwarten, weniger bieten
- Zu- und Abwanderung in Deutschland
- Migranten muslimischer Herkunft
- Islam ja, Islamismus nein?
- Ökonomische Integrationsprobleme
- Kulturelle Integrationsprobleme
- Parallelgesellschaften?
- Das Beispiel Neukölln
- Was wollen wir?
- Assimilation - ein Verbrechen?
- Eroberung durch Fertilität?
- Sozialstaat und Integration
- Was tun?

8 Demografie und Bevölkerungspolitik - Mehr Kinder von den Klugen, bevor es zu ...
- Demografische Trends in den entwickelten Industriegesellschaften (G 7)
- Der demografische Trend in Deutschland
- Die Folgen des Trends
- Einflüsse auf die demografische Entwicklung
- Ein kleines Bevölkerungsmodell
- Weshalb Einwanderung für Deutschland keine Lösung ist
- Weshalb die Nettoreproduktionsrate kein Schicksal sein darf
- Sozialisation und die Logik des gelebten Lebens
- Überlegungen zur Trendumkehr
- Nichts ist unabänderlich

9 Ein Traum und ein Alptraum - Deutschland in 100 Jahren
- Ein Alptraum...
- ... und eine Alternative

Danksagung
Anmerkungen
Personenregister
Sachregister
Tabelle Demografie, Produktivität und Altenlast
Copyright

Einleitung

Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.
FERDINAND LASSALLE

In den wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch sehr erfolgreichen Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg wuchs in Deutschland der Stolz auf den Fleiß und die Tüchtigkeit seiner Bürger, auf den stetig steigenden Lebensstandard und den immer weiter ausgebauten Sozialstaat. Die vier größeren Wirtschaftskrisen - 1966/67, 1974/75, trauen in die Solidität des eigenen Wirtschafts- und Sozialmodells wenig anhaben können. Selbst die Auswirkungen der Globalisierung, die Verschiebung der Gewichte in der Welt, die Umweltbelastungen und die zu befürchtenden Folgen des Klimawandels haben den Grundoptimismus der Deutschen - auch wenn sie gerne jammern - bisher nicht nachhaltig beeinträchtigt. Dieser Grundoptimismus und die Jahrzehnte des fast ungetrübten Erfolgs haben aber die Sehschärfe der Deutschen getrübt für die Gefährdungen und Fäulnisprozesse im Innern der Gesellschaft.

»Deutschland schafft sich ab?« ? welch eine absurde Befürchtung, mögen viele denken, wenn sie dieses solide Land mit seinen 80 Millionen Einwohnern in der Mitte Europas betrachten: die Städte, die Industrie, die Autos, Handel und Wandel, Leben und Treiben... Ein Land aber ist das, was es ist, durch seine Bewohner und deren lebendige geistige sowie kulturelle Traditionen. Ohne die Menschen wäre es lediglich eine geografische Bezeichnung. Die Deutschen aber schaffen sich allmählich ab. Eine Nettoreproduktionsrate von 0,7 oder weniger, wie wir sie seit 40 Jahren haben, bedeutet ja nichts anderes, als dass die Generation der Enkel jeweils halb so groß ist wie die der Großväter. Die Geburtenzahl sank in Deutschland von über 1,3 Millionen jährlich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre auf 650000 im Jahr 2009 ab. Geht das so weiter - und warum sollte sich etwas ändern an diesem Trend, der schon über vier Jahrzehnte anhält -, dann wird nach drei Generationen, also in 90 Jahren, die Zahl der Geburten in Deutschland bei rund 200 000 bis 250 000 liegen. Höchstens die Hälfte davon werden Nachfahren der 1965 in Deutschland lebenden Bevölkerung sein.

Die Deutschen hätten sich damit quasi abgeschafft. Manche mögen dieses Schicksal als gerechte Strafe empfinden für ein Volk, in dem einst SS-Männer gezeugt wurden - nur so lässt sich die zuweilen durchscheinende klammheimliche Freude über die deutsche Bevölkerungsentwicklung erklären. Andere trösten sich damit, dass auch ein kleines Volk leben und überleben kann, und verweisen auf Dänemark mit seinen rund 5 Millionen Einwohnern. Deutschland wäre dann eben künftig ein Dänemark auf etwas größerer Fläche. Ginge das nicht auch? Was wäre daran so schlimm? Es würde vielleicht gehen, wären da nicht die qualitativen demografischen Verschiebungen jenseits der schieren Nettoreproduktionsrate sowie die Armutsmigration und der Bevölkerungsdruck über die Grenzen hinweg.

Vernünftig diskutiert haben wir über die demografische Entwicklung in Deutschland in den letzten 45 Jahren nicht. Wer nicht mit im Strom der Beschwichtiger und Verharmloser schwamm, wer sich gar besorgt zeigte, der musste bald frustriert erkennen, dass er alleine stand, und nicht selten fand er sich in die völkische Ecke gestellt. Abgesehen davon befindet sich der gesellschaftliche Diskurs in Deutschland in einem merkwürdigen Widerspruch: Einerseits ist die öffentliche Diskussion geprägt von Unterhaltungslust und dem Vergnügen an Skandalisierungen, andererseits ist sie zunehmend von den Euphemismen der politischen Begrifflichkeit beherrscht:

- Über die Folgen des Geburtenrückgangs durfte man Jahrzehnte überhaupt nichts sagen, wenn man nicht unter völkischen Ideologieverdacht geraten wollte. Das hat sich inzwischen geändert, da die Generation der Achtundsechziger Angst um ihre Rente bekommen hat. Aber jetzt ist es 40 Jahre zu spät.
- Die sozialen Belastungen einer ungesteuerten Migration waren stets tabu, und schon gar nicht durfte man darüber reden, dass Menschen unterschiedlich sind - nämlich intellektuell mehr oder weniger begabt, fauler oder fleißiger, mehr oder weniger moralisch gefestigt - und dass noch so viel Bildung und Chancengleichheit daran nichts ändert. Da dieser Gundsachverhalt geleugnet wurde, war jeder Diskussion über die zahlreichen Fehlsteuerungen des Sozialstaats der Boden entzogen. Es war tabu, darüber zu reden,
  - dass man zwar 90 Prozent der Schüler einer Jahrgangsstufe zur Hochschulreife führen kann, aber dennoch nicht einmal 10 Prozent von diesen den Anforderungen eines Mathematikstudiums gewachsen sind
  - dass wir als Volk an durchschnittlicher Intelligenz verlieren, wenn die intelligenteren Frauen weniger oder gar keine Kinder zur Welt bringen
  - dass der Einzelne selbst für sein Verhalten verantwortlich ist und nicht die Gesellschaft.

»Wer nicht lernt, bleibt unwissend. Wer zuviel isst, wird dick.« Solche Wahrheiten auszusprechen, gilt als politisch inkorrekt, ja als lieblos und eigentlich unmoralisch - zumindest aber ist es unklug, wenn man in politische Ämter gewählt werden möchte. Die Tendenz des politisch korrekten Diskurses geht dahin, die Menschen von der Verantwortung für ihr Verhalten weitgehend zu entlasten, indem man auf die Umstände verweist, durch die sie zu Benachteiligten oder gar zu Versagern werden:

- Kann ein Schüler dem Unterricht nicht folgen, so liegt das an der Bildungsferne des Elternhauses.
- Leiden Kinder aus einfachen Verhältnissen auffallend häufig an Übergewicht infolge Bewegungsmangel, so liegt das nicht an der Vernachlässigung durch die Eltern, sondern an der sozialen Notlage der Familie.
- Machen die Kinder von Alleinerziehenden in pädagogischer Hinsicht Schwierigkeiten, so ist dafür die Gesellschaft verantwortlich, die den Alleinerziehenden nicht genügend Unterstützung gewährt. Dabei wäre doch zu fragen, welche gesellschaftlichen Umstände und individuellen Dispositionen dazu führen, dass es so viele Alleinerziehende gibt, und was man dagegen tun kann.
- Sprechen türkische Migranten auch in der dritten Generation noch nicht richtig deutsch, so wird eine Integrationsfeindlichkeit des Umfeldes ausgemacht. Aber warum, so fragt man sich, beobachtet man diese Schwierigkeiten bei fast allen anderen Migrantengruppen nicht?

Aus der soziologisch richtigen aber banalen Erkenntnis, dass in der Gesellschaft alles mit allem zusammenhängt, hat sich eine Tendenz entwickelt, alles auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu schieben und so den Einzelnen moralisch und weitgehend tatsächlich von der Verantwortung für sich und sein Leben zu entlasten. Wie Mehltau hat sich politische Korrektheit über die Struktur- und Steuerungsfragen der Gesellschaft gelegt und erschwert sowohl die Analyse als auch die Therapie.

Welch einen Sturm der Empörung löste ich als Berliner Finanzsenator aus mit dem detaillierten Nachweis, dass man sich mit dem Betrag für Essen und Getränke in der staatlichen Grundsicherung sehr wohl gesund und abwechslungsreich ernähren kann. Übergewicht infolge falscher Ernährung ist dann aber nicht auf eine objektive Lebenslage zurückzuführen, für die der Einzelne nichts kann, sondern das Ergebnis individueller Verhaltensweisen, für die jeder selbst die Verantwortung trägt. Das aber wollten weder viele Betroffene noch die politisch Korrekten hören. Dass viele der Betroffenen sich in E-Mails und Leserbriefen empört äußerten, konnte ich verstehen, weniger, dass die sogenannten Gutmenschen über mich herfielen, als ich in einem Interview beiläufig erwähnte, dass das Tragen eines Pullovers helfen könne, Energiekosten zu sparen, da man dann weniger heizen müsse.

In die Steuerung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sollte einfließen, was man erreichen will, sowie die realistische Einschätzung tatsächlicher Wirkungszusammenhänge. Jeder, der über Gesellschaft nachdenkt oder diese mitgestalten will, agiert aber implizit oder explizit aus einem normativen Zusammenhang. Wenn er dabei die Natur des Menschen und die tatsächlichen soziologischen und psychologischen Wirkungszusammenhänge vernachlässigt oder falsch einschätzt, lebt und agiert er in einem Zerrbild. Sozialingenieure, die so verfahren, richten mehr Schaden als Nutzen an. Leider gibt es sie, und viele von ihnen schaden unserer Gesellschaft und trüben unsere Zukunftsaussichten. So wurde viel zu lange übersehen, dass die Alterung und Schrumpfung der deutschen Bevölkerung einhergeht mit qualitativen Veränderungen in deren Zusammensetzung. Über die schiere Abnahme der Bevölkerung hinaus gefährdet vor allem die kontinuierliche Zunahme der weniger Stabilen, weniger Intelligenten und weniger Tüchtigen die Zukunft Deutschlands. Dass das so ist, weshalb das so ist, und was man dagegen tun kann - davon handelt dieses Buch.

Ich stütze mich in meinen Ausführungen auf empirische Erhebungen, argumentiere aber direkt und schnörkellos. Es geht mir vor allem um Klarheit und Genauigkeit, die Zeichnung ist daher kräftig, nicht unentschlossen oder krakelig. Ich habe darauf verzichtet, heikel erscheinende Sachverhalte mit Wortgirlanden zu umkränzen, mich jedoch um Sachlichkeit bemüht - die Ergebnisse sind anstößig genug.

Deutschland ist, wirtschaftlich gesehen, in der Spätphase eines goldenen Zeitalters, das um 1950 begann und langsam zu Ende geht. Das Realeinkommen des einzelnen Erwerbstätigen steigt schon seit 20 Jahren nicht mehr, spätestens in 10 Jahren wird es sinken, und das wird infolge der demografischen Verschiebungen ein nachhaltiger Trend sein. Solche Prognosen scheinen nicht zu den aktuellen Exporterfolgen der deutschen Volkswirtschaft zu passen, nicht zur Exzellenzinitiative an den deutschen Universitäten und nicht zu den vielen guten Nachrichten, über die wir uns täglich freuen dürfen. Doch das nützt alles nichts, wenn wir die Grundlagen künftiger Wohlstandssteigerung aufzehren, und genau das tun wir, quantitativ und qualitativ:

- quantitativ, weil seit 45 Jahren jede neue Generation etwa ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende, während gleichzeitig die Lebenserwartung steigt,
- qualitativ, weil sich die Bildungsfähigkeit und die Bildungsvoraussetzungen der Neugeborenen kontinuierlich verschlechtern und die Mentalität zu verkümmern scheint, die die Grundlage jeden produktiven Aufbruchs ist.

Ich war lange genug Fachökonom, Spitzenbeamter und Politiker, um zu jeder meiner Thesen den besten Anwalt aller nur denkbaren Gegenthesen abzugeben. In Form von Vorlagen, Vermerken, Redeentwürfen und Aufsätzen habe ich in den letzten 35 Jahren Tausende von Seiten mit Gegenthesen gefüllt. Meine Chefs mussten politisch überleben, und ich war dazu da, ihnen dabei zu helfen. Das hatte seinen Preis: Oftmals konnten subjektiv empfundene Wahrheiten nur dosiert vorgetragen werden. Immer wieder habe ich die Erfahrung gemacht, dass es in verantwortlicher politischer Position zwar nicht unmöglich, aber sehr schwierig und auch nicht üblich ist, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Es liegt ja durchaus ein Stück politischer Weisheit darin, sich auf lösbare Probleme und mehrheitsfähige Vorschläge zu konzentrieren. Aber das erschwert sowohl die klare Analyse als auch die passende Therapie, und wenn man nicht aufpasst, wird einem das Gehirn bis zum Verlust der Urteilskraft vernebelt. Das geht allen Spitzenpolitikern so; viele flüchten sich leider ins Seichte. Dabei besteht ein großes gesellschaftliches Bedürfnis nach ungeschminkter Wahrheit, aber wer dieses stillt, lebt politisch gefährlich und wird leicht zum Opfer der Medienmacht, die die politisch Korrekten ausüben.

Von meinen 39 Berufsjahren habe ich sieben Jahre als aktiver Politiker in einem Stadtstaat, sechs Jahre als Staatssekretär in einem westdeutschen Flächenland und 16 Jahre in den unterschiedlichsten Funktionen auf verschiedenen Ebenen der Bonner Ministerialbürokratie verbracht. Erst gegen Ende meiner Amtszeit als Finanzsenator in Berlin, nachdem ich durch finanzpolitische Erfolge ein gewisses Renommee erworben hatte, habe ich auch außerhalb des ganz engen Finanzbereichs den einen oder anderen offeneren Vorstoß gewagt, etwa zum Thema Hartz IV oder zu Energiesparmaßnahmen. Trotz aller Erfahrung hat es mich sehr verblüfft, welche Resonanz es auslöst, wenn eine Person des öffentlichen Lebens elementare Lebenszusammenhänge knapp und klar auf den Punkt bringt. Und es hat mich erschreckt, welche Flut von hasserfüllten Mails ich empfing, sobald ich ganz konkret - gesunde Ernährung vom Hartz-IV-Einkommen, Pullover gegen hohe Energiekosten - vorführte, dass Eigenverantwortung und Selbstbestimmung möglich und vor allem notwendig sind. Aber es scheint, als würde die Gruppe derer, die sich aus der Verantwortung für sich selbst und für ihr eigenes Leben verabschieden möchte, immer größer. Diese Entwicklung ist keineswegs beschränkt auf bestimmte Einkommensgruppen oder gesellschaftliche Schichten, und sie ist keineswegs neu. In der Rückschau kann man nämlich einen Trend ausmachen, der sich seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kontinuierlich entwickelt hat.

Die Bundesrepublik der frühen fünfziger Jahre war ein sehr modernes Staatswesen. Nach den zwei verlorenen Kriegen hatten sich katastrophale Folgen gezeigt: Die Institutionen waren zerstört, die Traditionen in Frage gestellt und die Bevölkerung durch Flucht und Vertreibung durcheinandergewirbelt. Doch die spezifischen deutschen Stärken - ein hoher Standard in Wissenschaft, Bildung und Ausbildung, eine leistungsfähige Wirtschaft und eine qualifizierte Bürokratie - waren durch die Katastrophe des Krieges und die Zerstörung der Infrastruktur erstaunlich wenig beeinträchtigt worden. Die Angehörigen der Führungsschichten und der Bürokratie waren zu 90 Prozent willige Helfer der Nazidiktatur gewesen; das wirkte sich aber keineswegs auf ihre Effizienz beim Wiederaufbau aus.

Ganz und gar ungebrochen und durch die Katastrophe und die Chance zum Wiederaufbau sogar noch angestachelt waren der traditionelle deutsche Fleiß und der Hang zum Tüfteln und Verbessern. Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos, und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten.

Damit das deutsche Wirtschaftswunder möglich wurde, mussten aber noch weitere Umstände hinzukommen:

- der Ost-West-Gegensatz, der aus dem besiegten Land plötzlich einen begehrten Partner machte, den es zu fördern und zu stützen galt
- die stürmische Erholung der westlichen Welt nach 20 Jahren Krieg und Weltwirtschaftskrise
- die schnelle Befreiung der westdeutschen Wirtschaft von zahlreichen administrativen Fesseln in den Jahren 1948 bis 1951, Ludwig Erhards großes und bleibendes Verdienst.

Die »soziale Marktwirtschaft« war das große Versprechen, das letztlich das ganze Volk hinter dem Wiederaufbau vereinte: Alle sollten einen fairen Anteil am gemeinsam Erwirtschafteten bekommen, alle sollten vor Hunger, Kälte und drückender Armut geschützt sein, wer arbeiten wollte, sollte auch Arbeit finden. Dieses Versprechen wurde eingelöst, und wie!

- Von 1950 bis 1960 wuchs die westdeutsche Wirtschaft mit einer Jahresrate von acht Prozent.
- Die Arbeitslosigkeit sank von 11,0 Prozent im Jahre 1950 auf 1,3 Prozent im Jahre 1960.
- Das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung stieg in zehn Jahren um fast 70 Prozent. 1955 erwirtschaftete Deutschland ein ebenso hohes Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt wie Frankreich, bereits 1952 war das Pro-Kopf-Sozialprodukt der Siegermacht Großbritannien übertroffen worden.

Das Staatswesen und die Gesellschaftsordnung erreichten in der Bundesrepublik um 1960 einen Legitimationsgrad und eine Akzeptanz wie niemals in den 150 Jahren zuvor und niemals danach. Die SPD hatte im Godesberger Programm 1959 die Konsequenzen daraus gezogen und Frieden mit dem zur »sozialen Marktwirtschaft« gezähmten Kapitalismus gemacht. Doch die Idylle währte nur kurz:

- 1966/67 weckte die erste deutsche Nachkriegsrezession Zweifel, ob Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung quasi permanent zu sichern seien. Diese waren aber bald wieder zerstreut dank der gloriosen Wachstumsraten der Jahre 1968 bis 1971.
- 1968 begann ein Teil der Nachkriegsgeneration gegen ein Gesellschaftsmodell zu protestieren, wonach die wesentliche Legitimationsgrundlage der Gesellschaft und ihre hauptsächliche Zielsetzung in der Erhöhung der Güterproduktion zu bestehen schien.
- 1972 wies der erste Bericht des Club of Rome unter dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« auf die Endlichkeit der Ressourcen dieser Erde hin. Das war der Auslöser für die Umweltbewegung. Von diesem Bericht führt ein direkter Weg zur heutigen Diskussion über die Klimakatastrophe.
- 1973 löste die erste Ölkrise die zweite große Nachkriegsrezession in Deutschland aus. Der Vollbeschäftigungsgrad der sechziger Jahre wurde seither nicht mehr erreicht.
- 1979 folgte nach dem Umsturz im Iran die zweite Ölkrise, die zur dritten Nachkriegsrezession und zum Sturz der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt führte.
- In den achtziger Jahren gelang die Stabilisierung der Weltwirtschaft; eine weltweit veränderte Geldpolitik brachte die Inflation nachhaltig in tolerable Bereiche. Die deutsche Wirtschaft wuchs wieder, wenn auch wesentlich langsamer als in den sechziger und siebziger Jahren. Die Arbeitslosigkeit sank, blieb aber grundsätzlich höher als zuvor.
- 1989 bis 1991 veränderten der Zusammenbruch des Ostblocks und die Auflösung der Sowjetunion die politische und ökonomische Weltkarte radikal. Die Übernahme der Marktwirtschaft im ehemaligen Ostblock, vor allem aber die Übernahme der Marktwirtschaft in China und Südostasien leiteten eine starke und noch anhaltende Veränderung der Gewichtsverteilung in der Weltwirtschaft ein. Dies stellte das deutsche Versprechen der »sozialen Marktwirtschaft« so nachhaltig in Frage wie keine Entwicklung zuvor. Ob es weiterhin eingehalten werden kann, ist fraglich.

Globalisierung und Marktwirtschaft bedeuten letztlich, dass in allen marktwirtschaftlich verfassten Ländern, die ergänzend die nötigen öffentlichen Güter in Bildung und Infrastruktur bereitstellen, vergleichbare Arbeit auch vergleichbar entlohnt wird. Für den Ökonomen heißt das: Grenzkosten (zusätzliche Kosten der jeweils letzten produzierten Einheit) und Grenzprodukt (Zuwachs des Ertrags,

der durch den Einsatz einer jeweils weiteren Einheit eines Produktionsfaktors erzielt wird) des Produktionsfaktors Arbeit tendieren in den globalisierten offenen Marktwirtschaften weltweit zur Angleichung. So wie es in der globalisierten Welt den Welteinheitszins als Grenzentlohnung des Kapitals gibt, so gibt es tendenziell auch eine einheitliche Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit. Es ist ganz folgerichtig, dass die realen Stundenlöhne in Deutschland - genau wie beispielsweise in den USA und in Italien - heute nicht höher sind als 1990. Sie werden auch nicht mehr steigen, bis Staaten wie China, Indien und Thailand das westliche Lohnniveau erreicht haben. Diese Entwicklung trifft Deutschland in einer Phase, in der seine Kraft aus ganz anderen Gründen erlahmt, und auch davon handelt dieses Buch.

Der Keim für diese Fehlentwicklungen, die unsere Zukunft verdüstern, ist bereits in den triumphalen späten fünfziger Jahren gelegt worden. Damals begann eine Kette institutioneller Reformen, von denen jede einzelne wohlgemeint war und sicher individuell auch viel Gutes gebracht hat. Die kombinierte Wirkung dieser Reformen leitete aber einen gesellschaftlichen Substanzverzehr ein, der unsere Zukunft bedroht. Im Kern geht es um vier Themenkomplexe, die miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen:

- um die seit 40 Jahren eingetretenen demografischen Verschiebungen und generativen Verhaltensänderungen sowie deren Weiterwirken in die Zukunft[1]
- um die in unserem Sozialsystem liegenden Anreize, ein selbstbestimmtes Leben zu führen - oder dies eben nicht zu tun
- um Sozialisation, Bildung und lebensweltliche Motivation der Menschen
- um die Qualität, die Struktur und den kulturellen Hintergrund der Migranten in Deutschland.

Für mich ist es eine offene Frage, ob und inwieweit es überhaupt möglich ist, Reformen gegen strukturelle Veränderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und deren beständig sich ändernde Rahmenbedingungen durchzusetzen. Es bleibt niemals etwas so, wie es ist, und kein gesellschaftlicher Zustand ist konservierungsfähig. Andererseits ist es überhaupt nicht möglich, zu Urteilen zu kommen, Zustände zu bewerten und notwendige Veränderungen zu formulieren, wenn man sich kein eigenes normatives Bild von der Gesellschaft macht. Doch warum, so könnte man fragen, beschäftigen wir uns überhaupt mit Gedanken um die Zukunft, und was wird damit impliziert? Sollte sich nicht jede Generation mit ihren Problemen befassen und die Probleme späterer Generationen den dann Lebenden überlassen?

Bei all diesen Fragen sind wir von Paradoxien, die wohl grundsätzlich nicht auflösbar sind, geradezu umzingelt: Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass nur Individuen eine Persönlichkeit und eine Identität zukommt. Gemeinschaften, Gesellschaften, Völker dagegen, überhaupt alle sozialen Organisationsformen haben nach der herrschenden Auffassung keinen über das Individuum hinausweisenden Wert - jedenfalls nicht, wenn man die Idee einer göttlichen Weltordnung oder ein entsprechendes geschichtsphilosophisches Pendant zurückweist. Paradox nur, dass wir uns dann über die Umwelt so viele Gedanken machen. Wir nehmen als unvermeidlich hin, dass Deutschland kleiner und dümmer wird. Wir wollen nicht darüber nachdenken, geschweige denn darüber sprechen. Aber wir machen uns Gedanken über das Weltklima in 100 oder 500 Jahren. Mit Blick auf das deutsche Staatswesen ist das völlig unlogisch, denn beim gegenwärtigen demografischen Trend wird

Deutschland in 100 Jahren noch 25 Millionen, in 200 Jahren noch 8 Millionen und in 300 Jahren noch 3 Millionen Einwohner haben. Warum sollte uns das Klima in 500 Jahren interessieren, wenn das deutsche Gesellschaftsprogramm auf die Abschaffung der Deutschen hinausläuft?[2]

In einer Welt ohne Gott hat der Zustand der Natur keinen Eigenwert, höchstens als Lebensumwelt der Menschen, also aus einer aus dem Individuum abgeleiteten Rechtfertigung heraus. Diese Rechtfertigung entfällt jedoch mit den Individuen selber. Tatsächlich ist es aber so, dass die meisten von uns entgegen aller Logik sozialen Organisationen gleichwohl einen über das Individuum hinausweisenden Eigenwert zusprechen: Viele Mitarbeiter lieben das Unternehmen, in dem sie jahrzehntelang gearbeitet haben, andere ihren Fußballverein, wieder andere ihre Stadt, ihr Land, ihr Volk. Dass wir diesen Entitäten einen Eigenwert zumessen, der über uns selbst hinausweist, motiviert uns, hebt uns, macht uns stolz, gibt uns Antriebskraft und lässt uns unsere eigenen kleinen Wehwehchen und größeren Leiden vergessen. Nur wenn es um Deutschland geht, haben viele eine Schere im Kopf:

- Heimatverbunden? Aber gerne!
- Lokalpatriot? Natürlich!
- Europäer? Sowieso!
- Weltbürger? Klar doch, das gehört sich so!
- Deutscher? Nur bei der Fußballweltmeisterschaft, sonst eher peinlich!

Sich um Deutschland als Land der Deutschen Sorgen zu machen, gilt fast schon als politisch inkorrekt. Das erklärt die vielen Tabus und die völlig verquaste deutsche Diskussion zu Themen wie Demografie, Familienpolitik und Zuwanderung. Ich glaube, dass wir ohne einen gesunden Selbstbehauptungswillen als Nation unsere gesellschaftlichen Probleme aber nicht lösen werden.

Das wirtschaftlich vereinte und außenpolitisch handlungsfähige Europa wird auch in 100 Jahren noch aus Nationalstaaten bestehen, die dezidiert polnisch, dänisch, französisch, niederländisch oder britisch sind. Nur auf dieser Ebene gibt es eine wirkliche demokratische Legitimation, und nur dort kann man die Kraft zur gesellschaftlichen Erneuerung finden - oder eben auch nicht. Die Hoffnung, der Nationalstaat werde sich in Europa auflösen, ist ein spätes Produkt deutscher Weltflucht mit durchaus ambivalenten Zügen, denn sie projiziert letztlich den Reichsgedanken auf die europäische Ebene - übrigens nicht ganz ohne historischen Bezug: Das Europa der Sechs entsprach in seinen regionalen Grenzen ziemlich genau dem Frankenreich unter Karl dem Großen.

Sobald man den Lauf der Geschichte beklagt und als ungünstig empfundene Trends umkehren möchte, ist man in Gefahr, unhistorisch zu werden, der Nostalgie zu verfallen und wichtige Momente der richtigen Einflussnahme zu verpassen. Wie ein Fluss ändert sich der Strom der Geschichte beständig und kehrt niemals in sein altes Bett zurück. Doch vor der Nostalgiefalle muss sich auch jeder hüten, der Gutes bewahren will und nicht die Veränderung als solche gutheißt.

Der Realist akzeptiert, dass jeder historische Zustand eine Medaille mit zwei Seiten ist: Die traditionelle Idylle des Landlebens verträgt sich nicht mit der modernen Landwirtschaft. Die Sicherheit der Tradition und eines klaren Wertekanons verträgt sich nicht mit dem Tempo des technologischen Wandels. Das Aufgehobensein in der eigenen regionalen und nationalen Besonderheit verträgt sich nicht mit vielen Folgewirkungen großer Migrationsprozesse. Nirgendwo und niemals kann man den Kuchen essen und zugleich behalten. Realismus ohne Zugaben von rückwärtsgewandter Nostalgie und nach vorne gerichtetem Gestaltungswillen ist aber ziemlich platt und banal und von Fatalismus oder Wurstigkeit kaum zu unterscheiden. Natürlich läuft man leicht Gefahr, die länger werdenden Schatten des eigenen Lebens mit der Verdüsterung der Weltperspektive zu verwechseln. Auf meine hier vorgetragenen Überlegungen trifft das wohl nicht zu, denn diese Fragen haben mich über die letzten 30 Jahre intensiv und kontinuierlich beschäftigt.

Wer bestehende historische Trends beklagt und verändern will, sollte sich geschichtsphilosophisch ein wenig selbst vergewissern: Hängt man einfach nur an vergangenen Werten und Zuständen und beklagt die persönliche Entfremdung, die der Zeitenwandel mit sich bringt? Doch es ist keineswegs so, dass jedes Unbehagen an der Richtung und den Folgen gesellschaftlichen Wandels unter den Generalverdacht rückwärtsgewandter Nostalgie fällt.

Jede historische Gesellschaftsformation, wie lang sie auch immer andauern mag, besteht aus einem Set von Bedingungen, der sie überhaupt erst ermöglicht: Klimatische, geografische, technologische, kulturelle, machtpolitische und demografische Voraussetzungen müssen sich zu einem bestimmten Amalgam vermischen, damit gerade diese Gesellschaft entsteht. Wenn sich dieses Bündel von Bedingungen ändert, ändert sich auch die Gesellschaft. Mit dem technischen Fortschritt sowie der wachsenden Interaktion innerhalb von Gesellschaften und zwischen ihnen setzte mit dem Ausgang des Mittelalters eine Beschleunigung des Wandels ein.

Die Existenzbedingungen gesellschaftlicher Formationen ändern sich unablässig, wenig bleibt, wie es ist. Nicht immer sind es Änderungen zum Positiven, wie die schrecklichen Verirrungen des 20. wahrhunderts zeigen. Aber es gibt auch zähe Elemente gesellschaftlicher Stabilität, die über lange Zeiträume dem Wandel trotzen. Dazu zählen die regionalen und nationalen Eigenheiten der Völker. Es ist eben nicht dasselbe, wenn zehn Sizilianer und zehn Friesen das Gleiche tun. Solche zähen Elemente sind ferner der Einfluss der Religion,[3] die überkommenen Gebräuche, die Bande der Familie und der Respekt vor dem Alter. Dieser Kitt wirkt stabilisierend gegen die Tendenz zur Entfremdung nicht nur des Einzelnen, sondern großer gesellschaftlicher Gruppen, ganzer Gesellschaften und ganzer Völker. Doch kommt es zu kritischen Situationen, ergeben sich ideale Voraussetzungen für politische Umstürze und kriegerische Auseinandersetzungen. Die Entfremdung ist ausgeprägter in Zeiten starken Wandels oder katastrophaler Umbrüche, wozu Kriege, Epidemien wie die mittelalterliche Pest oder Naturkatastrophen zählen.

Neben den Zeiten starken Wandels gab es immer wieder Zeiten, in denen man sich über mehrere Generationen hinweg sicher aufgehoben fühlen durfte im Kreislauf einer nur von Krankheit und Tod bedrohten und scheinbar unveränderlichen, wohlgeordneten Welt. Wer in solchen Verhältnissen lebte, wähnte sich in einer natürlichen Ordnung geborgen und der besten aller Welten zugehörig, auf einem Niveau, von dem aus es nur noch bergab gehen könne. Das waren die goldenen Zeitalter, von denen immer wieder berichtet wird. Es gab viele davon, mal über zwei, mal gar über zehn Generationen andauernd - Epochen, in denen es örtlich begrenzt so schien, als stehe die Geschichte still, weil etwas Perfektes, nicht mehr Verbesserungsfähiges geschaffen war.

Über Richtung und Qualität des gesellschaftlichen Wandels entscheidet neben den äußeren Anstößen, die nicht weiter beeinflussbar sind, die Mischung aus Beharrung und Veränderung. Die ganz unterschiedliche Entwicklung zwischen der britischen und der russischen Gesellschaft ist ein extremes Beispiel dafür. Beide Reiche wurden einst von Wikingerstämmen gegründet (die Waräger im Falle Russlands, die Normannen im Falle Englands), und doch nahmen sie sehr unterschiedliche Wege.

Die berühmten »goldenen Zeitalter« haben sich stets dadurch ausgezeichnet, dass ihr Fundament die jeweils richtige Mischung aus Stabilität und Elastizität aufwies, denn ohne Stabilität gibt es keine Dauer und ohne Elastizität keine Überlebensfähigkeit.[4] Aber nichts bleibt eben, wie es ist. Gerade unter dem schönsten Baum sitzt immer schon der Wurm, der an der Wurzel nagt und später die Krone zum Welken bringt. Der späte Willy Brandt sagte einmal sehr schön: »Nichts kommt von selbst, und nur wenig ist von Dauer.« Auf ganz lange Sicht ist sowieso alles menschliche Tun vergeblich, aber hilflos den historischen Geschicken ausgeliefert sind wir auch nicht.

Wie das meiste im Leben ist auch der Inhalt dieses Buch ambivalent: Die hier beschriebenen Trends nagen an den Wurzeln von materiellem Wohlstand und gesellschaftlicher Stabilität, aber es gibt immer Ansatzpunkte, manches zum Positiven zu wenden. Man muss es nur tun!

1 Staat und Gesellschaft

Ein historischer Abriss

Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen.

JOHANN WOLFGANG GOETHE, Faust I

Es ist ein rätselhafter Mechanismus, der Wirtschaft und Gesellschaft antreibt: Einerseits unterliegt er keinen starren Regeln, andererseits ist er von Gesetzmäßigkeiten geprägt, die zum Teil örtlich und historisch an bestimmte Gesellschaften gebunden sind, sich teilweise aber auch aus stabilen Elementen der menschlichen Grundverfasstheit ergeben.

Reden wir von der Gesellschaft oder versuchen wir gesellschaftliche Verhaltensweisen zu typisieren, so tun wir dies meist aus einem implizit gesetzten Normengefüge heraus, über dessen normativen und historisch geprägten Charakter wir uns nur selten wirklich Rechenschaft ablegen. Diese soziologischen, religiösen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen in ständiger Wechselwirkung mit den langfristig wirkenden Normen und Verhaltensweisen in einer Gesellschaft.

Das vielfältige Scheitern entwicklungspolitischer Ansätze hat gezeigt, dass man Gesellschaften und Volkswirtschaften nicht einfach »machen« kann. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung nimmt in Zentralafrika und in den islamischen Ländern des Nahen Ostens einen anderen Verlauf als in Ostasien. Der kommunistisch beherrschte Teil Europas schlug einen anderen Weg ein als die westlichen Marktwirtschaften. Auch unter diesen gab und gibt es große Unterschiede, und zwar nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb derselben. Norditalien funktioniert auf andere Weise als Süditalien. In Schwaben wird es immer mehr Maschinenbau und mehr Unternehmertum geben als in der Uckermark - und damit auch deutlich mehr Wohlstand. Dieser Wohlstand hat Wanderungsbewegungen ausgelöst und dazu geführt, dass die in Schwaben lebenden Menschen durchschnittlich einen höheren Intelligenzquotienten haben als jene in der Uckermark - wenn man glauben kann, was die Tests der Bundeswehr an ihren Rekruten ergaben haben[1]

Zwar gibt es keine wissenschaftlich vertretbare Methode, Gesellschaften mit unterschiedlichen Entwicklungswegen und unterschiedlichen Kulturen in ein Ranking zu bringen,[2] doch es lässt sich wohl leicht Einigkeit darüber herstellen, dass die Verhältnisse in Deutschland generell denen in Rumänien vorzuziehen sind, und auch darüber, dass das Leben in Rumänien gegenüber dem Leben im Sudan vorzugswürdig ist. Ferner wissen wir, dass die Lebensbedingungen im Sudan gar nicht so schlecht sein können, dass sie nicht immer noch besser wären als in Somalia.[3]

Setzt man voraus, dass die Menschen - abgesehen von genetisch bedingten Unterschieden in Intelligenz und Temperament - mit grundsätzlich ähnlichen Dispositionen zum Leben geboren werden, dann sind die Möglichkeiten, Institutionen und Systeme zu gestalten, nicht schrankenlos. Mit Edward O. Wilson kann man davon ausgehen, dass die biologische Evolution dem Menschen eine angeborene Disposition und Verhaltensbreite mitgegeben hat, die sich nur langsam auf dem Wege der weiteren biologischen Evolution ändert, dass aber innerhalb dieses der menschlichen Natur von der Biologie gesetzten Rahmens eine sehr variationsreiche *kulturelle Evolution* stattgefunden hat und weiter stattfinden wird.[4] Eine Erklärung des menschlichen Verhaltens und seiner Entwicklung ist nur möglich, wenn man beide Elemente betrachtet, denn menschliche Gesellschaften und der Mensch als Gattung beeinflussen ihr Schicksal vor allem über die Steuerung der kulturellen Evolution.

Sucht man das Gemeinsame aller menschlichen Gesellschaftsformen seit Beginn der bekannten Geschichte, so stößt man auf folgende Konstanten der Menschheitsgeschichte:

- Es gab stets soziale Organisationsformen, die über den bloßen Familienverband hinausgingen.
- Es gab in diesen Organisationsformen stets eine Hierarchie.
- Die Hierarchie der Organisationsformen beruhte stets wesentlich auf der Möglichkeit zur Gewaltausübung. Sie war stabiler, wenn sie religiös oder materiell legitimiert wurde, am besten war es, wenn beides zutraf.

Stabile Gesellschaftsformen verbanden die Bereiche Politik, Kultur und Wirtschaft und zwar folgendermaßen:

1. Politik: Klärung der äußeren Sicherheit durch militärische Gewalt sowie Klärung der internen Machtfrage, sei es durch Gewalt, sei es durch Tradition, sei es durch institutionelle Regeln; meist handelte es sich um eine Mischung dieser Elemente
2. Kultur: Legitimation von Herrschaft und Hierarchie durch einen religiösen Überbau oder durch einen allgemein anerkannten Wertekanon
3. Wirtschaft: Legitimation durch Gewährleistung von Sicherheit und der Möglichkeit zu materiellem Erwerb

Je besser diese Bereiche organisiert und miteinander verzahnt werden konnten, umso stabiler waren die Gesellschaft und ihre staatliche Organisationsform, umso eher überstand sie Phasen interner Unruhen und externer Erschütterungen. Dazu einige Beispiele:

Ägypten

Der Wohlstand dieser 3000 Jahre währenden Hochkultur erwuchs aus der künstlichen Bewässerung des Niltals, deren allmählicher Ausbau eine komplexe staatliche Organisation hervorbrachte. Die äußere Sicherheit war leicht zu gewährleisten, weil das Land ringsum von Wüsten umgeben war. Die interne Machtfrage war geklärt durch die hierarchisch organisierte Diktatur des Pharaos. Die Legitimation wurde dadurch gesichert, dass weltliche und religiöse Herrschaft zusammenfielen. Der Pharao war gleichzeitig Gottkönig und damit der oberste Vermittler zu überirdischen Mächten. Die aufgrund der künstlichen Bewässerung hochentwickelte Landwirtschaft sorgte für einen im Vergleich zur umliegenden Welt der

Nomadenvölker beispiellosen Wohlstand und schuf die Voraussetzungen für eine Jahrtausende währende Stabilität, die verschiedentliche Einfälle fremder Völker, militärische Niederlagen und innere Umstürze überstand.

Römisches Reich

Die Basis für die Entstehung und lange Stabilität des Römischen Reiches bildete die strukturelle Überlegenheit des römischen Militärwesens. Dank dieser Überlegenheit konnte das Reich 700 Jahre lang wachsen und dann 400 Jahre lang in seiner größten Ausdehnung stabil bleiben.

Das römische Militärwesen stand für starke Institutionen. Die Römische Republik, aus einem Stadtstaat entstanden, fand immer wieder einen Weg, unter den vornehmen Familien, die den Staat trugen, eine Machtbalance zu schaffen und exekutive Macht nur auf Zeit zu vergeben. Gleichzeitig schaffte die

Verrechtlichung der sozialen Beziehungen Sicherheit und setzte Entwicklungskräfte frei, die durchaus an unsere heutige vollentwickelte Marktwirtschaft erinnern. Das interne Machtmonopol wurde zwar brutal durchgesetzt, aber die Römer ließen den Unterworfenen ihre eigene Kultur, boten ihnen das Römische Recht sowie eine gut entwickelte Infrastruktur, und sie ließen sie teilhaben an der wirtschaftlichen Entwicklung des gemeinsamen, durch die Pax Romana gesicherten Wirtschaftsraums.

Doch je mehr das Reich an Größe gewann, desto stärker sank die Funktionsfähigkeit der Institutionen des ursprünglichen Stadtstaates. Als die Unübersichtlichkeit infolge der Ausdehnung zunahm und der Einfluss des römischen Adels schwand, schuf der Übergang zum (Gott-)Kaisertum für 400 Jahre eine zweckmäßige Organisationsform, die römisch-demokratische und orientalische Herrschaftsformen miteinander vereinte. Den Römern gelang mit Cäsar und Augustus ein elastischer Übergang ins Kaiserreich, der durch die großzügige Gewährung des römischen Bürgerrechts noch gestützt wurde. Je mehr die Legitimität der Republik ihre Wirkung einbüßte, entwickelte sich als neue Legitimationsgrundlage das Gottkaisertum. Das aufkommende Christentum wurde in diese Legitimationsgrundlage einbezogen, indem es mit der Bekehrung Konstantins des Großen zum Christentum im Jahre 313 Staatsreligion wurde.

Das System war also flexibel genug, sogar einen Wechsel in der Staatsreligion zu vollziehen. Es war über Jahrhunderte auch flexibel genug, die Völkerschaften, die seine Außengrenzen bedrohten, nicht nur militärisch unter Kontrolle zu halten, sondern kulturell und zivilisatorisch zu integrieren. Die Römer haben sich beispielsweise die militärische Tüchtigkeit der Germanen zunutze gemacht, indem sie diese seit dem 3. Jahrhundert einen ständig wachsenden Anteil der Soldaten und Offiziere in den römischen Legionen stellen ließen.

Der Zusammenbruch des Reiches kam nicht von innen, sondern wurde von außen angestoßen, allerdings unterstützt durch interne Tendenzen - vor allem durch die Dekadenz und Geburtenarmut der ehemals führenden Schichten. Das Weströmische Reich ging militärisch unter im Sturm der Völkerwanderung (476 Absetzung des letzten weströmischen Kaisers Romulus Augustulus). Das Oströmische Reich dagegen wurde in einem viele Jahrhunderte sich hinziehenden Prozess Opfer der Islamisierung des Orients und fand erst 1000 Jahre später - mit der Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453 - sein formales Ende.

Europäisches Mittelalter

Der Zusammenbruch des Weströmischen Reiches bewirkte einen zivilisatorischen Rückfall, der erst 700 Jahre später - im Hochmittelalter - wieder aufgeholt wurde. Diese Entwicklung förderte das junge Christentum, denn es stärkte seine Bindungskraft. Die neuen Herren, meist regionale germanische Stammesfürsten, beeilten sich, durch Übertritt zum Christentum einen Legitimationstransfer vorzunehmen, denn bis zum Ende des Mittelalters speiste sich die weltliche aus der religiösen Macht. Für die meisten Menschen waren diese Mächte untrennbar miteinander verbunden.

Der allgemeine zivilisatorische Rückschritt in den Jahrhunderten nach der Völkerwanderung änderte den Charakter der Staatlichkeit. An die Stelle der staatlichen Institutionen trat das germanische Prinzip der Gefolgschaftspflicht gegenüber dem militärischen Führer, das Ausdruck fand im Lehnssystem. Weltliche Gewalt wurde vom Lehnsherrn an Gefolgsleute verliehen und konnte von diesem auch wieder eingezogen werden. Im Lehnsprinzip vermischte sich germanische Gefolgschaftstreue mit der Idee der römischen Staatlichkeit und der Legitimation aus dem christlichen Glauben. Der christliche Legitimationstransfer fand symbolischen Ausdruck in der Kaiserkrönung Karls des Großen durch Papst Leo III. im Jahre 800 in Rom. Im Mittelalter war damit grundsätzlich alle Herrschaftslegitimation von Gott beziehungsweise von seinem Stellvertreter auf Erden, dem Papst, abgeleitet und weltliche Herrschaft untrennbar mit der Gottesherrschaft verwoben. Im Investiturstreit kämpften Papst und Kaiser um den machtpolitischen Vorrang in diesem Gefüge. Kaiser Heinrichs IV. Gang nach Canossa im Jahre 1076 beendete den Streit im Sinne Gregors VII., also des Papstes: Die weltliche Herrschaft blieb der geistlichen grundsätzlich untergeordnet, aber sie bezog aus der christlichen Religion ihre Legitimation.

Der Sprung in die Moderne

Das kombinierte System von christlicher und weltlicher Herrschaft bei reduzierter Staatlichkeit eröffnete große Freiräume für unterschiedliche regionale und zivilisatorische Entwicklungen. In diese Zeit fallen entscheidende Fortschritte und Erfindungen:

- die Übernahme des eisernen Pfluges und des Kummets um das Jahr 1000 aus China
- die Einführung der Dreifelderwirtschaft um 1100
- die Erfindung des Kompasses im 12. Jahrhundert
- die Erfindung der mechanischen Uhr im 13. Jahrhundert
- die Einführung des Schwarzpulvers und die Erfindung der Feuerwaffen im 14. Jahrhunderte
- die Erfindung des Buchdrucks im 15. Jahrhunderte
- die Entdeckung des Kopernikus im Jahre 1543, dass sich die Planeten um die Sonne drehen. (Mit der Kopernikanischen Wende erfolgte der Abschied vom geozentrischen Weltbild.)

Die Entwicklung zwischen 1000 und 1500 zeugt von einer voraussetzungslos dem Tatsächlichen zugewandten Geisteshaltung, deren Quellen bis heute Rätsel aufgeben. Im Mittelalter, das über lange Zeit das wirtschaftliche Niveau des Römischen Reiches nicht annähernd erreichte, wurden letztlich die technischen und wissenschaftlichen Grundlagen für die explosionsartige Entwicklung in der Neuzeit gelegt.[5]

Reformation, Aufklärung und Absolutismus

Die Entdeckung der Neuen Welt, die Weltreisen der spanischen und portugiesischen Seefahrer und die Auswirkungen der Reformation beschleunigten den Wandel der Verhältnisse. Die Handelswege verschoben sich, das Gold und Silber aus der Neuen Welt versetzte dem Warenfluss und der Produktion einen gewaltigen finanziellen Impuls. Vor allem aber leitete die Reformation die Emanzipation des Denkens von religiöser und staatlicher Bevormundung ein. Die Beziehung zu Gott wurde persönlich und damit abstrakt und den Zuständigkeiten von Kirche und Staat grundsätzlich entzogen.

Die Reformation schuf die geistigen Voraussetzungen für die Philosophie der Aufklärung und damit die Säkularisierung der Welt. Die Aufklärung aber entzog der erblichen politischen Herrschaft die Legitimationsgrundlage. Während die Monarchie in der erblichen Herrschaft des Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert ihre höchste und reinste Ausprägung erfuhr, wurde ihre religiöse und philosophische Begründung zunehmend in Frage gestellt: Wenn jeder Mensch unmittelbar zu Gott sein

kann, was braucht er dann noch die Zwangsmitgliedschaft in einer Staatskirche, und weshalb soll er sich einer Herrschaft fügen, die ihm qua Erbfolge vorgesetzt wurde?

Die Philosophie des Gottesgnadentums, die unmittelbare Legitimation des absoluten Herrschers aus der göttlich-christlichen Weltordnung, überdauerte unter diesem Druck kaum 150 Jahre. Sie wurde seit dem 17. Jahrhundert durch Hobbes, Hume, Voltaire, Rousseau und andere, letztlich auch durch Kant, philosophisch untergraben. Damit standen die überkommenen monarchischen Regierungen vor einem Legitimationsproblem, das 1649 in England - nach dem Bürgerkrieg zwischen König und Parlament unter Führung Oliver Cromwells - Karl I. den Kopf kostete. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 postulierte dann erstmals in aller Radikalität, dass alle Menschen gleich geboren sind und das gleiche Recht haben, nach Glück zu streben. Aus dieser Sicht war die demokratische Regierungsform die einzig legitime. Konfessionen und Glaubensüberzeugungen dienten der Letztbegründung individuellen Handelns, aber nicht der Legitimation des Staates. Die Französische Revolution inszenierte wenige Jahre später dasselbe mit mehr Blut, mehr Pomp und mehr Umwegen.

Die Legitimation des Staates im Abendland war damit endgültig ihrer religiösen Grundlage beraubt, an ihre Stelle trat die Legitimation durch den allgemein als verbindlich erachteten Wertekanon der Menschenrechte, wofür die »Bill of Rights« aus der amerikanischen Verfassung von 1791 das erste politische Beispiel ist. Mit der Entgöttlichung der staatlichen Legitimation war die philosophische wie die tatsächliche Grundlage geschaffen für Politik- und Gesellschaftsentwürfe jenseits des christlichen Weltbildes, der individuellen Menschenrechte und der abendländischen Demokratie. Davon sah das 20. Jahrhunderte reichlich. Der Nationalsozialismus und die Stalin-Diktatur waren die perversesten Beispiele. Ihre Attraktion entfalteten sie auch deshalb, weil sie auf der emotionalen wie auf der erzählenden Ebene die Jahrtausende alten Bilder der nationalen und religiösen Traditionen aufnahmen, so dass die Diktatoren zu entrückten Lichtgestalten mit einem quasi religiösen Heilsversprechen wurden 24
(Herrschaftstypen nach Max Weber). Dieses Muster hat in der Welt nach wie vor Konjunktur, ob bei Kim 11 Sung in Korea, Naserbajew in Kasachstan, in den achtziger Jahren bei Bokassa in der Zentralafrikanischen Republik oder bei den wechselnden Caudillo-Charakteren in Südamerika.[6]

Soweit der historische Ausflug.

Betrachtet man die Stabilitätsbedingungen und Legitimationsgrundlagen von Staat und Gesellschaft, dann schälen sich bei allen erfolgreichen Staatsmodellen drei wesentliche Merkmale heraus:

- Sie garantieren ein gewisses Maß an innerer und äußerer Sicherheit.
- Sie basieren auf einer Legitimationsgrundlage jenseits des Individuums - sei es die Religion, sei es die Idee der Volksherrschaft, sei es eine Ideologie, die als Religionsersatz dient.
- Ihr wirtschaftlicher und materieller Erfolg hängt ab von ihrer Fähigkeit, dem Erwerbsstreben des Individuums einen gesicherten Raum zu geben.

All dies erklärt nicht, warum der wiederkehrende Aufstieg und Fall von Zivilisationen und Kulturen bei nur allmählichem technischen Fortschritt oder stationärer wirtschaftlicher Entwicklung ausgerechnet im mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa unterbrochen wurde und in die Beschleunigung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung mündete. China dagegen, das bis gegen Ende des europäischen Mittelalters Europa technisch und zivilisatorisch deutlich voraus war, stagnierte auf hohem Niveau.

Der von Europa ausgehende Schub in Wissenschaft und Technik hatte die gewaltige Bevölkerungsexplosion der letzten Jahrhunderte zur Folge: Um das Jahr 1000 lebten auf der Welt rund 300 Millionen Menschen, das waren nicht mehr als bei Christi Geburt. Um 1500 waren es 500 Millionen, 1800 schon eine Milliarde, 1930 dann 2 Milliarden, gegenwärtig 7 Milliarden, und wenn alles so weitergeht, wird die Weltbevölkerung nach Schätzung der UNO im Jahr 2050 mit über 9 Milliarden ihr Maximum erreicht haben. Dies wirft zwei Fragen auf:

- Kann die Erde rein physisch auf die Dauer so viele Menschen ernähren und kleiden?
- Können so viele Menschen auf dem Wohlstandsniveau der westlichen Industriestaaten leben, ohne die natürlichen Ressourcen zu überfordern? 25

Beide Fragen werden in diesem Buch nicht beantwortet. Allein schon die Meinungen darüber, ob eine nachhaltige Veränderung des Weltklimas noch zu verhindern sei oder ob der point of no return nicht längst überschritten ist, gehen weit auseinander und können hier nicht diskutiert werden.[7] Dagegen soll eine im Verhältnis zur Klimakatastrophe und den Folgen der weltweiten Bevölkerungsexplosion belanglose, für die Lebensverhältnisse in Deutschland aber entscheidende Frage behandelt werden: Gelingt es uns, in Deutschland dauerhaft genügend Intelligenz, Fleiß und Einsatzfreude (auf Neudeutsch Human Ressources) zu mobilisieren, um das erreichte Niveau zu halten, im weltweiten Wettbewerb zu verteidigen und fortzuentwickeln?

Zu prüfen ist, objene sozialen Rahmenbedingungen, die wir uns auf der Grundlage des erreichten Wohlstands geschaffen haben, diesen Wohlstand nicht auch gefährden können, weil die speziellen Mentalitäten und Fähigkeiten, die den Entwicklungssprung Europas (ideell Nordamerika eingeschlossen) verursacht haben, ihrerseits jetzt beeinflusst werden durch die besonderen Rahmenbedingungen, die durch Wohlstand und Sozialstaat entstanden sind.

Zwar ist die genetische Ausstattung der Menschen aller Länder und Völker von großer Ähnlichkeit, nachweisbar vorhandene Unterschiede[8] sind jedenfalls wesentlich kleiner als die Unterschiede in den Entwicklungsständen von Staaten, Gesellschaften und Volkswirtschaften. Doch es gibt große Unterschiede in der Mentalität der Völker und Gesellschaften. Das betrifft nicht nur traditionelle Bindungen religiöser und anderer Art. Es betrifft auch die normative Innen- und Außenlenkung der Menschen, es betrifft die Loyalitätsstrukturen, die Maßstäbe sozialen Rangs sowie den Antrieb für Fleiß, Eigeninitiative und materielle Orientierung.[9]

Solche Mentalitäten und Traditionen sind - in dem weiten Rahmen, den die genetische Programmierung der Menschen zulässt - selbst historische Produkte. Sie wurden durch Rahmenbedingungen geschaffen und ändern sich, wenn diese sich ändern - wenn auch nur langsam und über Jahrhunderte.[10] Steuerbar sind solche Änderungen kaum. Sie werden auch selten geplant. Umso 26
wirkungsvoller können sie sein, wenn sie mit elementarer Wucht hereinbrechen und eine Fülle von Folgeänderungen nach sich ziehen.

In der Menschheitsgeschichte vollzogen sich solche wechselseitigen Beeinflussungen von Rahmenbedingungen und Mentalitäten zumeist nur ganz allmählich und ohne eine eindeutige Richtung erkennen zu lassen. Aber mit den Erfindungen, die fest im Kulturwissen der jeweiligen Gesellschaft verankert wurden, ergab sich ein neuer Entwicklungsstand, der die Gesellschaft dauerhaft veränderte. Im Laufe der Jahrtausende nahm diese Entwicklung an Dynamik zu. In Europa fielen schließlich die

Befreiung des Geistes aus religiösen Zwängen, der neugierig objektive Blick auf die Natur und den Kosmos, die Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten, die systematische Ausdehnung freier Märkte und die explosionsartige Zunahme der technischen Erfindungen zusammen.

Diese Dynamik und ihre Ursachen sollen hier nicht im Einzelnen aufgearbeitet werden.[11] Aber die Folgen sind zu betrachten. Die Veränderung der Rahmenbedingungen baute sich allmählich vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert auf und leitete in Europa und Nordamerika eine beispiellose Bevölkerungsexplosion ein, die sich von Mitte des 18. Jahrhunderts an auf alle von den europäischen Mächten kolonisierten oder von ihnen gewaltsam geöffneten Regionen ausdehnte. Manche Regionen und Staaten nahmen das in der westlichen Technologie und Marktorganisation liegende Angebot schnell auf und entwickelten sich entsprechend schnell zu ebenbürtigen Konkurrenten (Japan). Andere brauchten lange, bis die traditionellen Strukturen sich so angepasst hatten, dass eine breit angelegte Industrialisierung möglich wurde (Indien). Wieder andere verharren im Zustand relativer Unterentwicklung bis zum Extrem der *failed states*.

Die von Europa ausgehende technische Revolution brachte dem Kontinent und mit ihm Nordamerika zunächst einen gewaltigen Entwicklungsvorteil mit entsprechenden Reallohnvorsprüngen. Hier holen mittlerweile große Teile der Welt, mit China an der Spitze, auf. Das bringt die Lohnsätze in den Industriestaaten überall dort unter Druck, wo kein neuer technischer Fortschritt erzeugt wird und damit keine neuen Wettbewerbsvorteile, was möglicherweise die ganze Lebensweise der frühindustrialisierten Staaten in Frage stellt)[12] Die immer schnellere Verbreitung des Wissens, die Fortschritte in der Informationstechnologie und die sinkenden Kosten von Umschlag und Transport führen dazu, dass immer mehr Hochtechnologieprodukte immer seltener in den traditionellen Industrieländern produziert werden, sondern an qualifizierten Niedriglohnstandorten.

Die Ausbreitung von Wissen, Technik und industriellen Produktionsformen über die ganze Welt entspricht der Logik der Marktwirtschaft und ist förderlich für die Entwicklung der Menschheit als Ganzes. Es zeigt sich aber, dass Staaten und Gesellschaften nur sehr unterschiedlich in der Lage sind, die von der Industrialisierung und Technisierung ausgehenden Entwicklungschancen zu nutzen. Damit stoßen wir wieder auf das komplexe Zusammenwirken von institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die einerseits Mentalitäten prägen, andererseits aber auch deren Folge und Ausdruck sind. Aus diesen Gründen wird die Welt wohl auch in 50 oder 100 Jahren noch große regionale Entwicklungsunterschiede aufweisen. Auf der anderen Seite schwinden die komparativen Vorteile allmählich, die die traditionellen Industriestaaten infolge ihrer besseren Kapitalausstattung, besserer Bildung und höheren Technisierungsgrads hatten.

Die Gesellschaft ist sich selbst Objekt und kann durch die Rahmenbedingungen, die sie sich selbst setzt, ihre Gestalt verändern. Wäre dies nicht so, dann wären alle menschlichen Gesellschaften wie die verschiedenen Schimpansenstämme im Urwald immer noch auf demselben Entwicklungsniveau, nämlich dem des afrikanischen Buschs. Alle Untersuchungen zeigen, dass Volkswirtschaften, Gesellschaften und Staaten umso erfolgreicher sind, je fleißiger, gebildeter, unternehmerischer und intelligenter eine Bevölkerung ist. Deutschland stand auf der Erfolgsleiter immer ziemlich weit oben. Zahlreiche Indikatoren lassen aber vermuten, dass es nach unten geht. Ob das so ist, wie sich das äußert, ob und wie man gegensteuern kann und soll, davon handelt dieses Buch.

2 Ein Blick in die Zukunft

Realitäten und Wunschvorstellungen

Es reden und träumen die Menschen viel
Von bessern künftigen Tagen,
Nach einem glücklichen goldenen Ziel
Sieht man sie rennen und jagen,
Die Welt wird alt und wird wieder jung,
Doch der Mensch hofft immer Verbesserung!

FRIEDRICH SCHILLER, Hoffnung

Dank der menschlichen Erfindungskraft ist der Umfang des Verteilbaren im Laufe der Zeit immer größer geworden. Die Zahl der Menschen wuchs, aber noch schneller wuchs im Durchschnitt der letzten beiden Jahrhunderte das verteilbare Sozialprodukt. Dieses Wachstum stößt inzwischen an Grenzen.

Sofern ein Land keine Bodenschätze mehr erschließen kann oder maßgeblich von Transfers anderer Länder profitiert, ergeben sich seine Produktionsmöglichkeiten aus dem angesammelten Kapitalstock, aus Zahl und Qualität seiner Erwerbsbevölkerung und aus dem künftigen Produktivitätsfortschritt. Für uns heißt das: Wenn in Deutschland kontinuierlich investiert wird, dann stellt der deutsche Kapitalstock auch künftig keinen Engpass für die Wirtschaftsentwicklung dar. Hinsichtlich Quantität und Qualität der Erwerbstätigen muss man sich schon eher Sorgen machen. Die Quantität ergibt sich aus der demografischen Entwicklung, der Zuwanderung und der Erwerbsbeteilung der Bevölkerung, die Qualität aus deren Sozialisation, dem Bildungsgrad, dem Altersaufbau und - falls es Zuwanderung gibt - aus der Sozialisation und dem Bildunsgrad der Zugewanderten. Hier sind ganz unterschiedliche Entwicklungspfade denkbar, doch es besteht keinen Grund, Trendbrüche in der Geburten- und darauf aufbauend in der Bevölkerungsentwicklung zu unterstellen, solange nichts Außergewöhnliches geschieht.

Die den folgenden Betrachtungen zugrunde gelegte Modellrechnung beruht auf der Annahme einer durchschnittlichen Geburtenziffer von 1,4 und eines jährlichen Wanderungssaldos (das ist die Differenz aus Zu- und Abwanderungen) von rund 50 000 Menschen. Was den Zuwachs der Produktivität pro Arbeitsstunde betrifft, so ist dieser in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich weniger geworden. Hier wird angenommen, dass sich der Produktivitätszuwachs bei einem Prozent pro Jahr einpendelt. Erstellt man auf dieser Grundlage eine Projektion bis zum Jahr 2050, so ergibt sich Folgendes:

- Das Wirtschaftswachstum läuft um das Jahr 2020 aus und stagniert danach mit Tendenz zur Schrumpfung, weil sich der Zuwachs der Produktivität und die Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen gegenseitig kompensieren (Anhang Tabelle D).
- Relativ zur Zahl der Erwerbstätigen wird sich die Zahl der Menschen über 65 Jahre verdoppeln: Im Jahre 2005 kamen auf einen Erwerbstätigen 0,46 Menschen über 65 Jahre, 2050 wird auf einen Erwerbstätigen ein Mensch im Rentenalter kommen (Anhang Tabelle F).
- Da die Bevölkerungszahl sinkt, steigt das Sozialprodukt pro Kopf weiterhin. Die Rentner können daran aber nur teilhaben, wenn der Anteil der rentenbezogenen Ausgaben am Sozialprodukt verdoppelt wird. Ein Einfrieren der realen Versorgung der Rentner auf heutigem Niveau würde bedeuten, dass der Anteil der rentenbezogenen Ausgaben am Volkseinkommen von heute 16,5 auf 25,6 Prozent im Jahre 2050 steigt (Anhang Tabelle F).

Die Mehrbelastung aus der Alterung wird höher sein als die Entlastung durch weniger Kinder und Arbeitslose: Nach Berechnungen der Europäischen Kommission wird die altersabhängige Mehrbelastung für Rente, Gesundheit und Pflege bis 2060 etwa 5,5 bis 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachen, die Entlastung bei Bildung und Arbeitslosigkeit dagegen nur 0,7 Prozent betragen.[1] Erheblich verbessern würden sich diese Aussichten bei einer deutlich höheren Zahl von Erwerbstätigen.[2] Damit ist nicht zu rechnen. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit kommt bei seinen Projektionen hinsichtlich des künftigen Erwerbspersonenpotentials zu vergleichbaren Ergebnissen.[3] Daraus folgt: Künftige Verteilungs- und Finanzprobleme können wir gesamtwirtschaftlich nicht mehr durch Zuwachs lösen, sondern nur noch durch Umverteilung.

Wer diesem Befund vertraut, kann seine Lektüre mit Kapitel 3 fortsetzen. Wer sich näher dafür interessiert,

- wie sich unser Wohlstand in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat
- wo wir im internationalen Vergleich stehen
- wie sich die Arbeitsproduktivität in Deutschland weiterentwickeln wird
- was die absehbare demografische Entwicklung für Wachstum und Wohlstand bedeutet und welche Verteilungskonflikte zu erwarten sind,

für den bieten die folgenden Seiten eine interessante, allerdings zahlenlastige Lektüre.

Wohlstandsentwicklung

Deutschland hatte 2008 ein Bruttonationaleinkommen (Gesamtheit aller produzierten Güter und Dienstleistungen) von rund 2500 Milliarden Euro und ein Volkseinkommen (Nationaleinkommen abzüglich Abschreibungen) von rund 1900 Milliarden Euro. Davon entfielen 65 Prozent auf Arbeitnehmerentgelte und 35 Prozent auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Pro Kopf der Einwohner betrugen [4]

- das Bruttonationaleinkommen 30 900 Euro
- das Volkseinkommen 23 000 Euro
- die privaten Konsumausgaben 17 100 Euro.

Rund 55 Prozent des Bruttonationaleinkommens beziehungsweise 74 Prozent des Volkseinkommens dienten also dem privaten Verbrauch. Unterstellt man bei einem gesetzlichen Transfereinkommen (Hartz IV oder Grundsicherung im Alter) eine Sparquote von null, so entfällt auf einen alleinstehenden Empfänger ein jährlicher Konsum von rund 8000 Euro (Regelsatz, Miete, Strom), das sind etwa 47 Prozent des durchschnittlichen privaten Verbrauchs. Im Jahr 2007 betrug das durchschnittliche Bruttoentgelt der Arbeitnehmer nämlich 27 100 Euro, pro Stunde waren das gut 20 Euro. Bei Steuerklasse 1 entspricht dies einem jährlichen Nettoeinkommen von 18 000 Euro.

Das reale (also inflationsbereinigte) Volkseinkommen pro Kopf ist in Deutschland gegenwärtig gut fünfeinhalbmal so hoch wie dasjenige in der Bundesrepublik im Jahr 1950. Aber das Wachstum hat sich über die Jahrzehnte stark verlangsamt, und so ist das reale Volkseinkommen pro Kopf in Gesamtdeutschland nicht höher als das in Westdeutschland im Jahr 1990. Gemessen am realen Volkseinkommen pro Kopf ist der Wohlstand in der westdeutschen Bundesrepublik während der fünfziger Jahre explodiert, in den sechziger Jahren erheblich gewachsen, in den siebziger und achtziger Jahren aber nur noch maßvoll und zunehmend

langsamer gewachsen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat Ostdeutschland im wiedervereinigten Deutschland stark aufgeholt, aber das gesamtdeutsche Wohlstandsniveau hat - gemessen am realen Volkseinkommen pro Kopf - 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gerade einmal das westdeutsche Niveau von 1990 erreicht.

Dieser statistische Befund passt gut zu den konkreten Erfahrungen der westdeutschen Bevölkerung. Generell sind die Realeinkommen breiter Schichten in den letzten 20 Jahren eher gefallen als gestiegen. Zur wohlstandssenkenden Umverteilung von West nach Ost trat zudem der wachsende Lohndruck infolge der Globalisierung, denn immer mehr Wirtschaftsbereiche tendieren unter dem Wettbewerbsdruck zu einem weltweiten Gleichgewichtslohn.

Wirtschaftskraft im internationalen Vergleich

Deutschland ist immer noch ein reiches Land, es ist aber nicht mehr Weltspitze. Die wirtschaftlichen Folgen der Einheit und die allmählich einsetzenden wirtschaftlichen Auswirkungen der demografischen Alterung haben es in der Wohlstandsrangfolge zurückfallen lassen (siehe Tabelle 2.1). Folgende Kräfte wirken auf das BIP ein:

- der technische Fortschritt und die Investitionsintensität
- die Entwicklung der Arbeitsproduktivität
- die Zahl der Erwerbspersonen und ihr Beschäftigungsgrad
- die Entwicklung der Nachfrage des Staates, der Privaten und des Auslands.

Tabelle 2.1 Wohlstand bei kaufkraftbereinigtem BIP pro Kopf der Bevölkerung

	BIP pro Kopf (Dollar 2008, kaufkraftbereinigt)	Index (Deutschland = 100)
Vereinigte Staaten	46859	132
Schweiz	42 783	121
Niederlande	40431	114
Schweden	37245	105
Großbritannien	36523	103
Deutschland	35442	100
Frankreich	34208	97
Japan	34100	96
Italien	30581	86
Polen	17482	49
Russland	15922	45
Türkei	13138	37
China	5963	17

Quelle IWF. Zum Konzept der Kaufkraftbereinigung vgl. Annegret Sonnen burg:»Ergebnisse des Vergleichs- s-programms von EUROSTAT und der OECD. Kaufkraftparitäten - BIP pro Kopf-Preisniveau«, in: Löhne und *Preise,* hrsg. vom schweizerischen Bundesamtfür Statistik BFS, März 2008.

Nachfrageveränderungen haben aber eher Auswirkungen auf die zyklische Bewegung der Wirtschaft. Auf längere Sicht wachsen in jeder Volkswirtschaft Nachfrage und Angebot im Gleichschritt, wobei das Angebot an Kapital und Arbeit der Engpassfaktor ist.

Die Investitionsintensität und der technische Fortschritt wirken sich nicht direkt, sondern über die Arbeitsproduktivität auf das Wachstum aus. Die Investitionsintensität zeigt sich - gemessen am Kapitaleinsatz pro Einheit des Sozialprodukts - seit Jahrzehnten ziemlich stabil. Für den gesamtwirtschaftlichen technischen Fortschritt gilt die Arbeitsproduktivität als wichtigster Maßstab. Ob sich die Betriebsorganisation verbessert, die Automation von Produktionsschritten zunimmt, die Zahlungs- und Buchungsvorgänge (etwa dank Scannerkassen im Handel) oder die informationstechnischen Abläufe rationalisiert werden: Die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen lassen sich nur erfassen am Output je Arbeitsstunde. Auf die Arbeitsproduktivität wirken aber auch Motivation, Qualifikation sowie der Fleiß und generell die Qualität der Arbeitskräfte ein. Diese sogenannten weichen Faktoren, die sich meist nur indirekt messen lassen, sind bestimmend dafür, dass Deutschland, obwohl es ein Hochlohnland ist, seine starke Stellung in der verarbeitenden Industrie behaupten konnte. Wie sehr auf Deutschland die Bezeichnung Hochlohnland zutrifft, zeigt die Tabelle 2.2.

Die Arbeitskostenunterschiede sind großenteils durch die Produktivitätsunterschiede gerechtfertigt und erklärbar (siehe Tabelle 2.3). Auffällige Abweichungen zwischen dem Index der industriellen Arbeitskosten einerseits und dem Produktivitätsniveau andererseits gibt es in den USA, in Frankreich und in Italien. Erstere haben nach der Dollarabwertung der letzten Jahre produktivitätsbereinigt deutliche Lohnkostenvorteile gegenüber Deutschland; Frankreich und Italien dagegen haben produktivitätsbereinigt deutliche Lohnkostennachteile gegenüber Deutschland. Aufschlussreich ist die Gegenüberstellung der Indizes für das BIP pro Kopf, die Lohnkosten und die Produktivität. Diese zeigt, dass Produktivitätsunterschiede zur Erklärung von Wohlstandsunterschieden nicht ausreichen (siehe Tabelle 2.4).

Natürlich sind die Zahlen nur beschränkt vergleichbar. Die im BIP zum Ausdruck kommende gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung umfasst mehr als das verarbeitende Gewerbe. Zudem sind

Arbeitskosten und Produktivität zu geltenden Wechselkursen, das Volkseinkommen dagegen nach der Kaufkraftparität dargestellt.

Tabelle 2.2 Internationaler Vergleich der industriellen Arbeitskosten pro Stunde

	Arbeitskosten Stunde (in €)	Index (Deutschland = 100)
Schweden	pro 34,53	106
Deutschland	32,70	100
Schweiz	32,70	100
Frankreich	32,26	99
Niederlande	31,34	96
Großbritannien	27,19	83
Italien	24,25	74
USA	22,57	69
Japan	18,39	56

Vgl. Christoph Schröder: »Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich«, in: *IW-Trends* 3/2009, S. 6. Siehe auch dort die methodischen Anmerkungen. Die Kosten sind berechnet zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen 2007. Sie stellen die Bruttolöhne und -gehälter pro effektivgeleistete Arbeitsstunde einschließlich der Personalzusatzkosten dar.

Tabelle 2.3 Bruttowertschöpfung je Stunde im verarbeitenden Gewerbe

	Index (Deutschland = 100)		Index (Deutschland = 100)
Niederlande	101	Frankreich	88
Deutschland	100	Großbritannien	82
Schweden	98	Japan	67
USA	89	Italien	60

Vgl. Christoph Schröder: »Produktivität und Lohnstückkosten der Industrie im internationalen Vergleich«, in: *IW-Trends* 4/2008, S. 5, berechnet auf der Basis der durchschnittlichen Wechselkurse des Jahres 2007.

Tabelle 2.4 Internationaler Vergleich der Indizes von BIP pro Kopf, Arbeitskosten und Produktivität

	BIP pro Kopf 2008	Arbeitskosten 2007 (jeweils Deutschland = 100)	Produktivität 2007
Vereinigte Staaten	132	69	89
Schweiz	121	100	
Niederlande	114	96	101
Schweden	105	106	98
Großbritannien	103	83	82
Deutschland	100	100	100
Frankreich	97	99	88
Japan	96	56	67
Italien	86	74	60

Quelle IWF.

Arbeitsproduktivität

Die Abweichung von Produktivität und Arbeitskosten einerseits und dem Volkseinkommen andererseits ergibt sich aus der unterschiedlichen Arbeitsmenge. In der Schweiz zum Beispiel ist die Zahl der geleisteten Arbeitstunden pro Kopf der Bevölkerung um 35 Prozent höher als in Deutschland, das durchschnittliche Arbeitsentgelt pro Stunde - Dienstleistungen eingerechnet - dagegen niedrigere Das führt in der Summe zu einem um 20 Prozent höheren Volkseinkommen pro Kopf. Noch 1960 lag bei den 15 »alten« EU-Staaten (EU 15) die jährliche Gesamtarbeitszeit je Einwohner rund 18 Prozent über dem amerikanischen Niveau. Bis 1975 glichen sich die Verhältnisse an. Mittlerweile erreichen die EU 15 nur noch 70 bis 80 Prozent des amerikanischen Niveaus.[5] Das ist nur zu einem Drittel auf längere Urlaubs- und kürzere Wochenarbeitszeiten zurückzuführen, die anderen zwei Drittel sind dagegen der geringeren Erwerbsbeteiligung junger Erwerbstätiger bis 30 und älterer ab 50 Jahren geschuldet. Dieser Arbeitszeiteffekt relativiert auch die Unterschiede in der Höhe des Volkseinkommens. Dass bestimmte Dienstleistungen in Europa familiär erbracht, in den USA aber am Markt nachgefragt werden, erhöht zwar statistisch das amerikanische Volkseinkommen, ist aber für den Wohlstandsvergleich irrelevant. Die Tabelle 2.5 zeigt, dass die Unterschiede in der Gesamtarbeitszeit je Einwohner den größten Teil der am kaufkraftbereinigten BIP gemessenen Wohlstandunterschiede erklären.[6]

Nur dort, wo mehr gearbeitet wird, gibt es auch mehr zu verteilen. In Deutschland wird lange ausgebildet, die Älteren scheiden eher aus, das senkt das deutsche Wohlstandsniveau deutlich unter die Verhältnisse in den USA, der Schweiz oder in den Niederlanden. Die Arbeitszeitverkürzung der letzten Jahrzehnte hat Deutschland ärmer gemacht, als es eigentlich sein müsste.

Neben den gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden bestimmt die Produktivität die Wohlstandsentwicklung. Unbestritten ist, dass in Deutschland künftig sowohl die Gesamtbevölkerung als auch die Zahl der Erwerbspersonen schrumpfen wird. Diese Einbuße könnte ausgeglichen werden, wenn die Arbeitsproduktivität entsprechend stark stiege. In Deutschland sinkt der Zuwachs der Arbeitsproduktivität aber seit vielen Jahren, wobeit dieser Trend konjunkturellen Schwankungen unterliegt. Leider beziehen sich die meisten Untersuchungen zur Produktivitätsentwicklung auf zu kurze Stützzeiträume, so dass der Einfluss von Sonderfaktoren und Trendwirkung nicht zu unterscheiden ist. Exakte Beweise für künftige Produktivitätstrends lassen sich ohnehin nicht liefern. Wenn es aber keine Beweise gibt, droht man leicht dem Wunschdenken zu verfallen. Ein bisschen hat man den Eindruck, dass dies beim Zweiten Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung geschehen ist.[7] In dem Bericht sollen vor allem die Auswirkungen der künftigen demografischen Entwicklung auf die öffentlichen Finanzen dargestellt werden.

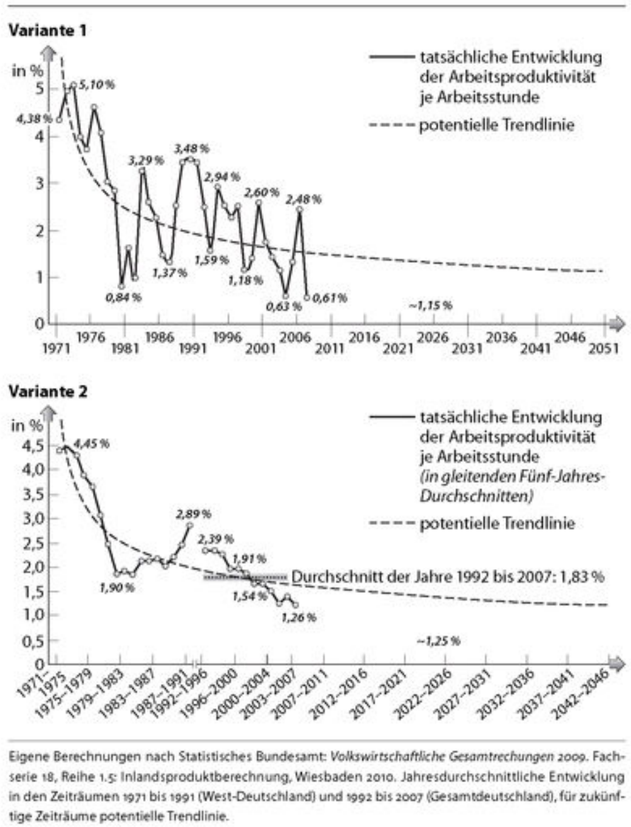
Tabelle 2.5 Internationaler Vergleich der Gesamtarbeitszeit pro Einwohner

	BIP-Index pro Kopf	Arbeitsstunden pro Kopf	BIP-Index pro Arbeitsstunde
Vereinigte Staaten	132	871	105
Schweiz	121	916	91
Niederlande	114	745	106
Schweden	105	808	90
Großbritannien	103	754	94
Deutschland	100	690	100
Frankreich	97	649	103

Quelle Eurostat; USA <www.census.gov>.

Das wesentliche Ergebnis des Tragfähigkeitsberichtes der Bundesregierung von 2008 ist, dass die Auswirkungen der künftigen Abnahme der Bevölkerung auf das Wirtschaftswachstum durch mehr Wirtschaftswachstum kompensiert werden können. Wenn die Zahl der Erwerbspersonen schrumpft, lässt sich Wirtschaftswachstum aber ausschließlich durch eine höhere Arbeitsproduktivität pro Stunde erreichen. Die entsprechenden Analysen und Berechnungen hierzu hat nicht die Bundesregierung, sondern das Ifo-Institut angestellt. [8] Das Ifo-Institut - und damit der Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung - unterstellen ein künftiges jährliches Wachstum der Arbeitsproduktivität von 1,4 bis 1,6 Prozent (ungünstige Variante) beziehungsweise 1,7 bis 1,8 Prozent (günstige Variante). Das Ifo-Institut hat nach eigenen Angaben die Produktivitätsannahmen aus einer »einfachen Trendfortschreibung« der »jeweiligen Durchschnittswerte der Jahre 1991 bis 2004« abgeleitet.[9] Dieser Stützzeitraum ist für eine über viele Jahrzehnte gehende Projektion entschieden zu kurz. Sowohl das langfristige strukturelle Absinken des Produktivitätstrends bleibt dabei unberücksichtigt als auch die negative Trendentwicklung im Stützzeitraum selber.

Schaubild 2.1 Produktivitätsentwicklung in Deutschland



Eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt: *Volkswirtschaftliche Gesamtrechungen 2009*. Fachserie 18, Reihe 1.5: Inlandsproduktberechnung, Wiesbaden 2010. Jahresdurchschnittliche Entwicklung in den Zeiträumen 1971 bis 1991 (West-Deutschland) und 1992 bis 2007 (Gesamtdeutschland), für zukünftige Zeiträume potentielle Trendlinie.

In der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin wurde der langfristige Produktivitätstrend in Deutschland intensiver analysiert mit dem Ergebnis: Die Zunahme der Arbeitsproduktivität pro Stunde nähert sich im langfristigen Trend asymptotisch einer jährlichen Zunahme von einem Prozent an (Schaubild 2.1). Diese Annahme ist auch theoretisch schlüssig, weil zwei tendenziell produktivitätssenkende Elemente sich künftig verstärken werden: [10]

1. Die Konsumstruktur verschiebt sich allmählich aus dem Bereich der Waren in Richtung persönliche Dienstleistungen. Das senkt den Produktivitätsfortschritt, denn hier gibt es weniger Produktivitätsreserven.
2. Das ständig steigende Durchschnittsalter der Erwerbsbevölkerung verschiebt den Schwerpunkt der Erwerbspersonen in Altersgruppen, die bei innovativen oder körperlich anstrengenden Tätigkeiten weniger leistungsfähig sind. Auch dies wirkt tendenziell produktivitätssenkend.

Annahmen zur wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung bis zum Jahr 2050

Die Produktivitätsannahme des Tragfähigkeitsberichtes ist nach meiner Ansicht unhaltbar. Der Bericht arbeitet aber die Implikationen kleinerer Annahmeänderungen für die langfristige wirtschaftliche, finanzielle und demografische Entwicklung sehr exakt heraus:

- Die positive Variante T+ unterstellt einen Anstieg der Geburtenziffer von jetzt 1,4 auf 1,6, einen jährlichen Wanderungssaldo von 200 000 Menschen und eine leicht erhöhte Produktivität.
- Die vorsichtigere Variante T- unterstellt ein Verharren bei der jetzigen Geburtenziffer von 1,4, einen jährlichen Wanderungssaldo von 100 000 Menschen und eine etwas niedrigere Produktivität.

Der Unterschied beider Varianten ist dramatisch: Das BIP 2050 ist bei T+ um 30 Prozent höher als bei der vorsichtigen Variante T-. Die Staatsverschuldung sinkt bei der positiven Variante auf 20 Prozent des BIP von 2050, bei der vorsichtigen steigt sie auf 120 Prozent.

Ganz abgesehen davon, dass die unterstellten Produktivitätsannahmen in beiden Fällen zu hoch ausfallen, zeigt eine von Wunschdenken freie Betrachtung, dass eine Zunahme der Geburtenziffer von 1,4 auf 1,6 viel zu optimistisch ist, denn die Geburtenentwicklung der Jahre 2008 und 2009 hat die aufkeimenden Hoffnungen auf eine Trendwende längst wieder zunichte gemacht. Ganz offenbar hat das Elterngeld vor allem einen Vorzieheffekt ausgelöst. Ferner mag es zwar sein, dass die künftige jährliche Zuwanderungsrate 200 000 beträgt. Das wäre dann aber eine Zuwanderung weit unter dem Produktivitätsniveau der vorhandenen Arbeitskräfte, denn die Zuwanderung aus Osteuropa wird wegen des dortigen Geburtenrückgangs und des wirtschaftlichen Aufholprozesses in naher Zukunft ganz zum Erliegen kommen. Die Zuwanderung aus Indien und Fernost wird nicht in großem Umfang stattfinden, nachdem die Industrialisierung dort mit Macht Boden gewinnt und der Wohlstand schnell steigt. So bleibt nur die problematische - und hier noch näher zu betrachtende - Zuwanderung aus Afrika sowie Nah- und Mittelost. Angesichts dieser Entwicklung muss man wohl von einer niedrigeren Zuwanderung ausgehen. Meiner eigenen Projektion liegen die Vorgaben der II. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde, die auf den Ist-Zahlen des Jahres 2005 basiert (siehe Anhang Tabelle A), sowie folgende Annahmen:

- Die Zunahme der Produktivität pro Arbeitsstunde verläuft nach dem von der Berliner Senatsverwaltung dargestellten langfristigen Trend und pendelt sich in den nächsten Jahren asymptotisch bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 1,25 Prozent ein (Anhang Tabelle B).
- Die Geburtenziffer verharrt bei 1,4, das heißt, jede Generation ist um 30 Prozent kleiner als die vorhergehende.
- Die jährliche Zuwanderung liegt bei 50 000.
- Die Erwerbsbeteiligung der Männer bleibt für die 20- bis unter 50-Jährigen mit gegenwärtig 80 Prozent konstant und steigt bei den 50- bis unter 65-Jährigen stufenweise von heute 64 auf 70 Prozent an. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt bei den 20- bis unter 50-Jährigen stufenweise von heute 75 Prozent auf 78 Prozent an und erhöht sich bei den 50- bis unter 65-Jährigen stufenweise von heute 60 auf 65 Prozent (Anhang Tabelle C).

Dieses Set von Annahmen ist aus meiner Sicht gemäßigt optimistisch, aber relativ frei von Wunschdenken. Das größte Risiko liegt in der Produktivitäts- und Wachstumsannahme. Es wird nämlich unterstellt, dass größere wirtschaftliche Einbrüche, die grundsätzlich unvermeidlich sind, immer wieder aufgeholt werden. Ob dies in den nächsten 40 Jahren so sein wird, wissen wir nicht, denn wir kennen die langfristigen Folgen der Finanzkrise von 2007/2009 nicht. Wir wissen auch nicht, welche Folgen der Klimawandel auf das langfristige Wachstum der Weltwirtschaft haben wird oder wie sich künftige disruptive Entwicklungen in Afrika und im islamischen Raum auswirken werden.

Erläuterung der Projektionsergebnisse

Wirtschaftswachstum

- Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt - ausgehend von dem Index 100 im Jahre 2005 - bis 2025 auf einen Indexstand von 112,8, es sinkt sodann bis 2035 auf einen Indexstand von 109,6 und wird bis 2050 auf diesem Niveau stagnieren (Anhang Tabelle D).
- Das reale BIP pro Einwohner steigt zwischen 2005 und 2050 um 0,7 Prozent; kumuliert über den Gesamtzeitraum sind das 36,1 Prozent (Anhang Tabelle E).

Altenlast

Die Altenlast wird für diese Projektion definiert als die Summe der

- staatlichen Ausgaben für Altersversorgung (Renten, Pensionen, Grundsicherung im Alter)
- auf die Rentner entfallenden Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung
- Ausgaben der Pflegeversicherung.

Insgesamt beliefen sich diese Ausgaben 2005 je Renten-/Pensionsbeziehen10 auf 14 021 Euro (Anhang Tabelle G). Der Anteil dieser Ausgaben am BIP betrug 12,4 Prozent (Anhang Tabelle H). Gemessen am Volkseinkommen erreichten die Ausgaben für Rentner und Pensionäre 16,5 Prozent (Anhang Tabelle I). Die Kosten für Krankheit und Pflege, die 2005 nicht aus den Beitragseinnahmen abgedeckt wurden (2005 waren das 31 Milliarden Euro), wurden bis 2050 fortgeschrieben unter Berücksichtigung der steigenden Rentnerzahlen sowie des wachsenden Anteils Hochbetagter.

Zu fragen ist, wie sich die Altenlast unter verschiedenen Voraussetzungen verändert (Anhang Tabelle F), und zwar

1. *bei Entwicklung des Versorgungsniveaus analog zum BIP je Einwohner*

   Wenn die schwache Zunahme des BIP von jahresdurchschnittlich 0,7 Prozent je Einwohner gleichmäßig auf alle Einwohner verteilt wird, dann verdoppelt sich der Anteil der Altenlast am Sozialprodukt: Der Anteil am BIP steigt von 12,4 auf 24,3 Prozent, der Anteil am Volkseinkommen von 16,5 auf 32,3 Prozent. Das bedeutet, dass die Abgabenquote um 11,9 Prozent steigen müsste, von 35,7 Prozent im Jahre 2005 auf 47,6 Prozent im Jahre 2050 (Anhang Tabelle G - zum Vergleich: Die aktuelle Abgabenquote in Schweden liegt bei 50,1 Prozent).

2. *bei gleichbleibendem Versorgungsniveau*

In diesem Falle werden die Alterseinkommen pro Kopf auf dem heutigen Niveau eingefroren. Die Ausgaben für Krankenversicherung und Pflege steigen allerdings wie im Fall I. Indem das Versorgungsniveau stabil gehalten wird, schwächt sich der relative Anstieg der Altenlast deutlich ab: Der Anteil am BIP steigt von 12,4 auf 19,2 Prozent, der Anteil am Volkseinkommen von 16,5 auf 25,6 Prozent (Anhang Tabelle H). 38

3. *bei Absenkung des Versorgungsniveaus um 5 Prozent in jedem Fünf-Jabres-Zeitraum*

   In diesem Fall bleibt der Anteil der Altenlast nahezu konstant: Gemessen am BIP steigt er von 12,4 auf 14,1 Prozent, gemessen am Volkseinkommen von 16,5 auf 18,7 Prozent. Die Auswirkungen für die Rentenbezieher sind allerdings erheblich: Die reale Rente müsste von 11 660 Euro im Jahr 2005 auf 7350 Euro im Jahr 2050 fallen (Anhang Tabelle I).

Freude machen diese Ergebnisse wahrlich nicht. Aber eine realistische Alternative ist nicht zu erkennen Die Annahme, dass die Produktivität je Erwerbstätigenstunde sich bei einem Prozent einpendeln wird, ist sowohl aufgrund des Trendverlaufs der letzten Jahrzehnte als auch aufgrund inhaltlicher Überlegungen realistisch. Die Erwerbspersonen werden älter, und was deren Qualifikation angeht, liegt im stark wachsenden Anteil bildungsferner Schichten an den nachrückenden Generationen ein erhebliches Risiko.

Für die Hoffnung, die Fertilitätsrate könne wieder steigen, gibt es bei einem seit mehr als 40 Jahre andauernden stabilen Abwärtstrend gegenwärtig keine Belege, es sei denn, man steuert durch eine gezielte Bevölkerungspolitik (vgl. Kapitel 8) dagegen. Ein Mehr an Zuwanderung könnte nur entlastend wirken, wenn diese auf die Qualifizierten beschränkt bleibt. Das aber setzt voraus, dass Deutschland für diese Gruppe attraktiv ist.

Noch gar nicht berücksichtigt sind in der Projektion die finanziellen Auswirkungen der steigenden Lebenserwartung auf die Gesundheitskosten und der wachsende Anteil Pflegebedürftiger. Auch sonst enthält sie viel Optimismus, denn sie geht beispielsweise davon aus, dass

- die Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mittelfristig auf geholt werden
- Deutschland infolge der Globalisierung keine Einbußen beim Wohlstand erleidet
- der Klimawandel sich nicht negativ auswirkt.

Man kann nur hoffen, dass dieser Opitimismus berechtigt ist, denn auch so sind die Schwierigkeiten schon groß genug. Verfall und Gefährung sind schon lange nicht mehr zu übersehen.

3 Zeichen des Verfalls

Eine Bestandsaufnahme

Etwas ist faul im Staate Dänemark.

WILLIAM SHAKESPEARE, Hamlet

Die Projektionen zur Entwicklung Deutschlands stimmen nicht froh, denn sie zeigen unmissverständlich, dass der Trend zu immer mehr Wohlstand gebrochen ist und die Konflikte zunehmen werden, die aus der wachsenden Zahl der Menschen im Rentenalter einerseits und der schrumpfenden Zahl der Erwerbstätigen andererseits erwachsen. Immerhin wird noch ein Produktivitätswachstum von einem Prozent jährlich angenommen, und das bedeutet, dass das BIP pro Erwerbstätigem bis 2050 um 58 Prozent und das BIP pro Einwohner um 36 Prozent steigen könnte. Das ist allerdings weder sicher noch selbstverständlich. Selbst wenn wir die Unwägbarkeiten des Klimawandels außer Acht lassen, wissen wir nicht, wie sich die künftigen Terms of Trade entwickeln und was Rohstoffe künftig kosten werden. Wir wissen auch nicht, wo die deutsche Industrie in 30 Jahren international stehen wird.

Wir werden älter und weniger an Zahl

Deutschland hält sich sehr viel zugute auf die Qualifikation und den Fleiß seiner Arbeitskräfte, seinen Unternehmergeist, auf den technologischen Vorsprung seiner Produkte und seine Spitzenstellung in Wissenschaft und Technik. Es mag offen bleiben, inwieweit wir hier von vergangenem Ruhm zehren oder Wunschdenken erliegen. Selbst wenn wir gut sind und bleiben, wird es schwieriger, denn die anderen werden besser und vor allem zahlreicher. Diese Probleme teilen wir mit der gesamten westlichen Welt, aber ein stark schrumpfendes, alterndes und vergleichweise kleines Land wie Deutschland trifft diese Entwicklung besonders hart.

Letztlich beruhen unsere Wettbewerbsstärken vor allem auf dem Ausbildungsgrad, den Ideen, den Fertigkeiten, dem Fleiß und der Motivation der Menschen in unserem Land. Denn wir müssen ständig neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen, und diese müssen nicht nur unter Lohnkostenaspekten wettbewerbsfähig sein, denn die Produktion von lohnkostenintensiven Produkten haben wir schon weitgehend abgegeben.

Eine funktionierende arbeitsteilige Volkswirtschaft ist eine komplexe Maschinerie. Sie braucht ein Angebot an einfachen Dienstleistungen und qualifizierter Handarbeit, ein solides Rechtssystem, eine geordnete Verwaltung und gute Lehrer genauso dringend wie Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker. Aber nur Letztere bilden die Gruppe, die den eigentlichen technischen Fortschritt vorantreibt, die für Richtung und Umfang technischer Innovationen bestimmend ist und die Entwicklung neuer oder besserer Produkte und Verfahren vorantreibt.

Die Zahl deutscher Hochschulabsolventen in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist zwischen 1993 und 2007 von 69 000 auf 76 000 gestiegen. [1] Im OECD-Vergleich absolvierten im Jahr 2006 aber 7,8 Prozent eines Altersjahrgangs ein MINT-Studium; Deutschland und die USA erreichten hier mit 5,8 Prozent und 5,5 Prozent nicht einmal den Durchschnitt, während Schweden mit 10,9, Japan mit 9,5 und Großbritannien mit 9,0 Prozent deutlich darüber lagen.[2] Selbst wenn der prozentuale Anteil deutscher MINT-Absolventen künftig steigen sollte, muss das infolge des demografischen Schwunds bei den kommenden Jahrgängen keinen absoluten Zuwachs bedeuten. Aufgrund der starken Zunahme der MINT-Absolventen in Fernost wird der Anteil Deutscher unter den MINT-Absolventen weltweit stark fallen und damit auch der deutsche Anteil an den Innovationen.

Exzellenz im Weltmaßstab ist erst recht schwer zu erreichen. Das britische Hochschulmagazin *Times Higher Education* veröffentlicht regelmäßig eine Rangliste der weltbesten Hochschulen. Auf den ersten 30 Plätzen findet man 14 amerikanische, sieben britische sowie eine chinesische Universität. Als beste deutsche Hochschule kommt die TU München auf Platz 55.[3] Derartige Ranglisten sind immer fragwürdig, doch sie liefern eine Indikation relativer Bedeutung. Längst vorbei sind auf jeden Fall die goldenen zwanziger Jahre, als weltweit rund die Hälfte der wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf Deutsch erschienen. Heute waten wir durch ein Meer deutscher Forschungspapiere, deren unbeholfenes Englisch uns oft traurig stimmt - allerdings würden sie auf Deutsch auch nicht mehr Witz und literarische Qualität gewinnen.

Die kontinuierliche Abnahme des quantitativen Potentials an wissenschaftlich-technischer Intelligenz wird sich fortsetzen. Dass die Zahl der Geburten in Deutschland zwischen 1965 und 2009 auf die Hälfte gesunken ist und sich bis 2050 noch einmal halbieren wird, bedeutet auch, dass in Deutschland heute nur noch halb so viele und in weiteren zwei Generationen allein aus demografischen Gründen nur noch ein Viertel der talentierten Köpfe des Geburtsjahrgangs 1965 geboren werden wird. Natürlich vermindert sich dann auch die Zahl der Untalentierten entsprechend, aber die tragen ohnehin nichts zur Vermeidung von Engpässen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bei. Letztlich ist die schiere Größe einer Bevölkerung für sich genommen gar kein Argument: Im Jahre 1800 hatten die USA eine Bevölkerung von 5,5 Millionen, in England lebten 9 Millionen Menschen, in Deutschland 23 Millionen, in Frankreich 28 Millionen und in China 400 Millionen. Gemessen an der Zahl der Einwohner je Quadratkilometer wird Deutschland 2050 immer noch dreimal so dicht besiedelt sein wie im Jahre 1800.

Bis 2050 wird die Bevölkerungszahl in Deutschland um rund 10 Prozent sinken, die Zahl der Erwerbstätigen sogar insgesamt um 30 Prozent und die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 20 und 50 Jahren noch mehr, nämlich um 40 Prozent. Die Zahl der Menschen im Rentenalter wird dagegen um rund 50 Prozent zunehmen. Es ist aber ein Unterschied, ob in Deutschland auf jeden Rentner zwei Erwerbstätige kommen, wie das gegenwärtig der Fall ist, oder ob die Relation eins zu eins ist, was 2050 eingetreten sein wird.

An die materielle Opferbereitschaft, aber auch an die Leistungsfähigkeit der Erwerbstätigen werden in Zukunft ganz andere Ansprüche gestellt werden als heute. Diese höheren Anforderungen werden an Menschen gerichet sein, die im Schnitt deutlich älter sind: Heute sind 25 Prozent der Erwerbstätigen 50 Jahre und älter, 2050 werden es dagegen 35 Prozent sein. Bei den Ingenieuren ist bereits jetzt die Zahl der berufstätigen Ingenieure über 50 Jahre höher als die der unter 35-Jährigen.[4] Das ist aus einem Grund zu begrüßen: Der Jugendwahn am Arbeitsmarkt wird keine Zukunft haben. Über Jahrzehnte war es üblich, Probleme in diesem Bereich möglichst durch Frühpensionierungen zu lösen. 2006 hatten rund 40 Prozent der Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäf tigten keinen einzigen Mitarbeiter über 49 Jahre.[5] Nur 56 Prozent der 55- bis 65-jährigen Männer sind in Deutschland noch erwerbstätig, bei den 55- bis 65-jährigen Frauen sind es sogar nur 40 Prozent. [6] Das muss und wird sich ändern (und ist in der Projektion in Kapitel 2 auch unterstellt).

Die moderne Altersforschung hat nachgewiesen, dass wichtige Qualitäten wie Sorgfalt, Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein bis ins hohe Alter erhalten bleiben, während andere Qualitäten wie Schnelligkeit, Reaktions- und Kombinationsvermögen sowie viele Formen fluider Intelligenz einem Altersabbau unterliegen. Dieser vollzieht sich beim gesunden Menschen aber langsamer, als häufig unterstellt wird, und kann sogar durch Anforderungen und Training weiter verlangsamt werden. Wirklich signifikant wird der Abbau des Leistungsvermögens in der Regel erst ab dem 70. Lebensjahr. [7]

Der Körper altert leider schneller als der Geist. Das Knochengerüst und die Sinnesorgane des Menschen sind phylogenetisch auf seine einstmalige Existenz als Jäger und Sammler abgestellt. Deshalb brauchen viele ab Mitte 40 eine Brille, ab Mitte 50 neue Hüften und ab Mitte 60 ein Hörgerät. Schwere körperliche Arbeit können die meisten Menschen ab 50 nicht mehr verrichten, aber dann ist es für die Umschulung und den Wechsel auf einen Posten mit mehr verwaltender oder geistiger Tätigkeit zu spät.

Oft sind Menschen, die vorwiegend körperliche Arbeit verrichten, auch gar nicht geeignet für geistige oder verwaltende Tätigkeiten und schon gar nicht für Umschulungen in späteren Lebensjahren, weil sie, wie die Bildungspolitiker das bezeichnen, »eher praktisch begabt« sind. Sie stellen nach der Gaußschen Normalverteilung etwa ein Viertel der Bevölkerung. Für dieses Viertel sind schon infolge der Technisierung der Arbeitswelt die Arbeitsplätze knapper geworden. 1960 waren im Hamburger Hafen beim Be- und Entladen der Schiffe 14 000 Menschen beschäftigt, heute sind es noch 2400. Im selben Zeitraum ist aber der Hafenumschlag von 31 auf 110 Millionen Tonnen gestiegen.[8] Ein Gabelstapler ersetzt etwa 100 Schauerleute. Im modernen Hochregallager fahren die Gabelstapler aber vollautomatisch, und so braucht man nicht einmal einen Fahrer. Der Mensch am Steuerpult des Hochregallagers benötigt eher Hirn als Muskelkraft und ist ganz sicher kein Hauptschulabsolvent, der bei einfachen Additionsaufgaben Schwierigkeiten hat.

In Zukunft wird es auf dem Arbeitsmarkt ein immer dürftigeres Angebot für das untere Viertel im Begabungs- und Leistungsprofil geben, denn auch Handwerksberufe, in denen man früher noch unterkommen konnte, setzen inzwischen mehr voraus, als dieses Viertel mitbringt. Damit wird der Nachwuchsmangel in qualifizierten Lehrberufen zum ernsthaften Problem: Am oberen Ende werden immer mehr Begabte in die forcierte Akademisierung abgezogen, der Mittelbau der Begabungsprofile schrumpft mit der demografischen Entwicklung, und ein Ausweichen in das untere Begabungs- und Leistungsdrittel ist wegen dort fehlender Voraussetzungen nur begrenzt möglich.

In den oberen Bereichen des Arbeitsmarktes ändern sich die Funktionen üblicherweise entsprechend dem Lebenszyklus. Der Diplomchemiker fängt in der Regel in der Forschungsabteilung an, leitet später als Techniker einen Produktionsbetrieb und steigt dann ins allgemeine Management auf, etwa als Personalchef oder Werksleiter. Schafft er einen solchen Aufstieg nicht, wird er gewöhnlich vorzeitig pensioniert. Der Informatiker startet als Systemprogrammierer, übernimmt dann die Leitung von Arbeitsgruppen oder Projekten, leitet schließlich eine Datenverarbeitungsabteilung oder geht in den Vertrieb und sitzt am Ende möglicherweise auf dem Sessel des CFO (Chief Financial Officer), also des kaufmännischen Geschäftsführers. Ähnlich ist es bei Physikern, Mathematikern und Ingenieuren aller Art. In jungen Jahren erfolgt der Einsatz dort, wo die Innovation unmittelbar entsteht, später findet man sie in Abteilungen, wo die Innovationen verwaltet und zu marktfähigen Produkten weiterentwickelt werden. Dies entspricht der biologischen Verlaufskurve menschlicher Intelligenz: Die fluide Intelligenz erreicht in relativ jungen Jahren ihr Hoch und sinkt dann kontinuierlich ab, die erfahrungsgeprägte kristalline Intelligenz hält sich bei entsprechender Beanspruchung lange auf hohem Niveau und kann sogar bis in höhere Lebensjahre ansteigen.

Wirft man einen Blick auf die Liste der Nobelpreisträger in Physik und Chemie, so wird man feststellen, dass ihnen die Auszeichnung zumeist in späteren Lebensjahren zuteil wurde für Entdeckungen, die sie zwischen dem 30. und 45. Lebensjahr gemacht hatten. Der berühmte britische Mathematiker Bertrand Russell bekannte in seinen Memoiren, dass er sich nie so sehr auf der Höhe seiner geistigen Leistungskraft gefühlt habe wie mit 28 Jahren bei der Abfassung seines Hauptwerkes »Principia Mathematica«.[9] Dazu äußerte der Historiker Golo Mann: »Rückblickend meint er (Russell), er sei zur Philosophie übergegangen, als er für die Mathematik zu dumm wurde, zur Geschichte und Politik, als er für die Philosophie zu dumm wurde. Da ich selber für die Mathematik von Anfang an zu dumm war und nur zu bald für die Philosophie, so kann ich gar nichts über Russells Grundlegung der Mathematik, über seine Philosophie das wenigste berichten.«[10]

Wir wissen, dass die Zahl der 20- bis 30-Jährigen bis 2050 um mehr als 40 Prozent sinken wird. Damit wissen wir, dass *ceteris paribus* auch das deutsche Innovationspotential in den nächsten 30 Jahren um 40 Prozent sinken wird. Häufig hört man, der demografischen Bedrohung für das Innovationspotential könne man durch eine höhere Quote an Hochschulabsolventen begegnen. Dieses Rezept kann aber nur dann wirken, wenn unter denen, die heute nicht studieren, künftig aber studieren sollen, in größerem Umfang naturwissenschaftlich Hochbegabte zu finden sind. Das dürfte kaum der Fall sein, denn bei der heutigen Abiturientenquote werden 95 Prozent der wirklich Hochbegabten bereits zur Hochschulreife geführt, und von den besten Abiturienten studieren bereits an die 100 Prozent. All die Volkswirte, Betriebswirte, Juristen, Germanisten, Politologen, Soziologen und Philosophen, die unsere Universitäten verlassen, tragen durchaus zum allgemeinen Bildungsniveau bei, ihr Beitrag zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt geht jedoch gegen null. Es gibt in den Kultur- und Sozialwissenschaften eben keinen systematischen Fortschritt, ebenso wenig wie es einen solchen bei der Dichtkunst oder den bildenden Künsten gibt. Die Werke von Andy Warhol sind nicht besser als die von Breughel, sie sind anders, James Joyce hat nicht besser geschrieben als Goethe, sondern anders, und Henry Moore nicht besser gestaltet als Schadow, nur eben anders. Verbrennungsmotoren dagegen sind heute anders als die vor 100 Jahren und vor allem in jeder Hinsicht besser. Dasselbe gilt für Glühlampen und Telefone.

Während der Zugang zu Sprache, Kultur und Kunst - in unterschiedlichen Graden natürlich - allen Menschen möglich ist, die mit einer gewissen Grundintelligenz ausgestattet sind, gilt das für die Mathematik und die Naturwissenschaften nicht; ihr Charakter setzt ein bestimmtes formales Verständnis voraus, sonst ist der Zugang quasi digital versperrt. Das weiß jeder Schüler, der einmal bei einer mathematischen Ableitung an der Tafel gescheitert ist.

Unsere Gesellschaft wird heterogener

Vielfalt ist grundsätzlich erwünscht. Die damit verbundenen Reibungen erhöhen aber nicht zwangsläufig die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Drei der Länder, die bei den diversen Pisa-Tests am besten abgeschnitten haben - Korea, Japan und Finnland -, haben eine sehr homogene Bevölkerung und dementsprechend sehr wenige Einwanderer. Ein viertes Land, das sehr gut abschneidet - Kanada -

ist ein klassisches Einwanderungsland, das seine Einwanderungspolitik sehr restriktiv nach Bildungsniveau, Qualifikation und Mangelberufen am Arbeitsmarkt steuert.

Die Vereinigten Staaten, das größte Einwanderungsland, schneiden bei den Pisa-Tests traditionell unterdurchschnittlich ab. Beim letzten Mal lagen sie in puncto mathematische Kompetenz noch hinter dem deutschen Schlusslicht Bremen.[11] Gleichzeitig ziehen die USA Spitzenintelligenz aus der ganzen Welt an ihre Universitäten und Forschungseinrichtungen. An der Universität Berkeley in Kalifornien setzen sich beispielsweise Absolventen fernöstlicher Herkunft mit überdurchschnittlichen Leistungen von anderen Ethnien deutlich ab.[12] Diese eigentümliche Dichotomie ist kennzeichnend für die amerikanische Gesellschaft: wachsende Geistesferne an der Basis und eine unangefochtene Spitzenstellung in Wissenschaft und Technik, repräsentiert von den Besten der Welt, die sich in den amerikanischen Eliteeinrichtungen versammeln.

Nach Deutschland drängen die hochbegabten Inder und Chinesen leider nicht, denn hier entfällt schon einmal der Vorteil der Sprachkenntnis. Deutsch spielt als Wissenschaftssprache schon längst keine Rolle mehr. In der Regel studieren in Deutschland daher nur jene Chinesen, deren Profil für die amerikanischen Spitzenuniversitäten nicht reicht. Entscheidend ist aber etwas anderes: Die deutsche Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte hat nicht die Leistungsträger fremder Völker angelockt, sondern vornehmlich Landbewohner aus eher archaischen Gesellschaften, die in ihren Heimatlämdern am unteren Ende der sozialen Rangskala wie auch der Bildungsskala angesiedelt sind.

Betrachten wir einmal die letzten Jahrzehnte:

- In den sechziger Jahren sind in mehreren Einwanderungswellen Italiener, Griechen, Spanier und Portugiesen nach Deutschland gekommen. Das ist längst vorbei. Diese Menschen haben sich assimiliert oder sind in ihre prosperierenden Heimatländer zurückgekehrt.
- Die Einwanderungswelle aus Osteuropa ist abgeebbt. Die osteuropäischen Länder leiden mittlerweile - mit drei Jahrzehnten Verspätung - unter einer ebenso großen Geburtenarmut wie Deutschland und bieten überdies ihren Landsleuten immer bessere wirtschaftliche Perspektiven. Die Integration dieser Menschen war nie ein Problem, da sie sehr sprachbegabt sind und sich um Integration bemühen, wenn sie nach Deutschland kommen, um hier zu leben.
- Menschen aus dem Fernen Osten oder aus Indien, die den Weg nach Deutschland finden, machen sehr gute Integrationsfortschritte. Sie sind wirtschaftlich leistungsfähig, überwinden Hürden am Arbeitsmarkt schnell, und ihre Kinder zählen in den Schulen zu den Besten. Die Kinder der noch in die DDR geholten vietnamesischen Flüchtlinge haben in Berlin höhere Abiturientenquoten und weisen bessere Schulleistungen vor als die deutschen Schüler.
- Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge insbesondere aus Afrika sind dagegen schlecht ausgebildet und nicht immer leicht zu integrieren. Sie reihen sich ein am unteren Ende des Arbeitsmarktes, an dem wir bereits jetzt hohe Unterbeschäftigung haben, oder gehen in die informelle Wirtschaft.
- Die Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und den arabischen Ländern bilden den Kern des Integrationsproblems. Es gibt keinen erkennbaren Grund, weshalb sie es schwerer haben sollten als andere Immigranten. Ihre Schwierigkeiten im Schulsystem, am Arbeitsmarkt und generell in der Gesellschaft ergeben sich aus den Gruppen selbst, nicht aus der sie umgebenden Gesellschaft.
- Die größte Einwanderungsgruppe stellen die Aussiedler. Bildungserfolge und Arbeitsmarktdaten zeigen, dass deren Integration bereits in der zweiten Generation sehr gut gelingt.

Objektive Benachteiligungen ergeben sich für *alle* Immigranten infolge mangelhafter Sprachkenntnisse, mangelnder Vertrautheit mit den Gebräuchen des Gastlandes und andersartigen Aussehens. Die ersten beiden Hemmnisse zu überwinden, obliegt den Immigranten selbst, wobei das Gastland Hilfe zur Selbsthilfe leisten muss. Auch das Aussehen ist kein unüberwindliches Hindernis. Inder und Vietnamesen wirken in Deutschland mindestens so fremdartig wie Türken und Araber und haben doch viel größere Erfolge in unserer Gesellschaft vorzuweisen. Ursachen für die Schwierigkeiten in der Schule, am Arbeitsmarkt und generell in der Gesellschaft müssen daher wohl auch in den Gruppen selbst gesucht werden; sie dürften also durchaus etwas mit deren eigenem Verhalten zu tun haben.

Alles in allem ist die Bevölkerung in Deutschland durch die Migration vielfältiger geworden. Die höheren Geburtenraten aller Migrantengruppen führen altersabhängig sogar zu einer starken Verschiebung der Bevölkerungsanteile: Bei den heute 65-Jährigen haben etwa 10 Prozent einen Migrationshintergrund, bei den 40-Jährigen sind es 17 Prozent, unter den jüngeren Müttern bereits 40 Prozent.[13] In der Bevölkerung insgesamt liegt der Anteil derjenigen, die einen Migrationshintergrund haben, bei 17 Prozent, bei den unter 15-Jährigen aber bereits bei 30 Prozent.

Die Alterspyramide zur Bevölkerung in Deutschland (Schaubild 3.1) lässt deutlich erkennen, dass die Migration die quantitativen Wirkungen des Geburtenrückgangs erheblich abgemildert hat: Der Anteil der von der einheimischen Bevölkerung geborenen Kinder ist seit Mitte der sechziger Jahre um 65 Prozent gesunken, dank der Migranten hat sich die Gesamtzahl der in Deutschland Geborenen aber »nur« halbiert. Bleiben die Geburtenraten der Migranten über dem deutschen Durchschnitt, setzt sich auch ohne weitere Einwanderung die »Verdünnung« der einheimischen Bevölkerung fort. Das ist nicht weiter schlimm. Aber wenn sich dadurch das Bildungsund Qualifikationsprofil verschlechtern sollte, würde sich das sehr nachteilig auf die deutsche Zukunftsfähigkeit auswirken.[14]

Müssen wir uns diesbezüglich Sorgen machen?

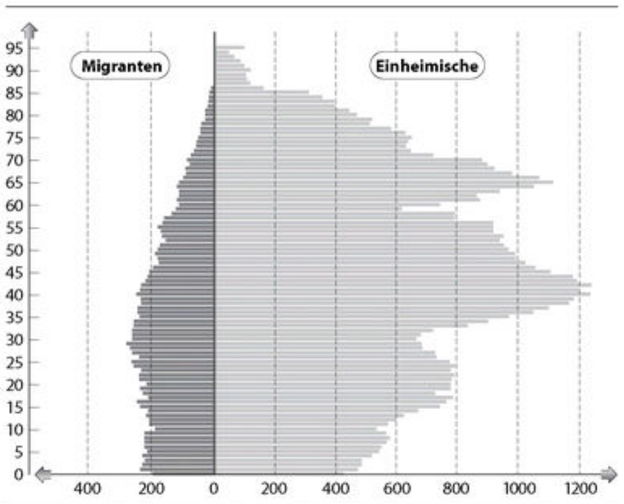
Die Aussiedler geben dazu keinen Anlass. Von ihren in Deutschland geborenen Nachkommen besuchen heute mehr die gymnasiale Oberstufe als von den Einheimischen, und die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei dieser Gruppe unter dem Durchschnitt. Die Einwanderer aus den EU 25 bereiten ebenso wenig Probleme. Deren in Deutschland geborene Kinder erwerben in weitaus höherem Maße die Hochschulreife als die Einheimischen. Bei den Migranten aus dem Fernen Osten schaffen das in der zweiten Generation bis zu 63 Prozent, bei den Einheimischen sind es nur 38 Prozent. Diese Migranten stellen offenbar für das künftige deutsche Wissenspotential eine Bereicherung dar. Bei den Migranten aus dem Nahen Osten erwerben 55 Prozent der zweiten Generation die Hochschulreife, 22 Prozent schließen allerdings weder eine Schule noch eine Lehre ab. In der Gruppe besteht also eine erhebliche Disparität, was vermutlich auf große Unterschiede je nach Herkunftsland zurückzuführen ist (wobei Persien sicher besser abschneidet als der Jemen). Das statistische Material reicht aber nicht aus, um dies zu erhärten.

Tabelle 3.1. 1 Ethnische Herkunft der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2005

Herkunft	Anteil absolut	in %	Anteil unter 15 Jahre absolut	in %	Median-alter
Aussiedler	3962000	4,7	701000	6,0	37
Türkei	2812000	3,4	779000	6,7	27
EU 25	1907000	2,3	336000	2,9	35
Südeuropa	1527000	1,8	299000	2,6	34
ehem. Jugoslawien	1146000	1,4	236000	2,0	32
Ferner Osten	734000	0,9	248000	2,1	29
Naher Osten	542000	0,6	155000	1,3	27
Afrika	502000	0,6	138000	1,2	28
sonstige (keine Angabe)	2744000	3,3	599000	5,1	
Einheimische	67682000	81,0	8122000	70,0	44
Gesamtbevölkerung	83558000	100,0	11613000	100,0	

Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung (Hrsg.): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*, Berlin 2009, S. 26f., und eigene Berechnungen.

Schaubild 3.1 Anzahl der Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Jahr 2005 (in der jeweiligen Altersklasse in 1000)



Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung (Hrsg.): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*, Berlin 2009, S. 78.

Unter den Immigranten aus Südeuropa sind die Bildungsindikatoren für Spanier und Griechen günstiger als bei Einheimischen, bei Italienern und Portugiesen ungünstiger. Im Falle Italiens mag das damit zusammenhängen, dass die ursprünglichen Gastarbeiter überwiegend aus Süditalien eingewandert sind.

Die Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien haben auch in der zweiten Generation deutliche Integrationsprobleme im Bildungsbereich: 14 Prozent bleiben ganz ohne Schul- oder Berufsabschluss, und die Quote derer, die das Abitur ablegen oder ein Studium abschließen, ist nur halb so hoch wie bei den Deutschen. Diese Gruppe ist allerdings sehr heterogen. Sie setzt sich zusammen aus den früheren Gastarbeitern und ihren Nachkommen einerseits und andererseits aus politischen Flüchtlingen, etwa aus dem Kosovo.

Aus Afrika stammende Migranten haben zu 25 Prozent keinen Bildungsabschluss. Nur 20 Prozent der afrikanischstämmigen Schüler besuchen die gymnasiale Oberstufe. Es ist nicht erkennbar, dass sich die Integration in der zweiten Generation verbessert, sie wird teilweise eher schlechter. Allerdings gibt es in dieser Gruppe 35 Prozent bikulturelle Ehen (meist afrikanische Männer mit deutschen Frauen), dort sind die Integrationswerte etwas besser.

Die türkischstämmige Bevölkerung stellt unter den Absolventen des deutschen Bildungssystems die höchste Quote ohne Bildungsabschluss (30 Prozent) und die niedrigste mit Hochschulberechtigung (14 Prozent) und lässt darüber hinaus die geringsten Fortschritte bei den hier geborenen Generationen erkennen.

Die Bildungserfolge der verschiedenen Gruppen bestimmen wesentlich deren Erfolge auf dem Arbeitsmarkt, und diese wiederum sind ausschlaggebend dafür, ob man seinen Unterhalt selbst bestreiten kann oder auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist. Von Transferleistungen leben in Deutschland:

8 Prozent der Einheimischen
9 Prozent der Migranten aus EU 24
10 Prozent der Migranten aus Südeuropa
12 Prozent der Aussiedler
13 Prozent der Migranten aus dem Fernen Osten
16 Prozent der aus der Türkei stammenden Migranten
18 Prozent der Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien
24 Prozent der Migranten aus afrikanischen Ländern.

Wer von staatlichen Transfers lebt, zahlt keine Steuern und Abgaben und hat wie jeder andere Bürger Anspruch auf staatliche Leistungen von der Schule bis zur Wohnung und zur Krankenversicherung. Hiervon ausgehend gibt es unterschiedliche Versuche, die Kosten und Nutzen der Einwanderung in Deutschland zu berechnen. [15] Soweit dabei nachgekartet und an Entscheidungen der Vergangenheit Kritik geübt wird, ist dies allenfalls von theoretischem Interesse. Letztlich ist die Frage rein erkenntnislogisch kaum beantwortbar. Man müsste nämlich, ausgehend vom Jahr 1960, eine alternative Wirtschafts- und Sozialgeschichte für Deutschland schreiben, da ohne das Ventil der Einwanderung grundlegende Entwicklungen in der deutschen Politik anders verlaufen wären:

- Man hätte sich das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell aus Gründen des Arbeitskräftemangels so gar nicht leisten können und eher mit der Verlagerung von Produktionen ins Ausland begonnen.
- Es wäre ein großer Druck entstanden, durch eine entsprechende Familien- und Bevölkerungspolitik die deutschen Geburtenzahlen zu erhöhen.
- Man hätte nie mit dem Frühpensionierungswahn begonnen.
- Das Gewicht von Dienstleistungen und Bildung wäre gestiegen.

Jede diese Entscheidungen hätte Folgeanpassungen im In- und Ausland nach sich gezogen. Deutschland und Europa wären anders, als sie jetzt sind. Sich dies im Einzelnen auszudenken, streift die sozialutopische Geschichtsrevision - ganz abgesehen davon, dass eine solche Politik nur durchsetzbar

gewesen wäre ohne den Asylparagraphen im Grundgesetz und anderen Regeln zur Niederlassungsfreiheit in der EU.

Analysieren wir also lieber den Ist-Zustand: Die drei Migrantengruppen mit den größten Bildungsdefiziten und den höchsten Sozialkosten sind auch jene, die sich am stärksten vermehren. Menschen mit Migrationshintergrund Jugoslawien, Türkei, Nah- und Mittelost sowie Afrika stellen sechs Prozent der Bevölkerung in Deutschland, auf sie entfallen aber gut 11 Prozent aller unter 15-Jährigen und ein noch deutlich höherer Anteil an den Geburten. Die Gruppen mit der höchsten Bevölkerungsdynamik haben also die niedrigste Bildung und weisen auch die niedrigsten Bildungszuwächse in der Generation der hier Geborenen auf. Damit stellen sie nicht einen Teil der demografischen Lösung, sondern des demografischen Problems dar. Es ist nämlich zu befürchten, dass sie zur überdurchschnittlichen Vermehrung jener bildungsfernen und von Transfers abhängigen Unterschicht beitragen, welche die Entwicklungsaussichten Deutschlands verdüstert.

Wir werden weniger leistungsfähig

Die deutsche Volkswirtschaft und Gesellschaft machen zur Zeit nicht den Eindruck, als könnten sie vor Kraft kaum laufen. In jeder zweiten Sonntagsrede hören wir, dass nur Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik Deutschlands Lebensstandard sichern und die Folgen der Globalisierung und des demografischen Wandels zum Positiven wenden können. In einer aktuellen Veröffentlichung schreibt etwa das Konsortium »Bildungsindikatoren und technologische Leistungsfähigkeit«:

> »In allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist ein Trend zur Wissenswirtschaft zu beobachten, ein Trend, der ökonomisch ohne Alternative ist und der zunehmenden Bedarf an hochqualifiziertem Humankapital schafft... Der Trend zur Wissensgesellschaft beruht auf einem doppelten Strukturwandel:
>
> - Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen fast ausschließlich im Dienstleistungssektor und nur noch in Ausnahmefällen in der Industrie. Die Qualifikationsanforderungen sind im Dienstleistungssektor typischerweise höher.
> - Sowohl im produzierenden Bereich als auch innerhalb des Dienstleistungssektors expandieren wissens- und forschungsintensive Wirtschaftszweige und Tätigkeitsbereiche zu Lasten derjenigen, die weniger auf den Einsatz von hoch qualifiziertem Personal angewiesen sind...
>
> Geringe Qualifikationen werden immer weniger nachgefragt. *Deutschland hat seinen über lange Jahre gehaltenen Humankapitalvorsprunggegenüber anderen* Ländern, der sich auch heute noch im vergleichsweise hohen Bildungsstand älterer Bevölkerungsgruppen niederschlägt, *durch Versäumnisse in der Bildungspolitik der 1980er und 1990er Jahre sukzessive eingebüßt.*«[16]

»Humankapital« wird in internationalen Vergleichen an den Abschlussquoten vergleichbarer Bildungsgänge gemessen. Aussagekräftig sind diese nur, wenn die Abschlüsse auch vergleichbar sind. Das Niveau des traditionellen deutschen Abiturs ist zwar in den letzten Jahrzehnten gewaltig gesunken, liegt aber dennoch wohl eher in der Nähe des amerikanischen College-Abschlusses, weshalb es wenig sinnvoll ist, deutsche Abitur- mit amerikanischen Highschool-Quoten zu vergleichen. Dennoch geben die internationalen Vergleichsdaten zu denken.

Im internationalen Vergleich hat Deutschland die mit Abstand niedrigste Quote an Hochschulabsolventen und vor allem die niedrigste Quote an MINT-Absolventen. Sicherlich stellen die Zahlen in der Tabelle 3.2 Deutschland in einem ungünstigen Licht dar, denn das deutsche Abitur hat gewöhnlich eine höhere Qualität als viele der ausländischen Studienberechtigungen. Zudem gibt es zahlreiche Einrichtungen, die in anderen Ländern als Hochschule geführt werden, bei uns diesen Status aber nicht haben, etwa Berufsakademien und Verwaltungshochschulen. Für bestimmte Ausbildungsgänge wird in Deutschland auch kein Studium vorausgesetzt, weil es Lehrberufe sind (Krankenpfleger/innen, Erzieher/innen), und überhaupt gibt es die ganze Breite der beruflichen Bildung in vielen anderen Ländern so nicht. Dennoch ist die niedrige deutsche Quote an MINT-Absolventen, die ja einen hohen Standard im wissenschaftlich-technischen Fortschritt garantieren sollen, besorgniserregend und verträgt sich nicht mit der hierzulande verbreiteten Einschätzung, Deutschland sei ein prädestinierter Hightech-Standort.

Tabelle 3.2 Jahrgangsspezifische Quoten zur akademischen Ausbildung für das Jahr 2006

Land	Studien-berechtigung*	Hochschulab-schluss (Isced 5A)	MINT-Abschluss
Deutschland	51	21	5,8
Frankreich	51	27	7,2
Niederlande	51	43	6,5
Australien	68	59	12,6
Japan	70	39	9,5
USA	75	36	5,5
Schweden	75	41	10,9
Italien	76	39	8,5
Kanada	77	35	6,4
Finnland	95	48	14,1
OECD-Mittel	63	37	7,8

Die Daten wurden zusammengestellt nach Michael Leszczensky u.a.: *Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands* (Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 8-2009), Berlin 2009, S. 46, 102.

* einschließlich eines zum Studium berechtigenden Berufsabschlusses

Die niedrige deutsche Quote an MINT-Absolventen hängt nicht mit Kapazitätsengpässen an den Hochschulen zusammen. Vielmehr sind die MINT-Fächer jene, in denen die deutschen Hochschulen durchaus noch freie Kapazitäten haben. So gab es 2006 folgende Auslastungsquoten:[17]

Elektrotechnik	72 Prozent
Physik, Astronomie	74 Prozent
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	81 Prozent
Chemie/Biochemie	87 Prozent
Kunst, Kunstwissenschaften	90 Prozent
Sprach- und Kulturwissenschaften	102 Prozent
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	116 Prozent

Man sieht: Je mehr formale Anforderungen ein Fach stellt, umso geringer ist das Studieninteresse. Es mangelt ganz offenbar nicht am Platz in den Labors und Hörsälen, sondern an geeigneten und in der Schule ausreichend vorgebildeten Köpfen. Zugleich gibt es in den MINT-Fächern extrem hohe Schwund- und Abbruchquoten,[18] wie die Zahlen von 2006 zeigen:

Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport	- 24 Prozent
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	- 26 Prozent
Mathematik	- 53 Prozent
Physik, Geowissenschaft	- 52 Prozent
Chemie	- 49 Prozent
Maschinenbau	- 46 Prozent
Elektrotechnik	- 48 Prozent

In Deutschland besteht also das doppelte Problem, dass zu wenig Studienberechtigte MINT-Fächer wählen und zu wenige, wenn sie es tun, ihr Studium erfolgreich abschließen. Michael Leszczensky und andere haben sich diesem doppelten Problem gewidmet und glauben nicht, dass sich etwas verbessern könnte:

> »Fachlich prädestiniert für ein MINT-Studienfach ist nur eine Minderheit von Schulabsolvent/innen von *allgemeinbildenden Schulen*. Für zusätzliche Impulse der Nachfrage nach diesen Studiengängen, die sich aus entsprechend veränderten schulischen Schwerpunktsetzungen ergeben würden, gibt es keine empirischen Hinweise.
>
> Eine durchgreifende Ausweitung von bildungsbiografischen Verläufen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Wahl eines ingenieurwissenschaftlichen Studienfaches zulaufen, ist auch an den *beruflichen Schulen* nicht zu erkennen. Zwar steigt die Gesamtzahl der Studienberechtigten mit technischer Ausrichtung wieder an, aber der Zuwachs fällt gegenüber den Bereichen Bildung und Sozialwesen nur unterdurchschnittlich aus.«[19]

Dabei kann man es natürlich nicht bewenden lassen, doch dazu später mehr (siehe Kapitel 6).

In den Jahren 2006/07 schlossen 68 Prozent der alterstypischen Bevölkerung einen beruflichen Bildungsgang ab, davon 23 Prozent in den Kernberufen wissensintensiver Branchen. Dieser Anteil ist etwas höher als derjenige der in wissensintensiven Berufen tätigen Erwerbstätigen (rund von 37 Millionen Erwerbstätigen, also 19 Prozent).[20] 15,2 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren waren 2007 ungelernt, hatten also (noch) keinen beruflichen Abschluss. Das Risiko, keinen Abschluss zu erwerben, ist am unteren Ende der Skala naturgemäß am höchsten (siehe Tabelle 3.6).[21] Auch der bloße Hauptschulabschluss birgt ein erhebliches Risiko, am Ende ohne beruflichen Abschluss dazustehen, und den jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss droht unweigerlich das Dasein als ungelernte Arbeitskraft. Diese Entwicklung ist besonders beunruhigend, weil seit Ende der achtziger Jahre die Arbeitslosenquoten der Geringqualifizierten stark steigen. Im Jahre 2005 lagen sie bei 26 Prozent und waren damit fast dreimal so hoch wie bei denen mit abgeschlossener Berufsausbildung.[22] Es ist bereits jetzt absehbar, dass diese jungen Menschen künftig den harten Kern der von Transfers abhängigen Bevölkerung bilden werden.

Fassen wir zusammen: In der Hochschulbildung hat Deutschland - jedenfalls bei den MINT-Fächern - seinen Vorsprung beim Humankapital verloren. Bei der beruflichen Bildung scheint es ihn noch zu haben. Deutschland wird wegen der Qualität seiner beruflichen Bildung weltweit geschätzt und schreibt sich hier besondere Stärken zu. Es könnte sein, dass hier Vorsprünge in der Humankapitalbildung kompensiert werden, die bei der akademischen Ausbildung verloren gehen. Eine Analyse der Arbeitsproduktivität in jüngerer Zeit legt allerdings die Vermutung nahe, dass sich die Arbeitsproduktivität in Deutschland sektoral bereinigt ungünstiger entwickelt als in vergleichbaren Industriestaaten. Zerlegt man das sektorale Wachstum der Arbeitsproduktivität in die Faktoren Humankapital, Sachkapital und Multifaktorproduktivität, so zeigt sich, dass Deutschland bei der Produktivitätssteigerung des Humankapitals und der Multifaktorproduktivität seit Mitte der neunziger Jahre eher schlecht abschneidet.[23] Das kann seine Ursachen in der Qualität des Humankapitals haben, muss es aber nicht. Auf jeden Fall ist dies keine erfreuliche Indikation.

Tabelle 3.6 Schulabschluss der 20- bis 29-Jährigen im Jahr 2009

Schulabschluss	Anteil an den 20- bis 29-Jährigen (in %)	davon ohne beruflichen Abschluss (in %)
Hauptschule	21,7	30,8
Realschule	33,4	9,6
Abitur/Fachhochschulreife	41,1	5,9
kein Abschluss	3,2	84,5
keine Angabe	0,5	12,5
gesamt	100	15,2

Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Bonn 2009, S. 216.

Klagen über die Qualität der Lehrstellenbewerber sind immer wieder zu hören, aber es ist schwer auszumachen, welches Gewicht ihnen zukommt. Die Ausbildungsumfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zur Ausbildungsreife der Bewerber geben hier einigen Aufschluss (Tabelle 3.7).[24] Seit 2006 wird das Ausdrucksvermögen zwar etwas seltener bemängelt, die elementaren Rechenfertigkeiten, die Umgangsformen und die Belastbarkeit lassen aber weiter zu wünschen übrig.

Die BASF AG untersucht seit 1975 die Rechtschreib- und elementaren Rechenkenntnisse ihrer Ausbildungsplatzbewerber und hat über all die Jahre die gleichen Tests verwendet.[25] Dabei hat sich ein stetiger und im Laufe der Zeit erheblicher Leistungsrückgang gezeigt (Tabelle 3.8). In die Testauswertung wurden nur Bewerber einbezogen, die ihre gesamte Schulzeit an einer deutschen Schule verbracht hatten. Erläuternd heißt es dazu:

> »Bezüglich der Rechenkenntnisse ist die Nutzung von Taschenrechnern zwar eine praktische Angelegenheit, die Regelkenntnisse, die ja alle einmal erworben haben, gehen aber mangels Anwendung verloren. Ebenso scheint es sich mit dem Transfervermögen zwischen dem beim elementaren Rechnen doch recht überschaubaren Zahlenraum und der konkreten Anwendung im Alltag zu verhalten.
>
> Die deutsche Sprache zählt ja doch zu den schwierigeren, weshalb unter lernpsychologischen Gesichtspunkten eine multimodale (möglichst viele Sinne und Verhaltensanteile beinhaltende) Methode des Erwerbs den größten Erfolg verspricht. Tatsächlich dürfte aber sowohl die Sprechaktivität durch vorwiegend konsumatorische Haltungen als auch die Leseaktivität durch audio-visuelle Medien stark vernachlässigt sein. Zudem scheinen Sorgfalt und Akribie, wie sie beim Erstellen und Gestalten von Texten ja durchaus notwendig sind, in unserer Zeit in den Hintergrund getreten zu sein. Man analysiere einmal Tageszeitungen unter diesem Gesichtspunkt.u[26]

Es spricht viel dafür, die Ergebnisse dieser Langzeituntersuchung als repräsentativ für ganz Deutschland anzusehen, denn sie bestätigen die Erfahrungen zahlreicher älterer Lehrer.

Deutschland hat also in den MINT-Fächern seinen Vorsprung verloren, und die deutschen Schulen stellen nicht so viele geeignete Abiturienten bereit, dass der Standard der besseren OECD-Staaten wieder erreicht werden könnte. Darüber hinaus weisen die schulischen Leistungen der Haupt- und Realschüler große Mängel auf und sind in den letzten 35 Jahren kontinuierlich gesunken. Von einem leistungsfähigen Bildungssystem kann also keine Rede sein, denn dieses müsste erreichen, dass der Anteil der Schüler/Absolventen mit

- Spitzenkompetenz möglichst hoch ist, da diese allein den wissenschaftlich-technischen Fortschritt vorantreiben
- sehr geringen oder gänzlich fehlenden Kenntnissen möglichst niedrig ist, weil es für diese immer weniger Arbeitsplätze geben wird.

Tabelle 3.7 Ausbildungsreife der Bewerber um einen Ausbildungsplatz im Jahr 2009 (Anteil der Bewerber in %)

	Mängel in elementaren Rechenfertigkeiten	Mängel im mündl. u. schriftl. Ausdrucksvermögen	Mängel in der Belastbarkeit	Mängel in den Umgangsformen	keine Mängel
Industrie (ohne Bau)	62,0	53,9	36,8	33,8	6,5
Baugewerbe	57,9	49,7	40,9	34,9	5,0
IT, Medien	37,4	58,2	35,7	37,2	10,2
Handel	51,9	57,3	48,5	40,8	6,8
Gastgewerbe	55,1	54,9	67,6	56,1	1,9
Verkehr	44,6	51,4	46,0	39,6	7,9
Banken, Versicherungen	45,5	60,9	38,3	39,6	9,2
Unternehmensdienste	44,1	56,1	40,5	39,9	10,8
sonst. Dienstleistungen	40,7	57,3	41,9	37,1	10,1

Für die Durchführung der hier auszugsweise wiedergegebenen Sonderauswertung danke ich Thilo Pahl vom DIHK Berlin. Siehe auch DIHK: *Ausbildung 2009, Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung*, erschienen im März 2009.

Tabelle 3.8 DurchschnittlicherAnteil richtiger Lösungen bei Einstellungstests für Bewerber um Ausbildungsplätze (Angaben in %)

	1975	2008	Rückgang
Rechtschreibung			
Hauptschüler	51,0	37,6	– 26
Realschüler	75,2	58,2	– 23
Elementares Rechnen			
Hauptschüler	72,5	47,0	– 35
Realschüler	75,8	56,4	– 26

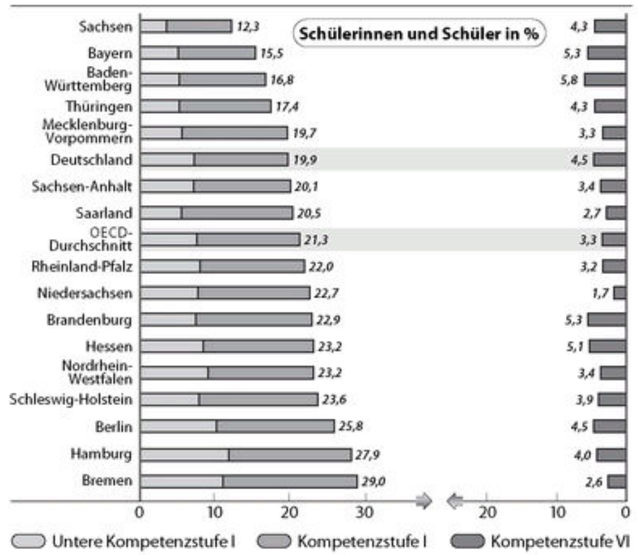
Vgl. BASF AG (Hrsg.): *Langzeitstudie über Rechtschreib- und elementare Rechenkenntnisse bei Ausbildungsplatzbewerbern*, Ludwigshafen 2008.

Vor diesem Hintergrund sind einige Pisa-Ergebnisse von 2006 aufschlussreich. Im Schaubild 3.2 wird exemplarisch die mathematische Kompetenz der Schüler in den einzelnen Bundesländern dargestellt. Analoge Aufstellungen gibt es zur Lesekompetenz und zur naturwissenschaftlichen Kompetenz. Die Ergebnisse sind sechs Kompetenzstufen zugeordnet. Bei der niedrigsten, der Kompetenzstufe I, können 54
die Schüler »Routineverfahren in unmittelbar zugänglichen Situationen anwenden«, aber beispielsweise nicht »elementare Algorithmen, Formeln, Verfahren und Regeln anwenden«. Das wäre bereits Kompetenzstufe II. In der höchsten Kompetenzstufe VI können die Schüler »Informationen, die sie aus der Modellierung komplexer Problemsituationen erhalten, konzeptualisieren, verallgemeinern und auf neue Situationen anwenden«.[27]

Bei Jugendlichen der Kompetenzstufe I und darunter ist zu erwarten, dass sie »aufgrund ihrer geringen mathematischen Kompetenzen im weiteren Ausbildungs- und Berufsleben wahrscheinlich erhebliche Probleme haben«. Da die Arbeitsplätze der Niedrigqualifizierten in Länder mit deutlich niedrigeren Lohnkosten verlagert werden, sagt die OECD bei einem höheren Anteil niedrig Qualifizierter steigende Soziallasten und mehr Ungleichheit voraus,[28] Es ist also höchst beunruhigend, dass 20 Prozent der Jugendlichen in Deutschland unter Kompetenzstufe II liegen und Prozent nicht einmal Kompetenzstufe I erreichen. Das ist nur minimal besser als der OECD-Durchschnitt von 21 Prozent, liegt aber weit unter dem Niveau der Pisa-Spitzenländer.[29] Lediglich 4,5 Prozent der Jugendlichen erreichen die Kompetenzstufe VI, das ist zwar etwas besser als der OECD-Durchschnitt von 3,3 Prozent, aber weit von den Pisa-Spitzenländern entfernt.

Die Ergebnisprofile der deutschen Bundesländer weichen stark voneinander ab. Den höchsten Anteil an Spitzenleistungen hat Baden-Württemberg mit 5,8 Prozent, den höchsten Anteil an Kompetenzstufe I und darunter hat Bremen mit 29 Prozent. Es fällt auf, dass die Länder, die den niedrigsten Anteil bei den schlechten Leistungen zu verzeichnen haben, auch erfolgreicher sind bei den Spitzenleistungen. So haben die fünf besten Länder einen durchschnittlichen Anteil von 16 Prozent bei den schlechten Leistungen und im Spitzenbereich einen von 4,6 Prozent. Bei den fünf schlechtesten Ländern sind es dagegen 26 beziehungsweise 3,7 Prozent. Es fällt ferner auf, dass die Unterschiede offenbar nichts mit unterschiedlichen Schulsystemen zu tun haben: Bayern, das seit jeher einen hohen Hauptschul- und einen niedrigen Abiturientenanteil stellt, scheint sowohl die Leistungsschwächeren als auch die Spitze weitaus besser zu fördern als die drei Schlusslichter Berlin, Hamburg und Bremen, die traditionell einen niedrigen Hauptschul- und einen hohen Abiturientenanteil haben.

Schaubild 3.2 Mathematische Kompetenz im Ländervergleich



Andreas Frey u.a.: »Mathematische Kompetenz im Ländervergleich«, in: Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *Pisa 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008, S. 139.

Die besten deutschen Länder spielen in der internationalen Spitzenliga mit und sind auf dem Niveau 55
von Japan, Neuseeland und Dänemark, erreichen allerdings nicht die Spitzenwerte von Finnland und Korea. Das schlechteste deutsche Land Bremen befindet sich auf dem Niveau von Spanien und den USA.

Als Berliner Finanzsenator habe ich mich mit den Pisa-Ergebnissen intensiv beschäftigt. Berlin hatte nämlich bei den Tests von 2003 und 2006 katastrophal abgeschnitten, woraufhin unverzüglich massive politische Forderungen nach mehr Geld für die Bildung und mehr Lehrkräften für die Schulen erhoben wurden. Nach Auswer-tung der Statistiken der Kultusministerkonferenz konnte ich belegen, dass in Berlin auf jeden Lehrer wesentlich weniger Schüler entfallen als in den deutschen Pisa-Spitzenländern. Mit diesen Ergebnissen zog ich in den politischen Kampf.

Tabelle 3.9 Vergleich der Pisa-Ergebnisse mit der Schulwirklichkeit

	Pisa-Punktwert 2003		Schüler je		Migrationshinter-grund (in %)
	Mathematik	Lesen	Lehrer	Klasse	
Berlin	488	481	13,6	22,9	25,2
Bayern	533	518	16,6	23,4	22,4
B.-Württemberg	512	507	16,1	22,4	28,8
Bundesrepublik	503	491	16,0	22,1	15,4

Daten entnommen aus: PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): *PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche?*, Münster 2005. »Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1994 – 2003«, in: *Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz* Nr. 175, Bonn 2005.

Obwohl das Verhältnis von Schülern zu Lehrern in Berlin um 15 Prozent günstiger war als im Bundesdurchschnitt, erzielte Berlin neben Bremen die schlechtesten Pisa-Ergebnisse. In zahlreichen

öffentlichen Auftritten zu diesem Thema legte ich eine Aufstellung der Ergebnisse (Tabelle 3.9) als Powerpoint-Folie auf und behauptete, hier sei der klare Beweis erbracht, dass Schulleistungen umso schlechter würden, je mehr Lehrer man auf die Schüler loslasse. Das war natürlich Unsinn, aber es bescherte dem Thema die nötige Aufmerksamkeit und war Teil meiner am Ende erfolgreichen Abwehr aller Versuche, den Berliner Ausstattungsvorsprung bei den Lehrerstellen noch weiter zu vergrößern. Darüber hinaus konnte ich belegen, dass Berlin auch bei den Ausgaben pro Schüler bundesweit mit an der Spitze **stand.**[30] Das bewies, dass nicht Unterschiede bei den materiellen Inputs ins Bildungssystem für die Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern verantwortlich waren.

Die Ergebnisrangfolge der Pisa-Vergleiche für die deutschen Bundesländer wird auch bestätigt durch die im Juni 2010 erschienene Untersuchung »Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich«. In der - hier als Beispiel herausgegriffenen - Lesekompetenz belegen die drei Stadtstaaten in der mittleren Kompetenz den letzten Platz. Wichtiger noch aber ist die Verteilung der Leistung auf die Kompetenzklassen: Am obersten Ende der Leistungsskala erbringen Neuntklässler aus Bayern und Berlin identische Leseleistungen, am unteren Ende aber sind die schlechten Schüler aus Berlin noch viel schlechter als die schlechten Schüler aus Bayern.[31] Dieses besondere Auseinanderklaffen beobachtet man übrigens auch, wenn man nur die Schüler deutscher Herkunft betrachtet.[32] Von den Schülern in 56
Berlin, die nicht aufs Gymnasium gehen, blieben beim Lesen 62 Prozent auf den beiden unteren Kompetenzstufen hängen, beim englischen Leseverstehen waren es 86 Prozent.[33]

Die Erhebungen der OECD zeigen übrigens auch generell, dass das mäßige deutsche Abschneiden im Bildungsvergleich, das so gar nicht ins Bild der Deutschen von sich selber passen will, nicht ohne weiteres auf die finanzielle Ausstattung zurückgeführt werden kann. In Deutschland liegen die jährlichen Ausgaben pro Schüler nämlich ziemlich genau im OECD-Durchschnitt, und zwar im Primarbereich leicht unter, im Sekundarbereich leicht über dem Durchschnitt. Im Tertiärbereich, der Hochschulausbildung, wendet Deutschland pro Student etwas mehr auf als der OECD-Durchschnitt (allerdings deutlich weniger als Kanada, die USA und die Schweiz).[34]

Generell ließ die Pisa-Studie von 2006 keinen signifikanten Zusammenhang erkennen zwischen den Ausgaben in den Bildungsverlauf eines Schülers bis zum Pisa-Test einerseits und den Testergebnissen andererseits.[35] Auch die von meinen Kollegen Bildungssenatoren (zunächst Klaus Böger, später Jürgen Zöllner) vorgebrachte Behauptung, der hohe Berliner Migrantenanteil mache die besondere Problematik Berlins aus, traf die Sache nicht, denn der Migrantenanteil ist in Baden-Württemberg höher als in Berlin, der Bayerns fast so hoch wie der Berlins. Die Unterschiede sind offenbar nur erklärbar mit der Qualität des Unterrichts und/oder der Qualität des Schülerbestands, nicht aber mit Unterschieden in den Bildungsausgaben oder dem Anteil der Migranten unter den Schülern.

Durch all diese streitigen Diskussionen wuchs mein Interesse an der Sache weit über die Finanzen hinaus. Es ist schließlich paradox, wenn einige Länder mit weniger Ressourcen zu deutlich besseren Bildungsergebnissen kommen als andere, die besser ausgestattet sind. Beim Vergleich der deutschen Bundesländer fällt auf, dass die süddeutschen Länder besser abschneiden als die norddeutschen und die drei Stadtstaaten gemeinsam das Schlusslicht bilden. Der Pisa-Koordinator Manfred Prenzel wies die Berliner Behauptungen (die es ebenso in Hamburg und Bremen gab), der soziale Hintergrund oder der Migrationsanteil sei maßgebend für das schlechte Abschneiden, als unzutreffend zurück. Aus seiner Sicht sind die Unterschiede in der Unterrichtsqualität und in den Leistungserwartungen entscheidend.[36] Das mag so sein und soll in Kapitel 6 noch näher untersucht werden.

Wenn man dagegen Indikatoren wie Vereinsmitgliedschaft, Besuch einer Musikschule, 57
Medienkonsum und anderes zugrunde legt, lassen soziologische Untersuchungen ein Gefälle zwischen Nordund Süddeutschland erkennen, das im Einklang mit den Pisa-Unterschieden verläuft.[37] Ein ähnliches Gefälle zeigt sich innerhalb Berlins zwischen den Bezirken und Stadtvierteln. Es könnte also durchaus sein, dass die in den Stadtstaaten beobachteten Verhältnisse auch für andere deutsche Großstädte zutreffen und diese ähnlich schlechte Pisa-Ergebnisse vorzuweisen hätten, wenn man sie einzeln auswerten könnte.

Damit wären wir einer soziologischen Entwicklung auf der Spur, die im Zuge der weitergehenden Verstädterung und des wachsenden Gewichts der Ballungsräume für die Leistungs- und Bildungsfähigkeit in Deutschland nichts Gutes verheißt. Dazu passen die Erkenntnisse der Bundeswehr aus den Musterungsergebnissen von Wehrpflichtigen. Die dort gemessene »Intelligenzleistung« weist für die süddeutschen Länder signifikant bessere Ergebnisse aus.[38] Es könnte also sein, dass es regionale systematische Unterschiede in der Bildungsfähigkeit einer Population gibt, an der sogar Mehrausgaben relativ wirkungslos abprallen.

Die Ergebnisse der Bundeswehr weisen auf Wanderungseinflüsse hin. Es könnte sein, dass aufstrebende Regionen mobile, gut ausgebildete und intelligente Menschen anziehen, wobei die jungen Frauen sich besonders wanderfreudig zeigen. Das heißt ferner, dass sich die Ausstattung der anderen Regionen mit Humankapital verschlechtert. Es könnte aber auch sein, dass manche Regionen deshalb aufstreben, weil die Bevölkerung dort tüchtiger ist. Jedenfalls zeigen die Musterungsergebnisse der Bundeswehr, dass das Süd-Nord-Gefälle der gemessenen Intelligenzleistungen ziemlich stabil ist und in abgeschwächter Form auch für das Gebiet der ehemaligen DDR gilt. Solche überregionalen Selektionsprozesse können zur Herausbildung und Verfestigung »bildungsferner Milieus« und damit einer stabilen Unterschicht beitragen.

Die bildungsfernen Milieus und die Unterschichtphänomene verfestigen sich

Im Land Berlin wird regelmäßig ein Sozialstrukturatlas[39] veröffentlicht, der nach unterschiedlichsten Kriterien Sozialdaten für Bezirke und Stadtteile differenziert und generell eine hohe Korrelation zwischen Bildungsgrad, sozialen Verhaltensweisen, Lebenserwartung und anderem mehr feststellt sowie im Einzelnen analysiert. Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Grundauswertung der Einschulungsdaten etwa für das Jahr 2007.[40] Diese zeigen einen klaren und stringenten Zusammenhang zwischen Indikatoren für das Sozialverhalten - wie Übergewicht, 58
Zahnpflege, Fernsehverhalten, Sprachentwicklung, motorische Mängel - einerseits und der sozialen Schichtzugehörigkeit andererseits. Dieser Zusammenhang besteht über alle Berliner Bezirke und Wohngebiete hinweg. Dabei ist die Feststellung wichtig, dass die gemessenen Indikatoren des Sozialverhaltens allesamt einkommensunabhängig sind (Tabelle 3.10).

Die Einschulungsdaten zeigen, dass die Mängel stark mit der Schichtzugehörigkeit korrelieren (Tabelle 3.11). Für die Berliner Erhebung werden die Kinder nach dem Bildungsabschluss und dem Erwerbsstatus der Eltern zu je einem Drittel einer unteren, einer mittleren oder einer oberen sozialen Schicht zugeordnet.

In Berlin sind 33 Prozent der Schulanfänger nichtdeutscher Herkunft. Das entspricht in etwa den bundesdeutschen Verhältnissen. Allerdings verteilt sich dieses Drittel sehr unterschiedlich. Im Bezirk Mitte sind nur noch 34 Prozent der Schulanfänger deutscher Herkunft, in Neukölln sind es 48 Prozent, in Pankow dagegen 90 Prozent. Da die Berliner Migranten überwiegend der Unterschicht angehören, ist kaum verwunderlich, dass die Schulanfänger aus diesen Gruppen die typischen Unterschichtdefizite aufweisen (Tabelle 3.12).

Tabelle 3.10 Indikatoren für das Sozialverhalten, Vergleich von zwei Berliner Wohngebieten nach den Berliner Einschulungsdaten für das Jahr 2007

	Berlin	Westend	Gesundbrunnen
	(Anteil an den untersuchten Kindern in %)		
unversorgte Zähne	16,5	4,0	33,9
eigener Fernseher im Kinderzimmer	16,5	3,5	33,7
Übergewicht	11,6	3,6	33,7
Mängel bei Visuomotorik	17,0	3,2	37,3
auffällige Sprachentwicklung (exkl. schlechte Deutschkenntnisse)	8,0	2,9	17,4
schlechte Deutschkenntnisse bei nichtdeutscher Herkunft	35,5	9,5	64,5

Tabelle 3.11 Indikatoren für das Sozialverhalten und Schichtzugehörigkeit, Vergleich nach den Berliner Einschulungsdaten für das Jahr 2007

	untere	mittlere	obere
	soziale Schicht		
	(Anteil an den untersuchten Kindern in %)		
unversorgte Zähne	45,1	13,6	5,3
eigener Fernseher im Kinderzimmer	27,9	15,4	3,8
Übergewicht	16,7	11,1	6,1
Mängel bei Visuomotorik	27,2	13,9	8,0
auffällige Sprachentwickl. (Wörter ergänzen, exklusiv schlechte Deutschkenntnisse)	17,4	8,5	4,1
alleinerziehend	35,1	28,4	16,7

Tabelle 3.12 Indikatoren fürdas Sozialverhalten und Herkunft,Vergleich nach den Berliner Einschulungsdaten für das Jahr 2007

	Herkunft			
	deutsch	türkisch	arabisch	osteuropäisch
	(Anteil an den untersuchten Kindern in %)			
unversorgte Zähne	12,2	23,6	28,7	34,2
eigener Fernseher im Kinderzimmer	11,7	28,0	28,5	29,3
Übergewicht	8,7	22,7	18,5	15,0
Mängel bei Visuomotorik	14,3	22,8	34,2	20,4
auffällige Sprachentw. (Wörter ergänzen, exklusiv schlechte Deutschkenntnisse)	8,2	13,5	20,5	16,7

Vgl. zu den Tabellen auf dieser Seite Gerhard Meinlschmidt (Hrsg.): *Grundauswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2007*, Berlin 2009. Die Daten sind verschiedenen Stellen des Berichts entnommen.

Es fällt auf, dass keiner der aufgeführten Mängel in irgendeiner Weise von der materiellen Versorgung abhängig ist. Da die Grundgesamtheit der Einschüler des Landes Berlin erfasst wurde, können die erhobenen Daten wohl auch auf vergleichbare soziale Schichten in Gesamtdeutschland übertragen werden.

Ohne der Armutsdiskussion in Kapitel 4 vorzugreifen, möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass die beobachteten Verhaltensdefizite der unteren Schicht zwar mit deren materiellem Status in engem Zusammenhang stehen, aber aus diesem kausal nicht erklärt werden können. Auch eine Familie, die über einen langen Zeitraum vom Arbeitslosengeld II lebt, kann darauf achten, dass die Kinder sich die Zähne regelmäßig putzen und nicht unbeaufsichtigt fernsehen, dass regelmäßig gekocht wird und man sich gesund und ausgewogen ernährt, dass die Kinder im Park oder auf dem Bolzplatz spielen und sich ausreichend bewegen. Mit Büchern kann man sich in der Leihbücherei eindecken und den Kindern regelmäßig vorlesen. Es gibt also keine materiellen Gründe, die es Empfängern von Arbeitslosengeld unmöglich machen, bei den untersuchten Merkmalen die Kennziffern der oberen sozialen Schicht zu erreichen.

Zur Geschichte der Unterschicht

Zu allen Zeiten waren Gesellschaften geschichtet. Die Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft und die Abschaffung überkommener Klassenprivilegien, eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen, die Schulpflicht und der leichtere Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen brachten aber bessere Aufstiegsmöglichkeiten und generell eine Durchmischung ehemals stabiler Schicht- und Klassenzugehörigkeiten mit sich. Während die Tüchtigen aufsteigen und die Unterschicht oder untere Mittelschicht verlassen, wurden und werden in einer arbeitsorientierten Leistungsgesellschaft nach »unten« vor allem jene abgegeben, die weniger tüchtig, weniger robust oder ganz schlicht ein bisschen dümmer und fauler sind.

Wie sich dies bis hinein in einzelne Stadtviertel auswirkt, hat der Soziologe Franz Walter ausführlich beschrieben.[41] Besonders dramatisch war diese Entwicklung für die klassische Arbeiterpartei SPD. Die bereits beschriebene intellektuelle Ausdünnung der Unterschicht wirkt sich tendenziell zu Lasten der Arbeiterpartei SPD aus, weil das Mobilisierungspotential sinkt und Meinungsführer Mangelware werden. Dies schlägt sich nieder in schlechten Wahlergebnissen. Vom Reformpaket der Regierung Schröder, das 2004/05 unter den Stichworten Agenda 2010 oder Hartz IV Deutschland durcheinanderwirbelte, mag man halten, was man will. Entscheidend war, wie Walter ausführt, dass in

großen Teilen der Unterschicht der Slogan »Fördern und fordern« nicht als Chance, sondern als Bedrohung und Anschlag auf erworbene Besitzstände empfunden wurde.

Mit dem an sich richtigen Reformpaket beschleunigte die SPD den Entfremdungsprozess von diesem Teil ihrer Stammwähler. Soweit diese überhaupt wählen gehen, sind sie jetzt bei der Linkspartei. Der aufgestiegene Teil der ehemaligen Stammwähler und deren Nachwuchs wählt dagegen mittlerweile die Grünen. Wer sich fortschrittlich fühlt, die Welt verbessern will, aber das eigene Aufstiegsproblem gelöst hat, für den haben die Sozialdemokraten offenbar nichts mehr zu bieten. Deren Programmaussagen mäandern mittlerweile irgendwo zwischen Linkspartei und CDU-Sozialausschüssen, und der Anteil derer, die die SPD noch für nötig hält, sinkt dramatisch.

Dabei hat sich an den großen Blöcken der Parteienlandschaft gar nicht so viel geändert: SPD, Linkspartei und Grüne hatten nach den Umfragen von Ende Juli 2009 zusammen einen Wähleranteil von 47 Prozent. Der Wähleranteil von Union und FDP betrug zusammen 50 Prozent. Das entspricht der seit Gründung der Bundesrepublik leicht überwiegenden bürgerlichen Mehrheit in Deutschland und hat der SPD immer wieder einmal die Chance eröffnet, auf Bundesebene zu regieren. Aber mit der Linkspartei, die vor allem verbohrte Ideologen und ewig zu kurz Gekommene repräsentiert, ist ein strukturell weiterführendes Politikangebot nicht denkbar - insbesondere eines, das ein Rezept enthält gegen die Verfestigung einer leistungsabgewandten und zunehmend aus Wirtschaftskreisläufen ausgeschlossenen Unterschicht.

Das von Franz Walter soziologisch abgeleitete Mentalitätsprofil der Unterschicht stimmt mit aktuellen Umfrageergebnissen überein: Bei Befragungen des Instituts für Demoskopie Allensbach ordnen sich 33 Prozent der Bevölkerung der oberen Schicht und der oberen Mittelschicht zu, 55 Prozent der Mittelschicht und 8 Prozent der Unterschicht.[42] Von den Angehörigen der Unterschicht glauben nur 18 Prozent, dass Aufstieg in Deutschland unabhängig von der gesellschaftlichen Schicht möglich ist, bei der Mittelschicht sind es 43 Prozent, bei der oberen 46 Prozent.[43] Gleichzeitig sind 43 Prozent der Unterschicht der Ansicht, dass hauptsächlich der Staat für die Bürger verantwortlich sein sollte, und 57 Prozent äußern, dass sie sich nur wenig Gedanken machen, wie sich die Gesellschaft entwickelt und entwickeln sollte, während es in der Mittelschicht 23 und in der oberen Schicht nur 38 Prozent sind.[44] Zwar meinen die Menschen über alle Bevölkerungsschichten hinweg zu 95 bis 99 Prozent, dass Erfolgs- und Zukunftschancen sehr stark oder stark von der Bildung abhängen. Aber nur 33 Prozent der Unterschicht finden es wichtig, dass ihr Kind liest oder Sport treibt, bei der oberen Schicht liegen die entsprechenden Anteile dagegen zwischen 58 und 65 Prozent. Extrem unterschiedlich ist auch das Medienverhalten: In der einfachen Schicht sitzen 55 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren täglich drei und mehr Stunden vor dem Fernseher oder dem Computer, bei der gehobenen Schicht sind es 32 Prozent. In der einfachen Schicht sagen 35 Prozent der Eltern und Großeltern der 3- bis 5-Jährigen, dass Fernseher und Computer auch schon mal helfen, das Kind zu beschäftigen, bei der gehobenen Schicht sind es 13 Prozent.[45]

Die Zahlen stimmen nachdenklich: Weit über 90 Prozent der Eltern aus allen Schichten sind der Ansicht, dass Bildung für den Aufstieg sehr wichtig ist, aber die Unterschicht zeigt sich besonders aufstiegspessimistisch und verhält sich, wenn es um die Bildung ihres Nachwuchses geht, selbst dort passiv, wo sie Einfluss nehmen könnte. Die allgemeinen Statusklagen der Unterschicht sind also begleitet von auffallend wenig Interesse an allgemeinen gesellschaftlichen Fragen, einer bequemen Grundhaltung sowie geringem Engagement bei der Erziehung der Kinder. Das passt zu ihrem Statusfatalismus: »Nur 14 Prozent erwarten, dass es ihnen in den nächsten 10 Jahren besser gehen wird. Auch die Aussichten der eigenen Kinder werden überwiegend skeptisch gesehen. Zwar wünschen sich 73 Prozent der Eltern aus den unteren sozialen Schichten, dass es ihren Kindern einmal besser geht als ihnen selbst; nur 30 Prozent sind jedoch zuversichtlich, dass dies tatsächlich der Fall sein wird.«[46]

Der relativ geringe Anteil von Arbeiter- und Unterschichtkindern unter den Abiturienten und Studierenden in Deutschland wird häufig - unter anderem auch von der OECD - als Indiz für eine mangelhafte Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems gewertet. Man kann aber auch zu anderen Schlüssen gelangen: Von Anfang des 19. Jahrhunderts bis vor wenigen Jahrzehnten war das deutsche Bildungssystem weltweit führend und bot zumindest den Spitzenbegabungen der unteren und mittleren Schichten erhebliche Aufstiegschancen. Das passt, so scheint es, nicht zum ideologischen Mainstream. Als Gerhard Ertl, der deutsche Nobelpreisträger für Chemie im Jahre 2007, am 14. Oktober 2007 in der Sendung von Anne Will über den Unterricht in seiner schwäbischen Zwergschule voller Wärme erzählte, schnitt die Modertorin ihm das Wort ab: »Ich sehe eigentlich gar keine Korrelation zwischen Herkunft und Bildung.« Und fertig war sie mit ihm.[47]

Je besser die Durchlässigkeit eines Bildungssystems ist, umso eher und umso nachhaltiger erschöpft sich das Potential an Höchstund Hochbegabten aus den unteren Schichten. Ein besonders paradoxes - und schlagendes - Beispiel dafür lieferte die DDR, wo man Wert darauf legte, einen möglichst hohen Teil der Studenten aus der sogenannten Arbeiterklasse zu gewinnen. Zahlreiche Aufstiegsmöglichkeiten wurden geschaffen mit dem Ergebnis, dass das akademische Potential der Arbeiter in der DDR schrumpfte. 1954 stammten 12 Prozent der Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen der DDR aus der sogenannten Intelligenz (mindestens ein Elternteil mit Hoch- oder Fachschulbildung) und 48 Prozent aus der sogenannten Arbeiterklasse. Dieser Anteil sank in den 40 Jahren des Bestehens der DDR kontinuierlich. 1989, bei der letzten Erhebung, stammten 78 Prozent der Studenten aus der Intelligenzschicht, nur noch sieben bis zehn Prozent aus der Arbeiterklasse - und damit weniger als in der Bundesrepublik, wo der Anteil 1989 bei 15 Prozent lag.[48]

Nun ist nicht überall Hochschule drin, wo Hochschule draufsteht. Intelligenzmessungen in der DDR zeigten, dass den durchschnittlich niedrigsten IQ die Studenten des Marxismus-Leninismus hatten. Die DDR hatte aber eine Einrichtung, die wirklich Hochbegabte förderte, das war die sogenannte Mathematik-Olympiade. Dort stellte sich bereits 1970 heraus, dass der Anteil von Arbeiterund Bauernkindern an der Endauswahl kontinuierlich sank, weil die Eltern der Teilnehmer am Wettbewerb zunehmend bereits selber den sozialen Aufstieg geschafft hatten. Deshalb kam die DDR-Bildungsforschung - deren Ergebnisse großenteils geheim gehalten wurden - schließlich nicht mehr daran vorbei, sich mit der Erblichkeit von Intelligenz auseinanderzusetzen.[49]

Es ist also gar nicht gesagt, dass der geringe Anteil von Arbeiterund Unterschichtkindern in den deutschen Gymnasien und Hochschulen Ausdruck einer im Vergleich mit anderen Staaten überdurchschnittlichen sozialen Benachteiligung ist. Ebenso gut kann er auch die Folge von bereits vollzogenen Aufstiegen sein.

Auch die Qualität der Abschlüsse ist zu beachten. 95 Prozent der Schüler in den USA besuchen die Highschool, 70 Prozent machen dort den Abschluss. Wenn in Finnland 90 Prozent eines Jahrgangs die Hochschulreife erwerben, so sind unter diesen auch zahlreiche zukünftige Krankenschwestern und

Erzieher, weil diese Berufe dort eine Hochschulausbildung erfordern, während sie bei uns Lehrberufe sind. Die Zahlen sind also kein Beleg dafür, dass die Schüler mit einem IQ von 120 und mehr (= 10 Prozent der normal verteilten Grundgesamtheit) in Deutschland nicht auch zu über 90 Prozent das Abitur machen und anschließend studieren.

Egal wie durchlässig ein Bildungssystem ist, immer und überall gilt die Logik: Je durchlässiger das System, desto schneller und desto eher blutet die Unterschicht intellektuell aus. Übrig bleiben diejenigen, die nur einfache und mittlere Qualifikationen erwerben, und die sind am Arbeitsmarkt immer weniger gefragt. Diese Tendenz beobachten wir weltweit in allen Industriestaaten. Wer also sein Jura-Examen mit 6,5 Punkten besteht oder an einer Provinzuniversität nach 14 Semestern die Magisterprüfung in Germanistik ablegt, sollte sich gleich um eine Tätigkeit außerhalb seines Berufsfeldes bemühen, wenn er sein Einkommen stabilisieren will.

Infolge der negativen Auslese einerseits, die umso unvermeidlicher wird, je durchlässiger eine Gesellschaft ist, und des sinkenden Bedarfs an einfacher, wenig qualifizierter Tätigkeit andererseits wächst der Anteil der Bevölkerung, der der Unterschicht zuzurechnen ist, relativ und absolut. Diese Wachstumstendenz fördert der moderne Sozialstaat, indem er - zu Recht! - all jene Gefährdungen beseitigt, die über Jahrtausende die Lebenserwartung und die Reproduktionsfähigkeit der jeweils Schwächsten oder am wenigsten Begünstigten überdurchschnittlich beeinträchtigt haben: ungesunde Wohnverhältnisse, Mangelernährung und anderes mehr. Insofern ist es durchaus fraglich, ob die vielfach geäußerte Hoffnung berechtigt ist, dass eine höhere Durchlässigkeit innerhalb der Gesellschaft den Unterschichtanteil verringert.[50] Erhöhte Durchlässigkeit bedeutet nämlich nicht nur, dass die Tüchtigen von unten verstärkt aufsteigen, sondern auch, dass die Untüchtigen von oben verstärkt absteigen.

Die Armutsdiskussion

Die Unterschicht in Deutschland steht, das gehört zur Definition einer Unterschicht, im Durchschnitt auch am unteren Ende der Einkommenspyramide. Einkommensarmut ist aber keineswegs ihr einziges und auch nicht ihr wesentliches Merkmal. Ein alternder Künstler, der von der Grundsicherung lebt, oder ein Student, der mit dem Bafög auskommen muss, gehören selbstverständlich nicht zur Unterschicht.

Ob man Menschen, die in Deutschland das garantierte Grundeinkommen beziehen, als arm bezeichnet, ist eine Frage der Definition. Auf jeden Fall handelt es sich nicht um Armut im Sinne der Bibel, der christlichen Barmherzigkeit oder um Verhältnisse wie in den Slums der Dritten Welt, mit denen man in Deutschland üblicherweise Armut verbindet. Vor drückender materieller Not wird die Unterschicht in Deutschland durch das Arbeitslosengeld II und die Grundsicherung im Alter bewahrt. Der Empfänger von Grundsicherung oder Arbeitslosengeld II in Deutschland kann

- nach den Standards des sozialen Wohnungsbaus würdig wohnen, weil ihm Miete und Heizkosten erstattet werden
- Krankenversorgung auf dem Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung beanspruchen
- sich sozial adäquat und unauffällig kleiden
- sich gesund und vitaminreich ernähren und so der Gefahr von Übergewicht entgehen
- seine Kinder vom Kindergarten bis zum Abitur unentgeltlich in öffentlichen Bildungseinrichtungen ausbilden lassen

- mit dem Sozialpass - jedenfalls in Berlin - unentgeltlich alle öffentlichen Bibliotheken und Museen besuchen sowie erhebliche Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr nutzen.

»Arm« sind Empfänger von Grundsicherung in Deutschland nur, wenn man Armut als politischen Begriff auffasst, der sich inhaltlich von seiner ursprünglichen und historisch überkommenen Bedeutung gelöst hat. Ein führender Ideologe der deutschen Armutsdiskussion, der Kölner Politologe Christoph Butterwegge, gesteht indirekt ein, dass Armut für ihn ein politischer Kampfbegriff ist und in umfassendem Sinne auf die Verminderung von Ungleichheit zielt. Butterwegge hat das Kunststück fertiggebracht, ein 350 Seiten starkes Buch über Armut in Deutschland zu verfassen, das zwar viele Zahlen, aber keine einzige konsistente Statistik enthält. Nach eigenem Bekunden glaubt er wie Churchill nur an Statistiken, die er selber gefälscht hat. Mit folgender Begründung entzieht sich Butterwegge einer empirisch gehaltvollen und messbaren Armutsdefinition: »Wer die Situation der Betroffenen ändern will, tut gut daran, die offiziellen, politisch einflussreichen und massenmedial vermittelten Armutsbilder zu beeinflussen. Nur wenn diese verändert werden, lässt sich auch die Armut verringern und verhindern, dass neue entsteht.«[51] Butterwegge ist damit ein typischer Vertreter jener Kaste von Wissenschaftlern, Politikern und Verbandsfunktionären, die Bedeutung daraus gewinnt, dass sie Armut in Deutschland extensiv definiert und intensiv beklagt. Mit der Selbstgerechtigkeit der moralisch Überlegenen bevölkern er und seinesgleichen die Talkshows, wo sie jene niedermachen, die es wagen, mit Daten und Fakten zu kommen.

Das in Deutschland garantierte Mindesteinkommen ist nicht anstößig niedrig, sondern kommt den unteren Arbeitseinkommen anstößig nahe. Dies macht zwar das Absinken in die Unterschicht weniger schmerzhaft und die Unterschichtexistenz erträglicher, fördert allerdings auch das Wachsen und die Verfestigung dieser Schicht und ihre allmähliche Abkopplung von der übrigen Gesellschaft.

Wenn eine ausgebildete Verkäuferin etwa 1200 Euro netto im Monat bekommt und die Arbeitslosengrundsicherung für einen Alleinstehenden bei rund 700 Euro liegt, dann arbeitet die Verkäuferin - berechnet auf das Nettoeinkommen über der Grundsicherung, die sie bekäme, wenn sie nicht arbeitet - für einen Stundenlohn von 3 Euro. Wenn man aber das Nettoeinkommen der Verkäuferin anhebt, gerät die gesamte Einkommenspyramide aus dem Gleichgewicht. Wenn ein junger, alleinstehender Arzt im Krankenhaus inklusive Bereitschaftsdienst etwa 2100 Euro netto im Monat nach Hause bringt, erscheint das Einkommen der Verkäuferin nämlich gar nicht mehr so niedrig. Was also sollte einen rational denkenden Bezieher des staatlich garantierten Mindesteinkommens veranlassen, sich auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt wirklich anzustrengen? Wenn er die Möglichkeit hat, gelegentlich durch Schwarzarbeit Geld zu verdienen, wird er - solange er sich darauf verlassen kann, dass das staatlich garantierte Mindesteinkommen weder gekürzt noch getrichen wird - erst recht keinen Sinn in solcher Anstrengung sehen, es sei denn, er verfügt über ein ungewöhnliches Maß an intrinsischer Motivation.

Das Materielle stellt für den Einzelnen aber gar nicht so sehr das Problem dar, sondern der Mangel an Herausforderungen. Wer sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht stellen muss oder noch nie gestellt hat, verliert mit der Zeit viele Kompetenzen, die im sozialen Umgang wichtig sind. Das gilt vor allem für jene, die die Arbeitslosigkeit nicht erst im höheren Lebensalter trifft, und besonders für jene, die quasi in sie hineinwachsen. Und auch gesamtgesellschaftlich besteht das Problem einer zunehmenden Unterschicht nicht in den staatlich finanzierten Kosten ihrer Subsistenz - die deutsche

Volkswirtschaft ist noch auf lange Sicht reich genug, diese Kosten irgendwie zu tragen -, sondern in der allmählichen gesellschaftlichen Abkopplung dieser Unterschicht und den Folgen, die daraus für das gesamte Staatswesen, seine gesellschaftliche Stabilität und seine Zukunftsfähigkeit erwachsen.

Soweit die strukturellen Überlegungen. Der Blick auf die betroffenen Menschen, ihre Befindlichkeiten, Hoffnungen und Leiden wird ganz andere Probleme offenbaren und kann durch solche Überlegungen nicht ersetzt werden. Umgekehrt gilt aber auch, dass Empathie und Mitleid kein Ersatz für strukturelle Überlegungen sein können.

In der bewegenden Reportage »Deutschland dritter Klasse«[52] wird die Lebenssituation von Unterschichtangehörigen und von Menschen, die gegen den Abstieg kämpfen, aus der individuellen Sicht der Betroffenen gezeigt. Die Verfasser beziehen - darin liegt die Stärke des Berichts - keine Stellung zu den Ursachen und bieten auch keine Lösungen an. In der Studie »Arab Boy. Eine Jugend in Deutschland oder das kurze Leben des Rashid A.« wird genau und schonungslos die Parallelwelt der Verlierer beschrieben, in der sich große Teile der türkischen und arabischen Migranten eingerichtet haben, und es werden implizit Lösungsansätze angeboten[53] (dazu mehr im Kapitel 7).

66

Inge Kloepfer beschreibt in ihrem Buch »Aufstand der Unterschicht« [54] durchaus anschaulich das wachsende Armutsproblem in Deutschland und entwickelt in groben Zügen folgende These: Der Anteil der wenig gebildeten Menschen in relativer Armut steigt. Dieser Anstieg setzt sich fort, weil der Nachwuchs Defizite erbt und das vorgelebte Verhalten übernimmt. Die wachsenden demografischen Probleme und die sinkende Leistungsfähigkeit der Erwerbspersonen werden unsere finanziellen Sicherungsnetze mit der Zeit überfordern. Dies führt auf Dauer zu Spannungen und sozialen Unruhen und bedroht die bundesdeutschen Lebensverhältnisse. So weit der fraglos richtige Teil ihrer Analyse. Auch wenn sie es so nicht formuliert, impliziert Inge Kloepfer, dass die relative Armut die Ursache für die Bildungs- und Verhaltensdefizite ist. Sie lässt durchblicken, dass mit dem durch Hartz IV und Grundsicherung definierten staatlichen Mindesteinkommen eine würdige Lebensführung - vor allem eine vernünftige Ernährung und ausreichende Gesundheitsvorsorge - nicht möglich seien. Diese These kann man aufstellen, doch man sollte sie dann auch auf ihren empirischen Gehalt prüfen und genau darstellen, welche Kausalitäten zwischen Einkommensniveau und fehlerhaften Verhaltensweisen bestehen. Auch das Thema Kinderarmut analysiert sie nicht sorgfältig, sondern erklärt Kinder recht pauschal zum Armutsrisiko, ohne zu untersuchen, warum Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und ohne stabile Einbindung in den Arbeitsmarkt tendenziell mehr Kinder haben.

Ausgehend von der Armutsdefinition des indischen Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen, dass Armut der »Mangel an elementaren Verwirklichungschancen« oder Entfaltungsmöglichkeiten sei, behauptet sie, »die Entfaltungsmöglichkeiten wiederum hängen hier [in Deutschland] stark von den materiellen Verhältnissen ab«. Das ist in seiner Unschärfe nicht falsch, aber es insinuiert, dass eine Verbesserung der materiellen Verhältnisse durch Erhöhung der Transfereinkommen die außermateriellen Entfaltungsmöglichkeiten der Unterschicht verbessern könnte. Das kann nicht in jedem Falle ausgeschlossen werden, aber dass ein höheres leistungsloses Mindesteinkommen Initiative, Fleiß und Anstrengungsbereitschaft nicht fördert, davon kann man wohl ausgehen.

Kloepfer bindet ihre Betrachtungen in die Rahmengeschichte von Jascha aus Berlin ein, der als drittes Kind einer alleinerziehenden Mutter in der Schule versagt und auch sonst sein Leben nicht meistert. Dabei bleibt unklar, wer für was Schuld trägt, und die Frage, wie man Jascha und seine Mutter stärker in die Verantwortung hätte nehmen können, bleibt unbeantwortet. Auffällig ist die Diskrepanz zur Analyse von Franz Walter, der davon ausgeht, dass für große Teile des Prekariats der leistungsbereite, arbeitsmarktorientierte Mensch gar nicht mehr die Leitfigur ist: »Ins Auge fällt auch, dass sich die unteren Schichten des Jahres 2008 anders als die qualifizierte Industriearbeiterschaft der Jahre 1890, 1920 oder 1960 ganz überwiegend keine langfristigen Ziele mehr setzen, dass sie auch nicht mehr an eine bessere individuelle Zukunft durch Weiterqualifikation glauben. Emanzipation durch Bildung, Organisation und zähe, kontinuierliche Reformarbeit - tragende Leitvorstellungen der klassischen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie - gehören nicht mehr zu den Identitäten und Hoffnungen der Unterprivilegierten.«[55]

67

Die Frage, wie man die Resilienz von unterprivilegiert Aufwachsenden stärken kann, wird von Kloepfer ebenfalls kaum erörtet. Der schwarze Amerikaner Roland Fryer, der mit 27 Jahren Professor in Harvard wurde und heute, mit 32 Jahren, ein bekannter Bildungsforscher ist, kam aus viel erbärmlicheren Verhältnissen als Jascha und konzentriert seine Forschungen auf die Frage, wie man die Bildungsund Leistungsbereitschaft der Unterschicht fördern kann. Im Unterschied zu Kloepfer und manch anderem spricht Fryer die subjektiven Defizite klar an, weil er weiß, dass man diese bekämpfen muss, wenn man nachhaltig helfen will.

Kloepfers Buch ist typisch für eine gefühlsbetonte und mehr von Mitleid als von der klaren Analyse getriebene deutsche Diskussion, die an der Oberfläche bleibt und die Verhältnisse zwar gern skandalisiert, sich jedoch mit Kausalitäten und kausalen Lösungsmöglichkeiten kaum wirklich auseinandersetzt.

Intelligenz und Demografie

Mikrozensusdaten haben schon vor längerer Zeit Hinweise darauf gegeben, dass in Deutschland Frauen mit Universitätsabschluss weniger Kinder bekommen als der Durchschnitt und sogar zu einem großen Teil kinderlos bleiben. Es wurde darüber diskutiert, ob nicht der durchschnittlich spätere Zeitpunkt der Erstgeburt bei Akademikerinnen zu statistischen Fehlinterpretationen führe. Selbst Kritiker der Interpretation bestreiten jedoch nicht, dass der Anteil der kinderlosen Universitätsabsolventinnen die 40-Prozent-Marke übersteigt, sie weisen allerdings darauf hin, dass er bei Fachhochschülern niedriger liegt.[56]

Die Erfahrung lehrt, dass Erstgeburten jenseits des 40. Lebensjahres äußerst selten sind. Der 2009 veröffentlichte Bericht zum Mikrozensus 2008 kommt in Bezug auf die Kinderlosigkeit zu dem Ergebnis, dass bei den 40 bis 75 Jahre alten Frauen mit hoher Bildung 26 Prozent keine Kinder hatten, bei mittlerer Bildung waren es 16 Prozent und bei niedriger Bildung 11 Prozent.[57] Auch die Gesamtzahl der Kinder pro Frau ist umso niedriger, je höher der Bildungsgrad ist. Von den Frauen mit niedriger Bildung hatten (Stand 2008) 39 Prozent drei und mehr Kinder, bei Frauen mit mittlerer Bildung waren es 21 Prozent und bei jenen mit hoher Bildung 19 Prozent[58] (siehe dazu auch Kapitel 8).

68

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes beziehen sich auf Jahrgangskohorten von Frauen, deren fruchtbare Phase ganz oder weitgehend abgeschlossen ist. Sie sind also vergangenheitsbezogen. Noch aufschlussreicher wäre es, wenn man die heute in Deutschland geborenen Kinder dem sozioökonomischen Status ihrer Mütter zuordnen könnte. Dies ist leider anhand der bei der Geburt amtlich erfassten statistischen Merkmale nicht möglich. Wichtige Hinweise gibt aber die bereits

erwähnte Untersuchung der Grundgesamtheit der Berliner Einschüler.[59] Aus den Daten dieser Studie lässt sich durch vertiefte Auswertung entnehmen, dass das generative Verhalten in hohem Maße schichtabhängig ist. In der Berliner Untersuchung wird die Schicht nicht durch Einkommen, sondern durch Bildung und Erwerbsbeteiligung definiert. Dabei wird, wie schon erwähnt, die Grundgesamtheit der Einschüler so aufgeteilt, dass auf die untere, mittlere und obere Schicht jeweils ein Drittel entfällt. Die Sonderauswertung ergibt, dass der Anteil der Unterschichtkinder umso mehr wächst, je größer die Familie des Einschülers ist: 49,5 Prozent der Einschüler deutscher Herkunft aus Familien mit vier und mehr Kindern entstammen der unteren Schicht, bei Familien nichtdeutscher Herkunft sind es sogar 78,5 Prozent.[60]

Es spricht auch in diesem Fall nichts dagegen, die bei den Berliner Einschulungsdaten belegte Schichtabhängigkeit des generativen Verhaltens auf das gesamte Bundesgebiet zu übertragen, zumal die statistische Evidenz mit der Alltagsbeobachtung an den Schulen übereinstimmt. Man muss demnach davon ausgehen, dass aus demografischen Gründen der Unterschichtanteil an der Bevölkerung kontinuierlich wächst. Bei den Migranten wurde bereits gezeigt, dass jene Migrantengruppen besonders viele Nachkommen haben, die als besonders bildungsfern eingestuft werden müssen, also vor allem die Migranten aus der Türkei, dem Nahen Osten und aus Afrika (vgl. Tabelle 3.1). In dieselbe Richtung 69
weisen Erkenntnisse der Arbeitsmarktforschung. Danach tendieren Frauen, die nicht so gut oder gar nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind, stärker dazu, Kinder zu bekommen oder die Schar ihrer Kinder noch zu vergrößern.[61]

Die schulische Bildung und Erziehung dieser Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten ist wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen und mit geringeren Erfolgen verbunden als bei anderen Kindern. Die Bildungsforscher führen das auf Sozialisationsdefizite zurück, die sich durch die Herkunft ergeben. Folgerichtig dient der hohe Anteil von Kindern aus bildungsfernen Schichten den Bildungspolitikern als Erklärung für die überaus schlechten Pisa-Ergebnisse in den deutschen Stadtstaaten, obwohl dort die Bildungsausgaben pro Kopf deutlich höher sind als in den deutschen Flächenstaaten. Die diagnostizierten Sozialisationsdefizite würden also selbst dann auftreten, wenn Intelligenz gar nicht oder nur in geringem Umfang erblich wäre. Intelligenz ist aber zu 50 bis 80 Prozent erblich. Deshalb bedeutet ein schichtabhängig unterschiedliches generatives Verhalten leider auch, dass sich das vererbte intellektuelle Potential der Bevölkerung kontinuierlich verdünnt. Dieser qualitative Effekt wirkt sich langfristig entscheidend auf die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft aus.

Damit verschärft sich das Problem, dass am unteren Ende der Begabungs- und Qualifikationspyramide die Nachfrage und am oberen Ende das Angebot zu gering ist. Drängend wurde es mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft und der Herausbildung des modernen Sozialstaates, weil dadurch jahrtausendealte Selektionsmuster außer Kraft gesetzt wurden. Noch im 19. Jahrhundert war die Reproduktionsrate der Unterschicht wesentlich geringer, weil viele Menschen zu arm waren, um eine Familie zu gründen, und zudem viele Kinder starben. Diese Verhältnisse wünscht sich niemand zurück. Es gilt vielmehr, die Probleme zu lösen, die die Existenz des Sozialstaats bedrohen. Wie sich Quantität und Qualität dabei auswirken, darauf hat schon ein früher Theoretiker des Sozialstaats wie Gunnar Myrdal hingewiesen (dazu mehr in Kapitel 6 und 8).[62]

Seit Charles Darwin 1859 sein Werk »Die Entstehung der Arten«veröffentlicht hat und Johann Gregor Mendel 1865 seinen Aufsatz »Versuche über Pflanzenhybriden«, ist klar, dass sich die belebte Natur - und damit auch der Mensch - grundsätzlich über Selektionsmechanismen und die Vererbung von Eigenschaften weiterentwickelt. Zu den vererblichen Eigenschaften gehören auch die Fähigkeiten 70
des Gehirns. Nur so ist es möglich, dass Säugetiere bei grundsätzlich ähnlicher Grundstruktur des Hirns unterschiedliche Intelligenzprofile und unterschiedliche Intelligenzniveaus entwickeln, dass die Primaten unter den Säugetieren hinsichtlich der Intelligenz besonders hervorstechen und dass sich der Mensch von den übrigen Primaten insbesondere durch seine Intelligenz unterscheidet. Jeder Hunde- oder Pferdezüchter lebt davon, dass es große Unterschiede im Temperament und im Begabungsprofil der Tiere gibt und dass diese Unterschiede erblich sind. Das heißt auch, dass manche Tiere schlichtweg wesentlich dümmer oder wesentlich intelligenter sind als vergleichbare Tiere ihrer Rasse.

Francis Galton war der Erste, der sich - aufbauend auf Darwins Theorie zur Entstehung der Arten - mit der Entwicklung und Vererbung der menschlichen Intelligenz befasst hat.[63] Er war der Vater der frühen Intelligenzforschung. Diese Forschungen lösten Befürchtungen aus, dass eine unterschiedliche Fruchtbarkeit verschiedener Bevölkerungsgruppen auch dysgenische Wirkungen haben und die natürliche Selektion quasi auf den Kopf stellen könnte. Diesen Befürchtungen lag ein einfacher logische Gedanke zugrunde: Wenn es richtig ist, dass Intelligenz teilweise erblich ist, und wenn es richtig ist, dass Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz eine unterschiedliche Fruchtbarkeit haben, dann hat eine unterschiedliche Fruchtbarkeit Auswirkungen auf das durchschnittliche Intelligenzniveau der betreffenden Bevölkerung.

Die Schichtabhängigkeit des generativen Verhaltens in Deutschland ist als stabiler Trend empirisch belegt, belegt ist auch, dass zwischen Schichtzugehörigkeit und Intelligenzleistung ein recht enger Zusammenhang besteht. Unter seriösen Wissenschaftlern besteht heute zudem kein Zweifel mehr, dass die menschliche Intelligenz zu 50 bis 80 Prozent erblich ist.[64] Der Umstand, dass bei unterschiedlicher Fruchtbarkeit von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Intelligenz eugenische oder dysgenische Effekte auftreten können, wird daher nicht mehr grundsätzlich bestritten.[65]

Ein Beispiel dafür liefert die evangelische Kirche. Seit der Reformation hat sie die intelligentesten Knaben für die geistliche Laufbahn ausgewählt. Evangelische Pfarrersfamilien waren traditionell sehr kinderreich, und diese Kinder hatten in geräumigen Pfarrhäusern bei guter Ernährung auch überdurchschnittliche Überlebenschancen. Bei den Katholiken hat das Zölibat eine Vermehrung dieses Teils der intelligenten Bevölkerung verhindert (jedenfalls soweit es beachtet wurde). Ein erstaunlich 71
großer Teil der deutschen wissenschaftlichen Elite des 19. und 20. Jahrhunderts zählt deutsche Pfarrer zu seinen Vorfahren. Noch in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts waren die deutschen Professoren zum weit überwiegenden Teil evangelisch.

Bereits die frühe Intelligenzforschung hat bei Juden europäischer Provenienz einen um 15 Punkte höheren IQ festgestellt als bei den anderen Mitgliedern europäischer Völker und deren Nachfahren in Nordamerika. Dieses Ergebnis korreliert mit dem weit überdurchschnittlichen wissenschaftlichen und beruflichen Erfolg dieses doch recht kleinen Bevölkerungsteils:

- Seit Stiftung des Nobelpreises im Jahre 1901 wurden 204 Preise in Physik und Chemie an 344 Wissenschaftler vergeben. 22 Prozent der Preisträger waren jüdischer Herkunft.[66]
- In Deutschland hatten die Juden 1933 einen Bevölkerungsanteil von 0,8 Prozent. Sie konzentrierten sich aber in den großen Städten, vor allem in Berlin und Hamburg, und waren vorwiegend in den Bereichen Handel, Verkehr und Dienstleistungen tätig. Im Bankwesen, in der

Wissenschaft, in den Medien, unter Ärzten und Rechtsanwälten waren sie weit überdurchschnittlich vertreten, weshalb ihr beruflicher und damit wirtschaftlicher Erfolg weit über dem Durchschnitt der Bevölkerung lag.[67] In Berlin belief sich der jüdische Bevölkerungsanteil 1905 auf fünf Prozent, aber die Juden stellten 14 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen und erwirtschafteten 31 Prozent des Einkommensteueraufkommens. [68] 1928 stellten sie 80 Prozent der führenden Mitglieder der Berliner Börse.[69]

- Im Jahr 1910 waren an den deutschen Universitäten 19 Prozent aller Hochschullehrer jüdisch. In den Fachbereichen Jura und Medizin hatten jüdische Studenten einen Anteil von 25 Prozent, in Philosophie einen von 31 Prozent. Von 1905 bis 1931 gingen 32 Nobelpreise für wissenschaftliche Leistungen an deutsche Preisträger, zehn der Preisträger waren Juden.
- Groß war in Deutschland die Rolle der Juden auch in den Bereichen Kunst und Literatur sowie in den Medien: 1931 waren 50 Prozent der 234 Theaterdirektoren jüdisch, in Berlin sogar 80 Prozent, und 75 Prozent der 1930 produzierten Theaterstücke hatten Juden geschrieben. Ihr Anteil unter den Journalisten lag bereits 1881 bei neun Prozent und stieg bis 1930 weiter stark an.[70] Karl Marx und Sigmund Freud, die Begründer der beiden einflussreichsten modernen Heilslehren, waren jüdischer Herkunft.
- Ähnlich waren die Verhältnisse in Österreich-Ungarn: 1910 betrug der Bevölkerungsanteil der Juden im ungarischen Teil der Doppelmonarchie fünf Prozent, in der Hauptstadt Budapest waren es 20 Prozent. Die ungarisch-amerikanische Journalistin Kati Marton hat die Weltkarriere von neun jüdischen Emigranten aus Budapest nachgezeichnet, die nach dem Ersten Weltkrieg wegen der Repressionen des Horthy-Regimes Ungarn verlassen hatten und später berühmt wurden, unter ihnen der Physiker Edward Teller, der Mathematiker John von Neumann und der Fotograf Robert Capa. »Um 1910 waren die Hälfte der Ärzte und Anwälte, ein Drittel der Ingenieure und ein Viertel der Künstler und Schriftstelle von Budapest Juden. Mehr als vierzig Prozent der Journalisten, die für die neununddreißig Budapester Zeitungen arbeiteten, waren Juden.«[71]

Im Mittelalter waren die Juden aus England und Frankreich vollständig und aus Deutschland zum größten Teil vertrieben worden und hatten sich meistenteils in Polen, in der Ukraine und im Baltikum angesiedelt. Dort entwickelten sie das typische Jiddisch mit den slawischen Elementen und vor allem eine besondere Kultur. Die spezifische Kultur der osteuropäischen Juden und der hohe Status, den Intellektuelle und Gelehrte in ihren Gemeinwesen besaßen, führten hier zu einer überdurchschnittlichen Vermehrung der besonders Intelligenten. [72] Wiederholt überstanden sie Pogrome. Die Juden im Deutschen Reich und in der Habsburgermonarchie stammten größtenteils von Rückwanderern aus den osteuropäischen Siedlungsgebieten ab.

Erklärt wird die durchschnittliche höhere Intelligenz der Juden mit dem außerordentlichen Selektionsdruck, dem sie sich im christlichen Abendland ausgesetzt sahen. Herkömmliche Handwerksberufe wie auch die Landwirtschaft waren ihnen lange versperrt, umgekehrt waren die Christen lange im Geld- und Finanzwesen durch das Zinsverbot behindert. Die Juden wurden in Handel, Banken und intellektuelle Berufe abgedrängt. Die Schriftgelehrten genossen besonderes Ansehen. Der Rabbi hatte hohe Fortpflanzungschancen, weil er die reiche jüdische Kaufmannstochter heiraten konnte. Eine über Jahrhunderte betriebene Familien- und Heiratspolitik, die dem intellektuellen Element überdurchschnittliche Fortpflanzungschancen gab, führte allmählich zur Ausbildung der überdurchschnittlichen Intelligenz.[73] Der vor dem Weltkrieg ermittelte Intelligenzvorsprung der europäischen Juden kam in einem gemessenen IQ von durchschnittlich 115 zum Ausdruck. Noch heute wird bei den Juden Nordamerikas eine solche Größenordnung ermittelt,[74] und auch sie sind weit überdurchschnittlich in der Wissenschaft, in den intellektuellen Berufen und im Geschäftsleben repräsentiert.

Deutsche Wissenschaftler jüdischer Herkunft waren vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich an der Grundlegung der Intelligenzforschung beteiligt, etwa der Psychologe Wilhelm Stern (geb. 1871 in Berlin), Mitbegründer der Universität Hamburg, der sich vor dem Ersten Weltkrieg ein Jahrzehnt um die Normierung von Intelligenztestwerten bemühte und 1912 den Begriff des Intelligenzquotienten prägte. Er emigrierte 1935 in die USA und verstarb dort 1938.

Der Psychologe Wilhelm Peters (geb. 1880 in Wien) untersuchte anhand von Zeugnissen den Zusammenhang zwischen den Schulleistungen von Eltern und Kindern sowie den Einfluss der Vererbung auf die geistige Leistung von Kindern und errechnete eine durch Vererbung zu erklärende Geschwisterkorrelation von 0,42. Wenn man natürliche Selektion als Ergebnis der unterschiedlichen Lebensbedingungen von Ethnien annehmen müsse, so sein Schluss aus den vertiefenden Studien zur Vererbung von Begabungen, könne man die Möglichkeit erblicher Unterschiede zwischen Ethnien auch im Psychischen nicht ausschließen. Peters musste am 28. April 1933 seinen Lehrstuhl in Erfurt räumen. Er emigrierte in die Türkei, wo er 1937 an die Universität Istanbul berufen wurde.[75] Sein 1923 unterlegener Bewerber um den Lehrstuhl in Erfurt wurde später Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und wetterte 1938 auf dem 16. Kongress dieser Gesellschaft gegen die »jüdischen Intelligenztests von William Stern«, die »eindeutig auf einen bei Juden stark vorwaltenden Intelligenztypus eingerichtet« seien.[76]

Für die deutschen Herrenmenschen war ein Intelligenztest, bei dem Juden mit 115 abschnitten, deutsche Herrenmenschen dagegen durchschnittlich nur mit 100, inakzeptabel. Doch nicht nur die Nazis lehnten Intelligenztests wegen des angeblichen jüdischen Charakters ab. Auch in der Sowjetunion wurde 1931 die Anwendung von Fragebögen und Tests verboten, weil die Ergebnisse von Intelligenztests aus den zwanziger Jahren den Machthabern ideologisch nicht passten. Genetiker wurden während der großen Säuberungen massiv verfolgt, denn in der Sowjetunion war man nicht nur gegen Intelligenztests, sondern bestritt auch die Gültigkeit der Mendelschen Gesetze. Das Verbot von Intelligenztests wurde nach 1945 auf alle sozialistischen Bruderstaaten ausgedehnt. Dieses Verbot wurde in der DDR seit Anfang der siebziger Jahre unterlaufen, die Ergebnisse blieben unter Verschluss.[77]

Ich bin auf die deutsch-jüdischen Ursprünge der Intelligenzforschung etwas näher eingegangen, weil die Diskussion der genetischen Komponente von Intelligenz häufig auf große emotionale Widerstände stößt. Die Erkenntnis, dass Intelligenz zum Teil erblich ist, verträgt sich nur schwer mit Gleichheitsvorstellungen, nach denen die Ursachen von Ungleichheit unter den Menschen möglichst weitgehend in den sozialen und politischen Verhältnissen zu suchen sind.[78]

Die in Intelligenztests gemessenen unterschiedlichen geistigen Fähigkeiten korrelieren positiv miteinander und führen für jede untersuchte Person mit gewissen Schwankungen zu wiederholbaren

stabilen Ergebnissen. Die hohe positive Korrelation deutet darauf hin, dass alle Tests dasselbe messen, nämlich eine generelle geistige Fähigkeit. Die gemessene Intelligenz korreliert positiv mit den beruflichen Leistungen und dem gesamten Lebenserfolg der Testpersonen. Das heißt aber nicht, dass Umwelteinflüsse im weitesten Sinne keine Rolle spielen. Gleichwohl lässt sich zeigen, dass in den Fällen, wo man den Einfluss der gemessenen Intelligenz und des sozioökonomischen Hintergrundes auf den Schulerfolg beziehungsweise auf den späteren akademischen Erfolg untersucht, der Einfluss der gemessenen Intelligenz weitaus überwiegt.[79]

Entscheidend ist letztlich nicht das Ergebnis einzelner Intelligenztests, sondern die Erkenntnis, dass sich die geistigen Fähigkeiten von Menschen wesentlich unterscheiden und diese Unterschiede zum *Teil* erblich sind. Wäre die Intelligenz im vollen Umfang erblich und das sexuelle Partnerverhalten zufallsverteilt, dann müsste nach den Gesetzen der Mendelschen Vererbungslehre die Korrelation der Intelligenz von eineiigen Zwillingen bei 1 liegen, die von Geschwistern bei 0,5, zwischen Eltern und Kindern läge sie auch bei 0,5, zwischen Enkeln und Großeltern bei 0,25. Tatsächlich ergeben empirische Untersuchungen, dass die Korrelation der Intelligenz von eineiigen Zwillingen bei 86 Prozent liegt, wenn sie gemeinsam aufwuchsen, und bei 78 Prozent, wenn sie bei der Geburt getrennt wurden. Bei zweieiigen Zwillingen mit gemeinsamem Zuhause liegt die Korrelation bei 60 Prozent, bei gemeinsam aufwachsenden Geschwistern bei 47 Prozent.[80] Die gemessene hohe Korrelation bei eineiigen Zwillingen, egal ob sie getrennt aufwachsen oder nicht, ist der stärkste Gradmesser für die Erblichkeit von Intelligenz und lässt eine Erblichkeitsannahme von 80 Prozent grundsätzlich schlüssig erscheinen. Die Erblichkeit ändert sich aber in Abhängigkeit vom Alter und variiert je nach Art der Intelligenzleistung.[81] Eine schwedische Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 40 Prozent der Intelligenz auf Umwelteinflüsse zurückzuführen und demnach 60 Prozent erblich sind.[82] Generell gilt, dass die kristalline Intelligenz, die teilweise auf der Anwendung erworbener Fertigkeiten aufbaut, bei Zwillingen und auch sonst bei Geschwistern höher korreliert als die fluide Intelligenz. Letztere weist aber, wie nicht anders zu erwarten, besonders große Unterschiede auf bei eineiigen und nicht eineiigen Zwillingen. Der aktuelle Forschungsstand ist also der, dass jene, die die Erblichkeit von Intelligenz besonders betonen, deren Anteil mit 60 bis 80 Prozent ansetzen, während jene, die besonders auf Umwelteinflüsse abstellen, auf einen Erbanteil von 40 Prozent bis 60 Prozent kommen. Seriöse Zweifel an diesem Forschungsstand gibt es nicht.[83]

Für den Zusammenhang, um den es hier geht, ist es egal, ob die Erblichkeit von Intelligenz bei 40, 60 oder 80 Prozent liegt. Denn ganz gleich, wie die Intelligenz zustande kommt: Bei höherer relativer Fruchtbarkeit der weniger Intelligenten sinkt die durchschnittliche Intelligenz der Grundgesamtheit. Das ist in Deutschland gegenwärtig und in der alten Bundesrepublik schon seit längerem der Fall. Innerhalb einer Generation wirkt sich das kaum aus, aber in einer Reihe von Generationen hat es statistisch signifikante Effekte. Für die USA wird geschätzt, dass der Durchschnitts-IQ der gebärenden Frauen bei 98 liegt.[84] In der ehemaligen DDR war der Effekt umgekehrt: Während in den alten Bundesländern die Kinderlosigkeit der Frauen mit Fachschul- oder Hochschulabschluss doppelt so hoch war wie bei an- und ungelernten Frauen, war sie in der DDR bei den gebildeten Frauen unterdurchschnittlich. Die Studentinnen bekamen ihre Kinder früh, und bis auf eine kleine Minderheit bekamen fast alle welche. Das wirkte sich positiv aus auf die durchschnittliche Intelligenz der dort geborenen Kinder. Die damit einhergehenden Wirkungen beschleunigen sich, wenn die Bestimmungsgründe der Partnerwahl nicht zufallsverteilt sind, sondern sich intelligente Frauen vorzugsweise mit intelligenten Männern verbinden, dümmere Frauen eher mit dümmeren Männern.

Generell kommen verschiedene Untersuchungen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die gemessene Intelligenz stark mit der Schichtzugehörigkeit korreliert. Aus der Oberschicht und der oberen Mittelschicht stammen in Deutschland die meisten Hochbegabten.[85] Untersuchungen in den USA haben ergeben, dass der gemessene Zusammenhang der Intelligenz von Ehepaaren zwischen 40 und 45 Prozent liegt, also nahezu so hoch wie die Korrelation der Intelligenz leiblicher Geschwister.[86] Eine seit 1979 laufende groß angelegte Langzeitstudie, die auf einer Stichprobe von über 12 000 jungen Leuten beruht, die 1979 zwischen 14 und 22 Jahre alt waren, belegt ziemlich eindeutig, dass die gemessene Intelligenz und der an Bildungsabschlüssen und Einkommen gemessene Lebenserfolg hochgradig miteinander korrelieren.[87] So gibt es eine 90-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einer armen Unterschichtfamilie mit einem Durchschnitts-IQ von 100 der Armut entkommt, während es gut sein kann, dass ein dümmeres Kind aus einer Mittelschichtfamilie in Armut gerät.[88]

Ein ähnlicher Zusammenhang gilt weltweit, wenn man den gemessenen Durchschnitts-IQ von Nationen und deren wirtschaftlichen Erfolg untersucht. Man mag diese Grundtatsache unterschiedlich interpretieren und mit unterschiedlichen kausalen Erklärungen belegen. Der statistische Zusammenhang als solcher ist jedoch unangreifbar.[89] Er wird gestützt durch eine neue Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, die davon ausgeht, dass unter anderem eine überdurchschnittliche Fruchtbarkeit der wirtschaftlich Erfolgreichen notwendig ist, um einen Entwicklungsprozess nachhaltig in Gang zu setzen.[90]

Ein nationaler IQ wird stets so normiert, dass der Durchschnitt bei 100 liegt. Dabei zeigt sich in den westlichen Industriestaaten von den 1930er bis in die 1980er Jahre ein Anstieg des durchschnittlichen IQ von zwei bis drei Prozent pro Jahrzehnt. Dieser Anstieg vollzog sich allerdings im Wesentlichen im Bereich der unterdurchschnittlichen Intelligenz, nicht bei den Hochbegabungen.[91] Dieser nach seinem Entdecker so genannte Flynn-Effekt wird auf die Anregungen der modernen Industriegesellschaft, auf bessere Bildung und bessere Ernährung zurückgeführt,[92] die es früher Benachteiligten möglich machen, ihr genetisches Potential besser auszuschöpfen. Dieser Effekt wirkt allerdings nicht mehr. Wie Untersuchungen in Dänemark und Norwegen zeigen, kehrt er sich sogar allmählich um, was sich im Absinken der gemessenen durchschnittlichen Intelligenz äußert.[93] Für Deutschland können die Pisa-Studien, die teilweise Intelligenztests ähneln, in eine analoge Richtung interpretiert werden.[94]

Fassen wir zusammen: Unsere Gesellschaft schrumpft, sie wird älter, heterogener und gemessen an Bildungsindikatoren weniger leistungsfähig. Dass in Deutschland überdurchschnittlich viele Kinder in sogenannten bildungsfernen Schichten mit häufig unterdurchschnittlicher Intelligenz aufwachsen, lässt uns schon aus rein demografischen Gründen durchschnittlich dümmer werden. Der Anteil der Menschen, der aufgrund mangelhafter Bildung sowie intellektueller Mängel nur schwer in das moderne Arbeitsleben integriert werden kann, nimmt strukturell zu.

Es gibt Dinge, die man relativ leicht beeinflussen kann, etwa das Ernährungsverhalten. Alle Untersuchungen zeigen, dass ein ausgewogenes Frühstück die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft von

Kindern deutlich erhöht.[95] In Unterschichtfamilien gibt es häufig aber gar kein Frühstück, so dass die Kinder bereits mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit in die Schule kommen. Andererseits senkt eine reichliche, aber nicht ausgewogene und vor allem zu fette und zu zuckerhaltige Mahlzeit die geistige Leistungsfähigkeit ganz erheblich. Hier könnte durch das gemeinsame Mittagessen in der Schule Abhilfe geschaffen werden. Dies wäre dann die Antwort der Gesellschaft darauf, dass ein stetig wachsender Teil der Eltern seinen Nachwuchs vernachlässigt.

Eine strukturelle Dauerlösung ist das nicht. Wenn nämlich am unteren Ende der sozialen Rangskala die Zahl der Kinder deutlich über dem Durchschnitt einer sowieso schrumpfenden Gesellschaft liegt, dann hat die betroffene Nation oder Gesellschaft ein Nachhaltigkeitsproblem, und dem ist mit gesunder Ernähung alleine nicht beizukommen.[96]

Im folgenden werde ich zeigen, welche Mängel und Fehlentwicklungen

- bei der Armutsbekämpfung
- der Organisation des Arbeitsmarktes und der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik
- in der Bildungspolitik
- im Umgang mit Migration und Integration
- in der Bevölkerungs- und Familienpolitik

die bestehenden Negativtrends verursachen und Überlegungen anstellen, was man auf dem jeweiligen Politikfeld ändern kann.

Zwangsläufig ist diese besorgniserregende Entwicklung nur dann, wenn wir das Sosein von Politik und der jeweils herrschenden rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen als unveränderlich hinnehmen. Offen bleibt, ob eine gesellschaftliche Mehrheit, die zu einer politischen Mehrheit werden müsste, bereit ist zu solch weitgehenden Änderungen, wie ich sie vorschlagen werde, und - wenn ja - wie solch ein Prozess organisiert werden soll. Die Trennlinien verlaufen hier nämlich nicht längs der Parteigrenzen oder nach dem klassischen Links-Rechts-Schema. Sie verlaufen vielmehr zum einen zwischen jenen, die kurzfristig, und jenen, die langfristig denken, zum anderen zwischen jenen, die Veränderung eher als externes Ereignis, und jenen, die Veränderung als Gestaltungsaufgabe auffassen.

4 Armut und Ungleichheit

Viele gute Absichten, wenig Mut zur Wahrheit

> Seht die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch.
>
> *MATTHÄUS 6.26*

Wer schwach und hilflos ist, wem Unglück widerfährt, wer sich und die Seinen nicht aus eigener Kraft würdig ernähren kann, dem soll und muss geholfen werden. Das sind wir als Menschen und Staatsbürger unseren Mitbürgern schuldig, und es entspricht unserem gesellschaftlichen Selbstverständnis.

Wann aber ist jemand bedürfig, wann arm? Welche Bedeutug hat Armut in unserem Land tatsächlich, und in welchem sozialen Zusammenhang steht sie? Welche Ansatzpunkte gibt es, sie zu bekämpfen, welche Zusammenhänge bestehen zwischen den Ursachen der Armut und ihrer Bekämpfung, und welche Rolle spielt bei all dem die individuelle Wahrnehmung?

Im Jahre 1974 forderten die Jusos, das monatliche Einkommen für eine Person gesetzlich auf 5000 DM zu begrenzen. Das stieß auf große öffentliche Empörung, und man empfand diese Grenze als willkürlich. Ich war auch empört, aber die Grenze konnte ich mir erklären: Juso-Vorsitzende war damals Heidemarie Wieczorek-Zeul, von Beruf Lehrerin, damals noch verheiratet mit Norbert Wieczorek, von Beruf Universitätsassistent. Jeder der beiden bezog damals nach dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) ein Einkommen der Gruppe Ha, und das belief sich 1974 auf etwa 2500 DM brutto. Wenn jemand das Doppelte verdiente, schien er ihnen offenbar reich, und so kam dieser Juso-Beschluss wohl zustande. Er war strikt an der eigenen Lebenslage orientiert. Würde man Frau Wieczorek-Zeul heute fragen, läge die Grenze vermutlich viel höher. Es mag kein Zufall sein, dass die von der SPD 2005 durchgesetzte Reichensteuer etwa beim doppelten Gehalt eines Bundesministers beginnt.

Eine Straßenumfrage würde wohl folgendes Ergebnis haben: Wer doppelt so viel Einkommen hat, wie der jeweilige Befragte selber, gilt als reich, wer nur die Hälfte hat, als arm. Wer *mehr* als doppelt so viel hat, gilt als *stein*reich. Darüber hinausgehende Unterschiede nimmt der Bürger gewöhnlich kaum wahr. Das ist ein Glück für die wirklich Reichen. Denn diese Wahrnehmung führt dazu, dass die Aufregung über die Dienstwagennutzung einer Bundesministerin, die im Monat 8000 Euro netto verdient, weitaus größer ist als die Aufregung über angebliche dreistellige Millionen-Boni eines Porsche-Vorstands. Armut ist also zunächst eine Sache der individuellen Empfindung.

Was ist eigentlich Armut?

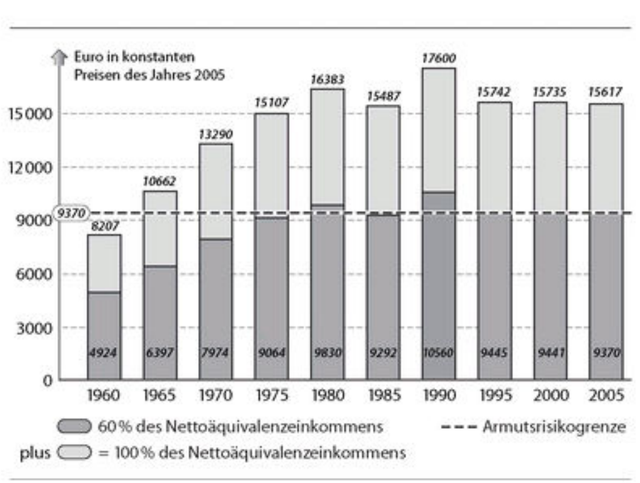
Begriffsdefinition

Unter den vielfältigen Versprechen des Sozialstaats ist das Kernversprechen die Freiheit von materieller Not: Niemand soll hungern, dursten, frieren. Jeder soll sich vernünftig ernähren und ordentlich kleiden können und ein Dach über dem Kopf haben.

Armut verbinden wir in erster Linie mit zerlumpten, bettelnden Kindern in indischen Slums oder mit dem Hunger in der Sahelzone. Das ist die quasi biblische Konnotation des Armutsbegriffs, und die haben wir tief verinnerlicht. Berichte über »Armut in Deutschland«, in unserem reichen Land, empfinden wir daher - wenn wir ihnen überhaupt Glauben schenken - grundsätzlich als skandalös. Dieser Begriff von Armut ist sehr emotional geprägt und nur von geringem analytischen Gehalt. Wir stellen uns nämlich einen Armen vor, der seine einfachsten materiellen Bedürfnisse nicht befriedigen kann, und sind entsprechend alarmiert. Diese Armut ist aber gar nicht gemeint, wenn wir von Armut in Deutschland hören oder lesen.

Nach einer Allensbach-Umfrage vom August 2009 bezeichneten 15 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Lage als schwierig, im Frühjahr 2008 waren es 14 Prozent.[1] Nach dem OECD-Konzept liegt das Armutsrisiko bei 60 Prozent oder weniger des Nettoäquivalenzeinkommens (mittlerer Wert der mit der Haushaltsgröße gewichteten Nettoeinkommen).Im Jahr 2005 betraf das in Deutschland 13 Prozent der Bevölkerung,[2] durchgehend über drei Jahre waren aber lediglich sieben Prozent dem Armutsrisiko ausgesetzt.[3] Für einen Alleinstehenden beginnt das Armutsrisiko bei einem verfügbaren Einkommen von 781 Euro pro Monat oder weniger, für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren liegt die Grenze bei 1640 Euro oder weniger.

Schaubild 4.1 Medianeinkommen und Armutsrisikogrenze im Zeitverlauf



Quelle: Senatsverwaltung für Finanzen Berlin, Stand Februar 2008. Nettoeinkommen einschließlich Transfers pro Person. Bis einschließlich 1990 Bundesrepublik, von 1990 an einschließlich neue Länder.

Mit bescheidenem Auskommen hat die so definierte Armutsrisikoschwelle viel, mit Armut im Sinne der Bibel oder auch nur des 19. Jahrhunderts gar nichts zu tun. Die Armutsrisikoschwelle in Deutschland ist heute höher als das durchschnittliche Nettoeinkommen der Deutschen auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Stufen der Armut

Es ist üblich und sinnvoll, Stufen der Armut zu unterscheiden. Dem herkömmlichen Armutsbegriff am nächsten und zugleich relativ einfach zu definieren ist das *physische Existenzminimum.* In Indien stellt es die vielzitierte Schale Reis, in Deutschland jenen Betrag im Geldbeutel dar, der uns vor Hunger und Kälte bewahrt. 80

Die nächste Stufe ist das sogenannte *soziokulturelle Existenzminimum* (siehe Tabelle 4.1). In Deutschland wird es festgelegt durch die Regelsätze zur Sozialhilfe, die auch für die Grundsicherung im Alter und das Arbeitslosengeld II gelten. Bei der Lohn- und Einkommensteuer sind sie zugleich die Untergrenze für die zu gewährende Steuerfreiheit des Existenzminimums. Wer weniger vorzuweisen hat, ist von der Steuer befreit.[4]

Das soziokulturelle Existenzminimum, das der Sozialstaat gewährt, soll vor physischer Armut schützen und auf bescheidenem Niveau eine Teilnahme am allgemeinen materiellen Lebensstandard der Gesellschaft ermöglichen. Festgelegt wird der Regelsatz nach den tatsächlichen Verbrauchsausgaben, die für die untersten 20 Prozent der Haushalte ohne Sozialhilfeempfänger alle fünf Jahre durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelt werden. In dem dazwischenliegenden Zeitraum erfolgt die Anpassung entsprechend der Rentenentwicklung. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die Empfänger von Sozialtransfers den Anschluss an die allgemeine Entwicklung des privaten Verbrauchs nicht verlieren.[5] Da außerdem - im Rahmen von Angemessenheitskriterien - die tatsächlichen Wohn- und Heizkosten zur Grundlage der Kostenerstattung gemacht werden, ist auch den regional sowie zwischen Stadt und Land sehr unterschiedlichen Wohnkosten Rechnung getragen.

Die Definitionen der OECD zur Armut sind mittlerweile zum allgemein akzeptierten Standard geworden. Danach liegt die relative *Armutsgrenze* bei 50 Prozent des *Nettoäquivalenzeinkommens,* das Risiko, in Armut zu verfallen, wird - wie bereits erwähnt - bei 60 Prozent vermutet. Diese sogenannte *Armutsrisikoschwelle* wird in der deutschen Diskussion ständig mit der Armutsgrenze verwech-selt. Diese Grenze liegt für die OECD bei 40 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens.

Tabelle 4.1 Soziokulturelles Existenzminimum und Äquivalenzeinkommen im Vergleich

	Alleinstehender	Ehepaar	Kind	Familie mit 2 Kindern
Regelsatz	4368	7860	2820	13500
Kosten der Unterkunft	2520	4164	840	5844
Heizkosten	768	972	204	1380
sächl. Existenzminimum				
jährlich	7656	12996	3864	20724
monatlich	638	1083	322	1727
mittleres Nettoäquivalenz-einkommen 2006	1301	1951		2732
Abdeckungsgrad des Nettoäquivalenzeink. (in %)	49,0	55,5		63,2

Die Daten zum sächlichen Existenzminimum sind dem *Siebenten Existenzminimumbericht* vom 21. November 2008 (BT Drucksache 16/11065) entnommen. Die Angaben zum Nettoäquivalenzeinkommen siehe Silvia Deckl: »Leben in Europa 2005 und 2006, Ergebnisse für Sozialindikatoren«, in: *Wirtschaft und Statistik* 9/2008, S. 799f.

Mit der Umrechnung in Nettoäquivalenzeinkommen wird es möglich, dem Familienstand und damit der Kostendegression bei einem größeren Haushalt Rechnung zu tragen. Im Verhältnis zu einem Einpersonenhaushalt werden die Kosten folgendermaßen angesetzt:

- zwei Erwachsene ohne Kind mit dem 1,5-Fachen
- ein(e) Alleinerziehende(r) mit zwei Kindern unter 14 Jahren mit dem 1,6-Fachen
- zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren mit dem 2,1-Fachen.[6]

Auf diese Weise sinkt das Nettoäquivalenzeinkommen bei ansonsten gleichen Einkommensverhältnissen, wenn die Zahl der Single-Haushalte und der Alleinerziehenden steigt. Soweit das Nettoäquivalenzeinkommen zum Maßstab für Transferzahlungen wird, steigt der Transferbedarf, je mehr Menschen sich trennen oder je weniger einen gemeinsamen Hausstand gründen.[7] 81

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Urteil vom 9. Februar 2010 zur Frage der Regelleistungen nach SGB II (»Hartz-IV-Gesetz«) [8] nicht die Höhe der Regelsätze, sondern deren Ermittlung gerügt. In den Leitsätzen heißt es:

> »Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind... Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an den jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.«

Es gibt danach keine Festlegungen zur Höhe des Unterstützungssatzes, sondern dazu, was er gewährleisten muss, nämlich die physische Existenz und ein Mindestmaß an gesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe. Die Vertreter der beklagten Bundesregierung müssen vor Gericht eine traurige Figur abgegeben haben, wenn ihnen dieser Nachweis angesichts des vorhandenen Absicherungsniveaus nicht gelungen ist.

Absolute und relative Armut

Relative Armut bedeutet Armut im Vergleich zum jeweiligen sozialen Umfeld. Setzt man die Kaufkraft eines Einkommens an der relativen Armutsgrenze in Deutschland (50 Prozent des Medianeinkommens - also des zentralen Wertes der nach der Einkommenshöhe gereihten Einkommen) gleich 100, so zeigt sich im Vergleich mit anderen OECD-Staaten eine enorme Spannweite (siehe Tabelle 4.2). Ein Japaner kann sich bei gleicher relativer Armut doppelt so viel kaufen wie ein Tscheche, ein Amerikaner fünfmal so viel wie ein Türke, ein Italiener doppelt so viel wie ein Pole und ein Schweizer ein Viertel mehr als ein Deutscher. Man versteht auf einmal, weshalb es für viele Türken durchaus lohnend ist, als Arme in Deutschland zu leben, und warum die meisten armen Amerikaner sich in ihrem Land recht wohl fühlen.

Tabelle 4.2 Vergleich der Kaufkraft an der relativen Armutsgrenze (Index Deutschland = 100) 82

Land	Index	Land	Index
Schweiz	125,1	Italien	76,2
Vereinigte Staaten	122,6	Polen	36,8
Japan	110,3	Tschechien	56,0
Frankreich	93,5	Türkei	23,0

Vgl. OECD (Hrsg.): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD States*, Paris 2008. Die Relationen sind berechnet aus der Tabelle auf S. 152.

Die relative Armut nach dem OECD-Konzept kann verstanden werden als internes Verteilungs- und Gerechtigkeitsmaß für ein Land. In Ländern, wo relativ mehr Leute unter die so definierte Armutsgrenze fallen als anderswo, ist die Verteilung auch ungleicher. Aber das sagt nichts über absolute Lebenslagen, denn ein Armer in einem reichen Land ist immer noch viel besser dran als ein Durchschnittsverdiener in einem armen Land. Jedes Wirtschafts- und Einkommenswachstum, das die Verteilung nicht ändert, erhöht gleichzeitig die Schwelle der relativen Armut. Es liegt also in der Definition der relativen Armut, dass die Bekämpfung derselben durch Wachstum immer ein Rattenrennen ist, das man nicht gewinnen kann.

Will man die Schwelle zur relativen Armut absenken, so bieten sich dafür neben Eingriffen in die Primärverteilung durch Steuern und Abgaben Veränderungen bei der Bestimmung des staatlich garantierten sozioökonomischen Existenzminimums an - allerdings mit Risiken und Nebenwirkungen (auf die ich noch eingehen werde). In Deutschland ist bereits heute das sozioökonomische Existenzminimum, das wirksam vor Armut schützen soll, so hoch angesetzt, dass die relative Armutsgrenze von 50 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens im Regelfall deutlich überschritten wird. Das Konzept der relativen Armut hat aber mit Armut im klassischen Sinne nichts zu tun. Es ist letztlich sozialpsychologisch fundiert. Der Mensch bewertet seine materiellen Möglichkeiten und seine Stellung im Leben überhaupt vorrangig nach dem sozialen Kontext getreu dem alten britischen Motto: »To keep up with the Jones.« Das subjektive sozioökonomische Existenzminimum liegt immer irgendwo knapp über oder unter den eigenen laufenden Konsumausgaben.[9]

Damit sind wir bei der Armutsdefinition von Amartya Sen, der Armut als Mangel an »Verwirklichungsmöglichkeiten« auffasst: »In einem reichen Land verhältnismäßig arm zu sein, kann die Verwirklichungsmöglichkeiten selbst dann extrem einengen, wenn das absolute Einkommen gemessen am Weltstandard hoch ist.«[10] Auf die Armutsdefinition Amartya Sens nimmt mittlerweile ein großer Teil der Armutsforschung Bezug, auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung knüpft daran an.[11] Sens Definition, die auf Teilhabe- und Verwirklichungschancen für jeden Einzelnen abzielt, ist sehr flexibel. Sie gründet auf einem differenzierten, von Zuneigung geprägten Menschenbild und führt über das Armutsthema weit hinaus. Allerdings erweitert sie damit den Begriff der Armut ins Grenzenlose, so dass die Ränder im Ungefähren verschwimmen. 83

Ein Konzept, das auf mehr Teilhabe- und Verwirklichungschancen setzt, muss nicht notwendig als Forderung nach mehr Umverteilung interpretiert werden, denn diese kann auch zu Passivierung führen und das Gegenteil bewirken. Die beste Chancenmehrung findet daher durch Aktivierung jedes einzelnen Menschen und seiner Kräfte statt. Wer Amartya Sens Armutsbegriff umfassend interpretiert, müsste eine Armutsstrategie, die im Wesentlichen auf Umverteilung materieller Güter zielt, eigentlich als unzureichend - nämlich als nicht nachhaltig - empfinden.

Auswirkungen auf das Individuum

Sozialer Rang und soziale Exklusion

Für gewöhnlich haben Menschen den Wunsch, sich ihrer Umwelt anzupassen, sich so zu kleiden, wie sich alle kleiden, das zu besitzen, was alle besitzen, und das zu tun, was alle tun. Aus diesem Grund sind weder die Kleidungs- noch die Wohnstandards eines indischen Slums in Deutschland angemessen. Das Konzept des soziokulturellen Existenzminimums, auf dem Sozialhilfe und Grundsicherung in Deutschland aufbauen, trägt dem grundsätzlich Rechnung. Sobald die Wohnung ausreichend belichtet und geheizt ist, die sanitären Verhältnisse und die Kleidung ordentlich sind und genügend Geld für eine ausgewogene Ernährung bleibt - sobald also die physischen Grundbedürfnisse ausreichend abgedeckt sind -, ist allerdings letztlich der gesamte materielle Konsum mit Fragen der sozialen Interaktion und des sozialen Ranges vermischt und von diesen gar nicht zu trennen. Darum ist dort, wo von Armut und Ungleichheit geredet wird, der Neid niemals fern.

Neid entsteht, wenn unser Bedürfnis nach sozialem Rang nicht in einer Weise befriedigt wird, die wir für adäquat halten. Positiver Neid - »Das kann ich auch!« - ist ein wesentlicher Antrieb für Tatkraft und Ehrgeiz. Negativer Neid - »Wieso der und nicht ich?« - ist in der Tendenz destruktiv. Er führt das Individuum meistens in eine Sackgasse und kann sogar die Gesellschaft beschädigen, wenn er überhandnimmt. Wenn wir ständig mit dem Unvergleichlichen vergleichen, dann beschädigen wir den Antrieb, der sich aus positivem Neid ergeben kann, und führen fruchtlose Debatten darüber, ob andere das verdienen, was sie verdienen.[12]

Jeder Mensch sucht die Wertschätzung von außen, zieht aus ihr Lebenssinn und sucht in ihr ein Stück seiner Identität. Je weniger ein Mensch darauf vertraut, dass ihm seine persönlichen Eigenschaften, seine Fähigkeiten und Leistungen ein ausreichendes Maß an Wertschätzung verschaffen, umso wichtiger werden der materielle Konsum und die ganze Fülle materieller Möglichkeiten. Entscheidend für seine materiellen Wünsche ist das materielle Niveau seiner sozialen Bezugsgruppe: Ein Empfänger von Arbeitslosengeld II mag sich grämen, wenn sein Nachbar den größeren Flachbildschirm hat, und ein Investmentbanker ist verstimmt, wenn sein Bonus nur für einen Audi TT reicht, während sein Kollege einen Porsche Carrera dafür kaufen kann. In beiden Autos kann man komfortabel fahren - wenn auch im einen etwas schneller. Auf beiden Bildschirmen kann man das Programm wunderbar verfolgen - auf dem einen ist eben alles nur etwas größer. Immerhin kann der Banker mit dem Porsche-Bonus sich einbilden, sein höherer Bonus habe etwas mit seiner - besseren - Leistung zu tun, und daraus seine Befriedigung ziehen. Diese Befriedigung bleibt dem Transferleistungsempfänger mit dem größeren Bildschirm verschlossen - und das zeigt die Grenzen jeder Bemühung, über die Höhe der Sozialtransfers zur Lösung von Fragen des sozialen Rangs beizutragen. 84

Letztlich geschieht sogar das Gegenteil: Neue Probleme tun sich auf. Je mehr sich die Transferleistungen nämlich dem unteren Bereich der durch Arbeit erzielten Einkommen annähern, desto mehr sieht der Arbeitende seine Leistung entwertet und sich in seinem sozialen Rang abgestuft. Das *Lohnabstandsgebot* hat nicht nur die Aufgabe, die Arbeitsanreize für die Empfänger von Transferleistungen ausreichend hoch zu halten, es ist auch eine wichtige Voraussetzung für den Stolz der Arbeitenden auf ihre eigene Leistung.

In der deutschen Armutsdiskussion wird immer wieder unterstellt, das materielle Niveau der Absicherung sei zu gering und verursache Erscheinungen der sozialen Exklusion, weil den Erwachsenen das Geld für Restaurantbesuche fehle, den Kindern Geld für die Klassenfahrt und so weiter. Das Klassenfahrtproblem ist mittlerweile an allen Schulen Deutschlands gelöst, und für ein gelegentliches Bier etwa auf einem Straßenfest reicht das Arbeitslosengeld II allemal. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Erfahrungen mit dem Berliner Sozialpass, mit dem alle Sozialhilfeempfänger sowie die Empfänger von Grundsicherung und Arbeitslosengeld II ein Anrecht auf ein ermäßigtes Monatsticket für den öffentlichen Nahverkehr zum Preis von 33,50 Euro erwerben. Darüber hinaus können sie unentgeltlich alle staatlichen Museen und Büchereien besuchen und für drei Euro eine Theater- oder Opernkarte erwerben. Während sich das ermäßigte Ticket der Berliner Verkehrsbetriebe großer Nachfrage erfreut, bleibt die Nachfrage nach dem freien oder ermäßigten Kulturangebot minimal. Die damit verbundene »soziale Exklusion« ist also weniger eine materiell bedingte, sondern eine von den Anspruchsberechtigten selbst gewählte.

85

Materielle und geistige Armut

Damit sind wir an einem zentralen Punkt der deutschen wie der internationalen Armutsdiskussion angelangt: Die Abhängigkeit von staatlichen Transfers ist oft begleitet von einem niedrigen Niveau allgemeiner und beruflicher Bildung, von Suchtverhalten und von persönlichen Defiziten unterschiedlichster Art. Diese statistische Beobachtung kann auf kausale Zusammenhänge hindeuten, muss es aber nicht, und die kausalen Zusammenhänge können in beide Richtungen weisen: Jemand wird auf Dauer arbeitslos, weil er wenig qualifiziert ist und ein Suchtverhalten entwickelt hat. Oder: Weil jemand ohne eigenes Verschulden für lange Zeit arbeitslos wurde, verloren seine Qualifikationen an Wert und er entwickelte allmählich ein Suchtverhalten.

Wenn man interne und externe, verhaltensbedingte und objektive Faktoren der Armut nicht ausreichend voneinander trennt, dann entsteht eine Verwischung, die der geistigen Klarheit nicht dient und zudem die Tendenz fördert, die Betroffenen von ihrem Teil der Verantwortung zu entlasten. Das wiederum verschlimmert die Probleme, statt zu ihrer Lösung beizutragen. Der Wiesbadener Sozialrichter Peter Brändle sagt über seine Klientel: »Ich habe viel Sympathie für die Idee, Kindern mehr Sachleistungen zu gewähren. Denn ich bezweifle, dass höhere Geldsummen wirklich bei den Kindern ankommen. Ich habe mit den Jahren ein Gespür für die Fürsorglichkeit von Eltern entwickelt. Viele bringen ihre Kinder zur Verhandlung mit, dann kann ich sehen, wie man miteinander umgeht, und kann die Kinder ansprechen. Bei vielen sehe ich, dass sie nicht nur unter materieller Armut leiden, sondern nicht gefördert werden.«[13]

In der geltenden Armutsdefinition der EU heißt es: Als arm gelten Personen, Haushalte und Familien, »die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist«.[14] Nach dieser Definition wäre ein wohlhabender Dummkopf, der in der Schule nicht richtig lesen gelernt hat und keinen Beruf ausüben kann, als arm zu bezeichnen. Das ist natürlich Unsinn. Verfügung über »kulturelle und soziale Mittel« ist ein verschleiernder Ausdruck. Auf gut Deutsch müsste es heißen: Wer nur über »geringe kulturelle und soziale Mittel« verfügt (politisch korrekter EU-Sprech), ist nicht intelligent, nicht gebildet und nicht verhaltensstabil genug. In der EU-Formulierung wird der so definierte Arme von der Verantwortung für seine Situation entlastet und ihm der moralische Druck genommen, selbst etwas daran zu ändern. Die in der EU-Definition umschriebene Armut im Geiste und im Verhalten ist grundsätzlich nicht durch ein zu niedriges Transfereinkommen verursacht und kann deshalb auch grundsätzlich nicht durch ein höheres Transfereinkommen geheilt werden. Dies gilt jedenfalls überall dort, wo staatliche Transferzahlungen ein sozioökonomisches Existenzminimum garantieren.

86

Ernährung

Nachdem 1993 die Berliner Tafel gegründet worden war, haben sich im Laufe der Jahre Tafelgründungen über ganz Deutschland verbreitet. Inzwischen gibt es solche Vereine in über 800 Städten.[15] Sie verteilen Lebensmittel, die zwar noch einwandfrei sind, aber nicht mehr zum Verkauf angeboten werden dürfen, unentgeltlich an karitative Einrichtungen, unter anderem an Wärmestuben, Suppenküchen, Frauenhäuser, Beratungsstellen, Jugendhäuser.

Begründet wurde die Notwendigkeit, in Berlin eine solche Einrichtung ins Leben zu rufen, mit den vielen »hilfsbedürftigen Menschen dieser Stadt«. Zu den Hilfsbedürftigen werden die Empfänger von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung und Sozialhilfe gezählt, mit anderen Worten alle, die von der staatlichen Absicherung des sozioökonomischen Existenzminimums leben.

Die Aktivität der Tafeln wird von einer umfangreichen Berichterstattung im Fernsehen und in der Presse begleitet. Ihre Gründer und Förderer sind willkommene Gäste in Talkshows, Prominente und Politiker jeder Art zeigen sich gern bei den Essensausgaben. Manches Wort zum Sonntag und viele besorgte Pressekommentare verweisen auf die langen Schlangen von Kindern, die in den Suppenküchen nach Essen anstehen.

Woher kommt diese mediale Faszination? Meine - zugegeben etwas polemische - Antwort lautet: Hier wird Armut im biblischen Sinne anschaulich. Dass es so etwas mitten in Deutschland gibt, lässt uns indigniert erschaudern. Wir denken an die Speisung der Fünftausend und an die Worte Jesu: »Ich bin das Brot des Lebens.« Alle Konnotationen unserer vergessenen christlichen Erziehung tauchen da wieder auf, und außerdem wird unser Skandalbedürfnis gestillt: Die Armut in Deutschland ist so groß, dass man Suppenküchen braucht - diese Geschichte ist einfach zu gut, um nicht wahr zu sein.

Tabelle 4.3 Die Lebensmittelausgaben der privaten Haushalte und der Regelsatz der Sozialhilfe im Vergleich

87

Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (in Euro)

Privathaushalte	monatliche Ist-Ausgaben	Regelsatz lt. Regelsatzverordnung
alle	287	
mit einem Nettoeinkommen		
unter 1300 Euro	155	
von 1300 bis 1700 Euro	205	
von 1700 bis 2600 Euro	268	
mit Sozialhilfeanspruch		247

Vgl. Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 1. Janaur 2005, zuletzt geändert durch Art. 17GG vom 2. März 2009 (BGBL | S. 416,432), ferner die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2006, *Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2008, S. 549.

Fast immer siegt die gute Geschichte über die sperrige Wahrheit. Die sperrige Wahrheit ist nämlich: Der Regelsatz der Sozialhilfe, der auch für Arbeitslosengeld II und Grundsicherung gilt, reicht aus, um sich abwechslungsreich, ausgewogen und gesund zu ernähren. Doch wer will das glauben angesichts der Schlangen an den Essensausgaben der Tafeln? Dabei sind die Fakten eindeutig. Man muss nur die tatsächlichen durchschnittlichen Ist-Ausgaben der deutschen Privathaushalte für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren mit den Ansätzen der entsprechenden Abteilung im Regelsatz für Sozialhilfe vergleichen (Tabelle 4.3).

Der deutsche Privathaushalt hat eine Durchschnittsgröße von 2,08 Personen, darunter 0,29 Kinder unter 15 Jahren. Der anteilige Regelsatz gemäß Regelsatzverordnung 2009 wurde für die Berechnung in Tabelle 4.3 entsprechend der durchschnittlichen Haushaltsgröße und dem durchschnittlichen Kinderanteil gewichtet. Daraus ergibt sich, dass ein Haushalt, der Grundsicherung, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II bezieht, im Monat durchschnittlich 247 Euro für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgeben kann, wenn er sich an der Verbrauchsstruktur des Regelsatzes orientiert. Das sind 86 Prozent der Ist-Ausgaben des durchschnittlichen deutschen Haushalts. In den Ist-Ausgaben des Durchschnittshaushalts sind 40 Euro für Tabakwaren und eine ähnliche Summe für den nur grob abzuschätzenden Verbrauch an alkoholischen Getränken und alkoholfreien Erfrischungsgetränken (Mineralwasser und Ähnliches) enthalten. [16] Allein in diesen beiden Positionen liegt ein Einsparpotential, das es jedem, der in einem auf Transfers angewiesenen Haushalt lebt, ermöglicht, sich exakt so zu ernähren, wie das bei einem durchschnittlichen Verdienst möglich ist - wenn er will sogar besser.

Diese Rechnung hatte ich Anfang 2008 als Berliner Finanzsenator öffentlich gemacht. Berlin ist die Transferhauptstadt Deutschlands. Angesichts dieses bedauerlichen Umstands, der die Haushaltssituation und die Stimmung in der Stadt maßgeblich prägte und prägt, hielt und halte ich nichts von einer Mitleidsdiskussion, die 20 Prozent der Bevölkerung in die Armutsecke stellt und pauschal bedauert. Daraus konnte und kann nichts Produktives werden. Ich wandte mich dagegen, die Missstände bei einem Teil der Bevölkerung - Fehlernährung, Vernachlässigung der Kinder und anderes mehr - kausal mit der Einkommenssituation oder dem Anteil der Transferempfänger in Verbindung zu bringen, und wollte darüber öffentlich diskutieren.

Eine öffentliche Diskussion muss im Anschaulichen und Konkreten beginnen und kann im Allgemeinen und Abstrakten enden. Es geht niemals umgekehrt. So fing ich beim Anschaulichsten an, der Ernährung. Weil es meine Gewohnheit ist, nicht nur auf Statistiken zu vertrauen, hatten meine Frau und ich uns für einige Tage im Rahmen des Regelsatzes der Sozialhilfe ernährt, was gar keiner besonderen Anstrengung bedurfte. Dann bat ich eine Mitarbeiterin meiner Verwaltung, anhand von Testkäufen einen Speiseplan für drei Tage zu erstellen. Dieser war sehr ausgewogen und abwechslungsreich und enthielt jeden Tag vier Mahlzeiten. Einmal gab es allerdings Bratwurst, und die Bratwurst war das Einzige, was fortan aus diesem Speiseplan zitiert wurde.

Speiseplan eines Ein-Personen-Haushalts

	Tag 1	Euro	Tag 2	Euro	Tag 3	Euro
Frühstück	2 Brötchen	0,30	80 g Müsli	0,40	3 Scheiben Vollkorntoast	0,12
	25 g Marmelade	0,06	1 Banane	0,25	2 Scheiben Wurst	0,30
	20 g Butter	0,10	¼ Liter Milch/1 Becher Joghurt	0,35	1 Scheibe Käse	0,25
	1 Scheibe Käse	0,25	20 g Honig	0,08	2 Tassen Kaffee	0,10
	1 Apfel	0,24	2 Tassen Kaffee	0,10	1 Glas Saft	0,30
	1 Glas Saft, 200 ml	0,30			20 g Butter	0,10
	2 Tassen Tee	0,10			1 Mandarine	0,25
Mittag	Spaghetti Bolognese		Gemüsesuppe mit Fleischeinlage		Bratwurst mit Sauerkraut und Kartoffelbrei	
	100 g Hack	0,38	100 g Kartoffeln	0,05	1 Bratwurst	0,38
	125 g Spaghetti	0,15	1 Möhre	0,05	Kartoffelbrei 1 Portion	0,25
	200 g Tomatensauce	0,40	1 Stange Porree	0,30	150 g Sauerkraut	0,12
	div. Gewürze/Öl	0,10	½ Kohlrabi	0,30	Gewürze/Öl	0,20
			80 g Rindfleisch	0,50		
			div. Gewürze/Kräuter	0,15		
			1 Glas Tee	0,05		
Zwischenmahlzeit	1 Tasse Kaffee + 1 Joghurt	0,40	1 Glas Tee + 3 Kekse	0,25	1 Tasse Kaffe + 1 Banane	0,30
Abendessen	½ Gurke	0,30	2 Scheiben Brot	0,12	2 Scheiben Brot	0,12
	130 g Leberkäse (1 Scheibe)	0,56	2 Scheiben Käse	0,50	100 g Quark (Kräuter)	0,30
	200 g Kartoffelsalat	0,34	1 Scheibe Bierschinken	0,15	1 Scheibe Schinken	0,30
			100 g Krautsalat	0,20	2 Tomaten	0,27
			20g Butter	0,10	2 Glas Tee	0,10
Summe		*3,98*		*3,80*		*3,76*
Vergleichsbetrag Regelsatz		*4,25*		*4,25*		*4,25*

Die Regelleistung SGB II für einen Hauhaltsvorstand beträgt 347 Euro pro Monat, davon entfallen auf Ernährung (inkl. Tabakwaren) etwa 128 Euro im Monat beziehungsweise 4,25 Euro am Tag. Durchschnittlich erhält eine Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaft noch rund 280 Euro an laufenden Kosten der Unterkunft, maximal jedoch bis zu 360 Euro. Stand Februar 2008.

Die Reaktion auf den Speiseplan war erschütternd. In einem Wort zum Sonntag musste ich als Beispiel für unchristliches Verhalten herhalten. Zahlreiche Sozialfunktionäre haben mich öffentlich beschimpft und geschmäht. Ich bekam Hunderte hasserfüllter E-Mails von Hartz-IV-Empfängern, aber auch zahlreiche und zum Teil begeisterte Zuschriften von älteren Frauen und Ehepaaren, die mir mittels akribisch geführter Speisepläne zeigen wollten, dass ich Recht hatte. Ein Ernährungsberater der *Berliner Zeitung* stellte fest, der Speiseplan sei eher reichlich und zudem etwas fleischlastig. Heiner Geißler behauptete dagegen in Zeitungskommentaren, bei diesem Speiseplan müsse man hungern. Ulrich

Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, war in einer Talkshow des Rundfunks Berlin-Brandenburg derselben Ansicht. Meine Bemerkung, Untergewicht sei doch wohl nicht gerade das Problem von Hart2-IV-Empfängern, veranlasste den Moderator zu der Frage, ob ich meinte, Hart2-IV-Empfänger seien zu dick.

In meiner eigenen Partei bekam ich große Schwierigkeiten. Meine Umfragewerte in Berlin gingen für einige Zeit in den Keller. Aber die anhaltende bundesweite Resonanz zeigt, dass ich offenbar einen Nerv getroffen hatte. Übrigens vertraute mir ein Kameramann nach einem der zahlreichen 89
Fernsehinterviews zu diesem Thema an, er und seine Kollegen seien von der Redaktion angehalten worden, in den Wohnungen von Hartz-IV-Empfängern so zu filmen, dass man die umfangreiche elektronische Ausstattung nicht sehe. Nach allen Erhebungen verfügt der Empfänger von Arbeitslosengeld II, soweit er der Unterschicht angehört, nämlich über eine überdurchschnittliche Ausstattung an elektronischen Medien.

Wie kann es nur sein, fragte ich mich, dass die einfache Aufbereitung einer statistischen Tatsache soviel Emotionen hervorruft, und zwar nicht nur bei den Betroffenen, sondern bei den Funktionären und Anwälten unseres Sozialstaates im weiteren Sinne. Ich hatte natürlich eine Ahnung - darum habe ich das Experiment überhaupt unternommen -, danach habe ich die Antwort aber gewusst. Sie besteht aus drei Punkten, von denen der dritte der wesentliche ist:

1. Die Empfänger von Transferleistungen haben ein natürliches und verständliches Interesse an der Stabilität der Unterstützungszahlung und deren künftigen Erhöhungen, deshalb ist jeder Hinweis unwillkommen, die Summe sei in der einen oder anderen Hinsicht auskömmlich.
2. Sozialpolitiker, Sozialverbände und überhaupt die ganze Schicht der Funktionäre, Wissenschaftler und Publizisten, die materiell und moralisch von der Sorge für die Schwächeren leben, reagieren sehr empfindlich und generell ablehnend auf alle Hinweise und Argumente, die die Dringlichkeit dieser Probleme in irgendeiner Weise in Frage stellen, weil damit auch ihre eigene Rolle und Bedeutung in Frage gestellt wird.
3. Wenn der Regelsatz eine ausgewogene, abwechslungsreiche und ausreichende Ernährung erlaubt, dann haben die Empfänger von Transferzahlungen, die sich und ihre Kinder nicht gesund und in jeder Hinsicht adäquat ernähren, kein Einkommens- oder Armuts-, sondern ein *Verhaltensproblem.* Damit wird aus einer Forderung an die Gesellschaft eine Forderung an das Individuum und aus der Gesellschaftskritik eine Individualkritik.

Dieser letzte Punkt ist es, der Aggression und Wut auslöst, weil man damit wider den Stachel löckt, weil man das Individuum in die Pflicht nimmt und nicht, wie es üblich geworden ist, auf ungleiche Chancen verweist. Ein Beispiel für solches Ausweichen bietet der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung:

> »Das Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen des Nobelpreisträgers Amartya Sen... fragt... danach, inwieweit... Unterschiede auf ungleiche Verwirklichungschancen zurückzuführen sind. Ziel sozialstaatlichen Handelns ist es, Ungleichheiten bereits bei den zur 90
> Verfügung stehenden Chancen zu reduzieren. Alle müssen die Chance erhalten, ihre individuellen Möglichkeiten auszuschöpfen... Aus Teilhabechancen werden Verwirklichungschancen, wenn zu individuellen Potenzialen entsprechend förderliche gesellschaftliche Realisierungschancen hinzukommen, die eine Person tatsächlich in die Lage versetzen, von der eröffneten Teilhabechance Gebrauch zu machen. Entscheidend sind hier etwa die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und des Bildungssystems, aber auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt und durchlässige Gesellschaftsstrukturen. Nach Amartya Sen stellt Armut dabei einen Mangel an Verwirklichungschancen dar, Reichtum dagegen ein sehr hohes Maß an Verwirklichungschancen.«[17]

Daran ist nichts falsch, nur kommen das Individuum, sein Verhalten und seine Verantwortung hier überhaupt nicht vor. Alles scheint eine Frage externer Chancenzumessung, und für die sind Staat und Gesellschaft verantwortlich. Gerät jemand in Armut oder Armutsgefährdung, lag es eben am Chancenmangel und nicht an ihm selbst. Andere Ansichten gelten in Deutschland als politisch inkorrekt.

Im Zusammenhang mit dem Hartz-IV-Menü lassen sich aber einige individuelle Versäumnisse beobachten, etwa wenn

- Kinder nüchtern in die Schule kommen und sich vorwiegend von Fastfood und Süßigkeiten ernähren, weil die Eltern nicht kochen können oder zu träge sind, morgens aufzustehen und ihren Kindern ein Frühstück zuzubereiten
- Eltern Alkohol und Zigaretten kaufen anstatt Obst und Gemüse und nicht auf ausreichende Bewegung achten, was zu Fettleibigkeit und gesundheitlichen Folgeschäden führt, die in der Unterschicht (die zum Teil, aber nicht vollständig mit den Beziehern von Transfereinkommen identisch ist) häufig diagnostiziert werden.

Für jedes individuelle Verhalten lassen sich auch gesellschaftliche Ursachen benennen, doch man darf das Individuum nicht grundsätzlich von der Verantwortung für sein Verhalten freisprechen. Dazu neigen wir aber in der Armutsdiskussion, und in großen Teilen der Armutsforschung ist das nicht anders.

Warum dann aber die langen Schlangen vor den Essensausgaben der Tafeln, wenn doch der Regelsatz ausreicht? Die Antwort ist ganz einfach: Wo es etwas umsonst gibt, wird das Gesamtbudget entlastet. Würde man DVDs und Geräte der Unterhaltungselektronik umsonst an Hartz-IV-Empfänger ausgeben, würden sich noch längere Schlangen bilden. Solch einer Ausgabestelle würde aber der für Wohltäter so attraktive biblisch-emotionale Appeal fehlen, den eine öffentliche Speisung hat. 91

Die Essensausgaben und Suppenküchen verfolgen einen guten Zweck und sind Ausdruck eines löblichen privaten Engagements. Das soll gar nicht bestritten werden. Aber das Geld wäre besser investiert in Kochkurse, Hauswirtschaftskurse und Verhaltenstraining für die Unterschicht. Weshalb soll eine Hartz-IV-Familie noch die Anstrengung auf sich nehmen, den Essenseinkauf zu planen, selbst zu kochen und gemeinsam zu essen, wenn es alles umsonst und bereits fertig gekocht in der Suppenküche nebenan gibt? Hier wird Fehlverhalten bestätigt und perpetuiert, anstatt seine Ursachen zu bekämpfen. Ungefestigte Menschen, die nicht planen, nicht mit Geld umgehen, nicht kochen können und denen es an Willensstärke fehlt, die brauchen Suppenküchen, der Rest der Transferempfänger braucht sie nicht. Aber auch den ungefestigten Menschen würde ein Verhaltenstraining mehr helfen als die Unterstützung ihrer Schwächen.

Gesundheit

Ein dummer und polemischer Spruch lautet: »Weil du arm bist, musst du früher sterben.« Im Sozialstrukturatlas von Berlin scheint dieser Spruch Bestätigung zu finden. Der Atlas stellt für die 12 Berliner Bezirke und die kleinere Einheit der Planungsräume soziostrukturelle Faktoren zusammen, unter anderem zu den Bereichen Bildungsverhalten, Arbeitsmarktdaten, Transferempfänger, Ausländeranteile. Die hier ermittelten Daten offenbaren einen engen Zusammenhang zwischen dem Sozialindex und der Lebenserwartung:[18] Im Durchschnitt leben die Männer in Charlottenburg-Wilmersdorf 4,1 Jahre länger als in Friedrichshain-Kreuzberg, bei den Frauen beträgt der Unterschied zwischen dem besten und dem schlechtesten Bezirk 2,8 Jahre. Der Berliner Fall ist deshalb so interessant, weil die Umweltbedingungen und die Infrastruktur der sozialen und gesundheitlichen Versorgung in allen Bezirken weitgehend gleich sind. Alle Empfänger von Transferleistungen sind Mitglied in einer gesetzlichen Krankenkasse und haben genau dieselben Leistungsansprüche wie jedes andere Mitglied.

Die Unterschiede in der Lebenserwartung ergeben sich größtenteils aus Herzkreislauf-Erkrankungen und bösartigen Neubildungen. Das eine wie das andere hängt nicht unerheblich vom Lebensstil ab (Ernährung, Bewegung, Tabak- und Alkoholgenuss). In Friedrichshain-Kreuzberg sind 40 Prozent der Bevölkerung Raucher, in Charlottenburg-Wilmersdorf dagegen nur 29 Prozent.[19] Individuelles Verhalten, nicht Armut steckt hinter solchen Zahlen. Umgekehrt ist richtig, dass Armut auch die Folge individuellen Verhaltens ist und wiederum die Armutslage Verhalten prägen kann.

Wenn es einen Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit gibt, dann äußert sich dieser über Verhaltensparameter, nämlich über Ernährung, Suchtverhalten und körperliche Bewegung. Im Armutsbericht der Bundesregierung heißt es:

> »Armut und soziale Ausgrenzung als Folge mangelnder Ressourcen und Bewältigungsmöglichkeiten stellen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für deren soziale Netzwerke eine hohe Belastung dar. Armutsrisiken in Familien beschränken sich dabei nicht allein auf unzureichende finanzielle Mittel. Bei Kindern und Jugendlichen zeigen sich zusätzlich Entwicklungsdefizite, Unterversorgung mit der Folge gesundheitlicher Probleme und soziale Benachteiligungen, etwa durch mangelnde Integration in der Schule und unter den Gleichaltrigen. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen gesundheitlicher Entwicklung (körperlich und seelisch) und materieller Versorgung. Ernährungs- und Gesundheitsverhalten sind beeinträchtigt: Je knapper die sozioökonomischen Ressourcen, desto schlechter ist auch die Ernährung.«[20]

Diesen Absatz muss man zweimal lesen, um ihn zu verstehen. Offenbar hat bei der Formulierung die politische Korrektheit über die Verständlichkeit gesiegt. In verständlichem Deutsch müsste er ungefähr folgendermaßen lauten:

> Von Transfers abhängige Familien haben nicht nur mit begrenzten materiellen Möglichkeiten zu kämpfen. Sie können häufig auch nicht so gut mit Geld umgehen und verfügen oft nicht über die Energie, die Planungsfähigkeit und die Fertigkeiten, die Familie gesund und ausgewogen zu ernähren. Das beeinträchtigt die Schulleistungen der Kinder. Da sich die Eltern in diesen Familien auch sonst wenig um die Kinder kümmern - machen sie regelmäßig Hausaufgaben, bewegen sie sich ausreichend, sitzen sie nicht zu viel vorm Fernseher oder vorm Computer -, sammeln sich bei diesen Kindern häufig Entwicklungsdefizite an, mit der Folge, dass sie in der Schule zurückbleiben. Das beeinträchtigt ihr Selbstbewusstsein und ihre Möglichkeiten, mit stabileren Kindern, die meist auch bessere Schüler sind, Kontakte und Freundschaften aufzubauen. So befördern die häuslichen Verhältnisse gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Übergewicht und Fehlernährung sowie schlechte Schulleistungen.

Kürzer gesagt: *Nicht die materielle, sondern die geistige und moralische Armut ist das Problem.* Diese wirkt sich auf das Verhalten aus und das wiederum auf die Gesundheit. Solche einfachen Wahrheiten sind aber politisch nicht opportun und werden daher so gut wie möglich verschleiert. Am Robert-Koch-Institut wurde beispielsweise als Vorarbeit zum 2. Armutsbericht eine sehr aussagekräftige Analyse »Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit« verfasst, in der die zugänglichen Daten und Fakten kenntnisreich zusammenstellt sind.

Die Analyse belegt, dass die für die Gesundheit relevanten Faktoren ausschließlich verhaltensabhängig sind, gleichwohl sprechen die Autoren in dem Bericht wiederholt von der »gesundheitlichen Chancenungleichheit«.[21] Als empirischen Beleg liefern sie aber nur Faktoren, die nicht vom Einkommen, sondern ausschließlich vom Verhalten abhängig sind, nämlich

- Übergewicht (Ernährung, Bewegungsmangel)
- Diabetes (Übergewicht, Ernährung)
- Leberzirrhose (Alkohol)
- Lungenkrebs (Tabak).

Die Verkennung oder Verdrängung von Kausalitäten ist typisch für große Teile der Armutsforschung. Die Forscher des Robert-Koch-Instituts beschrieben zunächst ausführlich, dass Pflichtversicherte im Vergleich zu nicht Pflichtversicherten, Bezieher niedriger Einkommen im Vergleich zu Beziehern höherer Einkommen, Empfänger von Sozialhilfe im Vergleich zu Nichtempfängern mehr rauchen, mehr trinken und weniger Sport treiben, und dann folgte der kryptische Satz:

> »Die Kumulation von Gesundheitsproblemen und Verhaltensrisiken in der Armutsrisikogruppe spricht für die Bedeutung der materiellen Deprivation.«[22]

Naheliegend wäre doch die Vermutung, dass dieselben Persönlichkeitsmerkmale, die den Menschen dazu disponieren, mehr zu rauchen und zu trinken und sich weniger zu bewegen als andere, auch jene sind, die statistisch seine Chance vergrößern, in Einkommensarmut zu geraten. Aber solch eine Analyse wäre politisch eben nicht korrekt.

Glück

Querschnittsvergleiche von Umfragen in Staaten mit unterschiedlichem Lebensstandard wie auch Längsschnittsvergleiche in Deutschland zeigen, dass das subjektive Glücksniveau jenseits von echter materieller Not ziemlich unabhängig ist vom objektiv erreichten Lebensstandard. Sehr wohl Einfluss auf das Wohlbefinden hat aber die relative Position in der Einkommenspyramide, und zwar nicht abstrakt, sondern in Bezug auf die eigene soziale Gruppe. Dazu zwei Beispiele: Wer sich in den fünfziger Jahren einen Käfer mit 30 PS leisten konnte, während Kollegen, Freunde und Verwandte mit dem Fahrrad fuhren, der zog aus seinem Auto einen höheren Lustgewinn als heute der Fahrer eines Golf mit 120 PS, dessen Bekannte alle große SUV (Sport Utility Vehicle, also Limousinen mit

Geländewagen-Outfit), Mercedes S-Klasse oder Porsche fahren. Der Golf-Fahrer fühlt sich da benachteiligt und schimpft auf Arbeitgeber und Finanzamt. Bei Investment-Bankern hängt der Anreiz von Boni nachweislich nicht von deren absoluter Höhe, sondern von der Relation zu den Boni der Kollegen ab. Wahrscheinlich lösen 10 Millionen Euro bei Josef Ackermann ein ähnliches Glücksgefühl aus wie der Empfang der Abwrackprämie von 2500 Euro bei einem Sozialrentner.

Der materielle Verbrauch ist also ein Zeichen sozialen Rangs. Weil das so ist, werden Maßanzüge, teure Uhren, unwirtschaftlich motorisierte Autos, edle Weine und große Flachbildschirme verkauft. Das heißt aber, dass Transferleistungen, die über die Grundbedürfnisse Nahrung, Kleidung, Obdach hinausgehen, gar nicht rein materiell bewertet werden können. Ein Hartz-IV-Empfänger, der ein höheres Realeinkommen hat als ein Facharbeiter vor 40 Jahren, ist gleichwohl materiell unzufriedener, weil sein Vergleichsmaßstab ein anderer ist. Damit wird in einer reichen Gesellschaft wie der unsrigen die Diskussion um die Armutsgrenze zu einer unfruchtbaren Stellvertreterdebatte, da es eigentlich gar nicht um materielle Werte geht, sondern um den sozialen Rang und die mit diesem verbundene soziale Wertschätzung. Bereits der Umstand, dass jemand unter die Armutsgrenze fällt und Transferempfänger wird, hat gegenläufige Auswirkungen auf seine Gemütsverfassung: Einerseits empfindet er es als Demütigung, zu den »Armen« zu gehören und damit in der sozialen Schichtung ganz unten zu stehen, andererseits mag er Zufriedenheit daraus ziehen, dass der Staat ihm das sozioökonomische Existenzminimum garantiert.

Die Armutsdebatte und jede Umverteilungsdiskussion sind von dem Bestreben überlagert, die Ungleichheit der Menschen durch Umverteilung materieller Güter abzubauen oder zumindest zu kaschieren. Das stößt aber an Grenzen: Einerseits sehen die ehrgeizigen, von Erwerbsstreben getriebenen Menschen die von ihnen erarbeitete Ungleichheit auch als Belohnung und verdienten Prestigegewinn an und eine übermäßige Abgabenbelastung auf das nach ihrem Empfinden gerecht Erworbene als einen ungerechten staatlichen Eingriff. Auf der anderen Seite fühlen sich die weniger Begünstigten und weniger Ehrgeizigen durch zuviel materielle Ungleichheit bedroht. Sie begrüßen zwar die staatliche Umverteilung, aber sehen sich gleichwohl gedemütigt, wenn sie staatliche Einkommenshilfen annehmen müssen. Dass sie auf der sozialen Skala so weit unten rangieren und von staatlichen Transfers abhängen, trübt ihre Stimmung. Höhere Zahlungen können daran nichts ändern, im Gegenteil: Wenn die Armutsgrenze durch höhere Transfers angehoben wird, steigt die Zahl der unter diese Grenze fallenden Menschen, und damit steigt die allgemeine Unzufriedenheit. Allein unter dem Glücksaspekt gesehen ist der Ertrag weiteren Wirtschaftswachstums für das menschliche Glück also fragwürdig, wenn das Wachstum verteilungsneutral ist und niemand seine relative Position verbessern kann.[23]

Unser Grundgesetz garantiert die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Jeder kann durch Arbeit, Geschick und Glück sein Einkommen und Vermögen mehren und sollte in diesem Bestreben von der Gesellschaft nicht behindert, sondern gefördert werden. Wenn das möglichst viele Mitglieder unserer Gesellschaft tun, verändern sich zwangsläufig die Verteilungsrelationen, was Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben kann. Jedenfalls verschlechtern sich durch den Erfolg der Strebsamen und Glücklichen die relativen (und vielleicht auch absoluten) Verteilungspositionen der anderen. Wer in der Gleichheit auf möglichst hohem materiellen Niveau ein erstrebenswertes Ziel sieht, für den ist das individuelle Erwerbsstreben eine ständige Bedrohung des Strebens nach mehr Gerechtigkeit durch mehr Gleichheit. Sich durch persönliche und materielle Erfolge von anderen abzusetzen und dies auch nach außen zu zeigen, trägt aber wesentlich dazu bei, dass Menschen sich glücklich fühlen. Darauf gründet der Statuskonsum, der unsere Verbraucherwelt in dem Maße stärker prägt, in dem die realen Konsummöglichkeiten steigen. Zwar wäre es vernünftig, sich mit einem Dacia Logan, C&A-Textilien und einer 60-Quadratmeter-Mietwohnung zu bescheiden. Aber welcher materiell Erfolgreiche möchte das schon, wenn er nicht muss? Also müssen es am oberen Ende der BMW-SUV, der Maßschneider und die Grunewaldvilla sein (beziehungsweise für die Fortschrittlichen das 200-Quadratmeter-Dachgeschoss in Prenzlauer Berg).[24]

Freiheit und Selbstbestimmung

Vergleicht man die Transfereinkommen mit dem Nettoeinkommen aus einfacher und mittlerer Vollzeittätigkeit, stößt man auf die erstaunliche und durchaus erfreuliche Tatsache, dass viele Menschen mit viel Energie für ihren Lebensunterhalt arbeiten, obwohl sie mit Hartz IV und ein bisschen Schwarzarbeit viel besser dran wären. Darüber hinaus wird man feststellen, dass sie sich trotz der Plackerei meist weniger benachteiligt fühlen als der Transferempfänger nebenan, der mit ein bisschen Schwarzarbeit dasselbe oder mehr bekommt.

Zahlreiche Künstler und viele Studenten leben von Einkommen am Rande oder unterhalb des sozioökonomischen Existenzminimums. Trotzdem sind sie glücklicher als die meisten Transferempfänger, weil sie ihren persönlichen Rang und ihren Platz in der Gesellschaft nicht aus ihrem Einkommensniveau herleiten und sich unabhängig fühlen.

Wer frei ist, nicht von staatlicher Unterstützung abhängt, sondern sich selber tummelt, fühlt sich in der Regel glücklicher als jemand, der vom Staat Alimente fürs Nichtstun bekommt. Nur leider erkennt man das Glück oft erst, wenn man es verloren hat - und manchmal selbst dann nicht. Natürlich ist es angenehm, im warmen Bett zu bleiben, wenn beim Nachbarn um 6 Uhr morgens der Wecker klingelt. Es ist angenehm, um 9 Uhr das Frühstücksfernsehen einzuschalten, während der andere hinter dem zugigen Tresen einer Imbissbude Kaffee aufgießt. Aber nach Dienstschluss wird er es sein, der sich wohler fühlt und dem das Feierabendbier besser schmeckt. Gerade die weniger Ehrgeizigen, weniger planvoll Handelnden werden durch die staatlichen Transfers zu einem bequemen Leben verführt, das ihnen allmählich ihren Stolz nimmt, ihre Kräfte lähmt, ihre Begabungen verschmäht und an ihrem Selbstbewusstsein nagt. Das auszusprechen und auf Abhilfe zu sinnen, ist nicht paternalistisch und arrogant, wie viele meinen, sondern geboten - es sei denn, man hält es für verantwortungsvoll, Bedürftigen den Ausstieg aus ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen möglichst bequem zu machen.

Im Zusammenhang mit dem Hartz-IV-Menü lud mich eine Berliner Boulevardzeitung zu einer Diskussion mit einer Hartz-IV-Empfängerin in die Redaktion ein. Ich bat um eine seriöse Gesprächspartnerin und sagte zu. Es erschien eine junge, dunkel gekleidete Frau von etwa 20 Jahren mit ihrem ebenfalls dunkel gekleideten 22-jährigen Freund. Beide lebten von Hartz IV. Die junge Frau hatte zwei Jahre zuvor den Realschulabschluss gemacht. Sie wollte Maskenbildnerin werden, fand aber keine Stelle. Ich habe ihr vorgerechnet, wie hoch der Bedarf an Maskenbildnerinnen bei Fernsehen, Film und allen Theatern in Berlin sei und was das für ihre Chancen bedeute. Ob sie nicht wenigstens eine Ausbildung als Verkäuferin machen wolle? Der Filialleiter bei Lidl, wo sie öfters jobbe, habe sie das auch schon gefragt, meinte sie. Sie wolle aber nicht. Wie sie den Tag denn verbringe, wollte ich wissen. Ihr Leben sei langweilig, erzählte sie. Kochen könne sie nicht, ihre Eltern, ebenfalls Hartz-IV-

Empfänger, auch nicht. Wenn man wenig Geld habe und nichts zu tun, schlichen die Tage eben so dahin. Ich war schockiert: Diese gar nicht unintelligente und eigentlich grundvernünftige Frau lebte in der Blüte ihrer Jugend von staatlicher Unterstützung mit ihrem Freund im eigenen Hausstand und schlug die Chancen aus, die sich ihr boten, weil niemand ein bisschen Druck ausübte und Schwung in ihr Leben brachte. Das geschieht millionenfach in Deutschland, und das ist der Skandal! Durch unsere Art, die materielle Armut zu lindern, fördern wir millionenfach Passivität, Indolenz sowie die Armut im Geiste und rauben den Menschen Stolz und Selbstbewusstsein.

97

Ungleichheit

Armut in Deutschland offenbart sich im sozialen Vergleich: Wer weniger hat als andere, mit denen er sich vergleicht, fühlt sich ärmer, sei es, dass alle Auto fahren und er selbst Fahrrad, sei es, dass er nur zwei gute Hosen besitzt und andere fünf, sei es, dass er noch einen Röhrenfernseher hat und andere einen großen Flachbildschirm. Dies ist die klassische Problemlage eines Empfängers von Transferleistungen. Ein 21-jähriger Student dagegen hat zwar noch weniger Geld, aber er fährt gerne Fahrrad, hat im Augenblick nur eine gute Hose und macht sich nichts aus Fernsehen. Geld ist nicht sein Problem, er hat ganz andere: Die attraktiven Mädchen interessieren sich immer für seine Freunde; das Erasmus-Stipendium in London wurde ihm verwehrt, sein Freund darf aber hin. Der subjektive Leidensdruck dieses Studenten ist mindestens so groß wie der des Transferempfängers, er ist allerdings nicht arm an Geld, sondern arm an Chancen bei Mädchen und vor der Stipendienauswahlkommission.

Nach Amartya Sens Definition von Armut als Armut an Teilhabemöglichkeiten würde sich dieser Student sicherlich als arm bezeichnen: Die begehrten Mädchen übersehen ihn, und das Auslandssemester in London ist ihm verwehrt. Das betrübt ihn und lässt ihn die Welt als ungerecht empfinden. Die Welt ist ungerecht. Die Gaben der Natur - Schönheit, Intelligenz, Gesundheit - sind ungleichmäßig verteilt und nicht nach dem Grundsatz, dass der, der die schönere Seele hat, auch die bessere genetische Ausstattung erhält. Der Zufall, ob man in Somalia oder Deutschland, in eine wohlhabende Mittelstandsfamilie in Düsseldorf oder als drittes Kind einer allein erziehenden arbeitslosen Hilfsarbeiterin in Duisburg-Hamborn geboren wird, sorgt für weitere krasse Ungerechtigkeiten, und die Wechselfälle des Lebens sowie das Glück und das Geschick, mit denen man ihnen begegnet, tun ein Übriges. Genau betrachtet ist der Gedanke, dass die Chancen der Menschen gleich seien, absurd: Wer schön oder intelligent ist, hat andere Chancen als jemand, der hässlich oder dumm ist. Und diese ungleiche Ausgangslage produziert unablässig Ergebnisse, die noch ungleicher sind.

98

Armutsbekämpfung kann daher nur Teil der gesellschaftlichen Bemühung sein, vorhandene materielle Ungleichheiten auf ein von der Gesellschaft als tolerabel empfundenes Maß zu reduzieren. In der Demokratie darf dies nie die Möglichkeit des Einzelnen einschränken, aus seinem Charakter, seinen Fähigkeiten und seinen Eigenschaften das Beste zu machen. Selbst bei vollständiger Chancengleichheit der Ausgangslage würden die unterschiedlichen Begabungen und Einstellungen, die unterschiedliche Gesundheit und das unterschiedliche Glück der Menschen unaufhebbar dafür sorgen, dass menschliches Leben und Wirtschaften zu ungleichen Ergebnissen führen. Damit entsteht relative Einkommens- und Vermögensarmut ständig neu und kann niemals beseitigt werden, solange nicht staatliche Umverteilung für eine weitgehende Gleichheit der Ergebnisse sorgt. Das aber ist in einer Demokratie gar nicht möglich, solange dort die relativ Armen, zu deren Gunsten umverteilt wird, eine Minderheit bilden. Es wäre nur möglich in einer Wohlfahrtsdiktatur, in einem Tugendregime mit Staatsterror. Gleichheit - auch Einkommensgleichheit - hat sich bisher niemals ohne totalitäre Methoden durchsetzen lassen - was regelmäßig in Diktatur und Blutvergießen endete.

Selbst die maximal erreichbare Gleichverteilung von Einkommen und Vermögen würde aber nichts an der natürlichen Ungleichheit der Menschen in Bezug auf Eigenschaften, Fähigkeiten und vielem anderen mehr ändern. Unserem unglücklichen Studenten wäre erst geholfen, wenn ihm die begehrten Mädchen unter den Aspekten von Gleichheit und Gerechtigkeit zugeteilt würden.

Über Ungleichheit und Gerechtigkeit lässt sich dennoch trefflich streiten. Die von Frank Nullmeier gestellte Frage »Wie viel Ungleichheit ist gerecht?« muss ernst genommen werden. Aber man kann nicht einfach, wie Nullmeier das tut, jedes Anwachsen von Ungleichheit als wachsende Gerechtigkeitslücke kritisieren.[25] Dazu sind die Gründe von Ungleichheit zu verschieden, und dazu ist der Gerechtigkeitsbegriff auch viel zu diffus. Das wirft die Frage nach der Gerechtigkeit in Bezug auf die Armut auf.

Gerechtigkeit

Amartya Sen hat treffend bemerkt, dass es keine normative Theorie der sozialen Gerechtigkeit gibt, die nicht irgendwo von der Gleichheit von etwas ausgeht.[26] In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung war es das Bekenntnis, dass die Menschen gleich geboren sind und die Freiheit haben sollen, ihr individuelles Glück zu suchen (pursuit of happiness). Da gegenwärtig keine Armutsdefinition ohne den Verweis auf Amartya Sen auszukommen scheint, habe ich mich mit seinem Werk näher beschäftigt und war begeistert von seiner tiefgründigen und vieldimensionalen Analyse.

99

Ausgehend von der Erkenntnis, dass es eine konsistente interpersonale Nutzenfunktion nicht geben kann (Arrow-Paradoxon), übt Sen pragmatische und logische Kritik an den Bemühungen von John Rawls, die Herstellung von Gerechtigkeit als Sozialkontrakt zu begreifen.[27] Sen setzt sich damit auseinander, dass es vollständige Gerechtigkeit aus logischen wie aus tatsächlichen Gründen gar nicht geben kann. Er weist einen anderen, pragmatischen Weg: Der Zustand der Gerechtigkeit in der Welt wird immer dann verbessert, wenn es gelingt, ein offenkundig schreiendes Unrecht abzumildern oder aus der Welt zu schaffen. Dann bleibt immer noch genügend Unrecht übrig, mit dem man dann entsprechend verfährt. Das erinnert stark an Karl Poppers »social piecemeal engineering« (den Sen übrigens nicht zitiert). Dieses stufenweise Vorgehen entlastet die Diskussionen von unnötiger Prinzipienreiterei und macht Einigungen auf konkrete Teilziele möglich.

Anlässlich der Veröffentlichung seines neuesten Buches »The Idea of Justice« sagte Amartya Sen in einem Interview: »There is no such thing as perfect justice. The idea of perfect justice drives to a mistaken route.«[28] Vielmehr komme es darauf an, durch vernünftige Argumentation und entsprechende Institutionen und Regulierungen in verschiedenen Bereichen stufenweise mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Gerechtigkeit ließe sich auch nicht genau quantifizieren, man könne allerdings auf den unterschiedlichen Feldern der Gerechtigkeit eine Rangfolge von gerechten und weniger gerechten Zuständen herstellen. So sei die Analphabetenrate in Indien zwar unakzeptabel hoch, aber niedriger als früher. Das Streben nach mehr Gerechtigkeit müsste eher ein pragmatischer Prozess sein und weniger der Versuch, ein gerechtes System abstrakt abzuleiten und dieses durch Sozialkontrakt beziehungsweise

per Gesetz umzusetzen. Gerechtigkeit ist daher immer relativ, als Vergleich unterschiedlicher Zustände zu sehen und niemals absolut erreicht.

In Bezug auf Armuts- und Verteilungsfragen stellt Sen die herkömmliche Konzentration auf die »primary goods« - also die materielle Verfügung über Güter und Dienste beziehungsweise auf die Einkommensverteilung - in Frage. Er meint, dass der Zusammenhang zwischen der Frage, über welche materiellen Güter jemand verfügt und welche substantiellen Freiheiten zur Selbstverwirklichung er genießt, nicht alles abdecke. Man müsse sich nicht auf die »primary goods«, sondern auf die »actual capabilities« der Menschen konzentrieren.[29] Sen verweist darauf, dass schon Aristoteles gesagt hat: »Das auf Gelderwerb gerichtete Leben hat etwas Unnatürliches und Gezwungenes an sich, und der Reichtum ist das gesuchte Gut offenbar nicht. Denn er ist nur für die Verwendung da und nur Mittel zum Zweck.«[30] Wenn man die relativen Vorteile, die Menschen im Vergleich zueinander haben, beurteilen wolle, meint Sen, müsse man alle ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten in den Blick nehmen und nicht nur Einkommen und Vermögen als Vergleichsbasis zugrunde legen. 100

Hier ist man einer interessanten Verschiebung auf der Spur: »Actual capability« wird in der deutschen Armutsdiskussion gern mit »Fähigkeit zur Teilhabe« übersetzt. Das ist es *auch.* Aber »capability« meint zunächst die individuelle Fähigkeit und das individuelle Vermögen, nicht im Sinne von Haben, sondern im Sinne von Können und Ressourcen. Dazu zählen zum Beispiel Bildung, Erziehung, persönliche Charaktereigenschaften, sportliche Fähigkeiten oder die Beherrschung eines Musikinstruments. »Fähigkeit zur Teilhabe« wird bei uns aber reduziert auf die Ermöglichung von Restaurantoder Kinobesuchen, also darauf, den Umfang an zugeteilten »primary goods« weiter zu erhöhen. Sen dagegen meint mit »capability« die Fähigkeit des Menschen, sich selbst zu helfen. Bildung verbessert diese Fähigkeit, Anspruch auf Krankenversorgung verbessert sie, Freiheit verbessert sie - der bessere Zugang zu »primary goods« dagegen nicht unbedingt.

Von einer liberalen Position, wie sie in den Schlagworten »Hilfe zur Selbsthilfe« oder »Fördern und Fordern« zum Ausdruck kommt, ist Amartya Sen gar nicht so weit entfernt. Sens Annäherung an das Armutsthema ist geprägt von den Verhältnissen in seinem Heimatland Indien und in der gesamten Dritten Welt. Wer sich bei der Diskussion um Armut und Gerechtigkeit auf die Einkommensverteilung in einem Wohlstandsland wie Deutschland konzentriert, hat Sen also nicht unbedingt als Verbündeten.

Bei einer Versorgung mit »primary goods« entsprechend dem sozioökonomischen Existenzminimum in Deutschland ist der »Engpassfaktor« für eine selbstbestimmte Lebensführung nicht das Einkommen, sondern Sozialisation, Qualifikation, allgemeine Bildung und andere individuelle Fähigkeiten und Eigenschaften. Hier muss man ansetzen, wenn man mehr Gerechtigkeit im Sinne Amartya Sens schaffen will. Bekämpft werden muss dagegen die »Armut im Geiste«, das heißt jene Kombination aus Bildungsferne, Sozialisationsdefiziten sowie Mangel an Gestaltungsehrgeiz und Lebensenergie, der große Teile der Unterschicht in Deutschland prägt. Dazu gehört auch, alle Instrumente der materiellen Armutsbekämpfung immer wieder auf ihre verhaltenssteuernde und erzieherische Wirkung zu überprüfen. 101

Gerade unter dem Aspekt des Glücks muss der Staat vornehmlich jene »capabilities« stützen, die den Menschen zu einer selbstbestimmten, ihn mit Stolz erfüllenden Lebensweise befähigen. Die rein materielle Unterstützung, wie hoch sie auch sei, reicht immer nur für einen Lebensstandard am unteren Ende der Einkommenspyramide und kann die Betroffenen niemals glücklich machen. Investition in das Glück der Menschen muss Investition in ihren Stolz sein, und das heißt in die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und die Förderung ihrer Anstrengungsbereitschaft.

Auch so kann Amartya Sen gelesen werden.

Armut und Gesellschaft

Der politische Charakter der Armutsdefinition

Der Begriff der Armut ist wie sein Gegenstück Wohlstand oder Reichtum nicht ohne Vergleich mit anderen und damit nicht ohne Rückgriff auf gesellschaftliche Bezüge denkbar, denn es geht immer auch um die Verteilung von Ressourcen in einer Gemeinschaft, sei es das steinzeitliche Dorf oder die moderne Industriegesellschaft. Deshalb bedeutet Diskussion über Armut immer auch Diskussion über Gerechtigkeit, und Konzepte zur Verminderung oder Beseitigung von Armut sind immer auch Konzepte zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit.

Die wissenschaftlichen Konzepte von Gerechtigkeit sind entweder utopisch, weil sie intersubjektive Vergleichbarkeit und eine logische Konsistenz von Präferenzen voraussetzen, die es aus rein logischen Gründen nicht geben kann, oder sie sind pragmatisch im Sinne eines *social piecemeal engineering.* Dann erfordern sie den gesellschaftlichen Diskurs und eine demokratische oder demokratieähnliche Willensbildung, wenn man die Figur des allwissenden und wohlwollenden Diktators ausschließt.

Damit aber hat der Gerechtigkeitsbegriff wie auch die sich aus ihm herleitende Armutsdefinition einen politischen Charakter. Da das Politische aber unteilbar ist, kann man nicht trennen zwischen Zielen, Instrumenten und Nebenwirkungen. Deren Zusammenwirken wiederum kann man auch wissenschaftlich analysieren. Die Effizienz unterschiedlicher Umverteilungsformen kann man untersuchen, auch deren Auswirkungen auf die Zufriedenheit oder die Leistungsbereitschaft, auf das generative Verhalten, auf Mentalitäten, auf das Wirtschaftswachstum und so fort. Man kann die Ursachen von Armut untersuchen und darauf aufbauend den Versuch unternehmen, die Gründe für Armut zu bekämpfen und ihre Entstehung zu verhindern. In solch einem komplexen Bild können sich auch Grenzen der Bekämpfung einer wie immer definierten Armut ergeben, weil man andere Ziele nicht gefährden oder negative Rückkopplungen vermeiden will. 102

Aufgrund ihres politischen Charakters ist die Armutsdefinition und die Diskussion um Ursachen der Armut und Möglichkeiten ihrer Beseitigung Zeitströmungen, Moden und Interessen unterworfen. Es geht nicht nur um die reine Wahrheit, sondern auch um den Kampf um Weltbilder und die Durchsetzung politischer Vorstellungen. In der gegenwärtigen deutschen Diskussion stehen die negativen individuellen Folgen und die gesellschaftlichen Ursachen im Mittelpunkt. Dagegen werden die individuellen, der Person zuzurechnenden Ursachen der Armutslage sowie die gesellschaftlichen Folgen einer vorrangig am persönlichen Einkommen orientierten Armutsbekämpfung wesentlich weniger diskutiert. Fast schon tabuisiert wird der Umstand, dass unsere Art der Armutsbekämpfung Leistungsferne und mangelhaften Willen zur Selbsthilfe teilweise belohnt und damit zur Verfestigung einer transferabhängigen Unterschicht in Deutschland beiträgt.

Für die materielle Armut in Deutschland gilt jedenfalls: Die scheinbar beobachteten Negativfolgen von Armut sind zu 90 Prozent nicht Folgen von Einkommensarmut, sondern deren

Begleiterscheinungen, die aber dieselben Ursachen haben wie die Einkommensarmut. Die fast schon konsequente Nichtbeachtung dieses Zusammenhangs entzieht einem großen Teil der Armutsforschung in Deutschland die wissenschaftliche Grundlage und verweist sie in den Bereich der Ideologie.

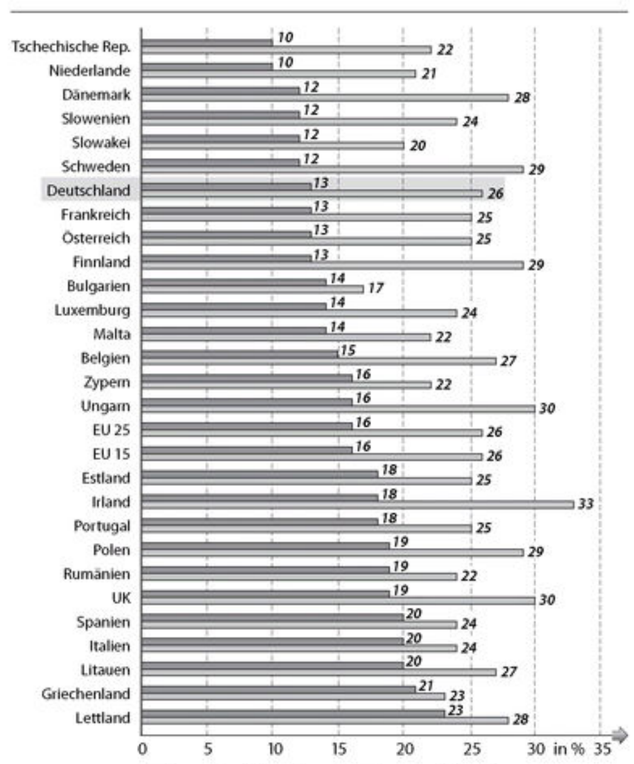
Umverteilung

Einkommensunterschiede und damit relative Armut sind aus den beschriebenen logischen und tatsächlichen Gründen grundsätzlich unaufhebbar und können, das ergibt sich aus der Definition der relativen Armut als einem Verteilungsmaß, auch nicht durch Wirtschaftswachstum beseitigt werden. Relative Armut kann aber abgemildert werden, und das geschieht auch mit den Instrumenten der Steuerpolitik, der Abgabenpolitik, des Zugangs zu öffentlichen Gütern und der direkten Transferzahlungen in allen Industriestaaten. Unterschiedliche Wege und Kombinationen führen dabei zu relativ ähnlichen Verhältnissen.

Gemessen an der Armutsrisikoschwelle (60 Prozent oder weniger des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens) haben in Deutschland vor Umverteilung 26 Prozent der Haushalte ein Einkommen an oder unter dieser Grenze, nach Umverteilung sind es 13 Prozent. Damit liegt Deutschland auf dem Niveau der skandinavischen Staaten (die übrigens vor Umverteilung alle eine höhere Armutsrisikoquote haben als die Bundesrepublik). 103

Mit einer Armutsrisikoquote von 26 Prozent vor Umverteilung liegt Deutschland exakt im Durchschnitt der EU. Offenbar folgt die Einkommensverteilung unabhängig vom erreichten wirtschaftlichen Niveau überall ähnlichen Gesetzmäßigkeiten und führt zu ähnlicher Ungleichheit. Auch das belegt, dass relative Armut nicht quasi definitorisch durch das allgemeine Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand beseitigt werden kann, und bestätigt die Unvollständigkeit und den irreführenden Charakter einer Armutskonzeption, die sich auf die relative Armut konzentriert. Den EU-Berechnungen zufolge leben zum Beispiel in Tschechien nach Umverteilung nur 10 Prozent der Bevölkerung in relativer Armut gegenüber 13 Prozent in Deutschland. Gibt es in Tschechien deshalb weniger Arme? Das Gegenteil ist der Fall, denn bei der absoluten Kaufkraft liegt die Ar-mutsgrenze in Tschechien bei 56 Prozent des deutschen Niveaus. Das heißt, ein deutscher »Armer« hat ein nahezu doppelt so hohes Einkommen wie ein tschechischer Armer.

Schaubild 4.2 Reduktion des Armutsrisikos der Gesamtbevölkerung durch Sozialtransfers (2005)



Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. Mai 2008, S. XII.

Wer relative Armut bekämpfen will, jagt einer Schimäre nach: Läge das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland bei einer Million Euro, dann läge die Armutsrisikoschwelle eben bei 600 000 Euro. Heute entscheidet die Armutsrisikoschwelle in Deutschland über die Beschaffung des neuen Kleinwagens oder Farbfernsehers, in einer Millionärswelt würde die genauso definierte Schwelle über die Beschaffung einer 20-Meter-Yacht entscheiden. Aus der Sicht der wirklich Armen in der Welt liegt die deutsche Armutsrisikoschwelle in der Nähe der fiktiven Millionärswelt und weit entfernt von ihrer Wirklichkeit in den Slums von Bombay oder Jakarta.

Die Wirkungen des gesamten Steuer- und Transfersystems auf die Primärverteilung zu messen, ist schwierig und wirft auch methodische Probleme auf, da man nicht nur auf die Abgabenerhebung, sondern auch auf die Verwendung der Einnahmen schauen muss. Es lassen sich aber immerhin einige Indizien ausmachen.

Betrachtet man etwa die Verteilungswirkung der Sozialabgaben, [31] deren Erhebung im Umfang von 462,2 Milliarden Euro (2008) wegen der Beitragsbemessungsgrenze und der Beitragsfreiheit der Selbstständigen sicher als eher regressiv einzustufen ist, so zeigt die Verwendung der Sozialabgaben eine extrem egalisierende Wirkung: 104

- Langjährige Beitragszahler in die Rentenversicherung bekommen weitaus weniger zurück, als dem Barwert ihrer Einzahlungen entspricht.[32]

- Die gesetzliche Krankenversicherung gewährt gegen einkommensabhängige Beiträge einkommensunabhängige Leistungen.
- 80 Prozent der Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung sehen nie einen Gegenwert für ihre Leistungen.

Verteilungspolitisch neutral bis leicht regressiv (wegen der mit steigendem Einkommen zunehmenden Sparquote) ist die Mehrwertsteuer mit einem jährlichen Aufkommen von 176 Milliarden Euro (2008). Stark progressiv ist dagegen die Einkommensteuer mit einem jährlichen Aufkommen von 175 Millarden Euro (2008):

- Die unteren 20 Prozent der Einkommensbezieher zahlen praktisch gar keine Einkommensteuer.
- Die unteren 50 Prozent der Einkommensbezieher zahlen zusammen 6,5 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens.
- Die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher zahlen dagegen 51,8 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens.[33]

In der Summe wirkt das deutsche Steuer-, Abgaben- und Transfersystem also massiv auf die Einkommensverteilung ein. Aber das führt dennoch nicht dazu, tatsächliche und gefühlte Ungleichheiten wirklich zu beseitigen - was ja ohne Wohlfahrtsdiktatur logisch und tatsächlich auch gar nicht möglich ist. In Deutschland sind hinsichtlich weiterer Umverteilung, aber auch hinsichtlich einer vorsichtigen Reform bestehender Strukturen Gestaltungsgrenzen erreicht, da es nicht mehr gelingt, Widersprüche und Verteilungseffekte von Reformen durch Wirtschaftswachstum zu überdecken.

Der Zugriffs- und Umverteilungsanspruch des Staates birgt einerseits die Gefahr, dass sich Teile der Besserverdienenden dem System entfremden. Das gefährdet den Machterhalt sowohl bürgerlicher als auch von der SPD geführter Koalitionen. Hier gilt die Mahnung von Giovanni di Lorenzo: »Eine kluge Regierungspolitik achtet darauf, die Interessen jener kleiner werdenden Schicht zu wahren, die für alle Sozialausgaben aufkommen muss.«[34] Andererseits hat die SPD durch den vorsichtigen grundsätzlichen Reformversuch, der unter dem Stichwort Hartz IV stattfand, wesentliche Teile ihrer Anhängerschaft verloren. Das hat zum wohl dauerhaften Auftreten der Linkspartei geführt, deren Klientel man immer nur kurzfristig durch noch mehr Umverteilung befriedigen kann. Dafür fehlt in der Bundesrepublik jedoch die gesellschaftliche Mehrheit. Insoweit kann man sagen, dass das sozialdemokratisch geprägte Gestaltungs- und Regierungsmodell in gewisser Weise in einer Sackgasse gelandet, ein inhaltlich 105
schlüssiger und mehrheitsfähiger Ausweg daraus aber nicht zu sehen ist.[35] Das hat den Bundestagswahlkampf 2009 zu so einem inhaltslosen Eiertanz gemacht.

Der am weitesten verbreitete Indikator für Wirtschaftskraft und Wohlstand ist das Bruttonationalprodukt. Aussagefähiger ist das verfügbare Einkommen, da Abschreibungen ja zum Verbrauch nicht zur Verfügung stehen, noch aussagefähiger ist der gesamte private Verbrauch, da Nettoinvestitionen und entsprechende Ersparnisbildung immer notwendig sind. Eine absolute Gleichverteilung des privaten Verbrauchs in Deutschland (gewichtet nach Haushaltsgröße) wäre die theoretisch denkbare Obergrenze einer Umverteilung - allerdings auch nur theoretisch denkbar, denn die Gleichverteilung der Ergebnisse wäre mit den Gesetzmäßigkeiten einer produktiven Volkswirtschaft nicht vereinbar.

Im Jahr 2007 betrugen die privaten Konsumausgaben in Deutschland 1374 Milliarden Euro, das sind rund 16 400 Euro pro Einwohner beziehungsweise 34 600 Euro pro privatem Haushalt. Das sozioökonomische Existenzminimum, das über Sozialhilfe, Grundsicherung und Arbeitslosgeld II allen garantiert ist, liegt bei etwa 35 Prozent des durchschnittlichen privaten Verbrauchs und, wie bereits dargestellt, je nach Familienstand bei rund 50 Prozent bis 63 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens. Wollte man, wie vielfach gefordert wird, für alle ein Grundeinkommen etwa in Höhe der heutigen Sozialhilfe bereitstellen, so würde sich diese Summe auf rund 35 Prozent der privaten Konsumausgaben oder 20 Prozent des Bruttonationaleinkommens belaufen.

Kosten der Armutsbekämpfung in Deutschland

Letztlich dient die gesamte staatliche Apparatur zur Umverteilung der Gelder aus Steuern und Sozialabgaben sowie der Summe aller Sozialleistungen auch der Bekämpfung von Armut. Das gilt für die Rente nach Mindesteinkommen, für das Ehegattensplitting, für den Familienlastenausgleich, für Wohngeld, Bafög, Hilfe zur Pflege und so weiter. Wenn alle Sicherungen nicht ausreichen, bilden das letzte Auffangnetz und damit den unmittelbaren Schutz vor Armut

- die Sozialhilfe einschließlich Grundsicherung im Alter, deren Gesamtkosten sich 2008 auf 23,7 Milliarden Euro beliefen
- die Grundsicherung für Arbeitslose (Arbeitslosengeld II) mit einem Volumen von 39,6 Milliarden Euro im Jahr 2008.[36]

Insgesamt leben in Deutschland rund 10 Prozent der Bevölkerung ganz oder vorwiegend von Leistungen der Grundsicherung. Im Jahr 2008 lagen die Kosten für diese Grundsicherung bei 62,9 106
Milliarden Euro, das sind 8,2 Prozent des deutschen Sozialbudgets von 767 Milliarden Euro und 21, 6 Prozent der steuerfinanzierten Sozialleistungen [37] beziehungsweise 2,5 Prozent des deutschen Sozialprodukts. [38]

Zum Vergleich: Für Bildung vom Kindergarten bis zur Universität gibt der Staat 4,1 Prozent des BIP aus. Dieses Ausgabenniveau wird vielfach als zu niedrig[39] empfunden und hat schon mehrfach entsprechende Kritik der OECD ausgelöst.

Garantiertes Einkommen für alle - ein Ausweg aus der Armutsfalle?

Es gibt Gedanken, die ziehen emotional an und wärmen das Herz, unabhängig davon, ob sie wirklichkeitsnah und umsetzbar sind oder nicht. Dazu gehört die Idee eines leistungslosen Grundeinkommens für alle. Es gibt veschiedene Vorschläge,[40] die alle von einem Grundgedanken ausgehen: Die Fülle unterschiedlichster Sozialleistungen soll ersetzt werden durch ein staatliches Grundeinkommen, das jedem Bürger ohne staatliche Auflagen und ohne den Zwang, sich um Arbeit zu bemühen, zusteht. Dieses Grundeinkommen soll eine würdige Existenz ermöglichen und die meisten Sozial- und Transferleistungen überflüssig machen. Je nach Modell wird darauf eigenes Einkommen oder Vermögen gar nicht oder nur eingeschränkt angerechnet. Unter den politischen Parteien stehen CDU und FDP sowie teilweise auch die Linkspartei mit jeweils unterschiedlichen Ausgestaltungen der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens nahe.

Solch ein bedingungsfreies Grundeinkommen hätte nach Meinung seiner Befürworter folgende Vorteile:

- Die Quellen von Armut und Existenzangst würden für alle radikal und diskriminierungsfrei beseitigt.
- Die meisten Sozialleistungen würden überflüssig und damit viel bürokratischer Aufwand eingespart. In der Summe käme die Umstellung nicht teurer, sondern billiger als das heutige System.

Die Zeit, in der man sich über bezahlte Erwerbsarbeit definiere, so die Befürworter, gehe sowieso dem Ende zu, weil infolge des technischen Fortschritts nicht mehr genügend bezahlte Arbeit für alle da sei. Wer wolle, könne dennoch einer bezahlten Arbeit nachgehen, die anderen aber könnten sich frei von Existenznot um ihre Familien oder um Ehrenämter kümmern oder sich kulturell und schöpferisch betätigen.

Diese Idee entspringt mythischen Quellen, und das macht sie so unwiderstehlich. Der Fluch, der dem Menschen mit der Vertreibung aus dem Paradies auferlegt wurde, scheint gebannt: Zwar bleiben wir sterblich und können krank werden, aber wir werden beschützt (in der Bibel ist es Gott, beim Bürgergeld der fürsorgliche Staat) und müssen uns keine Sorgen mehr machen. Auch der Linke kommt 107
auf seine Kosten: Die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte (der eine unbestreitbare Vorteil des Kapitalismus) befördert endlich den Übergang aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit im Sinne der werktätigen Massen. Kein Arbeitszwang mehr, fürs Auskommen ist gesorgt, morgens wird gefischt, abends gejagt. Die weitere Entwicklung wird dann schon für noch mehr Umverteilung durch schrittweise Anhebung des Bürgergeldes sorgen.

Die Idee, durch eine einfache Sozialleistung, eben das bedingungslose Grundeinkommen, unser ganzes kompliziertes Transfersystem weitgehend zu ersetzen, alle Bürger von Not und Existenzangst zu befreien und nebenbei auch noch Geld einzusparen, ist zweifellos faszinierend, fast immer schwingen Eifer und Begeisterung mit, wenn die Befürworter das Modell erläutern.

Bei näherer Betrachtung zeigen sich allerdings Probleme: Alles Umleiten der Ströme von Steuern, Transfers und Sozialleistungen schafft nämlich keine neuen Ressourcen. Die These der Vereinfachung wird durchweg nicht belegt, die Verzahnung mit den bestehenden Anspruchssystemen wirkt nicht präzise durchdacht. Die Berechnungen zur Gegenfinanzierung aus dem bestehenden System sind kompliziert, teilweise widersprüchlich, und es fehlt eine befriedigende Antwort auf die Frage, wie der Übergang zu bewerkstelligen sei. Letztlich liegt das Grundeinkommen bei den durchgerechneten Modellen nicht über dem amtlich definierten sozioökonomischen Existenzminimum von heute (Ausnahme ist das sozialutopische Modell von Götz Werner). Besondere soziale Lebenslagen, etwa der erhöhte Bedarf bei manchen Krankheiten und Behinderungen, werden auch künftig Ausnahmen und Abweichungen vom einheitlichen solidarischen Bürgergeld erforderlich machen. Und die Abstufung nach Haushaltsgröße und Kinderzahl, das Lohnabstandsgebot und die Anrechnung auf eigenes Einkommen und Vermögen sowie dessen Besteuerung müssen beim Bürgergeld genauso geregelt werden wie bei der Sozialhilfe.

Und was ist mit den Einsparungen? Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, welches dem geltenden sozialen Existenzminimum der Sozialhilfe entspricht, würde auf der Basis der Daten von 2008 zu jährlichen Bruttoausgaben von 490 Milliarden Euro führen. Dabei sind die Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von 180 Milliarden Euro noch nicht berücksichtigt. An diesen Kosten würde das Bürgergeld gar nichts ändern. Insgesamt würde es sich also inklusive Kranken- und Pflegeversicherung jährlich auf 670 Milliarden Euro belaufen. Das entspricht dem 108
heutigen Gesamtaufkommen aus Sozialversicherungsbeiträgen und steuerfinanzierten Sozialleistungen.[41] Damit wären alle Leistungen der Rentenversicherung, die über das soziale Existenzminimum hinausgehen, noch nicht finanziert.

Ein Grundeinkommen selbst auf Sozialhilfeniveau ist also nur finanzierbar, wenn es durch strikte Anrechnungsvorschriften auf anderweitiges Einkommen ergänzt wird. Damit schwindet der Unterschied zur heutigen Struktur der Grundsicherung bis auf einen - allerdings einen wesentlichen: Menschen im erwerbsfähigen Alter haben heute, sofern sie arbeitsfähig sind, nur Anspruch auf Arbeitslosengeld II, wenn sie grundsätzlich zur Arbeitsaufnahme bereit sind. Diese Voraussetzung entfällt beim bedingungslosen Grundeinkommen: »Kennzeichen der Grundeinkommens- beziehungsweise Bürgergeldmodelle ist die Entkopplung des Anspruchs auf monetäre Existenzsicherung vom Arbeitsmarkt. Das Recht auf Bürgergeld besteht unabhängig von der Bereitschaft, eine zumutbare Arbeit anzunehmen.«[42]

Befürworter des Bürgergeldes finden es würdelos, dass man Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beantragen muss, begründen aber nicht, weshalb dies würdeloser sein soll als einen Bauantrag zu stellen oder einen Antrag auf Gewährung einer Steuervergünstigung. Die Bedingungsfreiheit des Anspruchs stütze dagegen die Menschenwürde, behaupten sie. Hegel sah das ganz anders: »Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt..., die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch die Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre.« Seiner Ansicht nach (wobei er auf die Verhältnisse in England verweist) hat sich »als das direkteste Mittel... gegen Armut sowohl als insbesondere gegen die Abwertung der Scham und Ehre, der subjektiven Basen der Gesellschaft, und gegen die Faulheit und Verschwendung usf., woraus der Pöbel hervorgeht, dies erprobt, die Armen ihrem Schicksal zu überlassen und sie auf den öffentlichen Bettel anzuweisen«.[43]

Genau das ist der Punkt: Man muss das garantierte Grundeinkommen unter dem soziologischen und psychologischen Aspekt von »Inklusion vs. Exklusion« sehen. Materielle Exklusion von sozioökonomisch unentbehrlichen Gütern und Diensten kann vermieden werden und wird in Deutschland durch die Grundsicherung mittels Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe verhindert. Je 109
weniger man aber darauf besteht, dass jeder Mensch nach seinen Kräften einen Beitrag leistet, umso mehr befördert man die eigentlich schlimme Exklusion aus den realen Lebenszusammenhängen - die Abkopplung aus dem Leistungsaustausch in der Gesellschaft und den Verzicht auf Quellen berechtigten Stolzes. Der Soziologe Heinz Bude bringt es auf den Punkt:

> »Die Überzeugung, soziale Benachteiligungen durch individuell zuerkannte und verabreichte Zahlungen auszugleichen, hat zur Züchtung einer Kultur der Abhängigkeit geführt, die die Leute zu Klienten einer Anstalt anstatt zu Herren über ihr eigenes Leben gemacht hat... Das ursprüngliche Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren, hat sich in sein Gegenteil, nämlich in die Verfestigung von Wohlfahrtsabhängigkeit, verwandelt. Man soll sich nichts vormachen: ›Wer

von der Wohlfahrt lebt‹, schrieb schon Tocqueville 1835, ›ist ohne Furcht, aber auch ohne Hoffnung.‹«[44]

Die Befürworter eines garantierten Einkommens für alle gehen durchweg von einem *Ende der Arbeitsgesellschaft* aus, von wachsenden Disparitäten zwischen arm und reich und von wachsenden Unsicherheiten und Uneindeutigkeiten in der individuellen Lebensführung. Sie folgen insoweit Ulrich Beck.[45] In einer Welt, in der Arbeit immer knapper wird, wollen sie die Menschen von der als würdelos empfundenen Notwendigkeit befreien, sich um etwas zu bemühen, das sie doch nicht bekommen werden - nämlich bezahlte Arbeit.

Richtig ist, dass für den Einzelnen die spürbaren Unsicherheiten und Brüche in der globalisierten Weltwirtschaft zugenommen haben. Das schafft Ängste und Unsicherheiten. Generell wachsende Disparitäten zwischen arm und reich lassen sich jedoch nicht belegen, und in den Bereich der Mythen gehört die Behauptung, in den modernen Volkswirtschaften ginge die bezahlte Arbeit aus. Die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden pro Kopf der Bevölkerung betrug 1960 in der Bundesrepublik rund 1000, im Jahr 1990, am Vorabend der Einheit, waren es rund 750. Sie liegt gegenwärtig bei rund 700, ein Niveau, das sie seit Jahren hält - kein sehr eindrucksvoller Beleg für das Ende der Arbeitsgesellschaft. Im internationalen Vergleich ist die Arbeitsmenge in Deutschland ungewöhnlich niedrig.[46] In der Schweiz und in den USA, beide reicher als Deutschland, ist die Menge an bezahlten Arbeitsstunden pro Einwohner um 30 Prozent beziehungsweise um 35 Prozent höher als in Deutschland.

Das Argument, die Arbeit werde knapp, ist übrigens recht alt. Erich Fromm ging bereits 1966 in seiner intelligenten Analyse der »psychologischen Aspekte eines garantierten Einkommens für alle« 110
von der Annahme aus, dass »für einen ständig wachsenden Teil unserer Bevölkerung überhaupt keine Arbeit vorhanden« sei.[47] Darin irrte er zwar, aber er arbeitete hellsichtig heraus, dass die Freiheit vom Arbeitszwang für viele auch die Sinnfrage stellt. Er verstand das garantierte Einkommen als einen Einstieg in eine Gesellschaft, die den materiellen Konsum begrenzt und durch Veränderung des Menschen an anderer Stelle sinnstiftend wirkt. Nur indem man verhindert, dass andere wesentlich mehr haben, kann das garantierte Einkommen einen Beitrag zu mehr Zufriedenheit leisten:

> »Der heutige Mensch hat einen grenzenlosen Hunger nach mehr Konsum. Das hat folgende Konsequenzen: Da die Gier nach Konsum keine Grenzen mehr kennt und in absehbarer Zeit keine Wirtschaft genug produzieren kann, um einem jeden einen unbegrenzten Konsum zu ermöglichen, kann es (psychologisch gesehen) niemals einen echten Überfluss geben, solange die Charakterstruktur des *homo consumens* vorherrschend ist. Der Gierige wird immer Mangel leiden, da er nie genug bekommt, ganz gleich, wie viel er hat... Das bedeutet aber, dass die, welche auf dem Niveau des garantierten Einkommens leben würden, sich frustriert und minderwertig fühlten und dass die, welche mehr verdienen, Gefangene der Umstände bleiben würden, weil sie Angst hätten, die Möglichkeit zu einem maximalen Konsum einzubüßen. Aus diesem Grund glaube ich, dass das garantierte Einkommen nur gewisse (wirtschaftliche und soziale) Probleme lösen würde, dass es aber nicht die erwünschten radikalen Wirkungen hätte, wenn wir nicht gleichzeitig das Prinzip des maximalen Konsums aufgeben.«[48]

Fromm entwickelt sodann das utopische Bild einer gelenkten Wirtschaft, in der vom privaten Konsum auf öffentliche Güter umgestellt wird und letztlich der Mensch geändert wird: »Nur mit der Umwandlung des *homo consumens* in eine produktiv-tätige Persönlichkeit wird der Mensch Freiheit als echte Unabhängigkeit erleben und nicht als unbegrenzte Möglichkeit, unter den Konsumgütern zu wählen.« Er sieht aber auch die Risiken: »Der Gefahr, dass ein Staat, der alle ernährt, zu einer Muttergottheit mit diktatorischen Eigenschaften werden könnte, kann nur durch eine gleichzeitige wirksame Vermehrung demokratischer Verfahren in allen gesellschaftlichen Bereichen begegnet werden.«[49]

Der Geist von 1968 lässt grüßen (vermischt mit ein bisschen DDR-Mief). Man hat hier leicht spotten, aber Erich Fromm gebührt immerhin das Verdienst, konsequent den Gedanken eines garantierten 111
Einkommens zu Ende gedacht zu haben: Die damit angestrebte Zufriedenheit und Befreiung von Konkurrenzdruck kehrt eben erst ein, wenn keiner wesentlich mehr hat als andere, und das soll der Staat durch Wirtschaftslenkung und Eingriffe in die Konsumfreiheit sicherstellen. Man fühlt sich erinnert an den Slogan der Linken im letzten Bundestagswahlkampf - »Reichtum für alle«.

Der fraglos vorhandene ästhetisch-moralische Reiz einer vom Staat ungefragt vergebenen und für alle gleichen materiellen Grundausstattung muss grundsätzlich abgewogen werden gegen die gewaltige Aufblähung der staatlichen Verrechnungssysteme, wenn das System bezahlbar bleiben soll. Nach Abschluss dieser Verrechnung wird bei einem gesamtwirtschaftlich bezahlbaren Bürgergeld netto aber auch nur das ausgeschüttet werden, was schon heute an sozioökonomischer Grundsicherung ausgeschüttet wird. Die Frage ist, was das Ganze dann bringen soll. Die Fälle an unentdeckter »verschämter Armut«, die auch zur Begründung des bedingungslosen Grundeinkommens angeführt werden, sind seit Einführung des Arbeitslosengeldes II und der Grundsicherung im Alter ja weitgehend beseitigt.

Es ist eine Sache, für die Pechvögel, die zu kurz Gekommenen und die nicht so Leistungsfähigen ein an Bedingungen geknüpftes Auffangnetz zu spannen, und eine andere, die gesamte Gesellschaft mit den eigenen Wohlfahrtsvorstellungen zu überziehen. Wenn das bedingungslose Grundeinkommen eine wohltätige Wirkung entfalten soll, muss man die Gesellschaft (und wohl auch die Natur des Menschen) sehr weitreichend ändern, da hat Erich Fromm Recht. Die leidvollen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gemahnen da zur Vorsicht.

Auch in einem anderen Punkt hat Erich Fromm Recht: Nicht Geld macht glücklich, Sinn macht glücklich. Sinn aber entsteht nicht durch passiven Genuss, sondern durch sozialen Austausch und produktive Einbindung. Für die meisten Menschen, die eben keine Forscher, keine Künstler und keine Spitzensportler sind, liefert diesen Sinn der Katalog täglicher Aufgaben, denen sie sich zu stellen haben, und das damit verbundene Gerüst an Kontakten, an Zeiteinteilung und Bestätigung. Wer die Menschen von der Notwendigkeit, für ihr Auskommen zu arbeiten, befreit, tut damit gerade den Schwächeren unter ihnen einen Tort an. Warnfried Dettling hat klar formuliert, wohin das führen muss:

> »Man kann Menschen nicht nachhaltiger schaden und ausgrenzen, als wenn man sie für längere Zeit von Arbeitszusammenhängen fernhält. Nicht Billigarbeitsplätze schaffen eine neue Klasse, 112
> sondern Mentalitäten, die nichts mehr von sich, und Fürsorgesysteme, die nichts mehr von den Menschen erwarten. Weit über den Arbeitsmarkt hinaus, in Pflegeheimen wie in Familien, bricht sich die erfahrungsgesättigte Erkenntnis Bahn: Wer etwas für andere tut, was diese für sich selbst tun können, handelt unsozial. Er zerstört in den Menschen das Gefühl des Selbstwertes und der Selbstwirksamkeit.«[50]

Jede Form von Grundsicherung muss so angelegt sein, dass sie nicht eingrenzt und lähmt, sondern fördert. Deshalb kommt dem Übergang zwischen Transferempfang und Anrechnung von Erwerbseinkommen nicht nur aus fiskalischen Gründen besondere Bedutung zu. Die Gestaltung der sogenannten Transferentzugsrate wirkt neben dem Transferniveau maßgeblich nicht nur auf die Kosten ein, sondern auch auf die Anreize für den Einzelnen, sich aus der Subventionsabhängigkeit zu befreien. Die dazu vor allem von Befürwortern des garantierten Einkommens angestellten Überlegungen laufen auf eine Wiederbelebung der ursprünglich amerikanischen Konzepte zur negativen Einkommensteuer hinaus (siehe dazu Kapitel 5).

Nebenwirkungen der Armutsbekämpfung

Der Sozialstaat sorgt durch Umverteilung und Auffangnetze dafür, dass jeder Bürger materiell in der Lage ist, für seine Gesundheit zu sorgen, sich zu ernähren, zu kleiden und noch einiges mehr. Darüber hinaus ist durch die Grundsicherung auf der Basis des soziokulturellen Existenzminimums sichergestellt, dass der Lebensstandard selbst der Ärmsten nicht unter 50 Prozent des mittleren Einkommens fällt und damit unter ein Niveau, das dem bundesdeutschen Durchschnitt der späten 1960er Jahre entspricht.[51] Deutsche Transferempfänger leben wie der durchschnittliche Tscheche, aber deutlich besser als der durchschnittliche Pole und weitaus besser als der durchschnittliche Türke.

Zu den unvermeidlichen Nebenwirkungen solch einer Absicherung gehört zunächst der Sozialisationseffekt: Um eine Mindestabsicherung zu erhalten, die im Weltmaßstab Reichtum bedeutet, sind weder schulische Grundkenntnisse noch ein gewisser Fleiß, noch Pflichtbewusstsein im sozialen und familiären Zusammenhang, ja eigentlich überhaupt keine Eigenschaften und Fähigkeiten erforderlich, die über das reine Existieren hinausgehen. Auch der Belohnungsmechanismus für solche Eigenschaften existiert in der Transferwelt nicht, damit bilden sich diese zurück oder werden gar nicht erst ausgebildet, ähnlich wie die Muskeln bei jenen atrophieren, die sich zu wenig bewegen.

Für die moralisch und geistig Schwächeren in der Gesellschaft ist dies eine große Versuchung. 113
Bleiben sie länger im Zustand des anforderungsfreien Lebens, auch wenn sie ohne ihren Willen oder durch Unglück dort hineingeraten sind, verlieren sie neben dem Willen auch die Fähigkeiten, die erforderlich sind, sich aus diesem Zustand wieder zu befreien:

> »Viele Bedarfsgemeinschaften bleiben dauerhaft auf die Grundsicherung angewiesen... Der Langzeitbezug prägt den Bestand und damit auch die Ausgaben für die Grundsicherung... Das System wirkt weit über Langzeitarbeitslose hinaus und bildet eine Grundsicherung nicht nur für Arbeitssuchende, sondern für einen großen Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter und ihre Kinder. Zur Zeit sieht es so aus, dass die Grundsicherung überwiegend von Bedarfsgemeinschaften geprägt wird, die über längere Zeiträume durchgehend oder wiederholt bedürftig sind.«[52]

Diese Gruppe hat sich in ihr Schicksal gefügt, es ist aber auch eine Gruppe, deren Stolz gebrochen ist. Niemand ist stolz, der jenseits der Jugend und vor dem Alter, also in seinen besten Jahren, von staatlicher Unterstützung lebt. Wo aber der Stolz fehlt, gedeiht die Antriebskraft schlecht, die man braucht, das bequeme Jetzt gegen ungewisse Härten einzutauschen. Solch ein Mensch konzentriert sich lieber auf kurzfristige Befriedigung. Die bieten ihm Alkohol, Zigaretten, Medienkonsum und Fastfood.

Je größer die Bedarfsgemeinschaft, desto höher ist der Betrag der monatlichen Grundsicherung. Ein Ehepaar mit zwei Kindern erhält 1710 Euro im Monat. Ein sozialversicherungspflichtiger Alleinverdiener müsste schon 2500 Euro brutto verdienen, um diese Summe zur Verfügung zu haben. Bei vier Kindern müsste er brutto 3500 Euro erreichen, um auf die Grundsicherung von 2300 Euro zu kommen. Mit jedem Kind erhöht sich die Grundsicherung um 322 Euro. Über die Ausgaben muss keine Rechenschaft abgelegt werden. Nahrungsmittel gibt es mittlerweile vielfach umsonst bei den verschiedenen Tafeln, und gebrauchte Kinderkleidung wird kostenfrei oder zumindest sehr günstig angeboten. Eine Bedarfsgemeinschaft aus zwei Erwachsenen und vier Kindern kann auf diese Weise die Grundsicherung erheblich aufstocken. Es liegt eine gewisse ökonomische Logik darin, dass der Anteil der Kinder aus Haushalten von Transferempfängern etwa doppelt so hoch ist wie der Anteil der Transferempfänger selbst. In Berlin stammen mittlerweile 35 Prozent der Schulkinder aus Haushalten von Transferempfängern, in Bremen sind es 30 Prozent, in Hamburg 25 Prozent und im Bundesdurchschnitt 16 Prozent.

Nicht Kinder produzieren Armut, sondern Transferempfänger produzieren Kinder. Die Statistik 114
scheint das zu belegen, denn in Deutschland bekommen diejenigen, die von sozialer Unterstützung leben, deutlich mehr Kinder als der vergleichbare Rest der Bevölkerung. Damit wächst in unserem Bildungssystem der Anteil der Kinder aus bildungsfernen Unterschichtfamilien kontinuierlich. Nach Abschluss einer meist wenig erfolgreichen Schullaufbahn schlagen die wenig qualifizierten Kinder großenteils den Weg ihrer Eltern ein und bekommen wieder überdurchschnittlich viele Kinder. Systematische Unterschiede in der Fruchtbarkeit verschiedener Gruppen bedeuten in wenigen Generationen eine radikale Verschiebung der Bevölkerungsverhältnisse. Deshalb wird das unterschiedliche generative Verhalten von Unterschicht und Rest der Bevölkerung auf Dauer unsere Gesellschaft verändern - es sei denn, es tritt ein grundsätzlicher Wandel ein.

Die Grundsicherung beeinflusst also die Sozialisation und das generative Verhalten der Unterschicht. Sie bestimmt aber auch wesentlich das Migrationsgeschehen und die Integrationsbereitschaft der Migranten. Ohne die deutsche Grundsicherung wäre ein großer Teil der Migranten aus der Türkei, aus Afrika und Nahost niemals gekommen, denn Arbeitsmarktgründe für die Einwanderung gibt es schon seit 35 Jahren nicht mehr. Ohne Grundsicherung wäre auch der Familiennachzug geringer gewesen und Deutschland als Asyl nur halb so attraktiv. Ohne die Grundsicherung hätten außerdem zumindest Türken und Araber in Deutschland ein anderes generatives Verhalten gezeigt. Insbesondere unter den Arabern in Deutschland ist die Neigung weit verbreitet, Kinder zu zeugen, um mehr Sozialtransfers zu bekommen, und die in der Familie oft eingesperrten Frauen haben im Grunde ja kaum etwas anderes zu tun.

Die Grundsicherung hat aber auch eine adverse Wirkung auf die Integrationsbereitschaft der Migranten aus islamischen Ländern: Sie haben mit der Grundsicherung einen aus ihrer Sicht - im Verhältnis zu den Herkunftsländern - beispiellos hohen Lebensstandard. Das befreit sie von der Notwendigkeit, ihren traditionellen Lebensstil zu ändern, sich um Spracherwerb und Arbeit zu bemühen und ihren Frauen mehr abendländische Freiheiten zuzugestehen. So führt ein gerader Weg von der Grundsicherung zu den Parallelgesellschaften der islamischen Migranten (vgl. Kapitel 7).

Will man dies alles nicht, so muss man gegensteuern - auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung, in der Familienpolitik und im Umgang mit den Migranten. Davon handeln die folgenden Kapitel.

5 Arbeit und Politik

115

Über Leistungsbereitschaft und Arbeitsanreize

> Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen; denn es fährt schnell dahin, als flögen wir davon.
>
> *PSALM 90, 10*

Wer über Arbeit und Leistung spricht, kommt ohne impliziten oder expliziten Bezug auf ein Welt- und Gesellschaftsbild und damit ohne Wertungen nicht aus. Viele scheinen begeistert das erhoffte Ende der Arbeitsgesellschaft zu begrüßen. Aber hier lauern viele Missverständnisse. Auch eine hoch technisierte und immer abstrakter werdende Wirtschaft läuft nicht vollautomatisch, sie ist weder technologisch noch soziologisch, noch in ihrer politischen Lenkung ein Perpetuum mobile. Ohne vielfältigen Einsatz von Arbeit - vor allem intelligenter Arbeit - und erhebliche Anstrengungen jedenfalls einer Minderheit haben wir schnell Stagnation, Rückstand, wachsende Arbeitslosigkeit sowie - gemessen an den gewachsenen Ansprüchen - eine Tendenz zur Massenverelendung.

Der heutige Massenkonsum ist nur möglich dank der Mechanisierung und Automatisierung aller Produktionsabläufe sowie der meisten Dienstleistungen und der billigen Importe aus Fernost, die wir nur bezahlen können, weil dort deutsche Maschinen so begehrt und die Menschen bei niedriger Entlohnung so unendlich fleißig sind. Wer bei Aldi einen Liter Milch in der Tüte für 49 Cent oder ein Baumwollhemd für 5 Euro kauft - sei er nun Millionär oder Empfänger von Grundsicherung -, der erwirbt Endprodukte, die einen sehr komplexen Produktions- und Verteilungsprozess durchlaufen haben, an dem Zehntausende von Menschen beteiligt waren. Bei der Milch haben sie auf dem Bauernhof, in der Molkerei, beim Verpackungshersteller, bei Transport, Logistik und im Geschäft dazu beigetragen, dass die Milchtüte schließlich zum Verkauf im Regal steht, beim Hemd auf den Feldern des Baumwollbauern, in der Spinnerei, in der Weberei, beim Nähen, bei Transport und Logistik und dann wiederum im Geschäft. Bedenkt man, dass die Reparatur eines tropfenden Wasserhahns kaum weniger als 50 Euro kosten dürfte, sind die Güterpreise heute das reine Wunder. Aber ohne Arbeit kommen diese Güter auch nicht zustande, wie überhaupt niemals irgendetwas, das einen Marktwert hat, sei es ein physisches Gut, sei es eine Dienstleistung, ohne Arbeit zustande kommen wird.

Der Markt lebt von dem einfachen Zusammenhang, dass der, der etwas bekommen will, das andere Arbeit und Mühe gekostet hat, dafür etwas geben muss, das ebenfalls Arbeit und Mühe kostet, wenn es dem anderen 116
etwas wert sein soll. Aufgelöst wird dieser Zusammenhang lediglich durch Raub, durch ererbten oder erworbenen Besitz und durch freie Teilhabe in einer Solidargemeinschaft. Ob die Solidargemeinschaft nun der Staat oder die Familie ist, es kommt immer auf die Ausgewogenheit von Geben und Nehmen an, wenn die Verhältnisse dauerhaft gesund bleiben sollen.

Weder moralisch noch funktional ist es richtig, dass jemand, der einen eigenen Beitrag leisten kann, von der Arbeit anderer ohne Gegenleistung lebt. Leistungen ohne Gegenleistung sind jenen vorbehalten, die nicht anders können: die geistig oder körperlich stark Behinderten, die seelisch Kranken, die Alten oder die anderweitig Gebrechlichen. Die meisten Menschen haben gesunde Instinkte und wollen für ihr Auskommen selbst sorgen, andererseits sind sie realistisch und eigennützig und auch nicht abgeneigt, jede Gelegenheit zu nutzen, die Leistung ohne Gegenleistung verspricht.

Es ist ein zentrales Element des modernen Sozialstaats, dass niemand wegen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit in Not geraten soll. Wer durch die Umstände daran gehindert ist, sein Brot durch Leistungsaustausch zu erwerben, der wird von der Solidargemeinschaft auf Zeit ohne Gegenleistung unterhalten. Ganz unvermeidlich ist es dabei, dass es hier immer wieder zu Abgrenzungsproblemen und von den Begünstigten gerne in Kauf genommenen Mitnahmeeffekten kommt.

Soziale Einbindung, soziale Anerkennung, Lebensinhalt und materielle Absicherung hängen für die meisten Menschen weitgehend vom Arbeitsplatz ab. Darum ist die Frage, was bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit geschieht, für sie ein hoch emotionales Thema, und ein Trauma ist die Angst, man könne in kurzer Frist auf Hartz-IV-Niveau abstürzen. Mit diesem Trauma wird in Deutschland Politik gemacht.[1]

Unstreitig ist, dass ein reiches Land es durchaus verkraftet, wenn die Grundsicherung derer, die nicht für sich selber sorgen (können), sich auf drei, vier oder fünf Prozent des Sozialprodukts beläuft. Da aber soziale Prozesse ihrer Natur nach dynamisch weiterwirken und niemals ins Gleichgewicht kommen, gibt es auch kein Gleichgewicht des Sozialmissbrauchs. Sozialmissbrauch im strengen Sinne liegt vor, wenn jemand staatliche Leistungen bekommt, für die er nicht die ihm objektiv mögliche Gegenleistung erbringt. Dies prägt nämlich die Mentalität der solchermaßen Begünstigten sowie die Mentalität derer, die ihnen dabei zuschauen, also letztlich alle. Es raubt zudem den ungerechtfertigt Begünstigen ihren Stolz und beeinflusst sie auf Dauer 117
ungünstig.

In der Kindheit und Jugend durchläuft der Mensch einen Reifungsprozess, in dem er vorbereitet wird auf ein eigenverantwortliches Leben als Erwachsener. Diese Jahre sind bestimmt durch soziale, intellektuelle und praktische Lernfortschritte, die ausreichend fordern und in der Summe sinnstiftend wirken sollen. In die Phase jenseits der Erwerbsfähigkeit, das Alter, tritt der Mensch als fertig geprägtes Subjekt ein, mit einer Identität und einem Selbstbewusstsein, das sich aus vergangenem Tun speist. Doch vielen alten Menschen fällt, auf sich selbst zurückgeworfen und vieler Möglichkeiten zur Selbstbestätigung im sozialen Austausch beraubt, die Sinnstiftung schwer. Sie fällt ihnen übrigens umso leichter, je mehr sie mit Befriedigung auf ihre aktiven Jahrzehnte zurückschauen können.

Ziel und Mitte verliert das Leben aber, wenn die rund vier bis fünf Jahrzehnte, die zwischen der Jugend und dem Alter liegen, nicht sinnhaft durch die Erfüllung von Anforderungen - fremde oder selbstgesetzte - und damit verbundene produktive Leistung erfüllt werden. Für die meisten Menschen wird dies die Erwerbsarbeit sein, denn nur eine Minderheit verfügt über soviel Eigenantrieb und schöpferische Impulse, dass sie - etwa durch künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit oder die Ausübung von Ehrenämtern - ausreichend Struktur und Sinn in ihr Leben bringen kann. Diese Minderheit ist übrigens aufgrund persönlicher Eigenschaften kaum in Gefahr, Opfer von Dauerarbeitslosigkeit zu werden.

Lässt man zu, dass ein nennenswerter Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in transferabhängiger Passivität halbwegs komfortabel dahindämmert, tut man den Betroffenen den größten Tort an und schädigt auch die Kinder und Jugendlichen, die in solchen Strukturen aufwachsen, frühzeitig in ihrer geistigen und seelischen Entwicklung. Es ist in erster Linie gar nicht so wichtig, was man arbeitet und was man dafür bekommt. Entscheidend für das Selbstgefühl und die persönliche Zufriedenheit ist das Bewusstsein, den eigenen Unterhalt und den der Familie bestreiten zu können, und der Zwang zur disziplinierten Lebensführung, der sich aus regelmäßigen Pflichten und einem durch sie strukturierten Tageslauf ergibt.

Es war einmal Mode, von Entfremdung durch Arbeit zu reden. Dies war ein Missverständnis, denn die Sperrigkeit und Unbequemlichkeit des im Moment gerade Ungeliebten, die mit jeder Arbeit verbunden sind, und deren erfolgreiche Überwindung durch Willenskraft und Anstrengung ist ja die eigentliche Quelle der 118

persönlichen Befriedigung. Wirkliche Entfermdung erfährt der Überflüssige, wenn ihm staatliche Transfers den Kauf hochkomplexer Produkte einer Arbeitswelt gestatten, in der er selber gar nicht benötigt wird. Die Demütigung liegt nicht darin, dass die Gütermenge, die ihm die Transfers ermöglichen, zu gering wäre, er wird sie sowieso immer als zu gering empfinden, sondern darin, dass niemand seiner Dienste bedarf.

Diese Demütigung kann auf zweierlei Weise kompensiert werden, nämlich aktiv, indem man Selbstbestätigung in einer Betätigung sucht, sei es bezahlte Arbeit, sei es Sport, sei es eine ehrenamtliche Aufgabe, oder indem man sich passiv verhält und aufkommende Unzufriedenheiten verscheucht, indem man Süßigkeiten, Alkohol, Zigaretten und Videos konsumiert. Diese Variante bevorzugt erfahrungsgemäß der harte Kern der Transferempfänger.

Konsum kann das Gefühl der Demütigung nur betäuben, nicht beseitigen. Oft führt er in die Sucht. Das ist schlecht für die persönliche Entwicklung der Betroffenen und ihren künftigen produktiven Einsatz und katastrophal für die Entwicklung der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Und die werden immer mehr, denn die tatenlos von Unterstützung Lebenden suchen zunehmend Lebenssinn in der Gründung großer Familien nach dem Motto: »Wenn mich sonst niemand braucht, so brauchen mich wenigstens meine Kinder!« Mehr Kinder bedeuten zugleich mehr Transferleistungen. Hier liegt eine der Quellen für den wachsenden Anteil von Kindern und Jugendlichen in den sogenannten bildungsfernen Schichten. Über das generative Verhalten wird so eine Entwicklung in Gang gesetzt, die für die Zukunft der Gesellschaft mindestens so bedrohlich ist wie die rein quantitativen Veränderungen durch die demografische Alterung.

Geht die Arbeit aus?

Dass Arbeit dem Leben Sinn und dem Menschen Halt gibt, darüber kann man streiten. Es handelt sich dabei um eine Ansicht werthaften und fast schon philosophischen Charakters, und das bedeutet, dass Auseinandersetzungen darüber zu keinem objektiven oder einhelligen Ergebnis führen können. Die Behauptung, dass der modernen Gesellschaft die Arbeit ausgeht, lässt sich dagegen sehr wohl objektiv überprüfen, und man kann eindeutig entscheiden, ob sie zutrifft oder nicht.

Zunächst einmal kann man feststellen, dass physische Produkte wie ein Kilo Brot, ein Frühstücksei, ein Baumwollhemd und zahlreiche Dienstleistungen gemessen am Wert der bezahlten Arbeit kontinuierlich billiger werden (Tabelle 5.1). Richtig ist aber auch, dass die Menschen trotz stark gestiegener Realeinkommen ihr Geld aus-geben. Die Sparquote der deutschen privaten Haushalte ist im langfristigen Trend nicht gestiegen, in den USA ist sie sogar gesunken (Schaubild 5.1).

Tabelle 5.1 Notwendige Arbeitszeit eines Durchschnittsverdieners für typische Konsumprodukte von 1950 bis heute

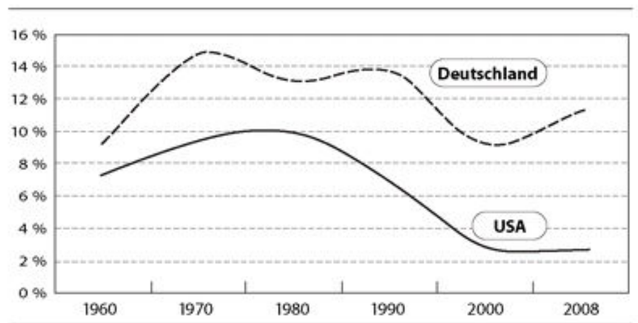
	1000 Gramm Suppenfleisch	1 Paar Herrenhalbschuhe	10 Eier	500 Gramm dt. Butter	1 Kinokarte
1950	2 Std. 20 Min.	23 Std. 20 Min.	1 Std. 30 Min.	60 Min.	50 Min.
1960	1 Std. 50 Min.	13 Std. 40 Min.	40 Min.	30 Min.	30 Min.
1970	50 Min.	7 Std. 30 Min.	15 Min.	15 Min.	30 Min.
1980	35 Min.	7 Std. 15 Min.	10 Min.	9 Min.	25 Min.
1990	25 Min.	6 Std. 10 Min.	6 Min.	5 Min.	22 Min.
2000	20 Min.	4 Std. 50 Min.	5 Min.	3 Min.	20 Min.
2008	22 Min.	6 Std.	5 Min.	2 Min.	25 Min.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Bruttoverdienste, Preise ausgewählter Güter ab 1948; Zahlen gerundet, Produktpreise für 2008 eigene Schätzung.

Der in den Industriestaaten über Jahrzehnte zu beobachtende Trend eines sinkenden Arbeitsvolumens ist zum Stillstand gekommen. Es wurde bereits erwähnt, dass je Einwohner in Deutschland rund 700 Stunden Erwerbsarbeit pro Jahr erbracht werden, das sind zwar 30 Prozent weniger als 1960, aber nur neun Prozent weniger als 1990 in der alten Bundesrepublik. In den USA, in der Schweiz, in Schweden und vielen anderen mit uns vergleichbaren Industrieländern ist der Umfang der bezahlten Erwerbsarbeit pro Kopf der Bevölkerung deutlich höher.[2] Soziale Gewohnheiten, eine unterschiedliche Art der sozialen Sicherung, unterschiedliche Lohnstrukturen und unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen führen nämlich bei ansonsten vergleichbaren Industriestaaten zu beträchtlichen Unterschieden im Arbeitsvolumen pro Kopf.

Viel mehr als das Volumen hat sich die Struktur der Erwerbstätigkeit geändert. Immer weniger Menschen sind in den Industriestaaten in der physischen Warenproduktion beschäftigt. In der Industrie, im Baugewerbe, im Handwerk und in der Landwirtschaft arbeiteten 1960 noch 62 Prozent aller Beschäftigten in der Bundes-republik, bis 2008 war dieser Anteil auf 27,4 Prozent gesunken.[3] Gleichzeitig sank überall der Anteil einfacher Tätigkeiten. Heute entfallen 2008 Prozent des privaten Verbrauchs in Deutschland auf Konsumgüter aus dem Ausland (2008),[4] in den USA liegt dieser Anteil [5] sogar bei 27,4 Prozent (2009). Der Auslandsanteil an der industriellen Wertschöpfung des Konsumgüterverbrauchs ist noch viel höher.

Schaubild 5.1 Sparquote in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in Deutschland und in den USA



Quelle: Deutsche Bundesbank, Grafik erstellt aus Werten mit 10-Jahres-Abständen.

Für die Versorgung mit physischen Massengütern - von der Waschmaschine bis zum Oberhemd - wird heute nur noch ein geringer und fortwährend sinkender Teil der Beschäftigten gebraucht. Da die Preise dieser Güter im Verhältnis zu den durchschnittlichen Arbeitsentgelten sinken, fällt auch ihr Wertschöpfungsanteil. Auf der anderen Seite wächst der Arbeitskräftebedarf im Gesundheits-, Pflege-, Sport- und Freizeitbereich sowie bei unterschiedlichsten Dienstleistungen. Doch die Nachfrage bei vielen einfachen Dienstleistungen ist sehr preisempfindlich, was in der Tendenz die Löhne drückt, und das heißt, nicht die Arbeit als solche geht uns aus, sondern es wächst am unteren Ende des Arbeitsmarktes die Diskrepanz zwischen den Preisen, zu denen Arbeit angeboten, und den Preisen, zu denen Arbeit nachgefragt wird. 120

Es kommt also darauf an, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich Erwerbsarbeit für möglichst viele Menschen lohnt. Dieses Ziel verträgt sich in Deutschland aber nicht mit dem durch die Grundsicherung gesetzten impliziten Mindestlohn am Arbeitsmarkt, dessen Höhe durch das garantierte sozioökonomische Existenzminimum definiert wird.[6] Das bedeutet, dass es tendenziell keine Arbeitsnachfrage zu Löhnen gibt, die netto nicht mindestens 60 Prozent des Medianeinkommens erreichen. Ein Problem stellen also jene Menschen dar, deren Arbeitsproduktivität nicht bei mindestens 60 Prozent der Medianproduktivität liegt. Dieses Problem wird zusätzlich kompliziert durch vielfältige Hemmnisse aufgrund unterschiedlicher Qualifikationsstrukturen, unterschiedlicher regionaler Teilmärkte sowie Lebensalter und Gesundheit der Betroffenen.

Eine Lösung könnte darin liegen, dass es in der mit physischen Gütern wohlversorgten, älter werdenden Gesellschaft der Zukunft einen wachsenden Bedarf an persönlichen Dienstleistungen auch einfacher Art geben wird. Die Kaufkraft dieser Nachfrage hängt zum großen Teil vom Preis der Arbeit ab. Ein Problem stellt dann immer noch jene Gruppe dar, die aufgrund von Sozialisationsdefiziten oder aus anderen Gründen nicht in der Lage und nicht willens ist, die Anforderungen zu erfüllen, die auch die einfachste persönliche Dienstleistung voraussetzt: Pünktlichkeit, Sorgfalt, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit.

Wie die Behauptung, uns gehe die Arbeit aus, hält sich auch hartnäckig das Argument, wenn uns die Arbeit schon nicht ausgehe, dann werde zumindest die relativ besser bezahlte Lohnarbeit immer knapper werden und die schlechter bezahlte Arbeit relativ zunehmen. Vom Lohn könne man heute oft nicht mehr »anständig leben«. Dies Argument spielt eine zentrale Rolle in der Mindestlohndebatte.

Richtig ist daran, dass der Anteil der unbefristet sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in den letzten Jahren gesunken ist und jetzt noch 66 Prozent beträgt, während der Anteil der atypisch Beschäftigten (in Minijobs, Teilzeit, Zeitarbeit) zugenommen hat. Auch hat der Anteil der Niedriglöhne (weniger als zwei Drittel des Medianverdienstes) zugenommen. Der Arbeitsmarkt ist differenzierter, vielfältiger und schwieriger geworden, die Ungleichheit hat zugenommen.[7] Überhaupt nicht auszuschließen ist, dass Flexibilisierungen wie die Beschäftigung in Zeitarbeit oder über Minijobs von Arbeitgebern ausgenutzt werden.[8] Dennoch haben Arbeitnehmer selbst bei niedrigen Bruttolöhnen aufgrund des Zusammenwirkens mit dem Transfersystem netto deutlich mehr als die Grundsicherung zur Verfügung. Zudem ist es immer noch besser, zu einem niedrigen Lohn zu arbeitet als gar nicht zu arbeitet - und zwar für die Volkswirtschaft wie für die Betroffenen.[9] 121

Tabelle 5.2 Der Zusammenhang von Bruttolohn, Nettolohn und verfügbarem Einkommen (alle Angaben in Euro, teilweise gerundet)

Bruttolohn	800	900	1000	1100	1200	1400	1600	1800
= Arbeitgeberkosten	964,80	1085,40	1206	1326,60	1447,2	1688,4	1929,6	2170,8
= Stundenlohn	5,00	5,63	6,25	6,88	7,50	8,75	10,00	11,25
Fall 1: ledig								
Nettolohn	635,2	714,35	781,09	834,74	903,72	1011,51	1109,7	1215,22
Transfers	272	203	146	103	44	0	0	0
verfügbares Einkommen	907	917	927	937	947	1011	1109	1215
Diff. zur Grundsicherung	269	279	289	299	309	373	471	577
virtueller Stundenlohn	1,68	1,75	1,80	1,87	1,93	2,33	2,94	3,61
Fall 2: verheiratet, 2 Kinder								
Nettolohn	637,2	716,6	783,59	846,49	906,72	1018,19	1122,07	1230,87
Transfers	1342	1273	1216	1163	1113	1021	927	819
verfügbares Einkommen	1979	1989	1999	2009	2019	2039	2049	2049
Diff. zur Grundsicherung	269	279	289	299	309	329	339	339
virtueller Stundenlohn	1,68	1,75	1,80	1,87	1,93	2,05	2,12	2,12

Errechnet mit <www.konz-steuertipps.de/konz/lohnrechner.html>.

Selbst bei einem Stundenlohn von nur 5 Euro hat ein Arbeitnehmer wegen der höheren Transfers mehr zur Verfügung als mit der Grundsicherung alleine (siehe Tabelle 5.2). Allerdings macht der Unterschiedsbetrag bei einem tatsächlichen Stundenlohn von 5 Euro nur 1,68 Euro aus, bei 7,50 Euro tatsächlichem Stundenlohn steigt er auf 1,93 Euro, und selbst bei 10 Euro tatsächlichem Stundenlohn sind es lediglich bei 2,94 Euro. Bei diesen Beträgen kann man verstehen, dass mancher es vorzieht, sein Einkommen durch Schwarzarbeit aufzubessern. Es gib Schätzungen, dass in Deutschland etwa ein Sechstel des Sozialprodukts durch Schwarzarbeit erwirtschaftet wird.[10] Dieses Problem verschärft sich, wenn die Grundsicherung steigt, und es verschärft sich auch, wenn die Anrechnungsregeln strenger werden. Es ist also gar nicht die Frage, ob man von seinem Lohn anständig leben kann, sondern ob offizielle Lohnarbeit attraktiv ist, wenn der Abstand zur Grundsicherung überschaubar bleibt. Das lässt sich lösen, indem man

- die Grundsicherung deutlich absenkt
- die Anrechnungsregeln lockert
- einen hohen Mindestlohn verbindlich vorschreibt.

Die erste Lösung entspräche dem angelsächsischen, strikt marktwirtschaftlichen Modell. Sie hätte in Deutschland nicht nur wenig Verwirklichungschancen, sondern wäre auch sozialpolitisch kontraproduktiv, wenn für alle ein Grundeinkommen nach dem sozioökonomischen Existenzminimum gesichert werden soll.

Der zweite Weg, die Entschärfung von Anrechnungsregeln, kostet Geld, könnte aber auch Geld einsparen, wenn für viele Empfänger von Grundsicherung der Anreiz wächst, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen. 122

Der dritte Weg funktioniert nur mit entsprechend hohen Arbeitslöhnen, er kostet nicht nur Arbeitsplätze, sondern würde auch die Zahl der Empfänger von Grundsicherung entsprechend erhöhen und könnte deshalb teuer sein.

Arbeit in einer vernetzten Welt

Der Einfluss des technischen Fortschritts

Der technische Fortschritt hat etwas Faszinierendes und zugleich etwas äußerst Beängstigendes. Das Faszinierende liegt in dem ständigen Vorstoß in qualitativ neue, unbekannte Dimensionen, die auch der meist auf herkömmlichen Pfaden wandelnden menschlichen Fantasie bis dahin verschlossen waren, und in der Multiplizierung menschlicher Kräfte und Fähigkeiten. Auf der anderen Seite findet eine permanente Entwertung menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten und damit auch überkommener Arbeitsinhalte statt.

Die fortlaufende Entwertung überkommener menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten ist nichts Neues, sondern hat die ganze Menschheitsgeschichte geprägt: Wer kann heute noch mit Pfeil und Bogen umgehen, wer beherrscht die Kunst des Feuermachens ohne Zündholz? Während aber früher Innovationen in Abständen von Jahrhunderten tröpfelten, folgen sie heute so schnell aufeinander, dass sie im Laufe eines Berufslebens die Arbeitsinhalte mehrfach verändern können. Das Schlagwort vom »lebenslangen Lernen« weist in die richtige Richtung, aber es hilft jenen nicht weiter, die sich mit dem Lernen schwertun oder die für das umstürzend Neue einfach zu alt sind.

Wo der technische Fortschritt Arbeitsplätze in Produktionshallen, Servicestationen und kaufmännischen Abteilungen überflüssig macht, bilden sich zwar stets auch neue Arbeitsplätze heraus. Aber es sind bei gleicher Produktion an Zahl weniger, und sie erfordern ganz andere, meist höhere Qualifikationen, häufig auch in ganz anderen Firmen. So oder so gelingt es kaum, aus einem 45-jährigen Maschinenschlosser einen Systemprogrammierer zu machen.

Die Umwälzung der technischen Produktionsverhältnisse und die damit verbundene Entwertung von Fähigkeiten geschieht immer schneller. Wir fühlen das nicht so stark, weil der Wertschöpfungsanteil der physischen Produktion in der modernen Industriegesellschaft immer kleiner wird. Dies liegt an der gigantischen Verschiebung der relativen Preise: Ein Schnitt beim Herrenfriseur, der heute 15 Euro kostet, war in den fünfziger Jahren für eine DM zu haben. Ein Farbfernseher kostet heute den Gegenwert von 30 Friseurbesuchen. Damals kostete ein Schwarzweißfernseher den Gegenwert von 1000 Friseurbesuchen. Die Vervielfachung der Produktionsmöglichkeiten durch den technischen Fortschritt ist so gewaltig, dass trotz der immer neuen Nachfrageschübe infolge sinkender relativer Preise immer neue sektorale Überkapazitäten entstehen, die Kapazitätsund Beschäftigungsabbau erzwingen. Ein aktuelles Beispiel ist die Automobilindustrie, die weltweit pro Jahr 55 Millionen Pkw produziert, aber mit den bestehenden Kapazitäten ohne weiteres 85 bis 90 Millionen produzieren könnte.

Glücklicherweise vollzieht sich der technische Fortschritt nicht nur bei den Produktionsprozessen, sondern auch bei den Produkten selber. Vor rund 20 Jahren waren Handy, Internet und Digitalkamera noch völlig unbekannt, und niemand hätte die damit verbundenen Umwälzungen und neuen Beschäftigungsmöglichkeiten auch nur annähernd voraussagen können. Und so kennt auch heute niemand die Produkte und Prozesse, die die Welt in 20 Jahren prägen werden. Die Schwierigkeit liegt darin, dass wir genau verstehen, was vergeht, in diesem Fall was an Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten zerstört wird, uns aber keinen rechten Begriff davon machen können, wie das technologische Umfeld und damit auch die Arbeitswelt in zwei Jahrzehnten aussehen werden. Das Jammern, aber auch die echte Besorgnis bei der Frage: »Geht uns die Arbeit aus?« rühren letztlich daher, dass man - weitgehend unabhängig von Bildungsund Intelligenzniveau - zwar sieht, wo und was an Arbeitsplätzen verschwindet, aber nicht erkennen kann, was sich stattdessen an ganz anderer Stelle irgendwann herausbilden wird.

Im Zuge des technischen Fortschritts freigesetzte Arbeitskraft kann für einige Zeit brach liegen, wenn es sich um regionale und sektorale Ballungen, um ältere oder niedrig qualifizierte Arbeitskräfte handelt. Auf Dauer aber schafft sich jedes Arbeitsangebot grundsätzlich seine Nachfrage, solange es sich tatsächlich um ein Arbeits*angebot* handelt, bei dem der Grenznutzen für den Nachfrager höher ist als der Lohnsatz. Dieser Satz hört sich arg nach ökonomischer Klippschule an, aber die beiden Bedingungen haben es in sich: Es muss sich tatsächlich um ein *Angebot* handeln, und der Nachfrager muss einen wirtschaftlichen Vorteil davon haben, dass er das Angebot annimmt. Ein lustloser und körperlich untrainierter Bezieher von Arbeitslosengeld II, der vom Arbeitsamt zum Spargelstechen verpflichtet wird und sich nach einem halben Tag wegen Rückenschmerzen krankmeldet, erfüllt beide Bedingungen nicht: Weder handelte es sich um ein echtes Arbeits*angebot*, noch war das Angebot für den Spargelbauern wirtschaftlich vorteilhaft. Deshalb arbeiten jedes Frühjahr so viele Polen auf den deutschen Spargelfeldern.

Der Einfluss der Globalisierung

Neben dem technischen Fortschritt löst die Globalisierung als solche einen gewaltigen Strukturwandel aus. Welche Einflüsse auf den Arbeitsmarkt und die Produktionsstruktur auf den technischen Fortschritt und welche auf die Globalisierung zurückzuführen sind, wird leicht verwechselt, weil sich beides überlagert. So ist der Übergang zum standardisierten Container als dem bevorzugten Transportbehälter des Welthandels und die damit verbundene Rationalisierung und Automatisierung der Transportabläufe Ausfluss des technischen Fortschritts. Die dadurch ausgelöste strukturelle Absenkung der Transportkosten ist aber wiederum ein Treibsatz der Globalisierung. Ähnlich verhält es sich mit dem Internet und der Gesamtheit der modernen Informationsverarbeitung. Information kann zu jedem Gegenstand praktisch in Echtzeit überall auf der Welt ohne Raumüberwindungskosten abgerufen werden. Elektronisch gestützte Verwaltungstätigkeiten, Planungs- und Entwicklungsdienstleistungen können damit arbeitsteilig in großer Beliebigkeit weltweit auf unterschiedliche Standorte verteilt werden.

Für die Industriestaaten verschärft die Globalisierung den arbeitssparenden Effekt des technischen Fortschritts: Arbeitsplätze verschwinden aus technologischen Gründen und wandern aus Kostengründen ab. Wo die Produktion gesamter Produktgruppen nicht gleich verschwindet, sinkt häufig die Produktionstiefe, das heißt, Teile mit hohem Arbeitskostenanteil und/oder niedrigem Technologieanteil werden bevorzugt zugeliefert.

Es liegt im Wesen eines solchen Prozesses, dass er niemals zu einem Ende kommt, sondern bestenfalls in ein partielles dynamisches Gleichgewicht gebracht werden kann. Dabei kann es zu Erscheinungen wie der von Hans-Werner Sinn beschriebenen Basarökonomie kommen,[11] nämlich dass der durchschnittliche deutsche Wertschöpfungsanteil an den Exportprodukten sinkt und damit der Anteil der importierten Vorleistungen am Export steigt. Für Deutschland trifft das zu, gleichwohl kann der Arbeitsplatzeffekt eines steigenden Vorleistungsanteils positiv sein, wenn damit bestehende Exporte verteidigt und unter Umständen sogar zusätzliche Exporte ermöglicht werden. Als positiver Gegeneffekt kann sich zudem erweisen, dass die Vorleistungsanteile ausländischer Importe einen 125
wachsenden Umfang deutscher Vorleistungen enthalten. Jedenfalls hat der Sachverständigenrat für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, als er sich mit dem sogenannten Basareffekt befasste, ermittelt, dass im seinerzeit untersuchten Zeitraum 1991 bis 2000 der Rückgang der Erwerbstätigen in der exportabhängigen Industrie deutlich geringer war als im verarbeitenden Gewerbe insgesamt.[12]

Versteht man unter dem Basareffekt die Tendenz eines steigenden Vorleistungsanteils in der Exportproduktion, so ist dieser eine zwingende Wirkung zunehmender Globalisierung, bei der die kostenorientierte Zergliederung von Produktionsprozessen vorangetrieben und immer attraktiver wird, was sich natürlich genauso bei den Importprodukten auswirkt. Ein so verstandener Basareffekt kostet nicht notwendigerweise Arbeitsplätze. Anders ist es, wenn bei wachsendem Vorleistungsanteil der Exporte die Importneigung überproportional wächst, dann kann es über den Strukturwandel hinaus zu Erscheinungen der Deindustrialisierung kommen, die im Ergebnis bedeuten, dass ein Land ein dauerhaftes Handelsbilanzdefizit in der Warenproduktion aufweist. Das führt zu Schwierigkeiten, wenn es nicht einen entsprechend hohen Leistungsbilanzüberschuss bei Dienstleistungen oder anderweitige Transfers gibt, etwa aus Vermögenseinkünften oder Überweisungen von Gastarbeitern.

Aus meiner Sicht ist jedenfalls eine Frage historisch noch offen: Wird es den alten Industriestaaten in den nächsten Jahrzehnten trotz der stürmischen Industrialisierung Asiens und des weltweiten Auftauchens immer neuer Niedriglohnstandorte gelingen, soviel eigene Industrie zu bewahren, dass sie im internationalen Austausch mithalten und gleichzeitig genügend Arbeitsplätze für jene anbieten können, die im Wortsinne von ihrer Hände Arbeit leben müssen, von Arbeit, die sie in der Industrie beziehungsweise in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen finden? Deutschland scheint in dieser Frage zumindest besser positioniert als viele andere alte Industriestaaten.

Die Verlagerung der Arbeitsnachfrage von den Gütern zu den Diensten

Die relativen Preise von Waren aller Art werden weiter sinken (es sei denn, ihr Rohstoffgehalt treibt den Preis wie bei Goldschmuck oder Benzin), weil die Globalisierung und die Entwicklung technischer Neuerungen weiter voranschreiten werden, und ebenso werden die relativen Preise jener Dienstleistungen sinken, die automatisierbar (etwa standardisierte Bankdienstleistungen) oder regional nicht gebunden sind und deshalb an Niedriglohnstandorte verlegt werden können (Arbeit im Callcenter 126
zum Beispiel). Entsprechend muss von der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmenge ein immer geringerer Teil für die Warenproduktion und automatisierbare Dienstleistungen aufgebracht werden.

Es ist deshalb folgerichtig, aber auch arbeitsmarktpolitisch geboten, dass ein immer größerer Teil der Arbeitsnachfrage auf persönliche Dienstleistungen entfällt, die nicht maschinell substituierbar sind. Bei vielen einfachen Dienstleistungen ist dies eine Preisfrage. Das gilt beispielsweise für häusliche Dienste oder Qualität und Service im Einzelhandel. Viele andere Dienste - und zwar gerade die qualifizierten mit wachsender Nachfrage - werden in Deutschland aber überwiegend als öffentliche Güter bereitgestellt, das heißt, sie werden ganz oder überwiegend über Steuern und Sozialabgaben finanziert. Das gilt insbesondere für Bildung, Gesundheit und Altenpflege, die man als die eigentlichen Wachstumsbereiche der Zukunft bezeichnen kann. Diese Dienste der Zukunft bedürfen entweder einer relativ hohen Qualifikation (Bildung, Gesundheit) oder stabiler Persönlichkeitsstrukturen (Altenpflege), sie sind also gerade für die sogenannten Problemgruppen am Arbeitsmarkt, die durch niedrige Qualifikation und/oder Persönlichkeitsdefizite gekennzeichnet sind, wenig geeignet.

Wenn es richtig ist, dass sich die Nachfrage dauerhaft zu vorwiegend öffentlich finanzierten Dienstleistungen verschiebt, dann hat das Folgen für den Staatsanteil am BIP: Er müsste in der Tendenz steigen, oder der staatlich regulierte Anteil müsste sich erhöhen, etwa in Form einer obligatorischen privaten Kranken- oder Pflegeversicherung. Im deutschen Modell jedenfalls scheint es kaum denkbar, die Beschäftigung in Bildung, Gesundheit und Pflege so zu steigern, wie es sowohl aus Gründen des Arbeitsmarktes wie der Nachfragestruktur geboten wäre.

Für die alten Industriestaaten scheint das angelsächsisch orientierte Gedankenmodell, nämlich dass eine Wirtschaft umso stärker wächst und umso mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bereitstellt, je niedriger der Staatsanteil ist, an konzeptionelle Grenzen zu stoßen. Die hohen Beschäftigungsgrade und gleichzeitig guten Wachstumsraten der skandinavischen Volkswirtschaften sind letztlich auch darauf zurückzuführen, dass dort bei nachhaltig finanzierten hohen Staatsanteilen ein viel größerer Teil der Beschäftigten im öffentlich finanzierten Sektor tätig ist.[13]

Mindestsicherung und Marktorganisation

Niemand muss arbeiten, um in Deutschland 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens zu erzielen, 127
dafür sorgt die staatliche Grundsicherung. Das hat Folgen. So ist es rein unter dem Aspekt der Einkommenserzielung nicht rational, seine Arbeitskraft anzubieten und tatsächlich zu arbeiten, solange man damit nur ein Einkommen erzielen kann, das lediglich in der Nähe oder gar unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Menschen mit niedriger Produktivität werden deshalb als Nachfrager am Arbeitsmarkt gar nicht in Erscheinung treten, auch wenn sie dem Arbeitsmarkt rein formal zur Verfügung stehen. Und diejenigen, die sich Verdienstmöglichkeiten am informellen Arbeitsmarkt ausrechnen, etwa als gelegentliche Aushilfen oder bei häuslichen Diensten, werden ebenfalls nicht als Nachfrager am regulären Arbeitsmarkt auftreten, solange sie dort kein Nettoeinkommen erzielen können, das fühlbar über 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt.

Migranten aus dem Nahen Osten oder der Türkei haben das große Los schon gezogen, wenn sie es ins deutsche System der Grundsicherung schaffen, denn dann verfügen sie - ohne dass ihnen eine Arbeits- oder nennenswerte Integrationsleistung abgefordert wird - über ein Einkommen, das sie in ihrer Heimat schon zu wohlhabenden Bürgern machen würde. Ohne Arbeit verdienen sie in Deutschland zumeist wesentlich mehr als in ihrer Heimat mit sehr harter Arbeit - wenn sie dort überhaupt welche fänden. Auch diese Gruppe tritt auf dem Arbeitsmarkt nicht in Erscheinung.

Auf der anderen Seite bemühen sich die Anbieter von Arbeit, also Unternehmen, Behörden und andere Organisationen, ihre Arbeitsabläufe so zu organisieren, dass sie Menschen mit niedriger Arbeitsproduktivität möglichst gar nicht brauchen, weil diese bei Löhnen auf dem Niveau von

mindestens 60 Prozent oder mehr des mittleren Einkommens zu teuer sind. Die Grundsicherung wirkt am Arbeitsmarkt also wie ein impliziter Mindestlohn, ohne dass man diesen extra festlegen müsste.

Diese Zusammenhänge erklären einige Missstände, über die die deutsche Öffentlichkeit sich immer wieder erregt. Wieso, wird gefragt, wird nicht mehr Arbeit für niedrige Qualifikationen und Produktivitäten auf dem Arbeitsmarkt angeboten? Die Antwort ist ganz einfach: Der implizite Mindestlohn ist unrentabel hoch. Und warum kommen jedes Jahr ganze Scharen von Osteuropäern zum Spargelstechen, wo wir doch so viele Arbeitslose haben? Wenn die Alternative zum Spargelstechen der Hartz-IV-Bezug ist, erscheint den meisten das Grenzleid einer körperlich anstrengenden Akkordarbeit auf den Feldern einfach zu hoch im Verhältnis zum Mehreinkommen gegenüber der Grundsicherung. 128
Außerdem sind die, die lange ohne Arbeit waren, an andauernde körperliche Anstrengungen weder geistig noch körperlich gewöhnt und geben deshalb leicht auf. Und warum hören wir so viele Klagen über Qualifikations- und Sozialisationsmängel bei Langzeitarbeitslosen? Diese Klagen sind mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, doch man kann zwei Tendenzen ausmachen: Zum einen führt der kontinuierlich stattfindende Austausch am Arbeitsmarkt zwingend dazu, dass sich im Bereich der Dauerarbeitslosigkeit eine negative Auslese sammelt, weil die Rückkehr ins Arbeitsleben den besseren Kandidaten leichter fällt. Zum anderen verlieren die persönlichen und fachlichen Qualifikationen derjenigen an Wert, die sich mit der Zeit notgedrungen oder freiwillig in der Dauerarbeitslosigkeit einrichten, ohne dem Arbeitsleben vergleichbare Anforderungen zu erfüllen. Noch schlechter steht es um die Qualifikation derjenigen, die nie die Gelegenheit oder den Willen hatten, im Arbeitsleben wirklich Fuß zu fassen.

Das garantierte Grundeinkommen in Höhe von 60 Prozent des mittleren Einkommens greift also von zwei Seiten tief in die Organisation des Arbeitsmarktes ein:

- Rational denkende Anbieter von Arbeitskraft verweigern als Bezieher von Grundeinkommen jedwede Arbeit, deren Entgelt nicht einen Mindestabstand vom Grundeinkommen hält, also bei etwa 70 Prozent des mittleren Einkommens liegt.
- Rational denkende Anbieter von Arbeitsplätzen bieten keine Arbeitsplätze an, die beim impliziten Mindestlohn unrentabel sind.

Beides führt dazu, dass ein großer Teil der Menschen am unteren Ende des Erwerbspersonenpotentials quasi administrativ in die Untätigkeit gedrängt wird.

Politische Einflussnahme auf den Arbeitsmarkt

Arbeit als Mittel der Sozialisation

Theoretisch wird die Grundsicherung für Arbeitslose nur dann gezahlt, wenn Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme besteht. Praktisch kann die Arbeitsbereitschaft im deutschen Rechtsmittelstaat aber kaum überprüft und ihr Fehlen hinreichend rechtsfest bewiesen und sanktioniert werden. Wer lieber Grundsicherung für Arbeitslose beziehen will statt zu arbeiten, findet immer Wege, dies auch zu tun.[14]

In der Bibel heißt es: »Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's achtzig Jahre, und wenn's köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen« (Psalm 90, 10). Und Aristoteles schrieb: »Das menschliche Gut ist der Tugend gemäße Tätigkeit der Seele, und gibt es mehrere Tugenden: der besten und vollkommensten Tugend gemäße Tätigkeit.«[15] So hoch gestimmt 129
kann es nicht immer und überall zugehen, schon gar nicht bei einfachen Tätigkeiten. Die tägliche Fron kann verdammt geistlos und quälend sein. Die Zitate zeigen aber, dass man nicht aus der puritanischen Arbeitsethik kommen muss, um die zentrale Rolle der Arbeit für das menschliche Leben - und ja, auch für das menschliche Glück - zu würdigen.

Nähert man sich dem Thema von der linken Ecke, etwa mit dem Blickwinkel der Frankfurter Schule, dann geht es um den sozialen Zusammenhang, in dem als »Ergebnis einer kooperativen Beziehung... die Selbstverwirklichung eines jeden von der reziproken Wertschätzung aller anderen abhängig« gemacht wird.[16] Das ist exakt das, was dem Hartz-IV-Empfänger fehlt, weil er in den dazu notwendigen Leistungsaustausch nicht eingebunden ist. Die darin liegende implizite Demütigung kann auch durch höhere Einkommensersatzleistungen nicht ausgeglichen werden. Umgekehrt gilt aber: Je höher die Einkommensersatzleistungen sind, umso mehr Menschen werden in den Demütigungskreislauf einbezogen.

Aus der Glücksforschung wissen wir, dass der Mensch dazu neigt, die Glück stiftende Wirkung materieller Güter wie auch des passiven Komforts zu überschätzen und die Glück stiftende Wirkung sozialen Austauschs oder produktiver Tätigkeit zu unterschätzen. Er neigt also dazu, das Haben über das Sein zu stellen. Dabei erwächst das Glück, das die materiellen Güter jenseits des absoluten Mangels spenden, weniger aus dem absoluten Versorgungsniveau als aus der durch den Versorgungsgrad ausgedrückten Rangposition gegenüber anderen.

Gerade für schlichtere Menschen ohne ausgeprägten Ehrgeiz oder besondere Fähigkeiten lauert hier eine Falle: Da sie keine Hoffnung hegen, durch bezahlte Arbeit ihre materielle Situation wesentlich zu verbessern, und nicht in der Lage sind zu erfassen, welche immateriellen Segnungen die Arbeit bereithält, nämlich Stolz, Anerkennung, sozialen Austausch, verzichten sie auf die Teilnahme am Arbeitsleben oder lassen nur geringe Anstrengung erkennen bei ihren Bemühungen um Teilnahme. Und damit sitzen sie in der Falle. Diese wird durch die de facto bedingungslose Grundsicherung komfortabel ausgepolstert, aber das Bedürfnis nach einem Rang in der Gesellschaft bleibt ungestillt. Hier liegt die Ursache für die permanent schlechte Laune und nagende Unzufriedenheit, die über dem gesamten Transferbereich liegt.

Das Reich der Arbeit ist das Reich der Sekundärtugenden: Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, 130
Genauigkeit, Ordnungsliebe, Frustrationstoleranz, Ein- und Unterordnung. Ohne diese Eigenschaften funktioniert kein arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozess, ja nicht einmal eine effizient arbeitende Putzkolonne. Die Geschichte zeigt, dass der Wohlstand der Nationen in hohem Maße davon abhängt, ob in der Bevölkerung diese Sekundärtugenden vertreten sind und wie sie gefördert, belohnt und weiterentwickelt werden. Thomas Alva Edisons Diktum, Genie sei ein Prozent Inspiration und 99 Prozent Transpiration, macht anschaulich, dass die Sekundärtugenden für jede Art von nachhaltiger Leistung, gerade auch der kreativen Leistung, unerlässlich sind.

In der anonymisierten Massengesellschaft ist die Bedeutung der Arbeit für die Sozialisation noch größer, als sie je war. In den steinzeitlichen Horden der Jäger und Sammler, in den abgelegenen Dorfgemeinschaften des frühen 20. Jahrhunderts und bis heute überall dort, wo die industrielle Moderne noch nicht eingezogen ist, waren und sind die sozialen Beziehungen von der Tradition bestimmt und überschaubar, aber auch wenig gestaltbar. Dem Menschen wird mit der Geburt ein Platz in der

Gesellschaft zugewiesen, und diesen behält er in der Regel bis zu seinem Tod. Arbeit zu haben oder eben nicht, ist in solchen Zusammenhängen - wie das gesamte Leben überhaupt - ein kollektives Schicksal.

Das hat sich geändert. Wer heute in den aktiven Jahrzehnten von Mitte zwanzig bis Mitte sechzig nicht in die Arbeitsgesellschaft eingegliedert ist - und sei es über die Familie -, der steht außerhalb des realen Lebenszusammenhangs und fühlt sich auch so. Dies ist keine Frage des Geldes: Boris Becker wurde zur traurigen öffentlichen Gestalt, als er die Rolle des Tennis-Champions verlor und keine andere fand. Das gleiche traurige Los teilen die funktionslosen Millionenerben und Nachfahren von Herrscherhäusern. Wehe ihnen, wenn sie keine bürgerliche Rolle finden, dann sind sie unglückliche Außenseiter, mögen sie auch in jeder zweiten Ausgabe des *Neuen Blattes* abgebildet sein.

Bildung und Mindestqualifikation

Ein großer Teil derer, die sich nicht dauerhaft am Arbeitsmarkt etablieren können (oder wollen), ist bereits im System der Bildung und Ausbildung gescheitert, und zwar aus ganz ähnlichen Gründen. Neben einem gewissen intellektuellen Potential sind nämlich die bereits aufgezählten Sekundärtugenden unbedingt vonnöten, wenn man eine Schulkarriere mit Erfolg abschließen will. Wer den Haupt- oder Realschulabschluss nicht schafft, scheitert ja nicht an der Matritzenrechnung, sondern 131
am einfachen Dreisatz oder bestenfalls an den ungleichnamigen Brüchen. Und wer eine Lehre abbricht, dem mangelt es nicht selten an Pünktlichkeit und Sorgfalt sowie an der Fähigkeit, eine stabile Arbeitsleistung zu erbringen; nur selten stolpert er über die intellektuellen Voraussetzungen.

Was in einer durchschnittlich bis zum 18. Lebensjahr laufenden Schullaufbahn versäumt wurde, kann im Arbeitsleben kaum noch aufgeholt werden (vgl. dazu Kapitel 6). Der ehemalige Arbeitsminister Scholz hat das beispielsweise im Sommer 2009 bitter beklagt:

> »Jedes Jahr verschwinden Tausende von Jugendlichen nach der Schule von unserem Radarschirm. Manche brechen ihre Ausbildung ab und leben von irgendwelchen Gelegenheitsjobs. Andere absolvieren eine Bildungsmaßnahme, tauchen aber in keiner Statistik auf, und wir wissen nichts über sie... Es nutzt doch nichts, wenn Jugendliche mit 16 Jahren die Schule verlassen, und wir sehen sie dann mit 22 Jahren ohne Ausbildung in einem Jobcenter wieder. Der Start ins Berufsleben ist die zentrale Station auf dem Lebensweg. Da dürfen wir niemanden allein lassen... Eineinhalb Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren sind ohne Berufsausbildung, 15 Prozent dieser Altersklasse bleiben ohne Berufsabschluss... Wir müssen handeln. Schnell.«

Scholz forderte im Weiteren Verbesserungen in den Schulen und in der Berufsausbildung. Nur eines verschwieg er, nämlich dass derjenige, der nicht viel Ehrgeiz hat, sich all diese Strapazen ersparen kann, weil er ja die Grundsicherung bekommt. Die politisch Verantwortlichen haben ganz offensichtlich nicht einkalkuliert, dass eine wachsende Gruppe von Menschen, gerade auch von jungen Menschen, ein Leben auf Hartz-IV-Niveau zum Ausgangspunkt ihrer Lebensplanung machen könnte und gar keine Veranlassung sieht, Ehrgeiz und Anstrengungsbereitschaft zu entwickeln.

Den naheliegenden Gedanken, den Jugendlichen ein Leben auf Hartz-IV-Niveau zu verweigern, verwarf der Arbeitsminister: Er habe »keine Sanktionen im Blick«. Es ist zu vermuten, dass die betroffenen Jugendlichen über seine Appelle lachen - wenn sie überhaupt Kenntnis von ihnen bekommen. Das ist traurig, denn Scholz hat ja Recht mit seiner Befürchtung, dass ein Jugendlicher, der mit 16 Jahren die Schule verlässt und keine Berufsausbildung durchläuft, in den nächsten fünf Lebensjahrzehnten »immer wieder Kunde des Arbeitsministers sein wird«.[17]

Kulturelle Prägung und Entwicklung der Gesellschaft

»Die wollen ja alle, aber sie hatten die Chance nicht.« Dieser Satz ist für manche richtig und für viele 132
falsch. Im Übrigen ist das mit dem »Wollen« so eine Sache. Als 13-jähriger Schüler wollte ich schon gerne Latein lernen, ich wollte auch jeden Tag eine Seite Vokabeln in der Wortkunde üben, ich tat es nur nicht, trotz vieler Ermahnungen von Eltern und Lehrern. Am Ende blieb ich sitzen, unter anderem mit einer fünf in Latein, die ich zu Recht bekam. Das war mir eine Lehre; ein- für allemal hatte ich begriffen, dass niemand mir die Vokabeln einfach in den Kopf tut. Bei mir hat die Sanktion und die Furcht, es nicht zu schaffen, gewirkt (sie wirkt übrigens bis heute) und die weitere Bildungslaufbahn befördert. Wären meine Eltern bildungsfern und Hartz-IV-Empfänger gewesen, so wäre ich diesen Weg wahrscheinlich auch gegangen, was weiß man schon mit 13 Jahren! Wer keinen Ehrgeiz hat und keine Not fürchtet, der kann kaum motiviert und gar nicht sanktioniert werden.

Unsere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist insoweit aufgebaut auf Illusionen über die menschliche Natur. Zwar ist heute unbestritten, dass der rational handelnde *homo oeconomicus* eine Kunstfigur ist - schon deshalb, weil Rationalität bei oft widersprüchlichen und wechselhaften eigenen Präferenzen schwer zu definieren und bei ungewissen Rahmenbedingungen noch schwerer durchzuhalten ist. Durch die Rationalitätsprämisse wird der Mensch kognitiv überfordert.[18] Auf jeder kognitiven Ebene aber vermag er dem von ihm wahrgenommenen eigenen Nutzen sehr wohl zu folgen. Die Hypothese, dass der Mensch im Zweifel eigennützig handelt, hat stets eine hohe prognostische Kraft.

Damit ist die Komplexität des instinktgesteuerten und kulturell vermittelten Verhaltens aber nicht annähernd erklärt. Auf die genetische Prägung des Menschen wird die kulturelle Prägung der Gesellschaft, in der er seine Sozialisation erfährt, aufgesetzt, und die Prägungen durch sein unmittelbares Umfeld treten hinzu. Insofern spielt in der Menschheitsgeschichte neben der genetischen Evolution durch natürliche Selektion die kulturelle Evolution eine Rolle, die Menschen und Gesellschaften in ganz unterschiedliche Richtungen führen kann.[19] Die säkularisierte Industriegesellschaft, in der wir leben, ist nur eine von vielen denkbaren Entwicklungsrichtungen mit zahlreichen Unterformen. Natürlich funktioniert die süditalienische Gesellschaft völlig anders als die Gesellschaft im Schwabenland, und beide sind weit entfernt vom amerikanischen Mittelwesten.

Die jeweils unterschiedliche kulturelle und zivilisatorische Entwicklung führt zu unterschiedlichen 133
Fortpflanzungs- und Überlebensmustern und bringt auch unterschiedliche genetische Ausprägungen hervor. Hier wirken kulturelle Entwicklung und natürliche Selektion aufeinander ein. Dass sich beispielsweise die Hautfarbe an unterschiedliche Selektionsbedingungen bereits in wenigen Generationen anpasst, ist bekannt. Grundsätzlich gilt das auch für körperliche Fähigkeiten, mentale Dispositionen und intellektuelle Eigenschaften. Es ist daher nur natürlich, dass sich Völker und Gesellschaftstypen mit unterschiedlichen kulturellen Traditionen auf die Anforderungen der modernen

Industriegesellschaft besser oder schlechter einstellen und ganz unterschiedliche Entwicklungsstände haben.

Der moderne Sozialstaat hat die seit Beginn der Menschheitsgeschichte geltenden Selektionsmechanismen außer Kraft gesetzt, indem er die Sterblichkeit vom materiellen Status weitgehend entkoppelt hat, und das ist gut so. Er hat ferner die Alterssicherung vom Fortpflanzungsverhalten gelöst, was wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Nettoreproduktionsraten vieler moderner Industriegesellschaften weit unter das bestandserhaltende Niveau gesunken sind.

Die früheren, eher ständisch orientierten und auf ererbten Privilegien aufbauenden Gesellschaften banden einen großen Teil der Begabten in ihrer jeweiligen Schicht. Je größer die Durchlässigkeit einer Gesellschaft wurde, je »meritokratischer« sie wurde, umso mehr passte sich die soziale Schichtung den Begabungsprofilen an. Die unteren Schichten gaben die Begabteren nach oben ab, und die oberen Schichten die weniger Begabten nach unten. Diese Differenzierung erfolgt umso radikaler, je mehr Chancengleichheit in einer Gesellschaft herrscht - eine Problematik, die grundsätzlich unaufhebbar ist. Die Annahme, Chancengleichheit könne Ungleichheiten aufheben, ist also ein großer Irrtum. In Wirklichkeit wirkt die Chancengleichheit verschärfend in einem bitteren Sinne: In einer wirklich chancengleichen Gesellschaft ist jemand nur noch aus Gründen »unten«, die in seiner Person liegen.

In Deutschland beobachten wir schon seit vielen Jahren die allmähliche Verfestigung und das beständige Wachstum einer weitgehend funktions- und arbeitslosen Unterklasse. Aus den bereits beschriebenen Gründen treibt ein relativ hohes garantiertes Grundeinkommen diese weniger Leistungsstarken in die Nichtbeschäftigung und bindet sie dort. Der moderne Sozialstaat speziell deutscher Prägung tut aber obendrein einiges dafür, dass die weniger Qualifizierten und weniger Tüchtigen tendenziell fruchtbarer sind als die Qualifizierteren und Tüchtigeren: Die materielle Sorge für 134
die Kinder wird ihnen vollständig abgenommen. Für jedes Kind erhalten die Eltern 322 Euro monatlich als vom Staat garantiertes soziales Existenzminimum. Dies ist ein maßgeblicher Grund dafür, dass die Unterschicht deutlich mehr Kinder bekommt als die mittlere und obere Schicht. Für einen großen Teil dieser Kinder ist der Misserfolg mit ihrer Geburt bereits besiegelt: Sie erben (I) gemäß den Mendelschen Gesetzen die intellektuelle Ausstattung ihrer Eltern und werden (2) durch deren Bildungsferne und generelle Grunddisposition benachteiligt (siehe dazu auch Kapitel 6).

Die Probleme einer verfestigten und nicht ausreichend in den produktiven Kreislauf integrierten Unterschicht[20] überlagern sich zudem mit den ungelösten Integrationsproblemen eines großen Teils der Migranten aus der Türkei, Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Aber sie sind mit diesen Problemen nicht deckungsgleich (siehe dazu Kapitel 7).

Sollte Arbeitsmarktpolitik verhaltenslenkend wirken?

Wir lesen in der Presse immer wieder von Hartz-IV-Karrieren und -Schicksalen. Eine besonders anschauliche Geschichte, in der die Erfahrungen mit der Hartz-IV-Reform aufgearbeitet werden, erschien im Mai 2009 im *Spiegel* unter dem Titel »Das Gefühl von Arbeit«.[21] Sie spielt in Gelsenkirchen, wo die Arbeitslosenquote knapp 16 Prozent erreicht. Dirk Sußmann, der stellvertretende Leiter der Gelsenkirchener Arbeitsvermittlung, sagt: »Wenn Sie Arbeit wollen, dann finden Sie hier in 15 Minuten einen Job.« Stolz führt er den neuen Job Point vor und erläutert: »Hier ist ein Ort, wo es wirklich Arbeit gibt.« Über den Monitor laufen währenddessen 427 Arbeitsangebote in Gelsenkirchen und Umgebung.

Carola Goetze, 46 Jahre, ist seit vielen Jahren arbeitslos, ebenso ihr Mann. Das Ehepaar und seine achtjährige Tochter bekommen 1400 Euro im Monat. Carola Goetze hat einen Ein-Euro-Job bei der Essensausgabe der Gelsenkirchener Tafel. Sie war einmal im Job Point mit dem Ergebnis: »Für mich war da nichts dabei.« Während der vergangenen vier Jahre wurden ihr von der Agentur für Arbeit sechs Jobs angeboten, sie wollte keinen davon. Arbeitsvermittler Sußmann sagt, dass in Gelsenkirchen alle 20 Minuten ein Arbeitsvertrag abgeschlossen werde, die Arbeitslosigkeit sei nicht statisch. Er verwaltet viele Aktivierungsmöglichkeiten, aber es gelang ihm dennoch nicht, Carola Goetze mit ihren 46 Jahren in reguläre Arbeit zu bringen. Bekämen Carola Goetze und ihre Kleinfamilie nicht monatlich 1400 Euro 135
vom Staat, würde sie wohl längst einer bezahlten Arbeit nachgehen.

Es gibt Millionen Carola Goetzes im System, das zeigt die Untersuchung der Dynamik im SGB II (Sozialgesetzbuch, Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende) durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: In den ersten drei Jahren der Grundsicherung gemäß SGB II von 2005 bis 2007 waren 3,15 Millionen Menschen in 1,5 Millionen Bedarfsgemeinschaften durchgehend von Hartz IV abhängig. Ende 2007 hatten rund 5 Millionen Menschen in rund 3,1 Millionen Bedarfsgemeinschaften mehr als 24 Monate von Hartz IV gelebt, das waren 87 Prozent aller Bezieher von Hartz-IV-Leistungen. In der abstrakten Sprache der Forscher heißt es dazu:

> »Viele Bedarfsgemeinschaften bleiben dauerhaft auf die Grundsicherung angewiesen. Es gibt einen beträchtlichen Kern an teils verfestigtem Langzeitbezug, teils an wiederholter Bedürftigkeit mit langen Bezugszeiten... Der Langzeitbezug prägt den Bestand und damit die Ausgaben für die Grundsicherung... Etwa 18 Prozent der potentiell anspruchsberechtigten Bevölkerung haben bisher die Leistungen zumindest zeitweilig in Anspruch nehmen können und müssen. Das System wirkt weit über Langzeitarbeitslose hinaus und bildet eine Grundsicherung nicht nur für Arbeitssuchende, sondern für einen großen Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter und für ihre Kinder. *Zurzeit sieht es so aus, dass die Grundsicherung überwiegend von Bedarfsgemeinschaften geprägt wird, die über längere Zeit durchgehend oder wiederholt bedürftig sind.* Damit zeichnet sich unter den Leistungsbeziehern eine Gruppe von Haushalten ab, die trotz aller Aktivierungsbemühungen über längere Zeiträume auf die sozialpolitische Funktion der Einkommenssicherung des SGB II angewiesen sind.«[22]

Wenn die staatlichen Forscher zurückhaltend formulieren »über längere Zeiträume«, dann kann man das getrost übersetzen mit »lebenslang«: Millionen grundsätzlich arbeitsfähige Menschen von 30, 40 und 50 Jahren werden dem Staat noch für weitere 30 bis 50 Jahre auf der Tasche liegen, während ihre Fähigkeiten mehr und mehr verkümmern und ihre Sozialisation sich in die falsche Richtung entwickelt. Sie werden Kinder bekommen, und zwar deutlich mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung, sie werden ihre Lebenseinstellung an diese weitergeben und diese damit zu Hartz-IV-Empfängern der Zukunft heranziehen.

Es scheint, dass der gewaltige Transferapparat nicht zu stoppen ist. Gutmenschen ringen die Hände, 136
und staatliche Sachbearbeiter schreiben stoisch ihre Bescheide. Es wird noch ein Aktivierungsprogramm und noch ein Aktivierungsprogramm aufgelegt. In Berlin gibt der Senat mittlerweile für 7000 Stellen auf dem sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt die absurde Summe von

jährlich 170 Millionen Euro aus,[23] was bei 600 000 Menschen, die allein in Berlin von Grundsicherung leben, sowieso nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist - abgesehen davon, dass der Zweite Arbeitsmarkt eine teure Sackgasse ohne Perspektive ist.

Was könnte man ändern? Grundsätzlich gibt es drei Wege:

1. . Man senkt das Niveau der Grundsicherung, um mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen.
2. . Man schafft mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme durch veränderte Anrechnungsvorschriften.
3. . Erwerbsfähige Menschen unter der gesetzlichen Altersgrenze erhalten Leistungen der Grundsicherung nur noch gegen eine verpflichtende Gegenleistung.

Kontraproduktiv sind alle Bestrebungen, das relative Niveau der Grundsicherung anzuheben, denn davon würden noch weniger Arbeitsanreize ausgehen; die Zahl der sogenannten Aufstocker, also der Menschen, die neben der Arbeit ergänzende Leistungen der Grundsicherung beziehen, würde stark zunehmen; das Lohnabstandsproblem würde sich generell verschärfen.[24]

Anreize zur Arbeitsaufnahme

(1) ABSENKUNG DES REGELSATZES FÜR ERWERBSFÄHIGE

Der fraglos größte Anreiz zur Arbeitsaufnahme läge in einer Absenkung der Grundsicherung.[25] Das wird durch nationale und internationale Untersuchungen empirisch belegt. In den USA ist man diesen Weg mit großer und in Großbritannien immerhin mit einer gewissen Konsequenz gegangen, indem man ein niedriges sowie zeitlich begrenztes Grundsicherungsniveau mit Anreizen zur Arbeitsaufnahme kombiniert hat. Das brachte erhebliche Erfolge, wobei die Transferabsenkung allerdings weitaus wirkungsvoller war als die Verbesserung der Anreize zur Arbeitsaufnahme.[26]

In Kontinentaleuropa sind solche Ansätze weitgehend steckengeblieben, weil sie dem Bestreben entgegenstehen, jedem Menschen unabhängig von seinen Leistungen und eigenen Bemühungen zumindest das sozioökonomische Existenzminimum zu sichern. Für den Arbeitsmarkt sind die Probleme umso größer, je höher die Schwelle der Grundsicherung angesetzt wird.

Der Sachverständigenrat hat 2006 in seinem Vorschlag für ein Kombilohnmodell die Absenkung des Arbeitslosgeldes II für erwerbsfähige Hilfeempfänger um 30 Prozent vorgeschlagen und dazu auch eine Überprüfung in verfassungsrechtlicher Hinsicht veranlasst. [27] Im Übrigen hat er in der Untersuchung der deutschen Kombilohnmodelle und ihrer Misserfolge sehr schön herausgearbeitet, dass ein funktionsfähiges und bezahlbares Modell gar nicht konstruierbar ist, solange man für die erwerbsfähigen Grundsicherungsempfänger am Anspruch auf Grundsicherung ohne Einforderung von Gegenleistungen festhält.[28]

Die Forderung des Sachverständigenrats nach Absenkung des Regelsatzes der Grundsicherung für erwerbsfähige Empfänger stieß auf so intensive und weitverbreitete Ablehnung, dass sein Kombilohnmodell nicht die Aufmerksamkeit bekam, die es verdient hätte. Dabei gingen die Sachverständigen längst nicht so weit wie das Ifo-Institut mit der »Aktivierenden Sozialhilfe«. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, den erwerbsfähigen Empfängern von Grundsicherung diese bis auf die Kosten der Unterkunft ganz zu streichen, für Erwerbsarbeit die Anrechnungsmöglichkeiten deutlich attraktiver zu gestalten und für alle erwerbsfähigen Bezieher von Grundsicherung, die am freien Markt nichts finden, verbindliche Beschäftigungsangebote im kommunalen Bereich zu schaffen.[29] Die Schwäche dieses Modells liegt darin, dass die unterstellte völlige Streichung des Arbeitslosengeldes II für offenbar arbeitsunwillige Erwerbsfähige weit jenseits dessen liegt, was der politische Mainstream billigen würde, und ferner darin, dass die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze nur mit Rückgriff auf die Kommunen möglich ist. Das Modell der »Aktivierenden Sozialhilfe« ist so, wie es vorgelegt wurde, utopisch und undurchführbar, aber es ist in seiner konsequenten Radikalität von einer Frische, die sympathisch berührt.

Man muss die Frage erörtern, ob es wirklich richtig sein kann, jedem ohne Gegenleistung ein Grundeinkommen in Höhe von 60 Prozent des mittleren Einkommens zu garantieren. Und warum sollen die arbeitsfähigen Menschen in Bedarfsgemeinschaften nicht einen deutlicheren Anreiz verspüren, sich aktiv um Arbeit zu bemühen? Von der Absenkung bliebe ja die Höhe der Grundsicherung für nicht erwerbsfähige Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften unberührt. Allerdings werfen auch deren Grundsicherungsleistungen Probleme auf, die dringend gelöst werden müssen: Niemand möchte, dass Kinder Mangel leiden, aber es müssen die Fehlanreize beseitigt werden, die darin liegen, dass die Leistungen der Grundsicherung für Kinder den Lebensstandard der Eltern subventionieren können, statt den Kindern zugute zu kommen. Da bietet es sich an, die Geldleistungen für Kinder zu minimieren und die staatlichen Ressourcen lieber in Ganztagsbetreuung, in das staatliche Bildungssystem und in Schulspeisungen zu stecken.

Der Vorschlag des Sachverständigenrats berührt ausschließlich den Regelsatz für Erwerbsfähige, er berührt nicht den Regelsatz der übrigen Angehörigen einer Bedarfsgemeinschaft und auch nicht die Kosten der Unterkunft. Es besteht also keinerlei Gefahr, dass durch die dreißigprozentige Absenkung des Regelsatzes für *erwerbsfähige* Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft die Bedarfsgemeinschaft als solche in Not gerät.

(2) MEHR MATERIELLER ANREIZ

Die Aufnahme auch einer einfachen Tätigkeit muss sich stärker lohnen. Das ist gegenwärtig nicht der Fall: Wie die Tabelle 5.2 (Seite 159) zeigt, verbleiben einem Hartz-IV-Empfänger aufgrund der Anrechnungsvorschriften bei einem Stundenlohn von 5 Euro netto noch 1,68 Euro. Anders ausgedrückt: Bei 5 Euro ist die Grenzbelastung 66 Prozent, bei 7,50 Euro ist sie 74 Prozent, bei 10 Euro liegt sie bei 70 Prozent (alleinstehend) beziehungsweise 80 Prozent (verheiratet, zwei Kinder). Dass dies der Schwarzarbeit Vorschub leistet und den Leistungswillen in einer generell wenig leistungsbereiten Gruppe zusätzlich mindert, liegt auf der Hand.

Die Lösung böte ein Modell, das die Amerikaner *negative income tax* genannt haben und das bei uns seit Jahren diskutiert wird. Es wäre recht einfach zu installieren: De facto ist jeder Arbeitnehmer daran gewöhnt, dass die Grenzbelastung seines Einkommens - Lohnsteuer und Sozialversicherung zusammengerechnet - schon bei 1000 Euro Monatslohn 40 Prozent beträgt und bei 1500 Euro Monatslohn 50 Prozent erreicht.[30] Ein Transferbezieher, der eine Arbeit aufnimmt, sollte über alle Einkommensstufen hinweg bis die Verrechnung mit den Transferleistungen abgeschlossen ist, 50 Prozent seines Arbeitslohns behalten können. Erst nach dieser Anrechnungsgrenze würde das normale

Sozialabgaben- und Steuerrecht einsetzen. Allerdings sollte der Übergang so gestaltet sein, dass an der Grenzbelastung von 50 Prozent festgehalten wird, nur dann wäre das System wirklich logisch.

Im Sinne eines konsistenten Anreizes zur Arbeitsaufnahme wäre dies ein gutes System, aber ein sehr teures, weil man ja den »normalen« Arbeitnehmer gleichbehandeln müsste. Für viele entstünde ein Anreiz, ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren, weil der Kombilohn lockt.[31] Während jemand mit 1200 Euro brutto im Monat dann keine Grundsicherung mehr bekäme, aber eben auch keine Abgabenbelastung hätte, beträgt die Durchschnittsbelastung eines Arbeitnehmers mit 1200 Euro Bruttolohn heute (2010) bereits 44 Euro Lohnsteuer und 252 Euro Sozialversicherung, zusammen 296 Euro. 139

Alle Kombilohnmodelle, alle Modelle eines anrechenbaren Grundeinkommens, alle Modelle, die auf einer negativen Einkommensteuer beruhen, haben das Problem, dass die Einkommen bis zu dem Niveau, bei dem der stufenweise Abbau der Transfers abgeschlossen ist, abgabenfrei bleiben müssen. Auch danach sollte die Grenzbelastung 50 Prozent nicht übersteigen. Das führt insbesondere bei der Sozialversicherung zu gigantischen Ausfällen, denn deren Einnahmen werden überwiegend durch die niedrigen und mittleren Einkommen erwirtschaftet.[32]

Das Anrechnungsproblem entschärft sich zwar in dem Umfang, in dem die Einkommensersatzleistungen für die erwerbsfähigen Transferbezieher abgesenkt werden, dann gerät man allerdings schnell in Konflikt mit dem Grundsatz, dass jedem das sozioökonomische Existenzminimum zusteht.

Lohnabstandsgebot und Mindestlohn

Die empirischen Forschungen zu gesetzlichen Mindestlöhnen sind extensiv. Sie kommen weit überwiegend zu dem Ergebnis, dass gesetzliche Mindestlöhne, wenn sie sehr niedrig sind, keinen Einfluss auf die Lohnstruktur haben und dann auch nicht der Beschäftigung schaden. Sind sie so hoch, dass sie Einfluss auf die Lohnstruktur nehmen, schränken sie die Beschäftigungsmöglichkeiten ein.[33] Der Sachverständigenrat weist zu Recht darauf hin, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei den Langzeitarbeitslosen und wenig Qualifizierten eine weitere Aufspreizung der Lohnstruktur erfordert und dass Mindestlöhne, die dies verhindern sollen, dem Ziel, für die Empfänger von Grundsicherung mehr Arbeit zu schaffen, entgegenwirken.[34]

Selbst eine niedrige marktgerechte Entlohnung für einen Vollzeitarbeitnehmer müsste einen Nettolohn erbringen, der einen ausreichend hohen Abstand vom Nettoeinkommen der Grundsicherung hat. Bei einer Grundsicherung von etwa 60 Prozent des mittleren Einkommens ist das nicht der Fall. Deshalb bleibt das Anrechnungsmodell aktuell. Es kann aber nicht darauf hinauslaufen, dass ein Transferempfänger am Ende durch die nur teilweise Anrechnung von Lohneinkommen mehr hätte als ein Lohnbezieher, der nicht gleichzeitig Transferempfänger ist.

Es hat sich noch nicht überall herumgesprochen, dass die Befürchtung, jemand könne durch einen niedrigen Lohn in Armut geraten, seit den Hartz-IV-Reformen und der Einführung der flächendeckenden Grundsicherung unbegründet ist. Wenn das Arbeitseinkommen nicht reicht, bekommt der sogenannte Aufstocker ergänzende Grundsicherung, die ihn in jedem Falle über die 140 Armutsgefährdungsgrenze hebt.[35] Der durch die Reformen ausgelöste erhebliche Beschäftigungszuwachs tritt hinzu. Während das System der Grundsicherung einerseits für den, der keine Arbeit hat, immer noch zu wenig Anreize bietet, sich bezahlte Arbeit zu suchen, stockt es andererseits die Einkommen derer, die zu Niedriglöhnen arbeiten, recht großzügig auf.

Das Problem bleibt der unzureichende Anreiz für jene, die keine Arbeit haben und Grundsicherung beziehen, sich bezahlte Arbeit am ersten Arbeitsmarkt zu suchen. Denkt man intensiver über dieses Problem nach, dann erkennt man, dass es so gut wie unlösbar ist, solange man die Grundsicherung für erwerbfähige Transferbezieher nicht absenkt. Deshalb muss man andere Lösungen finden.

Das Workfare-Konzept

Nach dem Empfinden der meisten Menschen sollte jemand, der Leistungen der Allgemeinheit in Anspruch nimmt, das ihm Mögliche tun, eine Gegenleistung zu erbringen. Dies lässt sich sogar im Sozialexperiment belegen.[36] In den USA wurde darüber unter dem Slogan *from welfare to work* diskutiert, daher die Kurzform *workfare*. Die Diskussion setzte in den siebziger Jahren ein, als der Earned Income Tax Credit (EITC) eingeführt wurde, und lag den Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialhilfe unter Präsident Clinton zugrunde, mit denen einerseits der Bezug von Sozialhilfe beschränkt und zeitlich begrenzt wurde, andererseits die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht wurden.[37]

Es kann nicht ungerecht sein, alle erwerbsfähigen Empfänger von Grundsicherung zu einer Gegenleistung zu verpflichten. Dabei kann zunächst dahingestellt bleiben, wie produktiv diese Gegenleistung ist und ob sie überhaupt produktiv ist. Entscheidend ist, dass sie ausnahmslos eingefordert wird und die Anforderungen in Bezug auf Pünktlichkeit, Disziplin und Arbeitsbereitschaft dem regulären Arbeitsleben möglichst nahe kommen. Wer seinen Pflichten gar nicht nachkommt oder nur unpünktlich und unzuverlässig, dem würde die Grundsicherung gekürzt oder gestrichen. Dies müsste allerdings konsequent und schnell und nach sehr strengen Maßstäben erfolgen.

Ein solches Modell würde vielerlei gewünschte Wirkungen erzeugen. Es würde zum Beipiel erheblicher Anreiz zur Aufnahme bezahlter, regulärer Arbeit schaffen. Wenn nämlich das »Arbeitsleid«, insbesondere die Disziplinanforderung als Voraussetzung für den Transferbezug, den Anforderungen des regulären Arbeitsmarkts näher kommt, dann wird es attraktiv, sich dort um Arbeit zu bemühen, weil selbst eine Niedriglohnbeschäftigung in Kombination mit dem Transfersystem mehr Geld einbringt als 141 die reine Grundsicherung (siehe Tabelle 5.2, Seite 159). Der Hang zum verhängnisvollen Nichtstun, das die Fähigkeiten verkümmern lässt, würde deutlich vermindert.

Ferner würde die Schwarzarbeit durch die Arbeitspflicht erschwert beziehungsweise schon rein zeitlich unmöglich gemacht. Wer Schwarzarbeit dem Transferbezug vorzieht, würde als Leistungsempfänger gestrichen, und das hieße auch, dass er den Anspruch auf die dem Transferempfänger zustehende gesetzliche Krankenversicherung verwirkt. Für Schwarzarbeiter würde es dann ebenfalls attraktiver, sich um eine reguläre Tätigkeit zu bemühen. Der Arbeitszwang würde allmählich große Teile des informellen Arbeitsmarktes austrocknen und so die kaufkräftige Nachfrage am regulären Markt erhöhen, denn für alle Dienste, die bis dahin informell erbracht wurden, bestünde ja weiterhin grundsätzlich eine kaufkräftige Nachfrage, die dann anders befriedigt werden müsste.

All diese wohltätigen Wirkungen werden jedoch nur eintreten, wenn der Arbeitszwang konsequent durchgesetzt wird, wobei die wirksamste Sanktion stets der sofortige Transferentzug ist. Schätzungen

für Deutschland gehen davon aus, dass ein konsequentes Workfare-Konzept am regulären Arbeitsmarkt bis zu 1,9 Millionen Arbeitsplätze schaffen würde und dass dauerhaft für nicht marktfähige, aber erwerbsfähige Empfänger von Grundsicherung 500 000 Arbeitsgelegenheiten bereitgestellt werden müssten.[38] Solche Schätzungen sind naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet, weshalb ihre Aussagekraft nicht überbewertet werden sollte. Völlig unbestreitbar und durch alle verfügbaren empirischen Erkenntnisse belegt ist dagegen, dass ein effektiv durchgesetzter und mit Transferentzug sanktionierter Arbeitszwang die Zahl derer, die Leistungen beanspruchen, umgehend senkt, und zwar erheblich.

Zudem ist die Durchsetzung dessen, was der Amerikaner *noncouching* nennt, entscheidend für die Aktivierungsfähigkeit der Menschen. Bereits kurze Zeiten der Passivierung führen zu negativen Folgen für die gesamthaften Fähigkeiten der Lebensbewältigung. In der amerikanischen Sozialreform von 1996 war die Gesamtbezugszeit von Sozialhilfe zeitlich befristet und zugleich die Voraussetzung für den Bezug verschärft worden. Das Programm zielte darauf, vor allem alleinerziehende Mütter in Arbeit zu bringen. Die befürchteten Folgen für deren Kinder stellten sich nicht ein, im Gegenteil: Es zeigte sich, dass sich die Kinder der Mütter, die durch eine Kombination aus Druck und Unterstützung in Arbeit gebracht worden waren, besser entwickelten.[39]

So unterschiedliche Städte wie Rotterdam[40] und New York[41] haben auf jeweils eigene Weise vorgeführt, welche Möglichkeiten in einem intelligent angewandten Workfare-Konzept liegen. Man muss es nur wollen und konkrete Lösungen für konkrete Menschen schaffen. Das funktioniert am besten vor Ort. In Deutschland bedürfte es allerdings des radikalen Umdenkens, um in einer Stadt wie Berlin oder Bremen eine Arbeitsmarktpolitik ähnlich der in Rotterdam oder New York zu verwirklichen.

Wie auch immer man sich entscheidet: Es wird sehr schwierig werden, für die erwerbsfähigen Empfänger von Grundsicherung eine ausreichende Zahl von Arbeitsgelegenheiten zu organisieren. Dabei kommt es nicht in erster Linie auf den produktiven Output dieser Arbeitsgelegenheiten an, sondern auf das den Transferempfängern abgeforderte Anforderungsprofil: Wer gar nicht oder unregelmäßig erscheint, wer nicht pünktlich ist, wer eine zumutbare Leistung nicht erbringt, der fällt aus dem Transferbezug heraus. Insbesondere bei jugendlichen und jüngeren Beziehern von Transferleistungen wird dies Wunder wirken. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass sich jemand unbeaufsichtigt und unbemerkt über Monate und Jahre hinweg mehr und mehr von den Sozialisationsbedingungen des realen Lebens entfernt. Solche Transferkarrieren müssen schwieriger werden und an Zahl abnehmen. Ein-Euro-Jobs sollte es nicht mehr geben. Das Entgelt für die Arbeitsleistung muss die Grundsicherung selber sein und die Konsequenz von Nicht-Arbeit der Leistungsentzug.

In die den Transferempfängern abgeforderte Arbeitsleistung können alle Maßnahmen integriert werden, die deren Marktfähigkeit erhöhen, auch entsprechende Maßnahmen zum Abbau von Wissens- und Qualifikationsmängeln. Dagegen sollten Fortbildung und Umschulung nicht mehr im Mittelpunkt der Ertüchtigungsbemühungen für Empfänger von Grundsicherung stehen. Alle Untersuchungen weisen nämlich darauf hin, dass solche Maßnahmen bei dieser Zielgruppe keine belegbaren nennenswerten Beschäftigungseffekte auslösen. Hier gilt leider das alte Sprichwort: »Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.« Grundlagen, die bis zum Abschluss der Berufsausbildung nicht gelegt wurden, können später nicht mehr erworben werden. Das heißt: Bildung und Ausbildung müssen so strukturiert sein, dass qualifikationsbedingte Arbeitsmarktdefizite gar nicht erst auftreten.

6 Bildung und Gerechtigkeit

Über den Unterschied von gut und gut gemeint

Menschen werden nicht geboren, sondern gebildet.

ERASMUS VON ROTTERDAM

In Kapitel 3 habe ich beschrieben, wie in Deutschland verschiedene Trends der quantitativen und qualitativen Bevölkerungsentwicklung - die schrumpfende Bevölkerung wird heterogener und im Durchschnitt älter, bildungsferner und weniger intelligent - zusammenwirken. Sieht man im »Rohstoff Mensch« die wesentliche Ressource für die Zukunft Deutschlands, muss man das Zusammenwirken dieser Trends als bedrohlich empfinden.

Im Kapitel 4 habe ich gezeigt, dass die Grundanlage unseres Transfersystems, die auf ein leistungsloses Mindesteinkommen für alle hinausläuft, zwar vor biblischer Armut schützt, aber von Negativtrends begleitet ist, die das weitere Anwachsen und die strukturelle Verfestigung einer funktionslosen bildungs- und leistungsfernen Unterschicht begünstigen.

In Kapitel 5 habe ich die Folgen dieser Entwicklung für den Arbeitsmarkt näher untersucht und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Workfare-Konzept, welches den Transferbezug von Erwerbsfähigen ausnahmslos an eine Gegenleistung in Form von Arbeit knüpft, den strukturell besten Aktivierungsansatz bietet.

Letztlich drehen sich aber alle Fragen der Sozialisation, der Motivation und der Qualifikation auf jeder Hierarchiestufe des Könnens und des Arbeitsmarktes zuallererst um das Thema Bildung. Dies geht über die Frage der Integration in das Erwerbsleben weit hinaus, denn Bildungserfolg korreliert positiv mit der gesamthaften Qualität und Stabilität der Lebensführung.[1] Freilich sagt solch eine positive Korrelation nichts über Kausalitäten: Der Bildungserfolg als solcher ist ein Tüchtigkeits- und Stabilitätsindikator, und es mag sein, dass Grundeigenschaften und Qualitäten jener, die Bildungserfolg haben, der Bildung zugeschrieben werden, obwohl sie doch in der Person selber angelegt sind.

Es gibt Bildungsoptimisten, die an die weitgehende Formbarkeit des Menschen glauben und ehrlich der Meinung sind, dass man jedem fast alles beibringen könne. Das sind meist auch jene, die »die Gesellschaft« oder »das System« verantwortlich machen, wenn es bei bestimmten Menschen mit der Bildung nicht so klappt. Die umfangreiche Ratgeberliteratur wendet sich im Wesentlichen an diese Bildungsoptimisten und suggeriert, dass alles und jedes - von der Teamfähigkeit bis zum mathematischen Verständnis - grundsätzlich erlernbar sei, wenn man es nur richtig anstelle und entsprechende Unterrichtsmethoden einsetze. Dieser Bildungsoptimismus treibt das Geschäft der Berufspädagogik, der Didaktik und der staatlichen
Bildungspolitik an und führt zu immer neuen Unterrichtsmethoden, die »endlich« vorhandene Defizite abbauen und den Bildungserfolg für (fast) alle bringen sollen.[2] Er setzt allerdings auch die Eltern und Erzieher von weniger oder durchschnittlich begabten Kindern enorm unter Druck. Auf der anderen Seite gibt es jene, die an das Primat der menschlichen Natur glauben und daran, dass Begabung im Wesentlichen angeboren ist. Diese neigen häufig zu konservativer Selbstbestätigung und unterschätzen insbesondere die Potentiale der nicht so bildungsnahen Schichten. In der Regel gehören die Bildungsoptimisten eher zu den Gegnern eines gegliederten Schulsystems und jeder Art von frühzeitiger Selektion, während die Strukturkonservativen meist Freunde des Gymnasiums und der Sonderschule sind.

Mit angeborenen Begabungsunterschieden möchten viele Bildungsoptimisten sich nicht abfinden, vielmehr wünschen sie ein egalitäres Schulsystem, das zu möglichst egalitären Ergebnissen führt. Nach den Erkenntnissen der Bildungsforscherin Elsbeth Stern befinden sich beide, die Strukturkonservativen wie die egalitären Bildungsoptimisten, auf dem Holzweg:

> »Die Anhänger des gegliederten Schulsystems müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie keine wissenschaftlichen Argumente für die in Deutschland praktizierte Aufteilung ins Feld führen können. Den Verfechtern der Gesamtschule ihrerseits muss klar sein, dass die optimale Förderung eines jeden Schülers nicht zu mehr Gleichheit, sondern zu mehr Ungleichheit führt. Denn je größer die Chancengerechtigkeit, desto mehr schlagen die Gene durch. Eine gute Schule, das mag nicht jedem gefallen, produziert Leistungsunterschiede auf hohem Niveau.«[3]

Ziele

Im Bildungssystem, jedenfalls bis zum Abschluss der Schullaufbahn, kann es nicht nur um Leistung gehen. Krippe, Kindergarten und Schule prägen auch die Sozialisation der Kinder, ihre Gemeinschaftsfähigkeit, ihre Motivation, ihr Selbstbewusstsein. Sie sind neben der Familie der wichtigste Lebensraum für das wichtigste Viertel der menschlichen Lebensspanne. Dazu gehört, dass man sich gefordert, aber nicht unterfordert fühlt, dass man Gemeinschaft erlebt, die Grenzen der eigenen Fähigkeiten erfährt, Stolz auf das eigene Vermögen lernt, aber auch die eigenen Schwächen und die Stärken anderer akzeptiert, ohne zu verzagen.

Am Ende der Schullaufbahn sollten ein realistisches Selbstbild und ein dem eigenen Leistungsvermögen angepasster Ehrgeiz mit einem gesunden Selbstwertgefühl verbunden sein - also ein junger Mensch, der in sich selbst ruht und sich nicht aggressiv gegen andere wendet. Diese pädagogische Aufgabe der
Persönlichkeitsentwicklung ist in den letzten Jahrzehnten sogar noch wichtiger geworden, weil die Sozialisationskraft der heutigen Kleinfamilie sich mit der Sozialisationskraft traditioneller Familienverbände nicht messen kann. Überdies wirkt sich aus, dass der Anteil der Alleinerziehenden wächst und immer öfter beide Elternteile erwerbstätig sind. Nicht zuletzt prägen die Ablenkungen der modernen Medienwelt das Weltbild und Gefühlsleben der Kinder viel stärker als noch vor einigen Jahrzehnten. Deshalb verlagert sich für immer mehr Kinder die Bildungs- und Erziehungsaufgabe vom Elternhaus in die öffentlichen Erziehungseinrichtungen. Man mag diesen Trend gut oder schlecht finden, Tatsache ist: Wenn Krippe, Kindergarten und Schule diese Herausforderung nicht annehmen, wird die Chancenungleichheit für einen wachsenden Teil unserer Kinder zunehmen, statt sich zu verringern.

Jedes Kind hat in jeder Entwicklungsphase und auf jeder Begabungsstufe grundsätzlich den Willen, seine Fähigkeiten anzuwenden und in diesem Sinne etwas zu »leisten«. Gleichwohl braucht es mehr als der Erwachsene das Gefühl, dass sich der Wert seiner Person nicht nach der Qualität und Menge seiner Leistung, sondern nach seiner Anstrengungsbereitschaft und seinen sozialen Qualitäten bemisst. Im Vergleich, im Wettbewerb mit anderen lernt es allmählich, sich einzuordnen. Dieser Wettbewerb muss sein, in der Schule gehört dazu aber auch, dass der Umgang mit Niederlagen eingeübt wird. Um es mit Remo H. Largo zu sagen: Wir brauchen »eine Schule, die auch Solidarität lehrt, in der jede und jeder seinen Platz findet. Das bedeutet Rücksichtnahme auf die Schwächeren und Verantwortungsgefühl bei den Stärkeren«.[4]

Von Oscar Wilde stammt der Ausspruch: »Das Ziel des Lebens ist die Selbstentwicklung. Das eigene Wesen völlig zur Entfaltung zu bringen, ist unsere Bestimmung.«[5] Letztlich geht es also darum, jeden Menschen zu befähigen, das ihm Gemäße - und damit das Beste - aus sich zu machen und danach sein Leben zu gestalten. Die Ergebnisse dieser Bemühungen werden so unterschiedlich sein, wie die Menschen verschieden sind. Insoweit ist jeder Mensch ein freies Subjekt, dessen einziger Zweck er selber ist, und der Zweck des Erziehungswesens ist es, ihm die Fertigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen zu vermitteln, die zur Wahrnehmung dieser Freiheit nützlich sind. Darum ist es ganz unvermeidlich und wird nie zu ändern sein, dass pädagogische Theorien und pädagogische Programme so vielfältig und widersprüchlich sind wie das Bild vom Menschen. Jedes demokratische Bildungssystem muss diese Widersprüche spiegeln und immer wieder neu austragen. 146

Daneben gilt jedoch, dass die Gesellschaft von den produktiven Beiträgen ihrer Glieder lebt und dass sich Wohlstand, Sozialwesen, Kultur und technischer Fortschritt entsprechend diesen Beiträgen entwickeln. Aus dieser Sicht ist der einzelne Mensch mit seinen Fähigkeiten und Beiträgen ein Mittel zum Zweck, und die Aufgabe des Bildungswesens ist es, ihn mit den Fähigkeiten und Fertigkeiten auszustatten, die ihn zu einem möglichst nützlichen Glied der Gesellschaft machen.

Zum Dritten aber, und zwar indem sich in Schule und frühkindlicher Erziehung die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder und Jugendlichen unterschiedlich entwickeln, teilt der Erfolg im Bildungswesen individuelle Lebenschancen zu: Der eine passiert mit 18 Jahren den Numerus clausus in Medizin, und der andere findet mit Mühe eine Lehrstelle als Verkäufer beim Lebensmitteldiscounter. Das Bildungswesen sortiert, und der Charakter dieser Sortierung ist umso unerbittlicher, je chancengerechter sie erfolgt. Helmut Fend nennt dies die Allokationsfunktion des Bildungswesens.[6] Die Ergebnisse dieser Sortierung sind für den Einzelnen umso belastender, je weniger er sie auf mangelnde Chancengleichheit zurückführen kann.

Der Gesellschaft muss daran gelegen sein, dass jeder im Rahmen seines persönlichen Vermögens eine optimale Leistungsbereitschaft entwickelt, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten im Bildungssystem entsprechend ausbaut und später im Arbeitsleben einen möglichst produktiven Beitrag leistet. Man muss kein Anhänger der Marxschen Lehre sein, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, dass sich am Ende die gesamte gesellschaftliche Wertschöpfung auf menschliche Arbeitsleistung zurückführt. In der modernen Industriegesellschaft sinkt der Anteil der eingesetzten Muskelkraft, während der Anteil der Geisteskraft steigt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Er bedroht die Arbeitsmarktfähigkeit eines wachsenden Teils der geistig weniger Aufnahmefähigen.

Die drei Funktionen des Bildungssystems - Persönlichkeitsentwicklung, Zuteilung von Lebenschancen, Optimierung des Produktionsfaktors Arbeit - sind alle drei objektiv gegeben und gleichermaßen zwingend. Sie dürften eigentlich nicht gegeneinander ausgespielt werden, aber genau das geschieht ununterbrochen und bestimmt 80 Prozent der bildungspolitischen Diskussionen. Gleichzeitig haben der demografische Trend in Deutschland und der wachsende Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung bewirkt, dass verstärkt über die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems als Instrument der Wissensvermittlung und Qualifikationsentwicklung diskutiert wird. 147

Der Bildungskanon als hierarchische Struktur oder Wie ich lesen lernte

Als ich im Februar 1955 die Aufnahmeprüfung am Gymnasium Petrinum in meiner Heimatstadt Recklinghausen ablegte, konnte ich fließend lesen (und zwar mit höherem Lesetempo als heute), hatte eine vollständig sichere Rechtschreibung, konnte schriftlich dividieren und multiplizieren, kannte die gesamte biblische Geschichte rauf und runter und hatte im regionalen Umfeld erdkundliches und historisches Orientierungswissen. Meine Schulklasse, die ein älterer Lehrer mit eiserner Disziplin führte, zählte fünfzig Kinder. Vier davon wurden zur Aufnahmeprüfung an weiterführenden Schulen angemeldet, von denen drei bestanden, darunter ich. Beim Diktat fiel durch, wer mehr als drei Fehler hatte. Interpunktionsfehler galten als volle Fehler, das wurde uns vor dem Diktat mitgeteilt.

Die Sexta (so hieß damals die fünfte Klasse am Gymnasium) war für mich ein Schock. Wir waren wiederum fünfzig Kinder, die der Klassenlehrer damit tröstete, dass es beim Abitur nur noch zwanzig sein würden, was dann auch zehn Jahre später (ein Jahr musste ich wiederholen) genau so eintraf. Diese Aussichten schockierten mich aber gar nicht, vielmehr machte mir die Tatsache zu schaffen, dass ich bei subjektiv gleichem Leistungsvermögen nicht mehr zu den Besten gehörte, sondern unter lauter Besten nur noch Mittelmaß war. Diese narzisstische Kränkung, die sich mit meinem Selbstbild nicht vertrug, wirkte noch viele Jahre nach.

Als ich zur Aufnahmeprüfung antrat, hatte ich bereits alles an Kinder- und Jugendliteratur gelesen, was greifbar war, denn ich war eifriger Nutzer der Stadtbücherei. Die Familie besaß kein Radio, geschweige denn einen Fernseher, aber ein vom Schreiner gefertigtes Bücherregal, das im Wohnzimmer unmittelbar neben dem Kohleofen stand und 1953, daran erinnere ich mich noch, aufgestockt wurde. Der keimende Wohlstand der frühen Wirtschaftswunderjahre zeigte sich bei uns zu Hause in einer wachsenden Sammlung von Klassikerausgaben.

In unserem Achtpersonenhaushalt war es eng und laut, und ich als der Älteste lief ständig Gefahr, mit lästigen Pflichten betraut zu werden. Gern entfloh ich am frühen Nachmittag zu Tante und Großtante, die in der Nähe wohnten, und blieb dort bis zum Abendessen, das stets um sechs Uhr auf dem Tisch stand. Die beiden Tanten zeichneten sich dadurch aus, dass sie sich über mein Kommen freuten und mich ansonsten in Ruhe ließen. Ich hatte Zeit für mich und die vielen Bücher, die meine Großtante geerbt hatte. In dem Raum mit den dunklen Bücherregalen hing der Schwarzweißdruck des bekannten 148
Goetheporträts von Joseph Karl Stieler an der Wand, darunter stand ein Ohrensessel, und darin saß ich und las, was immer mir interessant erschien, etwa die in Leder gebundene Ausgabe von »Tausendundeine Nacht« aus dem späten 19. Jahrhundert (ich nehme an, um die »Stellen« bereinigt), die ich mit der Zeit vollständig durchlas. Hatte ich von »Tausendundeine Nacht« genug, nahm ich einen der vier Bände einer zu Beginn des 20. Jahrhunderts erschienenen »Großen illustrierten Weltgeschichte« zur Hand. Mein Lieblingsbild war die ganzseitige Farbtafel der Völkerschlacht von Leipzig: Der österreichische Feldmarschall Fürst Schwarzenberg, hoch zu Ross, überbringt den drei alliierten Monarchen die Nachricht vom Sieg über Napoleon.

Meine Lesekarriere hatte im Bett begonnen. Wenige Monate nach Beginn des ersten Schuljahres erkrankte ich nämlich an Scharlach und musste acht Wochen das Bett hüten. Es war entsetzlich langweilig. Für Unterhaltung sorgte lediglich eine in helles Leinen gebundene Ausgabe von Grimms Märchen mit Zeichnungen von Ludwig Richter. Daraus las mein Vater abends vor. Leider war das Ganze noch in Fraktur- und nicht in Antiquaschrift gedruckt, und ich war zudem erst in die

Anfangsgründe des Buchstabierens eingeweiht, als ich Scharlach bekam. Wieder und wieder betrachtete ich an den langen und langweiligen Tagen die Bilder und versuchte die unbekannten Lettern zu entziffern. Das ging zuerst stockend und dann immer schneller. Es gab ja keine Ablenkung, und ich hatte genügend Zeit. Ohne es zu merken, hatte ich irgendwann das ganze Buch gelesen. Kurz vor Weihnachten durfte ich wieder in die Schule, da war das Lesenlernen für mich durch.

Oft frage ich mich, wo ich jetzt wäre, wenn ich statt mit Grimms Märchen, »Tausendundeine Nacht« und der »Illustrierten Weltgeschichte« die prägenden Kindheitsjahre mit dem Computerspiel »World of Warcraft« verbracht hätte. Niemand kann das wissen. Ohne die früh erworbene Leichtigkeit im Lesen und die daraus fließende relative Gewandtheit im mündlichen Ausdruck wäre ich nie halbwegs unfallfrei durch die Schule gekommen, denn als Heranwachsender war ich stinkfaul. Ich gehörte zu jenen Kindern, die, wie man so sagt, »nicht leicht zu lenken« sind. 80 Prozent des Unterrichts gingen bei mir zum einen Ohr hinein und beim anderen direkt wieder hinaus - ich hörte einfach nicht zu. In Deutsch brauchte ich eigentlich keinen Unterricht, in Geschichte und Erdkunde auch nicht, und Englisch lernte ich erst richtig, als ich mit englischer Lektüre begann. Griechisch und Latein machten 149
keine ernsthaften Schwierigkeiten. In Musik gab mir unser Erdkundelehrer, der gleichzeitig Musiklehrer war, immer eine Gnadenvier. Kunst mochte ich sehr gerne. Vor den Naturwissenschaften drückte ich mich, wo ich konnte, und nur die gemeinsame Energie verschiedener Mathematiklehrer bewirkte, dass ich trotz andauernden passiven Widerstandes die Schule mit recht fundierten Mathematikkenntnissen verließ. Darüber war ich später sehr froh.

Aus eigener Erfahrung weiß ich: Lesefähigkeit, Textverständnis und das dadurch ermöglichte Generalwissen ist die Kernkompetenz der Bildungsvermittlung. Sie erleichtert auch den Zugang zur mathematischen und zur naturwissenschaftlichen Kompetenz, denn logische und empirische Zusammenhänge und Problemstellungen müssen zunächst erklärt werden, damit man einen Ansatzpunkt für die formale Problemlösung und eine Diskursebene findet. Die erste Klippe beim Lösen einer Textaufgabe im Fach Mathematik ist immer das inhaltliche Verstehen des Textes, der die Problembeschreibung und die Aufgabenstellung enthält.

Diese eigene Erfahrung wurde bestätigt durch die pädagogische Literatur, die ich gelesen habe, und sie deckt sich mit den Erfahrungen an den Schulen. Letztlich hängt der gesamte individuelle Bildungserfolg an den Kernkompetenzen in Leseverständnis und Mathematik. Bei diesen Grundkompetenzen knüpfen auch die Pisa-Tests an. Wer viel, schnell und mit gutem Textverständnis liest, hat eigentlich niemals Probleme mit der Rechtschreibung. Und wer ein ausreichend tiefes mathematisches Verständnis entwickelt, für den werden Natur- und Ingenieurwissenschaften, wenn er sich denn ausreichend dafür interessiert, niemals ein Buch mit sieben Siegeln sein. Umgekehrt gilt, wer bei Leseverständnis und Mathematik in den Grundlagen schwächelt, kann dies niemals durch anderweitige Kenntnisse und Fertigkeiten kompensieren, sondern wird schon früh an enge Grenzen stoßen.

Wenn der heutige Hauptschulabschluss nach zehnjähriger Schullaufbahn jenes Niveau an Leseverständnis und Grundschulmathematik sicherstellen würde, das man 1955 in einer fünfzigköpfigen Klasse mit Abschluss des vierten Schuljahres erwerben konnte, dann wäre man heute bildungspolitisch und in Bezug auf die Qualifikation für den Arbeitsmarkt wesentlich weiter. Es ist alarmierend, dass zumindest an den Grund- und Hauptschulen in den letzten Jahrzehnten das Anforderungs- und Leistungsniveau in Mathematik und Lesen durchgehend gesunken ist. Das blieb nicht ohne Folgen für einen großen Teil der Realschulen und Gymnasien. Einen Beleg dafür liefern die bereits erwähnten Eingangstests der BASF bei der Lehrlingsauswahl (siehe Tabelle 3.8, Seite 71). 150

Sowohl für Mathematik als auch für Deutsch lässt sich zeigen, dass die Anforderungen in den Lehrbüchern seit den siebziger Jahren kontinuierlich gesunken sind: In den Mathematikbüchern der Grundschulen wurde seit den siebziger Jahren in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 der Anteil farbiger Bilder erheblich erhöht, während die Erklärungstiefe sank und Zahl sowie Schwierigkeitsgrad der Übungsaufgaben abnahmen. Das zeigt sich, wenn man die Standardausgaben desselben Schulbuchverlages für eine bestimmte Jahrgangsstufe über die Jahre miteinander vergleicht.[7]

Wie verheerend es um das mathematische Grundverständnis der Bevölkerung bestellt ist, zeigt ein einfacher Test: Lediglich 46 Prozent der Deutschen können aus der Aussage, dass bei einem bestimmten Medikament einer von Tausend eine allergische Reaktion hat, ableiten, dass damit die Wahrscheinlichkeit, eine allergische Reaktion zu bekommen, bei 0,1 Prozent liegt. Dass dieselbe Aufgabe nur 25 Prozent der Amerikaner lösen können, ist ein schwacher Trost.[8] In einer Medienwelt, in der es von Prozentzahlen nur so wimmelt - Wachstumsraten, Stimmanteile, Krankenquoten, Pannenwahrscheinlichkeiten bei Autos -, fehlt einem großen Teil der Bevölkerung das zum Verständnis notwendige grundlegende analytische Orientierungswissen. Da mutet es recht albern an, wenn im Gefolge der Finanzkrise gefordert wird, es müsse in den Schulen mehr wirtschaftliches Wissen vermittelt werden. Daran liegt es gar nicht. Den Engpass stellt vielmehr das analytische Grundverständnis von Risiko und Wahrscheinlichkeit dar, es geht also um die in der Schule vermittelten mathematischen Grundfertigkeiten.

Noch verheerender ist der Rückgang der Lesefähigkeit. Damit ist gar nicht einmal gemeint, dass es in Deutschland 4 Millionen funktionale Analphabeten gibt, also fünf Prozent der Bevölkerung praktisch gar nicht textverstehend lesen können. Das war schon immer so. Alarmierend ist, dass mit sinkendem Leseinteresse und abnehmender Lesehäufigkeit auf breiter Front die Fähigkeit zurückgeht, komplexe Texte zu verstehen. Das hat auch mit dem Vordringen moderner Medien zu tun und wird wohl auch durch den wachsenden Internetgebrauch nicht ausreichend kompensiert. Dort geht es ja gerade nicht darum, sich längere oder gar sperrige Texte zu erschließen. »Etwa 50 Prozent der Bevölkerung lesen kaum oder nur Zeitungen mit kurzen Artikeln und möglichst einfachen Sätzen.« Nur ein Drittel der Bevölkerung »liest regelmäßig Bücher, davon sind 70 Prozent Frauen und lediglich 30 Prozent Männer. Jene, die besonders wenig oder überhaupt nicht lesen, sitzen dafür umso länger vor dem Fernseher.«[9] 151

Ähnlich wie die Mathematikbücher werden die Lesebücher in Deutschland seit Jahrzehnten vereinfacht. Auch vor dem klassischen Lektürekanon macht diese Entwicklung nicht halt. Der Cornelsen-Verlag hat eine Serie »Einfach klassisch« aufgelegt, die Dramen und Romane für Schulzwecke vereinfacht. Trotzdem ist im Tauerspiel des kontinuierlich sinkenden Anforderungsniveaus kein Ende abzusehen. Immer mehr Schüler sind gar nicht mehr in der Lage, gute Literatur überhaupt zu verstehen.[10]

Mängel in der text- und sinnverstehenden Lesefähigkeit machen sich auch bei zahlreichen Studenten bemerkbar.[11] Der Tag hat für jeden nur 24 Stunden, und jede Stunde, die vor dem Fernseher, im Internet oder bei einem Computerspiel verbracht wird, ist unabhängig vom Bildungsgrad für Lektüre verloren. Darum sinken Auflagen und Reichweiten der Zeitungen, darum steigt der Anteil derer, die ein

Buch selten oder nie zur Hand nehmen, und darum sinkt die durchschnittliche Zahl der gelesenen Bücher bei jenen, die überhaupt noch regelmäßig lesen. Neben den »klassischen« bildungsfernen Schichten wachsen bildungsferne Mittelschichten heran. Auch in Akademikerhaushalten wird immer weniger gelesen. Dies hat Folgen auch für deren Kinder, denn Lesekultur bei Kindern entwickelt sich durch das Vorbildverhalten der Erwachsenen. Ein Viertel der Deutschen liest aber überhaupt keine Bücher; der Anteil der Eltern, der seine Kinder für Bücher zu begeistern sucht und ihnen ein Vorbild liefert, indem er selber regelmäßig liest, hat sich in zehn Jahren von 50 auf 25 Prozent halbiert, und die Hälfte der Sechs- bis Dreizehnjährigen sagt, dass sie »nie«, »gar nicht gern« oder »nicht so gern« liest.[12]

Leider gilt weiter: Nur wer sich durch intensive kontinuierliche Lesepraxis ein gutes und hinreichend vernetztes Textverständnis erworben hat und zudem durch Mathematik logisch-analytisch geschult ist, verfügt über die zentralen Voraussetzungen zur verständigen Aneignung ganz unterschiedlicher Lern- und Verständnisstoffe.

Lernen

Häufig ist zu hören, Kinder müssten »das Lernen lernen« und nicht Wissensstoff anhäufen, denn die Veralterung des Wissens schreite immer schneller voran, so dass viel Wissen auch viel Ballast bedeute. Das ist sowohl richtig als auch falsch, aber in seiner Missverständlichkeit eher falsch als richtig. Lesen und Textverständnis, Sprachen, die bis zum Abitur gelehrte Mathematik, die Grundlagen von Physik, Chemie und Biologie, Geschichte, Musik und Kunst veralten nicht. Hier weiß man meistens zu wenig 152
und nur selten genug. Ganz falsch ist es, die Forderung »das Lernen zu lernen« gegen »bloßes Auswendiglernen« und ausreichendes Üben in Stellung zu bringen.

Ganz gewiss richtig ist das lateinische Wort non *multa,* sed *multum.* In freier deutscher Übersetzung heißt das »Konzentration auf das Wesentliche«. Sicherlich ist es keine Konzentration auf das Wesentliche, jene Grund- und Hauptschüler, die bereits mit Lesen und Mathematik Schwierigkeiten haben, auch noch mit Englisch zu plagen. Das bringt nichts und hindert sie und ihre Lehrer an der Konzentration auf das - solange man es nicht ausreichend kann - einzig Wesentliche, nämlich Lesen, Schreiben, Rechnen.

Lesefähigkeit, Textverständnis, mathematisch-analytische Fähigkeiten, auch räumliches Vorstellungsvermögen bilden einen wesentlichen Teil dessen, was der Schweizer Kinderarzt Remo H. Largo *Symbolfunktionen* nennt. Diese »sind die Grundlagen von Kreativität und Produktivität. Wenn wir die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder möglichst sinnvoll gestalten wollen, müssen wir den Symbolfunktionen gebührend Aufmerksamkeit schenken.«[13] Den meisten Menschen gelingt das nicht ohne Mühe und Anstrengung. Aber das ist noch nicht alles, was von ihnen verlangt wird. Für jede Tätigkeit, ob hoch ob niedrig, ist ferner soziale Kompetenz notwendig, und diese muss im Bildungssystem ebenfalls gefördert worden.

Immer noch gilt Goethes Ausspruch: »Was man weiß, sieht man erst!«,[14] und man weiß umso mehr beziehungsweise kann sich umso besser Wissen selbst erschließen, je besser man die Symbolfunktionen beherrscht. Ob Schüler dazu in die Lage versetzt werden, hängt nicht von der schieren Stundenmenge

ab. Der Pisa-Koordinator Manfred Prenzel hat festgestellt: »Bei Pisa haben wir gesehen, dass etwa die Hälfte der Schüler im Fach Mathematik im Verlauf eines Schuljahres keine messbaren Fortschritte macht. Bei TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study, d. Verf.) waren keine Kompetenzzuwächse in der Mathematik von der 12. zur 13. Jahrgangsstufe nachweisbar. Wenn viel Stoff gelehrt wird, heißt das nicht, dass auch viel gelernt wird. Zur Zeit beginnen wir in Deutschland erst damit, unseren Unterricht stärker auf nachhaltiges Lernen auszurichten.«

Gerade in Mathematik ist der Erwerb von Fähigkeiten durch den Intellekt der Schüler begrenzt. Für viele kommt es nicht auf immer neuen Stoff, sondern auf wiederholende, lösungsorientierte Vermittlung der immer gleichen Grundlagen an. Solche Schüler machen in einem Unterricht, der sich neuen Themen zuwendet, keine Fortschritte mehr, weil es ihnen an den Grundlagen mangelt.[15] 153

Ein Kind lernt aus dem Wunsch, den Menschen, an die es sich gebunden hat, zu gefallen. Das sind zunächst die Eltern und näheren Familienmitglieder. Dieses Bindungsverhalten wird in Kindergarten und Schule auf andere Bezugspersonen übertragen. Das können aber immer nur wenige sein, und die Beziehung zu diesen muss sich durch Stabilität auszeichnen. Remo H. Largo hält es deshalb für falsch, dass Unterstufenkinder bereits von mehreren Lehrkräften unterrichtet werden: »So lässt sich von beiden Seiten her keine tragfähige Beziehung mehr aufbauen. Das Kind will aus verhaltensbiologischer Sicht nicht viele Bezugspersonen, sondern wenige, doch diese wenigen auf Dauer... Am besten sind wohl zwei bis drei Lehrerinnen über mindestens drei Jahre. Sind es nicht nur mehrere Lehrer, sondern werden diese nach 6 bis 12 Monaten auch noch ausgewechselt, kann es geschehen, dass diese Klasse nicht mehr zu führen ist.«[16] Den Lehrerwechsel erleben viele Schüler als Verlassenwerden. Viele Lehrerwechsel sind eine Missachtung der emotionalen Bedürf nisse des Kindes.

Die Zuwendung kann und muss ruhig fordernd sein, Permissivität enthält den Schülern jene Führung und Anleitung vor, auf die sie einen Anspruch haben. Deshalb sind die strengen, aber ihren Schülern persönlich zugewandten Lehrer stets jene, derer man sich später mit Verehrung erinnert. Das Kind/der Schüler will aber auch um seiner selbst willen angenommen und wertgeschätzt werden. »Der wichtigste Beitrag, den Eltern und Bezugspersonen wie Lehrer leisten können, ist, dem Kind die notwendige Geborgenheit und Zuwendung zu geben und es als Person, nicht als Leistungsträger, vorbehaltlos zu akzeptieren.«[17]

Der Dokumentarfilm »Rhythm is it«, der zu einem Überraschungserfolg wurde, zeigt 250 Schülerinnen und Schüler zwischen zehn und zwanzig Jahren aus drei Berliner Grundschulen und einer Hauptschule im Jahr 2003 bei der Vorbereitung ihres Auftritts in Strawinskys »Le Sacre du Printemps« mit den Berliner Philharmonikern unter Leitung von Sir Simon Rattle. »Nach sechs Wochen mühsamer Proben« ist die Aufführung »ein bewegender Moment. Ein fulminanter Erfolg. Und ein Sieg jedes einzelnen Schülers.« Der britische Choreograf Royston Maldoom hatte die Aufführung einstudiert. Auf den Hinweis: »Sie sagen, Sie wollen den Jugendlichen ein Gefühl ihres Werts vermitteln. Aber im Film war zu sehen, dass Sie ziemlich ruppig mit ihnen umgehen«, antwortete er: »Wir lachen zusammen, wir rauchen gemeinsam vor der Tür, aber die Jugendlichen müssen wissen, dass ich absolut an ihre Fähigkeiten glaube und Blödsinn deshalb nicht tolerieren kann. Sie lernen sehr schnell, dass ich so 154
verletzlich bin wie sie und dass ich es nicht ertrage, wenn sie unter ihren Möglichkeiten bleiben und sich mit Albernheiten begnügen... Ich sage jedem, wenn du mitmachst, dann musst du deine ganze Energie und Konzentration einsetzen. Ob Madonna, Rapper oder Popstars, alle, die ihr bewundert und

von denen ihr meint, die hätten es einfach, haben Disziplin gelernt. Disziplin, Disziplin, Disziplin. Und es ist diese Disziplin, auf der ich bestehe, und ich erkläre immer wieder warum.« Und auf die Frage: »Kinder sind einfach nicht gefordert - wäre das die Summe ihrer Erfahrungen?«, meinte er: »Ja, wir glauben nicht an ihre Fähigkeiten, und diese sind uns auch nicht wichtig, solange das Schulsystem genug Leute ausspuckt, die das Funktionieren der Gesellschaft gewährleisten.«[18]

Am Disziplinbegriff scheiden sich die Geister. Der langjährige Direktor von Salem, Bernhard Bueb, stellt fest: »Disziplin ist das ungeliebte Kind der Pädagogik, sie ist aber das Fundament aller Erziehung. Disziplin verkörpert alles, was Menschen verabscheuen: Zwang, Unterordnung, verordneter Verzicht, Triebunterdrückung, Einschränkung des eigenen Willens.«[19] Für den Kinder- und Jugendpsychiater Michael Winterhoff ist ein falsch verstandenes Partnerschaftsideal von Eltern und Lehrern die Ursache vieler Erziehungsschwierigkeiten. Das führe beim Kind zu einer narzisstischen Aufwertung und versage ihm die notwendige Führung und Anleitung. [20] Remo H. Largo dagegen interpretiert dies als Rückkehr zu einer autoritären Erziehungsform, der er kritisch gegenübersteht, und meint, damit würde das eigentliche Problem heutiger Erziehung verkannt: der Mangel an Zuwendung.[21]

Hier werden Forderungen gegeneinander ausgespielt, die zwei Seiten von ein und derselben Medaille sind, nämlich Führung, Leistungsforderung und Disziplin einerseits, Zuwendung andererseits. Jeder Jäger weiß von seinem Hund und jeder Reiter von seinem Pferd, dass er seinem tierischen Freund, der seine Führung erwartet, nichts abfordern kann, wenn er ihm keine Zuwendung zuteil werden lässt. Er weiß aber auch, dass sich das Pferd nicht von selber dressiert und der Hund nicht von alleine apportiert. Viel anders sind die Regeln nicht, die in der menschlichen Erziehung gelten. Eltern und Lehrer müssen Zuwendung und Anleitung geben, aber sie müssen auch Verhaltens- und Leistungserwartungen artikulieren. Das Kind wird diesen Erwartungen umso bereitwilliger entsprechen, je mehr es sich als Person individuell wertgeschätzt, angesprochen und geborgen fühlt.

Der Neurobiologe Joachim Bauer sagt: Die »Ergebnisse der modernen Neurobiologie führten zur Wiederentdeckung der zentralen Rolle der Beziehung für die kindliche beziehungsweise jugendliche Motivation... Was die Motivationssysteme des menschlichen Gehirns aktiviert, ist die Beachtung, das Interesse, die Zuwendung und die Sympathie anderer Menschen, was sie inaktiviert, ist soziale Ausgrenzung und Isolation. Das Gehirn macht aus Psychologie Biologie, oder anders ausgedrückt: Die stärkste Motivationsdroge für den anderen Menschen ist der Mensch... Um im Gehirn Motivation hervorzurufen, bedarf es gelingender zwischenmenschlicher Beziehungen... Beziehung gründet - soweit es die Beziehung zwischen Pädagogen und Kind beziehungsweise Jugendlichen betrifft - auf einer Balance zwischen verstehender Zuwendung und Führung.«[22] 155

Daran aber scheint es in der pädagogischen Wirklichkeit häufig zu mangeln. Allzu oft kombinieren sich niedrige Anforderungen und ein Laissez-faire der Eltern und Lehrer mit herzlicher Gleichgültigkeit gegenüber Kindern und Schülern. Eine unverbindliche Liberalität wird vorgelebt, die der Bequemlichkeit der Erwachsenen entgegenkommt, während sie die Kinder und Jugendlichen mit sich selbst alleine lässt. Dies ist (auch) ein verfehltes Erbe der Achtundsechziger, das in den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen besonders virulent ist und die dort besonders schlechten Pisa-Ergebnisse teilweise erklären mag.

Die besondere Bedeutung der Zuwendung für den pädagogischen Erfolg, die inzwischen auch durch die Neurobiologie belegt wurde, mag erklären, weshalb manche Lehrer mehr Erfolg haben als andere. Aber Zuwendung alleine reicht eben nicht, Autorität und Führung müssen hinzutreten. Wer es so macht wie der Choreograf Royston Maldoom, der wird ein guter Lehrer: Liebe zum Stoff, Zuwendung zu den Schülern und der Wille, jedem das abzufordern, was seinem Leistungsvermögen entspricht.

»Das Kind kann sich nur Erfahrungen zu eigen machen, die seinen Fähigkeiten entsprechen«,[23] heißt es bei Remo H. Largo. Da hat der erfahrene Kinderarzt Recht, ebenso wie er mit der Aussage Recht hat, dass man einem Kind keine Fähigkeiten beibringen kann, für die es (noch) nicht reif ist.[24] Bei Kindern kann man noch auf die weitere Entwicklung vertrauen, bei Jugendlichen schon weniger. Irgendwann sind Verstand und Psyche ausgereift, und dann ist Abwarten zwecklos. Wir wissen, dass es für bestimmte Lernstoffe ganz bestimmte Lernfenster gibt. Werden diese nicht genutzt, entstehen Defizite in der kindlichen Sozialisation und Sprachentwicklung, und diese können später nur noch schwer wettgemacht werden. In der Schule tritt die natürliche Hierarchie des Unterrichtsstoffes hinzu: Wenn ein Kind bis Ende des zweiten Schuljahres nicht mit ausreichendem Tempo und Verständnis lesen kann, so wird das seine gesamte weitere Schullaufbahn beeinträchtigen. Gleiches gilt für die Beherrschung der Grundrechenarten einschließlich schriftlicher Multiplikation und Division Ende des vierten Schuljahres. Defizite in den Grundfertigkeiten dürfen deshalb in der Schule nicht geduldet werden, es sei denn, sie sind durch unaufhebbare intellektuelle Grenzen bedingt. Freiheit und Individualität des Lernens müssen selbstverständlich jederzeit gefördert werden, aber nicht um den Preis vermeidbarer Defizite in jenen unerlässlichen Grundfertigkeiten, deren Beherrschung notwendige Bedingung für jedweden Bildungserfolg ist. 156

Die Förderung »kindgemäßen« Lernens, die Vermeidung von »Leistungsdruck« ist immer richtig, aber sie geht gleitend über in einen Zustand, in dem man dem Kind nicht das ihm Mögliche abfordert und seine Anstrengungsbereitschaft und Disziplin nicht genügend fördert. Die Dinge einfach »laufen zu lassen«, ist natürlich auch für den Lehrer viel einfacher - zumal in einer Gesellschaft, die überall und oft voreilig Leistungsdruck und Überforderung wittert.

Die optimale Lernsituation besteht, wenn die Leistungsanforderungen an den Schüler dessen Möglichkeiten sowie den Anforderungen an Gleichaltrige entsprechen und wenn die Anstrengungen des Schülers von dem Lehrenden angemessen gewürdigt werden. Trotzdem macht Lernen nicht zu jeder Zeit Spaß, und da Ziele erreicht werden müssen, sind die Lernanforderungen häufig fremdbestimmt. Dies zu akzeptieren, fällt vielen in der Schule schwerer als beispielsweise beim Sport oder beim Erlernen eines Instruments.

Meister ohne Übung?

Jeder Sportler, der seine Leistungen steigern will, muss regelmäßig und intensiv trainieren. Jeder Musiker, egal wie begabt er ist, muss, wenn er Spitzenleistungen erzielen will, täglich viele Stunden auf seinem Instrument üben. In den großen Malwerkstätten der Renaissance wurden die Schüler zunächst damit beschäftigt, Werke immer und immer wieder zu kopieren, bis die Technik schließlich saß. Das galt auch bei Albrecht Dürer als der beste Weg, Auge und Hand zu schulen.

An vielen Schulen kam das Üben in den letzten Jahrzehnten allerdings aus der Mode. Hausarbeiten gerieten in Verruf, weil sie Kindern aus bildungsnäheren Elternhäusern angeblich komparative Vorteile

verschaffen. Natürlich darf Üben nicht stupide und langweilig sein. Aber Sicherheit in bestimmten Fertigkeiten gewinnt man eben nur durch Praxis. Fachleute wissen, dass ein Chirurg statistisch gesehen 157
eine umso höhere Erfolgsquote hat, je öfter er pro Jahr eine bestimmte Operation ausführt. Genauso wird ein Kind umso sicherer eine bestimmte Rechenoperation ausführen, je öfter es diese praktiziert. Auch Leseverständnis wie Lesetempo wachsen mit Dauer und Umfang der Lesepraxis. Im Grunde ist das Lesen nämlich unter biologischen Gesichtspunkten eine eher unnatürliche Handlung. Es gebe beim Menschen - anders als fürs Sprechen - keine Anlage dafür, sagt Arthur Jacobs, Professor für Neurokognitive Psychologie an der Freien Universität Berlin. »Lesen ist hart erlerntes Handwerk, Hirnarbeit, und nicht jedes Hirn ist gleich.«[25]

Die bei vielen Lehrern und Eltern verbreitete Abneigung gegen das Üben ist ein spätes Erbe der Achtundsechziger-Sozialisation. Sie wird gerechtfertigt mit dem Argument, man wolle »Leistungsdruck« verhindern und die Chancengleichheit wahren, entspringt aber oft nur der Bequemlichkeit von Lehrern und Eltern gleichermaßen: Weniger Hausaufgaben bedeutet, dass die Eltern weniger Last damit haben, die Kinder dabei zu beaufsichtigen, und die Lehrer weniger Arbeit damit, die Erledigung der Hausaufgaben nachzuprüfen.

Im November 2009 nahm ich an einer Podiumsdiskussion beim Arbeitgeberverband in Köln teil. Dabei ging es auch um Bildung als produktive Ressource und um notwendige Reformen unseres Bildungssystems. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Linssen wies auf die vermehrten finanziellen Anstrengungen seines Landes hin, andere Podiumsteilnehmer stimmten ein. Die Debatte schien in das übliche begütigende Selbstlob auszuarten. Da meldete sich der ebenfalls auf dem Podium sitzende Zhengrong Liu zu Wort.

Liu, Jahrgang 1970, stammt aus Shanghai und wuchs in China auf. Er ist Personalvorstand der Lanxess AG in Leverkusen mit 14000 Mitarbeitern. Lius Kinder besuchen ein gutes deutsches Gymnasium. Die gleichaltrigen Kinder seiner Schwester gehen in Shanghai zur Schule. Der Unterschied in Wissen und Anforderungen in Mathematik und Naturwissenschaften sei riesengroß, sagte Liu, seine Kinder seien im Verhältnis zu ihren Vettern und Cousinen in Shanghai weit zurück. Wenn er diesen Unterschied sehe, werde ihm angst und bange um die Zukunft Deutschlands. Nach der Veranstaltung äußerte er mir gegenüber Unverständnis, dass seine Kinder für die sechswöchigen Sommerferien keine Hausaufgaben aufbekämen. Die Kinder seiner Schwester hätten in den 40 Ferientagen Hausaufgaben zu erledigen, die für 50 Tage reichten. Das sei vielleicht übertrieben, aber so wie in Deutschland ginge es auch nicht.

Man tut gerade den Kindern aus bildungsferneren Schichten einen Tort an, wenn man ihnen und 158
ihren Familien den Eindruck vermittelt, man lerne etwas ohne übende Vertiefung. Natürlich kann Üben einen guten Unterricht nicht ersetzen, aber ein guter Unterricht wird noch viel effizienter, wenn das Gelernte übend vertieft wird. Andererseits gibt es Grenzen des Übens, die durch Entwicklungsstand und Intellekt gesetzt sind. Manche Schüler kommen trotz intensiven Übens über bestimmte Niveaus in Leseverständnis und mathematischer Kompetenz nicht hinaus, dann gilt, »die, die es nicht geschafft haben, würden es auch mit einem großen Stundenaufwand nicht auf das Niveau schaffen«.[26] Ein weiterführender Fachunterricht ist an diese Gruppe verschwendet. Diese Schüler sollten stattdessen etwas tun, was ihren Fähigkeiten entspricht. Nichts ist frustrierender, kaum etwas macht aggressiver, als einem Unterricht beizuwohnen, dem man geistig nicht folgen kann. Wer die Grundschulmathematik aber nicht ausreichend beherrscht und nicht in der Lage ist, dieses Defizit zu beseitigen, für den ist der Mathematikunterricht in höheren Klassen reine Zeitverschwendung.

Denken und Auswendiglernen

Wo die Intelligenz hoch ist, ist in der Regel auch das Gedächtnis gut, und mäßige Intelligenz geht meist mit mäßigen Gedächtnisleistungen einher. Zu wissen, wo etwas steht, ist nicht das Gleiche, wie etwas im Kopf zu haben. Telefonbücher auswendig zu lernen, ist natürlich unsinnig, Telefonnummern kann man nachschlagen. Aber ohne einen gewissen Gedächtnisbestand in Geografie und Geschichte ist es zum Beispiel unmöglich, politische Ereignisse des Tages richtig einzuordnen. Bei gleichem Denkvermögen ist immer überlegen, wer über eine Sache mehr weiß. Wer wollte schon einem Arzt vertrauen, dessen Gedächtnis zum Erlernen der menschlichen Anatomie nicht ausgereicht hat (darum fallen im Medizinstudium immer so viele beim Physikum durch). Die grundsätzliche Begrenztheit des menschlichen Gedächtnisses kann kein Grund sein, die Kapazitäten, die es hat, nicht zu nutzen. Selbst im Denkfach schlechthin, der Mathematik, kommt man besser zurecht, wenn man bestimmte Dinge einfach auswendig weiß, etwa das kleine und das große Einmaleins, den Satz des Pythagoras oder die Binomischen Formeln.

Richtig ist, dass man häufig Menschen trifft, die gut auswendig lernen, aber schlecht denken können. Richtig ist aber auch, dass man eigentlich nie jemanden trifft, der gut denken kann, aber ein schlechtes Gedächtnis hat. Das Denken kann man - in Grenzen - üben, und das muss man auch. Beim Lernen kann
man durch Willenskraft die Grenzen weiterziehen als beim Denken. Wer viel weiß, kann das eine oder 159
andere Denkdefizit ausgleichen. Aber wer in der Lage ist, durch Denken Wissensgegenstände miteinander zu verknüpfen, baut sich »Eselsbrücken«, lernt leichter, schneller und behält das Gelernte länger. Am Ende denkt der besser, der mehr weiß, und er erbringt bei gleicher Intelligenz in jeder Hinsicht bessere Leistungen. Das erklärt den phänomenalen Erfolg ostasiatischer Schüler im deutschen Schulsystem. Man muss nicht alle Auswüchse des ostasiatischen Pauk- und Prüfungswesens gutheißen,[27] aber die Vorteile einer intensiven Lernanstrengung sind nicht zu übersehen.

Natürlich führt es zu nichts, wenn man sich den Satz des Pythagoras einfach einpaukt. Man muss ihn zunächst verstehen, und das demonstriert man, indem man ihn beweisen kann. Hat man ihn einmal verstanden und bewiesen, dann reicht es für die fernere verständige Anwendung, dass man die Formel jederzeit aus dem Gedächtnis abrufen kann.

Es ist nicht verkehrt, vorrangig das Denken zu schulen. Denken macht nämlich Spaß (solange man nicht an die Grenzen des eigenen Intellekts stößt). Intelligente Fragestellungen, die das Denken anregen, wecken jenes Interesse, das das Lernen des Stoffes erleichtert. Es geht ja nicht darum, ungebändigte Stoffmassen in die Hirne der Schüler zu schleusen, wohl aber darum, so viel Wissen anzuhäufen, dass man zum Denken auch Stoff hat. Jedes Lernen impliziert zudem auch eine Auseinandersetzung mit dem Lernstoff, gibt nicht nur Orientierungswissen, sondern auch neue Denkanregungen.

»Das Lernen von Inhalten ist noch nie möglich gewesen, ohne das Begreifen von Methoden. Die wissenschaftlich fundierte Lernpsychologie weiß, warum das so ist. Wer jetzt das Lernen lernen will statt Vokabeln, Thermodynamik oder die Prinzipien des aristotelischen Theaters, outet sich als

hermeneutischer Dilettant«, schreibt der langjährige Lehrer und Lehrerausbilder Klaus Russ und kritisiert den didaktischen Innovationswahn, der ständig Bewährtes verwirft und neue pädagogische Irrtümer produziert. »Lernen, Behalten, Nachdenken sind mühselig wie eh und je. Die Polemik gegen abfragbares Wissen ist hoffähig - als gäbe es ein anderes.«[28]

Auch beim Lernen gilt: Der Umfang des zu Lernenden muss zur Gedächtniskapazität dessen, der sich den Stoff aneignen soll, in vernünftigem Verhältnis stehen, und der Lernprozess muss so erfolgen, dass der begrenzte Stoff vernünftig angeeignet werden kann. Wer als Lehrkraft egalitär denkt, kommt leicht in Versuchung, den Lernstoff für alle so zu beschränken, dass auch der schwächer Begabte keine Probleme hat. Beide, der lernschwache und der lernstarke Schüler, haben aber einen Anspruch auf volle Forderung ihrer geistigen Kapazitäten.

Kann jeder alles lernen?

Pisa 2006 hat in Bezug auf die Lesekompetenz der Fünfzehnjährigen Deutschland einen Platz im OECD-Durchschnitt angewiesen; gegenüber den Pisa-Spitzenländern lag es mit einem durchschnittlichen Punktwert von 495 um 50 bis 60 Punkte zurück. Das entspricht dem Leistungsabstand von zwei Schuljahren (Tabelle 6.1).[29] Ähnlich waren die Ergebnisse bei der mathematischen Kompetenz. Hier lag Deutschland gegenüber den Spitzenländern um 40 bis 45 Punkte zurück. Das entspricht dem Leistungsabstand von rund anderthalb Schuljahren (Tabelle 6.2).[30]

Alle Länder, ob sie bei Pisa an der Spitze stehen oder nicht, haben dramatische Unterschiede *innerhalb* derselben Altersgruppe: Selbst wenn man die besten 25 Prozent und die schlechtesten 25 Prozent ausklammert, entsprechen die Unterschiede in der OECD durchschnittlich fünf Schuljahren, in Deutschland fünf bis sechs Schuljahren, beim Spitzenreiter Korea fünf und beim Spitzenreiter Finnland vier Schuljahren. Die Länder, die ein im Durchschnitt und in der Spitze höheres Niveau erreichen, haben auch in der Gesamtheit geringere Unterschiede, aber diese bleiben riesengroß. Dies entspricht den Erfahrungen innerhalb Deutschlands. Die Länder, die besonders schlecht abschneiden, wie Berlin, haben größere Leistungsunterschiede als jene, die besonders gut abschneiden, wie Bayern.

Die Pisa-Tests sind so normiert, dass ein Unterschied von 25 Punkten dem Leistungsunterschied von etwa einem Schuljahr entspricht. Bei Pisa 2006 klaffte bei der mathematischen Kompetenz zwischen dem 25. und dem 75. Perzentil in Bayern ein Unterschied von fünf Schuljahren, in Berlin waren es sechs. Selbst wenn man also die schlechtesten 25 Prozent und die besten 25 Prozent der Fünfzehnjährigen aus der Betrachtung ausklammert, betrug die Leistungsspanne in Bayern fünf und in Berlin sechs Jahre, wobei auch die Besseren in Berlin um ein Jahr hinter der Vergleichsgruppe in Bayern zurücklagen. Aber selbst bei den internationalen Pisa-Spitzenreitern Kanada und Finnland entsprach der Leistungsunterschied zwischen dem 25. und 75. Perzentil vier Schuljahren.

Tabelle 6.1 Lesekompetenz nach Pisa 2006

Staat	Punktwert Durchschnitt	Perzentil 25 %	Perzentil 75 %	entspricht Abstand von
OECD	492	429	563	5 Schuljahren
Deutschland	495	429	573	6 Schuljahren
Finnland	547	494	603	4 Schuljahren
Korea	556	503	617	5 Schuljahren

Vgl. Babara Drechsel/Cordula Artelt: »Lesekompetenz«, in: Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie*, Münster 2007.

Tabelle 6.2 Mathematische Kompetenz nach Pisa 2006

Staat	Punktwert Durchschnitt	Perzentil 25 %	Perzentil 75 %	entspricht Abstand von
OECD	498	436	561	5 Schuljahren
Deutschland	504	437	574	5 Schuljahren
Finnland	548	494	605	4 Schuljahren
Korea	547	485	612	5 Schuljahren

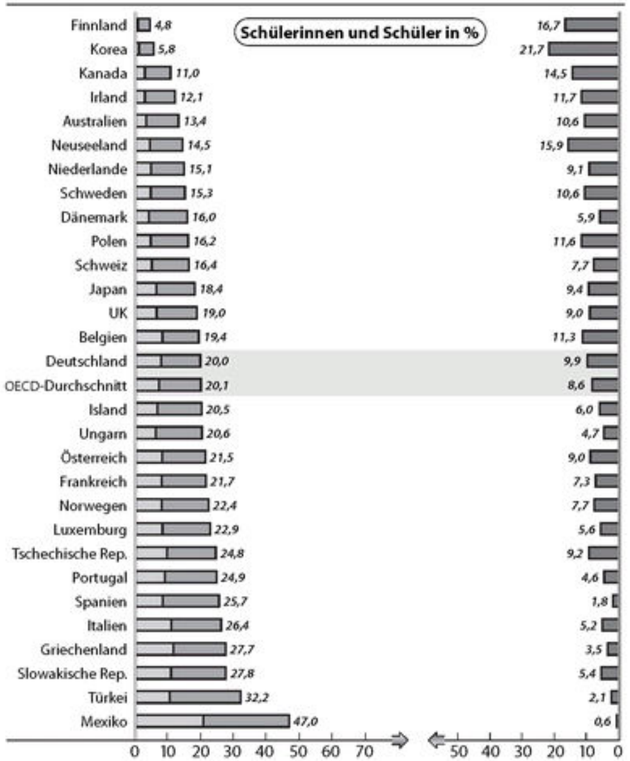
Vgl. Andreas Frey u.a.: »Mathematische Kompetenz im Ländervergleich«, in: Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008

Bei den bayerischen Gymnasien sank der Leistungsunterschied zwischen dem 25. und dem 75. Perzentil auf 3,5 Schuljahre, in Berliner Gymnasien sank er auch, aber nur auf vier Schuljahre. Die schlechteren Schüler lagen an Berliner Gymnasien um ein Jahr unter dem bayerischen Niveau, die besseren Schüler immer noch um ein halbes Jahr. Vergleichbare Ergebnisunterschiede gibt es bei der Lesekompetenz. Das für Berlin Gesagte gilt analog für Bremen, Hamburg und die anderen relativ schlecht abschneidenden Bundesländer: niedrigere Anforderungen (hinter denen, so steht zu vermuten, sich eine niedrigere Unterrichtsqualität verbirgt) führen zu schlechteren Leistungen der Schlechten, zu schlechteren Leistungen der Besten und zum weiteren Auseinanderklaffen der Leistungen in der Altersgruppe. Unabhängig von der Qualität des Schulsystems ist es also offenbar nirgendwo so, dass jeder alles lernen kann.

Für das Bildungssystem eines jeden Landes sind zwei Gruppen von Schülern von besonderer Bedeutung:

- Die absolute Spitzengruppe, die für das technologische und innovative Potential eines Landes sorgt.

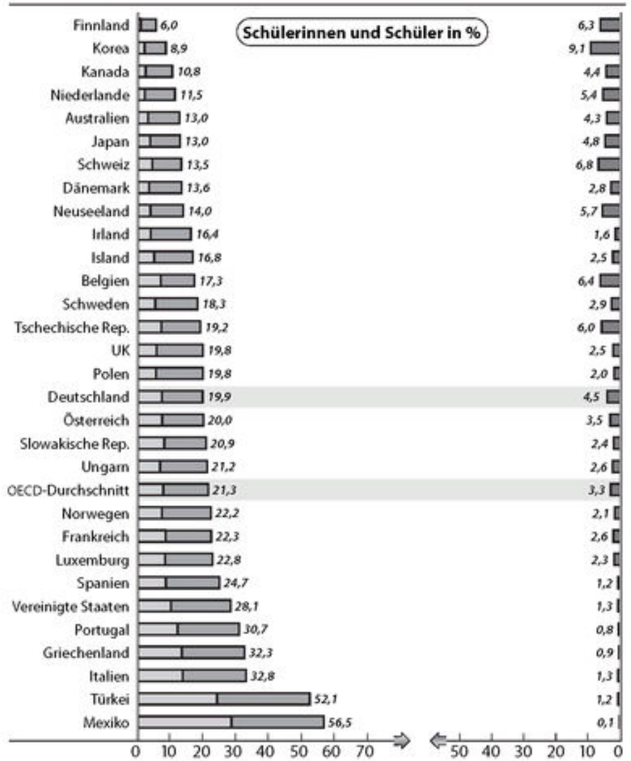
Schaubild 6.1 Lesekompetenz im Pisa-Vergleich: Anteile von Schülern in den beiden niedrigsten und in der höchsten Kompetenzstufe



Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *Pisa 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008, S. 233.

- Die Gruppe jener, die kein mit den Anforderungen des Arbeitslebens kompatibles Niveau in Lesekompetenz und mathematischer Kompetenz erreicht. Diese Schüler stellen die künftigen Problemgruppen am Arbeitsmarkt. Ein großer Teil von ihnen wird dauerhaft armutsgefährdet und von Transferleistungen abhängig sein.

Schaubild 6.2 Mathematische Kompetenz im Pisa-Vergleich: Anteile von Schülern in den beiden niedrigsten und in der höchsten Kompetenzstufe



Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *Pisa 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008, S. 262.

In Deutschland erreichten bei Pisa 2006 sowohl in der Lesekompetenz als auch in der mathematischen Kompetenz rund 20 Prozent der Fünfzehnjährigen kein akzeptables Niveau, das heißt, sie gehören zu den untersten beiden Kompetenzstufen. Das sind zwar bessere Ergebnisse als in der Türkei, wo bei der Lesekompetenz 32 Prozent und bei der mathematischen Kompetenz 52 Prozent der Schüler in den unteren beiden Kompetenzstufen eingeordnet wurden, aber weitaus schlechter als in Korea, wo nur sechs Prozent beziehungsweise neun Prozent in den beiden unteren Kompetenzgruppen landen.

Umgekehrt sind in Korea beim Lesen 21,7 Prozent der Schüler in der obersten Kompetenzgruppe, in Deutschland 9,9 Prozent und in der Türkei nur 2,1 Prozent. In der mathematischen Kompetenz sind die Unterschiede ähnlich ausgeprägt: Hier gehören 9,1 Prozent der fünfzehnjährigen Koreaner, 4,5 Prozent der Deutschen und 1,2 Prozent der Türken der obersten Kompetenzklasse an.

In der OECD-Spitzengruppe liegt der Anteil der besonders schlechten Ergebnisse lediglich bei um die 10 Prozent. Entweder gibt es in diesen Ländern weniger schwache Schüler, oder man geht mit ihnen anders um. Möglicherweise trifft beides zu, denn die bei Pisa am besten abschneidenden Länder haben historisch gesehen wenig oder keine Einwanderer gehabt, beziehungsweise sie haben diese unter Qualifikationsaspekten stark selektiert. Darüber hinaus sind die »guten« Pisa-Staaten allesamt Länder, in denen die verfestigte Unterschicht relativ klein ist. Staaten mit einer verfestigten Unterschicht, England etwa, stoßen mittlerweile offenbar an die Grenzen ihrer Fördermöglichkeiten.[31] Jene Länder, die relativ geringe Anteile an schlechten Leistungen im Pisa-Test haben, weisen allerdings auch

besonders hohe Anteile leistungsstarker Schüler (Kompetenzstufe VI) auf, und das lässt den Rückschluss zu, dass sie das bessere Bildungssystem haben. Auch der Vergleich der deutschen Bundesländer zeigt ja eine starke Streuung der Ergebnisse: In Süddeutschland bleiben nur 12 bis 17 Prozent der Schüler in Mathematik auf Kompetenzstufe I und tiefer, in Berlin, Hamburg und Bremen sind es dagegen 26 bis 29 Prozent.[32] Diese Unterschiede sind sicherlich zum Teil auf die unterschiedliche Qualität des Bildungssystems zurückzuführen, aber wohl auch darauf, dass sich die bildungsferne Unterschicht in Deutschland nicht gleichmäßig über die Bundesländer verteilt, sondern sich in Ballungsräumen konzentriert.

Die Leistungsunterschiede zwischen den Staaten lassen sich weitgehend durch die Sozialisationsunterschiede im Nationalcharakter und durch die unterschiedliche Qualität der Schulsysteme erklären. Zudem ist ganz offensichtlich, dass es Nationen mit einer weitgehend homogenen Bevölkerung wie Korea und Finnland im Bildungssystem leichter haben. Die innerstaatlichen Leistungsunterschiede sind aber offenbar weitgehend auf angeborene Unterschiede in der Bildungsfähigkeit zurückzuführen, anders ist ihre Stabilität bei völlig unterschiedlichen Schulsystemen nicht zu erklären. Eine realistische und den Schülern dienende Pädagogik setzt hier an und akzeptiert die genetisch bedingte Variabilität der menschlichen Anlagen. [33] Es gibt nämlich in jeder Population - und offenbar auch in Finnland und Korea - einen stabilen Kern an nicht oder kaum Bildungsfähigen, bei dem die objektiven Grenzen eines jeden Bildungssystems sichtbar werden: Fünf Prozent der Bevölkerung in Deutschland und Österreich sind funktionale Analphabeten, in der Schweiz kann jeder Siebte nicht flüssig lesen und schreiben.[34]

Was misst eigentlich Pisa?

Es ist bekannt, dass Korrelationen keine Kausalitäten begründen können. Sie können allerdings Vermutungen bezüglich einer bestimmten Kausalität stützen. So wissen wir, dass Korrelationen zwischen Intelligenz und Schulerfolg zu den höchsten in der psychologischen Diagnostik gehören und - darüber hinaus - dass die gemessene Intelligenz einer der besten Prädiktoren für den Schulerfolg ist. Es wirbelte deshalb in Fachkreisen erheblichen Staub auf, als Heiner Rindermann 2006 zeigte, dass bei Pisa 2000 und 2003 die Ergebnisse aller drei Kompetenzen - Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften - nicht nur miteinander extrem hoch korrelieren, sondern auch mit der gemessenen Intelligenz. Rindermann stellte die Frage in den Raum, ob die Pisa-Tests nicht einfach nur Intelligenz messen. Außerdem verglich er die OECD-weit gemessenen Pisa-Ergebnisse mit den von Richard Lynn und Tatu Vanhanen zusammengestellten Messergebnissen der durchschnittlichen IQs der entsprechenden Staaten und stellte hier ebenfalls eine hohe Korrelation fest.[35] Damit war die Büchse der Pandora geöffnet.

In ihrem Kommentar zu Rindermanns Untersuchung kritisierten Vertreter des deutschen Pisa-Konsortiums verschiedene Aspekte seines methodischen Vorgehens und äußerten abschließend: »Nach unserer Auffassung lassen sich von Rindermanns Befunden und Interpretationen nur zwei aufrechterhalten: (I) Intelligenzmaße und Bildungsindikatoren beziehungsweise schulisch vermittelte Kompetenzen korrelieren hoch miteinander. (2) Das Bildungsniveau ist in den sogenannten westlichen Industriestaaten höher als in anderen Staaten und hängt mit Merkmalen dieser Industriestaaten wie z.B. demokratischer Staatsform, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlich keit zusammen.«[36]

Damit hätten wir ein klassisches Henne-Ei-Problem: Bis zu welchem Grad sind unterschiedliche Pisa-Ergebnisse ein Resultat unterschiedlicher Intelligenzniveaus oder andersherum: Bis zu welchem Grad sorgt unterschiedliche Unterrichtsqualität für Unterschiede in der gemessenen Intelligenz? Darauf haben auch die Vertreter des deutschen Pisa-Konsortiums im Grunde keine Antwort.

Das Problem kann und soll hier auch gar nicht gelöst werden. Das macht es aber nicht irrelevant. Lynn und Vanhanen hatten gezeigt, dass der Wohlstand der Nationen mit der gemessenen Durchschnittsintelligenz der Völker positiv korreliert.[37] Ebenso zeigten Eric A. Hanushek und Ludger Wößmann, dass kognitive Testleistungen, wie sie zum Beispiel bei Pisa ermittelt werden, mit dem Wirtschaftswachstum der betreffenden Länder positiv korrelieren. »Die Forschungsergebnisse belegen, dass Unterschiede in Bildungskompetenzen einen großen Teil der Unterschiede im Wirtschaftswachstum erklären können.«[38] Wenn man Intelligenz mit kognitiver Testleistung gleichsetzt, dann passt das bestens zu den Ergebnissen von Lynn und Vanhanen. Aber wie gesagt: Die Henne-Ei-Frage soll an dieser Stelle ausdrücklich offen bleiben.

Doch vor einer anderen Erkenntnis kann man die Augen kaum verschließen: Die weit verbreitete Annahme, höhere Bildungsausgaben würden das Bildungsergebnis von ganz alleine verbessern, wird leider weder national noch international gestützt. Die Art der Unterrichtspläne, die Qualität der Schulorganisation, die Ausbildung und Motivation der Lehrer, die Qualitätskontrolle und der Wettbewerb im Bildungssystem spielen aus meiner Sicht die entscheidende Rolle. Bester Beleg: Die deutschen Spitzenländer im Pisa-Vergleich haben deutlich niedrigere Ausgaben pro Schüler als die Schlusslichter.

Es führt zu nichts, im Zusammenhang mit der Pisa-Diskussion Umwelt und Erblichkeit gegeneinander in Stellung zu bringen. Bei einer Erbkomponente von 80 Prozent und einer Umweltkomponente von 20 Prozent könnten günstige Umweltbedingungen den gemessenen IQ um sieben Punkte erhöhen, wenn sich die Umweltbedingungen um eine Standardabweichung verbessern. Beträgt die Erbkomponente 50 Prozent, so würde eine Verbesserung der Umweltbedingungen um eine Standardabweichung den IQ um 11 Punkte erhöhen.[39] In die Umweltbedingungen fließen aber viele Komponenten ein, nämlich Elternhaus, soziale Herkunft und gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Die Schule ist nur ein Teil davon, und es ist deshalb unwahrscheinlich, dass sie die gemessene Intelligenz um mehr als fünf Punkte beeinflussen kann. Die beste Schule macht ein dummes Kind nicht klug, und die schlechteste Schule macht ein kluges Kind nicht dumm. Eine gute Schule kann aber entscheidend dazu beitragen, das vorhandene Maß an Intelligenz in vollem Umfang einzubringen und in tatsächliche kognitive Leistung umzusetzen.

Mädchen und Jungen

Männer und Frauen beziehungsweise Mädchen und Jungen haben unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Intelligenz. Außerdem haben Mädchen gegenüber Jungen bis zum Abschluss der Pubertät einen Entwicklungsvorsprung, der sich auch in einer schnelleren Zunahme des IQ zeigen kann. Das

männliche Geschlecht ist häufig besser im Raumvorstellungsvermögen und beim logischen Schlussfolgern, das weibliche Geschlecht im verbalen Gedächtnis und verbalen Ausdrucksvermögen, außerdem in Rechenfertigkeit und feinmotorischer Koordination.

Seit den dreißiger Jahren werden die Aufgabenanteile in Intelligenztests so normiert, dass sich für beide Geschlechter der gleiche durchschnittliche IQ ergibt. Männer sind in der Überzahl bei den Hochintelligenten (IQ von 120 und mehr, wobei das zahlenmäßige Übergewicht mit dem Intelligenzgrad steigt) und bei den weniger Intelligenten (IQ von 80 und weniger), wobei hier das 165
relative Übergewicht der Männer mit abnehmender Intelligenz steigt. Bei den extremen Begabungen - IQ von 145 und mehr - ist die Relation zwischen Jungen und Mädchen 8: I und höher.[40] Dennoch haben Mädchen eindeutig größere Erfolge in der Schule vorzuweisen: In Deutschland beträgt ihr Anteil an den Schulabbrechern ohne Hauptschulabschluss nur 36 Prozent, ihr Anteil an den Abiturienten dagegen 56 Prozent.[41] Die größere verbale Kompetenz und kommunikative Stärke mögen das teilweise erklären. Eine Rolle spielt auch, dass die größere Verhaltensstabilität der Mädchen und ihr besseres Kommunikationsvermögen dazu führen, dass Mädchen selbst bei gleicher Leistung häufig besser benotet werden als Jungen und deshalb häufiger eine Gymnasialempfehlung erhalten. Der Erziehungswissenschaftler Dieter Lenzen bezeichnet Jungen deshalb als Verlierer des Bildungssystems und führt dies auch auf den geringen Anteil männlicher Lehrkräfte an den Grundschulen zurück.[42]

Allerdings ist nicht zu bestreiten, dass Jungen durchschnittlich weniger gern und grundsätzlich weniger lesen als Mädchen. »So halten beispielsweise 35 Prozent der Jungen Lesen für Zeitverschwendung, aber nur 15 Prozent der Mädchen.«[43] Umgekehrt verbringen Jungen wesentlich mehr Zeit mit Computerspielen und entwickeln hier teilweise sogar Suchtsymptome. Diese Problematik ist auch schichtabhängig, aber nicht nur.[44] Die mit Computerspielen verbrachte Zeit fehlt für schulisches Lernen, für Lektüre und andere Aktivitäten, das wirkt sich nicht selten verheerend auf die Schulleistungen aus. Der steigende Medienkonsum am Nachmittag und das geringe Sportangebot in den Schulen tragen zudem dem ausgeprägten Bewegungsdrang der meisten Jungen nicht ausreichend Rechnung, wodurch deren Lernwille und geistige Aufnahmefähigkeit zusätzlich beeinträchtigt werden. Hier durch ein attraktives Bewegungsangebot Ausgleich zu schaffen, wäre eine wichtige Aufgabe von Ganztagsschulen.

Dass ausreichende Bewegung und sportliche Betätigung für die ganzheitliche Ausgeglichenheit des Menschen und seine geistige Leistungsfähigkeit von großer Bedeutung sind, ist eine alte Erkenntnis. Das Gymnasium leitet seinen Namen nicht von ungefähr von den griechischen Sportstätten her. Wie wichtig Bewegung ist, hat man im Schuldistrikt Naperville in Illinois vorgeführt. Es wurde eine einstündige sportliche Betätigung täglich für alle eingeführt. Bevorzugt wurde Fitnesstraining, das an der individuellen Leistungsfähigkeit ausgerichtet war. Diese Maßnahme führte zu einer erheblichen 166
Verbesserung der schulischen Leistungen aller Schüler. Dies zeigte sich in dramatischer Form beim Abschneiden in den nationalen Leistungstests. Auch nahm der Anteil der Übergewichtigen unter den Schülern - in den USA ein rapide wachsendes Problem - erheblich ab. Die positiven Auswirkungen auf die intellektuelle Leistungsfähigkeit waren besonders groß, wenn die tägliche sportliche Betätigung vor Unterrichtsbeginn stattfand. Mittlerweile hat die Erfahrung von Naperville in vielen Schulbezirken der USA für ein entsprechendes Umdenken gesorgt.[45]

Wer sollte zusammen lernen? Welches Schulsystem brauchen wir?

Die Diskussion der aktuellen Pisa-Ergebnisse hat empirisch gezeigt, was die gesicherten Ergebnisse der Intelligenzforschung analytisch nahelegen: Die Spannweite individueller Begabungsunterschiede ist riesig und ihr Einfluss auf das intellektuelle Leistungsvermögen und die schulische Leistung weit größer als der Einfluss unterschiedlicher Strukturen von Bildungssystemen oder Schulen von unterschiedlicher Qualität. In jeder beliebigen Altersgruppe erreichen die Entwicklungs- und Leistungsunterschiede eine Spannweite von vier bis sechs Schuljahren. Wie soll man da den Leistungsstarken fordern, ohne den Leistungsschwachen zu überfordern, oder den Leistungsschwachen fördern, ohne den Leistungsstarken zu langweilen?

Die überkommene Antwort war das gegliederte Schulsystem: Für die Dummen gab es die Hilfsschule, für die große Masse die Volksschule, für die Begabteren die Realschule und für einige wenige das Gymnasium. Das System funktionierte, als in der Tat nur wenige eine weiterführende Schule besuchten und 80 bis 90 Prozent in der Volksschule blieben. Diese führte ihren Namen zu Recht. Das System geriet aber umso mehr in eine Schieflage, je stärker der Gymnasialanteil wuchs. Das hatte verschiedene Gründe. So musste das Niveau des Gymnasiums zwangsläufig sinken, wenn im Laufe der Zeit statt zehn Prozent der Schüler 35 Prozent und mehr diesen Schultyp wählten. Mit dem wachsenden Gymnasialanteil verschlossen sich Volksschülern viele Laufbahnen, die ihnen einst offen gestanden hatten. Damit wurde die Frage, ob jemand aufs Gymnasium geht, in immer höherem Maße zu einer Frage der Vorabzuteilung von Lebenschancen. Je höher der Anteil weiterführender Schulen wurde, desto mehr entwickelte sich die Hauptschule zur Restschule. In den fünfziger Jahren war es keine Zurücksetzung, auf der Volksschule zu verbleiben, sondern eine Ehre, auf das Gymnasium zu wechseln. Heute dagegen ist eher der Wechsel zur weiterführenden Schule »normal«. Wer an der Hauptschule 167
bleibt, ist Teil einer negativen Auslese und fühlt sich auch so, was nicht selten durch ein entsprechend schlechtes Verhalten zum Ausdruck kommt.

Die Verteilung der intellektuellen Fähigkeiten folgt einer Gaußschen Normalverteilung. Der Schnitt zwischen Gymnasialbesuch oder nicht verlief in der Nachkriegszeit zunächst im rechten auslaufenden Ast ziemlich weit auf der rechten Seite. Wenn aber 30 bis 40 Prozent eines Jahrgangs oder gar noch mehr aufs Gymnasium gehen, dann bedeutet dies, dass recht ähnliche Begabungen die Gymnasialchance erhalten oder eben auch nicht. Die damit verbundenen Zufälligkeiten werden als große Ungerechtigkeit empfunden.

Mit der jetzigen Tendenz zu einem zweigliedrigen Schulsystem beginnt sich der Kreis zu schließen: Der in den meisten Bundesländern bereits vorgenommene oder geplante Zusammenschluss von Haupt- und Realschule zu einer neuen »Oberschule«, »Mittelschule« »Sekundarschule« oder »Stadtteilschule« soll ein Stück der alten Volksschule zurückbringen. In diesen neuen »Volksschulen« soll der Aufstieg bis zum Abitur möglich sein.[46] Das logische Ende all dieser Reformen ist eine Einheitsschule, die durch innere Durchlässigkeit und Differenzierung alle Begabungen fördert und bis zum Abitur führen kann. Erwiesen scheint, dass solch eine Einheitsschule, ja dass jedes längere gemeinsame Lernen die Chancen aller erhöht und die Abhängigkeit von der sozialen Herkunft senkt.[47]

Die Befürworter erhoffen sich von der Einheitsschule mehr Anregungen und differenzierte Fördermöglichkeiten für jene 20 Prozent der Schüler - Tendenz steigend -, die nach Ansicht des

Deutschen Industrie- und Handelskammertags weder ausbildungsfähig noch -willig sind. Solche Fördermöglichkeiten könnten in der besseren Abstimmung von Schulbildung und praktischem Lernen liegen. [48] Konsequent zu Ende gedacht, könnte das Gymnasium durch die differenzierte Einheitsschule überflüssig werden. Nur wird in der Bildungspolitik keine Konsequenz gezogen. Pädagogik und Didaktik folgen weiterhin wechselnden Moden und dem Diktat wechselnder gesellschaftspolitischer Vorstellungen. Dabei ist ein vorrangiges Ziel der Demokratie naturgemäß die Herstellung von mehr Gleichheit durch Bildung. Die Politik aber schwankt zwischen den Zwängen des Tages und dem Traum von der Veränderung der Gesellschaft durch Bildung. Mal geht es um die »Exzellenzförderung«, mal um Ruhe an den Hauptschulen, mal um die nächste Wahl. Und die Eltern haben in erster Linie Interesse an möglichst guten Start- und Lebenschancen für ihre eigenen Kinder.

Dieses Interesse der Eltern kann ganz Unterschiedliches bedeuten. Manche suchen einen Schonraum 168
für ihr Kind, wollen möglichst wenig »Leistungsstress« und eine möglichst späte Gabelung der Bildungswege. Andere wollen, dass ihr Kind möglichst viel lernt, und wünschen, dass es die beste Schule besucht, was praktisch immer Gymnasium bedeutet, solange die mangelhafte Begabung des Kindes nicht überdeutlich ist. In der Praxis sind jene Eltern, die ihrem Kind etwas zutrauen beziehungsweise für ihr Kind Ehrgeiz entwickeln, fast immer für den Gymnasialbesuch. Jeder Versuch, die Bildung auf den Weg zu mehr Integration zu führen, löst daher heftigste Richtungskämpfe aus - mit unvorhersehbarem Ergebnis, wie das erfolgreiche Hamburger Volksbegehren gegen die dortige Schulreform zeigt.[49]

Die unterschiedlichen Standpunkte in der Debatte zeigen sich an zwei durchaus vergleichbaren Hamburger Familien. Die eine Familie hält Notengebung für traumatisierend und möchte das Elternwahlrecht für den Besuch der weiterführenden Schule abschaffen, um mehr Chancengleichheit herzustellen. Die andere - aus Süddeutschland zugezogen - ist über das Hamburger Schulniveau entsetzt und fragt, ob es zu viel verlangt sei, dass die Kinder am Ende der Grundschule das Einmaleins beherrschen und an die Oma einen fehlerfreien Brief schreiben können. Diese Familie will ihr Kind auf eine Privatschule schicken, wenn die Schulreform den Wechsel auf das Gymnasium nach der vierten Klasse unmöglich macht.[50]

In der Frage des »gemeinsamen Lernens«, die gleichzeitig die Frage nach der Zweckmäßigkeit und Berechtigung eines gegliederten Schulsystems impliziert, treffen ganz unterschiedliche Interessen, Lebenseinstellungen und politische Grundhaltungen aufeinander. Es gibt Idealisten, auch unter bildungsbewussten Eltern, und diese empfinden die bei gemeinsamem Lernen notwendige innere Differenzierung des Unterrichts nicht als Belastung für die Begabteren, sondern als Chance.[51] Für die konservativen Leistungsbewussten stellt das gemeinsame Lernen dagegen einen Anschlag auf die Bildungsmöglichkeiten der Leistungselite dar. Die Einschränkung beziehungsweise Abschaffung des Gymnasiums steht in dieser Gruppe unter Ideologieverdacht.[52] Die Egalitären wiederum sehen in dem gegliederten Schulsystem einen Angriff auf ihr Verständnis von Chancengleichheit.[53]

Keine Verständigung scheint bisher möglich zwischen den engagierten Pädagogen und Reformern, die die Bildungsfernen und weniger Begabten geistig anregen und fördern wollen durch den täglichen Schulkontakt mit Begabteren und Bildungsnäheren, und den Eltern, die sich als Anwälte der Interessen ihrer Kinder sehen. Deren Einstellungen sind umso elitärer und gymnasialfreundlicher, je höher sie das 169
Leistungspotential ihrer Kinder einstufen.

Längst ist klar, dass die Entwicklung eines jeden Schülers durch sein eigenes Potential begrenzt wird. »Die Gesamtschulen sind eine Folge von Bildungspostulaten, die zwar gut gemeint waren, aber von der falschen Prämisse ausgingen, dass die unterschiedlichen Leistungen nur eine Folge falscher Strukturen seien. Und dass man sozusagen aus jedem Kind einen Gymnasiasten machen könne, wenn nur das Umfeld stimmt. Doch das ist leider eine Illusion.«[54] Es gilt vielmehr der bereits zitierte Satz von Elsbeth Stern, dass »die optimale Förderung eines jeden Schülers nicht zu mehr Gleichheit, sondern zu mehr Ungleichheit führt«.

Empirisch gesehen kann die Frage, ob gemeinsames Lernen zu einer besseren Ausschöpfung von Begabungspotentialen führt, nicht schlüssig beantwortet werden. »Grundsätzlich zeigt die Forschung, dass Schulstrukturen eine untergeordnete Rolle bei der Erklärung von Schulleistungen spielen... Eine moderne Schule ist eine, die sich in erster Linie um die Unterrichtsentwicklung kümmert«, sagt der Direktor des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, Olaf Köhler.[55]

Dies wird eindrucksvoll durch eine im Auftrag der Kultusministerkonferenz durchgeführte neue Studie »Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich« unterstrichen: Die Länder Bayern und Baden-Württemberg mit ihrem »konventionellen«, gegliederten Schulsystem haben nicht nur das höchste Leistungsniveau, sondern auch die niedrigsten Leistungsdisparitäten und die höchste Leistung in den unteren Kompetenzgruppen.[56] Gerade die Leistungsschwächeren werden dort also besser gefördert. Zwar ist der Zugang zum Gymnasium schwerer als beispielsweise in Berlin, dafür lernt man dort mehr. Wie kompliziert die Zusammenhänge sind, erkennt man daran, dass das mittlere Niveau der Sprachkompetenz und der prozentuale Anteil von Neuntklässlern an Gymnasien im Ländervergleich negativ miteinander korrelieren. Das heißt: Durchschnittlich lernen die Kinder in einem Land umso weniger, je höher der Gymnasialanteil ist.[57] Dieses paradoxe Ergebnis (das auch nicht überinterpretiert werden darf) sollte jenen eine Warnung sein, die in der Reform von Schulstrukturen den Dreh- und Angelpunkt für die Verbesserung von Bildungsergebnissen sehen.

Kurz und knapp führen die Systemvergleiche der Bildungsforschung zu dem Ergebnis, dass es nicht auf die Struktur des Bildungssystems, sondern auf seine Qualität ankommt. Das erinnert ein bisschen an die Ergebnisse der Gesundheitsforschung: Es gibt keine Korrelation zwischen den unterschiedlichen 170
Gesundheitssystemen und dem Gesundheitszustand oder der Lebenserwartung der Bevölkerung. Gleichwohl ist ein deutscher Beamter als Privatpatient komfortabler dran als der britische Staatsbedienstete im National Health Service.

Ein gar nicht oder nur wenig selektives Bildungssystem mag besser sein für das Selbstwertgefühl der Schüler, weil die notwendige innere Differenzierung nicht mit sichtbaren sozialen Abstufungen und unterschiedlicher Gruppenzuordnung verbunden ist. »Was das Wohlbefinden und das Selbstwertgefühl eines Kindes beeinträchtigt, ist nicht allein eine Schwäche oder Stärke, sondern die fehlende Anpassung des Umfeldes an seine individuellen Eigenheiten.« Daraus können sekundäre Verhaltensauffälligkeiten folgen.[58]

Die in jeder Altersgruppe beobachtbaren Leistungsunterschiede von vier bis sechs Schuljahren können schlechterdings nicht im gemeinsamen Unterricht aufgefangen werden, am allerwenigsten in den Kernfächern Mathematik und Deutsch. Die innere Differenzierung verlangt geradezu nach der Auflösung der Klassenverbände - zumindest in den intellektuell bestimmenden Kernfächern - und der Einteilung der Schüler in altersgemischte Leistungsgruppen. Es hat einfach keinen Sinn, einen Schüler

mit den Binomischen Formeln zu plagen, der noch Probleme beim schriftlichen Multiplizieren und Dividieren hat. Und es ist auch sinnlos, »Wilhelm Teil« zu lesen, wenn Lesefähigkeit und Textverständnis des Schülers auf dem Niveau eines Achtjährigen sind.

Die sinnvolle jahrgangsübergreifende Differenzierung stößt aber hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit und der Zumutbarkeit an Grenzen: Es ist wenig ratsam, einen pubertierenden Fünfzehnjährigen in Deutsch und Mathematik zu Elfjährigen zu setzen, wo er eigentlich hingehört. Aber es hat auch keinen Zweck, ihn mit einem Unterrichtsniveau zu konfrontieren, bei dem er nicht folgen kann, weil ihm die Wissensgrundlagen oder einfach die intellektuellen Fähigkeiten fehlen. Immer wieder kommt es daher vor, dass die in wenig homogenen Unterrichtsverbänden auftretenden Spannungen gelöst werden, indem man das Niveau senkt. Die differenzierenden pädagogischen Bemühungen um die, die Schwierigkeiten haben, den Anschluss zu halten, dürfen aber nicht dazu führen, dass die mittleren und oberen Begabungs- und Leistungsgruppen ihr Potential nicht ausschöpfen. Für alle gilt: Die Effizienz des Unterrichts und der Lernerfolg steigen bei gleicher Unterrichtsqualität mit der Homogenität der Lerngruppe. Bei nicht homogenen Lerngruppen mögen die weniger Begabten zwar vom Niveau der Begabteren profitieren, aber nur, solange sie den Anschluss 171
nicht verlieren. Einen vergleichbaren Vorteil für Leistungsstärkere, wenn sie mit weniger Leistungsstarken zusammen unterrichtet werden, gibt es allerdings nicht.

Bildung und Herkunft, Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit

Der starke Widerstand gegen leistungsbezogene Gruppenbildungen ist durchaus verständlich, da jedem staatlichen Bildungssystem egalitäre Bestrebungen zu eigen sind. Werden solche Bestrebungen aber übertrieben, fördert das die Abwanderungstendenz aus dem staatlichen System, weil bildungsnahe Schichten für ihre Kinder die Ausbildung wählen, die sie für die beste halten.

Der Erfolg im Bildungssystem entscheidet letztlich über die Zuteilung von Lebenschancen und auch über die Aussichten, in einflussreiche Stellungen zu gelangen, Wohlstand zu erwerben oder sogar Reichtum zu erlangen. Dass es bei dieser Verteilung gerecht zugehen soll, ist ein legitimes Grundanliegen jeder Demokratie.

Im Wettbewerb um die besten Ausgangspositionen hat ein Kind mit bildungsnaher Herkunft unter drei Aspekten Vorteile:

1. Bildungsnahe Herkunft geht in der Regel mit besserer Erziehung einher. Bessere Erziehung bewirkt zumeist - auch schon bei Kindern und Jugendlichen - angenehmere Umgangsformen, mehr Sensibilität für Menschen und Situationen, mehr Selbstbewusstsein, aber auch mehr Akzeptanz für Autoritäten. Das führt zu mehr positiven Rückmeldungen bei den Lehrern und darüber hinaus zu besseren Leistungen der Kinder. Außerdem veranlasst Sympathie für den Schüler die Lehrkraft meist auch zu besseren Noten.
2. Bildungsnahe Eltern unterstützen die Schullaufbahn ihrer Kinder mehr. Sie ermahnen und motivieren, überprüfen den Leistungsstand, kontrollieren Hausaufgaben, üben ergänzend, wenn es notwendig scheint, oder veranlassen Nachhilfestunden. Außerdem verstehen sie es besser, ihrem Kind in der Schule ausreichende Beachtung zu verschaffen.
3. Ein bildungsnahes Elternhaus verhilft einem Kind zu einem Vorsprung an Wissen und Fertigkeiten, der vor allem in Lesefähigkeit und Textverständnis, aber auch im gesamten innerweltlichen Orientierungswissen sehr ausgeprägt sein kann.

Diese Vorteile wiegen schwer und sind prinzipiell unaufhebbar. Sie können am besten kompensiert werden durch eine frühkindliche Erziehung für alle, die insbesondere auf Sozialisation und Sprachkompetenz Wert legt. Ferner durch Ganztagsschulen mit anregender, die Entwicklung fördernder Freizeitgestaltung, wozu auch sportliche Betätigung gehört, und nicht zuletzt durch Hausaufgabenbetreuung und ausreichende übende Vertiefung des Unterrichtsstoffes unter Aufsicht. Die 172
Ungleichheit der Ausgangschancen kann so verringert werden, die Herstellung von Chancengleichheit muss jedoch dort Grenzen finden, wo sie in eine Benachteiligung der Kinder mit bildungsnaher Herkunft umschlagen würde, etwa indem Anforderungen abgesenkt werden, um allen ein »Mithalten« zu ermöglichen. Letztlich würde das auch die begabten Kinder aus bildungsfernen Schichten treffen, denn es gibt keine Methode zu entscheiden, welcher Teil des Leistungsvorsprungs (oder der Minderleistung) eines Kindes durch Herkunft und welcher durch Begabung und Antrieb bestimmt ist.

Es ist statistisch nachweisbar, dass sich die Berufswahl - und damit indirekt die künftigen Karrierewege - auch nach der sozialen und regionalen Herkunft richten. Neben der Begabung spielen also auch die Region, das Vorbild der Eltern und nicht zuletzt die geschlechtsabhängig unterschiedlichen Neigungen - Frauen Sprache und Kulturwissenschaften, Männer Mathematik und Naturwissenschaften - eine Rolle.[59]

Das ist nicht weiter schlimm, denn jeder ist dort am besten, wo seine Neigung liegt und wo er sich sicher fühlt. Es darf im Bildungssystem niemals darum gehen, die Spitzen zu beschneiden, vielmehr muss es immer das Ziel der Bildungspolitik sein, zusätzlich die Breite zu befördern. Johann Wolfgang von Goethe und Alexander von Humboldt stammten aus hochgebildeten Elternhäusern und genossen eine ausgezeichnete Erziehung, die in dieser Qualität damals nur wenigen zuteil wurde. Hätten sie dieselben schöpferischen Leistungen erbracht, wenn sie auf einer integrierten Gesamtschule in Rüsselsheim oder Duisburg unterrichtet worden wären?

Nichts führt an der Erkenntnis vorbei, dass bei ungleichen Begabungen und ungleichen Charakterprofilen auch das gerechteste System bezüglich der Chancen zu ungleichen Ergebnissen führt. Hinsichtlich der materiellen Auswirkungen können diese durch sozialstaatliche Umverteilung abgemildert werden - und das werden sie ja auch. Solange aber jeder die Chance erhält, sich im Bildungssystem nach seinen Potentialen und Neigungen zu entwickeln, ist die daraus resultierende Ungleichheit weder nachteilig noch verwerflich, sondern Ausdruck der Vielfalt des Lebens. Dies gefällt jenen nicht, die Gerechtigkeit an der Gleichheit der Ergebnisse messen.[60] Das ist eine Diskussion, die wohl niemals enden wird. Wo von Gerechtigkeit die Rede ist, ist die Gleichheit niemals weit entfernt, auf ewig ungelöst bleibt aber die Frage, wann die Menschen nach ihrem Bedarf und wann sie nach ihrer Leistung zu behandeln sind.

Pisa hat gezeigt, dass deutsche Schüler in der OECD nur durchschnittliche Leistungen erbringen und 173
von den Pisa-Spitzenländern Finnland, Korea und Kanada ein gutes Stück entfernt sind. Gleichzeitig ist der »soziale Gradient« in Deutschland steiler als bei vielen anderen Ländern, das heißt, die Leistungen stehen im engen Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Status des Elternhauses. Kritiker führen

das darauf zurück, dass in Deutschland Kinder aus bildungsnäheren Schichten stärker als in anderen Ländern bevorzugt würden. Das muss aber nicht die zutreffende Erklärung sein.

Die menschliche Intelligenz ist zu 50 bis 80 Prozent erblich, und je mehr Chancengleichheit ein System bietet, desto höher ist die Erbkomponente in den verbleibenden Intelligenzunterschieden. Geniale Höchstleistungen haben immer eine starke genetische Komponente. Durch Umwelteinflüsse lässt sich die Begabung eines Mozart nicht erklären.[61] Die gemessene Intelligenz ist zudem ein stabiler Prädiktor für das schulische Leistungsniveau und den späteren beruflichen Erfolg. Daher wäre zu erwarten, dass die durchschnittliche Intelligenz mit dem sozioökonomischen Status steigt. Das ist auch tatsächlich der Fall.[62] Darüber hinaus ist die Intelligenz ein weitaus stabilerer Prädiktor für den akademischen Erfolg als die sozioökonomische Herkunft.[63] Es kommt hinzu, dass die Abhängigkeit der Intelligenz vom sozioökonomischen Status mit dem Intelligenzgrad zunimmt. Je ausgeprägter die Hochbegabung, desto höher also der Herkunftsanteil der Oberschicht und oberen Mittelschicht.[64] Logischerweise ist dann auch der Anteil von Kindern aus Elternhäusern mit hohem sozioökonomischen Status umso höher, je mehr ein Schulsystem nach Leistung selektiert.

In einer traditionalen Gesellschaft, in der die Schichtung sich nicht oder kaum nach Leistung bestimmt, ist die Verteilung der Intelligenz auf die gesellschaftlichen Schichten gleichmäßiger als in einer Gesellschaft mit einer Tradition von Durchlässigkeit. In einer durchlässigen Gesellschaft wandern die Tüchtigeren leichter nach oben, so dass sich über Generationen hinweg der Talentpool der unteren und mittleren Schichten tendenziell entleert. Dies wird noch verstärkt durch eine Tendenz der bildungsnäheren Schichten zur Homogamie. Man heiratet in der gleichen Bildungsklasse. Kaum ein junger Arzt heiratet heute noch die Krankenschwester, geschweige denn das schöne Bäckermädchen.

Deutschlands Gesellschaft wurde seit Beginn des 19. Jahrhunderts tendenziell immer durchlässiger: Auffallende Hochbegabungen bekamen in Preußen schon im 19. Jahrhundert die Chance zum Gymnasialbesuch - eine Tendenz, die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts verstärkte. Daneben gab es zahlreiche außerakademische Aufstiegsmöglichkeiten über Lehrberufe, die Ausbildung zum Techniker, die Beamtenlaufbahnen des mittleren und gehobenen Dienstes und so weiter. Die besondere wissenschaftliche und wirtschaftliche Dynamik, die unser Land seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die jüngste Vergangenheit prägte, kann auch aus der deutschen Aufstiegstradition erklärt werden. Das bedeutet aber, dass die Entleerung der unteren Schichten von intellektuellem Potential bei uns weiter fortgeschritten ist als in Gesellschaften, deren Durchlässigkeit sich erst später entwickelte.

Der Zusammenhang kann aber auch dahingestellt bleiben. Schön wäre es, wenn diejenigen Recht hätten, die in den sogenannten bildungsfernen Schichten noch erhebliches intellektuelles Potential vermuten. Je eher und je besser dessen Erschließung gelingt, desto größer wird allerdings das Grundsatzproblem: die fortschreitende Entleerung der unteren Schichten von intellektuellem Potential. Statistisch würde sich dies in einem noch steileren sozioökonomischen Gradienten des Schulerfolgs zeigen. Ein schichtabhängig unterschiedliches generatives Verhalten, wie wir es in Deutschland beobachten, verschärft die Problematik noch. Der Prozess der Entleerung der unteren und mittleren Schichten von intellektuellem Potential schreitet also umso schneller voran, je erfolgreicher das Bildungssystem auf Chancengerechtigkeit getrimmt wird. Gerade eine im Sinne ihrer Befürworter »erfolgreiche« Gemeinschaftsschule wird ihn noch verstärken.

Die zumindest teilweise Erblichkeit von Intelligenz und anderen Persönlichkeitsmerkmalen hat zusammen mit der wachsenden Durchlässigkeit der Gesellschaft zur Folge, dass der Anteil derer sinkt, die aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten aus unteren Schichten aufsteigen können. Darum ist es sachlich folgerichtig und keineswegs Ausdruck fehlender Gerechtigkeit, wenn sich das Führungspersonal mehrheitlich aus den oberen Schichten rekrutiert. Es gilt in Deutschland als politisch korrekt, sich darüber aufzuregen,[65] doch letztlich offenbart, wer sich aufregt, nur, dass er sich nicht auf einfaches logisches Schlussfolgern versteht: Wenn es stimmt, dass Intelligenz und Begabung teilweise erblich sind, dann führt wachsende Leistungsgerechtigkeit zwingend dazu, dass sich die Talente und damit auch das Potential für Führungsnachwuchs am oberen Ende der Gesellschaft konzentrieren.

Der Austausch zwischen den Schichten findet übrigens in beide Richtungen statt: Untersuchungen in der Schweiz zeigen, dass 40 Prozent der Kinder von Akademikern gemessen an der Position der Eltern absteigen, 15 Prozent der Kinder von Arbeitern und Angestellten aufsteigen und acht Prozent von diesen Akademiker und Manager werden. Dieser Austausch ist zu begrüßen, denn der Abstieg verhindert die Überforderung von Akademikerkindern in Positionen, für die sie nicht geschaffen sind. Dasselbe bewirken leistungsabhängige Zugangsschranken in den Bildungssystemen, indem sie überforderte Kinder von ehrgeizigen Eltern abwehren. Und das ist gut so.[66]

Mit der Egalisierung des Schulwesens wird allerdings die Tendenz zunehmen, für die Hochbegabten Lösungen außerhalb der Gemeinschaftsschule zu schaffen. Am Ende wäre man dann in einem großen Bogen wieder bei der Gymnasialidee des frühen 19. Jahrhunderts angekommen: eine Volksschule für alle, heute Gemeinschaftsschule genannt, und ein Sonderweg, damals Gymnasium genannt, für eine kleine Elite.

Wie bereits in Kapitel 3 dargestellt, liegen die deutschen Bildungsausgaben pro Schüler kaufkraftbereinigt im Schnitt vergleichbarer OECD-Staaten. Insbesondere die besonders erfolgreichen Pisa-Länder geben keineswegs mehr Geld aus als die deutschen Schlusslichter. Und auch die deutschen Ausgaben pro Student halten sich international im Durchschnitt.

Der von der OECD jüngst wieder bemängelte Umstand, dass Deutschland bei den Bildungs- und Forschungsausgaben noch immer nicht das 10-Prozent-Ziel erreicht hat, sondern bei 7,5 Prozent verharrt,[67] ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Demografie für Deutschland einen besonders niedrigen Anteil junger Menschen ausweist - und folglich auch eine niedrigere BIP-Quote der Ausgaben für diese. Dafür ist der Anteil der Ausgaben für die Alterssicherung am BIP in Deutschland besonders hoch. Würde man beide Kategorien zusammenfassen, läge man im OECD-Durchschnitt wesentlich besser. Leider kann ein Euro auch in Deutschland nur einmal ausgegeben werden.

Im Grunde führt die Konzentration auf Ausgabenniveaus aber nicht weiter, denn in Deutschland weisen gerade die Länder mit den schlechtesten Pisa-Ergebnissen die höchsten Bildungsausgaben pro Schüler aus. Manche modische Erscheinung wie etwa individualisiertes Lernen in Gemeinschaftsschulen würde die Kosten sogar noch höher treiben, da solche Maßnahmen sehr personalintensiv sind. Die Niederlande geben dagegen nach der OECD-Statistik gemessen am BIP weniger für Schulen aus als Deutschland, aber die niederländischen Schüler schneiden bei Pisa wesentlich besser ab. Weder die Klassengröße noch das Niveau der Lehrergehälter üben also einen statistisch messbaren Einfluss auf die Lernergebnisse aus.[68]

Wichtiger ist die Konzentration auf Inhalte: Aus familienpolitischen wie aus demografischen 176
Gründen und zur Hebung aller Begabungspotentiale ist es daher zwingend, in Deutschland möglichst schnell zu einem flächendenkenden Angebot an Ganztagsplätzen in Krippen und Kitas zu kommen und auch den Übergang zu Ganztagsschulen flächendeckend einzuführen. Diese müssen durch ein attraktives Sport- und Freizeitangebot zum Lebensraum der Schüler werden. Es geht nicht darum, den ganzen Tag in Unterrichtsstunden aufzuteilen. Vielmehr muss es nachmittags ein ausreichend langes Silentium mit Hausaufgabenaufsicht und -betreuung geben und für die restliche Zeit genügend Sport- und Freizeitangebote. Ob Salem oder Jesuiteninternat, solche Konzepte sind vielfach erprobt und nicht durchweg neu.[69] Der eigentliche Engpass ist nicht das Geld, sondern die Schaffung einer ausreichend großen Zahl hinreichend niveauvoller Einrichtungen in nicht allzu langer Zeit.

Die Bildungsfernen

Von welcher Seite man sich der Aufgabe auch immer nähert: Der Umgang mit den Bildungsfernen bleibt das Kernproblem einer jeden Bildungspolitik. Die Mittel- und die Oberschichten helfen sich schon selbst, notfalls auch in einem schlechten oder mittelmäßigen staatlichen Bildungssystem. Schließlich gibt es immer noch einige gute staatliche Gymnasien, es gibt Privatschulen und nicht zuletzt das Bildungsangebot im Ausland.

Vorweg sei klargestellt, dass der Bezug von Transferleistungen für den Lebensunterhalt keineswegs mit Bildungsferne und Zugehörigkeit zur Unterschicht gleichzusetzen ist. Doch diese drei Größen haben erhebliche Schnittmengen. Darum ist es alarmierend, dass in Deutschland rund 20 Prozent aller Kinder in Haushalten mit Transferbezug aufwachsen, in Berlin sind es sogar 35 Prozent aller Schulkinder, und auf diese Gruppe entfallen 40 Prozent aller Berliner Geburten. Bei unveränderten demografischen Trends wird der Geburtenanteil der Unterschicht bundesweit weiter zunehmen.

Am Geld scheitert die Erziehung der Kinder und Jugendlichen auch bei Transferbeziehern nicht. Nach dem Stand vom Sommer 2009 erhöht jedes Kind das sozioökonomische Existenzminimum, das der Staat bezahlt, um 322 Euro (vgl. Tabelle 4.1, Seite 107). Normalerweise gilt, dass Kinder seelisch reicher, aber materiell ärmer machen. Für Transferempfänger ist diese Regel außer Kraft gesetzt, denn je nachdem, wie sie ihre Kinder unterhalten, erhöht diese Unterstützung das frei verfügbare Budget der Eltern erheblich. Dies mag auch dazu beitragen, dass Transferempfänger überdurchschnittlich viele Kinder bekommen.

Mit Blick auf die Zukunft gilt es, das Transfersystem umzustellen: mehr Sachleistungen für die 177
Kinder, weniger Geldleistungen für die Eltern. Krippen, Kindergärten und Ganztagsschulen sind für den Staat teuer, für die Eltern sollten sie kostenfrei sein. Auch die Mahlzeiten in Kitas und Schulen sollten kostenfrei sein. Aber dann reicht es aus, wenn die Geldtransfers für Kinder an den Kosten für den häuslichen Teil der Ernährung und für Kleidung ausgerichtet sind.

Das staatliche Angebot für die Kinder aus bildungsfernen Schichten (und damit für alle Kinder) sollte umfassend sein und früh beginnen. Die typische Begleitung eines Kindes aus bildungsfernem Hause müsste wie folgt aussehen:

- Nach der Geburt des Kindes werden die Mütter bei Hausbesuchen zu Ernährungsfragen und Kinderpflege angeleitet. Dabei kann es auch um Fragen der Vermeidung von Übergewicht, über die Bedeutung von regelmäßiger Bewegung, über die Notwendigkeit regelmäßiger Ansprache des Kindes, über die Nichteignung des Fernsehens als Babysitter und anderes mehr gehen. Wo die Verhältnisse es angeraten erscheinen lassen, werden die Besuche regelmäßig wiederholt.
- Wenn das Kind das passende Alter erreicht hat, kann ein Krippenbesuch empfohlen werden. Die Krippen sind auch darauf ausgerichtet, Defizite in der elterlichen Zuwendung und Sorge zu kompensieren und für jene Anregungen zu sorgen, die ein Kleinkind braucht, um sich altersgemäß zu entwickeln.
- Der Kita-Besuch vom dritten, spätestens vierten Lebensjahr an wird bindend, er ist grundsätzlich auf Ganztagsbetreuung ausgerichtet. Fernsehen und andere moderne Medien soll es in Kitas nicht geben. Neben dem freien Spiel wird viel vorgelesen. Die Texte werden im Hinblick auf klares, gutes, verständliches Deutsch zuvor ausgewählt. Es wird regelmäßig gesungen, kleine Lieder können ruhig auswendig gelernt werden. Der Umgang mit Schere und Stift wird systematisch geübt. Wo Kinder Rückstände im Spracherwerb haben, unterhalten sich die Erzieherinnen mit diesen besonders intensiv.
- Die Schule wird vom ersten Schuljahr an als Ganztagsschule geführt. Hausaufgabenaufsicht und -betreuung werden von den Lehrern durchgeführt. Defizite einzelner Kinder werden dabei durch gezieltes Üben so weit wie möglich ausgeglichen.
- Ein Freizeit- und Sportangebot schließt sich an die Hausaufgabenbetreuung an. Fernsehen und Computerspiele gibt es in der Schule nicht.
- Schuluniformen sollten obligatorisch sein. Sie verwischen soziale Unterschiede, lösen für weniger Bemittelte das Textilproblem und schaffen eine klare Abgrenzung zwischen Schulbereich und privatem Bereich. Insofern erleichtern sie den Kindern die Orientierung. 178
- Die Schule konzentriert sich in den ersten Jahren auf den Erwerb der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen. Ein Kind, das geistig gesund ist, muss unter allen Umständen bis Ende des zweiten Schuljahrs fließend lesen können, es sollte bis Ende des vierten Schuljahrs eine einwandfreie Rechtschreibung sowie die vier Grundrechenarten beherrschen. Damit verglichen ist es völlig gleichgültig, ob es ein paar Brocken Englisch kann oder nicht. Wo bei den Kernkompetenzen Lücken bestehen, wird auch in späteren Jahren so lange nachgearbeitet, bis diese beseitigt sind.
- Mit fortschreitender Schullaufbahn werden für die leistungsschwächeren Kinder zunehmend praktische Fächer angeboten: Hauswirtschaftskunde, Kochen, Handarbeit, Werken. Wer mit der Grundschulmathematik im sechsten Schuljahr noch Schwierigkeiten hat, an dem ist höhere Mathematik sowieso verschwendet. Solch ein Schüler sollte zu Aktivitäten geführt werden, die seinen Möglichkeiten entsprechen, sein Selbstbewusstsein heben und für die spätere private oder berufliche Lebensbewältigung von Nutzen sein können.
- Zumindest für die größeren Kinder muss die Ganztagsschule so aufgebaut sein, dass sie zu Hause neben dem Wochenende nur den Feierabend verbringen. Das ist die beste Methode, jenes Übermaß an Medienkonsum zu begrenzen, das für zusätzliche Benachteiligungen der Kinder aus bildungsfernen Schichten sorgt.
- Auf den Erwerb und die Einübung von Sekundärtugenden - Pünktlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit - wird besonderer Wert gelegt. Schulschwänzen wird nicht geduldet.[70] Über jedes unentschuldigte Fehlen wird exakt Buch geführt. Die Eltern werden für jede unentschuldigte

Fehlzeit mit empfindlichen Geldbußen belegt. Diese werden mit den Transferzahlungen auch dann verrechnet, wenn dadurch das sozioökonomische Existenzminimum unterschritten wird.

Auch bei solch einem rigiden Programm wird es Schüler aus bildungsfernen Familien - und nicht nur aus diesen - geben, die nicht zu vertretbaren Schulleistungen und/oder einer lernbereiten Haltung geführt werden können. Es gibt Grenzen des Intellekts oder der Persönlichkeit, die eben nicht zu überwinden sind, und es gibt Deprivationen, die man durch staatliche Politik nur begrenzt ausgleichen kann. Dazu gehört die bei den Bildungsfernen häufig fehlende Sozialisation in intakten Familien. Aktuelle britische Studien weisen dem letztgenannten Faktor sogar eine zentrale Bedeutung zu.[71] Andererseits gibt es immer wieder Menschen, die zeigen, dass man auch unter den ungünstigsten Voraussetzungen seinen Weg machen kann. Zu diesen zählt der schwarze amerikanische 179
Bildungsökonom Roland Fryer (Jahrgang 1977), der in bedrückenden Verhältnissen bei seiner mit Crack dealenden Großmutter aufwuchs, da seine Mutter die Familie verlassen hatte und der Vater wegen Vergewaltigung im Gefängnis saß. Er schaffte es mit einem Sportstipendium an die Universität, studierte in Rekordzeit, promovierte mit 25 Jahren und war mit 30 Jahren Harvard-Professor.

Fryer hat sich in seiner Forschung auf die Leistungsunterschiede zwischen weißen und schwarzen Schülern und Studenten konzentriert, die von ihm gar nicht bestritten werden.[72] Er ist skeptisch gegenüber einem Quotensystem, weil es zur Faulheit erziehe, und erklärt Leistungsdefizite der Schwarzen teilweise aus *peer group pressure*: Gute Leistungen werden mit »weißem Verhalten« gleichgesetzt, was die potentiell guten schwarzen Schüler unter Gruppendruck setzt. Fryer arbeitet unter anderem an Anreizprogrammen für schwarze Schüler, bei denen gute Schulleistungen mit Geld belohnt werden.[73] Bezeichnend für Fryer ist sein Gestaltungsoptimismus, aber auch seine Widerstandskraft. Wenn er es schaffte, warum dann nicht auch andere? Der deutsche Pisa-Beauftragte Manfred Prenzel berichtet:

> »Man hat festgestellt, dass es Kinder gibt, bei denen es offenbar völlig egal ist, unter welchen Bedingungen sie aufwachsen. Sie gehen ihren Weg, man weiß nicht genau, wie es kommt, dass sie eine solche Gelassenheit entwickeln und souverän mit sehr schwierigen Umständen umgehen.«[74]

Die wirklich Tüchtigen lassen sich offenbar auch durch ungünstige Umstände nicht abschrecken - und das ist eine durchaus trostreiche Erkenntnis. Man muss letztlich also stets beim Willen und beim Ehrgeiz des Individuums ansetzen. Niemals darf man es dem Einzelnen durchgehen lassen, sich auf Gruppennachteile herauszureden.

Die wohl größte Versuchung für die Bildungsfernen sind heutzutage die elektronischen Medien, deren unaufhörlicher Konsum zu Passivität und Verblödung, zu Übergewicht sowie Unterentwicklung von Kommunikationsverhalten und Sprachfähigkeit führt. Speziell die Jungen werden durch Computerspiele dazu verleitet, sich in Ersatzwelten zu flüchten. Ganz allmählich enfernen sie sich von der Wirklichkeit und fallen nicht selten der Spielsucht anheim. Die vier, fünf, sechs Stunden, die sie täglich vor dem Computer verbringen, fehlen für Sport, soziale Kontakte und die Verbesserung der Schulleistungen. Dies alles trägt wesentlich zum Scheitern in der Schule bei.

Setzt man den Gymnasialbesuch der Deutschen bei 100 an, so liegt der entsprechende Index für Migranten aus dem Libanon bei 15, aus Marokko bei 24 und aus der Türkei bei 29.[75] Beim Pisa-Test 180
2003 zeigte sich für Deutschland »konsistent, dass Jugendliche türkischer Herkunft im deutschen Schulsystem schlechtere Ergebnisse erzielen als Jugendliche anderer Herkunftsgruppen. In den Analysen zu Pisa 2003 ergaben sich recht deutliche Unterschiede zwischen den Jugendlichen türkischer Herkunft und zugewanderten Jugendlichen aus der ehemaligen Sowjetunion.« Die Leistungsunterschiede sind so beträchtlich, dass sie »nicht auf Unterschiede im sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund zwischen beiden Herkunftsgruppen zurückgeführt werden« können.[76]

Diese Erkenntnis bestätigte sich bei der im Juli 2010 vorgestellten Untersuchung »Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich«. In der Studie heißt es dazu zusammenfassend: »Wiederum konsistent für die Fächer Deutsch und Englisch und hier für alle Kompetenzbereiche ist der Befund, dass Jugendliche türkischer Herkunft im Vergleich zu allen anderen Herkunftsgruppen stets geringere Leistungsmittelwerte aufweisen.«[77] Die Unterschiede sind beträchtlich. So hatten die Schüler deutscher Herkunft im Fach Deutsch beim Lesen einen mittleren Punktwert von 513, bei Kindern aus Polen war der Punktwert 470, bei denen aus der ehemaligen Sowjetunion 466 und für Schüler türkischer Herkunft 417, sie lagen also durchschnittlich gegenüber den Schülern deutscher Herkunft um rund drei Klassenstufen, gegenüber den Schülern polnischer und russischer Herkunft um rund zwei Klassenstufen zurück.[78]

Der Leistungsstand von Schülern mit Migrationshintergrund Türkei korrespondiert mit dem Leistungsstand von Schülern aus anderen muslimischen Ländern, dies zeigt der internationale Vergleich der Pisa-Ergebnisse.[79] Im Kern ist das deutsche Bildungsproblem vor allem auch ein Problem der muslimischen Migranten. Wenn hier von Migranten gesprochen wird, sind ausschließlich Migranten aus den muslimischen Ländern gemeint (Türkei, Afrika, Naher und Mittlerer Osten). Sie haben als Einzige zu großen Teilen Sprachprobleme, sie bilden zugleich einen wesentlichen Teil der Unterschicht und Transferbevölkerung in Deutschland, und ihre Kinder haben die größten Schwierigkeiten im deutschen Bildungssystem.

Bildungsverläufe hängen in starkem Maße von der Familie ab, in der man aufwächst. Muslimische Migranten entstammen meist bildungsfernen Familien, die in ihren Heimatländern durchweg den Unterschichten angehörten. Insoweit ist ein Teil dessen, was in der Bildungspolitik als Integrationsproblem wahrgenommen wird, tatsächlich ein Schichtenproblem.[80] Erschwerend kommt hinzu, dass die Qualität des heimatlichen Schulsystems sich in der Attitüde und dem schulischen 181
Leistungsprofil der entsprechenden Migrantengruppen niederschlägt.[81] Zwischen den schlechten Schulleistungen türkischer Migranten in Deutschland und dem schlechten Abschneiden des türkischen Schulsystems bei Pisa 2006 (siehe Schaubilder 6.1 und 6.2, Seite 210f.) besteht durchaus ein Zusammenhang. Nicht zuletzt aus diesem schlechten Abschneiden erwächst das aggressive Potential zahlreicher junger Türken und Araber. Aggression und Gewalt sind oft der einzige Ausweg aus dem Dilemma,[82] dass die betont männliche Rolle, die ihnen die Geschlechterstereotype ihrer Herkunft auferlegen, nicht zur Attitüde des lernbereiten Schülers passt. Gleichzeitig ist diese Rolle aber auch nicht kompatibel mit den sich aus der fehlenden Lernbereitschaft ergebenden Misserfolgen in Schule und Arbeitsleben.

Für die Migranten aus den muslimischen Ländern sind die elektronischen Medien ein besonderes Integrations- und Bildungshemmnis. In vielen Familien laufen die Sendungen aus der fernen Heimat

fast ununterbrochen. Dadurch wird es schwer, zur Herkunftskultur jenes Maß an Distanz aufzubauen, das für die Integration unerlässlich ist. Vor allem aber schwindet der Anreiz, Deutsch zu lernen. In geschlossenen Siedlungen, wo man mittels Satellitenschüsseln rund um die Uhr jedes Fernsehprogramm aus der Heimat empfangen kann, besteht ja im Grunde gar keine Notwendigkeit, neben der Muttersprache auch noch die Amtssprache zu beherrschen. Die Töchter brauchen nicht zu lernen, weil sie heiraten und Kinder bekommen sollen, und den Söhnen wird in autoritären Strukturen ein Männlichkeitsbild vorgegeben, das sich für entbehrungsreiches Lernen genauso nachteilig auswirkt wie die männlichkeitsbetonte Gettokultur der Schwarzen in Amerika.

Die besonderen Kompetenz- und Bildungsbeteiligungsdefizite der muslimischen Migranten werden teilweise mit dem niedrigen sozioökonomischen Status in ihren Heimatländern erklärt. Die geistige Anregungsarmut, die auch das häusliche Umfeld der deutschen Unterschicht belastet, wirkt in ähnlicher Form bei den muslimischen Migranten. Auch das Rezept zur Überwindung dieser Probleme ist ein ähnliches: Sie müssen im staatlichen Bildungssystem kompensiert werden. Dies fällt bei Migranten generell schwerer, weil das Sprachproblem und die kulturellen Unterschiede hinzukommen. Diese Schwierigkeiten können sich bis zur Fast-Unmöglichkeit steigern, wenn Migranten eng zusammenleben und an den Schulen 80 bis 90 Prozent der Schüler stellen. Auch hier allerdings ist der Weg der gleiche wie oben beschrieben, nur, dass zu den Kernkompetenzen in Leseverständnis und mathematischem 182
Verständnis der deutsche Spracherwerb hinzutreten muss. Deshalb kann und darf, so schwer es auch fallen mag, der Schulunterricht nur auf Deutsch erfolgen. Gerade bei den Migranten muss die vorschulische Erziehung zu möglichst guten Deutschkenntnissen bei Schuleintritt führen.

Wenn klassische Einwanderungsländer wie etwa Kanada wesentlich bessere Bildungserfolge bei Migranten erzielen, liegt das vor allem daran, dass die dortigen Migranten von ihrer Heimat Abschied genommen haben und alles tun, damit sie und ihre Kinder in der neuen Umgebung ankommen. Ihre Anpassungsbereitsschaft ist generell höher und ebenso ihr Wille zum Spracherwerb - eine Einstellung, die auch auf die Kinder übertragen wird.

EXKURS

Gut ist das Gegenteil von gut gemeint: ein schlechtes Reformbeispiel aus Berlin

Zwei Dinge sind heutzutage klar und wohl auch allgemein unbestritten:

1. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit und die möglichst gute Ausschöpfung unterschiedlicher Begabungspotentiale erfordern eine möglichst differenzierte Anknüpfung an den Leistungsstand und die spezifische Begabung jedes einzelnen Kindes.
2. . Eine Ganztagsschule mit Hausaufgabenbetreuung bietet die beste Voraussetzung, die ungleichen Startchancen von Kindern unterschiedlicher Herkunft auszugleichen.

In Berlin sah man sich deshalb 2006 veranlasst, die Jahrgangsstufen 1 bis 3 in der Grundschule grundsätzlich abzuschaffen, das Jahrgangsübergreifende Lernen (JüL) verbindlich einzuführen und darüber hinaus das nachmittägliche Betreuungsangebot an den Grundschulen stufenweise auszubauen.

Empirische Belege dafür, dass die Abschaffung der Jahrgangsstufen eine pädagogisch notwendige Differenzierung erleichtert, gibt es nicht, im Gegenteil: Durch die Zusammenfassung von Jahrgangsgruppen werden Leistungs- und Entwicklungsunterschiede in der Gruppe zunächst größer und nicht kleiner. Auch gibt es keine Belege dafür, dass dort, wo jahrgangsübergreifend gelernt wird, die Förderung leistungsschwacher Kinder besser gelingt. Richtig ist allerdings, dass bei jahrgangsübergreifendem Lernen jedes Unterrichtsmodell, das nicht von vornherein extrem auf Differenzierung angelegt ist, scheitern *muss.* Richtig ist auch, dass nach der Logik des Modells die nötige Differenzierung zusätzliche Räumlichkeiten für Gruppenarbeit erfordert, ferner zusätzliche Lehrerkapazitäten (weil sonst innerhalb der jahrgangsübergreifenden Gruppen nicht ausreichend differenziert werden kann und zudem der erhöhte Abstimmungsbedarf sehr viel Zeit erfordert) sowie eine zusätzliche Qualifikation eines großen Teils der Lehrer. 183

Um das Angebot für den Nachmittag erweitern zu können, wurden in Berlin die Hortkapazitäten ausgebaut und die Schulen zu intensiverer Zusammenarbeit mit den Horten aufgefordert beziehungsweise diese in die Schulen eingegliedert. Die notwendigen Kapazitäten für JüL konnten nur zur Verfügung gestellt werden, indem man das in Berlin sehr erfolgreiche Vorschuljahr abschaffte und stattdessen die Schulpflicht früher, nämlich mit fünfeinhalb Jahren, beginnen ließ. Die üblichen Rückstellungsgründe wurden nicht mehr anerkannt, weil diese ja durch differenziertes Lernen ausgeglichen werden sollten. Von 2007 an war JüL für alle Berliner Grundschulen verbindlich. Aufgrund des großen Widerstands der Lehrerschaft wurden allerdings zeitlich begrenzte Ausnahmen zugelassen. Über die konkrete Einführung von JüL sollte die Schulkonferenz entscheiden.

Die Einführung von JüL in einer dreizügigen Grundschule in Charlottenburg kann als typisch für zahlreiche Berliner Schulen gelten: Bei einer Abstimmung im Kollegium waren von 25 Kolleginnen 22 gegen die Einführung, nur die Schulleiterin und drei Kolleginnen stimmten dafür. In der Schulkonferenz wurde die Einführung gleichwohl beschlossen, denn nach den gesetzlichen Stimmverhältnissen reichte für die Mehrheit in der Schulkonferenz die Stimme der Schulleiterin und einer (!) Lehrkraft. Die Eltern, die für JüL stimmten, waren von der Reform gar nicht betroffen, weil ihre Kinder ja bereits in der Schule waren. Außerdem fehlten ihnen alle fachlichen Voraussetzungen, die dahinter liegenden Grundsatzfragen zu beurteilen. Inhaltlich haben sie über die zu treffende Entscheidung nicht diskutiert, vielmehr schlossen sie sich einfach der Meinung der Schulleiterin an beziehungsweise schwammen mit auf der allgemeinen Modewelle.

Nachdem die Einführung von JüL auf diese Weise beschlossen worden war, wurden zunächst vom Schuljahr 2007/08 an die Klassen 1 und 2 zusammengefasst und in jahrgangsübergreifende Gruppen eingeteilt. Die Gruppen hatten die Größe einer üblichen Klasse. Teile des Fachunterrichts erfolgten in den Gruppen jeweils getrennt nach den Stufen 1 und 2. Nach anderthalb Jahren stellte sich heraus, dass der durchschnittliche Lernfortschritt der Kinder wesentlich geringer war als im stufenbezogenen Klassenverband, der Abstimmungs- und Vorbereitungsaufwand für die Lehrer aber erheblich höher. Die Ausdehnung des JüL auf Klasse 3 wurde verschoben, weil sich dazu nicht genügend Lehrer bereitfanden.

In der Charlottenburger Praxis hatte es zu viele Mängel gegeben. Eigentlich sollte ein Grundschulkind wegen der für optimales Lernen notwendigen persönlichen Bindung in den unteren 184
Klassen eine, maximal zwei Bezugspersonen haben; in der Praxis waren es bei den zwecks Differenzierung immer wieder wechselnden Gruppeneinteilungen aber bis zu sieben. Eigentlich sollte ein Grundschulkind ein Klassenzimmer haben, an das es sich gewöhnt und in dem es sich heimisch fühlt; wegen der wechselnden Gruppeneinteilung fand der Unterricht aber in ständig wechselnden

Räumen statt. Eigentlich sollten die leistungsstärkeren Kinder den schwächeren und die älteren den jüngeren helfen. Leistungsstarke Kinder orientieren sich aber eher an anderen leistungsstarken und haben wenig Neigung, den Schwächeren zu helfen. Ältere Kinder sagten den jüngeren eher Lösungen vor, als dass sie ihnen Lösungen erklärten. Letztlich erfolgte die »Differenzierung« im Wesentlichen dadurch, dass die Kinder in Deutsch und Mathematik in Jahrgangsstufen getrennt unterrichtet wurden. Das machte die Gruppen zwar kleiner als die übliche Klassengröße, den Unterricht aber nicht besser oder schlechter, nur teurer, weil die Gruppen so klein waren. Die Kinder des ersten JüL-Jahrgangs, die nach dem zweiten Schuljahr wieder im traditionellen Klassenverband unterrichtet wurden, waren heilfroh darüber, dass sie wieder *einen* Klassenlehrer als Ansprechpartner und *einen* Klassenraum hatten. Im Leistungsstand waren sie deutlich zurückgeblieben. Nach ihren Erfahrungen befragt, beklagten sie insbesondere, dass es immer so unruhig gewesen sei.[83]

Tatsächlich enthält der JüL-Ansatz bereits im Kern einen Denkfehler: Schon in einer normalen Jahrgangsstufe führen vorhandene Begabungs- und Entwicklungsunterschiede zu einem sehr abgestuften Leistungsvermögen, so dass jede gute Lehrkraft seit jeher zur Differenzierung gezwungen ist. Die Leistungsstarken brauchen genügend geistige Nahrung und Anforderungen, die die Langeweile vertreiben. Die Leistungsschwächeren brauchen die gezielte Zuwendung der Lehrkraft und besonders viel Anleitung und Übung. Jahrgangsübergreifende Gruppen verschärfen diese Problematik noch. Man könnte solchen Gruppen nur gerecht werden, indem man sie nach Leistungsstufen aufteilt und unterrichtet. Das hat aber Grenzen, die durch die unterschiedliche körperliche und seelische Reife der Kinder vorgegeben werden. Die psychische und soziale Entwicklung der Kinder verläuft tendenziell harmonischer, wenn sie sich in einer Gruppe von Gleichaltrigen bewegen.

In Berlin wurde JüL eingeführt, ohne dass geprüft worden war, welche Differenzierungen die Reform erlaubt, die im Unterricht nach Jahrgangsstufen nicht möglich wären. Die Mindestbedingung für JüL 185
wäre, dass der Leistungsstand der Kinder zu jeder Zeit präzise zu bestimmen ist und die Gruppen entsprechend zusammengestellt werden. Erstaunlicherweise aber sind die Freunde von JüL meist auch die Feinde präziser Leistungsmessung.

Die Berliner Reform wurde von politischen Kräften und der Schulverwaltung gegen die Mehrheit der Lehrer durchgesetzt. Die Meinung der Fachleute interessierte zu keiner Zeit. Darüber hinaus wurden der fragwürdigen Reform die personellen und sachlichen Voraussetzungen vorenthalten, die nach ihrer eigenen Logik nötig waren, und nicht zuletzt wurden die Schulen bei der Umsetzung von einer abgehobenen und in Verwaltungsfragen wenig kompetenten Schulverwaltung weitgehend alleingelassen. Besonders benachteiligt waren bei JüL die schwachen Schüler und die Spätentwickler, denn sie benötigen für das notwendige Grundvertrauen und ihre Motivation in besonderem Maße die Ruhe eines stabilen Klassenverbandes und eine feste, verlässliche Beziehung zum Klassenlehrer, die auch emotional trägt; diese ist im komplizierten Beziehungsgefüge der JüL-Struktur viel schwerer zu gewährleisten.

Für gewöhnlich wird in der überkommenen deutsche Halbtagsschule eine Ursache für die Benachteiligung der bildungsfernen Schichten gesehen, weil es den Kindern nachmittags an Anregungen und häufig auch an Aufsicht fehlt und sie nicht ausreichend zu Hausaufgaben und Übungen angehalten beziehungsweise bei der Anfertigung nicht beaufsichtigt werden. Daher ist es vielfach üblich geworden, Hausaufgaben und nachmittägliche Übungen einzuschränken, um die Chancengleichheit zu wahren. Dieses Vorgehen erwies sich als Sackgasse. Die bildungsnäheren Schichten kümmern sich nämlich auch ohne schulische Aufforderung um den Wissensund Leistungsstand ihrer Kinder und ziehen gegebenenfalls auch Konsequenzen in Form von Schulwechseln. Der Verzicht auf ausreichendes Üben und regelmäßige Hausaufgaben senkt daher nur den Leistungsstand der Kinder aus bildungsferneren Familien, weil deren Eltern naiv auf die Schule vertrauen oder ihr gleichgültig gegenüberstehen. Das Ergebnis ist ein immer weiteres Auseinanderklaffen der Leistungsprofile. Dem könnte durch eine nachmittägliche Hausauf gabenbetreuung entgegengewirkt werden, bei der die Kinder jene Anleitung, Übung und Zuwendung erfahren, die in den bildungsnäheren Familien die Eltern erbringen. Nur so könnte die Wirkung der unterschiedlichen sozialen Herkunft kompensiert werden.

Gerade das geschieht aber in der erwähnten Grundschule in Charlottenburg nicht. Die Mitarbeiter des Hortes sehen es nämlich nicht als ihre vorrangige Aufgabe an, die Benachteiligungen der schwächeren 186
und bildungsfernen Kinder abzubauen. Vielmehr ist die vom Hort beaufsichtige Hausaufgabenzeit auf jeweils zehn Minuten für Deutsch und Mathematik in den Klassen 1 und 2 begrenzt. Inhaltliche und pädagogische Hilfestellung wird gar nicht gegeben. Der Rest des Nachmittags ist anderen Aktivitäten gewidmet. Außerdem beschloss die Gesamtkonferenz auf Antrag des Hortes, dass am Donnerstag gar keine Hausaufgaben aufgegeben werden. Am Freitag verzichten die meisten Lehrer ohnehin darauf. Vor allem die Eltern, deren Kinder besonders gefördert werden müssten, gehen aber davon aus, dass mit dem Hortbesuch das Thema Hausaufgaben erledigt ist. Die meisten Kinder machen jetzt weniger Hausaufgaben, als sie zuvor ohne Hortbetreuung angefertigt haben, und die Lehrer geben weniger auf.

Das Ergebnis ist bedrückend: Schon vor der Reform waren die Kinder an dieser Schule in Deutsch und Mathematik wie an den meisten Berliner Schulen am Ende des vierten Schuljahres gegenüber den Lehrplänen und den bundesweiten Standards durchschnittlich um ein Jahr zurück, bei einem hohen Anteil war der Rückstand sogar noch größer. Seit der Einführung von JüL vergrößert sich dieser Rückstand weiter, sofern die Eltern zu Hause nicht kompensierend eingreifen.

Die in Berlin begonnene JüL-Reform wird, so wie sie angelegt ist, dieses Strukturproblem weiter verschärfen. Es ist eben ein weiter Weg von Schlagworten - jahrgangsübergreifendes Lernen, Ganztagsbetreuung - zu einer Reform mit pädagogischem Mehrwert. Die Berliner Reformen sind ein klassisches Beispiel dafür, wie man mit mehr Ressourcen weniger erreichen kann. Sie folgen ein Stück weit der altlinken gleichmacherischen Ideologie, dass man Anforderungen so lange senkt, bis auch die Schwachen sie erfüllen können. Das vergrößert aber nur den Leistungsabstand zwischen den Kindern aus bildungsfernen und bildungsnahen Elternhäusern, denn Letztere überlassen - gerade in Berlin - den Bildungserfolg ihrer Kinder nicht den Schulen.

Was kann man tun?

In erfolgreichen Bildungssystemen, etwa in Finnland, wird gegen absehbare Defizite schon sehr früh etwas unternommen. Bemerkt man bei einem Kind kognitive Einschränkungen bis hin zur Lernbehinderung, findet von Anfang an eine spezielle Förderung statt. Ebenso werden Leistungsminderungen in Kernkompetenzen gezielt bekämpft. Das ist neben der Homogenität der Bevölkerungsstruktur einer der Gründe, weshalb Finnland und Korea so wenig Schüler in den untersten Leistungsstufen haben.

In Deutschland dagegen ist es leider allzuoft schlechte Tradition, grundlegende Leistungsdefizite in Lesen, Schreiben und Rechnen nicht rechtzeitig und energisch genug zu bekämpfen. Die Mängel in diesen Fächern infizieren dann die übrigen Schulleistungen. Die Schüler werden demotiviert, kommen wegen ihrer schwerwiegenden Wissenslücken nicht richtig mit und entwickeln sich zu beklagenswerten Gestalten, die auch nach zehn und mehr Schuljahren nicht jene Grundfertigkeiten besitzen, die für jeden Lehrberuf notwendig sind. Nach Abschluss der Schullaufbahn sind solche Jugendlichen kaum noch auf den rechten Weg zu führen. Mit oder ohne Hauptschulabschluss werden sie ohne nennenswerten Fortschritt und letztlich ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz durch eine Vielzahl von Förderungen geschleust. In diesem System, das pro Jahr 2,5 Milliarden Euro kostet, werden Hunderttausende von Jugendlichen »geparkt«. Das verbessert die Statistik, weil sie nicht als arbeitslos geführt werden, in Wahrheit verbergen sich dahinter in der Regel aber früh gescheiterte Bildungskarrieren. Unterschiedlichste Träger mögen hier viel Kompetenz und Engagement einbringen,[84] doch die scheinen verschleudert in einem System, das krank ist, in dem man einem Siebzehnjährigen Kompetenzen vermitteln will, die man dem siebenjährigen Kind zu vermitteln versäumt hat. 187

Einen besonders typischen Fall für solch eine gescheiterte Bildungskarriere beschrieb der *Spiegel:* »Er ist erst 24 Jahre alt, aber den Überblick über sein Leben hat er schon verloren. Neun Jahre ist es her, dass Dennis B. aus Hamburg den Hauptschulabschluss geschafft hat, so viel ist sicher. Was folgte, daran kann er sich nicht mehr im Einzelnen erinnern. >Einen Ausbildungsplatz habe ich nicht gefunden, da bin ich zur Berufsfachschule gewechselt<, sagt er. Da fiel er bei Prüfungen durch und landete in zahlreichen Fördermaßnahmen. Mal wurde ihm ein Praktikum vermittelt, mal lernte er Bewerbungen schreiben, zwischendurch war er arbeitslos. Zahlreiche Pädagogen und Sozialarbeiter mühten sich um den Jugendlichen. Ein Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle kamen dabei nicht heraus.« Wenn er bei den Autonomen Jugendwerkstätten in Hamburg nicht schafft, den Gesellenbrief als Elektroniker zu erwerben, wird er rechtzeitig zur Vollendung seines 25. Lebensjahres zum Hartz-IV-Empfänger. Das passt zeitlich ganz gut, denn mit der Vollendung des 25. Lebensjahres geht der Anspruch auf besondere Fördermaßnahmen verloren.[85]

Zu solchen Karrieren darf es gar nicht erst kommen. Wer bis zum Ende der Schulpflicht nicht die Grundqualifikationen für eine Lehrstelle erworben hat, für den ist grundsätzlich die Erziehung durch den Arbeitsmarkt, an dem er gezwungen ist, sich den Lebensunterhalt selbst zu erwerben, die bessere Lösung. Viele Sozialisationsdefizite und Motivationsprobleme lösen sich durch den Druck der Umstände von selbst auf. Zudem gibt es heutzutage vor allem wegen der rückläufigen Absolventenzahlen keinen generellen Lehrstellenmangel mehr. Wer ausbildungswillig und -fähig ist, bekommt auch eine Lehrstelle, selbst in Berlin mit seiner hohen Arbeitslosigkeit. [86] Das heißt aber auch, dass man diesen Jugendlichen kein komfortables Grundsicherungsnetz spannt, sondern sie mit der Härte, sich ihren Lebensunterhalt selber verdienen zu müssen, tatsächlich konfrontiert. Erwerbsfähige Jugendliche, die das Schulsystem verlassen haben, sollten auch nicht indirekt, als Mitglied der Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern, einen Grundsicherungsanspruch erwerben können, solange sie keine Ausbildung durchlaufen. 188

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode haben die Aussagen zur Bildungspolitik und hier insbesondere zur Sprachförderung, Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung eine disproportionale Länge - und dies, obwohl es hier überhaupt keine bundesstaatlichen Zuständigkeiten gibt.[87] Der ständig wachsende Anteil bildungsferner Schichten und muslimischer Migranten unter den Kindern ist offenbar auch auf Bundesebene mehr Anlass zur Sorge, als man zugeben möchte. Die Erkenntnis, dass ein Mangel an Betreuungsangeboten auch eine Erklärung für die auffallend häufige Kinderlosigkeit von Akademikerinnen sein kann, kommt hinzu.

Wie viele Emotionen in all diesen Fragen stecken, offenbarte sich beim Kitastreik im Sommer 2009.[88] Es ging dabei auch um die Qualität der Ausbildung von Erzieherinnen. Forderungen wurden laut, den Beruf des Erziehers an ein Hochschulstudium zu binden. Damit wäre der Gipfel einer verqueren Logik erreicht, die durch folgende Überspitzung auf den Punkt gebracht wird: Kinderlose beziehungsweise kinderarme akademisch ausgebildete Erzieherinnen verzichten auf eigenen, möglicherweise intelligenten Nachwuchs, um sich der frühkindlichen Erziehung von Kindern aus der deutschen Unterschicht und aus bildungsfernem migrantischen Milieu zu widmen, die im Durchschnitt weder intellektuell noch sozial das Potential mitbringen, das ihre eigenen Kinder hätten haben können. Ist das die Zukunft der Bildungsrepublik Deutschland?

Für die Zukunft der deutschen Gesellschaft ist es wichtig, dass die immer spärlicher werdenden nachwachsenden Generationen bei sinkenden Zahlen zumindest eine ausreichende intellektuelle Ausstattung und eine leistungsorientierte Sozialisation vorweisen, weil sonst die Nachhaltigkeit des deutschen Gesellschaftsmodells gefährdet ist. Ob sie dieses Potential mitbringen, hängt zunächst davon ab, in welche gesellschaftlichen Schichten sie geboren werden. Die immer stärkere Verschiebung der Geburten zur Unterschicht und zu muslimischen Migranten stellt daher keine Lösung, sondern ein wachsendes Problem dar. 189

Das große Gewicht, das in der Politik und in der öffentlichen Diskussion seit einiger Zeit auf die frühkindliche Erziehung gelegt wird, deutet darauf hin, dass man dieses Problem, wenn man es schon nicht lösen kann, doch zumindest beherrschbar zu halten hofft. In geordneten bürgerlichen Verhältnissen kann man die frühkindliche Erziehung ja getrost den Eltern und Familien überlassen. Da geht es höchstens um ein Betreuungsangebot, das es den Müttern erlaubt, ihren Erwerbswünschen nachzugehen.

Die Frage, wie man die soziologische Zusammensetzung der Geburten in Deutschland in Richtung eines höheren Anteils der Mittel- und Oberschichten beeinflussen kann, ist in Bezug auf die Bildung eine Metafrage, mit der ich mich in Kapitel 8 näher auseinandersetze. Der Bildungspolitik bleibt nichts anderes übrig, als die Struktur der Geburten in Deutschland zu nehmen, wie sie ist, und das Beste daraus zu machen.

Der wichtigste Aspekt des staatlichen Engagements bei frühkindlicher Bildung besteht darin, in Krippen und Kitas jenes anregungsreiche Umfeld zu schaffen, das in vielen bildungsfernen Elternhäusern fehlt; den Kindern müssen soweit wie möglich auch unabhängig vom Elternhaus optimale Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. Das reicht vom Sozialverhalten über gezielte Sprachförderung bis hin zur Einübung jener Fertigkeiten, die ein Vorschulkind normalerweise im Elternhaus erlernt: Malen, Basteln, Stift und Schere handhaben und anderes mehr. Offen bleibt dabei, bis zu welchem Grad Bildungsferne und Unterschichtherkunft wirklich kompensiert werden können.

Im Grunde ist jedwede Bildung zunächst einmal in dem Sinne Privatsache, dass ihre Inhalte in einen individuellen Kopf gebracht werden müssen und dort je nach Intelligenz und den bereits vorhandenen Inhalten ganz unterschiedliche Wirkungen entfalten. Der Erwerb von Bildung ist insofern stets privat. Auch ihre Vermittlung hat selbst im öffentlichen Schulsystem immer einen privaten Anteil, der

allerdings von Kind zu Kind wechselt: Wer zum Beispiel neben der Schule viel liest oder zu Hause mehr Übungsaufgaben löst, als für die Hausaufgaben nötig ist, der verbessert die öffentliche Bildung durch private Beigaben. Je begabter ein Kind ist und je stärker die häusliche Förderung und Anregung, 190
umso größer ist auf jeder Altersstufe der private, nicht öffentlich vermittelte Bildungsanteil. Bei Hochbegabten kann dies so weit gehen, dass auch eine leistungsfähige öffentliche Schule den Bildungsansprüchen des Kindes schon deshalb nicht genügen kann, weil dessen geistige Interessen sich der notwendigerweise genormten Regelhaftigkeit des Schulbetriebs entziehen.[89]

Das öffentliche Bildungssystem soll gleiche Bildungschancen für alle bieten und tut dies in unterschiedlicher Qualität. Verfechter der Chancengleichheit fürchten um die Qualität dieses Bildungswesens insgesamt, wenn zu viele private Alternativen eröffnet werden, weil die bildungsnahen Schichten diese bevorzugen könnten. Das würde dem Bestreben zuwiderlaufen, durch möglichst langes gemeinsames Lernen die Chancen für die weniger Begabten oder Bildungsferneren zu verbessern.[90] Letztlich kann dieses Modell allerdings darauf hinauslaufen, Kinder aus bildungsnäheren Elternhäusern in ihren Bildungschancen zu benachteiligen, damit bildungsferne Kinder durch gemeinsames Lernen mit bildungsnäheren Kindern bessere Bildungschancen haben. Im Sinne einer sozialen Steuerung der Gesellschaft mag das sogar richtig gedacht sein. Es funktioniert nur nicht: Nach deutschem Recht haben Privatschulen Anspruch auf eine staatliche finanzielle Unterstützung, die jener für staatliche Schulen nahekommt, wenn die Schulen grundsätzlich allen offen stehen und die Zugangsbedingungen nicht materiell diskriminierend sind, etwa wenn ein hohes Schulgeld erhoben wird.

Privatschulen können sich ihre Schüler aussuchen. In der Praxis sind deshalb besonders schwierige und besonders leistungsschwache Schüler dort kaum zu finden, vielmehr stammen die Kinder zum größten Teil aus bildungsnahen Elternhäusern. Privatschulen werden umso attraktiver, je mehr die staatliche Politik versucht, den Gymnasialzugang im Sinne egalitärer Vorstellungen zu steuern oder Schülerströme in die neue Einheitsschule umzulenken.

Die Vorteile, die Privatschulen in solch einem Umfeld bieten, sind objektiver Natur:

- Begabte finden mehr Anregung und Förderung.
- Alle Schüler profitieren von der Abwesenheit besonders leistungsschwacher oder auffälliger Schüler.
- Die Elternschaft ist durchweg engagierter und kooperativer und vermittelt ihren Kindern eine bessere Grundeinstellung zur Schule.
- Die Lehrerschaft ist häufig engagierter und durchschnittlich besser ausgebildet.
- Unterschiedliche Leistungsprofile und pädagogische Profile können leichter verfolgt werden.

Es ist kein Wunder, dass Privatschulen ein Stachel im Fleisch des staatlichen Schulsystems sind. 191

Die wachsenden Belastungen des öffentlichen Schulsystems durch eine immer heterogenere Schülerschaft, aber auch durch die unterschiedlichsten Reformbemühungen haben die Attraktivität der Privatschulen für die gebildete Mittelschicht stark erhöht.[91] Mittlerweile besuchen knapp acht Prozent aller Schüler unter 17 Jahren in Deutschland Privatschulen.[92] Zu Privatschulen zählen sogenannte Pressen, in denen auch die Tumben und Faulen unter den Sprösslingen des Bürgertums zum Abitur getrimmt werden, aber auch Einrichtungen, die Hochbegabten Förderung und Anregung unter Gleichgesinnten bieten.[93] Die Privatschulen ermöglichen es dem Bildungsbürgertum, sich notfalls jederzeit dem staatlichen Bildungssystem zu entziehen, das den Begabten unter den Bürgerkindern nicht genügend Anregung und Förderung bietet. Aber natürlich profitieren auch die durchschnittlich begabten Bürgerkinder von einem im Vergleich mit den staatlichen Schulen günstigeren Lernumfeld.

Allzu egalitäre Bestrebungen der staatlichen Bildungspolitik stoßen also an ihre natürliche Grenze, wenn eine wachsende Zahl stabiler und begabter Kinder des Bürgertums dem staatlichen Schulsystem verloren geht. Zumindest die staatlichen Gymnasien, zunehmend aber auch die Grundschulen, müssen sich dem Wettbewerb der privaten Schulen stellen, und das fördert den kontinuierlichen Such- und Optimierungsprozess, den jedes Bildungssystem braucht.

In einem optimalen Bildungssystem, das jeden nach seinen Fähigkeiten fördert und fordert, ist es am unteren Ende - bei einem IQ von 80 - ein Erfolg, wenn ein Schüler bei Abschluss der Schullaufbahn einigermaßen lesen kann und die vier Grundrechenarten beherrscht. Am anderen Ende dagegen - bei einem IQ von 140 - mag es sein, dass in Physik die Grundlagen der Quantenmechanik behandelt werden und daneben ein Hebräischkurs angeboten wird.

Auch im besten Bildungssystem wird die angeborene Ungleichheit der Menschen durch Bildung nicht verringert, sondern eher akzentuiert. Funktional - im Sinne eines optimalen Beitrags des Bildungssystems zum Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft - sind drei Dinge wichtig:

1. Sozialisation im Sinne einer demokratischen und bürgerlichen Gesellschaft, Förderung von Sozialkompetenz und persönlicher Stabilität
2. hinreichende Vermittlung der Grundqualifikationen im Lesen und Rechnen an möglichst viele als Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung
3. Förderung und Nutzung aller geistigen Potentiale.

Es ist allerdings fraglich, meint Remo H. Largo, ob in westlichen Industriegesellschaften noch wesentliche geistige Potentiale zu heben sind: 192

> »Vielleicht stehen wir bereits näher an der unüberwindbaren Obergrenze des Bildungspotentials, als wir wahrhaben wollen. Verbesserungen sind vor allem bei Kindern der sozial benachteiligten Schichten noch zu erzielen, kaum noch bei denjenigen der Mittel- und Oberschicht. Das Bildungspotential einer Gesellschaft, worunter ich sämtliche in der Bevölkerung vorhandene Fähigkeiten verstehe, ist vorgegeben. Es lässt sich nicht beliebig vermehren, sondern nur optimal nutzen. Ich vermute, dass die westeuropäische Gesellschaft im Vergleich zu Entwicklungsländern ihr Potential weitgehend ausgeschöpft hat.«[94]

In Bezug auf das Bildungssystem wird alle Tage eine neue Forderung formuliert und eine neue Wahrheit verkündet beziehungsweise ein neues Defizit beklagt. Das kann auch kaum anders sein, denn alle entdecken die Rolle der Bildung stets neu - in ihrer jeweiligen Eigenschaft als Eltern, Soziologen, Psychologen, Reformer, Utopisten, Weltverbesserer, Politiker. Innere Widersprüche beschäftigen den Einzelnen und gehen quer durch die gesellschaftlichen Gruppen. Es ändert sich im Laufe der Zeit die Wahrnehmung von Defiziten, es ändern sich die Schülerpopulationen, und es ändern sich die Schwerpunkte im gesellschaftlichen Konsens, soweit dieser überhaupt herzustellen ist.

Auf der anderen Seite steht eine mit dem demografischen Wandel allmählich älter werdende Lehrerschaft - zum größten Teil im Öffentlichen Dienst -, die das zu tun versucht, was ihr vor 20 oder 30 Jahren in Studium und Referendarzeit beigebracht worden ist. Teile dieser Lehrerschaft weichen, wenn es zu bunt wird, in die innere Emigration oder in Krankheiten aus - was ja nur menschlich ist.

Das Scharnier zwischen Politik und Gesellschaft einerseits und den Schulen andererseits bilden 16 Landesschulverwaltungen, die ihre Aufgaben mit unterschiedlicher Qualität und unterschiedlichen Prioritäten wahrnehmen, aber in der Summe eher noch langsamer sind als »normale« Verwaltungen. Ehe eine Reformwelle alle Schulen erreicht hat und in den Köpfen der Beteiligten angekommen ist, rollt meist schon die nächste heran.

Über allem thront die Kultusministerkonferenz. Die hat sich darauf geeinigt, künftige Pisa-Ergebnisse nicht mehr getrennt nach den einzelnen Bundesländern zu veröffentlichen, weil dies für zu viel Zwietracht bei der Interpretation und Erklärung der Leistungsunterschiede gesorgt hat (das zeigt den Geist dieses Gremiums). Dabei sorgen mächtige Trends - der wachsende Anteil der Kinder von Migranten, der wachsende Anteil von Kindern aus der deutschen Unterschicht, der starke Zulauf zu den 193
Privatschulen - für noch mehr Divergenz und für ein noch stärkeres Auseinanderdriften der Ergebnisse. Diese offenzulegen wäre durchaus wünschenswert.

Gleichzeitig steigt die gesellschaftliche Nervosität, weil die demografische Falle es zunehmend wichtig werden lässt, dass die zahlenmäßig immer mehr abnehmende Jugend eine gute Ausbildung bekommt, denn sie soll ja künftig die Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft sichern und für den Unterhalt jener 35 Prozent der deutschen Bevölkerung sorgen, die sich künftig im Rentenalter befinden.

Es ist daher durchaus verständlich, dass die Forderungen nach einer Zentralisierung der Bildungszuständigkeiten wachsen. Das wird in Deutschland allerdings nicht geschehen, und es würde auch neue Gefahren mit sich bringen: Eine wie immer geartete Mode oder politische Priorität, die als Reform angeboten wird, sich aber zu spät als irrtumsbehaftet oder schädlich herausstellt, würde dann nämlich gleich die gesamte Republik treffen. Es leben ja auch andere Länder - etwa die USA und England - ganz gut mit einem sehr heterogenen Schulsystem. Wichtig sind letztlich zwei Dinge: Es muss Konsens geben über

1. die Stufen der Schullaufbahn und deren Dauer
2. . den Kernbestand an Wissen und Kompetenzen, der den Schülern in einem bestimmten Abschnitt ihrer Schullaufbahn zu vermitteln ist; damit verbunden ist ein Konsens über die Grundstruktur der Lehrpläne und über die anzulegenden Bildungsstandards. [95]

Solch einen Konsens muss die Kultusministerkonferenz herbeiführen und kann das grundsätzlich auch.

Der Konsens über die in den Kernkompetenzen anzustrebenden Ergebnisse ist die Voraussetzung und zugleich eine geeignete Basis dafür, dass den Bundesländern - und dort den verschiedenen staatlichen und privaten Schulen - hinsichtlich Wegen und Methoden zu diesem Ziel weitgehende Freiheiten gelassen werden. Die Ergebnisse aber müssen zentral gemessen werden und bundesweit vergleichbar sein. Die Testverfahren bei den internationalen Vergleichen Pisa und TIMSS wie beim amerikanischen SAT[96] zeigen, dass es für solche Tests gesicherte Methoden gibt. Der amerikanische SAT ist bereits in den vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelt worden, um im völlig heterogenen amerikanischen Schulsystem eine einheitliche Leistungsmessung zu ermöglichen. Seine Ergebnisse dienen der Vorauswahl für die Aufnahme in Colleges und Universitäten.

In Deutschland ist der Widerstand gegen systematische Leistungsvergleiche nach wie vor sehr groß. Er wird repräsentiert durch viele Bildungspolitiker und einen großen Teil der Lehrerschaft. Der 194
deutsche Pisa-Chef Eckhard Klieme bemerkt dazu:

> »In unserer Desi-Studie, der ersten nationalen Leistungsstudie, haben wir festgestellt, dass nur ein Drittel der Hauptschüler das Ziel erreicht hat, das laut Lehrplan erreicht werden muss. Das hatte vorher niemand gedacht - man war einfach davon ausgegangen, dass das Ziel in der Regel erreicht wird... Man begegnet nach wie vor einer verbreiteten Einstellung: Wenn die Stimmung stimmt, also wenn die Lernfreude und das Engagement hoch sind, dann ist man schon zufrieden. Das Engagement und die sozialen Fähigkeiten der Schüler werden ausgespielt gegen die kognitiven Leistungen. Das ist leider ein Grundmotiv der Bildungsdiskussion in Deutschland,.«[97]

Groß ist die Versuchung, bei konkreten Testverfahren Standards so zu gestalten, dass nicht zu viele Schüler in den unteren Kompetenzstufen hängen bleiben. Der Bildungsforscher Olaf Köller äußert sich hier recht verräterisch: »Manchmal müssen wir feststellen, dass die Experten die Anforderungen viel zu hoch gesetzt haben, weil viel zu viele Schülerinnen und Schüler demnach nur die unteren Kompetenzstufen erreichen würden..., es gibt also mehrere Testdurchgänge, und die Grenzen werden justiert, um sie auch politisch vertreten zu können.«[98] Anforderungen werden offenbar so lange gesenkt, bis die Quote der gescheiterten Testabsolventen akzeptabel ist. Kein Wunder, dass viele von denen, die die Hauptschule abschließen, nicht über die fachlichen Voraussetzungen, die für eine betriebliche Ausbildung erforderlich sind, verfügen, obwohl sie die Standards der Hauptschule offenbar erfüllen.

Vor diesem Hintergrund wird der nachfolgende Vorschlag auf große Widerstände stoßen, aber aus meiner Sicht führt kein Weg daran vorbei: In jeder Schule und in jeder Klasse wird gegen Ende des Schuljahrs ein bundesweit einheitlicher Test zum erreichten Stand in den Kernkompetenzen Leseverständnis und mathematisches Verständnis durchgeführt. Die Ergebnisse werden unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen veröffentlicht. Es wird sichergestellt, dass die Tests nicht manipuliert werden. Dazu gehört auch, dass nicht die für die jeweilige Klasse zuständigen Lehrer sie durchführen.

Um einen belastbaren Vergleich zu ermöglichen, werden die Leistungstests ergänzt durch einen anonymisierten Intelligenztest. Schließlich soll ja überprüft werden, ob es gelungen ist, in jeder Klasse das vorhandene intellektuelle Potential zu erschließen. Für jede Schule wird zudem anhand der Herkunft der Schüler ein sozioökonomischer Index erstellt und regelmäßig fortgeschrieben. Der sozioökonomische Index, der auch dazu dienen kann, die Testergebnisse der verschiedenen Schulen zu 195
gewichten, sollte ebenfalls veröffentlicht werden.

Eine klare und regelmäßige Ergebniskontrolle ist die entscheidende Voraussetzung, wenn man Freiheit in den Methoden gewähren will. Wenn eine Schule mit jahrgangsübergreifendem Lernen oder anderen, gerade als besonders modern angesehenen Methoden bei den Leistungstests reüssiert, umso besser. Wenn Schulen unter Berücksichtigung sozioökonomischer Einflüsse besser oder schlechter abschneiden als andere, wird man damit leben müssen. Die besseren Schulen werden sich größerer Attraktivität erfreuen, die schlechteren werden weniger nachgefragt sein, unabhängig davon, ob die Schulen privat oder staatlich sind. Auf jeden Fall wird der jährliche Leistungsvergleich im Schulsystem eine große Dynamik auslösen.

Staatliche und private Schulen müssen wie bisher hinsichtlich der finanziellen Dotierung vom Staat gleichbehandelt werden. Den staatlichen Schulen werden stufenweise die administrativen Freiheiten eingeräumt, die für private Schulen typisch sind, insbesondere das Recht, die Lehrer selbst auszusuchen,

sich nach eigenem Gutdünken zu organisieren und Sachmittel selbst zu verwalten. Solch ein Übergang zu mehr Freiheiten muss im Hinblick auf die einzelne Schule differenziert eingeleitet werden. Die Mindestvoraussetzung ist eine kompetente und gestaltungswillige Schulleitung.

Die Risiken solch eines Systems liegen in einer wachsenden Segregation der Schüler nach Leistungsfähigkeit beziehungsweise nach sozialen Gruppen. Solch eine Segregation wird nicht völlig zu verhindern sein - sie findet auch bereits statt -, kann aber dadurch begrenzt werden, dass allen Schulen, auch den privaten, eine gewisse herkunftsbezogene Mindestmischung vorgegeben wird. Die Risiken der verstärkten Tendenz zur Segregation gilt es abzuwägen gegen die allgemeine Leistungssteigerung durch die hergestellte Ergebnistransparenz und den dadurch ausgelösten Wettbewerb. Wenn sich tatsächlich in einer Reihe von staatlichen Schulen weniger leistungsstarke Schüler konzentrieren, haben diese Schulen die Chance, sich um die Defizite und besonderen Bedürfnisse dieser Gruppe besonders zu bemühen. Die Schüler erleiden an solchen Schulen für ihre Zukunft dann keine Nachteile, wenn vergleichbare Leistungen vergleichbar bewertet werden. In diesem Fall ist nämlich die Chance, einen Ausbildungsplatz zu erlangen oder auf eine weiterführende Schule übernommen zu werden, allein von der im Test gemessenen Leistung abhängig und nicht vom Namen der Schule.

7 Zuwanderung und Integration

196

Mehr erwarten, weniger bieten

Gottes ist der Orient!
Gottes ist der Occident!
Nord- und südliches Gelände
Ruht im Frieden seiner Hände.

JOHANN WOLFGANG GOETHE,
West-östlicher Diwan

Der Mensch ist ein territorial orientiertes Wesen. Diesbezügliche Instinkte sind tief in ihm angelegt. Das beginnt bei der eigenen Wohnung, setzt sich fort am Gartenzaun und reicht bis zur Staatsgrenze. Kriegerische Ereignisse - von den Fehden um die Jagdreviere der Steinzeit über die Schlacht im Teutoburger Wald bis hin zum Zweiten Weltkrieg - waren zunächst und vor allem immer Kämpfe um Territorien. Denn daran hing die mögliche Jagdausbeute, hingen die landwirtschaftlichen Erträge oder die Möglichkeiten zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Das Territorium war auch die Basis für das Wachsen der Bevölkerung und die Akkumulation wirtschaftlicher und politischer Macht.

Daneben ist der Mensch ein gruppenorientiertes Wesen. Die Zugehörigkeit zur einen Gruppe impliziert folgerichtig die Abgrenzung zur anderen. Wer Schalke-Fan ist, kann eben nicht gleichzeitig Bayern-Fan sein. Dabei kann sich der Mensch auf unterschiedlichen Ebenen ganz unterschiedlichen Gruppen zugehörig fühlen: Ob Fußballfan, Parteimitglied, Familienmitglied, Bewohner einer Gemeinde, Angehöriger eines Berufsstandes, Mitarbeiter eines Unternehmens, Angehöriger einer Nation, einer Volksgruppe, eines Kulturkreises oder einer Religionsgemeinschaft: Überall wirkt der Gegensatz von »Die« und »Wir« und schafft Bindung und Solidarität durch Abgrenzung, ist aber stets auch der Ausgangspunkt für Streit, Aggression und Gewalt.

Das in der Gruppenzugehörigkeit liegende Bindungs- und Kooperationsverhalten ist neben der menschlichen Intelligenz die wesentliche Quelle seines Erfolgs als Gattung, es ist allerdings gleichzeitig die Quelle aller Kriege und eines großen Teils der Gewalt, die Menschen gegen Menschen ausüben.

Die Kulturleistung der modernen Zivilisation und Staatlichkeit besteht darin, die unaufhebbaren menschlichen Instinkte, die um Territorialprinzip und Gruppenzugehörigkeit kreisen, mit mehr oder weniger Erfolg in staatliche und überstaatliche Organisationen einzubinden. So gelang es dem Römischen Reich rund ein halbes Jahrtausend lang, den Mittelmeerraum und Westeuropa durch die »Pax Romana« zu befrieden. Auch deren Basis war allerdings die intelligente Gewalt der überlegenen Militärorganisation der Römer. Am anderen Ende der Welt vollbrachte das chinesische Großreich eine ähnliche Leistung. Neuere Großreiche sind 197
die Vereinigten Staaten oder - als halbstaatliches Gebilde - die Europäische Union.

Die Aufhebung von Binnengrenzen in staatlichen Organisationen hatte aber immer die Abgrenzung nach außen zur Voraussetzung, und das staatliche Großgebilde war umso stabiler und überdauerte umso länger, je besser die Sicherung der Außengrenzen gelang. Diese dienten nicht nur dem Schutz vor militärischen Einfällen, sondern auch der *Zuwanderungskontrolle.* Ungesteuerte Zuwanderung konnte zu jeder Zeit staatliche Gebilde gefährden und die Stabilität einer Gesellschaft unterminieren. Das chinesische Kaiserreich hatte deshalb seine Chinesische Mauer, die Römer hatten ihren Limes. Beide schützten und sicherten die Reiche für Jahrhunderte. Die USA haben es leichter mit den Weltmeeren links und rechts. Sie bauen jetzt ergänzend für Milliarden Dollar ihren Grenzzaun zu Mexiko aus. Für die EU ist die Frage noch offen, wie sie die Außengrenzen des Schengen-Abkommens dauerhaft sichern will.

Zu keiner Zeit waren die Sicherung des Territoriums und die Regulierung von Zuwanderung trivial. Die um diese Fragen entstehenden Verwicklungen bedrohten Staaten und Gesellschaften häufig im Kern und prägten sie tief, und immer wieder waren sie begleitet von blutigen Orgien und Gewalt.

In deutschen Medien wird dies häufig ausgeblendet. Zuwanderungsfragen werden dort oft mit mahnend erhobenem Zeigefinger behandelt und mit einer Attitüde, die wohl am treffendsten charakterisiert wird durch das Sprüchlein: »Piep, piep, piep, wir haben uns alle lieb.« Dieser Ansatz ist so unhistorisch wie albern. Umso bedauerlicher ist es, dass sich die deutsche politische Klasse ihre Haltung zu Migrationsfragen weitgehend von Stimmen aus den Medien diktieren lässt. Sie läuft damit Gefahr, sich sowohl vom Kern der Probleme als auch vom Volk zu entfernen. In anderen europäischen Ländern ist die Lage aber nicht viel besser. Der wachsende Zulauf, den rechte populistische Bewegungen in vielen europäischen Ländern zu verzeichnen haben - oder auch die Volksabstimmung zur Zulässigkeit von Minaretten, wie sie in der Schweiz durchgeführt wurde -, sind Folgen der überwiegend unhistorischen, naiven und opportunistischen staatlichen Migrationspolitik in Europa.

Die großen Wanderungsbewegungen verliefen selten unblutig, es sei denn, die Einwanderer ließen sich auf unbesiedeltem Terrain nieder. Das ist infolge des rapiden Bevölkerungswachstums nicht mehr möglich. Heute würde sich an den Bevölkerungsproblemen Afrikas oder des Nahen Osten vermutlich nicht einmal das 198
Geringste ändern, wenn Europa 100 oder 200 Millionen Zuwanderer aufnähme. »Das Schlüsselproblem für die Zukunft bleibt die Vermehrung des Menschen. Wenn der Weltfriede nicht gestört werden soll, muss jedes Volk seine Bevölkerung auf die Tragekapazität seines Landes abstimmen. In einer übervölkerten Welt darf Vermehrung kein Argument für Landnahme sein.«[1] Dieser richtigen Feststellung von Irenäus Eibl-Eibesfeldt ist eine weitere hinzuzufügen: Auch die natürliche Bevölkerungsabnahme in einem Land oder einer Gruppe von Ländern darf kein Grund zur moralischen oder politischen Rechtfertigung von Immigration und Landnahme sein. Das Territorialprinzip ist unantastbarer Bestandteil staatlicher Souveränität, seine Beachtung hat eine friedensstiftende Funktion.

In der globalisierten Welt können Kapital und Güter frei fließen, doch es ist ganz undenkbar, dass dies auch für Arbeitskräfte gelten soll, denn an diesen hängen Familien, Gesellschaften und Völker. Letztlich hat die Arbeitsmigration der 1960er Jahre eine neue europäische Völkerwanderung in Gang gesetzt, an deren Folgen wir laborieren. Heute wissen wir, dass Fabriken und Dienstleistungen wandern müssen und nicht die Menschen. Das abendländische Europa würde, alternd und schrumpfend, wie es ist, in seiner kulturellen Substanz auch gar nicht überleben. Die geografische und kulturelle Grenze Europas ist dabei ganz klar am Bosporus zu ziehen und nicht, wie in vielen Statistiken, an der türkischen Grenze zum Irak und zum Iran.

Zu- und Abwanderung in Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die vier Besatzungszonen, in die Restdeutschland aufgeteilt war, rund 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Siedlungsgebieten im Osten und dem ehemaligen Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße auf. Im Osten war die deutsche Sprachgrenze 1950 etwa wieder da angekommen, wo sie 800 Jahre zuvor gestanden hatte.

Die Landsleute wurden in die stürmisch wachsende westdeutsche Wirtschaft schnell integriert, reichten aber für den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft ab Anfang der sechziger Jahre nicht mehr aus: Von Ende der fünfziger Jahre bis 1973 (Anwerbestop) holte die Bundesrepublik Deutschland Millionen von »Gastarbeitern« nach Deutschland. Zur Zeit des Anwerbestops 1973 betrug deren Zahl etwa 2,6 Millionen. Bereits seit Ende der sechziger Jahre hatte bei vielen Gastarbeitern der Familiennachzug eingesetzt. Hier gab es allerdings sehr unterschiedliche Verhaltensmuster. So gingen von den etwa 2 Millionen italienischen Gastarbeitern, die bis 199
1973 angeworben wurden, die meisten nach einigen Jahren wieder in ihre Heimat zurück. Heute leben noch etwa 550000 Italiener in Deutschland. Von den etwa 750 000 Türken, die ebenfalls bis 1973 angeworben wurden, blieben dagegen die meisten in Deutschland und holten ihre Familien nach. Heute leben rund 3 Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland. Ihr Anteil an den Geburten ist doppelt so hoch wie der Bevölkerungsanteil und nimmt weiter zu.

Die Zuwanderung aus Ost- und Südeuropa ist schon seit Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen. Die südeuropäischen Einwanderer sind, soweit sie hierblieben, gut integriert. Die knapp 4 Millionen zugewanderten Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion machen nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr gute Integrationsfortschritte, ihre Erfolge im Bildungswesen sind überdurchschnittlich. Gleiches gilt für andere Zuwanderer aus osteuropäischen Ländern. Für den Arbeitsmarkt und für das Bildungswesen sind sie durchweg eine Bereicherung.

Aus heutiger Sicht war die Gastarbeitereinwanderung in den sechziger und siebziger Jahren ein gigantischer Irrtum: Großenteils wurden die Arbeiter eingesetzt in Industrien, die sterbende Industrien waren. Dies verlangsamte den unvermeidlichen Strukturwandel und verstellte den Blick auf das Beunruhigende des Geburtenrückgangs in Deutschland. Dessen Folgen werden durch den Zuzug von Migranten nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Gleicht sich nämlich die Geburtenrate der Migranten mit der Zeit der niedrigen deutschen Geburtenrate an, so ändert sich nichts an dem grundsätzlichen Problem, dass die Generation der Enkel immer nur halb so groß ist wie die Generation der Großeltern, denn das ist der Fall bei einer Fertilitätsrate von 1,4. Das bedeutet zugleich, dass die Bevölkerung in vier Generationen um drei Viertel schrumpft und stets die Hälfte der Einwohner älter ist als 50 Jahre. Das soziale und wirtschaftliche Leben muss unter solchen Bedingungen ganz anders organisiert werden. Bleibt die Geburtenrate der Migranten dagegen dauerhaft höher als die der autochthonen Bevölkerung, so werden Staat und Gesellschaft im Laufe weniger Generationen von den Migranten übernommen. Damit wäre das Argument widerlegt, die niedrige deutsche Geburtenrate sei die quasi schicksalhafte Konsequenz der Modernisierung, denn wenn das zuträfe, könnten ja auch die Migranten dauerhaft keine höhere Geburtenrate haben.

Viele Deutsche geben sich gerne der Illusion hin, Zuwanderung könne irgendeines unserer 200
demografischen Probleme lösen, und es könne sogar gelingen, in großer Zahl qualifizierte Zuwanderer anzuziehen. Dabei stehen diese - und das gilt für ganz Europa - gar nicht zur Verfügung beziehungsweise gehen lieber in ein englischsprachiges Land. Für Deutschland und Europa bleibt nur der Zuzug aus Nordafrika und Nahost eine realistische Option - ob es eine wünschenswerte ist, werden wir sehen.

Stets gilt, dass jene, die arbeiten, für die bezahlen müssen, die nicht arbeiten: 2007 kamen in Deutschland auf 100 Menschen mit einem überwiegenden Einkommen aus Erwerbstätigkeit 68,7 Menschen, die von Renten oder Sozialtransfers lebten. Für Menschen ohne Migrationshintergrund betrug die Relation 70,6 Prozent. Die Migranten haben also trotz ihres wesentlich günstigeren Altersaufbaus gemessen an dieser Relation demografisch kaum entlastend gewirkt.[2]

Belastbare empirisch-statistische Analysen, ob die Gastarbeiter und deren Familien für Deutschland überhaupt einen Beitrag zum Wohlstand erbracht haben oder erbringen werden, gibt es nicht.[3] Für Italiener, Spanier und Portugiesen wird man diese Frage wohl bejahen können, weil ihr Familiennachzug geringer war und die meisten wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Für Türken und Marokkaner wird man sie sicher verneinen können. Zu groß ist das Missverhältnis zwischen der Zahl der ursprünglichen Gastarbeiter und dem dadurch ausgelösten Nachzug großer Familienverbände.

Migranten muslimischer Herkunft

Eine Zuwanderungs- und Integrationsproblematik, die der Rede wert ist und sich nicht mit der Zeit automatisch erledigt, gibt es heute in Deutschland ausschließlich mit Migranten aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost, die zu mehr als 95 Prozent muslimischen Glaubens sind. Die Integrationspolitik ist aber gegenüber diesem Sachverhalt weitgehend blind, wie der im Auftrag der Bundesregierung erstellte Bericht »Integration in Deutschland« belegt.[4] In dem umfangreichen Indikatorenwerk wird ausschließlich auf die Gesamtheit der Menschen mit Integrationshintergrund geblickt. Aussagen zu Bildung, Arbeitsmarkt, Transferabhängigkeit, Kriminalität werden nicht nach Herkunftsregionen beziehungsweise Volksgruppen differenziert. Dieser Mangel an Differenzierung war offenbar beabsichtigt, denn eine Diskussion darüber, ob kulturelle Unterschiede zwischen den Migrantengruppen Integrationswillen und Integrationsfähigkeit beeinflussen, war politisch nicht gewünscht[5]

Der Integrationsbericht 2009 der Bundesregierung benennt Probleme generell nur sehr zaghaft und 201
tendenziell verharmlosend. Besonders deutlich zeigt sich dies bei den Aussagen zur Abhängigkeit von Migration und Sozialtransfers sowie Kriminalität. Völlig konturlos werden diese Aussagen, weil sie stets auf die Migrationsbevölkerung insgesamt abheben und nicht nach Gruppen differenzieren. Es fehlen auch Aussagen zur unterschiedlichen Fruchtbarkeit der verschiedenen Migrantengruppen und den damit verbundenen demografischen Implikationen.

Laut Mikrozensus 2007 leben in Deutschland 15,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund.[6] Davon entfallen auf Bürger der EU 3,7 Millionen, auf die Herkunftsgebiete Bosnien und Herzegowina, Türkei, Naher und Mittlerer Osten sowie Afrika 4,0 Millionen. Die Migranten aus diesen Herkunftsgebieten werden im Folgenden *muslimische* Migranten genannt. Sicher gibt es unter ihnen auch einige mit christlichem oder anderem religiösen Hintergrund. Aber diese fallen kaum ins Gewicht und verändern den statistischen Ausweis der Integrationsproblematik zudem durchweg in eine günstige Richtung, weil Christen und Juden aus diesen Gebieten stets ein überdurchschnittliches Integrationsverhalten zeigen.

4,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund können im Mikrozensus wegen inkonsistenter oder fehlender Angaben nicht einer bestimmten regionalen Herkunft zugerechnet werden. Geht man davon aus, dass beim Mikrozensus die Quote der fehlerhaften oder fehlenden Angaben über alle Menschen mit Migrationshintergrund gleichmäßig streut, dann bedeutet dies, dass die Zahl der muslimischen Migranten tatsächlich um 43 Prozent höher ist, also bei rund 5,7 Millionen liegt. Die sehr hohe Kinderzahl in dieser Gruppe deutet aber darauf hin, dass unter den Migranten mit fehlenden oder

inkonsistenten Angaben Muslime überdurchschnittlich stark vertreten sind. Die Zahl der muslimischen Migranten in Deutschland könnte also auch 6 bis 7 Millionen betragen.

Das mittlere Alter der muslimischen Migranten liegt unter 30 Jahren, während das mittlere Alter der autochthonen deutschen Bevölkerung etwa 45 Jahre beträgt. Der Anteil der Muslime an der Bevölkerung unter 15 Jahren liegt heute bereits bei 10 Prozent, ihr Geburtenanteil noch deutlich höher (vgl. Tabelle 8.8, Seite 359). Berücksichtigt man die Zuordnungsproblematik, erhöhen sich die Zahlen entsprechend.

Von den gut 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland stammen also 25 bis 45 Prozent aus muslimischen Ländern. Auf diese Gruppe sind aber 70 bis 80 Prozent aller Probleme 202
von Migranten in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Transferleistungen und Kriminalität zurückzuführen.[7] Das unterschiedslose Zusammenwerfen aller Migranten in der Berichterstattung der Bundesregierung (die im Kapitel 3 aufgeführten Zahlen des Berlin-Instituts[8] zeigen, dass es auch anders geht) erweist sich hier als irreführend, denn es übertreibt die Probleme der erfolgreicheren Gruppen unter den Migranten beziehungsweise unterstellt dort Probleme, wo gar keine sind. Gleichzeitig verharmlost die Darstellung die spezifischen Integrationsprobleme, die es mit der Migration aus muslimischen Ländern gibt. Weit ausgeprägter noch als andere Migrantengruppen haben Muslime in Deutschland eine unterdurchschnittliche Beteiligung am Arbeitsmarkt, unterdurchschnittliche Erfolge im Bildungswesen und eine überdurchschnittliche Quote von Transferleistungsempfängern sowie eine überdurchschnittliche Beteiligung an der Gewaltkriminalität.

Die Hoffnung, dass die an Bildung, Auftreten auf dem Arbeitsmarkt und Sprache gemessene Integration der muslimischen Migranten mit den Jahren Fortschritte macht, hat sich kaum erfüllt. Integrationsgrad und -bereitschaft scheinen im Gegenteil vielfach eher zu sinken. Ursachen dafür sind die unzureichenden Erfolge der Muslime im Bildungs- und Beschäftigungssystem, der ganz erhebliche Familiennachzug von Heiratspartnern aus den Heimatländern, aber auch eine starke Fixierung auf die heimatliche Kultur.

Um das Jahr 1950 lebten praktisch keine Muslime in Westeuropa. Um das Jahr 1970 waren es etwa 2 Millionen, im Wesentlichen Algerier in Frankreich, Pakistani in England und Türken in Deutschland. Heute beträgt ihre Zahl 15 bis 20 Millionen, und sie wächst weiter schnell. Dieses Wachstum trifft überall in Europa auf eine - in unterschiedlichem Maße, aber doch durchweg - alternde und schrumpfende einheimische Bevölkerung.

Im Jahr 1968 betrug die Zahl der westindischen, indischen und pakistanischen Einwanderer in Großbritannien rund eine Million. Die Einwanderung hatte sich zunächst quasi zufällig ergeben, weil im britischen Empire alle Einwohner als british subjects galten. Es dauerte viele Jahre, bis das Pass- und Zuzugsrecht restriktiver gestaltet war. Aber die Aufregung in England war schon über diese niedrigen Zahlen groß. Der konservative Politiker Enoch Powell nahm sich des Themas an. Er prognostizierte 1968, dass bei unverändertem Immigrationstempo nach 30 Jahren große Teile von Yorkshire, der Midlands und der Home Counties vorwiegend oder ausschließlich afroasiatisch bevölkert sein würden, 203
und warnte eindringlich vor den Folgen.[9] Seine Äußerungen verursachten einen Skandal, und er verlor sein Amt als Schattenverteidigungsminister. Aber die Zustimmung aus der Bevölkerung war überwältigend: Powell erhielt in zehn Tagen 100 000 Briefe, nur in 800 davon wurde ihm widersprochen. In der Sache behielt er Recht. Er hatte vorausgesagt, dass die afroasiatische Bevölkerung in Großbritannien bis 2002 von einer Million auf 4,5 Millionen steigen würde, exakt waren es dann 4,63 Millionen. Dennoch gab es in Großbritannien und - ebenso - in Frankreich, Holland oder Deutschland keinen Politikwechsel.

Wieso ließ man die Entwicklung einfach weiterlaufen? Christopher Caldwell erklärt dies mit dem Schamfaktor: Großbritannien hatte in 15 Nachkriegsjahren ein Weltreich verloren und verwaltete mit angeschlagenem Selbstbewusstsein die Trümmer seines Empires. Frankreich hatte das Trauma des Algerienkrieges, Holland das Trauma des verlorenen Kolonialkrieges in Indonesien, und die Deutschen hatten das Nazitrauma. »Even those who felt that such shame was misplaced were forced to admit it's power.«[10]

In England waren seit den fünfziger Jahren drei Gruppen zugezogen: Westinder (vorwiegend Schwarze), Inder sowie Pakistani und Bangladeshi. Nur die letzte Gruppe war islamischen Glaubens, und diese Einwanderer machten die größten Probleme: Schulleistung und Arbeitsmarktintegration der Pakistani und Bangladeshi fallen weit hinter die der Inder zurück, das gilt auch für die zweite und dritte Einwanderergeneration.

Die besondere Problematik islamischer Einwanderer ist nicht auf England beschränkt. In allen betroffenen Ländern - ob England, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Belgien, Dänemark oder Norwegen - macht man bei der Gruppe der muslimischen Migranten vergleichbare Beobachtungen, nämlich[11]

- unterdurchschnittliche Integration in den Arbeitsmarkt
- überdurchschnittliche Abhängigkeit von Sozialtransfers
- unterdurchschnittliche Bildungsbeteiligung
- überdurchschnittliche Fertilität
- räumliche Segregation mit der Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften
- überdurchschnittliche Religiosität mit wachsender Tendenz zu traditionalen beziehungsweise fundamentalistischen Strömungen des Islam
- überdurchschnittliche Kriminalität, von der »einfachen« Gewaltkriminalität auf der Straße bis hin zur Teilnahme an terroristischen Aktivitäten.[12]

Überall in Europa ging man zunächst - nachträglich erscheint das naiv - davon aus, dass diese 204
Migranten das abendländische Wertsystem - Demokratie, kulturelle und religiöse Freiheit, individuelles Streben nach Wohlstand und Selbstverwirklichung - teilen und dass sich die Unterschiede in zwei, spätestens drei Generationen verwischen würden. Das geschah nicht, im Gegenteil: Unter den eingewanderten Muslimen und ihren Nachkommen nahm die Tendenz zu, sich kulturell und räumlich abzugrenzen. Das europäische Sozialsystem behinderte die Integration in den Arbeitsmarkt und erleichterte es, unter sich zu bleiben - auf Kosten der europäischen öffentlichen Kassen. Die traditionalen autoritären Familienstrukturen blieben erhalten. Der soziale Druck auf Mädchen und Frauen, ein Kopftuch zu tragen, sich zu verhüllen und traditionell zu kleiden, stieg, und die optische Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft trat immer deutlicher hervor. Das hatte zur Folge, dass in allen betroffenen europäischen Ländern die Aggressionen der autochthonen Mehrheitsbevölkerung gegen diese fremde Bevölkerungsgruppe wuchsen, die in überdurchschnittlichem Maße von öffentlicher Unterstützung abhängig ist. Der niederländische Soziologe Paul Schef fer schreibt dazu:

»Die Welt hat sich in unseren Stadtvierteln eingenistet, und das ist eine verwirrende und schockierende Erfahrung. Die Märkte, die Gotteshäuser, die Schulen und die Sportvereine: Alles und jeder ist von dieser Völkerwanderung berührt, die gerade stattfindet und deren Ende noch längst nicht absehbar ist. Wir erleben tief greifende Veränderungen, und es ist nicht klug, sie herunterzuspielen oder sie zu ignorieren.«[13]

Oft wird die aktuelle muslimische Einwanderung in Europa mit der aktuellen hispanischen Einwanderung in die USA verglichen. Christopher Caldwell weist darauf hin, dass es da grundlegende Unterschiede gibt: Die Einwanderer aus Mittel- und Südamerika sprechen eine europäische Sprache, sie sind christlichen Glaubens und repräsentieren eine traditionelle Version der kulturellen Werte der USA »like white working class culture forty years ago«.[14] Die hispanischen Einwanderer stärken und bereichern die abendländische Kultur und Zivilisation der USA, anstatt sie in Frage zu stellen.

Islam ja, Islamismus nein?

Paul Scheffer hatte im Jahr 2000 mit seinem Artikel »Das multikulturelle Drama« eine Diskussion über die muslimischen Migranten in den Niederlanden angestoßen. Diese erfuhr eine erhebliche Beschleunigung und Emotionalisierung durch drei Ereignisse: den Anschlag auf das World Trade Center 2001, die Ermordung von Pim Fortuyn 2002 und die Ermordung von Theo van Gogh 2004. In 205
der Folge breitete sie sich über ganz Europa aus. Scheffer kritisiert die Versuche, die besondere Qualität der muslimischen Migration mit der »Binsenweisheit« herunterzuspielen, Migration habe es zu allen Zeiten gegeben:

»Die Migration, die wir zur Zeit erleben, hat unsere Gesellschaften in vielerlei Hinsicht nicht offener gemacht. Durch die traditionellen Ansichten, die viele Migranten mitbringen, werden plötzlich wieder alle Fragen hinsichtlich der Stellung der Frau diskutiert, und das Recht auf freie Meinungsäußerung ist wieder umstritten. Mit einem Mal reden wir wieder von Gotteslästerung und über das Verbot, vom Glauben abzufallen. Auch wenn es dabei um Überzeugungen geht, die wir aus unserer eigenen Geschichte kennen, ist es dennoch kein Fortschritt, die Emanzipation von vor fünfzig Jahren wiederholen zu müssen.«[15]

Das ist wohl wahr, und damit ist man im emotionalen Kern des Problems: Das westliche Abendland sieht sich durch die muslimische Immigration und den wachsenden Einfluss islamistischer Glaubensrichtungen mit autoritären, vormodernen, auch antidemokratischen Tendenzen konfrontiert, die nicht nur das eigene Selbstverständnis herausfordern, sondern auch eine direkte Bedrohung unseres Lebensstils darstellen.

Deutlich wurde dies erstmals, als Ajatollah Chomeini eine Fatwa gegen den indisch-britischen Autor Salman Rushdie aussprach, weil dieser sich ein paar dichterische Freiheiten erlaubt hatte. Wegen einiger Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung gab es dann 2005 weltweit islamische Demonstrationen und Gewalttätigkeiten mit 105 Toten. Der Zeichner Kurt Westergaard, Jahrgang 1935, lebt seither in wechselnden Wohnungen unter Polizeischutz und entging in den Weihnachtstagen 2009 nur knapp dem Mordversuch eines jungen Somaliers mit Aufenthaltserlaubnis in Dänemark. Dänische Milchprodukte werden in islamischen Ländern wegen der Mohammed-Karikaturen boykottiert.

Millionen Frauen in unserer Mitte werden durch den sozialen Druck ihrer Religion und Kultur zur Beachtung von Kleidervorschriften gezwungen, die sie als selbstständige Individuen herabwürdigen, und von ihren Familien an ihrer beruflichen und persönlichen Entfaltung gehindert.

Das alles haben wir eigentlich gar nicht nötig. Wirtschaftlich brauchen wir die muslimische Migration in Europa nicht. In jedem Land kosten die muslimischen Migranten aufgrund ihrer niedrigen Erwerbsbeteiligung und hohen Inanspruchnahme von Sozialleistungen die Staatskasse mehr, als sie an 206
wirtschaftlichem Mehrwert einbringen. Kulturell und zivilisatorisch bedeuten die Gesellschaftsbilder und Wertvorstellungen, die sie vertreten, einen Rückschritt. Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar.

Wer dies deutlich ausspricht, sieht sich Anfeindungen ausgesetzt, unter denen der Vorwurf der »Islamophobie« noch der geringste ist. Zwar scheint in der deutschen Politik das Bewusstsein zu wachsen, dass dem Islam problematische Kräfte innewohnen, aber man scheut das Thema weiterhin. »Der Islam ist uns willkommen, der Islamismus nicht«, sagte Bundesinnenminister de Maiziere in seiner ersten Parlamentsrede nach Amtsantritt. Er sollte sich einmal mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan unterhalten, der 2008 erklärte: »Es gibt keinen Islam und Islamismus. Es gibt nur einen Islam. Wer etwas anderes sagt, beleidigt den Islam.«[16] Bassam Tibi, Politikwissenschaftler syrischer Herkunft und führender Vertreter des sogenannten Euro-Islam, meint dazu:

»Der Islam ist sehr vielfältig, er schließt gleichermaßen Toleranz und Intoleranz ein. Als eine spirituelle Religion ist er indes keine politische Denkweise. Im Gegensatz dazu ist der Islamismus als Spielart des religiösen Fundamentalismus eine totalitäre Ideologie mit rechtsradikalen Zügen, der man nicht erlauben darf, Kapital aus einer Öffnung Deutschlands für andere Kulturen zu schlagen.«[17]

Auch das Christentum hatte eine fundamentalistische Phase, es gab Religionskriege und Scheiterhaufen, auf denen Ketzer starben. Das endete erst vor 300 Jahren mit den Vorläufern der Aufklärung. Die eigentlich gut recherchierte Titelgeschichte des Spiegel »Wer hat den stärkeren Gott?«[18] stellt das heutige Christentum und den heutigen Islam dennoch hinsichtlich Missionsbewusstsein und Ausbreitungswillen auf eine Ebene. Das ist falsch - jedenfalls für Europa. Das Christentum hat viele Jahrhunderte Säkularisierung hinter sich, und die katholische Kirche ist längst nicht mehr jene, die sie zur Zeit der Inquisition war. Das Problematische am heutigen Islam ist die Kombination von im Grunde rückständigen Gesellschaften, jugendlichen, stark wachsenden Völkern und einem Sendungsbewusstsein, dessen Facetten von aggressionsfreier Frömmigkeit bis zum Djihad reichen, wobei die Übergänge fließend sind. 1997 sagte Erdogan, damals noch Oppositionsführer, übrigens: »Die Minarette sind unsere Lanzen, die Kuppeln unsere Helme, die Gläubigen sind unsere Armee.« 207

Liberale Muslime wehren sich dagegen, »dem Islam« als solchem bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben, und damit haben sie Recht. Der Schriftsteller Navid Kermani, aufgewachsen in Deutschland als Sohn eines persischen Arztes, betont die fehlende Eindeutigkeit des Islam und das fragwürdige Konstrukt einer »islamischen Identität«: »Identität ist per se etwas Vereinfachendes, etwas Einschränkendes, wie jede Art von Definition.«[19] Es gebe unterschiedliche Formen, den Islam zu leben. »Der saudische Wahhabismus, der Frauen vom Autofahren abhält, oder die Ideologie Ajatollah

Chomenis, die anstelle des Menschen Gott zum Souverän des Staates erklärt, stehen zweifellos im Widerspruch zur Demokratie, zur Toleranz und zu den Menschenrechten«, räumt Kermani ein, besteht aber darauf, dass dies nicht der ganze Islam sei: »Wer behauptet, dass der Islam mit der westlichen Moderne unvereinbar ist«, müsse »solche >aufgeklärte< Muslime exkommunizieren, um auf dem eigenen Standpunkt beharren zu können«.[20]

Leider ist aber nicht zu bestreiten, dass unter den vielen teils uneindeutigen, teils widersprüchlichen Strömungen des Islam ein Gesellschaftsbild dominiert, bei dem die Trennung von Religion und Staat weitgehend noch nicht angekommen ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter kaum existiert, wo vormoderne Lebensformen eine weitere deutliche Vermehrung der sowieso jungen Gesellschaften, auch bei den Migranten, begünstigen und insgesamt zu unseren Lebensformen eine große kulturelle Distanz besteht.

Die meisten islamischen Glaubensrichtungen haben den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess noch vor sich, den die Richtungen des Christentums in den letzten 500 Jahren mehrheitlich hinter sich gebracht haben. Wie Abdelwahab Meddeb, französischer Islamkritiker tunesischer Herkunft, anschaulich beschreibt, gab es auch im Islam jene Ansätze zur Verweltlichung, die sich im Christentum letztlich durchgesetzt haben, sie kamen nur nicht zum Zuge, sondern wurden in den letzten Jahrzehnten zunehmend durch fundamentalistische Glaubensströmungen verdrängt.[21]

Der heute dominierende Islamismus ist zugleich ein Antiokzidentalismus, bei dem alle Übergänge fließend sind und theologische Grundsatzpositionen mit dem Kampf der Araber gegen den Staat Israel, der Gründung der Islamischen Republik Iran und dem Krieg in Afghanistan in Zusammenhang gebracht werden, »wo«, wie Meddeb sagt, »schließlich der Antiokzidentalismus prosperierte, indem der ägyptische und zentralasiatische Integralismus mit dem Wahhabismus zusammenfloss, um eine Internationale von Anhängern des Heiligen Krieges (dschihad) zu bilden, und... auch die ideologische und strategische Rekrutierungsbasis von *al-gaida* entstand«. [22]

Der innerislamische Krieg zwischen Okzidentalimus und Antiokzidentalismus ist noch in vollem Gange, sein Ausgang ungewiss. Wie die Gewichte im islamischen Meinungsspektrum verteilt sind, ist von außen nicht erkennbar. Nachdenklich stimmen sollte das bei Meddeb zitierte Wort von Claude Levi-Strauss:

> »In einer dem Islam gewidmeten Passage am Ende von *Traurige* Tropen schreibt er, dass er Angst vor dem Islam habe. Als Grund nennt er zum einen das Prinzip kriegerischer Männlichkeit, das in ihm triumphiere, dann seine Verschlossenheit gegenüber dem Anderen, schließlich seine mögliche Hegemonie sowie künftige Konflikte mit dem Okzident: der Islam stelle nämlich eine Entität dar, die eine Universalität geschaffen habe, die genauso vollendet und exklusiv sei wie die des Okzidents.u[23]

Der westliche Blick kann nicht unterscheiden, welchem Islam welcher Teil der 15 bis 17 Millionen Muslime in Europa anhängt. Kaum jemand weiß, was in den Moscheen gepredigt wird. Tatsache ist, dass es sich um eine sehr abgeschlossene Religion und Kultur handelt, deren Anhänger sich für das umgebende westliche Abendland kaum interessieren - es sei denn als Quelle materieller Leistungen.

Welche Illusionen man sich machen kann, aber an verantwortlicher Stelle nicht machen darf, zeigt der Aufsatz des Altbundeskanzlers Gerhard Schröder, den er als Reaktion auf die Schweizer Volksabstimmung zum Minarettverbot veröffentliche.[24] Schröder meint:

- Wir müssten anerkennen, dass der Islam Teil unserer Gesellschaft und der europäischen Gesellschaft geworden sei.

  Kommentar: Das müssen wir nicht. Anerkennen müssen wir, dass die bei uns lebenden Muslime ebenso wie Katholiken, Freikirchler und die Zeugen Jehovas das Recht auf freie Religionsausübung haben. Nicht mehr, nicht weniger.

- Der Islam sei keine politische Ideologie, sondern eine friedliche Religion. Das lehre der Koran.

  Kommentar: Der Koran lehrt auch das Gegenteil, das ist ja das Problem mit dem Islam.

- Der Begriff der Aufklärung dürfe nicht zur Abgrenzung benutzt werden.

  Kommentar: Doch, gerade! Die Haltung zur abendländischen Aufklärung bringt nämlich die Sache auf den Punkt.

- Der Blick auf muslimische Staaten müsse sich ändern. Die Türkei habe sich grundlegend demokratisiert.

  Kommentar: Es ist unser Recht und unsere Pflicht, muslimische Staaten mit westlichen Augen zu sehen und an unseren Normen zu messen.

Necla Kelek veröffentlichte zwei Tage später eine scharfzüngige Antwort auf Schröders schiefen Normenkatalog. Im Unterschied zu Schröder kennt sie die Türkei und den Islam:[25]

- Der Islam habe 1000 Jahre lang von der Schlacht bei Tours und Poitiers bis zur Belagerung Wiens durch Suleiman gegen den Westen einen Heiligen Krieg geführt.
- Der Islam sei der Glaube an einen Gott. Seine Lehre kenne keine Trennung von Kirche und Staat. Einzelne Muslime seien aufgeklärt, der Islam sei es nicht.
- Die universelle Geltung der Aufklärung bedeute, dass nicht alle kulturellen und religiösen Unterschiede akzeptabel seien, sonst müsse man auch den Heiratszwang akzeptieren.
- Erdogans Demokratisierung der Türkei sei mit Fragezeichen zu versehen. Unter seiner Herrschaft würden die Frauen wieder weiter an den Rand, also ins Haus, gedrängt, nur noch jede vierte türkische Frau sei erwerbstätig, vor Erdogan war es jede dritte.

Necla Kelek schließt: »Dass der Islam ein System ist und nicht nur der Glaube an den einen Gott, will auch Schröder nicht verstehen, und wieder sind es Europäer und ihre Medien, die sich ändern sollen, die die Muslime >mit verändertem Blick< betrachten müssen. Mit dieser wieder nur an den Westen gerichteten Aufforderung fällt der Altkanzler uns säkularen Muslimen im Streit mit den Wächtern des Islam in den Rücken.«

Religionsfreiheit - und damit Gedankenfreiheit - ist im Islam bestenfalls ein zartes Pflänzchen, das hier und da auf kargem Boden sprießt. In ein und demselben Artikel in der Neuen *Zürcher* Zeitung waren zwei Nachrichten kombiniert. Erste Nachricht: Der türkische Ministerpräsident Erdogan bewertete den Volksentscheid zum Minarettverbot »als Zeichen einer zusehends rassistischen und faschistischen Haltung in Europa«. Islamophobie sei wie Antisemitismus ein Verbrechen gegen die

Menschlichkeit. Zweite Nachricht: Die Europäische Kommission kritisiert in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht, dass in der Türkei noch immer Anschläge gegen religiöse Minderheiten stattfinden. Zudem fehle ein Rechtsrahmen, innerhalb dessen alle Nichtmuslime und alle Alewiten frei agieren und ihre Geistlichen ausbilden können.[26]

In der Türkei wird alteingesessenen christlichen Gemeinschaf ten der Bau neuer Kirchen untersagt. Die Wiedereröffnung der vor 30 Jahren geschlossenen kirchlichen Hochschulen bleibt verboten. Das Kleinasien des frühen Mittelalters war rein christlich, und am Vorabend des Ersten Weltkriegs waren 210
immerhin noch 25 Prozent der Einwohner der heutigen Türkei christlich. Dieser Anteil ist seit dem Genozid an 1,5 Millionen Armeniern und mehreren Hunderttausend aramäischsprachigen Assyrern im Ersten Weltkrieg sowie der Massenvertreibung von 1,5 Millionen griechisch-orthodoxe Gläubige nach dem Ersten Weltkrieg auf 0,2 Prozent zurückgegangen.

Kronzeuge für religiöse Toleranz ist die heutige Türkei beim besten Willen nicht, und die maßlose beziehungsweise anmaßende Sprache ihres Ministerpräsidenten ist alles andere als ein leuchtendes Beispiel fürToleranz. Die christlichen Kirchen wurden über die Jahrhunderte zu einem säkularen, pluralistischen Selbstverständnis gezwungen. Das fehlt dem Islam bis heute. In nahezu allen islamischen Ländern - von Ägpypten bis Malaysia - verschärft sich gegenwärtig sogar der Druck auf die christlichen Minderheiten bis hin zu regelrechter Verfolgung und physischer Bedrohung.[27] Wie die Bibel, so ist auch der Koran vielfach dunkel und widersprüchlich, dazu bildhaft und zeitbezogen. Der absolute Wahrheitsanspruch, der dem wörtlichen Text der Suren des Koran beigemessen wird, kann je nach Vorverständnis und Textauswahl zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führen. Auch zur Rechtfertigung terroristischer Aktivitäten gibt es genügend passende Suren. Man kann daraus jede beliebige, auch die schlechteste Behandlung der Ungläubigen ableiten. So dürfen die Ungläubigen bei Bedarf getäuscht und belogen werden.

So richtig es ist, immer wieder mit jedem zu reden, so naiv ist die Vorstellung, ein institutionalisierter Dialog mit unseren muslimischen Migranten könne eine generelle Läuterung des Islam im Sinne der Aufklärung bewirken. Christopher Caldwell hat daher für die in allen europäischen Ländern mit muslimischen Migranten aus dem Boden sprießenden Islamkonferenzen nur beißenden Spott übrig: »All countries pursue roughly the same strategy for assimilating Islam, elevating Muslim pressure groups to pseudo-governmental status and declaring that doing so will produce an Islam that reflects the values of Europe rather than vice versa.«[28]

Es ist längst nicht überall Dialog drin, wo Dialog draufsteht: König Abdullah von Saudi-Arabien will zwar den interkulturellen Dialog, gleichzeitig möchte er den Export der Schari'a. Und mit der Tradition von Toleranz war es selbst im viel gerühmten maurischen Andalusien nicht weit her: Die muslimischen Herrscher duldeten zwar die jüdische und christliche Minderheit, deren Mitglieder waren aber Bürger 211
zweiter Klasse, sogenannte Schutzbefohlene, denen Religionsfreiheit gewährt wurde, wofür sie hohe Kopfsteuern zu entrichten hatten.[29]

Wenn der Berliner Innensenator Ehrhart Körting mit den »Religionen« (er meint nur die verschiedenen Richtungen des Islam) reden will, um »Radikalisierung zu verhindern«, so ist das nie falsch: »Ich habe den Eindruck, dass diese Religionen viel von ihren Traditionen abstreifen, wenn man sie einbindet. Ich vertraue darauf, dass es wie bei den christlichen Kirchen auch im Islam in der Auseinandersetzung mit der säkularen Welt Bewegung geben wird.«[30] Welch ein Gottvertrauen! Bei den christlichen Kirchen dauerte dieser Prozess viele hundert Jahre, und es flossen Ströme von Blut. Am Ende setzte die säkulare Staatsmacht überall die Säkularisierunggegen die Kirchen durch, nicht im Dialog mit den Kirchen, sondern durch Entscheidung der Monarchen beziehungsweise der Bürger gegen die Kirchen.

In Bezug auf den Dialog mit dem Islam gilt die nüchterne Einschätzung von Kermani: »... bitte schön, sprecht mit den Moderaten, aber die werfen ohnehin keine Bomben, worüber also wollt ihr mit ihnen sprechen?... Illusorisch ist es, zu meinen, eine Version des Islam, die nur endlich mit den Menschenrechten kompatibel ist, werde dem Terror den Boden entziehen.«[31]

Interessant sind die Schwierigkeiten, die liberale Geister in Deutschland mit der Forderung nach einem säkularen Islam haben. Der Zeit-Redakteur Thomas Assheuer nennt Vorkämpfer eines säkularen Islam »Säkularisten«. Er ist der Ansicht, der Kampf von »Säkularisten« wie Hirsi Ali und Necla Kelek habe selbst eine *fundamentalistische* Schlagseite, und zitiert Timothy Gordon Ash: »Wenn wir religiösen Extremismus besiegen wollen, müssen wir den Mainstream der Muslime als Verbündete gewinnen.«[32] Thomas Steinfeld von der *Süddeutschen Zeitung* und Claudius Seidl von der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* hauen in dieselbe Kerbe: Wer westliche Werte so kämpferisch vertrete wie der radikale Islam seine heiligen Schriften, werde selbst zum Fundamentalisten.[33] Necla Kelek bemerkt hierzu, an solchen Beiträgen werde deutlich, wie fremd den Kritikern die Kultur des Islam sei, denn letztlich werde von ihnen die Verteidigung der Menschenrechte gegen religiöse Radikalität als Fundamentalismus denunziert.[34]

Es ist eine intellektuelle Anmaßung, wenn ein liberaler Gutmensch säkulare Muslime und Vorkämpfer für Frauenrechte wie Hirsi Ali und Necla Kelek als »Säkularisten« bezeichnet und ihnen damit etwas Sektenhaftes anheftet. Darüber hinaus leidet die Kritik an gedanklicher Unschärfe: 212
Säkulare Grundhaltung und Dialog sind nicht der Widerspruch, der hier impliziert wird. Auf deutsch: Reden hat noch nie geschadet. Dialog ist aber auch nicht das Heilmittel für alles und jedes, was naive oder bequeme Liberale zu glauben scheinen. *Gebisse Punkte sind nicht verhandelbar!*

Überdies haftet jeder Werthaltung letztlich etwas Fundamentalistisches an, das gilt auch für die Grundgedanken der Aufklärung und die sich daraus ergebende Trennung von Kirche und Staat. Gandhi war in diesem Sinne Fundamentalist, wenn auch für eine gute Sache. Hitler war Fundamentalist, leider für eine böse Sache. Jedweder Fundamentalismus ist in der Falle, wenn er sich selbst begründen soll. Er hat nämlich keine Ebene mehr, auf die er zurückfallen kann. Das gilt für alle »letzten Glaubenssätze«, auch für den Glauben an die Menschenrechte, die bürgerlichen Freiheiten und die Aufklärung. Der Fundamentalismusvorwurf an die Islamkritiker läuft daher ins Leere, weil er zutrifft.[35] Was man allerdings tun kann ist, den Nachweis der fehlenden logischen Kompatibilität unterschiedlicher Fundamentalismen zu führen. Wer dem traditionellen Islam zuneigt, kann eben nicht dem Geist der Aufklärung verpflichtet sein, und Kritiker, für die alles gleich und alles wertrelativ ist, sind es auch nicht.

In der deutschen Islamdiskussion setzen liberale Gutmenschen und Multikulturalisten gerne den Fundamentalismus, mit dem jemand wie Necla Kelek die bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte gegen die Zumutungen bestimmter islamischer Glaubensrichtungen verteidigt, moralisch gleich mit den

fundamentalistischen Positionen des Islam. Wie Regina Mönch schreibt, werden damit »der Hass, der den Tod bringen kann, und das >Wortgefecht<, eine Freiheit, die gerade die Kritiker des Islam so ungehemmt nutzen,... auf eine Stufe gestellt«.[36] Vollends ins Denunziatorische gleitet die Kritik ab, wenn den Kritikern des Islam »liberaler Rassismus« und das Predigen von »Fremdenhass« vorgeworfen wird, wie dies Carolin Emcke in der Zeit tat.[37]

Rüdiger Safranski hat auf einen wesentlichen Unterschied hingewiesen. Er trennt zwischen »heißen« und »kalten« Religionen. Erstere können von ihrem absoluten Wahrheitsanspruch für die Belange der realen Welt nicht abstrahieren und neigen zur Intoleranz. Letztere akzeptieren die Trennung der Wertsphären, dazu gehört das Christentum der Gegenwart. Als »Zivilreligion« verbleibt dann der säkulare Glaube an die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte und die Trennung von Kirche und Staat.[38]

Niemand im säkularen Staat verlangt von einer Religion, den Glauben an die überzeitliche Geltung offenbarter religiöser Grundwahrheiten aufzugeben, nur dürfen diese nicht das staatliche Recht und die Regeln des zivilen Lebens bestimmen, und sie dürfen nicht zur expliziten oder impliziten Beschneidung bürgerlicher Rechte führen. Jeder darf zum Beispiel Mohammed zeichnen, wann und wie er will: Mohammed ist tot, sonst könnte er auf Beleidigung klagen. Wenn sich dadurch aber Muslime beleidigt fühlen und fordern, solche Zeichnungen zu unterbinden, dann offenbaren sie ein grundlegendes Missverständnis des Konzepts der bürgerlichen Freiheit. Hier nachzugeben, wäre ein schwerwiegender Einbruch in den säkularen Rechtsstaat.

Jenseits der grundlegenden bürgerlichen Freiheiten bezeichnet Säkularisierung den Übergang von »ewigen« gottgegebenen zu »zeitlichen« Werten. Die Welt wird im historischen Kontext gesehen, auch Werte und Glaubensinhalte, das ist der Kern der Aufklärung. Necla Kelek sagt dazu in polemischer Zuspitzung: »Der Islam hat eine solche Aufklärung noch vor sich. Auf seine uns inzwischen leidlich bekannten Verbandsfunktionäre können wir dabei nicht hoffen.«[39]

In der Theologie der christlichen Religionen entwickelte sich als Folge der Aufklärung und der allmählichen Säkularisierung die historisch-kritische Methode: Die Interpretation religiöser Texte und ihre Einbindung in das theologische Lehrgebäude wurde im Zusammenhang mit aktuellen historischen Erkenntnissen und der Gesamtheit der zeitgenössischen wissenschaftlichen, humanitären und philosophischen Auffassungen fortentwickelt. Diese Entwicklung schreitet fort mit dem immerwährenden Ziel, den Platz des religiösen Glaubens jeweils neu zu finden.

In der islamischen Theologie gelang solch eine Weiterentwicklung nicht. Reza Hajatpour, ein ehemaliger schiitischer Geistlicher, der jetzt an der Universität Bamberg arbeitet, meint dazu: »Die historisch-kritische Methode, die sich seit der Aufklärung bis heute im westlichen Bildungswesen durchgesetzt hat, konnte nicht ansatzweise das Interesse der islamischen Theologen wecken... Glaubensinhalte und Offenbarungstexte dürfen nach der offiziellen Theologie keiner historisch-kritischen Methode unterzogen werden.« Theologen, die dies taten oder tun, erhalten keine Lehrstühle oder werden sogar verfolgt. Dies gilt für Iran und Ägypten gleichermaßen.[40] Mit anderen Worten: Die vorherrschende Theologie des Islam verweigert sich in ihrer Gesamtheit der Aufklärung und bleibt damit vormodern.

Damit stehen gemäßigte und radikale, ja gewalttätige Auffassungen immer wieder unvermittelt nebeneinander: »Der Imam einer Genfer Moschee, Hani Ramadan, sorgte für Irritation, als er die Steinigung für Ehebrecherinnen verteidigte. Sein eigener Bruder, der Sozialwissenschaftler Tariq Ramadan, drängt dagegen auf ein Moratorium für körperliche Strafen in der islamischen Welt.« Der Spiegel resümiert: »Länger, so viel lässt sich sagen, scheint der Weg der Frauen im Islam jedenfalls zu sein.«[41]

Der Koran habe »einen absoluten Wahrheitsanspruch«, schreibt der deutsche Orientalist Tilman Nagel, darum halten die meisten Muslime den Wechsel der Religion, die Apostasie, für eine schwere Sünde, für die nach Ansicht vieler Islamgelehrter in Saudi-Arabien und Afghanistan die Todesstrafe angemessen wäre. Dabei ist gerade *der Wechsel der Religion oder der übergang zum Atheismus der eigentliche Testfall für Religionsfreiheit.* Wo dieser nicht ohne Gefahr und ohne Sanktionen möglich ist, kann von Religionsfreiheit nicht gesprochen werden. »Der wichtigste Indikator für das Versagen des Islam, endlich Frieden mit der Moderne zu machen«, sei »seine tief verwurzelte Feindschaft gegenüber dem Pluralismus«, schreiben die britischen Journalisten John Micklethwait und Adrian Wooldridge. »Die Koexistenz verschiedener Weltsichten ist ein entscheidendes Kennzeichen der Moderne.«[42]

Aufgrund der Tatsache, dass sich der Islam in der großen Mehrheit seiner Strömungen der Aufklärung verweigert und dem Pluralismus ablehnend gegenübersteht, kann er nicht gedacht werden ohne Islamismus und Terrorismus, auch wenn 95 Prozent der Muslime friedliebend sind. Die Übergänge sind zu verschwommen, die Ideologien zu stark und die Dichte gewalttätiger und terroristischer Ereignisse ist zu groß.

Die Muslime in Deutschland und im übrigen Europa unterliegen einem fremden kulturellen und religiösen Einfluss, den wir nicht überblicken und schon gar nicht steuern können. Wir dulden das Anwachsen einer kulturell andersartigen Minderheit, deren Verwurzelung in der säkularen Gesellschaft mangelhaft ist, die nicht unsere Toleranzmaßstäbe hat und die sich stärker fortpflanzt als ihre Gastgesellschaft. Wir dürfen die widersprüchlichen Bewegungen in der islamischen Welt und die Tendenz zur Ausbreitung von Radikalisierung nicht ausblenden, die übrigens nichts mit Armut und Unbildung zu tun hat, wie immer wieder suggeriert wird. Die Geschichte des islamischen Terrorismus zeigt vielmehr, dass gerade gebildete junge Männer aus wohlhabenden muslimischen Familien - und zunehmend auch Konvertiten aus europäischen Ländern - besonders anfällig sind für radikale Positionen bis hin zur Unterstützung von Terror.[43] Claude Berrely hat 285 Biografien von »Märtyrern« ausgewertet, deren Tod in Hamas-Zeitschriften gemeldet wurde. Sie kommen selten aus armen Familien und haben vielfach ein College oder eine Universität besucht.[44]

Auch Navid Kermani beklagt die intellektuelle Auszehrung des orthodoxen Islam.[45] Er weist darauf hin, dass die Attentäter und Terroristen eben nicht aus den Parallelgesellschaften kommen, sondern eher aus bürgerlichen, gebildeten Schichten, wo die Hinwendung zum Islamismus eine romantische Suche nach den vermeintlichen eigenen Wurzeln sei, deren Überlieferung aber falsch verstanden werde, weil im Islamismus Eindeutigkeit (und damit Radikalität) an die Stelle der überlieferten islamischen Vieldeutigkeit trete. Im Übrigen bestreitet er nicht, dass die islamistischen und damit potentiell auch terroristischen Tendenzen in der gesamten islamischen Welt zunehmen. Das bestätigt die Statistik: Gewalt und Terror aus der islamistischen Ecke nehmen weltweit nicht ab, sondern zu. Im Jahr 2009 gab

es in den USA so viele terroristische Anschläge und Attentatsversuche wie in keinem Jahr seit dem 11. September 2001.[46]

Die unscharfe Trennlinie zwischen Islam und Radikalität, Fundamentalismus und Gewalt, die hohe Fertilität der muslimischen Migranten und die Einschränkung der Frauen, die viele abstößt, das alles bereitet der nicht-muslimischen Bevölkerung Sorgen und lässt ihre Ablehnung wachsen, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Diese Sorgen, ob berechtigt oder nicht, werden denunzierend als »Islamophobie« bezeichnet, ein Begriff, der gerne in einem Atemzug mit »Rassismus« und »Antisemitismus« genannt wird.[47] Das soll einschüchternd wirken. Der türkische Ministerpräsident Erdogan benutzt das Wort besonders oft und wird sich etwas dabei denken.

Der gern angestellte Vergleich von »Antisemitismus« und »Islamophobie« verkennt, dass der Antisemitismus »auf hysterischen Ängsten, Erfindungen, Projektionen und Neidgefühlen« beruht, die »Islamophobie« aber nicht, denn die Terroranschläge, die Ehrenmorde, das Wüten der Taliban, die Kinderehen in Saudi-Arabien, die Steinigungen von Ehebrecherinnen und das Aufhängen von Homosexuellen, das alles sind Realitäten.[48] Die ausgeübte Gewalt wie auch der maßlose und aggressive 216
Ton, der gegenüber Kritikern mancher Erscheinungsformen des Islam angeschlagen wird, wirken einschüchternd und haben bereits schleichend Einfluss genommen auf die Offenheit des europäischen Meinungsklimas.

In Deutschland arbeiten ein Heer von Integrationsbeauftragten, Islamforschern, Soziologen, Politologen, Verbandsvertretern und eine Schar von naiven Politikern Hand in Hand und intensiv an Verharmlosung, Selbsttäuschung und Problemleugnung. Mir wurde beispielsweise »Rassismus« vorgeworfen, als ich mich in einem Interview kritisch mit der mangelhaften Bereitschaft vieler muslimischer Migranten zur Eingliederung in Deutschland auseinandersetzte. Kritiker betrieben mit dieser Diffamierung sogar meinen Ausschluss aus der SPD, der ich seit 1973 angehöre. Die Berliner Psychologieprofessorin Birgit Rommelspacher rückte die Positionen von islamischen Frauenrechtlerinnen wie Ayaan Hirsi Ali, Seyran Ates und Necla Kelek in die Nähe des Nationalsozialismus, wo auch schon »Frauen ihre >rassische< Überlegenheit mit dem Einsatz für Gleichstellung von Mann und Frau begründeten«, wie sie in der taz schrieb.[49] An der Gleichsetzung von Islamkritik und »Islamophobie = Rassismus = Antisemitismus = Rechtsradikalismus = Nationalsozialismus« arbeiten in Deutschland viele kleine Brandstifter, und manche, denen der Durchblick fehlt, helfen ihnen dabei mit dem Ergebnis, dass jetzt auch schon muslimische Feministinnen in die rechte und rassistische Ecke gestellt werden.

Besonders beliebt ist es, den Kritikern des Islam mangelnde Liberalität vorzuwerfen. Dabei geht ein wichtiger Unterschied unter: Liberal kann, ja muss man gegenüber Überzeugungen und Lebensformen sein, die sich von den eigenen unterscheiden. Diese Liberalität darf sich aber nicht auf jene erstrecken, die abweichende Überzeugungen und Lebensformen nicht dulden wollen. Der 18-jährige Mordschütze Ayham Sürücü, der im Februar 2005 in Berlin im Auftrag seiner strenggläubigen türkisch-kurdischen Großfamilie seine fünf Jahre ältere Schwester Hatun Sürücü erschoss, weil sie anders lebte, war streng religiös und Repräsentant einer breiten Meinungsrichtung unter Muslimen.[50] Ist illiberal, wer solche Art von Religion mit einem Unwerturteil versieht, auch wenn sie nicht gleich zu einem Mord führt? Viele Stimmen in den deutschen Medien sind auf jeden Fall mit Begeisterung bereit, den Islamkritikern und mithin großen Teilen des deutschen Bürgertums Illiberalität und Xenophobie vorzuwerfen, und 217
verlieren dabei das Gefühl für die Risiken zahlreicher Formen des Islam. Diese Auswüchse offenbarte auch die durch Birgit Rommelspachers *taz*-Artikel ausgelöste Diskussion.[51]

Der um sein Leben bangende dänische Zeichner Kurt Westergaard hatte nach der Welle der Gewalttätigkeiten, die seine Karikaturen in der islamischen Welt ausgelöst hatten, zunächst Schwierigkeiten, seine Mohammed-Karikaturen in Europa überhaupt nachdrucken zu lassen. Er lebt unter Polizeischutz und war wiederholt Ziel von Attentatsversuchen.[52] Besonders provozierend auf die islamischen Fanatiker wirkte offenbar der Umstand, dass die Karikaturen den Propheten Mohammed und den islamischen Glauben unmittelbar mit Gewalt in Verbindung bringen. Gegen diesen *Zusammenhang protestierten und protestieren jene, die das Nachdenken darüber tabuisieren wollen,*. Dabei ist der Zusammenhang zwischen Gewalt und Islam seit dessen Geburtsstunde völlig offenkundig: Der Prophet Mohammed begann unmittelbar nach seinen Offenbarungen mit der gewaltsamen Ausbreitung des Islam, der Tötung und Vertreibung Andersgläubiger. Das Christentum dagegen überstand 350 Jahre Verfolgung und Unterdrückung, ehe es von Kaiser Konstantin als Religion anerkannt wurde. 1000 Jahre lang war die Geschichte des Islam von der gewaltsamen Eroberung christlicher Staaten begleitet, nur kurzzeitig unterbrochen durch die militärisch letztlich erfolglose Gegenbewegung der Kreuzzüge.

Im Grunde hat der Islam bis heute ein belastetes Verhältnis zur abendländischen Moderne. Das wirtschaftliche und zivilisatorische Zurückfallen der islamischen Welt seit Beginn der Neuzeit hat bei den islamischen Führungsschichten zu einer narzisstischen Kränkung geführt, der V.S. Naipaul in seinem Buch »Eine islamische Reise« literarischen Ausdruck verliehen hat.[53] Die relative Ferne der arabischen Welt von der abendländischen Kultur zeigt sich schon daran, dass von Beginn des Islam bis heute weniger Bücher ins Arabische übersetzt wurden, als heute in einem Jahr ins Spanische übersetzt werden. Auch dass der höchste Wolkenkratzer der Welt mittlerweile ölfinanziert im Wüstensand und nicht in New York steht, kann da nur für sehr naive Gemüter ein Trost sein. Wolfgang Günter Lerch bemerkt dazu:

> »Als eine selbstbewusste Religion, die sich zudem als das Ende und der Abschluss der monotheistischen Offenbarung versteht, muss es der Islam als eine Art Skandalon empfinden, dass er in den vergangenen Jahrhunderten so in Rückstand geraten ist. Das Aufholen und die eigenständige Gestaltung der Moderne werden ihn in kommenden Jahrzehnten... in Atem 218
> halten... Der Ausgang der umfassenden Gärung, die den Islam zwischen Marokko und den indonesischen Inseln erfasst hat, ist offen, wobei gegenwärtig die islamistischen Kräfte in der Oberhand sind,.«[54]

Diese »umfassende Gärung« spiegelt sich in einer einzigen Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (i. November 2009):

- Seite 7: Samiras Brief. Wie ein türkisches Mädchen von ihrer Familie mit Gewalt an Bildung und Integration gehindert wird.
- Seite 8: Die EKD-Vorsitzende Margot Käßmann verweist auf die Unterschiede zum Islam: Verhältnis zur Gewalt, demokratisch-freiheitlicher Staat, Verhältnis Männer und Frauen. Bei gemeinsamen Gebeten mit Muslimen falle jedesmal Jesus Christus heraus.
- Seite 9: Ein Hamburger Hassprediger widerruft.

- Seite 11 (Kommentar): Flammen des Terrors. Die klerikalen Vordenker der internationalen Islamisten-Bewegung bekennen sich inzwischen offen zu ihrem langfristigen Ziel: der Errichtung eines weltweiten Kalifats.
- Seite 13: In Iran gibt es keine Wahrheit.

Dass das starke Wachstum einer muslimischen Minderheit in Europa Besorgnisse hervorruft, muss wahrhaftig nicht mit Fremdenhass erklärt werden.

Ökonomische Integrationsprobleme

Integration ist ein unscharfer Begriff und nur insoweit einer empirischen Analyse zugänglich, als er sich auf messbare und nachprüfbare Faktoren bezieht. »Integration wird anhand von Negativmerkmalen definiert: Mängel in Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt und fehlende Akzeptanz der Grundregeln unseres Zusammenlebens.«[55] Ökonomische Integration lässt sich beurteilen anhand der Beteiligung am Erwerbsleben, der Stellung im Beruf und dem Grad der Abhängigkeit von sozialer Unterstützung. Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg sind dagegen Aspekte der kulturellen Integration.

Wie schon erwähnt, ergibt sich aus dem Mikrozensus 2007, dass rund 4 Millionen Menschen in Deutschland einen muslimischen Migrationshintergrund haben. Von den 4,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen der Mikrozensus keine Herkunftsangabe aufweist, dürfte ein Teil ebenfalls einen muslimischen Migrationshintergrund haben.

Für die muslimischen Migranten in Deutschland lässt sich eine unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung feststellen. Nur 33,9 Prozent von ihnen beziehen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Berufs- und Erwerbstätigkeit. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es 43 Prozent. Der Unterschied wäre noch dramatischer, wenn die Daten erlauben würden, eine 219
Altersbereinigung vorzunehmen; unter der deutschen Bevölkerung ist nämlich der Anteil der Menschen im Rentenalter viel höher.

Relativ zur Erwerbsbevölkerung leben bei den muslimischen Migranten viermal so viel Menschen von Arbeitslosengeld und Hartz IV wie bei der deutschen Bevölkerung: Bei den muslimischen Migranten entfallen auf 100 Menschen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten, 43,6 Menschen, die überwiegend von Arbeitslosengeld und Hartz IV leben, bei der deutschen Bevölkerung sind es 10,4. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund ohne Herkunftsangabe liegt die Erwerbsquote bei 31,9 Prozent, die Transferrelation bei 22,2 Prozent. Überdies ist bei ihnen die Zahl der Kinder unter 15 Jahren besonders groß. Auch von dieser Gruppe ist ein unbestimmter Teil den muslimischen Migranten zuzurechnen.

Tabelle 7.1 Bevölkerung in Deutschland 2007 nach Migrationshintergrund und überwiegendem Lebensunterhalt

Herkunft	Bevölkerung (in 1000) (1)	überwiegender Lebensunterhalt aus Erwerbstätigk. (2)	Alg I, Hartz IV (3)	Erwerbsquote (2) zu (1) (4)	Transferrelation (3) zu (2) (5)
insgesamt	82257	34338	4664	41,4	13,6
einheimisch	66846	28748	3134	43,0	10,4
EU 27	3686	1628	231	44,2	14,2
muslimisch,	3998	1357	591	33,9	43,6
davon Türkei	2527	852	330	33,7	38,7
Afrika	480	159	80	33,1	50,3
Nah-Mittelost	708	224	147	31,6	65,6
Bosn.-Herzegowina	283	122	34	43,1	27,8
unklare Herkunft	4586	1467	325	31,9	22,2

Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2.2 *Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2007*, Wiesbaden 2009, Tabelle 15, S. 220f., und eigene Berechnungen.

Ganz anders stellt sich die Lage bei den Migranten aus den EU-Staaten dar. Deren Erwerbsquote ist mit 44,2 Prozent sogar noch etwas höher als die der einheimischen Deutschen, und die Transferrelation liegt nur bei 14,2 Prozent und damit kaum höher als bei den Deutschen. Es ist also nicht der Migrationsstatus als solcher, der die ökonomischen Integrationsprobleme verursacht.

Häufig wird darauf verwiesen, dass besonders viele muslimische Migranten selbstständig tätig seien. So gibt es in Deutschland rund 80000 Selbstständige mit türkischem Migrationshintergrund, davon 40000 im Lebensmitteleinzelhandel. Allerdings liegt auch die Selbstständigenquote der muslimischen Migranten weit unter der der deutschen Bevölkerung und anderer Migrantengruppen: 2007 waren 10,4 Prozent der Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund selbstständig tätig, bei den Migranten aus den EU-Staaten waren es 12,4 Prozent, bei den Migranten aus Südostasien sogar 13,9 Prozent, bei den muslimischen Migranten dagegen nur 6,8 Prozent und bei den Türken unter ihnen 6,6 Prozent. Am niedrigsten war die Selbstständigenquote mit 4,5 Prozent bei den Migranten ohne Herkunftsangabe.[56]

Tabelle 7.2 Berufsabschlüsse der 26- bis 35-Jährigen

Herkunft	Art des Abschlusses (in %) ohne Abschluss	Berufsausbildung	Hochschule
Deutsche o. Migrationshintergrund	12	68	20
Spätaussiedler	14	69	17
Deutsche sonstiger Herkunft	21	59	20
sonstige Ausländer	30	59	11
Deutsche türkischer Herkunft	33	57	10
türkische Staatsangehörige	54	44	2

Holger Seibert: »Junge Migranten am Arbeitsmarkt. Bildung und Einbürgerung verbessern die Chancen«, in: *IAB-Kurzbericht* 17/2008, S. 13.

Besorgniserregend ist, dass die in der mangelhaften Beteiligung am Arbeitsmarkt und der hohen Transferabhängigkeit zum Ausdruck kommenden Probleme der muslimischen Migranten auch bei der zweiten und dritten Generation auftreten, sich also quasi vererben, wie der Vergleich der Bildungsabschlüsse der 26- bis 35-Jährigen zeigt: In dieser Altersgruppe haben deutsche Spätaussiedler 220

ein Qualifikationsprofil, das dem der Deutschen ohne Migrationshintergrund nahezu entspricht. 12 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund und 14 Prozent der Spätaussiedler haben keinen beruflichen Abschluss, 20 Prozent beziehungsweise 17 Prozent haben einen Hochschulabschluss. Dagegen haben türkische Staatsangehörige in dieser Altersgruppe zu 54 Prozent keinen Abschluss und nur zwei Prozent einen Hochschulabschluss. Auch bei den gleichaltrigen Deutschen türkischer Herkunft ist die Situation schlecht. 33 Prozent haben keinen Berufsabschluss und nur 10 Prozent einen Hochschulabschluss. Damit liegen sie noch hinter den sonstigen Ausländern.

In Deutschland sind 168 000 Menschen mit türkischer Herkunft ohne eigene Migrationserfahrung erwerbstätig. Zum Vergleich: Abkömmlinge von EU-Migranten ohne eigene Migrationserfahrung sind zu immerhin 11,2 Prozent in den Bereichen Forschen, Entwerfen, Management, Gesundheit und Sozialdienste tätig. Bei den Menschen mit türkischer Herkunft ist dieser Anteil so niedrig, dass er gar nicht ausgewiesen wird. Überdurchschnittlich vertreten sind sie dagegen in der Fertigung, beim Transport und im Bereich der einfachen Dienstleistungen.[57]

Die Bundesagentur für Arbeit weist in ihrer Statistik der Empfänger von Grundsicherung zwar die Nationalität der Empfänger nach, sie differenziert aber nicht nach dem Migrationshintergrund, und die Bedarfsgemeinschaften werden nicht nach Nationalität ausgewiesen. Die Statistik der Bundesagentur enthält also weder eine indirekte noch eine direkte Information zum Gewicht der muslimischen Migranten bei den Beziehern von Transfereinkommen. Immerhin erschien im Herbst 2009 ein im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstelltes Gutachten, das sich mit der Gesamtgruppe der Personen mit Migrationshintergrund unter den Transferempfängern befasst und Rückschlüsse auf die Lebensweise der muslimischen Migranten zulässt:

- 28 Prozent der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen haben einen Migrationshintergrund. Sie leben häufiger in größeren Haushalten mit Kindern. Diese werden im Vorschulalter seltener als Kinder aus anderen Haushalten außerhäuslich betreut. Die Lebenszufriedenheit in diesen Haushalten ist höher als in Haushalten von Hilfebedürftigen ohne Migrationshintergrund. Man empfindet weniger, am unteren Ende der sozialen Hierarchie zu stehen. Es gibt auch seltener häusliche Konflikte. Die Türken unter den Hilfebedürftigen sind - relativ gesehen - am unzufriedensten. 221
- Wenn es um Arbeitsbedingungen, Einkommen oder die Notwendigkeit externer Kinderbetreuung geht, sind die Migranten weniger konzessionsbereit als Transferempfänger ohne Migrationshintergrund.
- Die religiöse Bindung dieser Migranten ist stark. 50 Prozent der Transferempfänger mit Herkunft Türkei und übrige Welt erklären, dass die Befolgung religiöser Gebote auch bei der Arbeit wichtig sei. 15 Prozent der türkischen Frauen geben an, auf eine aus religiösen Gründen vorgeschriebene Art der Kleidung auch dann nicht verzichten zu wollen, wenn »neutrale« Kleidung Voraussetzung für die Arbeitsaufnahme wäre.

Aufschlussreich ist folgender Hinweis: »Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund im SGB II Leistungsbezug wirkt sich die Äußerung einer relativ starken religiösen Bindung mit Relevanz für das Verhalten in der Arbeit positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Arbeitsauf nahme und das Verlassen des Leistungsbezugs aus, dagegen negativ bei den Hilfebedürftigen mit türkischem Migrationshintergrund.«[58] Das heißt: Eine starke christlich-religiöse Orientierung verstärkt den Willen zur beruflichen Leistung und zur Integration in den Arbeitsmarkt, eine starke muslimisch-religiöse Orientierung scheint den Integrations- und Leistungswillen eher zu bremsen.

Für Necla Kelek sind die Integrationsergebnisse der Türken entmutigend: »Sie weisen die größte Schulabbrecherquote, den geringsten Abiturientenanteil, die meisten Menschen ohne Berufsausbildung, die geringste Erwerbstätigenquote und die wenigsten Selbstständigen auf. Da gerade diese Gruppe stärker als andere Einwanderer zunimmt, während gleichzeitig die Noch-Mehrheitsgesellschaft rapide schrumpft, wird ihre mangelnde Integration zum zentralen Problem der ganzen Gesellschaft. Es droht, wird diese Entwicklung nicht aufgehalten, ein >Kulturabbruch<, wie der Demograf Herwig Birg schreibt.«[59]

Kulturelle Integrationsprobleme

Kulturelle Integrationsprobleme lassen sich quantitativ am besten am Ausbildungsgrad und am Schulerfolg festmachen.

Von den in Deutschland lebenden Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund haben 30 Prozent überhaupt keinen Schulabschluss und 14 Prozent Abitur. Darunter haben bei denen mit türkischem Migrationshintergrund 27 Prozent keinen Schulabschluss und acht Prozent Abitur, wenn sie keine eigene Migrationserfahrung haben, erreichen neun Prozent keinen Abschluss und 12 Prozent schaffen das Abitur. Sie liegen damit weit hinter den gleichaltrigen Deutschen zurück, die zu 1,6 Prozent keinen Abschluss haben und zu 34 Prozent Abitur. Aber auch der Abstand zu den Migranten 222
aus der EU ist groß, diese haben zu sieben Prozent keinen Abschluss und zu 27 Prozent Abitur.[60] Es ist aufschlussreich, dass die Migranten aus der EU sowie aus Süd- und Ostasien vergleichbare Probleme nicht haben. Die Kinder von Vietnam-Vertragsarbeitern aus der ehemaligen DDR machen sogar zu 80 Prozent Abitur und schneiden damit noch weitaus besser ab als die Deutschen.

Die mit einer niedrigen Qualifikation verbundenen niedrigen Chancen auf eine gutbezahlte Arbeit lösen einen Sekundäreffekt im Sozialsystem aus: Eine Karriere als Empfänger von Transferleistungen wird umso attraktiver, je geringer die Chancen am Arbeitsmarkt sind. Die bei den muslimischen Migranten vorherrschenden Großfamilien profitieren davon, dass der Umfang der Sozialleistungen - anders als das Arbeitsentgelt - mit der Kopfzahl der Haushaltsmitglieder steigt.

Diskriminierung scheidet als Grund für die mangelhaften Erfolge der muslimischen Migranten im Bildungs- und Beschäftigungssystem aus, denn andere Migrantengruppen, die - aus Fernost oder Indien kommend - eher noch fremdartiger aussehen als Türken und Araber, schneiden teilweise sogar besser ab als die Deutschen. Der relative Misserfolg kann wohl auch kaum auf angeborene Fähigkeiten und Begabungen zurückgeführt werden, denn er betrifft muslimische Migranten unterschiedlicher Herkunft gleichermaßen. Rätsel gibt auch auf, warum die Fortschritte in der zweiten und dritten Generation, soweit sie überhaupt auftreten, bei muslimischen Migranten deutlich geringer sind als bei anderen Gruppen mit Migrationshintergrund.

Interessant sind die in Großbritannien beobachteten Unterschiede zwischen den verschiedenen Migranten aus der ehemaligen Kolonie Indien: Indische Schüler schneiden in England doppelt so gut ab wie pakistanische Schüler. Schüler aus Fernost lassen in ihren Leistungen alle hinter sich, auch die britischen. Zwischen Indern und Pakistanern gibt es aber keine Unterschiede außer dem, dass die Pakistaner einen islamisch-kulturellen Hintergrund haben.[61]

In Frankreich wanderten in mehreren Schüben Polen, Juden, Chinesen und Vietnamesen ein. Sie hatten wirtschaftlichen Erfolg, integrierten sich problemlos und verschmolzen allmählich mit der Mehrheitsgesellschaft, ohne jemals staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen. Ganz anders die Probleme Frankreichs mit den arabischen Migranten insbesondere aus Algerien. Walter Laqueur vermutet: »Es muss in der geistigen Einstellung jener, die sich marginalisiert fühlen, etwas geben, das es ihnen 223
erschwert, im Leben Erfolg zu haben.«[62]

Walter Laqueur,[63] Paul Scheffer[64] und Christopher Caldwe11[65] reflektieren auf jeweils eigene Art die Herausforderung und Bedrohung, die die muslimische Einwanderung und das starke Wachsen dieses Bevölkerungsteils für das alternde und schrumpfende abendländische Europa darstellen. Der erste ist israelischer Jude, aufgewachsen in Breslau, der zweite Niederländer und der dritte Brite. Alle drei kommen aus sehr polyglotten Staaten und sind es selber auch. Alle drei sind liberal. Sie können mit ihren Sorgen also nicht ohne weiteres in die nationale, völkische oder gar »islamophobe« Ecke geschoben werden, wie dies gerne geschieht.

Necla Kelek,[66] Seyran Ates,[67] Güner Balci[68] - in Deutschland aufgewachsene Autorinnen türkischer Herkunft - und die nach Holland geflohene Somalierin Hirsi Ali[69] verweisen seit Jahren auf den kollektivistischen Charakter islamischer Gesellschaften und die ihnen immanente Geringschätzung und Unterdrückung von Frauen, die nicht selten in Gewalttätigkeit ausartet. Die deutschtürkische Schauspielerin Sibel Kekilli (Jahrgang 1980) hat »das Gefühl, dass die Generation nach mir hier noch nationalistischer wird. Deren Eltern mussten sich kaum integrieren, aus der Türkei geholte Ehepartner mussten nicht mal einen Sprachkurs machen. Hier wurde ja immer nur weggeguckt und lächelnd toleriert, wenn ein Kind nicht zum Sportunterricht kommen durfte oder wenn ein Mädchen plötzlich nicht mehr zur Schule kam, weil es verheiratet worden war,.«[70] Der Bevölkerungsforscher Herwig Birg stellt dazu fest:

> »Die wirksamsten Integrationsfaktoren für Einwanderungsgesellschaften sind das Bildungssystem, die Arbeitswelt und die zwischenmenschlichen Beziehungen durch Ehen oder eheähnliche Beziehungen. Die wirksamsten *DesinCegraCionsfakCore*n sind dogmatische fundamentalistische Religionen sowie die ethnisch, nationalistisch oder tribalistisch verankerten Kulturen der Migranten aus Entwicklungsländern, in deren Geschichte es nie eine Periode der Aufklärung gab. Der in Deutschland drohende Kulturabbruch durch Einwanderung bildungsferner Populationen ist im Gegensatz zu einem wirtschaftlichen Rückschlag ein für Generationen irreversibler Vorgang.«[71]

Ein Teil der Deutschen - auch der Elite - hat das Problem noch gar nicht verstanden. In deren Lebens-, Wohn- und Arbeitswelt kommen muslimische Migranten ja nur als Reinigungskräfte oder als fremdartige Kulisse beim gelegentlichen Besuch in Berlin-Kreuzberg vor. Ein Teil der Intellektuellen 224
und der liberalen Presse scheint sogar eine klammheimliche Freude zu empfinden, dass muslimische Einwanderung die deutsche Gesellschaft untergräbt.

Die Journalistin Ingrid Kloepfer nimmt das Leben einer islamischen Importbraut namens Dilek als Beleg für die fehlende Integrationsbemühung der deutschen Gesellschaft: 27 Jahre alt, zehn Jahre in Deutschland, drei Kinder, fünf Jahre Dorfschule in der Türkei. Dilek kennt nur den Haushalt und kann kaum Deutsch. Was tat denn der amerikanische Staat für die Integration der einwandernden Deutschen, Juden, Iren oder Italiener? Die integrierten sich selbst, weil sie gar keine andere Wahl hatten, wenn sie nicht untergehen wollten. Da gab es keine Sozialhilfe für Importbräute. Die mangelnde *Integration liegt an den Attitüde der muslimischen Einwanderer.* Das möchte die gutmenschelnde Liberale Inge Kloepfer nicht wahrhaben, die mit aggressivem Unterton erklärt: »Die deutsche Ethnie wird auf lange Sicht vielerorts auf eine der großen Minderheiten schrumpfen. So wird es aussehen - ob es dem Notenbanker Sarrazin passt oder nicht.«[72]

In bestimmten Kreisen ist es inzwischen üblich geworden, bereits den empirisch begründeten Hinweis auf das Bestehen von Unterschieden zwischen ethnischen Gruppen mit dem Rassismusvorwurf zu belegen?[73] Das ist eine sehr wirkungsvolle Art, Andersdenkende mundtot zu machen und das Ansprechen unerwünschter Sachverhalte mit dem Bann des politisch Unkorrekten zu belegen. In Deutschland funktioniert das aufgrund der Last der Geschichte besonders gut. Necla Kelek hat festgestellt:

> »Es gibt heute viele unter den Orientalisten und den Ausländerbeauftragten, bei den Grünen und den Vertretern der Kirchen, die aus lauter Angst davor, als ausländerfeindlich oder intolerant zu gelten, auch noch die wunderlichsten Argumente finden, >ihre< Ausländer zu verstehen und um jeden Preis zu verteidigen. Sie propagieren ein Toleranzverständnis, das einer Selbstaufgabe gleichkommt. Die Freiheitsrechte haben bei ihnen im Zweifel gegenüber dem Verständnis für eine andere Kultur hintan zu stehen,.«[74]

Unterschiede in der kulturellen Prägung sind nichts Ehrenrühriges. Man muss sie nur sehen und darf sie nicht verniedlichen. Dazu neigen gerade die Deutschen, und gerade die Intellektuellen unter ihnen haben bis heute kaum erkannt, wie sehr sie sich selbst etwa von den Italienern unterscheiden und wie nachhaltig selbst diese, im Vergleich zu den Muslimen minimalen Unterschiede fortwirken. Dirk Schümer schreibt, gerade die größten Italienschwärmer wie Goethe, Burckhardt und Hesse seien 225
wohlweislich Teilzeititaliener gewesen. Er selbst sei noch nach zehn Jahren in Venedig trotz perfekter Sprachkenntnisse nicht wirklich gut integriert **gewesen.**[75]

In Deutschland geben 47 Prozent der Menschen mit italienischem Migrationshintergrund an, sich gut integriert zu fühlen, aber nur 22 Prozent der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Dagegen fühlen sich 42 Prozent der Letzteren schwach integriert, aber nur 22 Prozent der Ersteren. An der Benachteiligung in der Gesellschaft kann es nicht liegen: Nur sechs Prozent der Türken geben an, häufiger benachteiligt zu werden, bei den Italienern sind es drei Prozent.[76]

Die kulturelle Integration wird in zunehmendem Maße behindert durch die technisch-mediale Entwicklung (Satellitenfernsehen). Durch die Fernsehprogramme aus den Herkunftsländern wurde »>Heimat< viel stärker im Alltagsleben von Zuwanderern gegenwärtig, so dass der quantitative Aspekt umschlug in einen qualitativen... Dies ließ ein Spannungsverhältnis entstehen, dessen Pole der Verbleib im Aufnahmeland und das Verhaftet-Sein mit dem Herkunftsland sind.«[77]

Zu den kulturellen Unterschieden und den mit ihnen verbundenen Abgrenzungsritualen gehört auch die Neigung zur Gewalt, die bei Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund vermehrt registriert wird. Jugendliche Deutsche, die nicht zuschlagen und sich wehren, gelten als Schwächlinge. In Bonn erregten die systematischen Überfälle jugendlicher Migranten auf Gymnasiasten im ansonsten friedlichen Stadtteil Bad Godesberg Aufsehen. Ein Fußballverein klagte dort, dass sein

Integrationsmodell von einem syrischen Club torpediert werde, der die jungen Araber abwerbe und ihnen alles durchgehen ließe. Als ein junger Marokkaner, der aussieht wie ein Deutscher, in die Fänge der Gewalttäter geriet und mit ihnen arabisch sprach, haben sie ihn gar nicht verstanden.[78] Offenbar sind Teile dieser Jugend mittlerweile im sprachlichen Niemandsland angekommen. Ihre Integrationschancen erhöht das nicht.

Bonn ist ja keine Ausnahme, in Duisburg-Marxloh, in Essen-Katernberg, in München-Hasenbergl, im nördlichen Berlin-Neukölln und an den vielen hundert Orten in Deutschland, wo sich muslimische Migranten ballen, geht es ganz genauso zu. Viele besonnene Türken und Araber sehen das kulturelle Integrationsproblem ihrer Landsleute,[79] doch die deutschen und muslimischen Anwälte der muslimischen Einwanderung scheinen es zu verdrängen. So warnt das European Monitoring Centre on 226
Racism and Xenophobia (EUMC) vor »Islamophobie« und kritisiert: »Muslims feel that acceptance by society is increasingly perceived as >assimilation< and the assumption that they should lose their Muslim identity.«[80] Das ist falsch. Es reicht aus, dass Muslime unsere Gesetze beachten, ihre Frauen nicht unterdrücken, Zwangsheiraten abschaffen, ihre Jugendlichen an Gewalttätigkeiten hindern und für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen. Darum geht es. Wer diese Forderungen als Zwang zur Assimilation kritisiert, hat in der Tat ein Integrationsproblem. Vielleicht sollte er einmal einen Gedanken daran verschwenden, weshalb es in ganz Europa Vorbehalte gegen Muslime gibt - mit guten Gründen:

- Keine andere Religion in Europa tritt so fordernd auf.
- Keine andere Immigration ist so stark wie die muslimische mit Inanspruchnahme des Sozialstaats und Kriminalität verbunden.
- Keine Gruppe betont in der Öffentlichkeit so sehr ihre Andersartigkeit, insbesondere durch die Kleidung der Frauen.
- Bei keiner anderen Religion ist der Übergang zu Gewalt, Diktatur und Terrorismus so fließend.

Der relative Misserfolg der ökonomischen und kulturellen Integration der muslimischen Migranten, der in ganz Europa zu beobachten ist, wird gern mit »Unterschichtung« erklärt, weil eben vorwiegend die rückständige Landbevölkerung emigriere, nicht die kultivierten Städter. Dagegen wird die Hypothese, die muslimische Kultur als solche könne die Integration behindern, von den Vertretern der Unterschichtungsthese als »kulturalistisch« abgetan. Es war aber zu allen Zeiten für gewöhnlich so, dass sich nicht die Gebildeten und Bessergestellten auf den Weg in die Fremde machten, sondern eher die unteren Schichten, zudem eher die Landbewohner als die Städter. Immer aber waren die, die emigrierten, eine Auslese von besonders Aktiven.

Die Probleme der muslimischen Integration auf den Kulturunterschied zwischen Stadt und Land zurückzuführen, ist eine Verharmlosungsstrategie. Es gibt hier auch keine unterschiedlichen Integrationsmuster, sondern einheitliche Muster der islamischen Immigration in ganz Europa.[81] Richtig ist jedenfalls, dass den muslimischen Einwanderern in Europa eine besondere Mischung aus islamischer Religiosität und traditionellen Lebensformen anhaftet. Diese Mischung erschwert die ökonomische und kulturelle Integration und sorgt über die damit verbundene mangelhafte Emanzipation der Frauen für den besonderen Kinderreichtum der muslimischen Migranten, der durch die Segnungen des 227
europäischen Sozialstaates noch gefördert wird. Eine Parallele zur deutschen Unterschicht ergibt sich nur in den Punkten mangelhafte Bildung und unzureichende Arbeitsmarktorientierung. Diese sind bei der deutschen Unterschicht aber das Ergebnis einer negativen Auslese. Niemand würde behaupten wollen, dass die muslimischen Migranten eine negative Auslese aus ihren Herkunftsländern darstellen, und darum können deren besondere Probleme auch nicht mit »Unterschichtung« erklärt werden.

Die vielgelobte Rolle der türkischen Selbstständigen im Obstund Gemüsehandel ist zwar erfreulich für die Kunden, die ihren Tante-Emma-Laden vermissen. Aber letztlich ist die starke Ballung der türkischen Minderheit in einem übersättigten Marktsegment auch Ausdruck und Ergebnis des mangelhaften oder fehlenden Bildungsaufstiegs. Dieser ist zurückzuführen auf patriarchalische und autoritäre Strukturen in den türkischen Familien, welche weniger auf den individuellen Erfolg als auf das Wohl des Familienverbandes ausgerichtet sind.[82] Das ist eine Sackgasse, denn kulturelle Integration kann nur gelingen, wenn die muslimischen Migranten unsere Pluralität anerkennen und auch innerlich akzeptieren. Necla Kelek hat dazu erklärt: »Der >Gesellschaftsvertrag< ist für mich das >Minimum<, an dem sich die Integration und damit unser aller Zukunft entscheidet.«[83]

Parallelgesellschaften?

Der Mensch bevorzugt das Vertraute und pflegt dem Fremden gegenüber Distanz zu zeigen. Das gilt für Sprache, Speisen, Sitten und Gebräuche. »Gleich und gleich gesellt sich gern«, heißt es. So ist es nur zu verständlich, dass Einwanderer in einer fremden Umgebung zunächst die Nähe der eigenen Landsleute, das vertraute Umfeld der eigenen Sprache, der eigenen Religion und der eigenen gewohnten Lebensweise suchen.

Mit der Zeit verliert sich das dort, wo die Menschen für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen, denn dazu muss man hinaus ins »feindliche« Leben und Geld verdienen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass man die Landessprache erlernt. Parallelgesellschaften lösen sich umso schneller auf, je mehr eine Einwanderergruppe bereit ist, sich zu integrieren, und je erfolgreicher sie wirtschaftlich im Allgemeinen ist. Darum fielen die Juden und im Gegensatz etwa zu den Italienern auch die Deutschen in der amerikanischen Mehrheitsgesellschaft schon bald nicht mehr auf.

Parallelgesellschaften gehen meist mit regionaler Konzentration einher, dies ist aber nicht zwingend der Fall. Sie nehmen dort leicht einen Gettocharakter an, wo die Bevölkerung bei hoher 228
Unterbeschäftigung großenteils von Sozialtransfers lebt. Das gilt für das nördliche Neukölln mit seiner türkischen und arabischen Bevölkerung genauso wie es früher für das schwarze Harlem in New York galt. Parallelgesellschaften bilden sich zudem umso leichter und existieren umso länger, je größer das Desinteresse der Migranten an der Mehrheitsgesellschaft ist und je mehr man es vorzieht, unter sich zu bleiben.

Ein Gradmesser für die Integrationsbereitschaft ist das Heiratsverhalten. Es steuert zudem das Tempo der Auflösung von Parallelgesellschaften beziehungsweise verhindert, dass sie in größerem Umfang entstehen. Hier sieht es schlecht aus, denn nur drei Prozent der jungen Männer und acht Prozent der jungen Frauen mit türkischem Migrationshintergrund heiraten einen deutschen Partner, bei den Russlanddeutschen sind es dagegen 67 Prozent.

Necla Kelek berichtet von einer norddeutschen Kleinstadt. Dort »leben etwa 300 Migranten, die alle nur zu zwei Familien gehören. Vor dreißig Jahren war ein Kurde mit einem Freund aus Ostanatolien in

die Stadt gekommen und hat nach und nach alle Verwandten nachgeholt. Wer mit wem verheiratet ist, wer wessen Kind, Enkel oder Cousin ist, erschließt sich Außenstehenden nicht,.«[84] Zum Kindergeburtstag bei einer wohlhabenden türkischen Familie erscheinen auch die Mütter der eingeladenen Kinder. Kein deutsches Kind ist dabei. Die Frauen, zwischen 18 und 35 Jahre alt, sind allesamt Importbräute und verheiratet mit türkischen Männern der zweiten und dritten Generation. Keine der Frauen kennt Deutsche privat, sie können kaum Deutsch. Eine spricht für alle, wenn sie sagt: »Wir können doch auch hier leben, ohne mit den anderen etwas zu tun zu haben. Wir haben unsere eigenen Vorstellungen. Wir haben doch hier alles, wir brauchen die Deutschen nicht.« Und natürlich soll der Sohn später eine Muslimin heiraten.[85]

Diese Mentalität herrscht in weiten Kreisen der muslimischen Bevölkerung. Ob man sie für kulturell, religiös oder sonstwie bedingt hält, ist letztlich egal, denn es ist diese Art des kulturellen Abgeschiedenseins, die die Integration muslimischer Migranten hemmt und ihren wirtschaftlichen Erfolg beeinträchtigt. Ich nenne sie kulturell bedingt, es ändert aber nichts am Sachverhalt, wenn man dem Phänomen einen anderen Namen gibt, auch dann nicht, wenn man es mit dem akademischen Schimpfwort »kulturalistisch« belegt.

Parallelgesellschaften entstehen durch das klassische Einwanderungsmuster der Kettenwanderung, 229
die homogene Siedlungsgebiete hervorbringt.[86] Wie stark diese sich verfestigen und welche Auswirkungen sie auf ihr Umfeld haben, hängt von der Fähigkeit und Bereitschaft der Eingewanderten zur Integration ab. Die muslimische Einwanderung kämpft seit dem Anwerbestop für Gastarbeiter 1973 mit dem Integrationshindernis, dass sie vorwiegend auf die Anziehungskraft des deutschen Sozialstaats zurückzuführen ist, was heißt, dass bei vielen der seitdem Eingewanderten nicht der eigene wirtschaftliche Erfolg durch Integration und berufliche Leistung im Vordergrund steht, sondern die Absicherung und Alimentierung durch den deutschen Sozialstaat. Ihre Aussichten sind gut, denn die Hilfe kommt jedem Eingewanderten unabhängig von seiner Integrationsbereitschaft und seinem Arbeitswillen zugute. Weitere Hindernisse bestehen in der geringen Neigung, die deutsche Sprache zu erlernen und auch privat zu gebrauchen, in der geringen Bildungsneigung, im Festhalten an den hierarchischen Familienstrukturen, im fortwährenden Familiennachzug, in dem ausschließlich auf die eigene Nationalität beziehungsweise auf Muslime ausgerichteten Heiratsverhalten.

Im Unterschied zu Italienern, Spaniern oder Polen geht von den muslimischen Migranten auch kaum einer in sein Heimatland zurück. Dort sind nämlich die Löhne niedriger als hierzulande Arbeitslosengeld II und Kindergeld. Nur von den Qualifizierten kehrt ein Teil dorthin zurück, weil die in Deutschland erworbene Ausbildung auch in der alten Heimat Chancen bietet. Das Ergebnis ist eine negative Auslese innerhalb der muslimischen Parallelgesellschaften. Deutschland finanziert so einen Teil des muslimischen Proletariats, das in den Herkunftsländern keine Chancen sieht, die attraktiver wären als die deutsche Sozialhilfe. Ohne Änderung der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen sind die Aussichten gering, dass sich die Parallelgesellschaften der muslimischen Migranten in Deutschland und Westeuropa mit der Zeit quasi automatisch auf lösen.[87]

Natürlich gelingt es den Parallelgesellschaften nicht, die Heimat vollständig zu simulieren. Die zum großen Teil arbeitslosen männlichen Familienoberhäupter haben zwar zu Hause das Sagen, aber nach außen können sie gegenüber ihren Söhnen nicht mit dem Prestige des Ernährers aufwarten. Umso eifriger vermitteln sie dem männlichen Nachwuchs übersteigerte Vorstellungen von einer tapferen, um

der »Ehre« willen jederzeit gewaltbereiten Männlichkeit. Diese Rolle nehmen die jungen Männer umso eher an, je mehr ihre Erfolge im Schulsystem zu wünschen übrig lassen - und ihre Leistungen sind noch 230
schlechter als die der muslimischen Mädchen.

Zum Schulfrust gesellt sich sexuelle Frustration, und beides trägt zum Aggressionsstau der jungen Männer bei, die in einer libertären, mit Sex und Porno allenthalben angereicherten Gesellschaft leben. Die muslimischen Mädchen sind aber aus religiösen Gründen vor der Heirat sexuell nicht verfügbar, ja selbst harmlose vorsexuelle Annäherungen sind vielfach nicht möglich. Und die »besseren« deutschen Mädchen lassen sich nicht auf jemanden ein, den sie im Bildungssystem als »Loser« wahrnehmen. Falsche Rollenvorbilder, mangelhafte Bildungserfolge und sexuelle Frustration können zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft führen, die vornehmlich in Jugendgangs ausgelebt wird, der eigentlichen Heimat vieler junger muslimischer Migranten. Dort finden sie die Anerkennung, die sie suchen, wenn auch für das Falsche, nämlich Gesetzesbrüche, Diebstähle, Schlägereien.

Fadi Saad machte eine Gewaltkarriere als Mitglied einer Straßengang, bis er selbst von einer Gang zusammengeschlagen und schwer verletzt wurde. Das führte zu seiner Läuterung. Heute ist er Sozialarbeiter in Berlin-Neukölln.[88] Am meisten am Herzen liegen ihm die »Deuraber«, die in Deutschland geborenen arabischen Flüchtlinge. »Mit Kuschelpädagogik kommt man bei diesen abgebrühten Jungs nicht weiter«, sagt er. Ein Zwölfj'ähriger, der gewalttätig werde, müsse sofort bestraft werden. Es reiche nicht aus, ihn erst Monate später zu sozialer Arbeit zu verdonnern. »Der geht raus und schlägt den Nächsten zusammen.« Mit Integrationsgerede kann Fadi Saad nicht viel anfangen: »Integrieren heißt eingliedern. Aber worin? Und wen soll ich integrieren? Ich kenne genügend Deutsche, die kein Deutsch sprechen. Soll ich die etwa auch integrieren?« Fadi Saad erzählt von seiner ersten Reise in den Libanon, davon, dass die Jungs dort vor Beginn des Unterrichts ihre Fingernägel vorzeigen müssen und keiner auch nur im Traum auf die Idee käme, seine Kumpels mit »Hurensohn« zu begrüßen.[89]

In Berlin werden 20 Prozent aller Gewalttaten von nur 1000 türkischen und arabischen jugendlichen Tätern begangen, eine Bevölkerungsgruppe, die 0,3 Promille der gesamten Berliner Bevölkerung stellt. Aber im Integrationsbericht der Bundesregierung wird deren Kriminalität relativiert. Es heißt dort: »Zumindest für die Gruppe junger Menschen gehen Kriminologen davon aus, dass bei einem Vergleich der Gruppe mit gleichen familiären, schulischen und sozialen Rahmenbedingen sowie 231
übereinstimmenden Werteorientierungen eine höhere Belastung von Nichtdeutschen letztlich nicht mehr feststellbar« sei.[90] Bei diesem Geschwurbel wird offenbar empirische Wissenschaft mit politischer Theologie verwechselt. Wem ist eigentlich geholfen, wenn man offenkundige Tatsachen unterdrückt, die selbst die einsichtigen Betroffenen nicht leugnen. Sicherlich weder der Wahrheit noch der klaren Analyse, noch der Integration. Die Autoren sollten einmal den Polizeikommissar Florian Södding auf einem Streifengang durch den Stadtteil Wedding im Bezirk Mitte begleiten. 82 000 Menschen leben dort, die Hälfte mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund. Die Gewalt, darunter 104 Übergriffe auf Polizisten in einem Jahr, kommt fast ausschließlich aus der Gruppe der Migranten.[91]

Die Autoren des Integrationsberichts hätten sich auch mit Kirsten Heisig unterhalten können, Richterin in Berlin-Neukölln, die einen Zusammenhang herstellte zwischen der Gewaltfrage und der Existenz von Parallelgesellschaften. Über ihre »Klientel« sagte sie:

»Ich rede von vornehmlich arabischen Straftätern, die bei mir im Gerichtssaal sitzen. Sie und ihre Familien versuchen, sich unserem Recht zu entziehen, indem sie die Vorfälle in ihrer Volksgruppe klären... Es gibt in den Migranten-Vierteln... eine besondere Ballung von Problemen, aus denen sich Kriminalität speist.«

Auf die Frage, ob dies ein soziales oder ethnisches Problem sei, antwortete Kirsten Heisig:

»Da kommt vieles zusammen: einerseits hohe Arbeitslosigkeit, Schuldistanz und allgemeine Verwahrlosung. Hinzu kommen kulturelle Faktoren: Der Männlichkeitswahn ist bei manchen Türken und Arabern besonders ausgeprägt. Ehre und Respekt sind so emotional entwickelt, dass es schnell zu Gewalt kommt. Prügeln ist in der Erziehung leider eine gängige Praxis. Wenn der Vater den Respekt nicht genießt, weil er arbeitslos ist, dann stellt er ihn durch Schläge her... Es entwickeln sich geschlossene Gesellschaften mit eigenen Regeln. Darin sehe ich eine große Gefahr.«

Kirsten Heisig machte unter den türkischen und arabischen Migranten in der Parallelgesellschaft von Neukölln auch eine ausgeprägte Deutschenfeindlichkeit aus und führte Beispiele dafür an: »Ein Zwölfj'ähriger beschimpfte eine Mitschülerin als Schlampe, weil sie kein Kopftuch trägt. Ein anderer Angeklagter erklärte gegenüber einem Polizeibeamten: >Du bist Dreck unter meinen Schuhen, ich scheiß auf Deutschland Jugendliche äußerten gegenüber deutschen Frauen: >Deutsche kann man 232
vergasen.< Wenn Deutsche sich so gegenüber Ausländern verhalten, nennen wir das Rassismus.«[92]

Sichtbares Zeichen für die muslimischen Parallelgesellschaften ist das Kopftuch. Seine zunehmende Verbreitung zeigt das Wachsen der Parallelgesellschaften an. Selbst das European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia gesteht zu, dass das Kopftuch unter den Muslimen auch auf Druck von Familien oder von Peergroups getragen wird. Einen Kopftuchbann an öffentlichen Orten inklusive Schulen befürworten 78 Prozent der Bevölkerung in Frankreich, 54 Prozent in Deutschland und 29 Prozent in England.[93] Welch ein Druck muss auf den muslimischen Mädchen lasten, wenn an einer öffentlichen Schule deutsche Schülerinnen beschimpft werden, weil sie kein Kopftuch tragen.

Muslimische Familien, die abendländische Werte teilen und Liberalität ernst nehmen, halten ihre Töchter nicht dazu an, Kopftuch zu tragen, und ermutigen ihre Angehörigen auch sonst nicht, sich optisch von der Mehrheitsgesellschaft abzusetzen. Das Tragen des Kopftuchs drückt niemals nur Religiosität aus - eine gute Muslima kann man schließlich auch ohne Kopftuch sein -, sondern den Wunsch, sich von den »Ungläubigen« auch optisch abzugrenzen. Das Kopftuch bedeutet gleichzeitig die Akzeptanz der Unterordnung der Frau unter den Mann, das heißt die Ablehnung der Emanzipation der Frau nach abendländischem Muster.

Das Beispiel Neukölln

Der Berliner Bezirk Neukölln hat 305 000 Einwohner. Nach den offiziösen Zahlen sind 120 000 migrantischer Herkunft, davon 60 000 Passausländer. Hinzu kommen 20 000 bis 30 000 Illegale (150 000 bis 200 000 sind es im gesamten Berlin). Manchmal wohnen zwischen 20 und 30 Leute in zwei Zimmern. Knapp die Hälfte der Einwohner Neuköllns hat einen Migrationshintergrund. In Nord-Neukölln sind es sogar 55 Prozent, an den dortigen Schulen 80 bis 100 Prozent. 30 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren leben von Hartz IV, in Nord-Neukölln sind es 45 Prozent, bei den 25-Jährigen sogar 60 Prozent.

Neukölln wird auch als die größte türkische Stadt Deutschlands bezeichnet. Es gibt viele Neuköllns in Deutschland. Die Stadt Ahlen in Westfalen etwa hat gut 56 000 Einwohner, südlich der Bahnlinie aber eine kompakte muslimische Stadt von 15 000 Einwohnern. Es gibt heute Hunderte von Siedlungen und ganze Stadtviertel in Deutschland, in denen die türkischen und arabischen Migranten eine Mehrheit oder eine starke Minderheit bilden. In allen diesen Siedlungen treten ähnliche Probleme auf. Sie 233
wachsen weitaus schneller als die Städte, in denen sie liegen (diese schrumpfen häufig sogar), und sie wachsen sowieso schneller als die deutsche Bevölkerung. Wer als Deutscher durch diese Viertel geht, kommt sich vor wie ein Fremder im eigenen Land.

Ein näherer Blick auf Neukölln lohnt sich, weil dieser Stadtteil exemplarisch ist. In Nord-Neukölln leben zwei Drittel bis drei Viertel aller Kinder von Hartz IV Heinz Buschkowsky, der Bürgermeister dieses Berliner Bezirks, ist bundesweit bekannt geworden, weil er die Probleme mit profunder Erfahrung und Faktenkenntnis konkret benennt, dabei aber stets differenziert. In seiner eigenen Partei, der Berliner SPD, war er lange nicht beliebt, weil er unangenehm konkret ist und allgemeines Integrationsgesäusel sowie Gutmenschengetue ad absurdum zu führen pflegt. Die Probleme lassen sich aber nicht wegreden, und so wurde er allmählich immer bekannter. Die Empörung über mein Interview in *Lettre International hatte den für* ihn angenehmen Nebeneffekt, dass er plötzlich als der »Maßvolle« und »Vernünftige« wahrgenommen wurde. Ich habe mich oft mit Heinz Buschkowsky unterhalten.[94]
Die folgende mosaikartige Beschreibung von Neukölln baut darauf auf:

Die Problembevölkerung in Neukölln stellen nicht die Arbeitsmigranten der sechziger und siebziger Jahre und deren Nachfahren, sondern die Familien, die seit 1980 im Rahmen des Familiennachzugs, als Armutsmigranten und als Kriegsflüchtlinge gekommen sind. Dies sind zu etwa 8o Prozent Araber, der Rest Türken. Die Araber in Neukölln waren die Ersten, die erkannt haben, dass man sich einbürgern muss. Wenn nämlich ein Kind in der Familie eingebürgert ist, dann ist die ganze Sippe vor der Abschiebung geschützt. Besondere Probleme bereiten die Libanesen und Palästinenser. Viele kurdische Türken haben sich erfolgreich als Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon ausgegeben. Bei den Türken muss man differenzieren nach den religiösen Richtungen. Sunniten und Schüten unterscheiden sich ganz erheblich von den Alewiten, die nicht zum Freitagsgebet gehen, nicht fasten und deren Frauen kein Kopftuch tragen. Aus Sicht der Sunniten und Schüten sind sie gar keine echten Muslime. Die Alewiten sind praktisch die Protestanten des Islam.

Die Arbeitsmigranten der sechziger und siebziger Jahre waren Menschen, die sich auf den Weg machten, um mit ihrer Hände Arbeit Wohlstand zu generieren. Anders ist das bei den Migranten der achtziger und neunziger Jahre. Für diese gibt es ein Gelobtes Land, und das ist 234
Deutschland, wo man ohne Arbeit reicher wird, als man in ihren Dörfern jemals werden könnte (Armutsmigration). Der türkische Mittelstand in Neukölln entstammt der Generation der Arbeitsimmigranten. Diese Familien machen keine Probleme, die sieht man auch nicht auf den Straßen.

Die Mädchen mit den strengsten Kopftüchern entstammen den religiös orthodoxen Familien und sind meist recht gebildet. Die besonders streng Verschleierten sind oft die Fittesten in der deutschen Sprache. Dagegen kommen die türkischen Mädchen, die Kopftuch tragen, aber

bauchfrei gehen und gepierct sind, von der Hauptschule und gelten als blöd. Orthodox, gebildet und Kopftuch, das kann durchaus zusammengehen. Das entspricht der islamischen Einheit von Kirche und Staat.

Der niederländische Schriftsteller Leon de Winter vertritt die Ansicht, dass ein Wohlfahrtsstaat nach europäischem Muster nie ein Integrationsland sein kann. »Wozu gibt es denn Hartz IV?«, fragen sich die migrantischen Hauptschüler und entwickeln erst gar keinen Ehrgeiz.

Die ersten Wellen der Armutsflüchtlinge aus Afrika, Nah- und Mittelost trafen Europa völlig überraschend. Die Politik in Norwegen beispielsweise war damals so liberal, dass man keine Jugendgefängnisse kannte und gar nicht wusste, wo man die prügelnden Schlägerbanden der jugendlichen Araber in Oslo lassen sollte.

Falsch verstandene Liberalität hindert uns vielfach daran, gegen diese Haltung die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. So hat Berlin die Bestimmungen für Sprachtests verschärft und ein Kinderschutzgesetz erlassen. Es fehlen aber Sanktionsklauseln, und sei es nur, dass im Falle der Nichtbeachtung ein Ordnungsgeld erhoben wird.

»Je bunter die Mischung, desto klarer müssen die Regeln sein«, das ist die Erfahrung des Neuköllner Bürgermeisters. Sein ehemaliger Amtskollege in Rotterdam hatte diese Erkenntnis ebenfalls gewonnen und konsequent umgesetzt: »Wir haben Rotterdam für alle Rotterdamer Block für Block, Straße für Straße zurückerobert.« In Holland gewähren die Gemeinden das Niederlassungsrecht. Dieses kann aber auch entzogen werden. Familien, die sich schlecht benehmen, können so zum Umzug gezwungen werden. In der nächsten Gemeinde benehmen sie sich meist besser. Burkaträgerinnen wird in Holland die Sozialhilfe entzogen mit dem Argument, dass sie so nicht am Arbeitsmarkt vermittlungsfähig seien.

Es ist sehr schwer, die migrantische Bevölkerung auch nur statistisch richtig zu erfassen. Es gibt viel Betrug: Bei der Versendung der Lohnsteuerkarten wurden allein in Neukölln 10 000 Scheinadressen entdeckt. Auf eine Ein-Zimmer-Wohnung in Köln entfielen 60 Adressen. Nach heutigem Melderecht kann ja jeder jede Adresse angeben, ohne dass dies überprüft wird. Ein schwunghaf ter Handel wird in Neukölln mit den Chipkarten der AOK getrieben. Auf einer Karte werden oft ganz unterschiedliche Leute behandelt, häufig Illegale aus den Heimatorten der migrantischen Familien. Die AOK zeigte sich bisher nicht daran interessiert mit der Begründung, es werde ja sowieso nur eine Quartalspauschale an die Ärzte gezahlt. Dass der Betrug der Migranten den Kostendruck im System erhöht und die Leistungen für die »echten« Beitragszahler einschränkt, scheint die Berliner AOK nicht zu interessieren. Darüber hinaus gibt es in den Apotheken Neuköllns auffällige Medikamentenabflüsse. Hier werden in großen Mengen Rezepte für oft sehr teure Medikamente vorgelegt; die Arzneien gehen dann in die Heimatdörfer der Migranten.

Erheblichen Missbrauch treiben die Migranten auch mit den Minijobs. Viele arbeiten viel mehr als die bei Transferbezug zulässigen zehn Stunden. Niemand kann die Einhaltung der Stundenbegrenzung kontrollieren. Wenn der Zoll auf Baustellen prüft, zeigen die Migranten ihre Sozialversicherungskarte vor und behaupten, innerhalb der zulässigen zehn Wochenstunden zu arbeiten. Der steuerfreie Minijob treibt die Beschäftigungsstatistik nach oben, weil mehr Menschen Arbeit erhalten. Reguläre Jobs werden von den Firmen aufgesplittet. Dies ist ein Massenphänomen. Im Endeffekt erfolgt die Gehaltszahlung zu Lasten des Steuerzahlers.

Die Intensivtäter verbreiten auf den Straßen Neuköllns Angst und Schrecken und sind schlechte Vorbilder. Sie stellen nur ein Promille der Bevölkerung, begehen aber 20 Prozent aller Straftaten in Berlin. Heute verstreichen zwischen der Straftat eines Jugendlichen und dem Arrest 9 bis 12 Monate. Eine Renaissance der Ordnungsprinzipien ist dringend nötig. Alles, was nicht mit Strafe belegt ist, wird von den muslimischen Migranten als Schwäche ausgelegt. Über Bewährungsstrafen lachen sie nur. Da sie keine bürgerlichen Lebensziele haben, von Hartz IV und Schwarzarbeit leben, ist ihnen ihr polizeiliches Führungszeugnis völlig gleichgültig. In bildungsfernen migrantischen Familien wird Knast nicht als ehrenrührig angesehen. Bei der Unterstützung der Familie des Gefangenen zeigt sich, wie sehr der Clan zusammenhält.

Die Gewalt der jugendlichen Gangs richtet sich nicht nur gegen Deutsche. Eine türkische Geschäftsfrau erklärt beim Firmenbesuch ganz freimütig: »Herr Bürgermeister, wenn es dunkel ist, fahre ich nicht mehr durch die Sonnenallee, vor den Arabern habe ich Angst.«

Der Neuköllner Bürgermeister besucht immer wieder den Unterricht in Schulen seines Bezirks. Seine Erkenntnis: Zwischen gleichen Klassenstufen liegen Welten. Etwa 20 Prozent der Kinder in Neukölln sprechen bei der Einschulung gar kein oder nur ganz schlecht Deutsch. Weitere 30 Prozent verfügen nur über einen eingeschränkten, äußerst einfachen Wortschatz. Von den unter 25 Jährigen, die im Job-Center betreut werden, sind 90 Prozent ohne weitere Nachqualifikation objektiv nicht in den Arbeitsmarkt integrierbar.

Welche Maßnahmen würde Heinz Buschkowsky ergreifen, wenn er die Macht dazu hätte?

- Übergang der Kompetenz für das Bildungswesen auf den Bund
- Einführung der Kindergartenpflicht
- Einführung der Ganztagsschule als alleinige Schulform
- grundlegende Veränderung der Curricula, Personal- und Sachausstattung der Schulen in sozialen Brennpunkten
- penibles Durchsetzen der Schulpflicht
- Reduzierung des Kindergeldes um 50 Prozent, stattdessen Erhöhung des Etats für Schulen, Kindergärten, Lehrer, kostenloses Essen in den Schulen (OECD-weit investieren die Länder etwa 50 Prozent ihrer Familienförderung in Einrichtungen für Kinder, in Deutschland ist es nur knapp die Hälfte. Wir geben das meiste Geld aller Länder für Familienförderung aus, liegen bei der Effizienz aber an drittletzter Stelle)
- konsequentere und schnellere Aburteilung von jugendlichen Straftätern.

Die Situation in Neukölln bringt die Frage der muslimischen Zuwanderung exemplarisch auf den Punkt. Es geht um die geballte Mischung aus Mangel an Bildung, fehlenden Sprachkenntnissen, aus Transferabhängigkeit, traditionellen Lebensformen, Jugendkriminalität, kultureller Distanz, und es geht um die Tendenz zur Verfestigung dieser Mischung. Die Schülerzahlen zeigen, dass der Anteil der muslimischen Migranten in Neukölln weiter stark wachsen wird. Und die Schulabbrecherquote beziehungsweise Hauptschulquote von 60 Prozent bei den muslimischen Migranten lässt keinen Zweifel, dass sich die Probleme am Arbeitsmarkt auch in der nächsten Generation fortsetzen werden.

Es geht dabei hauptsächlich um die Flüchtlinge, Scheinflüchtlinge und Armutsmigranten, die seit Anfang der achtziger Jahre vor allem aus dem Libanon und aus kurdischen Großfamilien kamen. Buschkowsky sagt: »Diese Familien erhalten bei uns das Zehnfache von dem, was sie dort bestenfalls 237
im Jahr verdienen können. Ihr Gebet lautet nicht: >Allah gib, dass ich mich aus meinen prekären Verhältnissen befreien kann<, sondern: >Bitte tu alles, dass unser Leben so bleibt, wie es ist.< Und natürlich unterstützen sie noch die Familien in der Heimat. Buschkowsky ist ein Spinner, denken Sie jetzt vielleicht, wie kann man denn von Hartz IV anderen Geld abgeben? Weil Konsumverhalten und Standards für Kleidung und Wohnungseinrichtung anders sind. Kinder haben keine Betten, sondern nur Matratzen. Es fehlen Tische, die Hausaufgaben werden liegend auf der Erde gemacht. Und immer ist der Flachbildschirm an, immer.«[95]

Die Wirklichkeit ist viel beunruhigender, als die Statistik vermuten lässt. Buschkowsky erläutert: »Wir haben Schulen, wo 90 Prozent der Eltern von der Zuzahlung für Lernmittel befreit sind, das heißt, es geht so gut wie kein Elternteil arbeiten. Der Satz, ich möchte werden wie mein Vater, der ist Feuerwehrmann und rettet Menschen, kann gar nicht fallen, weil ein Erwerbsleben in dieser Sozialisation nicht stattfindet. Natürlich steht die Lehrerin auf verlorenem Posten, wenn sie sagt: >Kinder, ihr müsst tüchtig lernen, dann könnt ihr einen tollen Beruf ergreifen und richtig Geld verdienen.< >Frau Lehrerin<, sagen dann die Kinder, >das Geld kommt doch vom Amt.< Wenn man Jugendliche fragt, was sie werden wollen, antworten sie: >Ich werde Hartz IV«

Bei Heinz Buschkowskys letzter Schultournee wurde in der vierten Klasse mit Büchern der dritten Klasse gearbeitet. Und selbst die erwiesen sich als zu schwierig. »In der migrantischen Unterschicht beherrschen die Eltern die deutsche Sprache schlecht oder gar nicht. Manchmal ist es den Kindern sogar verboten, Deutsch zu sprechen, eben weil die Eltern es nicht verstehen... Im Grunde haben wir... nur eine Chance: Wir müssen die Kinder dieses Milieus gegen ihre Eltern erziehen.«[96]

Die Deutschtürkin Güner Yasemin Balci wuchs als Kind eines türkischen Arbeitsmigranten in Neukölln auf. Sie hat das Wachstum und die Verfestigung einer muslimischen Parallelgesellschaft aus türkischer und arabischer Unterschicht selbst erlebt und hat die Gangkarriere des jungen Arabers Rashid im Neuköllner Rollbergviertel beschrieben. Die Kombination aus Bildungsferne, Männlichkeitswahn, Arroganz gegen Frauen und Gewalt ist erschütternd. Ein wirksames Rezept dagegen ist noch nicht gefunden.[97] Allein das Mantra Bildung, Bildung, Bildung verfängt da nicht.

Necla Kelek kritisiert die linken und liberalen Multikultis: »Unter dem Signum der Toleranz haben 238
sie die jeweiligen >Eigenheiten< der türkisch-muslimischen Gesellschaft in Deutschland verteidigt und damit die Selbstausgrenzung der Migranten befördert.« Diese Eigenheiten seien »Intoleranz und alltägliche Gewaltverhältnisse«, die man nicht einfach als Bestandteil »eines anderen kulturellen Kontextes« hinnehmen dürfe. Damit hätten die Multikultis der Aufklärung einen Bärendienst erwiesen. »Menschenrechte, Grundrechte sind nicht teilbar, nicht kulturell relativierbar... Solange die deutsche Gesellschaft sich diesen - ihren eigenen - Identitätskern nicht wirklich bewusst macht und ihn nicht offensiv zu verteidigen bereit ist, wird die Integration nicht gelingen können.«[98]

Das ist starker Tobak, aber Necla Kelek legt noch nach: »Ich habe allerdings Zweifel, ob die Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken die Integration wirklich will - ihr vorherrschendes Verhalten spricht eher eine gegenteilige Sprache. Die meisten lesen keine deutsche Zeitung, schon gar keine deutschen Bücher. Die meisten sehen ausschließlich türkisches Fernsehen, kaufen in türkischen Läden und haben keine privaten Kontakte zu Deutschen. Das Land, in dem sie leben, ist ihnen fremd, und es bleibt ihnen fremd.« In diesem Verhalten werden sie nach Keleks Meinung von den türkischen Institutionen, Zeitungen, religiösen Vereinigungen bestärkt, sei es aus Überzeugung, sei es aus Angst, den Einfluss auf die hier lebenden Türken zu verlieren.[99]

Ich bin ganz froh, dass ich Necla Kelek zitieren kann. Es hätte aber auch Seyran Ates sein können, die - manchmal etwas freundlicher - dasselbe sagt, etwa wenn sie darauf hinweist, dass die meisten türkischen und kurdischen Familien Sendungen im türkischen Fernsehen schauen, weil sie sich für Deutschland nicht interessieren, weil sie dieses Land nicht als ihre Heimat betrachten.[100] Hätte ich das so gesagt wie Necla Kelek, so würden mir Unkenntnis, Arroganz und Rassismus vorgeworfen werden. Natürlich teile ich ihre Meinung, denn sie entspricht meinen eigenen Kenntnissen und Erfahrungen und der verfügbaren empirischen Evidenz.

Necla Kelek ist wegen ihrer klaren Analysen und schlanken Werturteile erheblichen Anfeindungen ausgesetzt. Ich war dabei, als sie in einer Rede in der Paulskirche am 9. November 2009 den Antisemitismus des langjährigen Großmufti von Jerusalem ansprach und auch das Verhalten der Türkei im Zweiten Weltkrieg nicht aussparte. Daraufhin verließ der türkische Generalkonsul die Veranstaltung. Vielen Gutmenschen in deutschen Medien sind Frauen wie Necla Kelek, Seyran Ates oder Hirsi Ali 239
lästig, weil sie nicht in deren liberales, lauwarmes, von unbequemen Widersprüchen befreites Weltbild eingepasst werden können. Man kann ja eine Deutschtürkin schlecht zur Deutschnationalen stempeln, aber sie probieren es dennoch.

Wo Verbandsvertreter die Misserfolge der Integration nicht mehr leugnen können, versuchen sie die Schuld dafür dem Auf nahmeland in die Schuhe zu schieben. Feuerwehrmann Ceyhun Heptaygun war 1984 der erste Türke bei der Berliner Feuerwehr: »Ich kam von der Hauptschule, wurde Elektrogerätemechaniker. Aber ich war zielbewusst. Man kann etwas erreichen, wenn man will. Aber man muss es selber wollen,.«[101] Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, fordert dagegen »eine neue Willkommenskultur in Deutschland,... denn nur wer sich sicher fühlt, kann sich auch öffnen«. Das ist eine merkwürdige Forderung, schließlich wurde allen die Tür gleich weit geöffnet, nur gehen die einen durch, die anderen eben nicht. Ohne die klare Unterstützung aus den Elternhäusern, an der es bei muslimischen Migranten zum großen Teil mangelt, hat es die Schule schwer. Letztlich stellen die Eltern die Weichen für Integration oder Segregation.[102]

Was wollen wir?

Es ist das Recht eines jeden Staates beziehungsweise einer jeden Gesellschaft, selbst zu entscheiden, wen sie in ihr Staatsgebiet beziehungsweise in ihre Gesellschaft aufnehmen wollen, und sie haben das Recht, dabei auf die Wahrung der Kultur und der Traditionen ihres Landes zu achten. Einwanderungsländer wie die USA, Kanada und Australien haben dieses Recht stets wahrgenommen und die Einwanderung immer wieder nach regionaler und kultureller Herkunft sowie nach Qualifikation gesteuert. Das war und das ist ihr gutes Recht. Auch in Deutschland und Europa sind solche Überlegungen legitim, und sie werden ja auch zunehmend angestellt. Dabei kommt man um Urteile nicht herum, und es wäre auch ganz falsch, ihnen auszuweichen. Diese Urteile, denen man nicht

ausweichen kann und nicht ausweichen darf, betreffen sowohl die Anforderungen, die wir an die Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft von Migranten stellen, als auch die Frage, wen wir überhaupt als Migranten akzeptieren wollen.[103]

Für mich ist es wichtig, dass Europa seine kulturelle Identität als europäisches Abendland und Deutschland seine als Land mit deutscher Sprache wahrt, als Land in Europa, vereint mit den umgebenden Franzosen, Niederländern, Dänen, Polen und anderen, aber doch mit deutscher Tradition. 240
Dieses Europa der Vaterländer ist säkular, demokratisch und achtet die Menschenrechte.

Soweit Immigration stattfindet, sollten die Migranten zu diesem Profil passen beziehungsweise sich im Zuge der Integration anpassen. Ich möchte, dass auch meine Urenkel in 100 Jahren noch in Deutschland leben können, wenn sie dies wollen. Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken türkisch und arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise ins Morgenland buchen.

Zum Deutschland und Europa der Zukunft gehört selbstverständlich Religionsfreiheit, und wenn die Imame der Zukunft die autochthonen Deutschen und Europäer zum Islam bekehren, wird man das genauso wenig verhindern können, wie das Römische Reich die Ausbreitung des Christentums verhindern konnte. Aber das muss man abwarten.

Ich möchte nicht, dass wir zu Fremden im eigenen Land werden, auch regional nicht. Der gefürchtete Rechtsradikalismus wird nicht dadurch gefördert, dass wir unsere legitimen Präferenzen klar äußern und das politische Handeln nach ihnen ausrichten, sondern dadurch, dass wir die Dinge schleifen lassen. In kleineren Ländern wie Holland, Belgien und Dänemark ist das Gefühl der Bedrohung bereits stärker als in Deutschland, darum sind dort die Diskussionen schärfer, die Einwanderungsgesetze strenger, und rechtsnationale Strömungen haben stärker an Boden gewonnen.[104]

Assimilation - ein Verbrechen?

Assimilation und Integration werden gern gegeneinander ausgespielt. Eigentlich ist es ein Scheingegensatz und ein Streit um Worte. Denn wer integriert ist, ist auch immer ein Stück weit assimiliert, und assimiliert kann man sowieso nicht sein, ohne integriert zu sein. Offenbar hat die Sache aber eine Bedeutung, und darum wollen wir uns ihr widmen.

Der Großmufti von Bosnien-Herzegowina, Mustafa Ceric, äußert sich vorsichtig und pragmatisch: Offenheit für andere Religionen und Kulturen sei »wichtig für die Integration. Sie ist der Mittelweg zwischen Assimilation und Isolation. Ich befürworte weder die Assimilation, bei der man seine Identität verliert und sich seiner Herkunft schämt, noch Isolation, bei der man von der Gesellschaft des Gastlandes abgeschnitten ist. An erster Stelle muss man die Gesetze des Gastlandes respektieren. Zweitens muss man die Sprache lernen. Drittens muss man für die Gesellschaft, in der man lebt, von 241
Nutzen seine.«[105]

Der Integrationsforscher Stefan Luft formuliert abstrakter, aber in ähnliche Richtung: »Bedingung erfolgreicher Integration ist ein gewisses Maß an Assimilation. Assimilation ist die Bedingung der Möglichkeit erfolgreicher Integration... Auf der Ebene des Individuums bedeuten Integration und Assimilation nicht, dass Zuwanderer ihre Herkunft verleugnen, Traditionen und Präferenzen etc. ablegen müssen.«[106] Aber es darf keine dauerhafte ethnische Dif ferenzierung geben, denn »alle dauerhaft ethnisch differenzierten Gesellschaften sind, mehr oder weniger ausgeprägt, ethnische Schichtungen. Es gibt praktisch keine ethnisch differenzierte Gesellschaft, die nicht gleichzeitig eine ethnisch geschichtete Gesellschaft wäre«[107]

Hartmut Esser unterscheidet folgende Assimilationsebenen:

- kulturelle Assimilation (Wissen, Fertigkeiten, Sprache)
- strukturelle Assimilation (Behauptung in Bildung und auf dem Arbeitsmarkt)
- soziale Assimilation (Beziehungsnetz, Heiratsverhalten)
- emotionale Assimilation (die gefühlsmäßige Identifikation).[108]

Die Aufzählung bestätigt, dass Integration ohne ein gewisses Maß an Assimilation überhaupt nicht möglich ist. Im Grunde verdeckt die beliebte Formel »Integration ist keine Einbahnstraße«, mit der ein Aufeinander-zu-Bewegen der Aufnahmegesellschaft und der Zuwanderer suggeriert wird, die grundlegende Notwendigkeit der Anpassung, soll Integration gelingen.

Da ist es interessant, sich mit der Meinung des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zur Assimilation auseinanderzusetzen. Die Türkei ist immerhin das wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittene und am meisten demokratische Land des islamischen Kulturkreises. Ja, eigentlich ist es das einzige islamische Land, das die politischen Maßstäbe einer westlichen Demokratie halbwegs erfüllt. Zudem möchte die Türkei Mitglied der EU werden. 5 Millionen Türken leben bereits in der EU. Studieren wir also die Rede, die der türkische Ministerpräsident Erdogan am 10. Februar 2008 in Köln unter dem frenetischen Jubel von 20 000 Zuhörern mit türkischem Migrationshintergrund gehalten hat.[109]

Erdogan beginnt: »Die türkische Gemeinschaft und der türkische Mensch, wohin sie auch immer gehen mögen, bringen nur Liebe, Freundschaft, Ruhe und Geborgenheit mit sich. Hass und Feindschaft können niemals unsere Sache sein.« Das heißt im Unkehrschluss: Hass und Feindschaft sind immer nur die Sache der anderen. Könnte man sich im Ernst vorstellen, dass ein westlicher Staatsmann Derartiges 242
zu seinen Landsleuten im Ausland sagt, dass er das überhaupt sagt? Nein, er würde fürchten, sich lächerlich zu machen, und es würde ihm auch niemand glauben. Das ist - bestenfalls - eine Rhetorik, die noch dem naiven Nationalismus des späten 19. Jahrhunderts verhaftet ist oder einer uns fremden Kultur entstammt. Eigentlich aber ist es die Sprache des Chauvinismus. Erdogan fährt fort: »Sie haben nunmehr seit 47 Jahren mit Ihrer Arbeit, mit Ihrem Bemühen dazu beigetragen, dass Deutschland vorankommt, dass Deutschland in Europa und in der Welt zu einem mächtigen Land wird... Ihre Augen und Ohren waren immer auf die Türkei gerichtet... Ich verstehe die Sensibilität, die Sie gegenüber Assimilation zeigen, sehr gut. Niemand kann von Ihnen erwarten, Assimilation zu tolerieren. Niemand kann von Ihnen erwarten, dass Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.«

Abgesehen von der Maßlosigkeit der Wortwahl ist diese Passage erkennbar kein Ausrutscher. Dazu ist sie zu sorgfältig komponiert. Erdogan lobt die Türken in Deutschland dafür, dass sie Türken geblieben sind; er fordert sie auf, dies auch weiterhin zu bleiben und sich nicht an die Gastgesellschaft

anzupassen. Darüber hinaus erhebt er klar erkennbar den Anspruch, als türkischer Staatsmann für alle türkischen Migranten in Deutschland zu sprechen. Erdogan strebt also die dauerhafte Konservierung einer türkischen Minderheit in Deutschland an, die sich primär am Herkunftsland ausrichten soll. Auch das ist chauvinistisch.

Erdogan droht in Bezug auf den EU-Beitritt: »Ja, Sie sind bereits in der Europäischen Union... Wir haben sowieso im Moment fast fünf Millionen Staatsbürger, die sich in der Europäischen Union befinden.« Man möchte hinzufügen: Alle 5 Millionen hören auf Erdogan und nicht auf ihre Gaststaaten. Wäre es anders, so wäre es Assimilation und damit »ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«.

Wenige Tage zuvor hatte die ARD den Tatort Ludwigshafen gezeigt: Dort war es um Missbrauch und Mord in einer Familie türkischer Alewiten gegangen. Kaum verhüllt fordert Erdogan Zensur: »Die Pressefreiheit kann niemals unbeschränkt sein. Die Meinungsfreiheit kann niemals unbeschränkt sein. Die Freiheiten reichen nur bis zur Grenze eines anderen Freiheitsbereichs.« Das hat mit Pressefreiheit nichts zu tun. Wohlgemerkt: Es ging nicht um die Freigabe von Kinderpornografie, und es ging auch nicht um die Leugnung des Holocaust. Es ging nur um eine Kriminalgeschichte in einer Familie 243
türkischer Migranten.

Sagen wir es zurückhaltend: Die Türkei Erdogans passt kulturell nicht nach Europa, und ein Land, das seine Migranten dafür lobt, dass sie sich nicht in den Gastländern assimiliert haben, ist ein Störenfried im friedlichen Zusammenleben.

Wenn wir annehmen, und wir müssen dies wohl tun, dass Erdogans Rede ein Spiegel der türkischen Seele ist, dann dürfen wir uns über die mangelhaften Integrationserfolge der türkischen Migranten nicht wundern. Türken in Deutschland, die Erdogans Wunsch folgen, Türken zu bleiben, und sich noch dazu überdurchschnittlich vermehren, würden mit der Zeit die kulturelle Identität Deutschlands gefährden, weil sie die Gesetzmäßigkeit einer wirklichen Integration außer Kraft setzen: »Übersiedeln innerhalb Europas Personen einer bestimmten Volkszugehörigkeit in das Gebiet eines anderen, dann wechseln sie mit der Sprache allmählich auch die kulturelle Identität, und spätestens ihre Kinder werden zu voll integrierten Mitgliedern der Solidargemeinschaft des Landes ihrer Wahl. So wurden aus Franzosen, Italienern und Polen Deutsche und umgekehrt«, [110] stellt der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt fest. Das scheint aber gerade die große Furcht der Türken zu sein. Zwar konsumieren sie in Deutschland nahezu ausschließlich türkische Medien, gleichwohl war die Reaktion auf die Einstellung einiger türkischer Sendungen im deutschen Rundfunk, die fast keine Nachfrage mehr hatten, einfach maßlos.[111]

Die muslimischen Migranten und unter ihnen die Türken integrieren sich zwar wesentlich langsamer als andere Migranten, aber sie ändern sich eben doch. Wer in Deutschland aufgewachsen ist, merkt spätestens in der Türkei, dass er jetzt »Deutschländer« und kein richtiger Türke mehr ist.[112] Schlimm nur, dass viele »Deutschländer« am Ende weder richtige Türken noch richtige Deutsche sind.

Integration habe mit Sorgen um die Identität zu tun, mit Schmerzen und Verlustängsten. Da gehe es nicht nur um Geld und Jobs. Der das sagt, weiß, wovon er spricht: Ahmed Aboutaleb, 1976 im Alter von 15 Jahren aus Marokko eingewandert, absolvierte ein Hochschulstudium der Telekommunikation, wurde Staatssekretär für soziale Angelegenheiten und ist seit Oktober 2008 Bürgermeister von Rotterdam. Heute sagt er: »Kulturelle Unterschiede nur als bereichernd zu sehen, lässt die Gefühle von weiten Teilen der Gesellschaft außer Acht.«[113]

Der sichtbare Unterschied zwischen den muslimischen Migranten und der aufnehmenden 244
Gesellschaften liegt nicht in der Hautfarbe und im Schnitt der Gesichter. Die meisten Araber und Türken könnten auch für Griechen oder Süditaliener, die Pakistaner für Inder gehalten werden. Der sichtbare Unterschied, der ein Gefühl der Distanz schafft und wohl auch schaffen soll, besteht in der Kleidung der Frauen, vor allem im Kopftuch. Es wurde zum Zeichen dafür, dass der Islam eine gesellschaftspolitische Dimension jenseits der Religion hat.

Die Übergänge vom Kopftuch über den Schleier zur Burka sind gleitend. Ebenso ist der Übergang gleitend vom gehorsamen muslimischen Mädchen, das den vom Vater ausgesuchten jungen Mann deshalb heiratet, weil es der Tradition entspricht, zur unterdrückten jungen Frau, die gegen ihren Willen die Schule verlassen muss und in eine Ehe gezwungen wird, die sie nicht will. Wenn sie auszubrechen versucht, drohen Gewalt, Entführung in die Türkei und schlimmstenfalls der Ehrenmord.

Alle islamischen Gesellschaften beschränken die Freiheiten der Frau und weisen ihr einen niedrigeren Rang zu. Der Rangunterschied kommt schon darin zum Ausdruck, dass den Männern die Vielehe erlaubt ist, den Frauen aber nicht. Necla Kelek kritisiert: »Westliche Intellektuelle ermahnen gern zur Gelassenheit gegenüber solchen Kleiderfragen. Daran würde weder bei uns noch in der Türkei die Demokratie zugrunde gehen. Ich teile diese Meinung nicht, denn das Kopftuch ist die voranflatternde Fahne einer ganzen Ideologie, eines kollektivistischen und patriarchalischen Gesellschaftsbildes.«[114]

Unter den muslimischen Frauen in Deutschland tragen 33 Prozent ein Kopftuch, 53 Prozent lehnen das ab. Unter den 18- bis 29-Jährigen tragen allerdings 34 Prozent ein Kopftuch, bei den 30-bis 39-Jährigen sind es 37 Prozent und bei den über 60-Jährigen nur 27 Prozent. Genau wie in der Türkei, wo mittlerweile 61 Prozent der Frauen ein Kopftuch tragen, nimmt die Verbreitung des Kopftuchs in Deutschland zu.[115] Ob diese vom Bertelsmann Religionsmonitor in einer Umfrage ermittelten Zahlen zuverlässig sind, weiß man nicht. Es bleibt offen, ob traditionelle Kreise von dieser Umfrage voll erfasst wurden.

Wer ein Kopftuch trägt, bekennt sich zu einer traditionellen Interpretation des Islam. Aus dem Koran ist nämlich das Gebot, ein Kopftuch oder gar einen Schleier zu tragen, nicht herauszulesen. Gleichzeitig bedeutet das Kopftuch die Anerkennung der Unterordnung der Frau unter den Mann und der Beschränkung ihrer Freiheiten. Während das Kopftuch unter den Älteren auch Ausdruck der bäuerlichen Tradition war, ist es unter den Jüngeren, soweit es freiwillig getragen wird, ein bewusst 245
gesetztes Signal.

Wenn muslimische Mädchen, weil sie den Geboten der Eltern folgen, in der Schule ein Kopftuch tragen und die Schule dies duldet, erkennt eine staatliche Einrichtung an, dass Mädchen stärkeren Beschränkungen unterliegen und mindere Rechte haben als Jungen. Es ist falsch, wenn staatliche Stellen solch ein Signal setzen. Die vom Bundesinnenminister einberufene Islamkonferenz hat aber ein solches Signal gesetzt, als sie vorschlug, das Tragen religiöser Kleidung in die Entscheidung der Eltern beziehungsweise der Erziehungsberechtigten zu stellen. Damit hat erstmals ein Gedanke der Schari'a Eingang in das deutsche staatliche Normengefüge gefunden.

Die historische Quelle des *hijab,* des Kopftuchs oder Schleiers, ist der orthodox-konservative Islam mit seiner frauenfeindlichen Überlieferung, und dort sammeln sich auch die Kräfte, die auf dem Kopftuch bestehen.[116] Das Kopftuch steht nämlich nicht für das Bekenntnis zum Islam, sondern für die Einheit von religiöser und gesellschaftlicher Ordnung, die in der Schari'a normiert ist. Die Schari'a ist mit wenigen Ausnahmen in allen islamischen Ländern, aber auch in Teilen von Afrika und Südostasien wesentliche oder einzige Quelle des Rechts im Zivilprozess. Eine zivile, von religiösen Normen abgekoppelte Rechtsprechung existiert nicht. Eine Ausnahme ist die Türkei, wo seit 1926 nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch Recht gesprochen wird. Das ändert nichts daran, dass weiterhin das öffentliche wie private Leben den Gesetzen der Schari'a unterliegt.

Muslime betrachten es im Allgemeinen als anerkannte Wahrheit, dass Frauen Männern nicht ebenbürtig sind. Diese Höherordnung des Mannes wird ursächlich aus dem Koran abgeleitet, insbesondere aus Versen wie der Sure 4,34: »Die Männer stehen den Frauen in Verantwortung vor, weil Allah die einen vor den anderen ausgezeichnet hat und weil sie von ihrem Vermögen hingeben. Darum sind tugendhafte Frauen die Gehorsamen.«[117]

Die Bildungs- und Aufstiegschancen von Frauen ergeben sich in Ländern wie Iran oder Saudi-Arabien zumeist aufgrund der doppelten Besetzung von Positionen infolge der Geschlechtertrennung. Es muss also auch weibliche Ärzte und weibliche Lehrer geben. Der Auf stieg der Frauen ist stets von der Zustimmung der Männer abhängig. [118] Die konsequente Missachtung und Verletzung der Rechte der Frauen in der islamischen Kultur und die dort dem Mann zugeschriebene überlegene Stellung 246
erklärt auch, weshalb säkulare männliche Muslime zu den traditionellen Aspekten ihrer Religion ein viel entspannteres Verhältnis haben als säkulare Muslima oder gar Frauenrechtlerinnen. Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung im Islam betreffen nämlich zu 90 Prozent die Frauen. Deshalb hat die Schweizer Frauenrechtlerin Julia Onken für das Minarettverbot gestimmt: »Das Minarett ist das politische Symbol für eine Rechtsordnung, in der Frauenrechte nicht vorkommen und somit ein Zeichen für die staatliche Akzeptanz der Unterdrückung der Frau.«[119]

Die Familienstruktur im Islam ist hierarchisch und strikt auf den Mann als Familienoberhaupt bezogen. Dieses Rollenvorbild macht für die muslimischen jungen Migranten die Anpassung doppelt schwer. Denn mit Ehre, Macht und Gewalt kommt man als junger Mann in Deutschland nicht weit. Der Regisseur Fatih Akin war in seiner Jugend in Hamburg Mitglied einer Türkengang und kriminell. Rückblickend sagt er: »Man könnte sagen, mein Vater hat mich durch sein Vorbild in diese Strukturen reingebracht. Meine Mutter hat mich da wieder rausgebracht.« Sie warf ihr ganzes Gewicht in die Waagschale und verlangte von ihm: »Du rettest mich jetzt, indem Du gut wirst in der Schule und aufhörst, Scheiße zu bauen. Sonst sterbe ich.«[120]

Der Familienverband bestimmt auch das Heiratsverhalten. Die türkischen Migranten heiraten zu über 90 Prozent wiederum Türken; rund 60 Prozent der Ehen türkischer Staatsbürger in Deutschland werden mit einem Partner aus der Türkei geschlossen [121] Diese Importpartner weisen durchweg eine sehr niedrige Bildung auf. In Berlin sind zehn Prozent von ihnen Analphabeten, 28 Prozent haben eine Schule nur bis zum fünften Schuljahr besucht.[122] Durchweg kommen die Importpartner aus dem regionalen Umfeld und häufig auch aus der engen Verwandtschaft der Familie, in die sie einheiraten. Häufig sind es Vettern und Cousinen. Ganze Clans haben eine lange Tradition von Inzucht und entsprechend viele Behinderungen. Es ist bekannt, dass der Anteil der angeborenen Behinderungen unter den türkischen und kurdischen Migranten weit überdurchschnittlich ist.[123] Aber das Thema wird gern totgeschwiegen. Man könnte ja auf die Idee kommen, dass auch Erbfaktoren für das Versagen von Teilen der türkischen Bevölkerung im deutschen Schulsystem verantwortlich sind.

Eroberung durch Fertilität?

Im Mai 2004 war in der Zeitung *Hürriyet* zu lesen, dass der deutschtürkische Unternehmer Vural Öger bei einem Essen mit türkischen Unternehmern geäußert habe: »Im Jahr 2100 wird es in Deutschland 35 247
Millionen Türken geben. Die Einwohnerzahl der Deutschen wird dann bei ungefähr 20 Millionen liegen.« Laut *Hürriyet* fügte er hinzu: »Das, was Kamuni Sultan Süleyman 1529 mit der Belagerung Wiens begonnen hat, werden wir über die Einwohner, mit unseren kräftigen Männern und gesunden Frauen, verwirklichen.«[124] Später erklärte der Unternehmer, das sei ein Witz gewesen, er habe die deutschen Frauen nur dazu aufrufen wollen, mehr Kinder zu bekommen.

Witz oder nicht, die Zahlen stimmen jedenfalls: Bleibt die Nettoreproduktionsrate der deutschen autochthonen Bevölkerung dort, wo sie seit 40 Jahren liegt, dann wird im Verlauf der nächsten drei Generationen die Zahl der Deutschen auf 20 Millionen sinken. Im Übrigen ist es absolut realistisch, dass die muslimische Bevölkerung durch eine Kombination von hoher Geburtenrate und fortgesetzter Einwanderung bis 2100 auf 35 Millionen wachsen wird. Viele Türken denken in solchen Kategorien. Dazu passt der halb drohende Hinweis von Erdogan in seiner Rede in der Köln-Arena, mit 5 Millionen Türken in EU-Staaten sei die Türkei bereits in der EU. Dazu passen zahlreiche andere Äußerungen von offiziöser Seite[125] und auch die Entwicklung in der Türkei selber. Dort hat sich die Bevölkerung in den letzten 80 Jahren nämlich verfünffacht. Auch weil die Menschen im Durchschnitt sehr jung sind, ist die Zahl der Geburten pro 1000 Einwohner dort doppelt so hoch wie in Deutschland. Im Vergleich zu anderen muslimischen Staaten ist dieses Bevölkerungswachstum aber noch gemäßigt. Der Bremer Soziologe Gunnar Heinsohn hat folgende Rechnung aufgemacht: Hätte die deutsche Bevölkerung seit dem 8. Mai 1945 dieselbe Geburtenrate gehabt wie die damalige Bevölkerung von Palästina, so gäbe es heute in Mitteleuropa 600 Millionen Deutsche.[126] Das ist natürlich völlig undenkbar und eine rein theoretische Rechnung. Es zeigt aber sehr anschaulich die Dynamik unterschiedlicher Geburtenraten.

Die Verschiebung von Bevölkerungsstrukturen durch unterschiedliche Vermehrungsraten ändert das Gesicht der Welt, einzelner Regionen und ganzer Staaten in historisch sehr kurzen Zeiträumen. Doris Lessing schrieb in ihren Memoiren, dass ihr Heimatland Rhodesien praktisch menschenleer gewesen sei, als es von Cecil Rhodes entdeckt wurde. Damals lebten etwa 250 000 Schwarze dort. Die Einführung des Maisanbaus durch die Kolonisten erhöhte dann die Subsistenzbasis der schwarzen Bevölkerung und ermöglichte ihre Vermehrung. Als Doris Lessing Rhodesien 1949 verließ, lebten dort 248
1,5 Millionen Schwarze, heute sind es 13 Millionen.[127]

Die hohen Geburtenraten der muslimischen Migranten sind ein europaweites Phänomen: In Turin, wo Migranten seit den neunziger Jahren innerhalb kurzer Frist einen Bevölkerungsanteil von zehn Prozent erreichten, beträgt deren Geburtenanteil bereits 25 Prozent. Ein Fünftel der Kinder in Kopenhagen, ein Drittel der Kinder in Paris und die Hälfte der Kinder in London werden von Migranten geboren. In

Frankreich haben die französischen Frauen durchschnittlich 1,7, die Migranten 2,8, aber die Migranten aus Tunesien, der Türkei und Marokko durchschnittlich 3,3 bis 3,4 Kinder und damit mehr als in ihren Heimatländern [128]

Leider werden in der deutschen Geburtenstatistik Religionszugehörigkeit und Herkunft der Mütter nicht statistisch erfasst. Weder die Geburtenziffern noch die Nettoreproduktionsraten der verschiedenen Herkunftsgruppen von Migranten können aus der Geburtenstatistik unmittelbar errechnet werden. Es sind aber indirekte Rückschlüsse möglich: Im Jahr 2007 lebten in Deutschland rund 3,4 Millionen Kinder unter fünf Jahren. Von diesen hatten rund 66,1 Prozent keinen und 5,1 Prozent einen muslimischen Migrationshintergrund. 18 Prozent lebten in Haushalten ohne oder mit unzutreffender Herkunftsangabe. Offenbar sind die migrantischen Haushalte mit fehlenden oder inkonsistenten Herkunftsangaben auch die besonders kinderreichen. Dies lässt den Schluss zu, dass ein sehr großer Teil dieser Kinder - wenn nicht die meisten - gleichfalls dem Bereich der muslimischen Migranten zuzuordnen ist. Daraus ergibt sich, dass der Anteil muslimischer Kinder bei den Kindern unter fünf Jahren in Deutschland bei 14 bis 23 Prozent liegt.[129] Der Religionswissenschaftler Michael Blume schätzt, dass es 2030 etwa 7 Millionen Muslime in Deutschland geben wird. Diese werden vorwiegend in den großen und mittleren Städten wohnen und dort etwa ein Drittel der Einwohner stellen, ihre Geburtenrate wird immer noch höher sein als die der Deutschen.[130]

Auf die hohe Geburtenrate der muslimischen Bevölkerung in Deutschland wirken mehrere Faktoren ein:

1. *die patriarchalischen Verhältnisse in einem großen Teil der Familien muslimischer Migranten*

   Mit diesen hängt der niedrige Emanzipationsgrad zusammen, die geringe Bildung und das frühe Heiratsalter der Mädchen und jungen Frauen.

2. *die geringe Beteiligung am Arbeitsmarkt, und zwar sowohl die der muslimischen Migranten insgesamt als auch insbesondere die der Frauen*

   Das senkt die Opportunitätskosten des Kinderkriegens.

3. die hohe *Transferabhängigkeit* der *migrantischen muslimischen Bevölkerung*

   In Haushalten, die vorwiegend von Grundsicherung leben, steigt der Lebensstandard mit der Zahl der Kinder, und entsprechend ist das Geburtenverhalten. In dieser Gruppe senken Kinder nicht den Lebensstandard, sie erhöhen ihn.

4. *die hohe Religiosität der muslimischen Migranten*

   44 Prozent der türkischen und 37 Prozent der arabischen Migranten bezeichnen sich als hochreligiös.[131] Für 90 Prozent der Hochreligiösen unter den Muslimen sind Familie und Kinder sehr wichtig, und die jungen Muslime sind religiöser als die älteren.[132]

Blume hat den Zusammenhang zwischen Religiosität und Fruchtbarkeit generell untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass in allen Kulturen und bei unterschiedlichen Glaubensrichtungen Religiöse fruchtbarer sind als Nichtreligiöse [133] Sofern die Integration der Muslime in die deutsche Bevölkerung erfolgreich verläuft, kann die fortschreitende Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Angleichung der Lebensstile und der beruflichen Karrieremuster auch für eine gewisse Angleichung des Fortpflanzungsverhaltens sorgen. Sofern allerdings die religiöse Bindung der Muslime überdurchschnittlich bleibt, ist zu vermuten, dass auch die Geburtenrate dauerhaft höher sein wird als bei der deutschen Bevölkerung.

Unabhängig davon, dass die deutsche Bevölkerung abnimmt, deutet sich aufgrund der Fertilitätsunterschiede zwischen Autochthonen und muslimischen Einwanderern eine Verschiebung der Strukturen an, und dies gilt mehr oder weniger für ganz Europa. Seit der Völkerwanderung war der Einfluss von Wanderungsbewegungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung eher gering. In England beispielsweise zeigen genetische Untersuchungen, dass 75 Prozent des Erbguts von jener Bevölkerung stammen, die dort bereits vor 7500 Jahren lebte. In Irland stammen sogar nur 12 Prozent des Genmaterials aus der Zeit danach.[134]

Man mag es einen Kulturbruch oder auch anders nennen: Wenn die beschriebenen Trends sich fortsetzen, dann wird die säkulare und aus unserer Sicht kulturell vorzuziehende Lebensform Europas letztlich unterlaufen durch die höhere Fertilität der muslimischen Migranten und den durch sie ausgelösten Nachzug. Wer sich stärker vermehrt, wird am Ende Europa besitzen. Wollen wir das?

Sozialstaat und Integration

In der Türkei gibt es keine Grundsicherung oder Sozialhilfe wie in Deutschland, in anderen muslimischen Ländern auch nicht. Wer es irgendwie nach Deutschland oder in ein anderes westeuropäisches Land schafft und dort einen legalen Status erreicht, der sichert sich allein durch die Sozialtransfers ohne Arbeit ein Einkommen, das weit über dem liegt, was er im Herkunftsland mit Arbeit erwerben könnte. Das gilt noch mehr, wenn man Familie hat. Unsere Form finanzieller Familienförderung ist in den Herkunftsländern gänzlich unbekannt.

In den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien gibt es so etwas nicht. Erst nach zehn Jahren Aufenthalt hat man in den USA Anspruch auf Sozialhilfe, die aber im Vergleich zur deutschen Grundsicherung äußerst dürftig ist und zudem auf fünf Jahre begrenzt. Wer in die USA einwandert, ob legal oder illegal, muss Zutrauen in die eigenen Kräfte haben. Wer in Deutschland einwandert, ist versorgt - unabhängig von der eigenen Kraft und Leistungsbereitschaft.

Man sollte annehmen, dass die Einwanderer in Deutschland zufrieden und jene in den USA unzufrieden sind, aber es ist genau umgekehrt: Einwanderer in den USA wurden gefragt, wie lange es gedauert habe, bis sie sich »komfortabel« und als »Teil der Gemeinschaft« gefühlt hätten. 77 Prozent meinten, es habe weniger als fünf Jahre gedauert. Nur fünf Prozent sagten, dass sie sich nie heimisch gefühlt hätten. Im Gegensatz dazu äußern 58 Prozent der Menschen türkischer Abstammung in Deutschland, dass sie sich nicht willkommen fühlen, und 78 Prozent sagen, sie hätten nicht das Gefühl, dass Angela Merkel ihre Kanzlerin sei.[135]

Die Erklärung für diese Aussagen liegt auf der Hand: In die USA geht nur, wer sich etwas zutraut. Wenn man es dann aus eigener Kraft schafft, sich in die Gesellschaft zu integrieren - auf welchem Niveau auch immer -, dann empfindet man Stolz auf die eigene Leistung und Dankbarkeit gegenüber der Gesellschaft, die einem eine Chance gegeben hat. Wer dagegen etwas geschenkt bekommt, ist höchstens oberflächlich und zumeist gar nicht dankbar. Der Beschenkte fühlt sich nicht respektiert und

nicht ausreichend ernst genommen. Um sein Ego zu stützen, entwickelt er eine Abneigung gegen den Wohltäter. Das sind elementare psychologische Mechanismen, denen man sich kaum entziehen kann. Das erklärt beispielsweise auch zum Teil den nagenden Missmut, den das wiedervereinte Deutschland bei vielen Ostdeutschen hervorruft. Man bekam zu viel geschenkt und tat nicht genug aus eigener Kraft, darum fühlt man sich jetzt ungerecht behandelt. Die USA, die ihre Einwanderer nicht materiell unterstützen, bekommen dagegen die besseren Einwanderer, die sich zudem schneller integrieren: 251

> »Mass immigration may be hard to combine with a generous welfare state, but this argument applies more to Europe than to America. In America it is hard for an able-bodied male adult to do anything more than subsist on welfare. So immigrants work, which means they are seldom much of a drain on the public purse, and they have no choice but to assimilate. People who work together have to get on with each other so they generally do.
>
> Because immigrants have to work, America does not have ghettos full of permanently jobless and alienated male immigrants, as in France, for example. This is why immigrants rarely riot. They are too busy earning a living.«[136]

In die klassischen Einwanderungsländer strömen viel mehr leistungsbereite Einwanderer, weil die anderen dort keine Chancen für sich sehen, und sie vermitteln ihnen eine andere Sozialisation, weil die Versuchung der arbeitslosen Grundsicherung und des sozialen Netzes fehlt. Darüber hinaus finden sie nichts dabei, ihre Einwanderer allein nach wirtschaftlichen und soziologischen Kriterien auszusuchen. Die australischen Einwanderungsbehörden bedienten sich jahrzehntelang eines 500 Worte umfassenden »Dictation tests«, mit dem alle ausgesiebt wurden, die nicht ordentlich Englisch sprachen und nicht ein gewisses Bildungsniveau vorzuweisen hatten.

Natürlich bilden sich auch in den USA Parallelgesellschaften verschiedener Nationen, Sprachen und Ethnien. Aber diese haben einen anderen Charakter, weil jeder sein Brot verdienen muss und es auch tut, und sie lösen sich irgendwann wieder auf; wenn nicht, ist das auch nicht schlimm, weil jeder der Mehrheitskultur verpflichtet ist. In Deutschland dagegen etablieren sich ethnische Kolonien in großem Umfang durch den Zuzug in die Sozialsysteme. Rund 30 Prozent der zuziehenden Ehegatten müssen von den Gebühren für die Integrationskurse befreit werden, weil ihre Partner von Sozialtransfers leben.[137]

Besonders eklatant wirken die Fehlanreize des deutschen Sozialstaats bei Familien mit Migrationshintergrund. Diese sind überdurchschnittlich unter den Empfängern von Grundsicherung vertreten. Während die Bedarfsgemeinschaft ohne Migrationshintergrund durchschnittlich 1,8 Personen umfasst, sind es bei den Haushalten mit Migrationshintergrund 2,8. Die migrantischen Haushalte, die Grundsicherung beziehen, sind mit ihrem Lebensstandard deutlich zufriedener als jene ohne Migrationshintergrund, und sie leisten sich auch mehr.[138] Das ist verständlich: Durch die Größe der 252
Familien kommen sie häufig auf Transferzahlungen von 3000 Euro und mehr im Monat, weit mehr als das, was man angesichts niedriger Bildung und mangelhafter Sprachkenntnisse am Arbeitsmarkt erzielen und weitaus mehr, als man jemals im Herkunftsland verdienen könnte. Wenn dann noch etwas Schwarzarbeit dazukommt - umso besser.

Die abstrakten Erkenntnisse der Forscher werden bestätigt durch die Erfahrungen vor Ort: Astrid-Sabine Busse, Leiterin einer Ganztagsgrundschule in Neukölln mit 654 Schülern, davon 80 Prozent migrantisch und 80 Prozent aus sozial schwachen Familien, beklagt den enormen Zuzug von Arabern:

> »Sie bleiben einfach untereinander. Man muss sich ja hier auch gar nicht mehr integrieren. Man nimmt das Viertel in Besitz, und man lässt sich pampern. Ich sehe doch an den Bescheiden für die Lebensmittelzuschüsse, wie viel Geld in Wahrheit in diesen Familien ist, alles Sozialhilfe; wenn da viele Kinder sind, ergibt das 3000, 3500 Euro. Die wollten eine Sendung über Kinderarmut bei Migranten machen. Ist ganz unpassend bei uns, habe ich gesagt, denn arme berufstätige Menschen hätte ich zu bieten; meine Küchenfrauen, die kriegen 7 Euro brutto..., und diese anderen Menschen, die arbeiten nicht und kriegen mehr. Wissen Sie, wie viel Sozialhilfe jeden Monat allein an die Eltern meiner Schule ausgegeben wird? 400 000 Euro!«[139]

Das System ist pervers. Keine der Araberfamilien, deren Kinder die Neuköllner Grundschule besuchen, bekäme in den USA auch nur einen müden Cent. Deshalb sind sie auch nicht dort, sondern in Deutschland. Die indischen Informatiker gehen dagegen lieber in die USA. Aufgrund der üppigen Zahlungen des deutschen Sozialstaats ziehen wir eine negative Auslese von Zuwanderern an. Das Transfersystem setzt auf deren Fruchtbarkeit hohe Prämien aus und zieht so die migrantische Unterschicht von morgen heran. Die gute Versorgung bewirkt überdies, dass jeder Integrationsdruck fehlt. Aus den männlichen arabischen Kindern dieser Grundschule werden die jugendlichen Gewalttäter von morgen, während die jungen Mädchen früh heiraten, viele Kinder bekommen und durch mehr Transferleistungen das Familieneinkommen sichern.

Durch die Rundumversorgung, die der deutsche Sozialstaat garantiert, werden die muslimischen Migranten angelockt und zugleich alle Integrationsbemühungen unterlaufen. Die *Zeit*-Redakteurin Stefanie Flamm hat einen Bericht über jene Migranten verfasst, die regelmäßig im Berliner Tiergarten grillen. Er schließt mit den Worten: »Es sind beunruhigende Fragen, die der (dort regelmäßig 253
liegenbleibende und nicht weggeräumte) Müll nebenbei stellt: Wie kann es sein, dass Mehmet und Aysu Henki nach mehr als 20 Jahren in Deutschland außer den Büschen im Tiergarten keinen Ort kennen, der ihnen gefällt? Dass niemand in Rayans Familie einer regulären Arbeit nachgeht? Dass Rayan mit einem Mann verheiratet ist, der ihr sagen soll, wo es langgeht, obwohl er nicht einmal einen Stadtplan lesen kann? Haben wir da ein Problem, das man allein mit Grillsheriffs nicht in den Griff bekommt?«[140]

Mit den Attitüden, die muslimische Migranten im deutschen Sozialstaat sanktionslos entwickeln können, würden sie in ihren Heimatländern untergehen. Als sie zu uns kamen, waren sie großenteils ungebildet und unwissend, aber möglicherweise leistungsbereit. Indem der deutsche Sozialstaat ihnen mehr Unterstützung zukommen lässt, als sie durch Arbeit jemals verdienen könnten, werden sie systematisch, wenn auch ohne Absicht, korrumpiert.

Heinz Buschkowsky berichtet von einer türkischen Friseurmeisterin, die mit ihrem Geschäft von Neukölln an den Kurfürstendamm zog. Unter den Empfängern von Grundsicherung in Neukölln fand sie fast niemanden mehr, der ausreichend qualifiziert war und gleichzeitig bereit, für den Tariflohn zu arbeiten.

Uta Pasche berichtet über türkische Mädchen, die an einer überbetrieblichen Ausbildung bei der Arbeiterwohlfahrt in Hamm teilnahmen. Sie zitiert die Lehrerin: »Die Mädchen wollen nur die paar Jahre bis zur Hochzeit überbrücken und machen sich keine Gedanken über die Berufswahl.« Am liebsten arbeiten sie ungelernt in einer Bügelstube. Bei einem Besuch in der Türkei müssen die Mädchen allerdings erfahren, dass die Gleichaltrigen dort von ihrer AWO-Ausbildung wenig halten. Einem Jungen der neunten Klasse fällt auf, dass die Schüler in der Türkei ehrgeiziger sind und mehr

lernen wollen. Nach Deutschland kehrt er mit der Erkenntnis zurück: »In der Türkei kann man nicht leben, wenn man nicht arbeitet. Hier hat man trotzdem was zu essen.«[141]

Man muss also gar kein Sozialwissenschaftler sein, um zu erkennen, was falsch läuft mit den muslimischen Migranten in Deutschland. Die wenigen, die den Ausstieg und Aufstieg schaffen, leiden unter dem niedrigen Prestige ihrer Landsleute. Viele von ihnen werden gehen, wenn sich Chancen in den Herkunftsländern bieten. Bleiben und weiter überdurchschnittlich viele Kinder in die Welt setzen werden jene, die eine negative Auslese bilden.

Christa Ludwig, pensionierte Lehrerin aus Bonn, mutmaßt: »Offenbar haben die Schulbehörden, die 254
Kultusminister und darüber hinaus große Teile der Politik Angst, die Einhaltung bestehender Gesetze und Verordnungen von den bildungsfernen Schichten einzufordern, weil sie damit einen Aufruhr in der Medienöffentlichkeit erzeugen könnten. Sie vernachlässigen dabei die Grundsätze der Selbstverantwortung und der Hilfe zur Selbsthilfe, die einer Demokratie schließlich zugrunde liegen.«[142] Es bedarf einer Kultur der Anstrengung, aber wir fördern und belohnen eine Kultur der Hängematte.

Nihat Sorgec ist Geschäftsführer des Berliner Bildungswerks in Kreuzberg (BWK), das Berufsvorbereitung und Berufsausbildung für Jugendliche - großenteil mit Migrationshintergrund - anbietet, die nach Abschluss der Schule nicht ausbildungsfähig sind beziehungsweise keine Lehrstelle finden. Sorgec kam 1972 mit 15 Jahren aus der Türkei nach Deutschland und brachte sich Deutsch bei, indem er in die Stadtbücherei ging und las. Jetzt versucht er, junge Migranten davon zu überzeugen, dass es vor allem an ihnen selbst liegt, ob sie Erfolg im Leben haben oder nicht. »Diese Jammermentalität einiger türkischer Organisationen ist nicht gut«, sagt er. Der Verweis darauf, man habe sowieso keine Chance, liefere vielen einen Vorwand, sich nicht anzustrengen.[143]

Was tun?

Bei den vielen Antworten auf die Frage, wie man die Integration der muslimischen Migranten verbessern, ihre niedrige Erwerbsbeteiligung erhöhen und ihre Abhängigkeit von Sozialtransfers verringern kann, steht stets der Dreiklang Sprache, frühkindliche Erziehung und Bildung im Vordergrund. Das ist richtig und bleibt auch richtig. Offen bleibt aber, weshalb sich Migranten aus muslimischen Herkunftsländern bei der Integration so viel schwerer tun als andere Migrantengruppen. Die unterschiedlichen Erklärungsansätze - kulturelle Prägung, Heiratsverhalten, Unterschichtung - sind hier diskutiert worden. Was immer man dagegen unternimmt, Voraussetzung muss sein, dass das sozialpsychologische Klima der aufnehmenden Gesellschaft eine *klare Erwartungshaltung* vermittelt. Solch eine Erwartung ist gleichzeitig die beste »Willkommenskultur«, um eine beliebte Forderung muslimischer Verbandsvertreter aufzugreifen. Daran hat es in den letzten Jahrzehnten gehapert. Der Tenor muss sein:

> Wer da ist und einen legalen Aufenthaltsstatus hat, ist willkommen. Aber wir erwarten von euch, dass ihr die Sprache lernt, dass ihr euren Lebensunterhalt mit Arbeit verdient, dass ihr Bildungsehrgeiz für eure Kinder habt, dass ihr euch an die Sitten und Gebräuche Deutschlands 255
> anpasst und dass ihr mit der Zeit Deutsche werdet - wenn nicht ihr, dann spätestens eure Kinder. Wenn ihr muslimischen Glaubens seid, o.k. Damit habt ihr dieselben Rechte und Pflichten wie heidnische, evangelische oder katholische Deutsche. Aber wir wollen keine nationalen Minderheiten. Wer Türke oder Araber bleiben will und dies auch für seine Kinder möchte, der ist in seinem Herkunftsland besser aufgehoben. Und wer vor allem an den Segnungen des deutschen Sozialstaats interessiert ist, der ist bei uns schon gar nicht willkommen.

Die muslimischen Verbandsvertreter verstehen unter »Willkommenskultur« natürlich etwas anderes. Sie möchten, dass wir die muslimischen Migranten bedauern wegen der schweren Lasten, die das Leben in Deutschland mit sich bringt, und dass wir uns schuldig fühlen, weil es uns so viel besser geht. Wir möchten das nicht. Wir wünschen uns für Deutschland eine klare Erwartungskultur, in der Integration primär eine Bringschuld von Migranten ist. Die Vertreter der »Willkommenskultur« fassen Integration dagegen als Holschuld der aufnehmenden Gesellschaft auf. Typisch dafür ist der Ausspruch: »Wir müssen sie dort abholen, wo sie stehen.« Das ist Unsinn! Niemand hat die Deutschen, die Italiener, die Polen, die Juden, die in die USA einwanderten, irgendwo »abgeholt«, höchstens die Verwandten am Kai in New York oder am Bahnhof in Chicago.

Bei uns muss sich niemand integrieren. Es reicht, wenn er jemanden findet, der ihm den Antrag auf Grundsicherung ausfüllt und bei der Wohnungssuche behilflich ist. Die Integration, die in klassischen Einwanderungsländern durch die Teilnahme am Arbeitsleben erzwungen wird, wird für muslimische Migranten in Deutschland zum Luxus, den man sich leisten kann, aber nicht leisten muss.

An diesem Punkt muss sich etwas ändern. Auch der Weg in den deutschen Sozialstaat darf nicht ohne »Wegezoll« möglich sein. Die klare Erwartung, dass die Migranten eine Integrationsleistung zu erbringen haben, muss die gesamte Gesellschaft durchdringen. Sie muss - freundlich, aber fest und absolut eindeutig - auf allen Ebenen der Gesellschaft dort zum Ausdruck kommen, wo Kontakt mit Migranten besteht. Diese Erwartungshaltung müssen der Sachbearbeiter im Sozialamt, die Erzieherin in der Kita und die Lehrkraft in der Schule gleichermaßen nicht nur verbal zum Ausdruck bringen, sondern täglich vorleben.

Hilfsangebote müssen sein. Aber sie müssen einen eindeutigen Aufforderungscharakter haben. Und dort, wo sie nicht angenommen werden, wo vielleicht sogar gesetzliche Pflichten verletzt werden, 256
müssen die finanziellen Folgen schnell und eindeutig sein:

- Das in Kapitel 5 vorgeschlagene Workfare-Konzept muss natürlich auch für muslimische Migranten in der Grundsicherung gelten. Das heißt, jeder Arbeitsfähige muss sich an gesetzlichen Arbeitstagen zur festgesetzten Uhrzeit dort einfinden, wo er eingeteilt ist. An die Stelle gemeinnütziger Arbeit treten bei jenen Migranten, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, Sprachkurse. Unpünktlichkeit und Nichtteilnahme haben Abzüge beim Arbeitslosengeld II zur Folge, Krankmeldungen werden überprüft. Durch das System wird die Schwarzarbeit der Transferempfänger wirksam verhindert, der Anreiz, sich eine bezahlte Arbeit am regulären Arbeitsmarkt zu besorgen, wird erhöht.
- Für Kinder ab dem dritten Lebensjahr besteht Kindergartenpflicht. Der Ganztagskindergarten wird zur Regelleistung. Verkehrssprache im Kindergarten ist Deutsch, darauf achten die Erzieherinnen. Der Schwerpunkt der Arbeit im Kindergarten ist das Gespräch, es wird viel vorgelesen. Bei unentschuldigtem Fehlen wird die Grundsicherung für des Kind auf den anteiligen Regelsatz für Lebensmittel abgesenkt, abzüglich des Gegenwerts der Mahlzeiten im Kindergarten. Diese Abzüge werden tagesscharf berechnet. Ebenso wird an den Schulen

verfahren. Die Ganztagsschule wird zum Regelbetrieb. Die Teilnahme an ergänzender Hausaufgabenbetreuung ist für alle jene Schüler verbindlich, die die Leistungsstandards nicht in befriedigendem Umfang erfüllen. Es gibt keine Befreiung von bestimmten Unterrichtsstunden aus religiösen Gründen, etwa in den Fächern Sport und Biologie. Wie in Frankreich wird das Kopftuch an Schulen untersagt. Den Schulen steht es frei, Schuluniformen einzuführen.

- Die sprachlichen Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft werden verschärft. Die Anforderungen des Sprachtests bei Ehegattenzuzug werden erhöht. Es wird auf die tatsächliche Verständigungsfähigkeit in Alltagssituationen abgestellt. Zuzug ist nur möglich, wenn der in Deutschland lebende Ehegatte in den vorangegangenen drei Jahren seinen Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Grundsicherung bestreiten konnte. Der zuziehende Ehegatte hat für zehn Jahre keinen Anspruch auf Grundsicherung.
- Für die weitere Zuwanderung gelten äußerst restriktive Bedingungen, die im Prinzip nur noch Spezialisten am obersten Ende der Qualifikationsskala erfüllen. Wer über die Qualifikationsvoraussetzungen verfügt, die in Deutschland unter dem Stichwort »Greencard« 257 diskutiert werden, kann selbstverständlich auch aus einem muslimischen Land kommen.[144] Für die Aufnahme und Beherbergung von Illegalen werden empfindliche einkommensabhängige Geldstrafen festgesetzt, die auch zu Abschlägen bei der Grundsicherung führen. Ein fälschungssicherer biometrischer Ausweis hält den Aufenthaltsstatus fest. Für alle, die nicht deutsche Staatsbürger sind, wird eine zentrale bundesweite Datenbank eingerichtet.

Das Ziel des vorgeschlagenen Maßnahmenbündels besteht darin, die Integration der bereits Zugewanderten zu verbessern und zu beschleunigen, im Übrigen aber weitere Zuwanderung nach Deutschland mit Ausnahme hochqualifizierter Experten generell zu beenden. Alle diese Maßnahmen sind pragmatisch, maßvoll und vernünftig, aber gleichzeitig höchst umstritten. Das deutsche Sozial- und Aufenthaltsrecht muss entsprechend geändert werden. Dies geht aber nur, wenn politischer Konsens herrscht. In solch grundsätzlichen politischen Fragen ist nichts alberner als der Hinweis, dieses oder jenes sei rechtlich nicht möglich. Was vernünftig ist, ist stets auch möglich. Das Grundgesetz ist schon für weitaus unbedeutendere Fragen geändert worden.

Weshalb ist die Frage so bedeutend? Weil es darum geht, ob wir die Grundzüge unserer Kultur, unserer Identität und unseres Way of life bewahren und an unsere Urenkel weitergeben wollen oder ob wir den Abschied davon organisieren und verwalten wollen. Die Bevölkerung in Nah- und Mittelost, in der Türkei und Nordafrika ist seit 1980 von 200 Millionen auf 450 Millionen Menschen gestiegen. Sie wächst trotz auch dort fallender Geburtenraten weiter rapide. Entsprechend wird der Druck auf die Grenzen Deutschlands und Europas zunehmen.

Diesem Druck nachzugeben, hilft den Herkunftsstaaten nicht wirklich, weil die Entlastung durch Auswanderung dort demografisch kaum fühlbar ist. Dem Druck nachzugeben, löst auch keine Probleme in Deutschland und Europa. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass die finanziellen und sozialen Kosten der muslimischen Einwanderung weitaus höher waren als der daraus fließende wirtschaftliche Ertrag. Wenn wir den Zuzug nicht steuern, lassen wir letztlich eine Veränderung unser Kultur, unserer Zivilisation und unseres Volkscharakters in eine Richtung zu, die wir gar nicht wünschen. Es würde nur wenige Generationen dauern, bis wir zur Minderheit im eigenen Land geworden sind. Das ist nicht nur ein Problem Deutschlands, sondern aller Völker Europas.

8 Demografie und Bevölkerungspolitik

258

Mehr Kinder von den Klugen, bevor es zu spät ist

»Frommt's den Schleier aufzuheben,
Wo das nahe Schrecknis droht?
Nur der Irrtum ist das Leben,
Und das Wissen ist der Tod...«

FRIEDRICH SCHILLER, Kassandra

Das generative Verhalten einer Gesellschaft wird grundsätzlich bestimmt von ihrem Entwicklungsstand und Modernisierungsgrad. Mit der Industrialisierung setzt in allen Staaten beziehungsweise Volkswirtschaften die gleiche Entwicklung ein: Sinkende Kindersterblichkeit und steigende Lebenserwartung bewirken zunächst einen starken Anstieg der Bevölkerung, der nach einigen Jahrzehnten infolge geringerer Geburtenraten abgebremst wird. Eine stabile oder nur noch langsam steigende Lebenserwartung und eine stabile Nettoreproduktionsrate münden dann in einen langfristigen Entwicklungspfad, für den der Anstieg des Durchschnittsalters und - bei einer Nettoreproduktionsrate unterI - die permanente Schrumpfung der Bevölkerungszahl typische Merkmale sind.[1]

Unterschiedliche Staaten scheinen sich trotz vergleichbarer Lebensverhältnisse dennoch auf unterschiedliche Nettoreproduktionsraten einzupendeln. Es ist eine Diskussion darüber im Gange, ob die Zeit der besonders niedrigen Nettoreproduktionsraten von 0,65 und weniger vorbei ist oder ob es eine quasi natürliche Untergrenze des Fruchtbarkeitsrückgangs gibt.[2] Das mag dahingestellt bleiben; Schwankungen hat es auch in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Für Deutschland jedenfalls zeigt die nähere Analyse, dass ein Wiederanstieg der Geburtenrate nicht erkennbar ist.[3]

Das Muster von zunächst fallenden Sterblichkeitsraten und erst später sinkenden Geburtenzahlen vollzieht sich überall auf der Welt. Wegen des zeitlichen Vorsprungs von Europa und Nordamerika in der Industrialisierung stieg zuerst deren Bevölkerung stark, ist aber jetzt - sieht man von Migrationseffekten ab - in eine Phase der Stagnation beziehungsweise des Sinkens der Bevölkerungszahlen eingetreten.

Die UNO erstellt seit Mitte der fünfziger Jahre regelmäßig Prognosen zur Entwicklung der Weltbevölkerung und hat dabei in der Summe erstaunlich richtig gelegen.[4] Für die Entwicklung der Bevölkerung ist neben der Änderung der Lebenserwartung der entscheidende Faktor die Entwicklung der Zahl der Töchter pro Frau, die sogenannte *Nettoreproduktionsrate,* denn nur Frauen können ja Kinder gebären. Wenn dieser Wert auf eins zusteuert, ist die Bevölkerungszahl einer Gesellschaft langfristig stationär, auch wenn sie wegen des hohen Anteils junger Menschen zunächst noch weiter wächst.

Anfang der fünfziger Jahre wurden im Durchschnitt der Weltbevölkerung pro Frau 1,66 Mädchen geboren, 259
also war jede Generation um die Hälfte größer als die vorhergehende. Für Europa lag diese Kennziffer Anfang der fünfziger Jahre bei 1,17, für Deutschland - bedingt durch die Kriegsfolgen - allerdings nur bei 0,85.

Das westliche Asien, auch als der Nahe und Mittlere Osten bezeichnet, hatte Anfang der fünfziger Jahre eine Nettoreproduktionsrate von 2,17. Im Jahr 1950 lebten dort 51,5 Millionen Menschen, also weitaus weniger als in Deutschland, das damals 68,4 Millionen Einwohner hatte. Heute leben im westlichen Asien 233 Millionen Menschen, 2050 werden es 372 Millionen sein.

Ähnlich ist die Entwicklung in Afrika, das Anfang der fünfziger Jahre eine Nettoreproduktionsrate von 1,92 hatte, die bis heute nur unwesentlich auf 1,78 gesunken ist. Die afrikanische Bevölkerung wuchs von 227 Millionen Menschen im Jahr 1950 auf heute 1,033 Milliarden, hat sich also in 60 Jahren knapp verfünffacht. Die UNO geht von einer weiteren Verdoppelung in den nächsten 40 Jahren auf knapp 2 Milliarden Menschen aus.

Weitgehend parallel zu Afrika verläuft der Trend in den am wenigsten entwickelten Ländern. In der UNO-Abgrenzung ist das die Gruppe der wirtschaftlich besonders erfolglosen Entwicklungsländer. Der größte Teil dieser Länder liegt in Afrika. Diese Gruppe hatte Anfang der fünfziger Jahre eine Nettoreproduktionsrate von 1,81 und hat jetzt immer noch eine von 1,73. Die Bevölkerungszahl stieg dort von 200 Millionen im Jahr 1950 auf heute 856 Millionen; sie wird sich nach der UNO-Prognose bis 2050 auf 1,67 Milliarden verdoppeln. Wirtschaftliche Erfolglosigkeit und soziale Rückständigkeit sind wesentliche Antriebe für hohe Geburtenraten. Wir sehen in China, mittlerweile auch in Indien und zahlreichen anderen Entwicklungsländern, dass wachsender Wohlstand die Nettoreproduktionsrate sinken lässt. Ohne die großen Entwicklungserfolge in weiten Teilen der Welt wäre die mittlerweile zu beobachtende Verlangsamung des Wachstums der Weltbevölkerung nicht eingetreten.

Die Bevölkerungsentwicklung in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten ist für Europa besonders bedeutsam, weil inzwischen 90 Prozent aller Einwanderer nach Europa aus diesen Gebieten kommen. Doch wie hoch diese Migrationsraten auch immer sein mögen, sie können niemals hoch genug sein, um eine wirkliche Entlastung in den Herkunftsländern zu bewirken: 2010 stehen den 7,7 Millionen Geburten in ganz Europa und den 650 000 Geburten in Deutschland über 40 Millionen Geburten in Afrika und dem westlichen Asien gegenüber. Wenn sich nach der Prognose der UNO die Bevölkerung dort in den nächsten 40 Jahren »nur« verdoppelt, dann deshalb, weil die UNO in diesen Ländern eine positive wirtschaftliche Entwicklung 260
und damit einen starken Rückgang der Nettoreproduktionsrate auf 0,95 im westlichen Asien und auf 1,08 in Afrika unterstellt.

Die aktuelle UNO-Prognose ergibt, dass die Nettoreproduktionsrate der Weltbevölkerung bis 2050 auf 0,95 fallen wird und somit das Wachstum einige Jahrzehnte später ausläuft.[5] Über die Hälfte des bis 2050 noch zu erwartenden Bevölkerungswachstums entfällt auf Afrika und das westliche Asien und betrifft Europa damit viel unmittelbarer als etwa das Bevölkerungswachstum in Fernost und Südamerika.

In den letzten 60 Jahren ist die Weltbevölkerung von 2,5 auf 6,9 Milliarden Menschen gewachsen, bis 2050 wird sie um weitere 2,2 Milliarden auf 9,1 Milliarden zunehmen. In diesem Wachstumsprozess verschieben sich die Gewichte gewaltig: Noch 1950 hatte Europa einen Anteil von 22 Prozent an der Weltbevölkerung, jetzt sind es noch 11,6 Prozent, und 2050 werden es 7,5 Prozent sein. Der Geburtenanteil Europas ist auf 5,7 Prozent gefallen, der Anteil Afrikas auf 25,8 gestiegen. Der Geburtenanteil des westlichen Asiens hat in den letzten 60 Jahren von 2,6 auf 3,9 Prozent zugenommen.

Tabelle 8.1 Die Welt, Europa und Deutschland im demografischen Vergleich

	Welt	Europa	Deutsch-land	am wenigsten entwickelte Länder	west-liches Asien	Afrika
1950						
Bevölkerung (in Mio.)	2529,3	547,5	68,4	200,5	51,5	227,3
Medianalter	24,0	29,7	35,4	19,5	20,7	19,2
Geburten p.a. (in Mio.)	98,3	12,0	1,1	10,2	2,6	11,5
Töchter pro Frau	1,66	1,17	0,85	1,81	2,17	1,92
Lebenserwartung	46,6	65,6	67,5	36,4	44,8	38,7
65 J. und älter (in %)	5,2	8,2	9,7	3,1	4,3	3,3
2010						
Bevölkerung (in Mio.)	6908,6	732,8	82,1	855,7	232,7	1033,0
Medianalter	29,1	40,2	44,3	19,9	25,0	19,7
Geburten p.a. (in Mio.)	136,1	7,7	0,67	28,1	5,3	35,1
Töchter pro Frau	1,09	0,71	0,64	1,73	1,37	1,78
Lebenserwartung	46,6	75,1	79,9	55,9	71,1	54,7
65 J. und älter (in %)	7,6	16,3	20,5	3,3	4,7	3,4
2050						
Bevölkerung (in Mio.)	9150,0	691,0	70,5	1672,4	371,8	1995,5
Medianalter	38,4	46,6	51,7	29,0	36,0	28,5
Geburten p.a. (in Mio.)	121,7	6,8	0,59	31,8	5,1	38,3
Töchter pro Frau	0,93	0,87	0,82	1,09	0,95	1,08
Lebenserwartung	75,5	81,5	84,4	68,5	78,5	67,4
65 J. und älter (in %)	16,2	27,4	32,5	7,4	13,4	7,1

Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: *World Population Prospects: The 2008 Revision.* Data online.

Bevölkerung ist auch nicht gleich Bevölkerung: Das mittlere Lebensalter liegt heute in Europa bei 40,2 Jahren (in Deutschland sind es 44,3 Jahre) gegenüber 25 Jahren im westlichen Asien und 19,7 Jahren in Afrika. Bis 2050 wird das mittlere Alter in Europa auf knapp 47 Jahre gestiegen sein und in Deutschland sogar knapp 52 Jahre betragen. Der durchschnittliche Afrikaner wird es dann immer noch nur auf 28 Jahre bringen, ein Bewohner des westlichen Asiens durchschnittlich auf 36 Jahre, so alt, wie der durchschnittliche Deutsche 1950 war. 2050 werden 27,4 Prozent der Europäer und 32,5 Prozent der Deutschen 65 Jahre oder älter sein. In Afrika wird diese Quote bei 7,1 und im westlichen Asien bei 13,4 Prozent liegen.

Die von mir genannten Prognosezahlen entstammen der sogenannten mittleren Variante der Bevölkerungsprognose der UNO. Sie unterstellen für Europa eine jährliche Einwanderung von 900 000 und für Deutschland eine von 110 000 Menschen. Ferner wird angenommen, dass die Nettoreproduktionsrate wieder deutlich steigt: von 0,71 auf 0,87 im europäischen Durchschnitt und in Deutschland von 0,64 auf 0,82. Der Wiederanstieg der Nettoreproduktionsrate ist sicherlich 261
wünschenswert, aber nach 40 Jahren stabiler Abwärtsentwicklung wenig wahrscheinlich. Auch der in der UNO-Prognose unterstellte starke Rückgang der Nettoreproduktionsrate in Afrika und den am wenigsten entwickelten Ländern ist als sehr optimistisch zu bewerten. Es könnte durchaus sein, dass die Bevölkerungszahl in der entwickelten Welt stärker abnimmt und in den Entwicklungsländern stärker wächst, als von der UNO unterstellt.

Demografische Trends in den entwickelten Industriegesellschaften (G 7)

In den Industriestaaten ist im Allgemeinen die Nettoreproduktionsrate auf oder unter das Bestanderhaltungsniveau gesunken. In einer Reihe von Industriestaaten ist aber ein gewisser Wiederanstieg zu verzeichnen. So lässt die zusammengefasste Geburtenziffer beziehungsweise die Nettoreproduktionsrate in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien, den Benelux-Staaten und den skandinavischen Ländern in den letzten 10 bis 15 Jahren einen Anstieg erwarten. Für Deutschland, Österreich und die Schweiz gilt das allerdings nicht.[6] Zudem gibt es erhebliche Niveauunterschiede zwischen ansonsten vergleichbaren Industrieländern. In Tabelle 8.2 sind Eckwerte für die Mitglieder der G 7 gegenübergestellt, weil sie die größten und bekanntesten unter den traditionellen Industrieländern sind.

Deutschland, Italien und Japan sind unter den G 7-Ländern jene mit den niedrigsten Nettoreproduktionsraten zwischen 0,61 und 0,66 Prozent. Das bedeutet: Jede Generation ist um 39 bis 35 Prozent kleiner als die vorherige. Wenn die Nettoreproduktionsraten auf diesem Niveau bleiben, ist nach drei Generationen die Generationsstärke auf 26 Prozent des Ausgangsbestandes geschrumpft, in fünf Generationen auf zehn Prozent.

Ganz anders ist es in den USA. Dort liegt die Nettoreproduktionsrate bei 1,01, und damit gibt es aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung keine Schrumpfung. Die französische Nettoreproduktionsrate von 0,91 wiederum bedeutet, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung zwar Schrumpfung bewirkt, aber die dritte Generation liegt immerhin noch bei 75 Prozent, die fünfte bei 62 Prozent der Ausgangsstärke. Im Vergleich zu den deutschen Zahlen wird damit aus dem Absturz ein Sinkflug.

Die bereits eingetretenen Unterschiede zeigen sich im Medianalter und in der Altenquote: Der durchschnittliche Deutsche, Italiener oder Japaner ist heute acht Jahre älter als der durchschnittliche Amerikaner und immer noch vier Jahre älter als ein Franzose, Engländer oder Kanadier. In Deutschland sind bereits 20,5 Prozent aller Menschen 65 Jahre und älter, in Japan sogar 22,6 Prozent, in den USA dagegen nur 13 und in Frankreich nur 17 Prozent. 2050 werden 33 Prozent der deutschen und 262
italienischen sowie 38 Prozent der japanischen Bevölkerung 65 Jahre und älter sein, aber nur 22 Prozent der amerikanischen und 23 Prozent der britischen.

Betrachtet man die Unterschiede, kommt Skepsis auf, ob diese wirklich vorrangig durch verschiedene Grade der sozialstaatlichen Absicherung, durch das Fehlen von Betreuungsangeboten und anderem mehr erklärt werden können, denn dann müssten die USA ganz schlecht dastehen. Klar ist jedenfalls, dass die niedrige Nettoreproduktionsrate in Deutschland sich keineswegs zwingend aus dem hohen Entwicklungsstand unserer Industriegesellschaft ergibt, denn dann müssten die USA mit einem um 35 Prozent höheren Sozialprodukt pro Kopf, längerer Arbeitzeit, höherer Erwerbsbeteiligung und weniger Urlaub noch weniger Kinder haben als wir.

Tabelle 8.2.2 Klassische Industrieländer im demografischen Vergleich

	Deutsch-land	Frank-reich	Eng-land	Italien	USA	Kanada	Japan
1950							
Bevölkerung (in Mio.)	68,4	41,8	50,6	46,4	157,8	13,7	82,8
Medianalter	35,4	34,5	34,6	28,6	30,0	27,7	22,3
Geburten p.a. (in Mio.)	1,1	0,8	0,81	0,86	4,0	0,41	2,0
Töchter pro Frau	0,85	1,24	1,02	1,04	1,6	1,74	1,28
Lebenserwartung	67,5	67,1	69,2	66,3	68,9	69,1	62,1
65 J. und älter (in %)	9,7	11,4	10,7	8,1	8,3	7,7	4,9
2010							
Bevölkerung (in Mio.)	82,1	62,6	61,9	60,1	317,6	33,9	127,0
Medianalter	44,3	40,1	39,9	43,3	36,6	39,9	44,7
Geburten p.a. (in Mio.)	0,67	0,76	0,75	0,55	4,4	0,35	1,0
Töchter pro Frau	0,64	0,91	0,89	0,66	1,01	0,75	0,61
Lebenserwartung	79,9	81,2	79,4	81,2	79,2	80,7	83,7
65 J. und älter (in %)	20,5	17,0	16,6	20,4	13,0	14,1	22,6
2050							
Bevölkerung (in Mio.)	70,5	67,7	72,3	57,1	403,9	44,4	101,7
Medianalter	51,7	44,8	42,5	50,5	41,7	39,3	55,1
Geburten p.a. (in Mio.)	0,59	0,69	0,87	0,49	4,6	0,45	0,73
Töchter pro Frau	0,82	0,9	0,9	0,84	0,89	0,89	0,77
Lebenserwartung	84,4	86,0	84,1	85,4	83,3	85,2	87,2
65 J. und älter (in %)	32,5	26,9	22,9	33,3	21,6	25,5	37,8

Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: *World Population Prospects: The 2008 Revision.* Data on line.

Die UNO hat in ihrer Projektion das Niveau der zuletzt beobachteten Wanderungssalden der Industrieländer bis 2050 fortgeschrieben. Das relative Gewicht der Zuwanderung ergibt sich, wenn man sie zu den Geburtenzahlen desselben Zeitraums in Beziehung setzt: In Deutschland soll demnach die Immigration in den nächsten 40 Jahren knapp 18 Prozent der für denselben Zeitraum unterstellten Geburten betragen, in Italien sind es 31 Prozent, in den USA 24 und in Kanada sogar 50 Prozent.

Tabelle 8.3 Wanderungssalden in den entwickelten Industriegesellschaften gemäß UNO-Projektion bis 2050 (in 1000)

	Deutsch-land	Frank-reich	Eng-land	Italien	USA	Kanada	Japan
1990/2010	5085	1690	2565	3910	25859	3510	750
2010/2050							
pro Jahr	110	100	170	150	1060	210	55
insgesamt	4400	4000	6800	6000	42400	8400	2200
Geburten 2010/2050	24690	28195	31100	19500	177700	16725	32835
Relation Immigr./Geb. (%)	17,8	14,2	21,9	30,8	23,9	50,2	6,7

Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: *World Population Prospects: The 2008 Revision.* Data online.

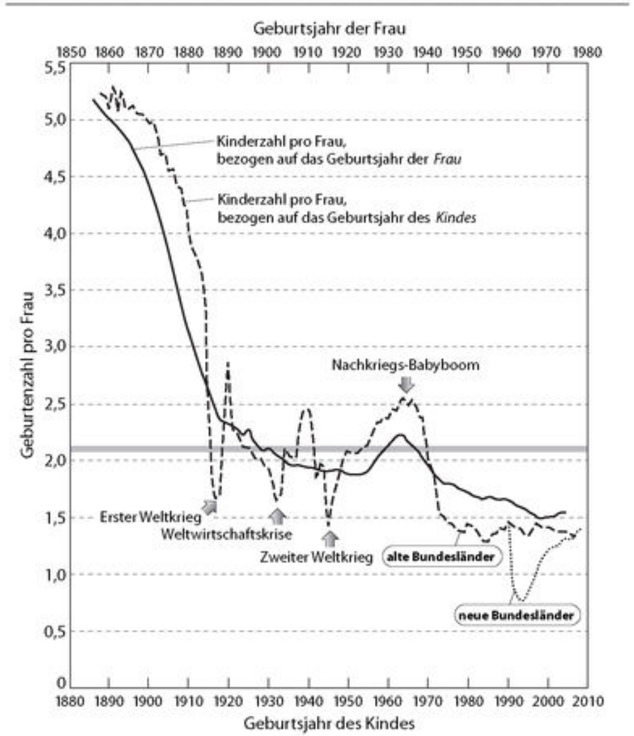
In den USA und in Kanada ist eine Zuwanderung in den Sozialstaat ausgeschlossen, weil es die - im Vergleich zu europäischen Verhältnissen sowieso deutlich magereren - Transferleistungen für Migranten entweder gar nicht oder erst nach einer langen Übergangszeit gibt. Migranten müssen also, um im Gastland zu überleben, von Anfang an und dauerhaft produktive Beiträge leisten. Das kanadische Auswahlsystem gewährleistet zudem, dass die Qualifikationsprofile und Fähigkeiten der Einwanderer jenen der Einheimischen zumindest gleichwertig, wenn nicht überlegen sind. In den USA gibt es zwar viele illegale hispanische Einwanderer für einfache und ungelernte Tätigkeiten, daneben aber üben die Vereinigten Staaten eine große Anziehungskraft aus auf die geistige und technische Elite aus Indien, China und anderen fernöstlichen Staaten. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Japaner, Koreaner und Chinesen, die nicht einmal vier Prozent der amerikanischen Bevölkerung ausmachen, fast 30 Prozent aller Software-Ingenieure stellen.[7] Überdies trifft die Einwanderung in den USA und Kanada mit einer einheimischen Bevölkerung zusammen, die nicht oder kaum schrumpft. Die Einwanderung in diese klassischen Einwanderungsländer ist also ganz anders zu bewerten als der Zuzug zumeist völlig ungebildeter Armutsmigranten aus Afrika sowie Nah- und Mittelost in die europäischen Staaten mit ihren umfassenden Transfersystemen.

Viele halten es für einen Akt christlicher Barmherzigkeit, Armutsmigration in die reichen Länder zuzulassen. Wer so denkt, sollte sich die Zahlen genau ansehen: Nach der UNO-Prognose werden in den nächsten 40 Jahren 5 Milliarden Menschen geboren, davon knapp 500 Millionen in Europa und Nordamerika, 1,2 Milliarden in den am wenigsten entwickelten Ländern und 3,3 Milliarden im Rest der Welt. Gleichzeitig werden jährlich 900 000 Menschen in Europa und knapp 1,3 Millionen in Nordamerika zuwandern, in der Summe 87 Millionen in 80 Jahren. Bei einer Menschenflut von 4,5 Milliarden Geburten im selben Zeitraum außerhalb von Europa und Nordamerika ist die demografische Entlastungswirkung für die Auswanderungsländer zu vernachlässigen. Den Einwanderungsländern steht daher alles Recht der Welt zu, die Einwanderung ausschließlich aus der Perspektive des eigenen Vorteils zu betrachten.

Der demografische Trend in Deutschland

In Deutschland zeigt die Kurve der Geburtenrate, also der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau, einen recht steilen Abfall von über fünf Kindern pro Frau um das Jahr 1890 auf 2,1 Kinder pro Frau Mitte der 1920er Jahre. Die Wirtschaftskrise und die Folgen des Zweiten Weltkriegs bis Anfang der fünfziger Jahre führten zu einem weiteren Rückgang auf 1,9 Kinder pro Frau. Das Wirtschaftswunder und der den Aufschwung begleitende Babyboom bewirkten dann aber bis Mitte der sechziger Jahre einen erneuten Anstieg auf 2,2 Kinder.[8] Seitdem gab es zunächst einen steilen, dann verlangsamten aber kontinuierlichen Rückgang auf zuletzt 1,31 Kinder pro Frau. Diese Rate entspricht der aktuellen Nettoreproduktionsrate (Töchter pro Frau) von 0,64. Der Beitritt der neuen Bundesländer änderte an dieser Entwicklung grundsätzlich nichts. Die familienpolitisch bedingt etwas höheren Geburtenzahlen in der DDR sackten infolge des ökonomischen Schocks der Einheit zunächst stark ab, stiegen dann aber wieder leicht an. Sie liegen jetzt auf dem Niveau der alten Bundesländer.

Schaubild 8.1 Die langfristige Entwicklung der Geburtenrate in Deutschland von 1890 bis 2010



Herwig Birg: *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, 4. Auflage München 2005; aktualisiert von demselben und Reinhard Loos mit Daten des Statistischen Bundesamtes. CFR (Cohort Fertility Rate) für Geburtsjahrgänge 1962 bis 1974 durch Hochrechnung ermittelt.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich in allen Industriestaaten, doch ein langanhaltender Absturz bis unter das Bestandserhaltungsniveau, wie Deutschland ihn zu verzeichnen hat, ist unter den Industrieländern einmalig; seine Auswirkungen waren so erheblich, dass sie auch durch die in den sechziger Jahren einsetzende Einwanderungswelle nicht kompensiert werden konnten. Seit Anfang der sechziger Jahre ist die Geburtenzahl in Deutschland um rund 50 Prozent zurückgegangen. Mittlerweile haben 40 Prozent der in Deutschland geborenen Kinder einen Migrationshintergrund. Die Zahl der Geburten der autochthonen Bevölkerung beträgt jährlich noch rund 400 000. Sie hat sich also in 45 Jahren - in nur anderthalb Generationen - um rund 70 Prozent verringert. Rein physisch gesehen ist die Bevölkerung, die Anfang der sechziger Jahre in Deutschland lebte, am Aussterben; sie hat den Weg zu ihrem Ende - gemessen an den Geburtenzahlen - bereits zu zwei Dritteln zurückgelegt. Das ist keine Klage, sondern an dieser Stelle eine wertfreie und sachlich ganz unbestreitbare Feststellung.

Tabelle 8.4 Entwicklung der durchschnittlichen Geburtenzahlen im Vergleich (in 1000)

	durchschnittliche Geburtenzahl		Veränderung
	1960/65	2005/10	(in %)
Deutschland	1 327	669	– 49,6
Italien	931	550	– 40,9
Japan	1 636	1 043	– 36,2
Europa	*11 857*	*7661*	*– 35,4*
Großbritannien	981	745	– 24,1
Kanada	463	352	– 24,0
Frankreich	864	755	– 12,6
USA	4 200	4 402	+ 2,6
Welt	110 966	136 127	+ 22,7

Quelle: Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: *World Population Prospects: The 2008 Revision*. Data on line.

Die Prognosevarianten des Statistischen Bundesamtes liegen auf einer Linie mit den Prognoseergebnissen der UNO, wenn man vergleichbare Annahmen zum Wanderungssaldo und zur Geburtenhäufigkeit trifft. Das mittlere Alter steigt in jedem Fall auf deutlich über 50 Jahre, der Anteil der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, liegt deutlich über 30 Prozent, teilweise bei 35 Prozent und mehr. Das Statistische Bundesamt hat auch Varianten mit einer höheren Zuwanderung von jährlich 200 000 Menschen berechnet. Die sind hier nicht mit aufgeführt, weil noch mehr Zuwanderung als die unterstellten 100 000 ganz sicher nicht zuträglich wäre. Daneben hat das Statistische Bundesamt auch »Modellrechnungen« für eine Zuwanderung von null und einen Wiederanstieg der Geburtenhäufigkeit auf 2,1 Kinder je Frau durchgeführt (Tabelle 8.6). Diesen Modellrechnungen wurde nicht das Prädikat Prognose verliehen, weil sie wohl zu unrealistisch schienen. Sie liefern allerdings interessante Erkenntnisse, wie der Vergleich ihrer Eckwerte mit der Basisprognose zeigt.

Tabelle 8 . 5 Bevölkerungsprognosen für Deutschland im Vergleich

	UNO		Statistisches Bundesamt		
	2008 für 2050		2009 für 2060*		
	Variante		Variante		
	mittel	niedrig	1-W1	3-W1	5-W1
Bevölkerung (in Mio.)	70,5	62,6	64,7	68,8	61,8
Medianalter	51,7	56,2	53,5	51,5	55,5
Geburten p.a. (in 1000)	590	336	465	591	379
Geburten pro Frau			1,4	1,6	1,2
Töchter pro Frau	0,82	0,58			
Wanderungssaldo p.a. (in 1000)	110	110	100	100	100
Lebenserwartung	84,4	84,4	87,1	87,1	87,1
65 Jahre und älter (in %)	32,5	36,6	34,0	31,9	35,6

* Satistisches Bundesamt: Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsberechnung. Alle Daten unter <www.destatis.de>.

Die Verschlechterung der Bevölkerungsstruktur und die wachsende Sozialbelastung kommen am besten im Anstieg des Altenquotienten (Menschen über 65 Jahre im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) zum Ausdruck. Dieser verdoppelt sich von bereits jetzt sehr hohen 33,7 auf 67,4

Prozent, während die Entlastung beim Jugendquotienten durch den Geburtenrückgang bereits konsumiert ist (siehe Schaubild 8.1, Seite 340).

Interessant ist, dass sich an diesen Relationen wenig ändert, wenn man den Wanderungssaldo auf null setzt. Zwar leben dann 2060 noch einmal 6,5 Millionen Menschen weniger in Deutschland, aber die Belastungskoeffizienten ändern sich kaum. Gegenüber der Variante mit Einwanderung fällt der Jugendquotient leicht von 30,9 auf 30,6 Prozent. Aber der Altenquotient erhöht sich eben auch nur von 67,4 auf 72,9 Prozent. Man könnte sagen, darauf kommt es im Jahr 2060 auch schon nicht mehr an. Migration verbessert die künftige Bevölkerungsstruktur also nicht wesentlich beziehungsweise kann die durch den Geburtenrückgang verursachten - und auf Deutschland unweigerlich zukommenden - gewaltigen Strukturverschlechterungen nicht auffangen. Das zeigt die Modellrechnung ganz deutlich. Aber die kulturellen, finanziellen und moralischen Belastungen einer weiteren Migration aus Afrika, Nah- und Mittelost (Inder und Chinesen werden nicht kommen) fallen umso mehr ins Gewicht.

Tabelle 8.6 Eckwerte von Basisprognose und Modellrechnungen im Vergleich

	Ist 2008	2060		
		Basis-prognose Var. 1-W1	Modellrechnungen Wanderungs-saldo 0	2,1 Kinder pro Frau ab 2015
Bevölkerung (in Mio.)	82,2	64,7	58,2	82,9
Anteile (in %)				
unter 20 Jahre	19,0	15,6	15,2	23,9
20 bis unter 65 Jahre	60,6	50,4	49,1	49,6
65 Jahre und älter	20,4	34,0	35,8	26,5
Jugendquotient	31,5	30,9	30,6	48,2
Altenquotient	33,7	67,4	72,9	53,5
Gesamtquotient	65,1	98,4	103,8	101,7

Satistisches Bundesamt: Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsberechnung. Alle Daten unter <www.destatis.de>.

Der eigentliche und einzige Hebel für die Verbesserung der Bevölkerungsstruktur bleibt eine Erhöhung der Geburtenrate möglichst auf das Niveau der Bestandserhaltung. Das zeigt die zweite Modellrechnung. Sicherlich ist es unrealistisch zu hoffen, dass die Deutschen in wenigen Jahren ihre Mentalität ändern und der Anteil der Kinder- und Familienlosen wieder auf das Niveau der sechziger Jahre sinkt. Aber was unterscheidet uns denn so sehr von den Amerikanern und Franzosen, dass dies gänzlich unmöglich sein sollte? Gesetzt, es gelänge, dann würde uns die hohe Altenlast zwar noch einige Zeit begleiten, aber die Strukturen würden sich schon nach wenigen Jahrzehnten ändern: Ein Anstieg der Geburtenrate auf 2,1 würde bedeuten, dass der Altenquotient bis 2050 statt auf 67,4 »nur« auf 53,5 Prozent ansteigt. Allerdings würde der Jugendquotient 2060 statt bei 30,9 bei 48,2 Prozent liegen und hätte damit wieder ein langfristig normales Niveau erreicht. Belastungen für die Jugend nimmt man auch lieber und leichter auf sich, denn sie sind auf die Zukunft gerichtet und nicht auf die Vergangenheit wie die Versorgung der Hochbetagten in Alten- und Pflegeheimen. 2060 wäre die Zahl der Kinder und Jugendlichen nahezu doppelt so hoch wie in der Basisprognose. Eine solche Umkehrung des demografischen Trends würde auf allen Gebieten erhebliche Wachstumsimpulse setzen. 266

Doch warum soll das so sein? Es gibt schließlich keine rationale Begründung dafür, weshalb sich Individuen, Familien, ein Stamm, ein Volk überhaupt fortpflanzen. Völker gehen ja nicht nur unter durch Hungersnot, Krankheiten, Eroberung oder Genozid. Sie können auch still sterben. Wer fragt schon nach ihnen? Andere Stämme und Völker treten an ihre Stelle. Jeder muss selber entscheiden, ob er es für wertvoll erachtet, Nachkommen zu haben, dass seine Familie sich fortpflanzt und sein Volk in seiner kulturellen und physischen Eigenart eine Zukunft hat.

In der Geschichte der Menschheit ist der »stille« Untergang von Völkern und Stämmen infolge mangelhafter Fruchtbarkeit gar keine Seltenheit.[9] Wenn jemand kein Interesse an eigenen Nachkommen hat, ist dies ganz alleine seine Sache genauso wie seine sexuelle Präferenz, sein künstlerischer Geschmack und seine Religion. Wissenschaftlich und soziologisch interessant aber bleibt die Frage, weshalb ein bestimmtes Volk in höherem Maße die Fortpflanzung verweigert als ein anderes. Für die Lebenden ist jedenfalls von Interesse, wie es auf der Welt weitergeht, wenn sie einmal nicht mehr dabei sein werden.

Das Phänomen des Übergangs aus einer traditionalen Gesellschaft mit hoher Sterblichkeit und hohen Geburtenzahlen zu einer entwickelten Industriegesellschaft mit niedriger Sterblichkeit und niedrigen Geburtenzahlen ist heute ausreichend erforscht und erklärt. Es tritt weltweit überall dort auf, wo sich die Wirtschaft dauerhaft günstig entwickelt. Allgemein anerkannte Erklärungsfaktoren sind

- das Streben nach Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards
- die Vielfalt unterschiedlichster Lebensentwürfe in der modernen Welt, die eben auch zu Kindern und Familie in Konkurrenz stehen
- die Loslösung der Alterssicherung von Nachkommen
- der Umstand, dass Kinder von einem Vorsorge- und Ertragsfaktor zu einem Kostenfaktor werden
- die Emanzipation und Erwerbstätigkeit der Frau
- die abschreckenden Zwänge eines traditionellen Familienbildes
- der Rückgang der religiösen Orientierung und damit das sinkende Interesse an der Zeit nach dem eigenen Tod.

All dies macht den Wunsch nach weniger Kindern oder den gänzlichen Verzicht auf die eigene Familie verständlich, erklärt aber nicht, warum in Frankreich oder in den USA, aber auch in den nordeuropäischen Ländern die Geburtenrate deutlich höher ist als bei uns.

Häufig wird vermutet, die Geburtenarmut sei auf einen Trend zur Ein-Kind-Familie zurückzuführen. Das ist unrichtig. Bei den Frauen in Deutschland, die überhaupt Kinder haben, ist die Verteilung auf Familiengrößen ziemlich stabil. Es dominiert die Zwei-Kind-Familie, und im Durchschnitt haben Frauen mit Kindern etwa 2,2 Kinder. Entscheidend ist der wachsende Anteil der lebenslang kinderlosen Frauen: Beim Geburtsjahrgang 1940 hatten 10,6 Prozent der Frauen lebenslang keine Kinder, beim Geburtsjahrgang 1965 waren es bereits über 30 Prozent, und dieser Anteil scheint sich in den jüngeren Geburtsjahrgängen weiter zu erhöhen.[10] Auch der Unterschied in der deutschen und französischen Geburtenrate kann wesentlich aus dem unterschiedlichen Anteil lebenslang kinderloser Frauen erklärt werden. 267

Die Folgen des Trends

Diskutiert man über Demografie, so hat man es vor allem mit zwei Gruppen von Diskussionspartnern zu tun. Die einen fragen: »Wo liegt überhaupt das Problem?« Das sind die Vertreter des Multikultifeuilletons, die eine transnationale Menschheitszukunft erträumen und heimlich Trauer tragen, dass sie überhaupt als Deutsche geboren wurden. Die anderen sagen: »Man kann doch nichts tun, also braucht man auch nicht darüber zu jammern.« Das ist die Mehrheit der Politiker in allen Parteien, die sich lieber darüber aufregen, dass die Temperatur in 100 Jahren um zwei bis vier Grad steigen, anstatt darüber, dass die Zahl der Deutschen im selben Zeitraum um 80 Prozent sinken wird. Den Letzteren kann man sagen, dass die deutsche Geburtenrate allemal leichter zu beeinflussen ist als die durchschnittliche Welttemperatur. Wer sich bei der Geburtenrate nichts zutraut, braucht bei der Welttemperatur gar nicht erst anzutreten. Den Ersteren muss man sagen: Wer dem Umstand, dass es eine deutsche Sprache und Kultur gibt, keinen eigenen Wert zumisst, dem kann es auch gleichgültig sein, ob es künftig Menschen gibt, die diese Sprache und Kultur weitertragen. Im Übrigen unterliegen die Multikultifreunde einem Irrtum: Es wird niemals eine transnationale Weltgesellschaft geben. Solange die Menschheit existiert, wird sie sich in Staaten und Völker gliedern, unterschiedliche Sprachen sprechen und unterschiedliche Sitten pflegen.

Was wird denn in Deutschland geschehen, wenn das deutsche Volk still dahinscheidet? Wird man hier dann mehrheitlich türkisch sprechen oder arabisch, vielleicht auch französisch oder polnisch, wenn diese Völker ihre Probleme besser lösen?

Sachlich lässt sich die Problematik der demografischen Entwicklung in Deutschland in folgenden fünf Punkten zusammenfassen:

1. Die erste demografische Grundlast besteht in der Verschiebung zwischen den Menschen im erwerbsfähigen Alter und den Menschen jenseits des erwerbsfähigen Alters. 2005 kamen in [268] Deutschland auf einen Rentner zwei Erwerbstätige, 2050 wird es noch ein Erwerbstätiger sein.
2. Die zweite demografische Grundlast besteht in der Alterung der Erwerbstätigen: 30 Prozent von ihnen werden 2050 mindestens 55 Jahre alt sein, nur 20 Prozent zwischen 25 und 35. Dies senkt schon für sich genommen die Produktivität und Innovationskraft der Gesellschaft (siehe Tabelle im Anhang).
3. Die dritte Grundlast besteht in der Schrumpfung von Generation zu Generation. Ein auf längere Sicht stabiles Staatswesen ist schlechterdings nicht vorstellbar, wenn die Geburtenzahl in jeder Generation um 36 Prozent, in drei Generationen also um 74 Prozent zurückgeht. Das ist nämlich die logische Konsequenz der gegenwärtigen deutschen Nettoreproduktionsrate von 0,64.
4. Die vierte Grundlast besteht in der unterschiedlichen Fruchtbarkeit von bildungsnahen und bildungsfernen Schichten. Das hat in nur wenigen Generationen erhebliche Auswirkungen auf das intellektuelle Potential der Gesellschaft.
5. Die fünfte Grundlast besteht in der Zunahme des Anteils von Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung, teils aufgrund von Einwanderung, teils aufgrund höherer Fruchtbarkeit. Ungünstig wirken sich überdies die kulturelle Fremdheit dieser Migranten und ihre großenteils bildungsferne Herkunft aus, die sich in entsprechend schlechten Bildungsleistungen zeigt. Damit verschärft die fünfte Grundlast die Problematik der vierten Grundlast.

Diese fünf demografischen Grundlasten haben Folgen:

- Die vierte und fünfte Grundlast - Verschiebung der Bevölkerungsstruktur zu weniger intelligenten beziehungsweise bildungsferneren Schichten - geht einher mit einer durchschnittlich geringeren Aufgeschlossenheit gegenüber dem Erwerb von Wissen sowie mit einer geringeren Fähigkeit, dieses zu erwerben.
- Nach der Gaußschen Normalverteilung der Intelligenz gilt, dass jeder geringfügige Rückgang der durchschnittlichen Intelligenz mit einer überdurchschnittlichen Abnahme des Anteils der Hochbegabten verbunden ist, weil sich der auslaufende rechte Ast der Normalverteilung quasi nach links verschiebt. Dieser Effekt wirkt auch umgekehrt: Die Nachfahren der osteuropäischen Juden mit einem durchschnittlichen IQ von 115 waren in intellektuellen Berufen und Zirkeln bis hin zu den Nobelpreisträgern lange Zeit überrepräsentiert.
- Die Kombination von weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter, steigendem Durchschnittsalter, sinkender durchschnittlicher Intelligenz sowie wachsender Bildungs- und Kulturferne beeinträchtigt *in der Summe* das künftige intellektuelle Potential Deutschlands [269] erheblich.

Die notwendige weitere Verbesserung der Bildungsanstrengungen kann den aus der Demografie herrührenden Grundlastverschiebungen aber nur begrenzt entgegenwirken, weil

1. *die guten Begabungen und die Spitzenbegabungen bereits heute weitgehend gefördert werden*

   Da ist nicht mehr so viel zu holen.

2. *das Bildungssystem leider die Tendenz hat, die Maßstäbe und Anforderungen abzusenken, wenn die Leistungsfähigkeit der Grundgesamtheit nachlässt*

   Das hat zu dem kolossal unterschiedlichen Niveau des Abiturs in Deutschland geführt.

3. *möglicherweise die international beobachteten Pisa-Unterschiede zumindest teilweise auch auf eine unterschiedliche Bildungsfähigkeit der jeweiligen Populationen zurückzuführen sind*

   Das heißt, sie sind nicht nur Ausdruck unterschiedlich leistungsfähiger Bildungssysteme, sondern auch einer regional unterschiedlichen Intelligenzverteilung und unterschiedlicher Bildungsferne. Das würde erklären, warum die drei deutschen Stadtstaaten mit ihrem hohen Anteil an Migranten und transferabhängiger Bevölkerung trotz höherer Bildungsausgaben pro Kopf so viel schlechter abschneiden als der Durchschnitt der Bundesländer, insbesondere aber die süddeutschen Länder.

4. *im Zuge der künftigen demografischen Entwicklung das Potential an qualitativ guten Lehrern sinken wird in dem Maße, wie der Wettbewerbsdruck anderer Professionen um die besten und knapper werdenden Köpfe steigt.*

Einflüsse auf die demografische Entwicklung

Quantität und Qualität

Abstammungsgeschichtlich hat sich der Mensch aus niederen Arten entwickelt, und seine Entwicklung wird wie die anderer Säugetiere niemals abgeschlossen sein. Menschen sind - wie andere Lebewesen auch - mit unterschiedlichen Eigenschaften ausgestattet, die im Erbgut verankert sind. Das heißt nicht, dass alle Eigenschaften erblich sind; einige - wie Haar- und Augenfarbe - sind es vollständig, andere - wie Temperament, geistige Fähigkeiten, besondere Begabungen, Erbkrankheiten - nur zum Teil, zum andern Teil sind sie umweltbedingt.

Im Jahr 2009 wurde der 200. Geburtstag von Charles Darwin gefeiert. Die weltweite Rezeption zeigte, dass die Darwinsche Evolutionstheorie keine ernsthaften wissenschaftlichen Gegner mehr hat. Abgelehnt wird sie weiterhin von fundamentalistischen Christen in den USA und in weiten Teilen der muslimischen Welt. Muslimische Studenten in den Niederlanden lehnen die Evolutionstheorie fast ausnahmslos ab, ebenso 75 Prozent der Türken, 86 Prozent der Pakistaner und 92 Prozent der Ägypten.[11]

Zwölf Jahre nach seinem bahnbrechenden Werk »Die Entstehung der Arten« veröffentlichte Charles 270
Darwin 1871 »Die Abstammung des Menschen«. Er wandte in einer Fülle von Beobachtungen die Evolutionstheorie auf die Entwicklung des Menschen an. Darwin betonte die weitgehende Ähnlichkeit der menschlichen Rassen, wie sich an der Leichtigkeit ihrer Mischung zeige, und die große Verschiedenheit der Individuen innerhalb der Rassen und Stämme.[12] Er zeigte aber auch, dass unterschiedliche Lebensbedingungen durch natürliche Selektion unterschiedliche Ausprägungen hervorbringen, etwa bei der Hautfarbe, beim Körperbau, die unterschiedliche Anfälligkeit bei bestimmten klimatischen Bedingungen oder Krankheiten, aber auch unterschiedliche Entwicklungen der Sinnesorgane.[13]

Ausführlich äußert sich Darwin zur großen Unterschiedlichkeit der Geistesgaben und zur Erblichkeit dieser Unterschiede. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich der Mensch nicht von der höheren Tierwelt, insbesondere den Primaten:

> »Allen sind dieselben Sinne, Anschauungen und Empfindungen eigen, - sie sind ähnlichen Leidenschaften, Neigungen und Gemütsbewegungen unterworfen; selbst die komplizierteren, wie Eifersucht, Argwohn, Ehrgeiz, Dankbarkeit, Großmut, treffen wir bei beiden; sie versuchen zu täuschen und kennen die Rache; sie sind manchmal für das Lächerliche empfänglich und zeigen sogar Sinn für Humor; sie fühlen Erstaunen und Neugierde; sie besitzen dieselben Fähigkeiten: die Nachahmung, die Aufmerksamkeit, die Überlegung, die Vergleichung und Wahl, das Gedächtnis, die Phantasie, die Ideenassoziation und den Verstand, wenn auch in den verschiedensten Abstufungen. Individuen derselben Gattung differieren in Hinsicht auf ihren Intellekt zwischen absolutem Stumpfsinn und höchster Schärfe.«[14]

Das gilt gerade auch für den Menschen: »Die Variabilität oder Verschiedenheit der geistigen Fähigkeiten... ist so notorisch, dass kein Wort darüber gesagt zu werden braucht.« Und genau wie bei der höheren Tierwelt werden diese Unterschiede vererbt: »So ist z. B. die erbliche Überlieferung von geistigen Eigenschaften bei unseren Hunden, Pferden und anderen Haustieren unbestreitbar. Außer speziellen Neigungen und Gewohnheiten werden sicher auch allgemeine Intelligenz, Mut, bösartiges und gutes Temperament usw. vererbt. Beim Menschen beobachten wir Ähnliches in fast jeder Familie... Andererseits ist es ebenso gewiss, dass Wahnsinn und Geisteskrankheiten gleicherweise durch ganze Familien laufen.«[15] Darwin kannte bei Abfassung seines Werkes »Die Abstammung des Menschen« nicht die Forschungsergebnisse von Gregor Mendel über die Gesetze der Vererbung, [16] die sich sehr gut in die Evolutionstheorie einfügen. Auch geistige Fähigkeiten unterliegen den Mendelschen Gesetzen. 271
Wie in Kapitel 3 und Kapitel 6 bereits dargestellt, kann nach dem aktuellen Forschungsstand als belegt gelten, dass die menschliche Intelligenz zu 50 bis 80 Prozent erblich ist.

Während die Erblichkeit von Haar- und Augenfarbe für niemanden ein Problem darstellt und auch eine Erbkomponente bei Temperament und Charakter für die meisten akzeptabel ist, tun sich viele mit der Erblichkeit geistiger Fähigkeiten schwer. Richtig ist, dass über der Erblichkeit geistiger Potentiale die kolossale Bildsamkeit des menschlichen Geistes nicht vernachlässigt werden darf. Richtig ist auch, dass sich die menschliche Entwicklung aus der kulturellen Evolution ergibt, die durch die geistigen Anlagen des Menschen ermöglicht wird. Erst das überlieferte und vom Individuum jeweils neu zu erwerbende Wissen macht menschliche Zivilisation und Gesellschaft möglich.[17] Wäre Intelligenz nicht erblich, hätten die geistigen Fähigkeiten der Lebewesen nicht durch natürliche Selektion zunehmen können. In Darwins Worten: »Die auf keinen direkten Beweis gestützte Behauptung, dass kein Tier im Lauf der Zeiten seine Intelligenz oder anderen geistigen Fähigkeiten weiter entwickelt hätte, heißt die Frage nach der Entwickelung der Arten überhaupt verneinen. Wir haben gesehen, dass nach Lartet [Edouard Armand Lartet, 1801-1871, Paläontologe, d. Verf.] jetzt lebende Säugetiere der verschiedensten Ordnungen größere Gehirne haben als ihre Vorfahren in der Tertiärzeit.«[18]

Die Darwinsche Evolutionstheorie, die Mendelschen Gesetze[19] und die empirischen Befunde zur Vererbbarkeit geistiger Eigenschaften, darunter auch der menschlichen Intelligenz, ergeben zusammen ein empirisch-logisches Gedankengebäude, gegen das man mit Anspruch auf wissenschaftliche Seriosität kaum etwas vorbringen kann.

Die kontinuierliche Höherentwicklung der menschlichen Geistesgaben erfolgte durch natürliche Selektion, bei der sich auch die sozialen Instinkte verfeinerten und die Sprache entwickelte.[20] Die dadurch beförderte höhere Kooperationsfähigkeit des Menschen bestimmte seine wachsende Überlegenheit, wobei in der natürlichen Selektion Unterschiede in der Fruchtbarkeit und der Überlebensfähigkeit eine Rolle spielten. Der Mensch trat in zunehmende Konkurrenz nicht nur zu den Tieren, sondern auch zu seinesgleichen. Stämme und Völker mit niedrigerer Fruchtbarkeit beziehungsweise geringeren Uberlebensraten wurden verdrängt oder gingen in anderen auf. Dabei engten zivilisierte Völker den Raum der Naturvölker, bei Darwin »Wilde« genannt, allmählich ein.

Ausführlich setzt sich Darwin mit dem Einfluss der Zivilisation auf die natürliche Zuchtwahl 272
auseinander und stellt fest: »Wir müssen uns daher mit den ohne Zweifel nachteiligen Folgen der Erhaltung und Vermehrung der Schwachen abfinden.«[21] Er erwähnt die Besorgnis eines Greg und Francis Galtons, »nämlich die Tatsache, dass die Besitzlosen und Leichtsinnigen, die häufig genug noch durch Laster aller Art hinabgezogen werden, fast ausnahmslos früh heiraten, während die Sorgsamen und Mäßigen, welche meist auch in anderen Beziehungen gewissenhaft leben, in vorgeschrittenerem Alter heiraten, um mit ihren Kindern ohne Sorgen leben zu können. Die frühzeitig Verheirateten rufen innerhalb einer gewissen Periode nicht nur eine größere Zahl von Generationen hervor, sie zeugen auch, wie Duncan gezeigt hat, viel mehr Kinder... So neigen also die leichtsinnigen, heruntergekommenen und lasterhaften Glieder der Menschheit dazu, sich schneller zu vermehren als die gewissenhaften, pflichtbewussten Menschen.«[22] Wenn sich solche Gruppen »schneller als die besseren Klassen...

vermehren, so wird das Volk zurückgehen, wie die Weltgeschichte oft genug gezeigt hat. Wir müssen bedenken, dass der Fortschritt kein unabänderliches Gesetz ist.« Der Fortschritt einer Nation hängt für Darwin zusammen »mit der Vermehrung intellektuell und moralisch hochbegabter Menschen und mit der Erhöhung des allgemeinen Niveaus«.[23]

Darwin zeigt die Gefahren der Zivilisation auf, bemerkt aber hoffnungsvoll: »Nichtsdestoweniger werden im Laufe der Zeit innerhalb derselben Gemeinschaft die intelligenteren Glieder erfolgreicher sein als die minderbegabten und eine höhere Nachkommenschaft hinterlassen, und dies ist eine Form der natürlichen Zuchtwahl.«[24] In seinem späteren Leben äußert er sich allerdings pessimistischer. Alfred Russel Wallace, der die Theorie der Evolution unabhängig von Darwin parallel entwickelt hatte, berichtete über eines seiner letzten Gespräche mit diesem: Darwin »expressed himself very gloomily on the future of humanity, on the ground that in our modern civilization natural selection had no play... It is notorious that our population is more largely renewed in each generation from the lower than from the middle and upper classes.«[25]

Die Frage, ob demografische Effekte zu dysgenischen Wirkungen führen können, wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensiv erforscht und diskutiert. Der britische Biologe Julian Huxley integrierte Darwins Theorie in die Mendelsche Genetik[26] und analysierte die dysgenischen Folgen einer unterdurchschnittlichen Fruchtbarkeit der gebildeten Schichten.[27] In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es immer mehr Angriffe auf die 273
Fragestellung. Diese Attacken waren letztlich Ausdruck von Wertungen, die gewisse Fragen als unzulässig verwarfen. Aber sie waren nicht empirisch begründet. Die empirische Evidenz, dass Intelligenz - ebenso wie viele andere menschliche Eigenschaften - eine starke Erbkomponente hat, ist heute in der Sache unstreitig.[28] Damit kann auch die Möglichkeit, dass Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur dysgenische Wirkungen haben, nicht grundsätzlich geleugnet werden.

In Gesellschaften mit besonders hoher Geburtenarmut der gebildeten Schichten - wie in Deutschland - hat der dysgenische Wirkungszusammenhang eine besonders hohe praktische Relevanz. Hier ist Darwins Mahnung zu beherzigen: »Wir müssen bedenken, dass der Fortschritt kein unabänderliches Gesetz ist.« Die qualitativen Verschiebungen in der Geburtenentwicklung Deutschlands und deren langfristige Folgen, nämlich

- relative Zunahme bildungsferner autochthoner Schichten
- Zunahme des Anteils bildungsferner Migranten
- starke Abnahme der Nachfahren bildungsnaher Schichten
- homogame Partnerwahl der bildungsnahen Schichten

bewirken, dass der Anteil wie auch die Anzahl der intelligenteren Glieder in der deutschen Gesellschaft abnehmen wird, während der Anteil der nach heutigen Maßstäben unterdurchschnittlich Intelligenten wächst.

Das Muster des generativen Verhaltens in Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre ist nicht nur keine Darwinsche natürliche Zuchtwahl im Sinne von »survival of the fittest«, sondern eine kulturell bedingte, vom Menschen selbst gesteuerte negative Selektion, die den einzigen nachwachsenden Rohstoff, den Deutschland hat, nämlich Intelligenz, relativ und absolut in hohem Tempo vermindert. Seltene Erden und Metalle, wie man sie beispielsweise für die moderne Batterietechnik braucht, gibt es ja nicht mehr in Deutschland und Europa. Die einzige Währung, mit der wir dafür an den Weltmärkten zahlen könnten, sind die Produkte unserer Intelligenz.

Leo Apotheker, der ehemalige Vorstandssprecher des Softwarekonzerns SAP, bemerkte 2009 zu den Aussichten Deutschlands:

> »Es fehlen Ingenieure..., alle jagen den paar deutschen Ingenieuren nach... Wenn das so bleibt, bekommen wir hier ein Problem. In Indien und China dagegen verlassen jedes Jahr ca. 700 000 Ingenieure die Universitäten... Talente zu finden, wird nach der Wirtschaftskrise die größte Herausforderung... Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Ingenieure die am besten ausgebildeten der Welt sind und unsere Infrastruktur exzellent ist... Die anderen holen auf. Wir müssen also immer besser werden, eine Alternative dazu gibt es nicht.«[29] 274

Das wird nicht möglich sein ohne eine Umkehr in der demografischen Entwicklung.

Soziale Schicht

Bevölkerungsentwicklung ist nicht einfach Wachstum oder Schrumpfung beziehungsweise Älterwerden oder Verjüngung. Vielmehr ändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung, und es ändern sich die kulturell überlieferten sowie die genetischen Eigenschaften, wenn sich unterschiedliche Teile der Bevölkerung mit unterschiedlicher Intensität fortpflanzen. Die Wirkungen der Migration auf die Zusammensetzung der Bevölkerung treten hinzu. Diese Themen stoßen auf ein merkwürdiges Desinteresse bei der demografischen Forschung. Man untersuchte alles Mögliche, nur nicht die Auswirkungen der unterschiedlichen Fruchtbarkeit nach Herkunft und sozialer Schichtung.[30] Dabei ist diese Frage viel wichtiger als irgendwelche Feinheiten bei der Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer.

In Deutschland ist zu beobachten, dass die Nettoreproduktionsrate der bildungsferneren Schichten beziehungsweise der Unterschicht über dem nationalen Durchschnitt, die Nettoreproduktions-rate der bildungsnahen Schichten beziehungsweise der Mittel- und Oberschicht dagegen darunter liegt. Deutlich über dem Durchschnitt liegt auch die Nettoreproduktionsrate der muslimischen Migranten. Diese gehören in Deutschland zum überwiegenden Teil zur bildungsfernen Schicht beziehungsweise zur Unterschicht.

Tabelle 8.7 Modellrechnung zur Verteilung der Geburten nach Bildungsstand

	Bevölkerungsanteil in % der Generation				
Bildungsstand	0	1	2	3	4
niedrig	14,5	18,4	23,0	28,2	34,1
mittel	63,0	62,3	58,1	58,1	54,7
hoch	22,5	16,4	13,6	13,6	11,1

Satistisches Bundesamt: Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsberechnung. Alle Daten unter <www.destatis.de>.

Im Mikrozensus 2008 hat das Statistische Bundesamt die Kinderzahl der Frauen nach Geburtsjahrgängen und Bildungsstand erhoben.[31] Für die Jahrgänge, deren fruchtbare Phase

abgeschlossen ist, kann man aus den Daten die Geburtenrate über die Lebenszeit und damit auch die Nettoreproduktionsrate abhängig vom Bildungsstand ermitteln. Für die Jahrgangsgruppe 1964 bis 1968 lasssen sich aus den Daten folgende endgültige Zahlen ermitteln:[32]

niedriger Bildungsstand	1,86 Kinder pro Frau
mittlerer Bildungsstand	1,45 Kinder pro Frau
hoher Bildungsstand	1,26 Kinder pro Frau

Unterstellt man Stabilität im Geburtenverhalten über einige Generationen hinweg, so entwickeln sich die Anteile an der Gesamtzahl der Geburten wie in Tabelle 8.7 dargestellt: In nur drei Generationen hat sich der Bevölkerungsanteil der unteren Gruppe verdoppelt und in vier Generationen der Anteil der oberen halbiert. Abweichungen in den Geburtenraten führen also sehr schnell zu Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Diese Mechanik wirkt immer dann, wenn die Nettoreproduktionsraten unterschiedlich sind, und zwar nach Größe des Unterschieds in unterschiedlichem Ausmaß. 275

Man kann diese Daten zusätzlich mit dem IQ der verschiedenen Gruppen normieren: Wenn man unterstellt, dass in der Ausgangslage der durchschnittliche IQ aller Gruppen bei 100 und derjenige für die Gruppe mit dem hohen Bildungsstand bei 120 liegt, dann ergibt sich für die Gruppe mit dem mittleren Bildungsstand ein IQ von gut 96 und für die mit dem niedrigen Bildungsstand ein IQ von 85. Die Verschiebung der Bevölkerungsanteile zwischen den Gruppen bewirkt nun, dass der Durchschnitts-IQ der Bevölkerung in jeder Generation um gut einen Punkt sinkt und nach vier Generationen noch bei 95 liegt. Nach demselben Prinzip, nur in die andere Richtung, hat sich über Jahrhunderte hinweg der Anstieg des IQ bei den osteuropäischen Juden ergeben. An dieser Entwicklung ändert sich auch nichts, wenn man einen Austausch zwischen den Gruppen unterstellt, wie er auch tatsächlich ständig vorkommt: Den Intelligenteren und Tüchtigeren gelingt der Aufstieg aus dem niedrigen Schicht- und Bildungsstatus, andere steigen dafür ab. Vielmehr trägt diese Tatsache zusätzlich dazu bei, dass sich tendenziell der Mangel an Begabung unten und die Begabung oben konzentriert.

Die Problematik liegt in der schichtspezifisch unterschiedlichen Nettoreproduktionsrate. Diese führt zwingend dazu, dass sich der Anteil der weniger Tüchtigen und weniger Intelligenten von Generation zu Generation erhöht, solange die Gruppen je nach sozialer Stellung eine unterschiedliche Fruchtbarkeit haben. Eine andere Analyse könnte sich nur ergeben, wenn man davon ausgeht, dass es überhaupt keinen Zusammenhang zwischen den vererblichen Fähigkeiten einerseits, dem Bildungsstand und der sozialen Stellung andererseits gibt. Das wird aber wohl niemand behaupten wollen. Selbst wenn der Zusammenhang nur gering ausgeprägt ist, wirkt er in Verbindung mit schichtspezifisch unterschiedlichen Fruchtbarkeiten selektiv.

In der Unterteilung des Statistischen Bundesamtes bedeutet »hoher« Bildungsstand einen akademischen Abschluss, Fachschulabschluss oder Abschluss als Meister/Techniker. Die Problematik verschärft sich noch, wenn man allein den Hochschul- und Universitätsabschluss betrachtet. Hier liegt der Anteil der kinderlosen Frauen in der Jahrgangskohorte 40 bis 45 Jahre mittlerweile bei über 40 Prozent.[33] In dieser Gruppe ist in den letzten Jahrzehnten auch die Kinderlosigkeit am stärksten gestiegen. Zwar ist überdurchschnittliche Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen generell nichts Neues, aber das Gewicht des Phänomens steigt durch die doppelte Wirkung des steigenden Anteils der Frauen mit Universitätsabschluss und des steigenden Anteils der Kinderlosen unter ihnen. 276

Noch krasser als bei der Gesamtheit der Frauen mit Universitätsabschluss ist allerdings die Entwicklung bei den wissenschaftlich Tätigen: 73 Prozent der im Mittelbau der Universitäten Tätigen in der Altersgruppe von 22 bis 44 Jahren haben keine Kinder, bei den Frauen sind es sogar 75 Prozent. Besonders wenige Kinder haben Paare, bei denen beide Wissenschaftler sind. Von den Professorinnen hat nur ein Drittel Kinder.[34]

Soweit auch nur ein geringer Teil der menschlichen Intelligenz erblich ist - und es gibt keinen wissenschaftlich begründbaren Zweifel daran, dass der Erbanteil der Intelligenz bei mindestens 50 Prozent liegt -, führt eine unterdurchschnittliche Fruchtbarkeit der intelligentesten Frauen (die ja infolge der homogamen Partnerwahl mit einer unterdurchschnittlichen Fruchtbarkeit der intelligentesten Männer einhergeht) zwingend zu einem Absinken der durchschnittlich ererbten Intelligenz. Diese Entwicklung vollzieht sich natürlich graduell und wird darum leicht unterschätzt, aber graduell war auch die Entwicklung der Arten von der Amöbe zum Menschen.

Generell ist für Deutschland empirisch belegt, dass die Fruchtbarkeit der Menschen umso höher ist, je niedriger der Bildungsgrad, der sozioökonomische Status, das Einkommen und - kausal mit den drei Punkten zusammenhängend - die Intelligenz ist. Mit diesen dysgenischen Wirkungen müssen sich alle Industriegesellschaften auseinandersetzen.[35] Die Wirkungen sind allerdings umso größer, je weiter die schichtabhängigen Geburtenraten auseinanderklaffen und je weniger Migration, soweit sie stattfindet, aufgrund ihrer Struktur kompensierend wirkt.

Migration

Migration nimmt im Wesentlichen über zwei Kanäle auf die Demografie Einfluss: durch die unmittelbaren Wirkungen der Zu- und Abwanderung selber und durch die Geburten der Migranten und ihrer Nachfahren. Deutschland konnte auch deshalb über viele Jahrzehnte die Bedeutung des Geburtenrückgangs für die demografische Entwicklung verdrängen, weil sich mehrere Wellen von Einwanderern quasi ablösten: In den sechziger und siebziger Jahren kamen die Gastarbeiter und holten ihre Familien nach, in den achtziger und neunziger Jahren folgten die Aussiedler aus der Sowjetunion, aber auch aus Polen und Rumänien, zu Beginn der achtziger Jahre, und vor allem in den neunziger Jahren, kamen die Kriegsflüchtlinge und Asylanten.

Bei den jüngeren Frauen entfallen mittlerweile 40 Prozent der Geburten auf Frauen mit Migrationshintergrund, darunter sind wiederum ein Drittel Frauen mit Migrationshintergrund Nah- und Mittelost sowie Afrika. Diese Frauen stellen in der Altersgruppe der 15- bis unter 35-Jährigen 6,5 277
Prozent, auf sie entfallen aber 13,5 Prozent der Geburten in dieser Gruppe, also mehr als das Doppelte. Frauen mit anderem Migrationshintergrund machen 18,6 Prozent dieser Altersgruppe aus, auf sie

entfallen 26,3 Prozent der Geburten. Der Anteil der Frauen ohne Migrationshintergrund beträgt demnach 74,9 Prozent, ihr Anteil an den Geburten aber nur 60,2 Prozent (Tabelle 8.8).

Der Anteil der Frauen mit muslimischem beziehungsweise afrikanischem Migrationshintergrund wächst in den jüngeren Altersgruppen rapide, und noch stärker wächst ihr Geburtenanteil. Interessant ist, dass der im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil überdurchschnittliche Geburtenanteil mit den jüngeren Jahrgängen nicht fällt, sondern steigt. Zwar lässt sich für die Gruppe der Frauen mit türkischem Migrationshintergrund beobachten, dass die Geburtenzahlen bei den jüngeren Frauen, die in Deutschland geboren wurden, niedriger sind, doch das wird offenbar überkompensiert durch den »Importeffekt« der im Wege des Familiennachzugs zuziehenden Ehepartner.

Wie kolossal die Dynamik ist, die sich durch die Kombination von hohen Geburtenraten und weiterem Zuzug entwickelt hat, kann man daran ermessen, dass sich der Anteil der muslimisch/afrikanischen Migranten in der Altersgruppe 15 bis unter 35 Jahren dreieinhalbmal so hoch darstellt wie in der Altersgruppe 50 bis unter 75 Jahren, bei den Kindern dieser Altersgruppe sogar viermal so hoch. Selbst ein maßvoll erscheinender Zuzug von 100 000 Migranten pro Jahr bedeutet im Lauf einer Generation 3 Millionen Migranten, die Hälfte davon Frauen. Unterstellt man nun, dass der Durchschnitt der zugezogenen Migranten und der bereits in Deutschland lebenden Frauen mit Migrationshintergrund eine Nettoreproduktionsrate von eins hat, der Durchschnitt der übrigen Frauen in Deutschland aber eine solche von 0,65, so ergibt sich daraus in der Abfolge der Generationen eine grundsätzliche Verschiebung der Bevölkerungsanteile (Tabelle 8.9).

Tabelle 8.8 Geburtenanteile mit Migrationshintergrund Nah-und Mittelost sowie Afrika

Altersgruppe	Anteil (in %) an den Frauen der Altersgruppe	Anteil (in %) an den Kindern von den Frauen der Altersgruppe
Migrationshintergrund		
Nah- und Mittelost, Afrika		
15 bis unter 35 Jahre	6,5	13,5
35 bis unter 50 Jahre	4,2	6,9
50 bis unter 75 Jahre	1,9	3,6
kein Migrationshintergrund		
15 bis unter 35 Jahre	74,9	60,2
35 bis unter 50 Jahre	82,0	77,2
50 bis unter 75 Jahre	87,3	85,6

Statistisches Bundesamt: *Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland,* Wiesbaden 2009, und eigene Berechnungen.

Tabelle 8.9 . 9 Modellrechnung zur Entwicklung des Bevölkerungsanteils der Migranten aus Nah und Mittelost sowie Afrika

	Bevölkerungsanteil in % der Generation				
Migrationshintergrund	0	1	2	3	4
Nah- und Mittelost, Afrika	6,5	20,1	37,9	56,2	71,5
kein oder anderer Migrationshintergrund	93,5	79,9	62,1	43,8	28,5

Statistisches Bundesamt: *Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland*, Wiesbaden 2009, und eigene Berechnungen.

Es handelt sich bei der Tabelle, das muss betont werden, um eine Modellrechnung und nicht um eine Prognose. Es gibt nämlich keine wissenschaftlich zuverlässige Methode, Geburtenverhalten und Zuwanderung über mehrere Jahrzehnte verlässlich vorherzusagen. Die Modellrechnung bestätigt in der Tendenz die bereits zitierte Aussage von Vural Öger, im Deutschland des Jahres 2100 werde es 35 Millionen Türken und ungefähr 20 Millionen Deutsche geben. Wem diese dynamische Anteilsveränderung unwahrscheinlich erscheint, der möge in die Jahre 1980 oder 1965 zurückschauen: Die seitdem bereits eingetretenen Anteilsveränderungen in der Bevölkerungsstruktur sind in ihrer Dynamik exakt vergleichbar. Die obige Modellrechnung ist nichts als die mathematisch zwingende Folge unter drei Annahmen: Der jährliche Zuzug liegt bei 100 000 Menschen, die Nettoreproduktionsrate der Migranten aus Nah- und Mittelost sowie Afrika bei eins und die durchschnittliche Nettoreproduktionsrate der übrigen Bevölkerung beträgt 0,65. Trifft man andere Annahmen - etwa dass die Zuwanderung über 100 000 Menschen jährlich liegt, dass ein Teil der jüngeren Deutschen abwandert, dass der Unterschied der Nettoreproduktionsraten größer ist -, sind die Relationsverschiebungen noch viel krasser. In der Modellrechnung wird eine Zuwanderung ausschließlich aus Nah- und Mittelost sowie Afrika unterstellt, denn nur das ist realistisch, weil Deutschland aus den bereits dargestellten Gründen für andere Zuwanderergruppen nicht in Frage kommen wird. Kühn in ihrem Optimismus und hinsichtlich der Größenordnung eher vorsichtig ist die Annahme, die Zuwanderung ließe sich auf 100 000 Menschen jährlich begrenzen. Werden es mehr, was viele glauben, dürfte die obige Modellrechnung äußerst blauäugig sein.

Dass die autochthonen Deutschen innerhalb kurzer Zeit zur Minderheit in einem mehrheitlich muslimischen Land mit einer gemischten, vorwiegend türkischen, arabischen und afrikanischen Bevölkerung werden, wäre die logische und zwingende Konsequenz aus dem Umstand, dass wir als Volk und Gesellschaft zu träge und zu indolent sind, selbst für ein bestanderhaltendes, unsere Zukunft sicherndes Geburtenniveau Sorge zu tragen, und diese Aufgabe quasi an Migranten delegieren. Ein Zyniker könnte argumentieren: Die können dann auch all die anderen niedrigen Arbeiten verrichten, die viele Deutsche - wie die Zeugung und Aufzucht von Kindern - nicht gerne selber erledigen. Ganz nebenbei wirkt der Strom der Migranten lohndrückend, da diese in Konkurrenz zur deutschen

Unterschicht treten. Die deutsche Mittel- und Oberschicht lebt dagegen kinderlos oder kinderarm und komfortabel in ihren Vorstadtvillen und schmucken Altbauwohnungen. Sie registriert nicht einmal, dass sich das Land infolge der demografischen Entwicklung bis zur Unkenntlichkeit verändert, dass es sich selbst aufzugeben droht - um das Mindeste zu sagen. Wenn sie es merkt, könnte es zu spät sein. Wie sagt Hegel so poetisch und so dunkel: »Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.« 279

Religion

Häufig wird behauptet, dass sich die Fertilität von Migranten mit der Angleichung der Mentalitäten und Lebensgewohnheiten schnell der Fertilität im Gastland annähere. Dies trifft nach den Beobachtungen in Deutschland bei den Migranten aus der EU und aus Osteuropa zu. Bei den muslimischen Migranten verhält es sich allerdings anders. Nicht nur, dass bei diesen die gesamte kulturelle Anpassung recht zögerlich verläuft - soweit sie überhaupt stattfindet (es wurde die teilweise sogar rückläufige Entwicklung in der zweiten Generation mehr als ausgeglichen durch die Effekte des Familiennachzugs). Aber auch ein anderer Faktor mag eine Rolle spielen, nämlich die recht starke Religiosität der muslimischen Migranten, eine Erscheinung, die in der jungen Generation sogar noch zuzunehmen scheint.

Der Zusammenhang zwischen Fertilität und Religiosität ist seit langem bekannt. Meistens wurde er auf den traditionalen Charakter von Gesellschaften mit hoher Religiosität zurückgeführt. Die Verweltlichung der Gesellschaft und der Geburtenrückgang erschienen dann als zwei Teilaspekte ein und desselben gesellschaftlichen Modernisierungsvorgangs. Das scheint aber bestenfalls eine Teilwahrheit zu sein. So ist auffallend, dass in den USA besonders religiöse Gruppen wie die Evangelikalen oder die Mormonen eine überdurchschnittliche Geburtenrate haben, was wenigstens teilweise den Umstand erklären mag, dass in den USA trotz des fast vollständigen Fehlens einer staatlichen Familienpolitik die Nettoreproduktionsrate der ansässigen Bevölkerung über alle Gruppen hinweg bei eins liegt.

Unterschiedliche Untersuchungen in unterschiedlichen Ländern belegen weltweit auch für die heutige Zeit einen positiven Zusammenhang zwischen Religiosität und Fertilität.[36] Der Religionswissenschaftler Michael Blume konnte zeigen, dass mit der Religiosität die Zahl der Kinder umso mehr steigt, je bindungsstärker die Religionsgemeinschaft ist, der die Menschen angehören, und das gilt umso mehr, je stärker sie sich ihr zugehörig fühlen.[37] Blume versucht zu belegen, dass dieser Zusammenhang über die Zeiten hinweg systematisch besteht: Je säkularer und glaubensferner ein Volk oder eine soziale Gruppe ist, umso niedriger ist auch die Geburtenrate. 280

Religion war niemals zu trennen vom Tod und von der Entstehung des Lebens, damit auch nicht von Sex und Fortpflanzung. Die Erhaltung und Vermehrung des Lebens war zu allen Zeiten ein religiöses Gebot. Religiöse Bindung stärkt das Gruppenverhalten, fördert den Altruismus und lenkt den Blick generell mehr auf jene Werte und Ziele, die das eigene Ich transzendieren. Wenn die von Blume schlüssig begründete und sauber belegte Verbindung zwischen Religiosität und generativem Verhalten tatsächlich besteht, so hätte dies zur Folge, dass sich die demografischen Gewichte immer wieder neu zu religiösen Gruppen hin verschieben, wobei dahingestellt bleiben mag, ob Religiosität durch die soziale Überlieferung und den kulturellen Kontext vermittelt wird oder ob auch eine genetische Komponente eine Rolle spielt. Letzteres ist wahrscheinlich, da es zu allen Zeiten unter allen Menschen irgendeine Form von Religiosität gab. Wie immer die Erklärung auch lautet, die rein empirische Tatsache, dass die Nettoreproduktionsrate mit der Religionsnähe steigt, ist vielfach belegt. Ein besonders starker Beleg ist die von Michael Blume vorgenommene Auswertung der Schweizer Volkszählung vom Jahr 2000. Die Teilnahme war gesetzlich verpflichtend. Über 96 Prozent der Schweizer gaben dabei ihre Religionszugehörigkeit an. Differenziert nach der Zahl der Lebendgeborenen je Frau ergab sich dabei folgendes Bild:[38]

Hinduismus	2,79
Islam	2,44
jüdisch	2,06
freikirchlich	2,04
Evangelikale	2,02
Schweizer Durchschnitt	*1,43*
römisch-katholisch	1,41
evangelisch-reformiert	1,35
keine Religion	1,11

Blume behauptet: »In einem gewissen Sinne wächst Religiosität... auch nach Perioden der Säkularisierung immer wieder in neuen Formen nach, sowohl durch demografisch erfolgreich adaptierte religiöse Minderheiten im Inneren wie durch (meist aus religiös-kinderreicheren Familien stammende) Zuwanderung. Und diese Befunde sind natürlich auch für die Evolutionsforschung des Menschen außerordentlich interessant, legen sie doch nahe, dass auch Religiosität als erfolgreiches, genetisch veranlagtes Merkmal evolviert sein könnte - und weiter evolviert.«[39] Und Friedrich August von Hayek, selbst ein Agnostiker, schrieb der religiösen Gesinnung einen natürlichen Selektionsvorteil zu, wenn sie Altruismus, die Existenz der Familie und Sondereigentum befördert, mithin Sachverhalte, die günstig sind für die weitere kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung.[40]

Die vergleichsweise starke Religiosität der Muslime in Deutschland macht es wahrscheinlich, dass deren Fruchtbarkeit dauerhaft über dem deutschen Durchschnitt liegen wird. Umgekehrt bedeutet der hohe und wachsende Anteil konfessionsloser Menschen unter den Deutschen einen dauernden Druck auf die deutsche Geburtenrate. Die Schweizer Verhältnisse lassen sich durchaus auf Deutschland übertragen: Bei den Konfessionslosen gibt es nur 1,11 Lebendgeborene je Frau gegenüber 1,43 im 281

Schweizer Durchschnitt, 2,02 bis 2,06 bei den Evangelikalen, Freikirchlichen und Juden und 2,44 bei den Muslimen.

Ein kleines Bevölkerungsmodell

Die Zahlen lassen es gerechtfertigt, ja geradezu geboten erscheinen, eine höhere Fruchtbarkeit der Bevölkerung muslimischen Glaubens als langfristig stabilen Trend zu konstatieren. Daneben besteht der ebenfalls langfristig stabile Trend, dass Menschen mit niedriger Bildung eine überdurchschnittliche und Menschen mit hoher Bildung eine unterdurchschnittliche Geburtenrate haben. Kombiniert man die beiden bereits durchgeführten Modellrechnungen für die Bevölkerungsstruktur nach der sozialen Schichtung und dem Migrantenanteil, so ergibt sich die in Tabelle 8.10 aufgeführte Entwicklung.

Der wachsende Geburtenanteil der muslimischen Migranten führt übrigens dazu, dass der Rückgang der Bevölkerung nach einigen Generationen ausläuft und ein neues Wachstum einsetzt. Wie sich dies in den einzelnen Bevölkerungsgruppen auswirkt, zeigt Tabelle 8.11. Es soll noch einmal betont werden, dass es sich um eine reine Modellrechnung und keine Projektion oder gar Prognose handelt. Wenn man dennoch unterstellt, dass es bei der gegenwärtigen Nettoreproduktionsrate der Menschen mit hoher Bildung bleibt, dann sinkt ihr Anteil von heute 21 Prozent nach drei Generationen auf 5,9 Prozent, ihre absolute Zahl geht um 83 Prozent auf rund 17 Prozent des heutigen Bestandes zurück. Das Problem ist dabei nicht, dass die Zahl der Nachfahren von Menschen mit hoher Bildung von Generation zu Generation schrumpft. Das wäre nicht so wichtig, wenn alle Menschen gleich begabt wären, dann wäre Bildung nämlich eine reine Erziehungsfrage. Da Bildungsgrad und erbliche Intelligenz aber in einem befruchtenden Zusammenhang stehen, muss es mit der Zeit abträglich für das intellektuelle Potential der Bevölkerung sein, wenn Menschen mit hohem Bildungsgrad andauernd eine unterdurchschnittliche und Menschen mit niedrigem Bildungsgrad andauernd eine überdurchschnittliche Fertilität haben.

Die Modellrechnung macht ferner deutlich, dass jedes Geburtendefizit - mögen die Fertilitätsraten der einzelnen Gruppen auch noch so unterschiedlich sein - sich allmählich selbst abbremst. Der Geburtenanteil der Gruppen mit höherer Fertilität nimmt nämlich zu und hebt damit auch die durchschnittliche Geburtenrate, während der Anteil der Gruppen mit niedriger Fertilität unwiderruflich sinkt, häufig auf einen infinitesimalen oder sehr niedrigen Wert - im Beispiel unserer Modellrechnung der Anteil der Nachfahren der Bevölkerungsgruppe mit hoher Bildung.

Tabelle 8.10 . 10 Migrantenanteil und Schichtzugehörigkeit

Migrationshintergrund/Schicht		Bevölkerungsanteil in % der Generation 0	1	2	3	4
Nah- und Mittelost, Afrika		6,5	20,1	37,6	55,2	69,7
übrige Bevölkerung		93,5	79,9	62,4	44,8	30,3
nach Bildungsstand	niedrig	13,6	14,3	13,7	11,8	9,5
	mittel	58,9	50,3	38,8	27,1	17,5
	hoch	21,0	15,2	9,9	5,9	3,2

Eigene Berechnungen nach Satistisches Bundesamt: Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsberechnung. Alle Daten unter <www.destatis.de>.

Tabelle 8.11 . 11 Bevölkerungsentwicklung nach Migrantenanteil und Schichtzugehörigkeit

Migrationshintergrund/Schicht		Generation 0	1	2	3	4
		(Generation 0 = 100)				
Nah- und Mittelost, Afrika		100	235,7	371,5	507,2	643,0
übrige Bevölkerung		100	65,0	42,8	28,6	19,4
nach Bildungsstand	niedrig	100	80,5	64,8	52,2	42,0
	mittel	100	65,0	42,3	27,5	17,9
	hoch	100	55,0	30,3	16,6	9,2
	gesamt	100	76,1	64,2	59,7	59,9

Eigene Berechnungen nach Satistisches Bundesamt: Schätzwerte der 12. koordinierten Bevölkerungsberechnung. Alle Daten unter <www.destatis.de>.

Weshalb Einwanderung für Deutschland keine Lösung ist

Wachstum oder Schrumpfung einer Bevölkerung haben für sich genommen keinen Eigenwert. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ergibt sich aus der Entwicklung der Sterblichkeit und der freien Entscheidung der Menschen über die Zahl ihrer Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt. Das ist grundsätzlich auch gut so.

Zum legitimen Objekt für staatliches Handeln wird die Bevölkerungsgröße - lässt man außenpolitische, militärische und machtpolitische Überlegungen außer Acht - aber in zwei Fällen:

1. Wenn das natürliche Bevölkerungswachstum die Möglichkeiten eines Landes übersteigt, alle Einwohner zu ernähren und angemessen zu versorgen.
2. Wenn durch Schrumpfung der Bevölkerung die notwendige Balance zwischen den Erwerbsfähigen und den nicht (mehr) Erwerbsfähigen gefährdet ist.

Der erste Fall betrifft viele Entwicklungsländer. Eine ebenso rabiate wie effiziente Maßnahme war hier die Ein-Kind-Politik Chinas. Mit dem zweiten Fall ist eine Reihe alternder Industriestaaten konfrontiert, darunter auch Deutschland. In Zeiten des Booms und Arbeitskräftemangels wirkte der Import von Arbeitskräften kurzfristig entlastend und steigerte den Wohlstand der Einheimischen. Diese Erfahrung machten die Deutschen in den sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Zweifel am Erfolg des Unternehmens stellten sich ein, als es um die Folgen ging, nämlich volle Integration der Gastarbeiter in den deutschen Sozialstaat und Familiennachzug.

Grundsätzlich kann man sagen, dass gut gebildete migrantische Arbeitskräfte, die ihr Leben lang in Deutschland arbeiten oder nach Beendigung ihrer Beschäftigung Deutschland wieder verlassen, einen positiven Beitrag leisten - jedenfalls wenn auch die Familien, die sie mitbringen oder nachholen, ausreichende Integrationsbereitschaft und Leistungsfähigkeit zeigen. Umgekehrt verursachen migrantische Gruppen mit unterdurchschnittlicher Erwerbsbeteiligung und überdurchschnittlicher Transferabhängigkeit fiskalisch mehr Kosten als Nutzen. Hinzu kommen die kulturellen Anpassungslasten, die nach Herkunft der Migranten unterschiedlich groß sind.

Australien, Kanada und die USA nutzen die Möglichkeit, ihre Einwanderer nach Herkunftsland, Qualifikation und Vermögen handverlesen auszuwählen. In Kanada sind die Einwanderer durchschnittlich qualifizierter als die Einheimischen und heben so das intellektuelle wie auch das

Qualifikationsniveau entsprechend. In Deutschland und in den meisten europäischen Ländern ist das nicht der Fall, weil sie viel weniger attraktiv sind für qualifizierte Einwanderer und daher nicht die Besten anlocken. Lediglich Großbritannien hat aufgrund der Sprache bessere Chancen, und Spanien ist aus demselben Grund attraktiv für Einwanderer aus Südamerika. Für das übrige Europa und Deutschland bleibt im Wesentlichen die muslimische Einwanderung aus Nah- und Mittelost sowie Afrika. Diese Einwanderer sind wenig qualifiziert und bildungsfern, sie werden vor allem angezogen durch die Sozialtransfers in Europa, und sie haben einen völlig anderen kulturellen Hintergrund.

Die international vergleichbaren Pisa-Ergebnisse machen es möglich, die Leistungen von Migrantenkindern international miteinander zu vergleichen: Die mathematische Kompetenz war im Pisa-Test von 2003 so normiert, dass der OECD-Durchschnitt bei 500 Punkten lag. Auf der Basis von Pisa 2003 wurde in einer Querschnittsuntersuchung die mathematische Kompetenz der Kinder von Migranten in 13 Bestimmungsländern, die aus 15 Herkunftsländern kamen, untersucht.[41] Die Ergebnisse zeigt die Tabelle 8.12 (zur Interpretation der Zahlen muss man wissen, dass 25 Punkte etwa dem Kompetenzunterschied eines Schuljahres entsprechen). Welten trennen die mathematische Kompetenz eines Migrantenkindes aus Vietnam, China oder Indien von jener eines Migrantenkindes aus Pakistan oder der Türkei. Die unterschiedliche Struktur der Immigration in den Bestimmungsländern hat zur Folge, dass sich die durchschnittlichen Kompetenzprofile der Migranten je nach Bestimmungsland stark unterscheiden. Die qualifizierte Immigration in anderen Ländern erhöht dort die durchschnittliche Kompetenz (und wahrscheinlich auch Intelligenz), in Deutschland ist es dagegen umgekehrt. Bemerkenswert ist die Eindeutigkeit, mit der international Migranten aus Ostasien in der mathematischen Kompetenz an der Spitze und solche aus muslimischen Ländern am Ende stehen. Ein Beitrag zur Erhöhung des Kompetenzniveaus im Land ist muslimische Einwanderung also nicht.

Aufgrund des unterschiedlichen kulturellen Hintergrundes neh-men Konflikte, Reibungsverluste und Unzuträglichkeiten mit einem wachsenden Anteil muslimischer Migranten an der Bevölkerung progressiv zu. Da diese Migranten vorwiegend in den Städten und dort gerne in ethnischen Vierteln 284
leben, würde eine weitere nennenswerte muslimische Einwanderung bedeuten, dass diese in einer wachsenden Zahl von Städten und Gemeinden zur Mehrheit werden. Das deutet sich bereits heute in vielen Städten und Gemeinden Deutschlands an. Leider gibt es dazu keine Statistiken und zuverlässigen Untersuchungen, die generalisierende quantitative Rückschlüsse zulassen.[42] Aber der Augenschein bestätigt, dass es Hunderte von Vierteln wie Duisburg-Marxloh und Berlin-Neukölln gibt.

Tabelle 8.12 Pisa-Punktwerte von Migrantenkindern 2003

Herkunftsland	Pisa-Punktwert	Bestimmungsland	Pisa-Punktwert
Vietnam	565	Schottland	555
China	564	Neuseeland	548
Indien	563	Australien	527
Polen	499	Irland	504
Weißrussland	490	Schweiz	461
Marokko	452	Österreich	455
Pakistan	463	Deutschland	442
Türkei	447		

Vgl. Mark Levels/Jaap Dronkers/Gerbert Kraaykamp: »Immigrant Children's Educational Achievement in Western Countries: Origin, Destination, and Community Effects on Mathematical Performance«, in: *American Sociological Review* Bd. 73 (2008), S. 835ff., Tabelle 2.

In den niederländischen Gemeinden werden Bevölkerungsbestand und Geburten nach Autochthonen und Allochthonen getrennt erfasst. Bereits 2003 hatte Amsterdam eine migrantische Bevölkerung von 47 Prozent, auf die 56 Prozent aller Geburten entfielen.[43] Eine kontinuierliche Berichterstattung über die Entwicklung solcher innerstädtischer ethnischer Strukturen fehlt in Deutschland. Vorhandene Untersuchungen zeigen immerhin, dass türkische Staatsbürger sich am stärksten segregieren[44] und dass »ein deutlicher Zusammenhang zwischen Ausländeranteil, Sozialhilfebezug und Arbeitslosigkeit in Wohnvierteln« besteht.[45]

Deutschland wird sich kulturell bis zur Unkenntlichkeit verändern, wenn wir einer Entwicklung freien Lauf lassen, die dazu führen kann - und wahrscheinlich führen wird -, dass die großen Städte Deutschlands, vielleicht aber auch das ganz Land, nach wenigen Generationen von einer muslimischen Mehrheit türkischer, arabischer und afrikanischer Herkunft bewohnt wird. Nationale Identität und gesellschaftliche Stabilität bedürfen aber einer gewissen Homogenität in Werthaltungen und akzeptierten kulturellen Überlieferungen. Und es gilt die Mahnung von Stefan Luft: »Der Staat muss Gesetzesgehorsam verlangen, er wird aber zur Gesinnungsdiktatur, wenn er im Namen der Toleranz die Anerkennung bestimmter >Werte< verlangt, obwohl er dafür keine gesetzliche Grundlage hat.«[46] Dieses Problem wird umso drängender, je höher der Anteil der Migranten mit anderer Wertestruktur ausfällt. Lösbar ist es nur, indem man das rapide Wachstum dieser Bevölkerungsanteile begrenzt.

Viele muslimische Migranten tun sich besonders schwer damit, sich aus der frommen Tyrannei der Tradition zu lösen und die kulturelle Fremdheit in der neuen Umgebung zu überwinden.[47] Kulturelle Überlieferungen kommen von den Eltern auf die Kinder und ändern sich umso langsamer - wenn überhaupt -, je größer die Migrantengruppe im Verhältnis zur autochthonen Bevölkerung ist. Amerikanische Untersuchungen belegen, dass die Meinungen der zweiten Generation von Immigranten 285
zum Beispiel über Fragen der Umverteilung stark beeinflusst sind von Meinungen, die in den Ländern dominieren, aus denen ihre Eltern stammen. Das gilt selbst dann, wenn man Einflüsse wie Alter, Einkommen und Erziehung ausklammert.[48] Dabei umfasst kulturelle Überlieferung keineswegs nur messbare »Ansichten«, sondern auch Mentalitäten, grundsätzliche Lebenseinstellungen, Werthaltungen, Weltsichten. Die Besorgnis von Herwig Birg, es könne ein »Kulturbruch« eintreten, wenn sich muslimische Bevölkerungsanteile über ein bestimmtes Maß hinaus erhöhen, erscheint durchaus realistisch.

Die kulturelle Fremdheit muslimischer Migranten könnte relativiert werden, wenn diese Migranten ein besonderes qualifikatorisches oder intellektuelles Potential verhießen. Das ist aber nicht erkennbar. Anzeichen gibt es eher für das Gegenteil, und es ist keineswegs ausgemacht, dass dies ausschließlich an der durchweg bildungsfernen Herkunft liegt.[49] So spielen bei Migranten aus dem Nahen Osten auch genetische Belastungen - bedingt durch die dort übliche Heirat zwischen Verwandten - eine erhebliche Rolle und sorgen für einen überdurchschnittlich hohen Anteil an verschiedenen Erbkrankheiten.[50]

Die beruflichen Qualifikationen wie auch die schulischen Leistungen ordnen die muslimischen Migranten selbst in der zweiten Generation hinsichtlich Qualifikation und Bildungspotential überwiegend der deutschen Unterschicht zu. Durch weitere Migration aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika vergößern sich die strukturellen Probleme noch, die wir schon heute damit haben, dass der Anteil der intellektuell weniger leistungsstarken Schichten in Deutschland demografisch

bedingt kontinuierlich zunimmt. Darüber hinaus wird immer wieder verdrängt, dass die deutsche Einwanderung der letzten Jahrzehnte nicht Einwanderung in die Erwerbstätigkeit, sondern überwiegend Einwanderung ins Sozialsystem war: Von 1970 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland von 3 auf 7,3 Millionen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer blieb dagegen mit 1,8 Millionen konstant.[51] Das deutsche System der Grundsicherung - so konstruiert, dass in Deutschland jeder mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens hat - verschafft den muslimischen Migranten in Deutschland anforderungsfrei und ohne Arbeit ein Einkommen, das nach den Maßstäben ihrer Heimat nur als traumhaft bezeichnet werden kann. Damit sind auch die Einkommensansprüche dieser Migranten von Anfang an großenteils weit über ihrem Qualifikationsniveau angesiedelt, ihre hohe Arbeitslosigkeit ist damit vorprogrammiert.

Wer aus Afrika, Nah- und Mittelost nach Deutschland einwandert, will seinen Lebensstandard 286
verbessern. Das garantiert ihm das deutsche Sozialsystem auch ohne Arbeit. Wer dagegen in die USA oder nach Kanada einwandert, weiß genau, dass ihm nur seine Hände und sein Kopf zu einem besseren Leben verhelfen können. Wer sich wenig zutraut oder Anstrengungen nicht auf sich nehmen will, wird in diese Länder nicht einwandern. Die Einwanderer stellen dort also eine positive Auslese dar. Das ist in Deutschland und Europa nicht der Fall. Nach Deutschland einzuwandern lohnt sich auch für Unfähige und Faule, sofern ihr Heimatland nur arm genug ist.

All diese Schwierigkeiten laden wir uns auf, obwohl Migration nicht einmal das Kernproblem lösen kann, das sie nach Meinung vieler lösen soll, nämlich für einen strukturellen Ausgleich des Geburtenrückgangs zu sorgen. Bereits 2000 zeigte eine UNO-Studie, dass der beständige Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland nur durch jährlich knapp 500 000 Einwanderer aufgehalten werden könnte. Die seit 1996 Eingewanderten und ihre Nachfahren würden dann in Deutschland bereits 2050 einen Bevölkerungsanteil von annähernd 36 Prozent erreichen.[52] Hätte man das Ziel, die Relation von alten Menschen zu Menschen im erwerbsfähigen Alter durch Einwanderung konstant zu halten, so betrüge der Anteil der seit 1996 Eingewanderten und ihrer Nachfahren an der Bevölkerung in Deutschland zur Jahrhundertmitte bereits 80 Prozent. Der künftige Mangel an qualifizierter Jugend ist bei der Struktur unserer Einwanderer aber auch unabhängig von ihrer Menge nicht zu lösen:

> »Einwanderer ohne Hochschulabschluss und selbst länger arbeitende einheimische Akademiker können nämlich eines nicht - die kritische Masse begabter junger Leute bereitstellen, die von klein auf mit High-Tech heranwachsen, souverän mit ihr umgehen und sie dann ehrgeizig und voller Ungeduld auf neue Höhen führen wollen... Nichtgeborene vollwertig zu ersetzen, ist kaum einfacher als Tote aufzuwecken.«[53]

Vor dem Hintergrund dieser Fakten und Zusammenhänge mutet das von manchen Ökonomen gern geübte allgemeine Lob der Migration naiv an. Manche Dinge lassen sich eben nur beurteilen, indem man sich über konkrete Fakten und Zusammenhänge beugt; allgemeines Gerede führt da nicht weiter.[54]

Für eine Übergangszeit von mehreren Jahrzehnten sind die demografischen Strukturverschlechterungen, die sich aus dem bereits eingetretenen Geburtenrückgang ergeben, nicht mehr aufzuhalten. Die Alterslastquote wird sich bis 2060 in jedem Fall dramatisch zum Schlechteren verändern. Selbst wenn ab sofort der Wanderungssaldo in Deutschland bei null läge, würde sie nicht 287
viel schlechter sein. Das ist das überraschende Ergebnis der bereits angeführten Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes (siehe Tabelle 8.6, Seite 343). Die einzige sinnvolle Handlungsperspektive kann daher nur sein, weitere Zuwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika generell zu unterbinden. Dies erfordert freilich auch, dem hohen und in Zukunft wohl noch wachsenden Einwanderungsdruck mit Energie entgegenzutreten.[55]

Weshalb die Nettoreproduktionsrate kein Schicksal sein darf

Die Fremden, die Frommen und die Bildungsfernen sind in Deutschland überdurchschnittlich fruchtbar. Im Falle der muslimischen Migranten sind die drei Gruppen weitgehend deckungsgleich. Das wäre weniger schlimm, wenn nicht gleichzeitig die deutsche Bevölkerung mit mittlerer und hoher Bildung in jeder Generation um ein Drittel schrumpfen und zu den in Tabelle 8.11 (Seite 365) dargestellten absurden Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur führen würde.

Die Folgen für Deutschlands intellektuelles und technisches Potential, seinen Lebensstandard und seine Stellung in der Welt liegen auf der Hand. Wenn es so weitergeht, sind in einigen Generationen allerdings nur noch wenige Deutsche da, die das betrauern können. Herwig Birg befürchtet, »dass der demografische Niedergang Deutschlands (und Europas) rückblickend einmal als ein Vorzeichen für den Abschied unseres Landes aus seiner tausendjährigen Geschichte gedeutet werden könnte, ohne dass die Gefahr den heutigen Zeitgenossen überhaupt bewusst war«.[56]

Birg ist pessimistisch: »Da politische Macht in einer Demokratie durch Wahlen errungen wird, für deren Erfolg sich das Versprechen einer sorglosen Zukunft als geeignetes Mittel erwiesen hat, ist die Verdrängung der demografischen Probleme zu einer heimlichen überparteilichen Staatsräson unseres demokratischen Wohlfahrtsstaats geworden.«[57] Es kann einiges anders kommen, wenn die Nettoreproduktionsrate der deutschen Mittelschicht und insbesondere der Bevölkerung mit hohem Bildungsstand wieder steigt. Auch ohne Einwanderung könnte der Trend zur Vergreisung umgekehrt und in zwei Generationen wieder eine günstigere Bevölkerungsstruktur erreicht werden, weil sich auch die Intelligenten nicht mehr unterdurchschnittlich fortpflanzen. Dazu wird es aber nur *kommen, wenn, ja wenn die Deutschen ziemlich rasch und recht radikal ihr Geburtenverhalten ändern,* und das heißt, dass die Unterschicht weniger Kinder bekommt und die Mittel- und Oberschicht deutlich mehr als bisher.

Hebel und Ansatzpunkte dafür gibt es, man muss sie allerdings auch bedienen wollen. Dafür sehe ich 288
in Deutschland gegenwärtig leider weder gesellschaftliche noch politische Mehrheiten. Man hält es lieber mit der von Birg beklagten Verdrängung. In wenigen Jahrzehnten, wenn die prognostizierten Bevölkerungsverschiebungen in voller Entfaltung sind, wird es aber zu spät sein. Jede der denkbaren Maßnahmen, die einen Umschwung bewirken könnten, trägt einen Widerspruch in sich. Fast alle können bei entsprechendem Blickwinkel als politisch anstößig bezeichnet werden.

Voraussetzung für jede tatsächliche Änderung ist ein gesellschaftlicher und politischer Konsens dahingehend, dass es dringend, zwingend und alternativlos ist, die Geburtenrate in Deutschland erheblich zu steigern und gleichzeitig die Anteile der Mittel- und Oberschicht an den Geburten deutlich zu erhöhen. Wenn darüber Einigkeit herrscht, lässt sich ganz anders über die zu ergreifenden Maßnahmen diskutieren. Ohne solch einen Konsens wird alles zerredet werden und an inneren Widersprüchen scheitern.

Der schwedische Soziologe Gunnar Myrdal hat sich am Beispiel seines Heimatlandes bereits in den 1930er Jahren intensiv damit auseinandergesetzt, dass eine entwickelte westliche Gesellschaft in der Summe die Tendenz hat, weniger fruchtbar zu sein, als es für die Nachhaltigkeit ihres Fortbestandes notwendig wäre, und er hat sich auch damit auseinandergesetzt, dass es darüber hinaus nicht gleichgültig ist, wer die Kinder bekommt.[58]

Sozialisation und die Logik des gelebten Lebens

Die bürgerliche westfälische Familie Sarrazin, der ich väterlicherseits entstamme, ist im 19. Jahrhundert stark gewachsen. Das nahezu einheitliche Muster der Familiengründung lässt sich anhand des Familienarchivs gut verfolgen: Die jungen Männer machten eine Ausbildung und erste berufliche Schritte, bis sie eine auskömmliche Anstellung hatten. Im Alter zwischen 27 und 32 hielten sie um die Hand einer Tochter aus gutem Hause an, also um ein Mädchen mit guter Erziehung und einer gewissen Mitgift. Die jungen Frauen waren mindestens 19, aber kaum älter als 25 Jahre. Dann kamen in rascher Folge vier bis sieben Kinder, und wenn die Frau Anfang bis Mitte 30 war, war die Phase der Familienbildung abgeschlossen. Scheidungen sind mir aus dem Familienarchiv nicht überliefert. Mütterlicherseits war das Muster bei meinen Vorfahren ähnlich, und es setzte sich fort bis zur Generation meiner Eltern.

Im 19. Jahrhundert konnte keine Rede davon sein, dass die gebildeten Schichten unterdurchschnittlich fruchtbar waren, im Gegenteil: Ein erstaunlich großer Teil der Menschen heiratete gar nicht, weil er nicht die Mittel zur Gründung einer Familie hatte, und die Kindersterblichkeit unter den Armen war hoch. Wer heiratete, hatte allerdings umso mehr Kinder. In einer Hinsicht stand die DDR noch in der Tradition des 19. Jahrhunderts: Die Frauen bekamen früh Kinder, selbst die Studentinnen und späteren Akademikerinnen, und zwar großenteils noch während des Studiums. Das hatte sogar Vorteile, denn man erhielt eher eine Wohnung. Überdies gab es genügend Kitas und Krippenplätze, so dass man trotz Kindern studieren konnte. Das in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten bekannte Phänomen, dass Frauen mit hoher Bildung weniger Kinder bekommen, kannte man in der DDR nicht. Es »lohnte« sich dort aber auch nicht, Kinder zu bekommen und auf diese Weise durch Geldleistungen den Lebensstandard zu verbessern. Die Grundbedürfnisse waren für alle gedeckt, und kaufen konnte man nicht so viel. Darum gab es auch keine überdurchschnittliche Geburtenhäufigkeit in der Unterschicht.

Die im Verhältnis zur alten Bundesrepublik höhere Fruchtbarkeit der Gebildeten und niedrigere Fruchtbarkeit der Unterschicht wirkten sich günstig auf die durchschnittliche Intelligenz in der DDR aus. Der Intelligenzforscher Volkmar Weiss schätzt den Durchschnitts-IQ der zuletzt in der DDR geborenen Kinder wegen der Zusammensetzung der Elternschaft auf 102, für die heute in Gesamtdeutschland Geborenen schätzt er wegen des hohen Unterschichtanteils die durchschnittliche Intelligenz auf 95 Punkte (siehe Kapitel 3, Anmerkung 79).

Ganz anders ist die Lebenslage im heutigen Deutschland, wie zwei typische Fallbeispiele deutlich machen:

- Fall 1:

  Wenn ein Mädchen die Hauptschule nicht abschließt oder keine Berufsausbildung macht und in jungen Jahren ein Kind bekommt, wird es über die Grundsicherung mit Wohnung und Familieneinkommen ausgestattet, mit oder ohne Arbeit, mit oder ohne Partner, mit einem oder mehreren Kindern. Ein bescheidener Lebensstandard ist gesichert, und er verbessert sich mit jedem Kind. Zu beobachten ist eine überdurchschnittliche Fruchtbarkeit der transferabhängigen oder jedenfalls in prekären Verhältnissen lebenden Unterschicht sowie der Gruppe der Bildungsfernen. Zieht die Frau mit einem Partner zusammen, verschlechtert sich aus Gründen der Transferarithmetik der Lebensstandard. Das System prämiert das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt und das Alleinerziehen, und es bestraft die traditionelle Familienstruktur.

- Fall 2:

  Eine Abiturientin absolviert ein Studium in der in Deutschland üblichen Studienzeit, macht Examen und etabliert sich im Beruf. Jetzt ist sie 28 bis 30 Jahre alt und sucht einen Partner. Wenn sie eine Familie gründet, so ist sie in dem Alter, in dem Frauen früher das dritte, vierte oder fünfte, jedenfalls das letzte Kind bekamen. Die sogenannte biologische Uhr tickt, da bereits die Hälfte der fruchtbaren Jahre, also die Zeit zwischen dem 15. und dem 49. Lebensjahr, verstrichen ist und weil vor allem ab Mitte 20 die Empfängniswahrscheinlichkeit von Jahr zu Jahr sinkt. Wenn dann das erwünschte Kind kommt, ist vielleicht noch Zeit und Kraft für ein zweites, aber nicht mehr für ein drittes oder viertes Kind.

In beiden Fällen ist es nicht leicht, vorhandene Muster zu überwinden, denn wo sollte das Motiv für die Betroffenen liegen? Die junge Frau ohne abgeschlossene Ausbildung hat keine anderen Perspektiven, die sich aufdrängen. Wenn sie wenig Ehrgeiz hat und nicht sehr intelligent ist, wird sie darin kein Problem sehen. Mit Not und Schande ist ihre Lebenslage ja nicht verbunden. Mit mehr Intelligenz und Ehrgeiz wäre sie allerdings nie in diese Lage gekommen. Auf der anderen Seite weiß die Abiturientin/Hochschulabsolventin, dass die Ehe keine lebenslange Versorgung mehr verspricht. Sie möchte im Regelfall auch einen mindestens gleichrangigen Partner, was die Partnersuche für gebildete, erfolgreiche Frauen besonders schwierig macht, und sie wird nur begrenzt bereit sein, ihre eigene berufliche Zukunft der Familiengründung unterzuordnen. Das logische Resultat ist ein Anteil Kinderloser von 30 bis 40 Prozent und eine Nettoreproduktionsrate von um die 0,5 in der Gruppe der Gebildeten.

Generell bewirkt die Sozialisation in der modernen Gesellschaft, dass die Optimierung des eigenen Lebenslaufs - Selbstverwirklichung ist vielleicht ein zu großes Wort - im Mittelpunkt steht. Das ist vollkommen legitim; zahlreiche Künstler und Wissenschaftler haben immer schon so gehandelt. Partnerschaft, Familie und Kinder sind keine Selbstverständlichkeiten mehr, sondern Bausteine eines Lebensentwurfs, in dessen Rahmen sie nicht mehr Ziel, sondern Instrument sind. Hohe Scheidungsraten und häufige Partnerwechsel müssen nicht bedeuten, dass Ehen und Partnerschaften schlechter funktionieren als früher, sondern dass die Ansprüche an sie höher geworden sind. Aus ökonomischer Sicht könnte man sagen, dass der einigermaßen erfolgreiche moderne Mensch, der unter vielen Lebensentwürfen wählen kann, sein Leben optimiert, indem er den Grenznutzen unterschiedlicher Aktivitäten zum Ausgleich bringt, und das bedeutet eben weniger stabile Partnerschaften und in diesen Partnerschaften weniger Kinder.

Vorsicht ist geboten bei der eilfertigen Aufzählung aller Hindernisse, die der Zeugung und Erziehung von Kindern in der modernen Welt entgegenstehen: Noch nie wurden Familien in Deutschland so breit

unterstützt wie heute, noch nie waren sowohl die materiellen Hilfen als auch die Betreuungs- und Bildungsangebote so umfangreich. Betrachtet man die »Hindernisse«, müssten die Geburtenziffern in Großbritannien und in den USA noch viel niedriger sein als bei uns, da es gerade in den Vereinigten Staaten nichts gibt, was man mit unserer »Familienpolitik« vergleichen könnte. In beiden Ländern bringen die gebildeten Schichten zudem erhebliche Summen für die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder auf, die in dem deutschen vorwiegend staatlich finanzierten System gar nicht anfallen, und sie tun dies ganz selbstverständlich.[59] Doch auch jene Industrieländer, die eine deutlich höhere Geburtenrate aufweisen als Deutschland - nämlich die USA, Großbritannien, Frankreich und die skandinavischen Länder -, haben eine gewisse dysgenisch wirkende Schieflage in der Geburtenstruktur: In jedem dieser Länder sind die gebildeten Schichten von unterdurchschnittlicher Fruchtbarkeit, jedoch ist die Abweichung vom Durchschnitt bei weitem nicht so krass wie in Deutschland, und das Geburtenniveau ist generell höher.[60]

Will man die in den beiden geschilderten Falltypen zum Ausdruck kommenden Trends brechen oder umkehren, so bedarf es starker und mit Sicherheit kontrovers wirkender Mittel, also Mittel, denen starke politische Kontraindikationen innewohnen und die ihre Widerlegung quasi in sich selbst tragen. Eine Trendumkehr wird daher nur möglich sein, wenn eine gesellschaftliche Mehrheit der Überzeugung ist, dass gegen die politische und gesellschaftliche Priorität des Umlenkens keine vernünftigen Bedenken vorzubringen sind.

Die unterschiedlichen Gegenmaßnahmen werden hier unter zwei Aspekten diskutiert: Was ist geeignet, die Geburtenrate zu heben, und was ist geeignet, eine dysgenisch wirkende Geburtenstruktur zu verhindern? Der ausschließliche Beurteilungsmaßstab ist dabei die Wirksamkeit der Maßnahmen und die ihnen zugrunde liegende pragmatische Vernunft. Sie werden nicht danach bewertet, ob sie deutschen verfassungsrechtlichen Grundsätzen genügen. Besteht der politische Wille, eine vernünftige Maßnahme durchzusetzen, so wird sich ein Weg finden, sie verfassungsgerecht zu gestalten - notfalls, indem man die Verfassung ändert.

Überlegungen zur Trendumkehr

Vom Paar zur Familie

Unsere Scheidungsraten werden niemals wieder jene des 19. Jahrhunderts sein, dazu ist die Lebenserwartung vielleicht auch zu hoch geworden. Andererseits kann man Zweifel hegen, ob es der familienpolitischen Weisheit letzter Schluss ist, dass im Bundesdurchschnitt 14 Prozent der Kinder - in den drei Stadtstaaten sind es sogar 27 Prozent - bei Alleinerziehenden aufwachsen, und das mit steigender Tendenz.[61] 292

Es gibt eine große Schnittmenge von Unterschicht, Transferabhängigkeit und dem Status der(s) Alleinerziehenden. Das Transfersystem macht die Trennung leicht und für viele finanziell weitgehend sanktionsfrei, ja, es kann sogar finanziell unattraktiv sein, als Alleinerziehende(r) mit Kindern auf den Arbeitsmarkt zu streben.[62] Kinder gedeihen in einer nicht so gut funktionierenden vollständigen Familie aber oft besser als bei einem Elternteil, wo sie Partnerbindungs- und Partnerfindungsversuche miterleben. Da gesunde Kinder ziemlich viel aushalten, richten auch ungeordnete Familienverhältnisse in den meisten Fällen keinen allzu großen Schaden an, aber die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder beschneiden sie schon.

Die Menschen heiraten später, sie trennen sich häufiger, und sie bleiben weit öfter unverheiratet als früher. Auch wenn man die wachsende Zahl von Lebensgemeinschaften ohne Trauschein zu den Ehen dazuzählt, ändert sich an diesem Bild nichts. Dies drückt die Geburtenrate und nimmt vielen Kindern die Möglichkeit, in einer vollständigen Familie mit Geschwistern aufzuwachsen. Die Statistik zeigt zudem, dass aus dauerhaften Partnerschaften häufiger und nicht selten auch mehr Kinder hervorgehen als aus kurzlebigen Beziehungen.

Was kann der Staat also tun, um die Neigung zu dauerhaften Partnerbindungen zu fördern? Das Grundgesetz stellt Ehe und Familie unter seinen besonderen Schutz. Dieser ist allerdings im Laufe der Jahrzehnte zur Leerformel geworden. Der einzige Sinn einer Privilegierung der Ehe besteht darin, sie als bevorzugten Ort der Zeugung und Erziehung von Kindern zu schützen. Wo Kinder nicht gezeugt werden können, ist die Privilegierung von Partnerschaften aber generell sinnlos. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind eine Angelegenheit sui generis und haben mit einer Ehe höchstens in dem Sinne zu tun, dass zwei Menschen zusammenleben und vielleicht auch sexuelle Beziehungen haben. Kinder, um die es beim Schutz der Ehe ganz wesentlich geht, sind hier allerdings nicht zu erwarten. Der Sinn der Privilegierung der Ehe war es, dafür einen staatlich geschützten Raum zu erzeugen.

Nachdem die familien-, unterhalts- und erbrechtlichen Vorteile der Ehe und der aus ihr hervorgehenden Kinder weitgehend beseitigt worden sind, ist von der Privilegierung nur eine leere Hülse geblieben. Das soll hier nicht beklagt werden, es liegt eine gesellschaftspolitische Logik darin, aber es ist doch festzustellen, dass damit der ehelichen Bindung und somit der dauerhaften Partnerschaft jeglicher institutioneller Reiz genommen wurde. 293

Wenn man davon ausgeht, dass möglichst viele dauerhafte Partnerschaften von Männern und Frauen erstens die potentielle Zahl der Kinder erhöhen und zweitens die beste Voraussetzung für deren Gedeihen und gute Erziehung sind, dann sollte man die Attraktivität und die gesellschaftliche Wertschätzung dauerhafter Partnerschaften so stützen und fördern, dass dies auch das gesellschaftliche Klima beeinflusst. Menschen glauben zwar immer, sie agierten vorrangig aus individuellen Antrieben und eigener Entscheidung, in Wahrheit reagieren sie aber zu großen Teilen vorrangig auf die Erwartungen der Gesellschaft und folgen diesen gerne, solange das nicht ihren Instinkten widerspricht oder unmittelbare Nachteile mit sich bringt.

Wie man ein gesellschaftliches Klima, das dauerhafte Partnerschaften zwischen Männern und Frauen besonders wertschätzt, schafft und erhält, ist eine Frage mit vielen Facetten. Auf jeden Fall muss der Eindruck vermieden werden, jede Form von sozialer Organisation habe für die Gesellschaft denselben Wert.[63]

Betreuungsangebote, Ganztagsschulen

Die klassische Arbeitsteilung - der Mann ist der Ernährer, die Frau kümmert sich um den Haushalt - hat sich als dominierendes Rollenmodell überlebt, und damit wird ein qualitativ hochwertiges, möglichst ganztägiges Betreuungsangebot - auf Wunsch vom Krippenalter an - zur ehernen Voraussetzung für jede moderne Familienpolitik. Jene europäischen Länder, die solch ein Betreuungsangebot traditionell

vorhalten oder in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, etwa Frankreich oder Skandinavien, haben nicht so extrem niedrige Geburtenraten, wie sie gegenwärtig in Südeuropa zu verzeichnen sind. In den USA lässt sich beobachten, dass in Staaten mit mehr Betreuungsangeboten mehr Frauen erwerbstätig sind, ohne dass die Geburtenhäufigkeit dadurch beeinträchtigt wird. In Ostdeutschland hat das sehr gute frühkindliche Betreuungsangebot das Absacken der Geburtenrate auf westdeutsches Niveau dagegen nicht verhindern können. Das mag an den spezifischen Bedingungen des ostdeutschen Arbeitsmarktes liegen. In den ostdeutschen Ländern stehen für 41 Prozent der Kleinkinder unter drei Jahren Plätze in Krippen oder bei Tagesmüttern zur Verfügung, in Westdeutschland liegt der Anteil erst bei 9,9 Prozent.[64] Hier muss man noch einen weiten Weg gehen, bis das Betreuungsangebot bedarfsgerecht ausgebaut ist. Bei Kindergärten müsste vor allem der Anteil der Ganztagsbetreuung ausgebaut werden, denn nur dann wird, wenn man Rüstund Wegezeiten einrechnet, eine Erwerbstätigkeit der Mutter - auch eine Teilzeittätigkeit - erst wirklich möglich.

294

Im Schulsystem ist eine flächendeckende Umstellung auf Ganztagsschulen nach angelsächsischem oder französischem Muster notwendig. Es kann nicht darum gehen, die Kinder am Nachmittag in einem Hort zu betreuen, vielmehr müssen Schüler jeden Alters grundsätzlich von acht Uhr morgens bis vier Uhr nachmittags in der Schule sein. Letztlich muss jedes Kind in jedem Alter während der normalen Arbeitszeit an Werktagen verlässlich betreut werden, falls die Eltern dies wünschen. Wenn diese Zeit für eine vernünftige Erziehung, Bildungsangebote und konkrete Anforderungen an die Kinder genutzt wird, ist dies der beste Beitrag zur Chancengleichheit für die Kinder aus den unteren Schichten.

Ausbildungsdauer, Karrieremuster

Die in Deutschland üblichen langen Ausbildungszeiten tragen dazu bei, dass Frauen mit hoher Bildung das erste Kind besonders spät bekommen, falls sie nicht ohnehin kinderlos bleiben. Es scheint aber auch soziologisch bedingt, dass man sich in Deutschland mit dem ersten Kind Zeit lässt, bis die wesentlichen Dinge im Leben ausreichend geregelt sind. In den USA herrscht offenbar eine andere Mentalität vor. Dort warten die Frauen mit dem ersten Kind zwar auch bis zum Ende der Ausbildung, aber diese ist eben weitaus eher beendet als in Deutschland. Und dann geht es wesentlich schneller: Die meisten Erstgeburten gibt es in den USA bei Frauen, die gerade ein »graduate or professional degree« abgeschlossen haben. Die weißen, nicht hispanischen Frauen gebären dort bis zum 40. Lebensjahr durchschnittlich 1,8, die Frauen mit Universitätsausbildung 1,7 Kinder, also kaum weniger als der Durchschnitt. Die meisten Gebärenden sind 20 bis 29 Jahre alt,[65] in Deutschland sind sie im Schnitt fünf Jahre älter, nämlich zwischen 26 und 34. Auch die amerikanischen Frauen verbinden Ausbildung und erstes Kind in rationaler Weise, aber sie warten nicht so lange, wenn die Ausbildung beendet ist. Das durchschnittliche Lebensalter, in dem die akademische Ausbildung in Deutschland abgeschlossen wird, muss sinken. Aber das allein wird die Zögerlichkeit, mit der akademisch gebildete Frauen in Deutschland Familien gründen, nicht beseitigen.

Elterngeld, Elternzeit

Das 1978 eingeführte Mutterschaftsgeld, das Erziehungsgeld (1986) sowie das Elterngeld (2006) sollen dazu beitragen, Kinder und Erwerbstätigkeit der Frau besser miteinander zu vereinbaren. Sie sehen eine Beurlaubung von der Arbeit für eine gewisse Zeit nach der Geburt vor und einen gewissen materiellen Ausgleich für den entgangenen Verdienst. Sehr erfreulich ist, dass die Elternzeit auch von einer wachsenden Zahl von Vätern in Anspruch genommen wird.[66] Eine Auswirkung auf die Geburtenrate ist

295

statistisch allerdings nicht nachweisbar. Nicht ausschließen lassen sich allenfalls gewisse Vorzieheffekte. Herwig Birg hat nachgewiesen, dass das Erziehungsgeld einen solchen minimalen Effekt bei zweiten und dritten Kindern auslöste, aber keine messbaren Wirkungen bei Zahl und Zeitpunkt der Erstgeburten hatte.[67] Auch beim Elterngeld lässt sich der erhoffte Effekt auf die Gesamtzahl der Geburten bislang nicht beobachten, und es ist aus den bisherigen Daten nicht ersichtlich, dass die soziale Struktur der Elternschaft sich wie erhofft verbessert. Die Intention der Maßnahme wurde allerdings auch beschädigt, indem nicht erwerbstätigen Eltern oder Eltern mit niedrigem Einkommen ein Mindestsatz an Elterngeld zuerkannt wurde. Gleichwohl muss man weiterhin versuchen, die Fortpflanzungsbereitschaft erwerbstätiger Eltern durch geeignete Kombinationen von Freistellungsregeln und Lohnersatz anzuregen.

Anreize in der Rentenversicherung

Adenauers Ausspruch: »Kinder bekommen die Leute immer«, galt vielen 1958 als unwiderlegliches Substrat einer jahrtausendealten menschlichen Erfahrung. Adenauer hätte es besser wissen können, hätte er Gunnar Myrdals »Population. A Problem for Democracy« aus dem Jahre 1938 gelesen. Die Umstellung der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Umlageverfahren und damit die garantierte Teilnahme aller Rentner an der allgemeinen Entwicklung des Lebensstandards unabhängig davon, ob sie selbst Kinder hatten und wie viele, beraubte die Zeugung und Aufzucht von Kindern um ein weiteres rationales Motiv: Wer Kinder aufzog, hatte künftig materielle Nachteile durch die entstandenen Kosten und Mühen und die entgangenen Verdienstmöglichkeiten, er hatte aber keine Vorteile mehr bei seiner Altersversorgung, die war nämlich kinderunabhängig. Viele glauben, dass dies den Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er Jahre maßgeblich beeinflusst hat. Das mag hinsichtlich des Ausmaßes gerade in Deutschland so sein. Geburtenrückgang gab es allerdings auch in anderen Ländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand, die keine so üppige kinderunabhängige Altersversorgung hatten.

Denkbar wäre es, die Beitragslast, deren Höhe durch die Zahl der jeweils gerade zu versorgenden Rentner beeinflusst wird, so umzuschichten, dass Menschen mit Kindern deutlich weniger und Menschen ohne Kinder deutlich mehr zahlen. Wäre die Differenz groß, hätte dies sicherlich auch eine Lenkungswirkung. Zu fragen ist, ob dann diejenigen, die bereits Kinder haben, veranlasst würden, noch mehr Kinder zu bekommen, und diejenigen, die (noch) keine haben, dies als Anreiz empfinden, welche 296
zu bekommen. Tut man nicht genug, bleibt die Maßnahme wirkungslos. Übertreibt man, könnten gerade die Jungen und Beweglichen zu Ausweichmanövern veranlasst werden, etwa indem sie ins Ausland gehen. Für jene nämlich, die höhere Beiträge zahlen müssen, würde das heute schon krasse Missverhältnis in der Rentenversicherung zwischen Leistung und Gegenleistung noch krasser werden

Kindergeld, Sozialgeld

In den USA gibt es keinen Familienlastenausgleich in unserem Sinne und auch keine Familienpolitik. Zwar werden dort 25 Prozent der Kinder von Müttern geboren, die nach dem Konzept der relativen Armut in Armut leben. Aber nur 6,4 Prozent der Frauen, die ein Kind bekommen, leben von öffentlicher Unterstützung.[68] Die 1996 durchgeführte Reform des Welfare-Systems[69] räumte den Staaten beträchtliche Möglichkeiten zur eigenen Gestaltung ein. Vielfach herrschte dabei der Wunsch

vor, die Geburtenraten der »Welfare Mothers« zu senken und die Welfare-Karrieren generell einzuschränken. Das ist offenbar gelungen (allerdings haben jene Frauen, die immer noch Geldleistungen aus dem Welfare-System bekommen, eine dreimal so hohe Geburtenrate wie der nationale Durchschnitt).

Auch als Folge dieser Reform ist in den USA die Disparität in der Geburtenhäufigkeit nach dem Bildungsstand niedriger als bei uns. Frauen mit Universitätsabschluss bekommen durchschnittlich ebenfalls 1,6 bis 1,7 Kinder. 27 Prozent von ihnen bleiben kinderlos[70] gegenüber 40 Prozent in Deutschland. Auf die 7,2 Prozent der Frauen mit Universitätsabschluss im gebärfähigen Alter entfallen immerhin 8,7 Prozent der Geburten. Bei den Frauen ohne Schulabschluss liegt die Geburtenrate über dem Durchschnitt. Diese Gruppe umfasst 19 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter und erreicht einen Anteil von 23 Prozen an den Geburten. Stark vereinfacht kann man sagen: Die USA betreiben keine allgemeine Familienförderung, für die in Deutschland Maßnahmen wie das Kindergeld oder der Familienlastenausgleich stehen. Sie haben gleichwohl deutlich höhere Geburtenraten, die in Abhängigkeit vom Bildungsstand wesentlich weniger streuen. Im klaren Gegensatz zur deutschen Politik wird eine überdurchschnittliche Häufigkeit von Unterschichtgeburten dadurch verhindert, dass die meisten Mütter mit niedrigem Einkommen in aller Regel keine Geldleistungen des Welfare-Systems erhalten.

Deutschland wendet im Jahr 37 Milliarden Euro für Kindergeld auf.[71] Das sind aber nicht die wirklichen Nettokosten. Würde man - rein fiktiv - das Kindergeld ganz entfallen lassen, so würde ein zusätzlicher Steuerausfall für Kinderfreibeträge von 19,5 Milliarden Euro entstehen. Die Nettosumme 297
des deutschen Kindergeldes liegt also bei rund 17,5 Milliarden Euro.[72] Für Kinder von Empfängern der Grundsicherung gibt es in Form von Zuschüssen für die Kosten der Unterkunft und Sozialgeld eine höhere Erstattung, als es dem reinen Kindergeld entspricht. In der Summe wird in der Grundsicherung für jedes Kind ein Betrag von 322 Euro netto angesetzt (siehe Tabelle 4.1, Seite 107). Ein arbeitsloses Ehepaar mit fünf Kindern erreicht so ein Nettoeinkommen von 2700 Euro, mit ein wenig Schwarzarbeit zusätzlich kommen leicht 3500 Euro und mehr zusammen.

Interessant ist es, die Höhe des Kindergeldes und der Bedarfssätze für Kinder in der Grundsicherung mit den *tatsächlichen Ausgaben der Familien* zu vergleichen:[73]

- Das Kindergeld für das erste und zweite Kind beträgt monatlich je 185 Euro, für zwei Kinder sind das also 370 Euro. Der Mehrbetrag in der Grundsicherung für ein Kind beträgt 322 Euro, für zwei Kinder also 644 Euro.
- Ein Paar ohne Kinder hat in Deutschland durchschnittliche monatliche Konsumausgaben von 2398 Euro, die Konsumausgaben eines Paares mit Kind(ern) betragen 2820 Euro, sind also 422 Euro monatlich höher. Durchschnittlich leben in einem Haushalt mit Kindern zwei Kinder, das ist nach wie vor die übliche Familiengröße, sofern überhaupt Kinder vorhanden sind.
- Haushalte mit vier Personen (dies müssen keine Kinder sein) geben durchschnittlich 2964 Euro aus, also 566 Euro mehr als ein Paar.

In der Grundsicherung für Kinder ist also ein Differenzbetrag vorgesehen, der über den Mehrausgaben liegt, die alle deutschen Haushalte für Kinder durchschnittlich aufwenden. Man kann für seine Kinder aber durchaus auch weniger ausgeben als der Durchschnitt, ohne dass diese hungern müssten. Das heißt letztlich, dass der Empfänger von Transferleistungen seinen Lebensstandard erhöhen kann, indem er Kinder bekommt. Damit ist die natürliche Ordnung der Welt auf den Kopf gestellt. Allein das Kindergeld ist heute schon so hoch, dass es die durchschnittlichen Mehrausgaben für Kinder nahezu abdeckt, bei kleineren Kindern sogar mehr als das.

Mit anderen Worten: Kinder und insbesondere viele Kinder machen es der Unterschicht leichter, das Leben ohne reguläre Arbeit recht angenehm zu gestalten, denn die Geldleistungen für Kinder können als »Deckungsbeitrag« für den Lebensstandard der Erwachsenen zweckentfremdet werden. Diese leider vielfach zu beobachtende Praxis lässt sich unterbinden, indem man die Bedarfssätze für Kinder im System der Grundsicherung senkt und die so eingesparten Gelder in die Ganztagsbetreuung und in Mahlzeiten in Schule und Kindergarten investiert. Die Einführung von Schuluniformen könnte zudem 298
die Kosten für Bekleidung senken. Den Kindern wäre damit mehr gedient.

In gesunden Lebenszusammenhängen ist es normal, dass der Lebensstandard und die Konsummöglichkeiten von Erwachsenen sinken, wenn sie von ihrem Einkommen auch Kinder zu versorgen haben. Diese Normalität muss grundsätzlich auch für Eltern gelten, die Grundsicherung beziehen, ansonsten entstehen falsche Anreizstrukturen, was sich in der überdurchschnittlichen Geburtenrate dieser Personengruppe widerspiegelt.

Auch für das einkommensunabhängige Kindergeld in Deutschland gilt: Wenn überhaupt, dann entfaltet es Anreizwirkungen im Bereich niedriger Einkommen und damit bei den Falschen. Besser wäre es, gezielt jene Eltern zu entlasten, die ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit verdienen. Dazu eignen sich steuerliche Freibeträge, aber auch Freibeträge, Zuschüsse oder anderweitige Entlastungen bei den Beiträgen der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung.

Das Ziel aller Maßnahmen muss sein: Wer seinen Lebensunterhalt durch Arbeit verdient, soll durch Kinder nicht in Armut geraten. Wer aber vom Staat alimentiert wird, soll nicht dazu verführt werden, diese Unterstüzung durch Kinder zu erhöhen.

Im deutschen System erhalten Familien mit niedrigem oder gar keinem Einkommen Prämien für ihre Kinder. Insoweit ist die soziale Schieflage in der deutschen Geburtenstruktur nicht verwunderlich. Die USA haben längst etwas gegen die hohe Zahl der Unterschichtgeburten in ihrem Land unternommen - mit Erfolg: Am 22. August 1996 unterschrieb Präsident Clinton den »Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act«. Damit war die einfache Möglichkeit unterbunden, durch Kinder an Welfare-Zahlungen zu kommen. Bill Clinton musste sich dafür vielfach als Rassist beschimpfen lassen, denn unter den kinderreichen »Welfare Mothers« waren Schwarze und auch Hispanics weit überdurchschnittlich vertreten.[74]

Besteuerung der Familien

Das deutsche Steuerrecht kennt das Ehegattensplitting. Das heißt, Ehegatten werden auf Wunsch zusammen veranlagt, und die Steuer wird so ermittelt, als hätten beide jeweils das gleiche Einkommen erhalten. Dies senkt die Steuerbelastung. Das Ehegattensplitting wurde immer wieder mit der Begründung bekämpft, dass es die »Hausfrauenehe« begünstige. Tatsächlich begünstigt es die Fälle, in denen das Einkommen der Partner sehr unterschiedlich ist, meist sind das Paare mit Kindern. Zumindest in der heutigen Lebenswirklichkeit üben die Frauen durchweg eine Vollzeittätigkeit aus, solange sie (noch) kinderlos sind, und so lange sind sie durch das Ehegattensplitting auch nicht wesentlich 299
begünstigt. Neben der Begünstigung der »Hausfrauenehe« stößt der Umstand auf Missfallen, dass der

Splittingvorteil mit der Steuerprogression steigt. Das ist die sytemimmanente Kehrseite des progressiven Steuertarifs.

Die mit dem Einkommen steigende Entlastungswirkung war auch stets der Haupteinwand gegen steuerliche Kinderfreibeträge, weil doch dem Staat jedes Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern »gleich viel« wert sein sollte. Es gab mehrfach politische Anläufe, die Freibeträge zugunsten des Kindergeldes ganz abzuschaffen. Das scheiterte mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998, wonach die Freibeträge für den Steuerpflichtigen und seinen Ehepartner wie auch die Freibeträge für die Kinder mindestens das soziale Existenzminimum abdecken müssen.[75] Den Ausweg zur Gleichschaltung mittels Kindergeld fand man, indem man das einkommensunabhängige Kindergeld so hoch ansetzte, dass es für 95 Prozent der Bevölkerung günstiger ist als der Freibetrag. Für 2010 bedeutet das beispielsweise, dass der Freibetrag für das erste und zweite Kind erst bei einem Grenzsteuersatz von 31,5 Prozent Wirkung entfaltet.[76] Eine Familie mit zwei Kindern hat bis zu einem Monatseinkommen von 3600 Euro überhaupt keine Steuerbelastung, wenn man das Kindergeld mit der entrichteten Steuer aufrechnet.

Das Gesamtsystem aus Kindergeld, Ehegattensplitting, Kinderfreibeträgen und Elterngeld wird Familienlastenausgleich genannt. Das System ist mit rund 64 Milliarden Euro pro Jahr ungemein teuer.[77] Es wurde in den letzten 45 Jahren immer teurer, ohne dass die Nettoreproduktionsrate günstig beeinflusst werden konnte, im Gegenteil: Bei unveränderter Geburtenrate hat der Unterschichtanteil an den Geburten deutlich zugenommen. Als Gesamtsystem, gemessen an der Zahl der Geburten und der Qualität der sozioökonomischen Struktur, ist der deutsche Familienlastenausgleich ein krasser Misserfolg.

Kosten für ein Kind entstehen auf drei Ebenen. Es sind dies

1. . *die unmittelbaren Ausgaben für Ernährung, Kleidung und Unterkunft*

   Diese halten sich in überschaubarem Rahmen und können, wie die Statistik der Verbrauchsausgaben zeigt, bereits weitgehend durch das Kindergeld abgedeckt werden. Bei der Grundsicherung verbleiben sogar freie Überschüsse, die die Transferempfänger anderweitig verwenden können.

2. *der Verdienstausfall, der dadurch entsteht, dass ein Ehepartner bezahlte Arbeit zumindest teilweise aufgibt oder einschränkt*

   Hier sind die Opportunitätskosten am niedrigsten für den arbeitslosen Transferempfänger. Bei Berufstätigen steigen sie mit der Höhe des Einkommens, auf das man zugunsten von Kindern teilweise verzichtet. Insofern ist es richtig, dass das Elterngeld auch von der Höhe des vorherigen Arbeitseinkommens abhängt.

3. . *die Kosten, die dadurch entstehen, dass die Kinder am Lebensstandard der Eltern teilnehmen*

   Jeder, der seine Familie ab und zu ins Restaurant ausführt oder mit Kindern in den Skiurlaub fährt, weiß, was gemeint ist. Auch das Einfamilienhaus fällt mit Kindern größer aus.

Die Position 2 und 3 können durch ein einkommensunabhängiges Kindergeld selbstverständlich nicht ausgeglichen werden. Das wäre erstens unbezahlbar und würde zweitens bei Transferempfängern und Menschen mit niedrigem Einkommen zu Fehllenkungen führen.

Während das deutsche System des Familienlastenausgleichs vorwiegend auf Umverteilung zielt, haben beim französischen System bevölkerungspolitische Aspekte ein höheres Gewicht. Kindergeld für das erste Kind gibt es dort gar nicht, für das zweite Kind ist es deutlich niedriger als bei uns. Dafür gibt es ein Familiensplitting,[78] und das ist so angelegt, dass die Steuerbelastung mit der Zahl der Kinder sinkt. Das französische Familiensplitting ist sozial nicht gerecht, aber funktional wirksam, und zwar im doppelten Sinne: In Frankreich stieg die Zahl der Kinder, insbesondere der dritten und vierten, und es stieg die Zahl der Kinder aus den höheren Schichten.

Solch ein System lässt sich nahezu beliebig kalibrieren, je nachdem welches Gewicht im Splitting man dem ersten, zweiten und weiteren Kindern zuweist. Einem Übermaß an Umverteilung bei ganz hohen Einkommen könnte man durch Kappungsgrenzen begegnen. Will man solch eine Systemumstellung aufkommensneutral gestalten, bedeutet dies, dass die Steuerbelastung von Kinderlosen relativ steigt. Aber auch dies kann ein sinnvoller Steuerungseffekt sein.

Ein Familiensplitting wäre zwar geeignet, einen wesentlichen Mangel des einkommensunabhängigen Kindergeldes zu beseitigen, nämlich die mangelhaften Lenkungs- und Anreizwirkungen im Bereich höherer Einkommens- und Bildungsschichten. Gegen eine weitere wesentliche Ursache der Kinderarmut dieser Schichten kann es aber nichts ausrichten: Das erste Kind kommt - wenn überhaupt - erst spät, und infolgedessen ist die Gesamtzahl der Kinder bei Menschen mit hohem Bildungsstand gering.[79] Es ist viel die Rede von der »Rush Hour« des Lebens: Studium, Einstieg ins Arbeitsleben, Partnersuche, das erste Kind - alles soll bis zur Vollendung des 30., spätestens des 35. Lebensjahres vollbracht sein. Dabei lässt sich die Familiengründung noch am ehesten aufschieben. Es kann ja auch ein Jahr später sein, meinen viele, aber oft ist es schließlich doch zu spät, und wenn es dennoch klappt, bleib es bei einem oder zwei Kindern.

Möglicherweise könnte hier ein fühlbarer Anreiz - quasi mit Fristsetzung - helfen. Es könnte beispielsweise bei abgeschlossenem Studium für jedes Kind, das vor Vollendung des 30. Lebensjahres der Mutter geboren wird, eine staatliche Prämie von 50 000 Euro ausgesetzt werden. Man könnte diese Altersgrenze auch für das erste, zweite und dritte Kind variieren. Mit der Prämie für zwei Kinder hätten die jungen Eltern - beispielsweise - das notwendige Eigenkapital für Wohneigentum. Eine Prämie wäre gar nicht mal teurer als das heutige Kindergeld. Das kostet nämlich, über 25 Jahre gezahlt, pro Kind 55 500 Euro.

Die immer spätere Geburt des ersten Kindes gerade bei den Frauen mit hohem Bildungsstand ist ein wesentlicher Grund für die Kinderarmut dieser Gruppe. Eine Prämie könnte helfen und einen Vorzieh- und Anstoßeffekt auslösen. Erfahrungsgemäß gibt es weitere Kinder, wenn mit dem ersten Kind in nicht zu späten Jahren der Bann gebrochen ist. Die Prämie - und das wird die politische Klippe sein - dürfte allerdings nur selektiv eingesetzt werden, nämlich für jene Gruppen, bei denen eine höhere Fruchtbarkeit zur Verbesserung der soziökonomischen Qualität der Geburtenstruktur besonders erwünscht ist.

Nichts ist unabänderlich

Die beschriebenen Ansatzpunkte haben gezeigt, dass es durchaus Instrumente gibt, deren beherzter Einsatz sowohl die Geburtenraten insgesamt erhöhen als auch die Struktur der Geburten verbessern könnte. Frankreich und die Vereinigten Staaten sind zwei Beispiele für große Länder unseres Entwicklungsstandes, in denen die Geburtenzahl nahe an die Bestandserhaltung heranreicht. Es ist bezeichnend, dass beide Länder über wesentlich bessere statistische Unterlagen verfügen als wir.[80] Die Wege, die diese beiden Länder eingeschlagen haben, um den Problemen beizukommen, sind ganz unterschiedlich: Die USA haben keine Familienpolitik in unserem Sinne, aber sie haben auch keine Immigration in die Transfersysteme. Damit haben ihre Migranten eine andere Qualität. Auch sind die Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit nach Bildungsstand nicht so ausgeprägt. Frankreich hat wie Deutschland ein Problem mit Migranten muslimischer Herkunft, aber in Frankreich ist die Geburtenrate deutlich höher als in Deutschland, und dort tragen die gebildeten Schichten auch deutlich mehr dazu bei.

Die Handlungsnotwendigkeit gibt es. Die Instrumente sind da. Werden wir etwas tun? Man darf gespannt sein.

9 Ein Traum und ein Alptraum

302

Deutschland in 100 Jahren

Über allen Gipfeln
Ist Ruh
In allen Wipfeln
Spürest du
Kaum einen Hauch;
Die Vögelein schweigen im Walde.
Warte nur, balde
Ruhest du auch.

JOHANN WOLFGANG GOETHE
Wanderers Nachtlied

Die vergangenen acht Kapitel enthielten viele Zahlen und Analysen, Wertungen gab es auch. An dieser Stelle mache ich zwei Setzungen:

1. Jeder Staat hat das Recht, darüber zu entscheiden, wer in das Staatsgebiet zuziehen darf und wer nicht.
2. Die westlichen und europäischen Werte und die jeweilige kulturelle Eigenart der Völker sind es wert, bewahrt zu werden. Dänen sollen auch in 100 Jahren als Dänen unter Dänen, Deutsche als Deutsche unter Deutschen leben können, wenn sie dies wollen.

Die in diesen beiden Setzungen zum Ausdruck kommende Werthaltung einer bürgerlichen Mitte wird in Deutschland seit Jahrzehnten bekämpft - teils offen, teils verdeckt. Wer so denkt, soll in die rechte Ecke abgedrängt werden. Eine in Deutschland verbreitete angebliche Liberalität mit häufig unbewusster Sozialisation in der Tradition der Achtundsechziger findet jede Art von Bevölkerungspolitik anrüchig und jedweden Zuzug erst einmal gut. Zuzugssteuerung oder -beschränkung hält man in diesen Kreisen eigentlich für illegitim beziehungsweise für unmoralisch, und zudem gilt es als Ausdruck dumpfer Nationalgefühle, den deutschen Charakter Deutschlands bewahren zu wollen.

Ich möchte aber, dass meine Nachfahren in 50 und auch in 100 Jahren noch in einem Deutschland leben, in dem die Verkehrssprache Deutsch ist und die Menschen sich als Deutsche fühlen, in einem Land, das seine kulturelle und geistige Leistungsfähigkeit bewahrt und weiterentwickelt hat, in einem Land, das eingebettet ist in einem Europa der Vaterländer. Ich finde das - mit Verlaub - wichtiger als die Frage, ob der Wasserspiegel der Nordsee in den nächsten 100 Jahren um 10 oder 20 Zentimeter steigt. Ich bin sicher, dass auch unsere östlichen Nachbarn in Polen in 50 oder 100 Jahren noch Polen sein wollen, genau wie die Franzosen, die Dänen, die Holländer und die Tschechen Entsprechendes für ihre Völker und ihre Länder wollen.

Es geht um die richtige Erhaltung und Weiterentwicklung der Identität der Völker und Staaten. Dabei sind 303
die Übergänge fließend: Die alemannischen Schwaben sind den Deutschschweizern in vieler Hinsicht ähnlich. Das Elsass wird niemals seine deutschen Wurzeln verleugnen, ebenso wie man in Nizza merkt, dass hier mal Italien war. Baustile und Stadtgestalten zeigen die gemeinsamen kulturellen Wurzeln des nördlichen europäischen Tieflandes von Brügge bis Tallinn, dem alten Reval.

Die Schweiz ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie sich unterschiedliche Identitäten in unmittelbarer Nachbarschaft auch über ein Jahrtausend hin erhalten können: Im Kanton Wallis - der Osten spricht deutsch, der Westen französisch - wanderte die Sprachgrenze in den letzten 1000 Jahren nur minimal hin und her: Saß der Bischof in Brig, dann wanderte sie nach Westen, saß er in Sion, dann wanderte sie nach Osten. Die Stadt auf halbem Wege zwischen Sion und Brig hieß mal Sierre und mal Siders.

Migration über die Grenzen hat es immer gegeben. Meine väterlichen Vorfahren wanderten über Lyon nach Genf und dann über Basel nach Deutschland, wo sie schließlich Westfalen wurden. Meine mütterlichen Vorfahren waren 1920 als pommersche Grundbesitzerfamilie im polnisch gewordenen Korridor plötzlich sogenannte Volksdeutsche, und was von ihnen übrig blieb, fand sich 1945 in Westfalen ein. Möglicherweise waren von dort ihre Vorfahren im 12. Jahrhundert aufgebrochen.

Migration kann und soll es auch in Zukunft geben. Die Beweglichen, die Tüchtigen sollen zu jeder Zeit aufbrechen können und ihr Brot verdienen, wo es ihnen gefällt - vorausgesetzt, sie fügen sich ein in die Kultur ihres Gastlandes und werden schließlich ein Teil von ihr, wenn sie sich dauerhaft dort niederlassen. Gut ausgebildete Fachkräfte und Experten, die nicht wegen der deutschen Sozialleistungen kommen, kann Deutschland jederzeit gebrauchen, auch aus der Türkei oder Ägypten. Aber die sind weltweit knapp, wie der relative Misserfolg der deutschen Greencard zeigt. Freuen wir uns über jeden, der kommt und bleibt. Aber das Gros der Fachkräfte, Tüftler und potentiellen Nobelpreisträger, die Deutschlands Zukunft in 50 und 100 Jahren sichern und gestalten sollen, müssen wir schon selber zeugen, aufziehen und ausbilden. Machen wir 304
weiter wie in den letzten 40 Jahren, so wird unsere Bevölkerung nicht nur demografisch schrumpfen, sondern auch intellektuell verkümmern.

Eine weitere Massenimmigration von bildungs- und kulturfernen Gruppen aus Afrika, aus Nah- und Mittelost wird kein Problem lösen, aber viele neue schaffen. Das wollen viele nicht hören. Wenn wir aber einfach weitermachen, wird jede Generation der Deutschen um ein Drittel kleiner sein als die vorhergehende, wobei die gebildeten Schichten besonders stark schrumpfen. Was uns fehlt, füllen wir teilweise mit anatolischen Bauern, palästinensischen Kriegsflüchtlingen und den unterschiedlichen Generationen von Flüchtlingen aus der Sahelzone auf.

Deutschland wird nicht mit einem Knall sterben. Es vergeht still mit den Deutschen und mit der demografisch bedingten Auszehrung ihres intellektuellen Potentials. Das Deutsche in Deutschland verdünnt sich immer mehr, und das intellektuelle Potential verdünnt sich noch schneller. Wer wird in 100 Jahren »Wanderers Nachtlied« noch kennen? Der Koranschüler in der Moschee nebenan wohl nicht.

Deutschlands Zukunft könnte es ergehen wie dem tragischen Helden in Jack Arnolds Film »The Incredible Shrinking Man«: Er steuert ein Segelboot. Eine Wolke zieht über ihm dahin. Seine Frau, die unter Deck war, kommt nach oben, und nun beginnt er unmerklich und langsam zu schrumpfen, bis er schließlich so mikroskopisch klein ist, dass er der Welt verloren geht.

Auch wenn es keine Deutschen mehr gibt, wird die Norddeutsche Tiefebene nicht menschenleer sein. Menschen werden immer in Mitteleuropa leben. Das Klima ist angenehm, die zentrale Lage ist von Vorteil, und die ererbte Infrastuktur ist gut. Nur die deutschen Inseln in der Gebietskörperschaft, die Deutschland heißt, werden immer kleiner werden, wenn sich nichts Grundlegendes ändert. Das wird gar nicht mehr lange dauern, unsere Enkel und Urenkel werden es erleben. Das Deutsche kann aus Mitteleuropa verschwinden, so wie das Griechische aus Kleinasien verschwand. Es wird nur schneller gehen und wahrscheinlich ohne Blutvergießen. Wir Deutschen müssen nicht vertrieben werden, wir ziehen uns still aus der Geschichte zurück nach der Gesetzmäßigkeit der Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes. 305

100 Jahre sind nicht lang. Die meisten kennen die 50 Jahre vor ihrer Geburt aus Erzählungen der Eltern- und Großelterngeneration. Ihre Enkel wiederum werden sie um 60 Jahre überleben. Jeder »schwimmt« deshalb in einem Zeitfenster von rund 200 Jahren, das ihn persönlich interessiert.

Versetzen wir uns zurück in das Jahr 1910. Damals war das Deutsche Reich mit seinen 65 Millionen Einwohnern nach China, Russland, der britischen Kronkolonie Indien und den USA auch im Weltmaßstab ein großes Land, mit 1,4 Millionen Geburten pro Jahr überdies sehr jung. Deutsch war Lingua franca in Mittel-, Ost- und Nordeuropa. Über die Hälfte der wissenschaftlichen Weltliteratur erschien auf Deutsch. Von den Katastrophen des Ersten und Zweiten Weltkriegs war nichts zu ahnen. Ein 21-jähriger Adolf Hitler schlug sich in Wien mit Gelegenheitsarbeiten durch, ein 40-jähriger Lenin schmiedete Umsturzpläne an Kaffeehaustischen in Genf, und ein 31-jähriger Josef Stalin verführte Frauen in der sibirischen Verbannung in Solwytschegodsk. Minimale historische Zufälligkeiten - der Schuss des Attentäters in Sarajevo wäre fehlgegangen, der Meldegänger Hitler wäre von einer Granate getroffen worden, der deutsche Generalstab hätte Lenin 1917 nicht im verplombten Waggon nach Russland geschafft - und die großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären verhindert worden. Vielleicht hätte es stattdessen andere Katastrophen gegeben, wir wissen es nicht. Wäre es deshalb damals sinnlos gewesen, sich über die Trends der Zukunft Gedanken zu machen? Ist es heute sinnlos? Natürlich nicht. Alle damals angelegten und absehbaren technologischen Trends wirken noch heute. Brüche wie Kriege und Katastrophen kann man aber nicht vorhersagen.

Im Jahr 1910 waren die europäischen Großstädte elektrifiziert, die Kanalisationsrohre verlegt, und es gab Frischwasser in jedem Haus. In Berlin und anderswo fuhren die U-Bahn und die elektrische Straßenbahn. Jede Firma und alle wohlhabenden Privathaushalte hatten Telefon. Die ersten Flugzeuge zeigten sich am Himmel, und gegen Kopfschmerzen nahm man Aspirin. Das Kino war erfunden und lockte die Massen an. In der großen Politik gab es noch Kaiser. 1907 hatte Österreich-Ungarn Bosnien-Herzegowina annektiert und damit Serbien gegen sich aufgebracht. 1911/12 vertrieb der Balkankrieg das Osmanische Reich bis auf einen kleinen Brückenkopf endgültig aus Europa. 306

Die Zeit vor 100 Jahren ist nah und fern zugleich, nicht anders ist es mit der Zeit in 100 Jahren. Vieles wird sich bis dahin kontinuierlich entwickeln, anderes umstürzend geändert haben: Niemand konnte vor 100 Jahren 70 Jahre Kommunismus vorhersagen, aber auch niemand, dass es damit nach 70 Jahren wieder ein Ende haben würde. Ein Mensch, der sich für seine Herkunft und für die Geschicke seiner Nachfahren interessiert, lebt in einem Ausschnitt der Weltgeschichte, der - je nach persönlichem Lebensalter - 80 bis 150 Jahre in die Zukunft reicht. Das ist auch etwa der Horizont seines Interesses an der Zukunft. Heute beschäftigt uns das Klima. Der Mainstream der Klimaprognosen geht davon aus, dass die Temperatur in Mitteleuropa in den nächsten 100 Jahren um zwei bis vier Grad steigen wird. Der Meeresspiegel der Nordsee wird bis dahin um 10 bis 20 Zentimeter gestiegen und das Leben in Mitteleuropa klimatisch angenehmer sein. Ein Teil der an Heizkosten gesparten Beträge muss allerdings in den Deichbau investiert werden.

Natürlich ist es nicht möglich, über das Deutschland in 100 Jahren eine seriöse wissenschaftliche Prognose zu erstellen. Wir wissen nicht, welche Kriege es bis dahin geben wird. Wir kennen nicht die Erfindungen, die noch gar nicht gemacht worden sind. Zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung können wir aber sehr gesicherte Aussagen machen, wenn wir unterstellen, dass die Nettoreproduktionsrate bleibt, wie sie seit 40 Jahren ist. Aber auch die Nettoreproduktionsrate ist bis zu einem gewissen Grad politikabhängig, Migration und Integration sind es sowieso.

Wenn man sich die schrecklichen Irrtümer, Dummheiten und Versäumnisse der Politik in Europa während der letzten 100 Jahre anschaut, dann kann man daraus lernen: Politik ist wesentlich, und politische Entscheidungen können die Welt zum Guten wie zum Bösen ändern. Wir haben das Schicksal und die Lebensverhältnisse unserer Kinder, Enkel und Urenkel in viel höherem Maße in der Hand, als wir das glauben. Wir können es aber auch verhunzen. Politische Katastrophen und ganz neuartige Technologien sind nicht vorhersagbar, die Folgen politischer Entscheidungen in die eine oder andere Richtung allerdings schon. 307

In den beiden folgenden Szenarien habe ich meiner Fantasie freien Lauf gelassen. Sie sind zugespitzt, sie sind Satire, aber sie sind nicht irreal. Sie beschreiben zwei von den vielen denkbaren Entwicklungspfaden für Deutschland. Alle Elemente, die in ihnen vorkommen, sind in der Gegenwart angelegt.

Ein Alptraum...

Im Deutschland des Jahres 2017 war die Politik eigentlich ganz zufrieden mit sich selbst. Die Folgen der Weltrezession, die 2008 mit der Lehman-Pleite begonnen hatte, waren überwunden. Das Produktionsniveau des Jahres 2008 war 2013 wieder erreicht worden, die Wirtschaft wuchs zwar nur langsam, aber sie wuchs immerhin.

Seit Herbst 2017 führte Angela Merkel eine schwarz-grüne Bundesregierung. Das Kapitel zu Migration und Integration in der Koalitionsvereinbarung war besonders lang. Es wurde bekräftigt, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei; der wachsende Einfluss fremder Kulturen sei für das Land eine Bereicherung. Allen Migranten wurde das kommunale Wahlrecht mit der Aufenthaltsgenehmigung zugesprochen. Die Koalitionsvereinbarung kündigte eine Gesetzesinitiative an, mit der die Unterstützung von Xenophobie und Islamophobie unter Strafe gestellt werden sollte. Jürgen Trittin hatte im Wahlkampf für Wirbel gesorgt mit seiner Aussage: »50 Prozent Araber sind mir lieber als fünf Prozent Rechtsradikale.« Familiennachzug sollte erleichtert werden.

Gegen heftigen Widerstand der Union waren die Deutschkurse als Voraussetzung für die Einreise von Familienangehörigen abgeschafft worden. In den Koalitionsverhandlungen hatten die Grünen ein wissenschaftliches Gutachten von Professor Gideon Botsch vom Moses Mendelssohn Zentrum an der Universität Potsdam vorgelegt. Darin wurde wissenschaftlich belegt, dass es Ausdruck einer latent faschistoiden Gesinnung mit rassistischen Anklängen sei, wenn Deutsche einen Vorrang der deutschen Sprache forderten. Migranten zum Erlernen der deutschen Sprache - über deren natürliches Wollen hinaus - zu zwingen und davon gar die Einreise oder die Aufenthaltsgenehmigung abhängig zu machen, künde von einem deutschen Überlegenheitswahn, der schon einmal die Welt fast in den Untergang getrieben habe. Diese Vergangenheit unterscheide Deutschland eben von Frankreich und Holland, wo die sprachlichen Voraussetzungen für Migranten wesentlich verschärft worden waren. 308

Die neue Ministerin für Familie und Migration - eine junge Frau vom linken Flügel der nordrhein-westfälischen CDU - machte deutlich, dass Familienpolitik nicht als Bevölkerungspolitik missverstanden werden dürfe - im Gegenteil: Unter den Aspekten der weltweiten Überbevölkerung, des Umweltschutzes wie auch der fragwürdigen deutschen Vergangenheit leiste Deutschland mit seinen niedrigen Geburtenraten eigentlich einen positiven Beitrag zur Zukunft der Menschheit. Fallende Bevölkerungszahlen schafften nämlich Platz, und damit leiste Deutschland einen Beitrag zur Linderung der Not in der Welt. Wenn die Deutschen demnächst weniger Ingenieure hervorbrächte, sei das auch nicht weiter schlimm, denn Indien und China hätten ja genug davon.

Im Jahr 2020 hatte der Kulturstaatsminister in einer berühmt gewordenen Grundsatzrede im Institut für Islamische Studien der Universität München erklärt, dass der Bund bei der Kulturförderung künftig stärker auf die Gleichberechtigung der verschiedenen Kulturen achten werde. Der neugegründete Dachverband der islamischen Kulturschaffenden hatte daraufhin vorgeschlagen, die Kulturförderung entsprechend dem muttersprachlichen Anteil der Einwohner in Deutschland aufzuteilen. Das Bundeskabinett fasste einen entsprechenden Grundsatzbeschluss.

In Duisburg wurde die neue Linie ihrem ersten Praxistest unterzogen. Dort hatte die kommunale Vereinigung der islamischen Gläubigen 2021 bei der Kommunalwahl 35 Prozent der Stimmen erhalten. Sie war bereit, der SPD (17 Prozent) das Amt des Kämmerers zu überlassen, wenn sie selbst das Amt des Dezernenten für Kultur und Abfallwirtschaft erhielt. So geschah es. Doch schon nach wenigen Tagen kam es zu einem Eklat. Der neue Kulturdezernent stieß sich am Programm des Stadttheaters. In einer öffentlichen Auseinandersetzung, die die Feuilletons der Republik über Wochen beschäftigte, 309
zwang er den Intendanten des Stadttheaters, die Inszenierung »Der Widerspenstigen Zähmung« von William Shakespeare abzusetzen. Eine gläubige Muslima würde und dürfe sich niemals so gegenüber ihrem Mann aufführen. In einer öffentlich subventionierten Einrichtung gebe das ein falsches Beispiel und sprenge die gebotenen Grenzen der interkulturellen Toleranz.

In der öffentlichen Debatte legte schließlich Patrick Bahners, Feuilletonchef der FAZ, das entscheidende Gewicht in die Waagschale. In einem hochintelligenten Artikel, den keiner verstand, wies er zwingend nach: Erst die kulturelle Selbstaufgabe des deutschen Bürgertums sei der Beleg dafür, dass es seine Liberalität wirklich ernst nehme. Er wiederholte zudem seine bereits 2010 gefallene Äußerung, dass »sich die Islamkritik tatsächlich mit dem Antisemitismus der Gebildeten im deutschen Kaiserreich vergleichen« lasse.[1] Das saß, in diese Ecke wollte keiner gestellt werden.

In Duisburg erreichte man schließlich doch noch einen Kompromiss: Die Aufführungen des Stadttheaters sollten künftig nach Maßgabe der muttersprachlichen Verhältnisse in der Stadt aufgeteilt werden, aktuell hieß das 55 Prozent türkisch/arabisch, 45 Prozent deutsch. Alle fünf Jahre sollten die Anteile entsprechend der Bevölkerungsentwicklung neu gewichtet werden. Der »Duisburger Kompromiss« machte bundesweit Schule. Immer mehr Städte übernahmen in den folgenden Jahrzehnten das Modell.

Bereits von 2015 an hatte sich die jährliche Immigration deutlich erhöht; etwa die Hälfte der Immigranten kamen im Rahmen des Familiennachzugs, bei der anderen Hälfte handelte es sich überwiegend um Wohlstandsflüchtlinge aus Afrika sowie Nah- und Mittelost. Das Asylrecht und andere Einreisehemmnisse stellten infolge der Duldungsregelung keine großen Hindernisse mehr dar: Wer es nach Deutschland geschafft und sich sechs Monate keiner kriminellen Vergehen schuldig gemacht hatte, erhielt automatisch eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und vollen Anspruch auf Sozialleistungen wie jeder deutsche Staatsangehörige.

Große Fortschritte gab es bei der Integration im Bildungsbereich. Im Jahre 2030 hatte man auf der Kultusministerkonferenz beschlossen, die Pisa-Ergebnisse nicht mehr nach dem Migrationshintergrund 310
auszuwerten und zu veröffentlichen. Das wurde allgemein sehr begrüßt. Die Unterschiede hatten sich nämlich nicht verringert, sondern durch den erneuten Anstieg der Migration seit 2015 erheblich vergrößert. Der Verband fortschrittlicher Lehrer hatte wiederholt die öffentliche Diskussion über die Leistungsunterschiede beklagt; dies sei eine »objektive Diskriminierung« der Migranten. Das so geschaffene negative Selbstbild hemme das Vertrauen der Eingewanderten in die eigene Kraft, damit werde Minderleistung zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Man müsse endlich aufhören, über Leistungsunterschiede zu reden, dann verschwänden diese ganz von selbst. Die öffentliche Diskussion über Leistungsunterschiede, egal ob real vorhanden oder nicht, leiste einer rassistischen Gesinnung Vorschub und sei darum zu unterbinden. Die Kultusministerkonferenz schloss sich dieser moralisch und pädagogisch zwingenden Argumentation an.

Ein weiterer Meilenstein in Bezug auf die Bildungspolitik war 2035 die Quotierung beim Numerus clausus entsprechend der amerikanischen »Affirmative Action«: In allen Fächern mit Numerus clausus wurden für Bewerber mit türkischem, arabischem oder afrikanischem Migratonshintergrund Quoten festgelegt, die ihrem Anteil in der altersspezifischen Bevölkerung entsprachen. Leider stiegen danach in einigen Fächergruppen die Durchfallquoten bei vielen Propädeutika stark an. Insbesondere die Mathematik in den Ingenieurfächern erwies sich als großer Diskriminierungsfaktor. Dem begegnete man durch eine Überarbeitung der Curricula, die im Jahre 2040 abgeschlossen war. Danach sanken die Durchfallquoten in Mathematik auf tolerable zehn Prozent.

Böswillige Zeitgenossen sahen in diesen Reformen eine Ursache für die seit 2050 wachsenden Schwierigkeiten, die Absolventen deutscher Ingenieurstudiengänge auf dem nationalen wie internationalen Arbeitsmarkt hatten. Andere wiesen mit einiger Berechtigung darauf hin, dass die eigentliche Ursache der Arbeitsmarktprobleme für Ingenieure der Niedergang der deutschen verarbeitenden Industrie sei, der um das Jahr 2030 eingesetzt hatte und kontinuierlich voranschritt. 311
Infolge des großen und weiter wachsenden Mangels an qualifizierten Fachkräften vom Facharbeiter bis zum Ingenieur wanderten nämlich immer mehr hochwertige Produktionen ab, insbesondere nach Fernost.

Darüber hinaus wurden immer mehr Firmensitze ins Ausland verlagert, und sogar mittelständische Unternehmerfamilien verließen in immer größerer Zahl das Land. Teilweise waren dafür steuerliche Gründe maßgebend. Das Bruttosozialprodukt hatte nämlich um das Jahr 2020 sein Wachstum eingestellt, das Produktivitätswachstum pro Arbeitsstunde war unter ein Prozent pro Jahr gesunken. Auf der anderen Seite wuchsen die Rentenausgaben und die Kosten für die Sozialtransfers weiter, weil die Zahl der Empfänger unaufhörlich stieg. Da die Mehrwertsteuer bereits bei 25 Prozent lag, blieb nur die Erhöhung der Einkommenssteuer als Finanzierungsinstrument. Von 2040 an orientierte sich auch ein stetig wachsender Teil der wohlhabenden Privatleute ins Ausland und wechselte den Wohnsitz unter Mitnahme des Privatvermögens. Englische und amerikanische Privatschulen für den Nachwuchs waren sowieso groß in Mode gekommen, und Ingenieurwissenschaften studierte der Nachwuchs auch besser im Ausland, wenn er auf der Höhe der Zeit bleiben wollte.

Unbemerkt hatte sich währenddessen ein Wandel in der Wählerschaft vollzogen. Wie Allensbach anlässlich der Bundestagswahl 2045 ermittelte, hatten bereits 30 Prozent der Erstwähler einen muslimischen Hintergrund. 20 Jahre später wurde die 50-Prozent-Marke überschritten. Aber bereits seit 2030 hatte es in einer wachsenden Zahl von Großstädten muslimische Bevölkerungsmehrheiten gegeben, und 2050 hatte mehr als die Hälfte der Oberbürgermeister einen türkischen, arabischen oder afrikanischen Migrationshintergrund. Das prägte die Kommunalpolitik.

Im Jahre 2045 hatte es erneut einen Brand in der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar gegeben. Der unter der Last der Sozialausgaben ächzende Bund zeigte sich zur Hilfe außerstande, das Land Thüringen erklärte, es sei nicht zuständig. Der Oberbürgermeister von Weimar, ein nachdenklicher, tiefreligiöser Mann mit arabischem Migrationshintergrund, machte sich die Sache nicht

leicht. Am Ende aber trat er vor die Presse und verkündete, das Vorrecht auf dieser Welt gebühre den 312
Lebenden und nicht den Toten. Die knappen Städtebauförderungsmittel, die der Stadt Weimar zuflössen, seien daher in der Gestaltung des Vorplatzes für die neue Moschee und in der Sanierung der städtischen Koranschule besser angelegt. So geschah es. Immerhin gelang es nach heftiger Diskussion im Stadtrat, die Brandstätte mit einem Notdach zu sichern.

In den folgenden Jahrzehnten setzte überall im Land der Verfall von Kirchen, Schlössern und Museen ein. Die Deutschen, die sie hätten besuchen können, wurden immer älter, und es waren auch immer weniger. Die wachsende Zahl der muslimischen Mitbürger interessierte sich nicht für diese kulturellen Stätten. Die Finanznot von Kirchen, Kommunen und anderen Trägern wuchs.

Gegen große Widerstände legte die Bundesregierung 2080 ein Sonderprogramm zur Rettung des deutschen Kulturerbes auf. Die Mehrheit dafür war knapp, denn dafür musste eine Rentenerhöhung aufgeschoben werden. Mit bebender Stimme rief eine Vertreterin der Grauen Panther in den Plenarsaal: »Was hat der deutsche Rentner im Rollstuhl davon, wenn der Bamberger und Kölner Dom saniert werden, er aber seine Pflegestufe nicht bezahlen kann? Die Kirchen braucht doch keiner mehr!«

Den rettenden Einfall hatte der Kulturstaatsminister bei einem Besuch in Istanbul zu Ostern 2095. In der wunderbar restaurierten Hagia Sophia kam ihm die Erleuchtung: Seit über 600 Jahren haben die Türken diese ehemals christliche Kirche genutzt und instand gehalten. Das wäre doch das Modell für die großen deutschen Dome, die die Finanzkraft der sterbenden Kirchen schon lang überforderten. So gingen als erstes »Versuchspaket« in Form einer »Dauerleihgabe« der Kaiserdom zu Speyer, das Ulmer Münster, die Münchner Frauenkirche, der Bamberger Dom und der Kölner Dom an die islamische Glaubensgemeinschaft zur künftigen Nutzung als Moscheen. Im Gegenzug sicherte diese die denkmalschutzgerechte Erhaltung der Bauwerke zu. Nur die Kreuze durften demontiert beziehungsweise übertüncht werden, sofern sie die religiösen Gefühle der Gläubigen verletzten. Das Modell hatte Erfolg, und so gingen in den folgenden Jahren auch die Dome zu Mainz und Worms, der 313
Naumburger Dom, die Marienkirche in Lübeck und viele andere Kirchen in die Obhut der islamischen Glaubensgemeinschaft über.

Ein leidiges Problem war immer wieder die Sprache gewesen. In einem wegweisenden Grundsatzurteil hatte das Bundesverfassungsgericht 2030 entschieden, es widerspreche dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, einen Bewerber mit Migrationshintergrund nicht zu berücksichtigen, weil seine Bewerbung sprachliche Mängel aufweise. Das nahm sehr viel Anspannung aus der Integrationsdebatte.

Noch viel wichtiger aber war das Urteil zum Verfassungsrang der Muttersprache aus dem Jahre 2037. Zum Glück war es bei der vorangegangenen Richterwahl erstmals gelungen, je einen Kandidaten mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund durchzubringen. Die Mehrheit im zuständigen Ersten Senat war nämlich denkbar knapp gewesen. In den Leitsätzen zum Urteil legte die Senatsmehrheit fest, dass sich das Recht auf Schulunterricht in der Muttersprache aus dem absolut wirkenden Anspruch auf Achtung der Würde jedes Einzelnen aus Art. I Abs. I GG herleite. Dieses Recht sei dem Grunde nach unverfügbar und müsse eingelöst werden. Ausnahmen seien allenfalls zulässig, wenn es sich bei den Kindern mit fremder Muttersprache um eine verschwindend kleine Minderheit handle, so dass der fiskalische Aufwand unvertretbar hoch sei. In den meisten Städten könne davon aber gar keine Rede sein. Gerade im Kern der Ballungsgebiete überwiege die Zahl der Kinder mit türkischer und arabischer Muttersprache. Deren Menschenwürde werde ohne zwingenden Sachgrund beeinträchtigt, wenn sie auf Deutsch radebrechen müssten, anstatt sich frei in der eigenen Muttersprache auszudrücken.

Den Einwand der beklagten Landesregierung, Deutsch stelle das unerlässliche gemeinsame Kommunikationsmittel dar, ließ das Gericht nicht gelten. Das gemeinsame Kommunikationsmittel in der modernen Welt sei das Englische. Darauf habe der damalige badenwürttembergische Ministerpräsident Oettinger bereits 2006 zutreffend hingewiesen. In 80 Prozent der Dax-Konzerne sei Englisch schon seit Jahrzehnten offizielle Verkehrssprache. Es würde den Kindern mit türkischer und arabischer Muttersprache gar nichts nützen, sondern sei eine unnötige zusätzliche Diskriminierung, 314
wenn sie nun neben ihrer Muttersprache und Englisch unbedingt auch noch Deutsch lernen müssten.

Dieses Urteil leitete die größte Bildungsreform seit Abschaffung des Gymnasiums in die Wege: An die Stelle des verpflichtenden Deutschunterrichts trat der verpflichtende muttersprachliche Unterricht. Englisch blieb erste Fremdsprache. Soweit Schüler eine zweite Fremdsprache wählten - das kam immer seltener vor -, standen Deutsch, Französisch, Türkisch und Arabisch gleichberechtigt zur Auswahl.

Das Urteil führte schnell zu getrennten Schulen für Türken, Araber und Deutsche und beschleunigte die schon seit Jahrzehnten zu beobachtende Entmischung der Wohngebiete. Die Auswertung der Einschulungsstatistik ergab, dass 2045 noch 48 Prozent, 2075 lediglich 30 Prozent und 2105 gar nur noch 20 Prozent der Einschüler für den muttersprachlichen Unterricht das Fach Deutsch wählten. Im Bayerischen Wald und in der Uckermark lag der Anteile 2105 zwar immer noch bei 50 Prozent, in Hamburg, Frankfurt und Berlin aber nur bei rund zehn Prozent.

Es versteht sich, dass in den jeweiligen Wohngebieten auch Polizei, Gerichte und alle Ämter vorwiegend muttersprachliches Personal einsetzten. Schließlich war es einem autochthonen Uckermärker genauso wenig zuzumuten, seine Belange bei der Polizei auf türkisch vorzubringen, wie es für einen autochthonen Kreuzberger Türken zumutbar war, auf dem Einwohnermeldeamt deutsch zu sprechen.

Im Jahre 2100 konnte der kritische Historiker beim Blick in die Vergangenheit zufrieden registrieren, dass Deutschland seine demografischen Probleme vorbildlich und multikulturell korrekt gelöst hatte. Zwar war die Bundesrepublik im Lebensstandard weit hinter China zurückgefallen, auch Indien hatte Deutschland im Pro-Kopf-Einkommen überholt, aber man zeigte der Welt, dass sich die Probleme friedlich lösen ließen.

Einige muslimische Feuerköpfe forderten jetzt eine neue Nationalflagge mit schwarzem Hintergrund, rotem Halbmond und goldenen Sternen. Das war vielleicht ein bisschen übertrieben. Aber andererseits hatten sie das Recht dazu, sie waren ja die demokratische Mehrheit. Und Deutschland blieb immerhin 315
schwarz-rot-gold...

... und eine Alternative

Seit dem Jahre 2010 beunruhigten die wachsenden Erfolge rechtspopulistischer Parteien die etablierten Parteien und Regierungen in ganz Europa.

Der Wiederaufschwung nach der Rezession 2008/09 war schwächlich geblieben und hatte sich über viele Jahre mühsam dahingeschleppt. Die Völker hatten Angst um ihren Lebensstandard. Es offenbarte

sich zusehends, dass die Außengrenzen des Schengen-Raumes löcherig waren: Die Migration in die europäischen Sozialsysteme aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika nach Europa nahm stetig zu.

Im Mai 2013, wenige Monate vor der Bundestagswahl, gelang einem unentdeckt gebliebenen Zweig der Sauerlandgruppe ein Sprengstoffattentat am Bahnhof Zoo in Berlin, das 73 Opfer forderte. Nach ähnlichen Anschlägen kurze Zeit später in Paris und Rom trat der Europäische Rat zu einer Sondersitzung zusammen und beschloss neben vielen anderen Maßnahmen grundlegende Änderungen bei der Überwachung der Außengrenzen des Schengen-Raumes sowie eine Europäische Richtlinie zum einheitlichen Umgang mit illegal Einreisenden. Alle Mitglieder verpflichteten sich, die neuen Bestimmungen innerhalb eines Jahres in Kraft zu setzen. Diese Maßnahmen, die mehrfach verschärft wurden, führten allmählich zu einem Rückgang der illegalen Zuwanderung auf unter 100 000 jährlich für die gesamte Union.

Die im September 2013 neu gewählte Bundesregierung setzte in ihrer Koalitionsvereinbarung neue Akzente zur Weiterentwicklung in der Familien-, Integrations- und Bildungspolitik:

- Eine Kombination familienpolitischer Maßnahmen, bei denen immer wieder nachgesteuert wurde, führte dazu, dass im Lauf von zehn Jahren die Zahl der Geburten pro Frau wieder auf 2,1 stieg, ein Niveau, das zuletzt Mitte der 196oer Jahre erreicht worden war. Besonders erfreut zeigte man sich, dass der Anteil der Geburten von Frauen mit mittlerem und hohem Bildungsstand deutlich stieg. Die auf diese Gruppe zielenden Maßnahmen waren besonders umstritten gewesen und wurden immer wieder als sozial ungerecht kritisiert.
- Die Regeln für den Familiennachzug wurden verschärft. Als besonders wirksam erwiesen sich die strengeren Anforderungen in Bezug auf die Deutschkenntnisse und die Bestimmung, dass 316
nachgereiste Familienangehörige zehn Jahre lang keinen Anspruch auf deutsche Sozialleistungen hatten. Zudem mussten die aufnehmenden Familien so ausreichende Einkünfte aus Arbeit und Vermögen vorweisen, dass der Lebensunterhalt der Eingereisten gesichert war. Der Familiennachzug ging daraufhin stark zurück.
- Ganztagsschulen und Ganztagskindergärten wurden flächendeckend eingeführt. Damit verbunden war die Ausgabe eines unentgeltlichen Mittagessens an jedes Kind. Für den Bezug von Kinderzuschlägen in der Grundsicherung und von Kindergeld war Voraussetzung, dass die Kinder diese Einrichtungen tatsächlich besuchten. Jedes unentschuldigte Fehlen, auch wenn es sich nur um wenige Stunden oder einen Tag handelte, führte zu scharfen Abzügen.
- Für Migrantenkinder stand in Kita und Schule der Erwerb der deutschen Sprache im Mittelpunkt. Diese wurde verbindliche Verkehrssprache in allen staatlichen oder staatlich geförderten Bildungseinrichtungen. In allen Einrichtungen wurden alljährlich für jede Altersstufe bundeseinheitliche Sprachstandstests durchgeführt. Das Ranking floss ein in die Bemessung der staatlichen Mittelzuweisung. Einrichtungen, die die Anforderungen mehrfach nicht erfüllten, wurden aufgelöst oder verloren den Anspruch auf staatliche Förderung.
- An den Grundschulen wurden die jahrgangsbezogenen Curricula für Deutsch und Mathematik bundesweit vereinheitlicht und dem Niveau des Jahres 1970 angepasst. Dies führte zu einem Aufschrei der Lehrerverbände vor allem in Berlin, Hamburg und Bremen. Auch die Erfüllung dieser Standards wurde jedes Jahr in einem bundesweiten Test überprüft und die daraufhin erstellte bundesweite Rankingtabelle veröffentlicht. Alle Kinder, die die Standards nicht erfüllten, erhielten eine verbindliche Sonderförderung.

Die Erfolge aller dieser Maßnahmen zeigten sich nach einem Jahrzehnt. Die Zahl der Schüler in Deutschland wuchs, und offenbar wurden sie auch wieder klüger. Beim Pisa-Test war Deutschland gegenüber dem OECD-Durchschnitt jahrelang deutlich zurückgefallen. Dies änderte sich stufenweise von 2025 an. Deutschland holte wieder auf.

Auch der Abwärtstrend im Bevölkerungswachstum konnte gestoppt werden. In den folgenden 317
Jahrzehnten blieb die Bevölkerungszahl stabil. Die Geburtenrate pendelte zwischen 2,0 und 2,2 Kindern pro Frau. Die Revisionen in der Familien- und Sozialpolitik, bei denen wiederholt nachgesteuert worden war, hatten dazu geführt, dass die Schichten mit höherer Bildung sogar eine leicht überdurchschnittliche Fruchtbarkeit auswiesen. Der Anteil junger Menschen an der Bevölkerung stieg wieder stetig, nachdem die geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er Jahren das neunte Lebensjahrzehnt erreicht hatten und altersbedingt schnell abnahmen.

Bei den Migranten aus Nah- und Mittelost sowie aus Afrika hatten die Reformen bei den Sozialtransfers in wenigen Jahren dazu geführt, dass deren Fruchtbarkeit unter den bundesdeutschen Durchschnitt sank. Die scharfen Sanktionen gegen Bildungsverweigerer taten ein Übriges. Befreiungen vom Sport- und Schwimmunterricht aus religiösen Gründen waren 2030 durch einen Beschluss der Kultusministerkonferenz untersagt worden. Bereits 2020 waren Schuluniformen eingeführt und ein Kopftuchverbot ausgesprochen worden.

In den klassischen Migrantenvierteln sah man immer weniger Frauen mit Kopftuch. Das lag auch an den dort sinkenden Einwohnerzahlen. Der geringe Familiennachzug, das Ausbleiben von Wohlstandsflüchtlingen und der anhaltende Fortzug der wirtschaftlich Erfolgreichen machten sich von 2040 an immer deutlicher bemerkbar: Die Migrantenquartiere der Großstädte schrumpften, und man hörte immer weniger Türkisch und Arabisch auf den Straßen.

Die Integration schien vollzogen, Historiker sahen darin eine Parallele zur Integration der polnischen Zuwanderer im Ruhrgebiet in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. So wie damals blieben als wesentliche Erinnerung nur die ausländisch klingenden Namen einiger prominenter Fußballer.

Soweit die beiden Szenarien. Auch das Tragische hat seine humoreske Seite, und die Wirklichkeit schreibt bekanntlich die besten Satiren. Es gibt für die Politik dringenden Anlass zum Handeln. Möglichkeiten und Ansatzpunkte gibt es auch, dieses Buch soll dazu einen Beitrag liefern. Mit den Worten einer untergegangenen Sprache rufe ich der Politik zu:

Hic Rhodus, hic salta!

Dank

Die Idee zu diesem Buch stammt aus dem Mai 2008, und sie stammt nicht von mir. Tobias Winstel von der Deutschen Verlags-Anstalt sprach mich an, ob ich nicht mit einem Buch zur politischen Debatte über den deutschen Sozialstaat beitragen wolle. Ich zögerte, wir kamen ins Gespräch, diskutierten über eine Konzeption, und im Herbst 2008 sagte ich zu.

Natürlich dauerte die Arbeit an dem Projekt länger als geplant, und es änderte auf dem Weg zur Vollendung immer wieder seinen Inhalt.

Nicht jeder teilt meine Freude an prägnanten Formulierungen. Friedrich Thelen erklärte sich bereit, das Werk vor dem Hintergrund seiner langjährigen journalistischen Erfahrung durchzusehen. Das hat er mit Akribie getan. Seine Ratschläge habe ich weitgehend berücksichtigt.

Das Lektorat von Ditta Ahmadi hat die Lesbarkeit des Buches wesentlich verbessert. Sie hat Wiederholungen ausgemerzt und auch kleinere Ungenauigkeiten unnachsichtig hinterfragt. Nicht überall zeigte ich Einsicht: Wenn der Leser findet, da und dort gebe es eine Tabelle zu viel, so kann er sicher sein, dass sie bereits darauf hinwies.

Meine Frau Ursula Sarrazin hat an das Manuskript in seinen unterschiedlichen Stadien immer wieder die Sonde des gesunden Menschenverstandes angelegt. Bei allen Aussagen zur Bildung war sie mir ein wichtiger fachlicher Gesprächspartner. Die Anschläge, die solch ein Buch auf das Zeitbudget eines Autors verübt, hat sie mit Grazie ertragen.

In den letzten beiden Jahren habe ich wiederholt erfahren, welche Empfindlichkeiten manche Punkte wecken, die ich anspreche. Ich habe versucht, Zuspruch und Widerspruch produktiv umzusetzen, und äußere hier meine persönlichen Ansichten, unabhängig von beruflichen Tätigkeiten. Es schadet nicht, die eigene gefestigte Meinung immer wieder in Frage zu stellen, denn in der Weite der sozialen Wirklichkeit gibt es nur wenige endgültige und abschließende Antworten.

Thilo Sarrazin
Berlin, im Juni 2010

Anmerkungen

Einleitung

1 Es reicht zur Erklärung nicht aus, hier die Pille ins Feld zu führen, interessant ist vielmehr, dass moderne Industriegesellschaften sehr unterschiedliche demografische Trends aufweisen.

2 Anders natürlich, wenn man die Position des Weltbürgers einnimmt, den nicht das Geschick der eigenen sozialen Gruppe, sondern der Menschheit an und für sich interessiert.

3 Natürlich gibt es auch Umbruchsituationen, in denen religiös begründete Leitideen destabilisierend wirken.

4 Über weite Strecken als »goldenes Zeitalter« erlebt wurden

- die Blütezeit des alten ägyptischen Reiches von 2640 bis 2504 vor Christus
- die griechische Antike zwischen den Perserkriegen und der Herrschaft der Makedonier, also von 550 bis 350 vor Christus
- die Pax Romana, etwa von Christi Geburt bis 250 nach Christus
- das deutsche Hochmittelalter unter den Saliern und Staufen von 1000 bis 1250
- das absolutistische Frankreich des 18. Jahrhunderts unter Ludwig XIV. und Ludwig XV.
- die Blüte des Britischen Empire von 1815 (endgültiger Sieg über Napoleon in Waterloo) bis 1914 (Erster Weltkrieg)
- das deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1914
- die wirtschaftliche Explosion der USA von 1865 bis 1965 und ihr gleichzeitiger Aufstieg zur Weltmacht
- die Entwicklung der Bundesrepublik von der Währungsreform 1948 bis zum Fall der Mauer 1989.

Kapitel I

1 Vgl. Heinz J. Ebenrett/Dieter Hansen/Klaus J. Puzicha: »*Brain drain« in deutschen Regionen. Effekte von Arbeitslosigkeit und innerdeutscher Migration,* hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung - PSZ PIII 6, Nr. 1/2002.

2 Dies würde ein überindividuelles, auf Gesellschaften anwendbares, konsistentes Wertsystem voraussetzen, was es rein logisch gar nicht geben kann (Arrow-Paradoxon).

3 Allerdings mit Ausnahme der von Völkermord bedrohten autochthonen Bevölkerung in Darfur.

4 Vgl. Edward O. Wilson: *On Human Nature*, Cambridge (Mass.) 2004, S.70ff.

5 Auffallend ist, dass zahlreiche dieser Innovationen aus China stammten. Eisenpflug, Kummet, Kompass, Papier, Schwarzpulver, Buchdruck, Porzellan und vieles mehr wurden mit bis zu anderthalb Jahrtausenden Vorlauf im Reich der Mitte erfunden und genutzt. Bis ins 18. Jahrhundert hinein konnte man sagen, dass China einen technischen Entwicklungsstand hatte, der mit dem in Europa zu vergleichen war.

6 Es entwickeln sich aber auch Typen rationaler Herrschaft, die weder dem abendländischen Demokratiemodell entsprechen noch einem Diktaturmodell folgen, noch Kleptokratien sind. China ist hier das herausragende Beispiel. Daneben gibt es überall die *failed states,* in denen korrupte Oberschichten das Volk bestehlen, ohne einen Entwicklungsbeitrag zu leisten (Haiti, Burma), oder in denen die Staatsordnung ganz zusammengebrochen ist (Somalia, Zaire).

7 Der britische Klimaforscher James Lovelock hält einen erheblichen Anstieg der Temperaturen auf der Erde bereits für fest vorprogrammiert und meint, dass die Erde in 100 Jahren die Lebensgrundlage für maximal eine Milliarde Menschen bieten könne. Vgl. Gespräch in der FAS am 7. Juni 2009 sowie sein jüngst erschienenes Buch: *The Vanishing Face of Gaia-A Final Warning.* Die beiden führenden deutschen Klimaforscher Stefan Rahmstorf und Hans Joachim Schellnhuber sehen die Dinge nicht so schwarz, halten Lovelocks Position aber auch nicht für unseriös. Ihre Mahnungen an die Politik zu schnellem und nachhaltigem Handeln (vgl. Interviews in *Die Zeit* vom 26. März 2009 und in *WAZ* vom 22. April 2009) hätten dann aber keinen Sinn.

8 Zwar gibt es stabile Unterschiede in der gemessenen Intelligenzleistung von Völkern und Gesellschaften, das liegt aber auch daran, dass die Intelligenzleistung - bei nachgewiesener Erblichkeit von 50 bis 80 Prozent - auch von Ernährung und Bildung beeinflusst wird. Ausführlicher zur Intelligenz Seite 89ff.

9 Genannt seien die Nutzung des Feuers, die Entwicklung des Ackerbaus, die Erfindung des Rads und der Schrift, die Eisenverarbeitung, der Beginn des Maschinenbaus mit der Entwicklung der ersten Uhr und schließlich die Erfindung der Dampfmaschine, die den Übergang ins Industriezeitalter markiert.

10 Das schließt nicht aus, dass Eigenarten und kulturelle Besonderheiten einzelner Bevölkerungsgruppen über Jahrtausende fortbestehen können, ob es dabei um die besonderen Lebensformen von Sinti und Roma geht oder um die kulturelle und religiöse Identität der Juden.

11 Vgl. Max Weber: »Die protestantische Ethik und der >Geist< des Kapitalismus«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 20 (1904), S. 1 - 54 und 21 (1905), S. 1-110; Gregory Clark: A *Farewell to Alms. A Brief Economic History of the World,* Princeton und Oxford 2007. Weber führt den unternehmerischen Geist, der das Abendland voranbrachte, insbesondere auf die Calvinistische Ethik zurück, die im materiellen Lebenserfolg den Beweis von Gottes Gunst sah. Clark versucht zu zeigen, dass jene Länder wirtschaftlich vorankamen, in denen sich die wirtschaftlich Erfolgreichen überdurchschnittlich und über längere Zeit vermehrten.

12 Vgl. Meinhard Miegel: *Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft?*, Berlin 2005.

Kapitel 2

1 Vgl. European Commission and the Economic Policy Committee (AWG): »The 2009 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the EU-27 Member States (2008-2060)«, in: *European Economy* 2/2009, sowie Deutsche Bundesbank: »Demographischer Wandel und langfristige Tragfähigkeit der Staatsftnanzen in Deutschland«, in: *Monatsbericht* 7/2009, S. 31ff.

2 Vgl. Thomas Straubhaar: »Ungenutztes Potential«, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 27 vom 29. Juni 2009. Thomas Staubhaar stellt die These auf, die Auswirkungen der Demografie ließen sich durch steigende Erwerbsquoten von Frauen, Älteren und Migranten weitgehend abmildern, und schwimmt damit im gegenwärtigen Mainstream mit. Aber es gibt keine alternativen Projektionen, die von realistischen Annahmen ausgehen.

3 Vgl. Johann Fuchs/Katrin Dörfler: »Projektion des Arbeitsangebots bis 2050. Demografische Effekte sind nicht mehr zu bremsen«, in: *IAB-Kurzbericht* 11/2005; sowie Peter Schnur/Gerd Zika: »Arbeitskräftebedarf bis 2025. Die Grenzen der Expansion«, in: *IAB-Kurzbericht* 26/2007. Der einzige wesentliche Unterschied zur o.a. Projektion besteht in der Annahme zur künftigen Zuwanderung. Die o.a. Projektion geht von jährlich 50 000 Menschen aus, das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) rechnet mit Variationen, legt

aber letztlich eine jährliche Zuwanderung von 200 000 Menschen zugrunde. Die höhere Annahme des IAB bewirkt für sich genommen eine um rund 6 Millionen höhere Erwerbspersonenzahl im Jahre 2050.

4 Vgl. die Analyse bei Aymo Brunetti/Beatrice Weder di Mauro: »Ein Markt mit spektakulärem Potenzial«, in: *FAZ* vom 2. September 2006, S. 13.

5 Vgl. Desislava Ivanova: *Probleme bei dem Vergleich des Lebensstandards in den USA und den EU-15-Staaten, Zusammenfassung einer Untersuchung von Robert J. Gordon (2006),* Lehrstuhl Prof. Illing, LMU München.

6 Siehe hierzu auch die Analyse bei René Bormann u.a.: »Deutschland 2020. Aus der Krise in eine soziale Zukunft«, in: *WISO-Diskurs* 6/2009, S. 13ff.

7 Vgl. Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): *Zweiter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen,* Berlin Juni 2008.

8 Martin Werding/Herbert Hofmann: »Projektionen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen«, in: *Ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung*, Bd. 30, München 2008.

9 Vgl. Werding/Hofmann, »Projektionen«, a.a.O., S. 38.

10 Pensionen, Alters-, Witwen- und Waisenrenten. Die Zahl wurde für 2005 geschätzt unter Vornahme einer Bereinigung um Mehrfach-Rentenbezieher.

Kapitel 3

1 Michael Leszczensky u.a.: *Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands* (Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 8-2009), Berlin 2009, S. 89.

2 Ebenda, S. 102.

3 <www.timeshighereducation.co.uk/Rankings>.

4 Vgl. Markus Fasse/Carsten Henz: »Dem Elektroauto fehlen Ingenieure«, in: *Handelsblatt* vom 18. August 2000.

5 Auskunft des IAB vom 4. Februar 2010. Die Daten sind hochgerechnet aus dem IAB-Betriebspanel 2002/2006.

6 Auskunft des Statistischen Bundesamtes vom 16. Februar 2010 <arbeitsmarkt@destatis.de>.

7 Vgl. Ursula Lehr: *Psychologie* des *Alterns,* II. Auflage Heidelberg 2007, dort insbesondere die Längsschnittuntersuchungen zur Intelligenzentwicklung, S. 76ff. Siehe ferner Matthias Kliegel: »Die kognitive Leistungsfähigkeit im mittleren und höheren Erwachsenenalter aus der Sicht der Gerontopsychologie«, in: *Generation 60 plus - tauglich für die Arbeitswelt 2020*, Dokumentation zur Tagung am 14./15. Februar 2006 in Bad Arolsen, S. 59ff.

8 Auskunft Udo Franke von der Hamburg Port Authority vom 9. Februar 2010.

9 Vgl. Bertrand Russell: *Mein Leben*, Zürich 1967.

10 Golo Mann: »Versuch über Bertrand Russell«, Nachwort in ebenda, S. 331.

11 Vgl. Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008, hier insbesondere Tabelle 5.3 auf S. 135.

12 Vgl. <http://opa.berkeley.edu/analysesandreports/analyses.aspx>.

13 Letztere Zahl ergibt sich aus dem Mikrozensus 2008, vgl. dazu Kapitel 8.

14 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*, Berlin 2009, verschiedene Fundstellen.

15 Vgl. ebenda sowie Hans-Werner Sinn u.a.: »EU-Erweiterung und Arbeitskräfteintegration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte«, in: *Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung* 2 München 2001. Hans Dietrich von Loeffelholz: »Kosten der Nichtintegration ausländischer Zuwanderer«, in: *Beihefte zur Konjunkturpolitik* 2001/52. Ders. u.a.: *Fiskalische Kosten der Zuwanderer*, RWI-Projektbericht, Essen 2004.

16 Leszczensky u.a., *Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands*, S. II.

17 Ebenda, S. 115.

18 Ebenda, S. 77. Die Schwundbilanz untersucht die Absolventen eines Jahrgangs auf Herkunft und Verbleib: Es werden die Abgänge aus Studienabbrechern und Studienfachwechslern sowie die Zugänge aus Studienfachwechslern erfasst.

19 Ebenda, S. 45.

20 Vgl. ebenda, S. 85ff.

21 Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, Bonn 2009, S. 216.

22 Vgl. ebenda, S. 214.

23 Vgl. René Bormann u.a.: »Deutschland 2020. Aus der Krise in eine soziale Zukunft«, in: *WISO-Diskurs* 6/2009, S. 19ff.

24 Für die Durchführung der hier auszugsweise wiedergegebenen Sonderauswertung danke ich Thilo Pahl vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) Berlin. Siehe auch DIHK: *Ausbildung 2009, Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung,* erschienen im März 2009.

25 Vgl. BASF AG (Hrsg.): *Langzeitstudie über Rechtschreib- und elementare Rechenkenntnisse bei Ausbildungsplatzbewerbern*, Ludwigshafen 2008.

26 Ebenda, S. 3.

27 Andreas Frey u.a.: »Mathematische Kompetenz im Ländervergleich«, in: Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008, S. 130.

28 OECD (Hrsg.): *Education at a Glance,* Paris 2008, S. 138.

29 Vgl. OECD (Hrsg.): *PISA 2006. Science Competencies for Tomorrow's World.* Volume I: Analysis, Paris 2007.

30 Vgl. Bundesfinanzbericht 2009, S. 49.

31 Vgl. Stefan Schipolowski/Katrin Böhme: »Der Ländervergleich im Fach Deutsch«, in: Olaf Köller/Michel Knigge/Bernd Tesch (Hrsg.): *Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich*, Münster 2010, S. 90.

32 Vgl. Katrin Böhme u.a.: »Migrationsbedingte Disparitäten bei sprachlichen Kompetenzen«, in: Köller u.a., *Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich*, S. 216.

33 Olaf Köller u.a.: »Der Blick in die Länder«, in: Köller u.a., *Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich*, S. 122.

34 Vgl. OECD, *Education*, S. 206.

35 Vgl. OECD, *PISA 2006,* S. 60.

36 Vgl. Bericht der *Berliner Zeitung* vom 1. Dezember 2005: »In Bayern ist der Unterricht >minimalistisch solid<«.

37 Vgl. Christian Pfeiffer u.a.: Die *PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums: eine Analyse auf der Basis verschiedener empirischer Untersuchungen,* Hannover 2007, S. 3ff.

38 Vgl. Heinz J. Ebenrett/Dieter Hansen/Klaus J. Puzicha: »*Brain drain« in deutschen Regionen. Effekte von Arbeitslosigkeit und innerdeutscher Migration,* hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung - PSZ PIII 6, Nr. 1/2002. S. Eber/S. Schambach: »>Brain drain<« in deutschen Regionen. Effekte von Arbeitslosigkeit und innerdeutscher Migration«, in: *Untersuchungen des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr*, 42. Jahrgang (2007), S. 9ff.

39 Vgl. Gerhard Meinlschmidt (Hrsg.): *Sozialstrukturatlas Berlin 2008*, Berlin 2009.

40 Gerhard Meinlschmidt (Hrsg.): *Grundauswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2007*, Berlin 2009. Die wiedergegebenen Daten sind verschiedenen Stellen des Berichts entnommen.

41 Vgl. Franz Walter: *Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung,* Frankfurt/M. 2008. Dies ist ein Leitthema, das an verschiedenen Stellen des Buches immer wieder auftaucht.

42 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Soziale Differenzierung, eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung im Frühjahr 2006, S. 4.

43 Vgl. IfD-Umfrage 5256, Februar/März 2009.

44 Vgl. Renate Köcher: »Demoskopische Annäherungen an die Mentalität der Mitte«, in: Wege *zur gesellschaftlichen Mitte - Chancen, Leistung und Verantwortung*, hrsg. von der Herbert-Quandt-Stiftung, Frankfurt/M. 2008, S. 16ff.

45 Vgl. IfD-Umfrage 5256.

46 Renate Köcher: »Der Statusfatalismus der Unterschicht«, in: *FAZ* vom 16. Dezember 2009, S. 5.

47 Anne Will, 14. Oktober 2007 <http://dasertse.ndr.de/archiv/erste3124.html. >.

48 Vgl. Volkmar Weiss: Die *IQ-Falle,* Graz/Stuttgart 2000, S. 140. Volkmar Weiss arbeitete als Wissenschaftler in der DDR an Themen der Intelligenzforschung. Seine Aussagen zur DDR stammen aus dieser Forschung.

49 Vgl. ebenda, S. 139.

50 Diese Hoffnung äußert z.B. Renate Köcher in: »Statusfatalismus«.

51 Christoph Butterwegge: *Armut in einem reichen Land*, Frankfurt/M. 2009, S. 16ff.

52 Vgl. Julia Friedrichs/Eva Müller/Boris Baumholt: *Deutschland dritter Klasse. Leben in der Unterschicht*, Hamburg 2009.

53 Güner Yasemin Balci: *Arabboy. Eine Jugend in Deutschland oder Das kurze Leben des Rashid A.*, Frankfurt/M. 2008.

54 Inge Kloepfer: *Aufstand der Unterschicht*, Frankfurt/M. 2008.

55 Walter, *Baustelle*, S. 14.

56 Vgl. Christian Schmitt/Ulrike Winkelmann: *Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern* (DIW Discussion Paper 473), Berlin 2005, S. 9; ferner Christian Schmitt/Gerd. G. Wagner: »Kinderlosigkeit von Akademikerinnen überbewertet«, in DIW *Wochenbericht* 21/2006, S. 313 - 317.

57 Vgl. Statistisches Bundesamt: *Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland*, Wiesbaden 2009, S. 27ff.

58 Vgl. ebenda, S. 29, sowie Olga Pötzsch: Geburten in Deutschland 2007; Hrsg. Statistisches Bundesamt, Dezember 2007.

59 Vgl. Meinlschmidt, *Grundauswertung* der *Einschulungsdaten.*

60 Vgl. ders.: *Soziale Schichtung und Kinderanzahl in Familien. Sonderauswertung der Einschulungsdaten 2007*, unveröffentlichtes Manuskript, Juli 2009.

61 In den USA hat die National Longitudinal Study on Youth (NSLY), die den weiteren Lebensweg von über 12 000 Jugendlichen des Highschool-Jahrgangs 1979 begleitet, unter anderem gezeigt, dass uneheliche Geburten viel mit dem Intelligenzgrad der Mütter zu tun haben, vergleichsweise wenig dagegen mit deren sozioökonomischen Hintergrund (siehe Richard J. Herrnstein/Charles Murray: *The Bell Curve. Intelligence and Class Strukture in American Life,* New York 1994, S. 180ff.), und dass die durchschnittliche Kinderzahl sinkt, je höher das Bildungsniveau der Mütter ist. Für Deutschland ist festzustellen, dass aufgrund des schichtspezifisch unterschiedlichen generativen Verhaltens der Anteil der Unterschicht beziehungsweise der sogenannten bildungsfernen Schichten an den Geburten kontinuierlich steigt. Es ist sehr bedauerlich, dass die amtliche Statistik hier kein aktuelles, vertiefendes Material bietet. Dazu wäre es allerdings nötig, bei jeder Geburt den sozioökonomischen Status der Mutter (beziehungsweise der Eltern) hinsichtlich Bildungsgrad und Integration in den Arbeitsmarkt genau zu erfassen. Vgl. Christian Schmitt: *Labour Market Integration and the Transition to Parenthood-A Comparison of Germany and the UK* (DIW Discussion Paper 808), Berlin 2008; ferner ders.: *Gender-Specific Effects* of *Unemployment on Family Formation: A Cross-National Perspective* (DIW Discussion Paper 841), Berlin 2008, insbesondere S. 348ff.

62 Vgl. Gunnar Myrdal: *Population. A Problem for Democracy. The Godkin Lectures 1938*, Gloucester Mass. 1962, S. 203.

63 Vgl. Francis Galton: *Hereditary Genius. An Inquiry into its Laws and Consequences,* London 1869.

64 Vgl zum Forschungsstand aus der Sicht der Intelligenzforschung Detlef H. Rost: *Intelligenz. Fakten und Mythen*, Basel 2009, S. 230ff. Aus der Sicht der Bildungforschung stellen Elsbeth Stern und Jürgen Guthke fest: »Es gibt mindestens vier allgemein akzeptierte Annahmen in der Intelligenzforschung: 1. Die hohen Langzeitstabilitäten in der Intelligenzleistung, die bereits in der frühen Kindheit um r =.50 betragen und ab der späten Kindheit auf über r =.80 ansteigen, sprechen für das Vorliegen eines stabilen Persönlichkeitsmerkmals. 2. In Kulturkreisen, in denen Kindern weitgehend alle Lerngelegenheiten offen stehen, können mindestens 50 Prozent der Varianz in der Intelligenztestleistung durch genetische Unterschiede erklärt werden. 3. Unterschiede in der Intelligenz haben eine zerebrale Grundlage, die prinzipiell aufgeklärt werden kann. 4. Es hängt entscheidend vom kulturellen und individuellen Kontext ab, wie kognitive Kompetenzen die Aneignung und Nutzung von Wissen beeinflussen« (Elsbeth Stern/Jürgen Guttke [Hrsg.]: *Perspektiven der Intelligenzforschung,* Lengerich 2001, S. 9.

65 Vgl. Richard Lynn: *Dysgenics. Genetic Deterioration in Modern Populations,* Westport 1996; sowie ders.: »The Decline of Genotypic Intelligence«, in: Ulric Neisser (Hrsg.): *The Rising Curve*, Washington 1998, S. 335ff. In einem Beitrag im selben Band versucht Samuel H. Preston zu belegen, dass auch bei unterschiedlicher Fruchtbarkeit von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz eine automatische Stabilisierung des Intelligenzniveaus eintritt. Vgl. ders.: »Differential Fertility by IQ und the IQ Distribution of a Population«, S. 377ff.; John C. Loehlin zeigt, dass Prestons Modell fehlerhaft ist und sich ein anderes Ergebnis einstellt, wenn man gemäß den Mendelschen Erbgesetzen modelliert. Loehlin hält aber die aktuellen Unterschiede in der Fruchtbarkeit verschiedener Bevölkerungsgruppen in den USA nicht für groß genug, um von praktischer Relevanz zu sein. Vgl. ders.: »Whither Dysgenics? Comments on Lynn and Preston«, S. 389ff. Dem Herausgeber des Sammelbandes, Ulric Neisser, gefällt diese ganze Diskussion überhaupt nicht. Auch er sagt aber: »Within a given poulation and a given range of environment (e.g. those that are characteristic for White American males in 1998), genetic factors do make a major contribution to individual differences. This has now been shown beyound reasonable doubt by the methods of behavior genetics, a dicipline that is primarely concerned with variability.« Vgl. ders.: »Introduction: Rising Test Scores and What They Mean«, S. 3ff., Zitat S. 15.

66 Vgl. <www.maschiach.de> und <www.nobelprize.org>

67 Vgl. Esra Bennathan: »Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden«, in: Mosse W. (Hrsg.): *Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Tübingen 1966, S. 87ff.

68 Vgl. Sarah Gordon: *Hitler, Germans and the »Jewish Question«*, Princeton 1984, S. 15.

69 Vgl. ebenda, S. 12.

70 Vgl. ebenda, S. 14.

71 Kati Marton: *Die Flucht der Genies. Neun ungarische Juden verändern die Welt,* Frankfurt/M. 2010, S. 30.

72 Vgl. Bernard D. Weinryb: *The Jews of Poland.* A *Social and Economic History of the Jewish Community in Poland from 1100* to *1800,* Philadelphia 1973.

73 Vgl. Kevin B. MacDonald: *A People That Shall Dwell Alone: Judaism As a Group Evolutionary Strategy*, Westport 1994; siehe auch die aufschlussreiche Rezension von Hans Jürgen Eysenck, in: *Personality and Individual Differences*, 19/1995, No ip.

74 Vgl. Eysenck, ebenda, sowie Richard J. Herrnstein/Charles Murray: The *Bell Curve. Intelligence and Class Strukture in American Life,* New York 1994, S. 175, und die dort zitierte Literatur.

75 Vgl. zur Lebensgeschichte von Wilhelm Peters Weiss: *Die IQ-Falle,* S. 25ff.

76 Zitiert nach ebenda, S. 26.

77 Vgl. ebenda, S. 32.

78 In der Intelligenzforschung der Gegenwart dominieren Wissenschaftler aus den USA. Dort wird die Diskussion durch die Interpretation der ermittelten Unterschiede zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen belastet. Dabei ist diese Diskussion angesichts der großen Varianz von Intelligenz in jeder ethnischen Gruppe völlig überflüssig, denn entscheidend sind allein die Eigenschaften des Individuums. Sähen alle Menschen gleich aus, käme niemand auf die Idee, vorhandene Intelligenzunterschiede mit ethnischer Herkunft in Verbindung zu bringen. Das schon erwähnte Buch von Herrnstein/Murray, *The Bell Curve*, sammelt alle empirischen Erkenntnisse zur gemessenen Intelligenz und korreliert diese mit den Indikatoren des Lebenserfolgs. Dieses sehr erfolgreiche Buch löste eine heftige Diskussion aus und traf auf eine große Welle öffentlicher Kritik. Diese konzentrierte sich aber auf das Grundsätzliche und Ideologische. Erfolgreiche Versuche alternativer Intelligenzmessung wurden nicht veröffentlicht. Vgl. Russel Jacobi/Naomi Glauberman: *The Bell Curve Debate. History, Documents, Opinions,* New York 1995.

79 Vgl. Herrnstein/Murray, *The Bell Curve*, S. 143ff., sowie Roberto Colom/ Carmen Flores-Mendoza: »Intelligence Predicts Scholastic Achievement Irrespective of SES Factors: Evidence from Brazil«, in: *Intelligence* 35 (2007), S. 243ff.

80 Vgl. Rost, *Intelligenz*, S. 232f.

81 Vgl. Lehr, *Psychologie* des *Alterns,* S. 81ff.

82 Vgl. G. E. McClearn u.a.: »Substantial Genetic Influence on Cognitive Abilities in Twins 80 or more Years«, in: Science 276, S. 1560ff.

83 Vgl. Detlef. H. Rost: Intelligenz. *Fakten und Mythen,* Weinheim/Basel 2009, S. 230ff.

84 Vgl. Herrnstein/Murray, *The Bell Curve*, S. 350.

85 Vgl. Rost: *Intelligenz,* S. 186ff., und die dort zitierte Literatur.

86 Vgl. Herrnstein/Murray, *The Bell Curve*, S. IIoff., und die dort angeführte Literatur.

87 Vgl. ebenda, S. 36, S. II8ff.

88 Vgl. ebenda, S. 127.

89 Vgl. die umfangreiche statistische Evidenz bei Lynn/Vanhanen, *Intelligence and the Wealth of Nations*. Vgl. auch E. Weede/S. Kämpf: »The Impact of Intelligence and Institutional Improvements on Economic Growth«, in: *Kyklos* 55 (2002), S. 361ff.

90 Vgl. Gregory Clark: A *Farewell to Alms*. A *Brief Economic History of the World,* Princeton und Oxford 2007, S. II.

91 Vgl. Roberto Colom/Josep Lluis-Font/Antonio Andres-Pueyo: The Generational Intelligence Gains Are Caused by Decreasing Variance in the Lower Half of the Distribution. Supporting Evidenc for Nutrition Hypothesis, in: *Intelligence* (2005), S. 84ff.

92 Vgl. James R. Flynn: »Massive IQ-Gains in 14 Nations: What IQ Tests Really Measure«, in: *Psycological Bulletin* 101 (1987), S. 171ff. Ders.: »What Environmental Factors Affect Intelligence? The Relevance of IQ Gains Over Time«, in: D. K. Detterman (Hrsg.): *Current Topics in Human Intelligence,* Bd. 5, Norwood 1995.

93 Thomas W. Teasdale/David R. Owen: »A Long-term Rise and Recent Decline in Intelligence Test Performance: The Flynn-Effect in Reverse«, in: *Personality and Individual Differences* 39/2005, S. 837ff.; sowie Jon M. Sundet/Dag G. Baraug/Tove M. Torjussen: »The End of the Flynn Effect? A Study of Secular Trends in Mean Intelligence Scores of Norwegian Conscripts During Half a Century, in: *Intelligence* 32/2004, S. 349ff. Beide Studien sind umso ernster zu nehmen, als sie sich auf lange Reihen der gemessenen Intelligenz von Wehrpflichtigen beziehen: Für dänische wie für norwegische Wehrpflichtige zeigen die Studien, dass der Flynn-Effekt bereits Ende der siebziger Jahre auslief. Nach einer Phase der Stagnation geht die gemessene Intelligenz der Wehrpflichtigen in beiden Ländern seit Ende der neunziger Jahre zurück

94 Vgl. Siegfried Lehrl: »Pisa ?ein weltweiter Intelligenz-Test«, in: *Geistig fit* I (2005) S. 3ff.; Heiner Rindermann: »Was messen internationale Schulleistungsstudien?«, in: *Psychologische Rundschau* 57 (2006), S. 69ff.

95 U. Genz: »Steigerung der mentalen Leistungsfähigkeit durch richtiges Frühstück«, in: *Geistig fit* 6 (2007), S. 3ff.

96 Auch die Soziobiologie, die stark auf die Rolle der kulturellen Entwicklung abstellt, legt der menschlichen Entwicklung letztlich den Prozess der natürlichen Selektion zugrunde: Das Erbgut jener verbreitet sich, die am besten überleben und sich am meisten vermehren. Da die Überlebenschancen in der modernen Gesellschaft identisch sind, verbreiten sich die Gene jener am meisten, die die höchste Fruchtbarkeit haben. Vgl. Edward O. Wilson: *On Human Nature*, Cambridge (Mass.) 2004, S. 32f.

Kapitel 4

1 Vgl. Renate Köcher: »Keine Krisenstimmung«, in: *FAZ* vom 19. August 2009, S. 5.

2 Vgl. *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.* Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. Mai 2008, S. 25.

3 Vgl. Thomas Lampert/Thomas Ziese: *Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* (Schriftenreihe Lebenslagen in Deutschland), Bonn 2005, S. 22.

4 Vgl. *Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010* (Siebenter Existenzminimumbericht) von 21. November 2008, BT Drucksache 16/11065, S. 6.

5 Vgl. Siebenter Existenzminimumbericht, S. 2.

6 Vgl. Silvia Deckl: »Leben in Europa 2005 und 2006, Ergebnisse für Sozialindikatoren«, in: *Wirtschaft und Statistik* 9/2008, S. 799.

7 Vgl. Hans-Werner Sinn: »Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut«, in: *Ifo-Schnelldienst* 10/2008, S. 14ff.

8 BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9. Februar 2010.

9 Vgl. Friederike Gräff: »Was uns zusteht. Der richtige und falsche Anspruch: Auf der Suche nach einem Begriff irgendwo zwischen Hartz IV und Elbvororten«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30./31. Januar 2010, S. V 2/3.

10 Vgl. Amartya Sen: *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, 2. Auflage München 2003, S. 112.

11 Vgl. *Lebenslagen in Deutschland,* S. 1.

12 Vgl. Interview mit Norbert Bolz: »Irgendwas kann man immer werden«, in: *Wirtschaftswoche* vom 24. Mai 2009.

13 Interview mit Peter Brändle: »Viele Kläger können sich ein Leben in Arbeit nicht vorstellen«, in: *FAS* vom 28. Februar 2010, S. 40.

14 Europäischer Rat, Beschluss 85/8/EEC vom 19. Dezember 1984.

15 Vgl. <www.berliner-tafel.de>.

16 Die monatlichen Ausgaben für Tabakwaren wurden aus dem Aufkommen der Tabaksteuer hochgerechnet, die Ausgaben für Getränke aus dem Umsatz der Getränkeindustrie geschätzt.

17 *Lebenslagen in Deutschland*, S. 1ff.

18 Vgl. Gerhard Meinlschmidt (Hrsg.): *Sozialstrukturatlas Berlin 2008*, Berlin 2009, S. 201, 260.

19 Vgl. ebenda, S. 235.

20 *Lebenslagen in Deutschland*, S. 89.

21 Vgl. Lampert/Ziese: *Armut,* S. 7.

22 Ebenda, S. 35.

23 Vgl. Tibor Scitowsky: *The Joyless Economy*, New York 1976.

24 Vgl. Thorstein Veblen: »The Theory of the Leasure Class«, New York/ London 1899.

25 Vgl. Frank Nullmeier: »Wie viel Ungleichheit ist gerecht?«, in: *Böll-Thema* 1/2005: *Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit*, S. 22f.

26 Vgl. Amartya Sen: *The Idea of Justice*, New York 2009, S. 291.

27 Vgl. ebenda, S. 7ff. und 52ff.

28 Ders.: »There Is No Such Thing As Perfect Justice«, Interview in: *Forbes India* vom 28. August 2009.

29 Vgl. ders., *The Idea of Justice,* S. 64, S. 253ff.

30 Aristoteles: *Nikomachische Ethik* (1096a) <http://gutenberg.spiegel.de/index.php?id=5&xid=73&kapitel=5&cHash=1&hilite =1096a#gb_ found >.

31 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: *Sozialbericht* 2009, S. 298.

32 Dafür mag der eigene Fall als Beispiel dienen: Nach Schule, Bundeswehr und Studium in der Mindestzeit sind für die Zeit vom 1. Januar 1972 bis 30. Juni 2000 durchgehend Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt worden, die dem Höchstsatz bei der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze entsprachen, in der Summe 170 000 Euro. Wären diese Beiträge bis 1. März 2010, dem Eintritt des Rentenfalles, zur jeweiligen Umlaufrendite öffentlicher Anleihen angelegt worden, so hätte sich ein angesammeltes Kapital von 638 000 Euro ergeben. Der Rentenbescheid beläuft sich auf 1378 Euro monatlich. Es ist ganz offensichtlich, dass sein Barwert nicht einmal einem Drittel des fiktiv angesammelten Kapitals entspricht.

33 *Lebenslagen in Deutschland,* S. 16.

34 Giovanni di Lorenzo: »Richtig im Falschen. Die Empörung über Westerwelles Tiraden zu Hartz IV dürfen kein Grund sein, einige Fehlentwicklung zu verschweigen«, in: *Die Zeit* vom 18. Februar 2010, S. 1.

35 Vgl. Klaus Hartung: »Deutschland Transfer. Die Krise der SPD ist die Krise des Sozialstaats. Warum die Volkspartei ihren Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat«, in: *Der Tagesspiegel* vom 29. August 2009.

36 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: *Sozialbudget 2008*, Tabelle III-2.

37 Ebenda, Tabelle III-1.

38 Ebenda, Tabelle III-32 und eigene Berechnungen.

39 OECD (Hrsg.): *Education at a Glance,* Paris 2008, S. 240.

40 Der bekannteste Vorschlag ist das Konzept von Götz Werner, des Eigentümers der DM Drogeriekette. Er verbindet sein Konzept mit dem Vorschlag, die Finanzierung des Sozialstaates auf Verbrauchsbesteuerung umzulegen und auf diese Weise die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stützen. Ihm schwebt ein Grundeinkommen von rund 1000 Euro pro Person vor, was den vollständigen Umbau des deutschen Steuer- und Abgabensystems voraussetzt. Ein ebenfalls sehr bekannter Vorschlag zum bedingungslosen Grundeinkommen ist das »solidarische Bürgergeld« des Jenaer Fachhochschulprofessors Michael Opielka, der das entsprechende Konzept des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus ausarbeitete. Ein ähnlicher, teilweise

identischer und ebenfalls sehr bekanntgewordener Vorschlag stammt vom Direktor des Hamburgischen Welt Wirtschafts Instituts (HWWA), Thomas Straubhaar. Vgl. dazu: Thomas Straubhaar (Hrsg.): *Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld ? mehr als sozialutopische Konzepte,* Hamburg 2008. Michael Opielka/Wolfgang Strengmann-Kohn: »Das Solidarische Bürgergeld - Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts«, in: Michael Borchard (Hrsg.): *Das Solidarische Bürgergeld ? Analysen einer Reformidee*, Stuttgart 2007. Götz Werner (Hrsg.): *Ein Grund für die Zukunft: Das Grundeinkommen, Interviews und Reaktionen,* Stuttgart 2006. Ferner ist der Vorschlag eines garantierten Existenzgeldes von Horst W. Opaschowski zu erwähnen, vgl. ders.: *Minimex ?* Das *Zukunftsmodell* einer *sozialen* Gesellschaft, Gütersloh 2007.

41 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: *Sozialbericht* 2009, Tabelle III-1.

42 Opielka, »Das solidarische Bürgergeld«, a.a.O., S. 23.

43 G.WF. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Naturrecht und Staatswissenschaft, Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Reichelt, Frankfurt/M. 1972, § 245. Opielka selbst bringt den Einwand Hegels, um ihn dann aber zu verwerfen. Siehe ders., »Das solidarische Bürgergeld«, a.a.O., S. 26.

44 Heinz Bude: Die Ausgeschlossenen, München 2008, S. 165.

45 Vgl. Urich Beck: »Die uneindeutige Sozialstruktur. Was heißt Armut, was Reichtum in der >Selbst-Kultur<«, in: Ulrich Beck/Peter Sopp (Hrsg.): *Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?*, Opladen 1997, S. 183ff.

46 Vgl. Tabelle B im Anhang.

47 Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.): *Das garantierte Grundeinkommen, Entwicklung und Perspektiven einer Forderung,* Frankfurt/M. 1986, S. 23.

48 Ebenda, S. 23f.

49 Ebenda, S. 27.

50 Warnfried Dettling: »Hartz IV ? drei Fragen, drei Antworten, drei Autoren«, in: *Böll-Thema* 1/2005: *Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit,* S. 18.

51 Der Index der Reallöhne hat sich seit Ende der sechziger Jahre bis 2003 verdoppelt, desgleichen das reale Nettonationaleinkommen pro Einwohner. Vgl. Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)- Abteilung soziale Indikatoren: *System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland*: *Schlüsselindikatoren* 1950 ?2003, Mannheim 2004, S. 49 und 55.

52 Tobias Graf/Helmut Randolph: »Viele Bedarfsgemeinschaften bleiben lange bedürftig«, In: *IAB-Kurzbericht* 5/2009.

Kapitel 5

1 Der Wunsch, politisch von diesen Grundängsten zu profitieren, stand z. B. hinter der auffälligen Positionierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rüttgers gegen Hartz IV Rein politisch hatte er damit Recht. In der Sache erwies er den Arbeitslosen und der Sozialpolitik in Deutschland jedoch

keinen Dienst. Vgl. zur Sozialpsychologie dieser Debatte Elisabeth Niejahr /Kolja Rudzio: »Gesetz der Angst: Hartz IV hat den Arbeitsmarkt belebt - doch verbindet man die Reform mit Abstieg und Armut. Was muss geändert werden?«, in: Die Zeit vom 28. Januar 2010, S. 19. Vgl. ferner Kolja Rudzio: »Rüttgers I statt Hartz IV?«, in: *Die Zeit* vom 14. Januar 2010, S. 27.

2 Vgl. Tabelle 2.4 Seite 41.

3 Statistisches Bundesamt, Einzelauskunft vom 12. März 2010 und *Statistisches Jahrbuch* 2009, S. 650.

4 Deutsche Bundesbank: *Statistisches Beiheft* Nr. 3, 2009, S. 17.

5 U.S. Bureau of Economic Analysis: *International Trade in Goods and Services*, 2010, Tabelle 6.

6 Vgl. Hilmar Schneider: »Soziale Verantwortung am Arbeitsmarkt«, in: Ulrich Pfeiffer (Hrsg.): *Eine neosoziale Zukunft*, Wiesbaden 2010, S. 121ff.

7 Zu den aktuellen Fakten siehe Statistisches Bundesamt: *Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit*, Wiesbaden 2009.

8 Vgl. Sven Astheimer: »Der ungeliebte Minijob«, in: *FAZ* vom 23. September 2009, S. 11.

9 Vgl. Schneider, »Soziale Verantwortung«, a.a.O., S. 125.

10 Vgl. ebenda, S. 124 und die dort aufgeführte Literatur.

11 Vgl. Hans-Werner Sinn: Die *Basar-Ökonomie,* München 2005.

12 Vgl. *Unterrichtung durch die Bundesregierung. Jahresgutachten* 2004/05 des *Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* vom 18. November 2004, BT Drucksache 15/4300, S. 6.

13 In Deutschland sind 12,5 Prozent, in Dänemark und Schweden jeweils ein Drittel der gesamten Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt.

14 Vgl. Frank Fischer: »Schema F passt nie«, in: *FAS* vom 4. März 2010, S. 22. Der Autor arbeitet als Dozent bei einem bundesweit tätigen Bildungsträger und teilt die bei ihm geschulten Hartz-IV-Empfänger in drei Gruppen ein, auf die jeweils etwa ein Drittel entfällt: (I) »Will arbeiten, ist bestens qualifiziert und bekommt trotzdem keine adäquate Stelle.« (2) »Würde gerne arbeiten, hat aber in unserer auf Hochleistung gezüchteten Gesellschaft keine Chance.« (3) »Kann arbeiten, wird es aber nie tun. Er nutzt sämtliche rechtlichen Spielräume aus, sodass man ihm keine Leistungen kürzen kann.«

15 Aristoteles, *Nikomachische Ethik* (1098a) <http://gutenberg.spiegel.de/index.php?id=5&xid=73&kapitel=8&cHash=I&hilite=1098a#gb_found>.

16 Jürgen Habermas: »Arbeit, Liebe, Anerkennung«, in: *Die Zeit* vom 16. Juli 2009,S. 50.

17 Olaf Scholz im Interview, in: Der *Spiegel* 36/2009, S. 76f.

18 Vgl. Erich Weede: »Rationalität überfordert den Menschen«, in: *FAZ* vom 25. Mai 2009, S. 12.

19 Vgl. Edward O. Wilson: *On Human Nature*, Cambridge (Mass.) 2004, S. 72ff., hier insbesondere S. 85.

20 Ein klassischer - und weitgehend mit Tabu belegter - Fall einer nicht integrationsfähigen und ungemein geburtenstarken Unterschicht sind die Sinti und Roma in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Rumänien. Zu den dadurch ausgelösten Problemen siehe exemplarisch Georg Paul Hefty: »Vor Wucherern wird gewarnt«, in: *FAZ* vom 18. Juli 2009, S. 3.

21 Jochen-Martin Gutsch/Barbara Hardinghaus: »Das Gefühl von Arbeit«, in: *Der Spiegel* 21/2009, S. 54ff.

22 Tobias Graf/Helmut Randolph: »Viele Bedarfsgemeinschaften bleiben lange bedürftig«, in: *IAB-Kurzbericht* 5/2009.

23 Landeshaushalt Berlin 2010/11.

24 Vgl. Sven Astheimer: »Wenn sich Arbeit nicht mehr lohnt«, in: *FAZ* vom 20. Januar 2010, S. II.

25 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Arbeitslosengeld II reformieren: Ein zielgerichtetes Kombilohnmodell.* Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden 2006, S. 2 und S. 53.

26 Vgl. ebenda, S. 45ff.

27 Vgl. ebenda, S. 4 und S. 124ff. Zur zusammenfassenden Darstellung vgl. Wolfgang Franz: »Ein zielgerichtetes Kombilohnmodell: Der Vorschlag des Sachverständigenrates«, in: *Ifo-Schnelldienst* 4/2007, S. 24ff.

28 Vgl. ebenda, S. 59ff.

29 Vgl. Hans-Werner Sinn/Christian Holzner/Wolfgang Meister/Wolfgang Ochel/Martin Werding: »Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das KombilohnModell des Ifo-Instituts«, in: *Ifo-Schnelldienst* 2/2006, S. 3ff.

30 Vgl. Thilo Sarrazin: »Ein anderer Fiskus«, in: Ulrich Pfeiffer (Hrsg.): *Eine neosoziale Zukunft*, Wiesbaden 2010, S. 102f.

31 Vgl. Schneider, »Soziale Verantwortung«, a.a.O., S. 126.

32 Mit diesem Grundproblem kämpfen auch die Befürworter eines Bürgergeldes. Vgl. Michael Opielka/Wolfgang Strengmann-Kohn: »Das Solidarische Bürgergeld ? Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts«, in: Michael Borchard (Hrsg.): *Das Solidarische Bürgergeld ? Analysen einer Reformidee*, Stuttgart 2007. Obwohl Befürworter des Bürgergeldes, berechnet Opielka eine Finanzierungslücke von 189 Milliarden Euro.

33 Nach Schätzung des Dresdener Ifo-Instituts würde ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro 750 000 Arbeitsplätze vernichten. Vgl. Hans-Werner Sinn: »Paradoxe Konsequenz«, in: *Wirtschaftswoche* 38/2009, S. 47. Das DIW vergleicht verschiedene empirische Studien zur Beschäftigungswirkung eines Mindestlohns von 7,50 Euro. Diese schwanken zwischen dem Verlust von 300 000 und einer Million Arbeitsplätzen. Vgl. Kai-Uwe Müller: »Wie groß sind die Beschäftigungsverluste aufgrund eines allgemeinen Mindestlohns?«, in: *DIW-Wochenbericht* 26/2009, S. 438f. Vgl. ferner Ronald Bachmann u.a.: »Nachtrag: Mindestlohn für und wider«, in: *Ifo-Schnelldienst* 10/2008, S. 3ff.

34 Vgl. Sachverständigenrat, *Ein zielgerichtetes Kombilohnmodell,* S. 135.

35 Vgl. Hans-Werner Sinn/Wido Geis/Christian Holzner: »Die Agenda 2010 und die Armutsgefährdung«, in: *Ifo-Schnelldienst,* 17/2009, S. 23ff.

36 In einer Situation, die jene Fiktion des Schleiers der Ungewissheit über die persönliche Begünstigung herstellt, unter dem nach dem Sozialphilosophen John Rawls Fragen der sozialen Gerechtigkeit beurteilt werden müssen, finden es 84 Prozent der Menschen gerecht, dass ein Arbeitsloser für in Anspruch genommene Transfers eine produktive Gegenleistung zu erbringen hat. Vgl. Schneider, »Soziale Verantwortung«, a.a.O., S. 130ff.

37 Vgl. ebenda, S. 127f, sowie Waltraud Peter: »Der amerikanische Earned Income Tax Credit als Beispiel einer >make work< Strategie«, in: *IW-Trends* 3/2005, S. 3ff.

38 Vgl. Schneider, »Soziale Verantwortung«, a.a.O., S. 129, sowie Holger Bonin /Armin Falk/Hilmar Schneider: »Workfare ? praktikabel und gerecht«, in: *Ifo- Schnelldienst* 4/2007, S. 33ff.

39 Vgl. Andreas Ross: »Erkundungen in der Hauptstadt der Nicht-Coucher«, in: *FAZ* vom 12. März 2010, S. 3.

40 Vgl. Andreas Ross: »Irgendwas kann jeder. Wer in Rotterdam Sozialhilfe bezieht, muss jetzt etwas tun für sein Geld. Die Stadt will >arbeitslosigkeitslos< werden. Jeder bekommt eine Aufgabe zugeteilt«, in: *FAZ* vom 15. Februar 2010,S.3.

41 Vgl. Christine Mattauch: »Ihr Job. In New York erleben erfahrene Arbeitsvermittler aus Hessen, wie schnell und effizient sie arbeiten könnten - wenn sie dürften«, in: *Wirtschaftswoche* vom 8. März 2010, S. 32ff.

Kapitel 6

1 Vgl Lisa Nienhaus: »Kind, geh doch zur Schule! Prestige, Gesundheit und eine gute Ehe: Wer sich bildet, hat nicht nur finanzielle Vorteile«, in: FAS vom 15. November 2009, S. 36.

2 Vgl. Jürgen Kaube: »Emma war nicht so teamfähig«, sowie: Hannes Hintermeier: »Optimale Gymnasialdressur. Im Elternabend bündelt sich das Elend einer verunsicherten Generation«, in: *FAZ* vom 24. August 2009, S. 24.

3 Elsbeth Stern: »Raus aus den Schubladen. Kinder sind unterschiedlich begabt. Das ist kein Grund, sie auf verschiedene Schulformen zu verteilen«, in: *Die Zeit* vom 15. Dezember 2005, S. 87.

4 Remo H. Largo/Martin Beglinger: *Schülerjahre,* 4. Auflage München 2006, S. 187.

5 Zitiert nach Remo H. Largo: *Kinderjahre. Die Individualität des Kindes als erzieherische Herausforderung,* 17. Auflage München 2009, S. 95.

6 Vgl Helmut Fend: *Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen,* 2. Auflage Wiesbaden 2008, S. 53.

7 Mein Frau Ursula Sarrazin hat als Grundschullehrerin sämtliche Deutschund Mathematikbücher von 1972 bis heute aufbewahrt. Deren Vergleich offenbart diesen Trend in geradezu schockierender Weise.

8 Vgl. Gerd Gigerenzer: »Die Tücke des Risikos«, in: FAS vom 13. September 2009,S. 54.

9 Largo, *Schülerjahre,* S. 77.

10 Bestürzend die Aussagen von Gabriele Biela im Cornelsen Verlag in Berlin (einem der größten Schulbuchverlage), die den seit Jahrzehnten sich in Schulbüchern und Lektüre spiegelnden Prozess sinkender Anforderungen beschreibt. Vgl. Roman Pletter: »Ein Land verlernt das Lesen«, in: *Die Zeit* vom 12. November 2009, S. 17f.

11 Vgl. ebenda, S. 18, die Feststellungen von Stephan Jansen, Professor für Betriebswirtschaft an der Zeppelin University.

12 Vgl. Susanne Gaschke: »Familie Powerpoint«, in: *Die Zeit* vom 12. November 2009, S. 19.

13 Largo, *Kinderjahre,* S. 183.

14 *Johann Wolfgang Goethe. Gedenkausgabe der Werke, Briefe und Gespräche,* Zürich und Stuttgart 1948ff., Bd. 13, S. 142.

15 Vgl. Interview mit Manfred Prenzel »Die Stundenkürzungen sind eine Chance. Der Koordinator der Pisa-Studie erklärt, wie der Unterricht an Gymnasien verbessert werden könnte«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. April 2008, S. 46.

16 Largo, *Schülerjahre,* S. 99.

17 Largo, *Kinderjahre,* S. 246.

18 Interview mit Royston Maldoon, in: *Böll-Thema* 1/2005: *Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit,* S. 24f.

19 Bernhard Bueb: »Lob der Disziplin - Eine Streitschrift«, Berlin 2006, S. 517.

20 Vgl. Michael Winterhoff: »Warum unsere Kinder Tyrannen werden«, Gütersloh 2008.

21 Vgl. Remo H. Largo: »Erziehung im Minutentakt«, in: *FAZ* vom 1. Juli 2009, S. N 5.

22 Joachim Bauer: Vortrag bei der Friedrich Ebert Stiftung am 3. Juli 2009, zitiert aus dem Vortragsmanuskript.

23 Largo, *Kinderjahre*, S. 206.

24 Ebenda, S. 214.

25 Pletter, »Ein Land verlernt das Lesen«, a.a.O., S. 18.

26 Largo, Kinderjahre, S. 182.

27 Zu den Auswüchsen vgl. Till Fähnders: »Die Zeit des Schlotterns beginnt«, in: *FAZ* vom 9. Juni 2009 <http://www.faz.net/-oot3ra>: »In China herrscht Ausnahmezustand, denn die Zeit der Aufnahmeprüfungen für die Universitäten beginnt.« 10,2 Millionen Teilnehmer werden gleichzeitig an 8000 Oberschulen und anderen Einrichtungen geprüft. Von dieser einen Prüfung hängt die weitere Laufbahn ab. Auf den Straßen herrscht Hupverbot, damit die Konzentration der Prüflinge nicht gestört wird.

28 Klaus Russ: »Das pädagogische Tamagochi«, in: FAS vom 29. November 2009,S.II.

29 Vgl. Babara Drechsel/Cordula Artelt: »Lesekompetenz«, in: Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie*, Münster 2007, S. 228ff.

30 Vgl. Andreas Frey u.a.: »Mathematische Kompetenz im Ländervergleich«, in: Manfred Prenzel u.a. (Hrsg.): *PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im Ländervergleich*, Münster 2008, S. 258ff.

31 Vgl. Gina Thomas: »Nichtwissen als natürliche Obergrenze. In Großbritannien versagt jeder fünfte Elfjährige bei nationalen Leistungstests«, in: FAZ vom 12. August 2009, S. N 5.

32 Frey u.a., »Mathematische Kompetenz im Ländervergleich«, a.a.O., S. 139.

33 Vgl. Largo, *Kinderjahre,* S. 58ff:

34 Vgl. Largo, *Schülerjahre,* S. 73.

35 Vgl. Heiner Rindermann: »Was messen internationale Schulleistungsstudien? - Schulleistungen, Schülerfähigkeiten, kognitive Fähigkeiten, Wissen oder allgemeine Intelligenz?«, in: *Psychologische Rundschau* 57 (2006) 2, S. 69ff.

36 Manfred Prenzel/Oliver Walter/Andreas Frey: »Pisa misst Kompetenzen. Eine Replik auf Rindermann: Was messen internationale Schulleistungsstudien«, in: *Psychologische Rundschau* 58 (2007) 2, S. 128ff.

37 Vgl. Richard Lynn/Tatu Vanhanen: *Intelligence and* the *Wealth of Nations,* Westport 2002.

38 Marc Piopiunik/Ludger Wößmann: »Volkswirtschaftliche Folgekosten unzureichender Bildung: Eine makroökonomische Projektion«, in: *Ifo-Schnelldienst* 4/2010, S. 24ff und die dort angegebene Literatur.

39 Vgl. H. Rost: *Intelligenz. Fakten und Mythen,* Weinheim/Basel 2009, S. 236ff.

40 Vgl. ebenda, S. 174ff. und die dort zitierte Literatur.

41 Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 365 vom 6. September 2005.

42 In Ostdeutschland ist der Anteil männlicher Lehrer noch deutlich niedriger als in Westdeutschland und liegt lediglich bei sechs Prozent. Gleichzeitig ist die Benachteiligung der Jungen, gemessen am Übergang auf weiterführende Schulen, in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Vgl. Dieter Lenzen: »Mädchen gewinnen, Jungen verlieren?«, in: <http://www.faz.net/ -000m05. >.

43 Ebenda.

44 Vgl. Christian Pfeiffer: »Junge Menschen im Abseits«, in: Ulrich Pfeiffer (Hrsg.): *Eine neosoziale Zukunft,* Wiesbaden 2010, S. 168ff.

45 Vgl. John Ratey/Eric Hagermann: *Superfaktor Bewegung,* Kirchzarten 2009, S. 17ff.

46 Vgl. Heike Schmoll: »So unterschiedlich lehrt und lernt man in Deutschland«, in: *FAZ* vom 15. Dezember 2009, S. 6.

47 Vgl. dazu die Aussagen von Ludger Wößmann, Ifo-Institut, zitiert bei Lisa Becker: »Mehr Geld für die Schulen bringt wenig«, in: *FAZ* vom 22. August 2008, S. 12.

48 Vgl. Christian Ramthun: »Rohstoff Hirn«, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 46 vom 19. November 2009, S. 36f.

49 Vgl. Gunther Latsch: »Starkes Votum«, in: Der *Spiegel* 48/2009, S. 28.

50 Jeanette Otto: »Wir wollen das! Wir nicht!«, in: *Die Zeit* vom 19. November 2009, S. 73.

51 Vgl. Julia Schaaf: »Abenteuer Unterricht«, in: *FAS* vom 29. November 2009, S. 53.

52 Vgl. Konrad Adam: »Die wirksame Bildungspolitik der kleinen Schritte«, in: *FAZ* vom 26. November 2009, S. 8.

53 Vgl. Bruno Preisendörfer: »Erkenntnis, Interesse, Bildungsinteresse«, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament* vom 1. Dezember 2008, S. 3ff.

54 Largo, *Schülerjahre,* S. 236.

55 Zitiert bei Schaaf, »Abenteuer Unterricht«, a.a.O.

56 Vgl. Stafan Schipolwski/Katrin Böhme: »Der Ländervergleich im Fach Deutsch«, in: Olaf Köller/Michel Knigge/Bernd Tesch (Hrsg.): *Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich,* Münster 2010, S. 87ff.

57 Vgl. ebenda S. 95ff.

58 Largo, *Kinderjahre,* S. 299·

59 Vgl. Anna Loll: »Das vorherbestimmte Studium«, in: FAZ vom 24. Oktober 2009, S. C 4.

60 Dazu gehört z.B. Frank Nullmeier: »Wie viel Ungleichheit ist gerecht?«, in: *Böll-Thema 1/2005: Wer kriegt was? Die Zukunft der Gerechtigkeit,* S. 22ff.

61 Vgl. Rost, *Intelligenz,* S. 235ff., und die dort zitierte Literatur.

62 Vgl. ebenda, S. 186ff., und die dort zitierte Literatur.

63 Dies zeigt sich, wenn man den Zusammenhang zwischen dem Erwerb eines Collegedegrees einerseits sowie der gemessenen Intelligenz und der sozioökonomischen Herkunft andererseits statistisch analysiert. Vgl. Richard J. Herrnstein/Charles Murray: *The Bell* Curve. *Intelligence and Class Strukture in American Life,* New York 1994, S. 152.

64 Vgl. ebenda, S. 189.

65 Vgl. exemplarisch Uwe Jean Heuser: »Wo bleibt die Gerechtigkeit?«, in: *Die Zeit* vom 5. November 2009, S. 23.

66 Vgl. Largo, *Schülerjahre,* S. 211ff.

67 Vgl. OECD (Hrsg.): *Education at a Glance,* Paris 2009, sowie *DIW-Wochenbericht* 44/2009, S. 761.

68 Vgl. Becker, »Mehr Geld für die Schulen bringt wenig«, a.a.O.

69 Vgl. Jürgen Dahlkamp/Jan Friedmann/Markus Verbeet: »Die neue Haupt-Schule«, in: *Der Spiegel* 46/2009, dort auf S. 152 die Äußerung von Bernhard Bueb.

70 In unserer Toleranzgesellschaft, die oft doch nur Gleichgültigkeit und Indolenz maskiert, ist es bei vielen Schulen wie Ämtern und bei vielen Eltern sowieso aus der Mode gekommen, gegen Schulschwänzer strikt vorzugehen. Damit tut man den Betroffenen und ihren Lebensperspektiven einen Tort ein. Das geduldete Schwänzen ist oft der Beginn des Verpassens von Lebenschancen und das Abrutschens auf eine schiefe Bahn. Vgl. zur Anschauung die beeindruckende Reportage von Katrin Hummel: »Was soll ich hier?«, in: *FAZ* vom 24. Februar 2010, S. 3.

71 In England ist der Anteil der »Neet's« (no Education, Employment, Training) unter den Jugendlichen von 16 bis 24 Jahren bei der eingesessenen weißen Bevölkerung ein Fünftel höher als bei den ethnischen Minderheiten. Er beträgt inzwischen 17,5 Prozent der Altergruppe. 38 Prozent der Jugendlichen ohne Job und Ausbildung leben in Haushalten, in denen niemand erwerbstätig ist. Vgl. »Immer mehr junge Engländer ohne Arbeit und Ausbildung«, in: *FAZ* vom 1. Juli 2009, S. 7.

72 Vgl. Roland G. Fryer/Steven G. Levitt: »Understanding the Black-White Test Score Gap in the First Two Years of School«, in: The Review *of Economics and Statistics*, Vol. LXXXVI (2004), S. 447ff. 343

73 Vgl. Christine Mattauch: »Schulbuch statt Knarre«, in: Handelsblatt vom 25. Mai 2009.

74 Manfred Prenzel im Interview, in: Change, Magazin der *Bertelsmann-Stiftung,* Sonderheft 2009, S. 44.

75 Vgl. Rainer Geißler/Sonja Weber-Menges: »Migrantenkinder im Bildungssystem: doppelt benachteiligt«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49/2008, S. 17.

76 Katrin Böhme u.a.: »Migrationsbedingte Disparitäten bei sprachlichen Kompetenzen«, in: Olaf Köller/Michel Knigge/Bernd Tesch (Hrsg.): *Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich,* Münster 2010, S. 210.

77 Ebenda, S. 212.

78 Vgl. ebenda, S. 211.

79 Vgl. S. 365f., dort insbesondere Tabelle 8.12.

80 Vgl. Jürgen Kaube: »Assimilation als Familienpensum«, in: *FAZ* vom 25. November 2009, S. N 3.

81 Vgl. Hartmut Esser: »Modell, Versuch und Irrtum«, in: *FAZ* vom 29. Juli 2009, S. N 5.

82 Vgl. Philip Eppelsheim: »Wenn Du überall zu doof bist«, in: FAS vom 25. Oktober 2009, S. 4.

83 Bei der Methode des offenen Unterrichts werden gerade jene Kinder, die nicht so gut lernen und sich nicht so gut konzentrieren können, eher durch das Hin und Her im Klassenzimmer und die ständig wechselnden Aufgaben verwirrt. Der Berliner Bildungsforscher Rainer Lehmann sagt: »Es gibt nach meiner Kenntnis keinen einzigen empirisch fundierten Hinweis darauf, dass mit dieser Methode bessere Lernergebnisse erzielt werden.« Zitiert nach Gaschke, »Familie Powerpoint«, a.a.O.

84 Vgl. Kate Maleike: »>Du musst einfach an Dich glauben...< Vom Aufstieg durch Bildung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49/2008, S. 23ff.

85 Vgl. Michael Frühlingsdorf u.a.: »Im Dschungel«, in: *Der Spiegel* 51/2009, S. 40f.

86 Vgl. Carsten Germis/Inge Kloepfer: »Gute Chancen für junge Leute«, in: *FAS* vom 6. September 2009, S. 38.

87 Vgl. S. 51ff. und 59ff. des veröffentlichten Koalitionsvertrages.

88 Vgl. Jeanette Otto: »Die Kita-Lüge. Warum die viel gepriesene Frühförderung in Kindergärten und Krippen gar nicht stattfinden kann«, in: *Die Zeit* vom 2. Juli 2009, S. 61. 344

89 Vgl. die faszinierende Bildungsgeschichte des Universalgenies Hermann Graßmann, der im 19. Jahrhundert Studienrat für Mathematik in Stettin war. Sabine Wienand: »Das Universalgenie von der Odermündung«, in: *FAS* vom 13. September 2009, S. 68.

90 Vgl. Henning Lohmann/Katharina Spieß/Christoph Feldhaus: »Der Trend zur Privatschule geht an bildungsfernen Eltern vorbei«, in: *DIW Wochenbericht* 38/2009, S. 640ff-, insbesondere S. 646.

91 Vgl. Inge Kloepfer: »Fluchtburg für Bildungshungrige«, in: *FAS* vom 15. November 2009, S. 38.

92 Vgl. Lohmann u.a., »Der Trend«, a.a.O., S. 642.

93 Vgl. Sarah Elsing: »Festival für schlaue Kinder«, in: *Die Zeit* vom 27. August 2009, S. 70.

94 Largo, *Schülerjahre,* S. 266.

95 Vgl. Klaus-Jürgen Tillmann: »Die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz. Zur bildungspolitischen Entwicklung seit 2000«, in: Rolf Wernstedt/Marei John-Ohnsorg (Hrsg.): *Bildungsstandards als Instrument schulischer Qualitätsentwicklung* (Reihe Netzwerk-Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin 2009, S. 21ff.

96 SAT bedeutet Scholastic Assessment Test (ehemals Scholastic Aptitude Test und davor Scholastic Achievement Test).

97 Manfred Klieme, Interview, in: Der *Spiegel* 35/2009, S. 37.

98 Olaf Köller: »Die institutionelle Umsetzung durch das IQB - Konzeption und Kritik«, in: Wernstedt/John-Ohnsorg (Hrsg.), *Bildungsstandards*, S. 32.

Kapitel 7

1 Irenäus Eibl-Eibesfeldt: »Der Brand in unserem Haus. Asyl und Immigration: Klarstellungen zu einem brisanten Thema«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8./9. Mai 1993, S. 15.

2 Statistisches Bundesamt: Fachserie I Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2.2 *Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus* 2007. Wiesbaden 2009, Tabelle 15, S. 220, und eigene Berechnungen.

3 Eine 2006 vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) vorgelegte Berechnung für das Jahr 2004, nach der die Ausländer einen Nettobeitrag für die deutschen Staatsfinanzen einbringen, überzeugt nicht, weil nicht die gesamte Migrationsbevölkerung einbezogen ist und vor allem nicht nach den verschiedenen Migrantengruppen differenziert wird. Auch hier wird zudem festgestellt, dass der finanzielle Nettobeitrag eines hier geborenen Ausländers negativ ist. Vgl. Holger Bonin: »Der Finanzierungsbeitrag der Ausländer zu den deutschen Staatsfinanzen: Eine Bilanz für 2004«, in: *IZA Discussion Paper* N 2444 (2006). 345

4 Vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH: *Integration in Deutschland,* Berlin 2009.

5 Andreas Kapphan, Referent im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, erläuterte mir auf meine Nachfrage, die Berichtsstruktur sei bewusst so zwischen den Ressorts der Bundesregierung abgestimmt worden. Die beobachtbaren Unterschiede zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Migranten erklärte er durch Unterschichtung. Man habe befürchtet, eine »kulturalistische« Argumentation zu unterstützen, wenn man die Unterschiede im Bericht auswiese und diskutiere. Mit anderen Worten: Eine Diskussion darüber, ob kulturelle Unterschiede das Integrationsverhalten beeinflussen, war politisch unerwünscht. Dietrich Engels, Geschäftsführer des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, das den Bericht im Auftrag der Bundesregierung verfasst hatte, erklärte mir, dass die Struktur so vom Auftraggeber vorgegeben worden sei. Außerdem habe man zur Abfassung nur acht Monate Zeit gehabt.

6 Dazu zählen alle Menschen, die selbst eingewandert sind, und alle, bei denen mindestens ein Elternteil eingewandert ist, unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder nicht. Zu weiteren Definitionsfragen siehe Statistisches Bundesamt, *Mikrozensus 2007*, a.a.O., S. 5f.

7 Gleichwohl bleiben viele Wünsche an die amtliche Statistik offen. Bei der Geburtenstatistik und im Mikrozensus fehlt zum Beispiel die Angabe der Religionsgzugehörigkeit. Auch wird bei der Geburtenstatistik nicht der sozioökonomische Status der Eltern erhoben. Dass die gruppenspezifischen Unterschiede unter den Migranten im Integrationsbericht der Bundesregierung unerwähnt bleiben, ist politische Absicht sowie irreführend und beruht nicht auf Mängeln in der statistischen Basis. Der Mikrozensus 2007 lässt wesentlich differenziertere Aussagen zu, als in den Integrationsbericht Einganggefunden haben.

8 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland,* Berlin 2009.

9 Vgl. zur nachfolgenden Darstellung Christopher Caldwell: *Reflections on the Revolution in Europe,* New York 2009, S. 4ff

10 Ebenda, S. 7.

11 Vgl. Paul Scheffer: *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt,* München 2008, S. 211ff

12 An dem Anschlag auf das World Trade Center am II. September 2001 waren 19 Attentäter beteiligt. Drei der arabischen Studenten lebten in Hamburg und waren Mitglieder der sogenannten »Hamburger Zelle«.

13 Scheffer, *Die Eingewanderten,* S. 12.

14 Caldwell, *Reflections,* S. 12.

15 Scheffer, *Die Eingewanderten,* S. 14.

16 Zitat entnommen aus: *Das Bild des Ungläubigen im Islam,* <www.derprophet.info/. >.

17 Bassam Tibi: Die *islamische Herausforderung. Religion und Politik im Europa des* 21. *Jahrhunderts,* 3. Auflage Darmstadt 2008, S. 200.

18 Marc Hujer/Andreas Lorenz/Walter Mayr/Alexander Smoltczyk/Daniel Steinvorth/Volkhard Windfuhr/Bernhard Zand: »Die Rückkehr des Allmächtigen«, in: Der *Spiegel* 52/2009, S. 102ff

19 Navid Kermani: *Wer ist Wir?,* München 2009, S. 17.

20 Ebenda, S. 113f

21 So riefen die führenden Köpfe des Salafismus, Mohammed Abduh und Dschamad ad-Din al Afghani, Ende des 19. Jahrhunderts ihre Völker dazu auf, »ihr jeweiliges Staatswesen an Demokratie und Parlamentarismus anzupassen«. Der Ägypter Quasim Amin warb um 1900 in zwei Schriften dafür, die Frau vom Schleier und aus ihrer Abgeschiedenheit zu befreien. Abd ar-Raziq propagierte um 1925 die »mischungsfreie Trennung zwischen dem Spirituellen und dem Weltlichen« und forderte »seine Glaubensgenossen dazu auf, die Schimäre von einem islamischen Staat aufzugeben«. Das war aber nie die vorherrschende Meinung. Ein anderer führender Vertreter des Salafismus, Raschid Rida, beharrte auf der »Sicht des Islam als einem religiösen System, das in der Lage sei, das Gesetz Gottes als Gesetz des Regierungshandelns zu nutzen«. Er stellte auch die Verbindung von Salafismus und Wahhabismus her. Ein Schüler von Raschid Rida, Hassan al-Banna, machte dann den Schritt vom Salafismus zum Islamismus. Er wies alles zurück, was aus Europa kam, und hielt die Demokratie für lügnerisch und trügerisch, sie sei in der Praxis selektiv und verhindere die Unterdrückung des Volkes nicht. Vgl. Abdelwahab Meddeb: »Orient und Okzident«, in: *Lettre International* 87 (2009), S. 44ff.

22 Ebenda, S. 47.

23 Ebenda.

24 Gerhard Schröder: »Das Recht auf Türme«, in: *Die Zeit* vom 10. Dezember 2009, S. 12.

25 Necla Kelek: »Gerhard Schröders fauler Friede«, in: *FAZ* vom 12. Dezember 2009, S. 29.

26 »Erdogan zum Minarettverbot«, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 2. Dezember 2009.

27 Vgl. Juliane von Mittelstaedt u.a.: »Geduldeter Hass«, in: *Der Spiegel* 8/2010, S. 96ff.

28 Caldwell, *Reflections,* S. 23.

29 Necla Kelek: »Wir müssen den Schleier lüften«, in: *FAZ* vom 13. Juni 2009, S. 7f.

30 Ehrhart Körting im Interview, in: Der *Tagesspiegel* vom 17. Oktober 2009.

31 Kermani, *Wer ist Wir?,* S. 92.

32 Thomas Assheuer: »Hochzeit der Vernunft«, in: *Die Zeit* vom 17. Dezember 2009, S. 53.

33 Vgl. Thomas Steinfeld: »Unsere Hassprediger«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. Januar 2010.

34 Vgl. Necla Kelek: »Ihr habt mit Hass gekocht«, in: *FAZ* vom 22. Januar 2010, S. 31.

35 Vgl. zur Debatte auch Monoka Maron: »Die Besserfundis«, in: *Der Spiegel* 4/2010, S. io6f.

36 Regina Mönch: »Maukorb für Islamkritiker«, in: *FAZ* vom 20. Januar 2010,S.27.

37 Vgl. Carolin Emcke: »Liberaler Rassismus«, in: *Die Zeit* vom 25. Februar 2010,S.8f

38 Vgl. Rüdiger Safranski: »Heiße und kalte Religionen«, in: *Der Spiegel* 3/2010, S. 119ff

39 Kelek, »Wir müssen den Schleier lüften«, a.a.O.

40 Reza Hajatpour: »Die Zweiheit von Glaube und Forschung«, in: *FAZ* vom 21. Oktober 2009 <http://www.faz.net/-00si70>.

41 Hujer/Lorenz/Mayr/Smoltczyk/Steinvorth/Windfuhr/Zand, »Die Rückkehr des Allmächtigen«, a.a.O., S. 112.

42 Zitiert nach ebenda.

43 Philip Plickert: »Die Ökonomie des Terrors«, in: FAZ vom 4. Januar 2010, S. 10. Der verhinderte Attentäter Abdulmutallab, der in den Weihnachtstagen 2009 fast eine Linienmaschine beim Anflug auf Detroit in die Luft gejagt hätte, war ein junger, in London ausgebildeter Ingenieur aus sehr gutem und reichem nigerianischen Elternhaus. Seine entscheidende Radikalisierung erfuhr er offenbar während der Studienzeit in London. In der jemenitischen Koranschule Dammaj an der Grenze zu Saudi-Arabien, wo ein militanter antiwestlicher Islam gelehrt wird, der vielen als Quelle des Terrors gilt, waren im Herbst 2009 zehn Studenten aus Deutschland, sechs Konvertiten, vier aus Migrantenfamilien. Etwa 20 bis 30 Islamisten aus Deutschland sollen bislang die Schule besucht haben. Vgl. dazu Markus Wehner: »Auch Deutsche gehen gern in die Schule des Hasses«, in: FAS vom 10. Januar 2010, S. 2f.

44 Plickert, »Die Ökonomie des Terrors«, a.a.O.

45 Vgl. Kermani, *Wer ist Wir?,* S. 85.

46 Dies stellte Brian Jenkins, Terrorfachmann der Rand Corporation, fest. Dazu zählten 12 geplante und vereitelte Attentate auf U-Bahnstationen in New York, auf Bürohochhäuser in Dallas und Springfield, dazu Morde an einem Heeresrekrutierer durch einen schwarzen muslimischen Konvertiten sowie der Mord von 13 Menschen durch den muslimischen Heerespsychiater Nidal Malik Hassan. Vgl. Matthias Rüb: »Wie der Verlust eines ganzen Bataillons«, in: *FAZ* vom 2. Januar 2010.

47 Selbst der Feuilleton-Chef der *FAZ*, Patrick Bahners, ist sich nicht zu schade, diese Parallele zu ziehen, wenn er über Kritiker des Islam schreibt: »Ein Bündnis von strenggläubigen Christen und religionskritischen Rationalisten mit Erfolg bei einen bürgerlichen Publikum, das über die weltanschaulichen Antriebe der Protagonisten nicht nachdenkt: Als ein so beschriebenes Phänomen der Ideologiegeschichte lässt sich die Islamkritik tatsächlich mit dem Antisemitismus der Gebildeten im deutschen Kaiserreich vergleichen« (»Zur Mobilisierung des Ekels«, in: *FAZ* vom 1. Februar 2010, S. 28).

48 Henryk M.Broder: »Islamkritik ist nicht vergleichbar mit Judenhass«, in: *Welt Online* vom 12. Januar 2010.

49 Birgit Rommelspacher: »Ungebrochene Selbstidealisierung«, in: *taz* vom 18. Januar 2010,S.4.

50 Das war ein besonders spektakulärer, aber keineswegs untypischer Ehrenmord. Bis zu solchen Extremtaten gibt es einen gleitenden Übergang von Druck und familiärer Gewalt, der einen Großteil muslimischer Frauen betrifft. Zur genauen Schilderung der Tat und ihrer Hintergründe siehe Michael Mielke: »Der vergebliche Versuch, normal zu leben. Warum Hatan Sürücü sterben musste«, in: Berlin *Morgenpost* vom 17. Februar 2010, S.18f.

51 Vgl. dazu Daniel Haufler: »Alte Ängste, neue Debatte«, in: *Berliner Zeitung* vom 6. Februar 2010.

52 Vgl. Henryk M. Broder: »Lebenslänglich«, in: *Der Spiegel* 3/2010, S. 116f.

53 Vgl. V S. Naipaul: *Among the Believers. An Islamic Journey* (dt.: *Eine islamische Reise. Unter den Gläubigen,* Übersetzung: Karin Graf, Köln 1982).

54 Wolfgang Günter Lerch: »Der Turm von Dubai«, in: *FAZ* vom 6. Januar 2010.

55 Stefan Luft: »Staat und Integration. Zur Steuerbarkeit von Integrationsprozessen«, in: *Sozialwissenschaftlicher Informationsdienst, Migration und ethnische Minderheiten* 2008/1, S. II.

56 Statistisches Bundesamt, *Mikrozensus* 2007, a.a.O., Tabelle 16, S. 236f, und eigene Berechnungen.

57 Ebenda, Tabelle 18, S. 298f

58 Vgl. Konsortium »Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund«: *Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Projekt IIa1 - 04/06*, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Abschlussbericht, Duisburg 2009, S. 6.

59 Kelek, »Wir müssen den Schleier lüften«, a.a.O.

60 Statistisches Bundesamt, *Mikrozensus 2007*, a.a.O., Tabelle 9, S. 160f, und eigene Berechnungen. Siehe auch Herwig Birg: »Integration und Migration im Spiegel harter Fakten«, in: *FAZ* vom 9. April 2009.

61 Vgl. Walter Laqueur: *Die letzten Tage von Europa,* Berlins 2006, S. 55.

62 Ebenda, S. 63.

63 Vgl. ebenda, S. 16f. Walter Laqueur vergleicht die heutige muslimische Einwanderung in Europa mit der Zuwanderung der osteuropäischen Juden nach Mittel- und Westeuropa sowie in die USA von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Auch diese Einwanderung umfasste Millionen. Es gab keine Integrationspolitik der aufnehmenden Staaten und keine Sozialleistungen für die Zuwanderer. Aber diese waren fleißig und hatten schnell überdurchschnittlichen Erfolg. Es gab keine Ghettoisierung in sozialer und kultureller Hinsicht.

64 Vgl. Scheffer, *Die Eingewanderten.*

65 Vgl. Caldwell, *Reflections.*

66 Vgl. Necla Kelek: *Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland,* Köln 2005.

67 Vgl. Seyran Ates: Der *Multikulti-Irrtum,* Berlin 2008.

68 Vgl. Güner Yasemin Balci: *Arabboy. Eine Jugend in Deutschland oder Das kurze Leben des Rashid* A., Frankfurt/M. 2008.

69 Vgl. Hirsi Ali: Mein Leben, meine Freiheit. Die Autobiographie, übersetzt von Heike Schlatterer und Anne Emmert, München 2006.

70 Interview mit dem *Kulturspiegel,* 3/2010, S. 9.

71 Birg, »Integration und Migration«, a.a.O.

72 Ingrid Kloepfer: »Dilek und ihre Kinder«, in: FAZ vom 10. Oktober 2009.

73 Dazu gehört zum Beispiel das »Gutachten«, das Gideon Botsch vom Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum erstellte, um Argumente zu liefern für ein von einigen innerparteilichen Gegnern gegen mich betriebenes Ausschlussverfahren aus der SPD. In dieser Schrift wurden meine Aussagen als rassistisch gewertet, weil sie beobachtbare Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen sowie eine Wertung dieser Unterschiede enthielten. Die Frage, ob meine Sachverhaltsfeststellungen falsch oder richtig waren, interessierte dabei überhaupt nicht.

74 Kelek, »Die fremde Braut«, a.a.O., S. 253.

75 Vgl. Dirk Schümer: »Ohne mio«, in: *FAZ* vom 10. Oktober 2009.

76 Vgl. *Zuwanderer in Deutschland.* Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund, durchgeführt durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2009, S. 47 und 68.

77 Luft, »Staat und Integration«, a.a.O., S. 12f.

78 Vgl. Andreas Rossmann: »Ein Überfall wie ein Spuk«, in: *FAZ* vom II. November 2009.

79 Etwa Mustafa Akcay, stellvertretender Vorsitzender des Türkisch-Deutschen Zentrums in Berlin, der zu dem *Lettre*-Interview meinte: »Vielleicht fünf bis zehn Sätze zu viel hat Sarrazin gesprochen, aber grundsätzlich trifft seine Analyse zu« (»Mensch ärgere Dich«, Birk Meinhardt über Heinz Buschkowsky, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21. November 2009, S. 3).

80 European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC): *Muslims in the European Union. Discrimination and Islamophobia,* Brüssel 2006, S. 3.

81 Vgl. Caldwell, »Reflections«, a.a.O., S. 21f.

82 Vgl. Melanie Ammann: »Nichts gegen unseren Gemüsetürken«, in: *FAS* vom 19. Oktober 2009 <http://www.faz.net/-000z2y>.

83 Kelek, »Wir müssen den Schleier lüften«, a.a.O.

84 Necla Kelek: *Bittersüße Heimat,* Köln 2008, S. 101.

85 Dies., »Die fremde Braut«, a.a.O., S. 104ff, S. 110.

86 Vgl. Stefan Luft: *Staat und Migration,* Frankfurt/M. 2009, sowie Besprechung dazu von Frank Decker in der *FAZ* vom 4. Januar 2010, S. 6.

87 Vgl. ders., »Staat und Integration«, a.a.O., S. 17.

88 Vgl. Fadi Saad: *Der große Bruder von Neukölln,* Freiburg 2008.

89 Antje Hildebrandt: »Der große Bruder von Neukölln«, in: *Berliner Morgenpost* vom 30. Dezember 2009.

90 Bundesregierung: *Integration in Deutschland, Integrationsbericht 2009,* S. II.

91 Michael Behrendt/Sergej Glänze: »Irgendwann kämpfst Du nur noch um Dein Leben«, in: *Berliner Morgenpost* vom 12. Dezember 2009.

92 Kirsten Heisig im Interview, in: *Spiegel Online* vom 10. Oktober 2009.

93 (EUMC), *Muslims in the European Union,* S. 40.

94 Besonders lang und intensiv am 2. Oktober 2009 in seinem Amtszimmer im Rathaus von Neukölln. Auf diesem Gespräch gründet auch wesentlich die nachfolgende Darstellung.

95 »Mensch ärgere dich«, a.a.O.

96 Ebenda.

97 Vgl. Balci, *Arabboy.*

98 Kelek, »Die fremde Braut«, a.a.O., S. 261.

99 Ebenda, S. 262.

100 Vgl. Ates, *Der Multikulti-Irrtum,* S. 242.

101 *Berliner Morgenpost* vom 29. Dezember 2009.

102 Vgl. Josef Isensee: »Toleranz stiften«, in: *FAZ* vom 28. Jariuar 2010, S. 8.

103 Solche Urteile haben viele emotionale Elemente, und das war mir auch bewusst, als ich im September 2009 in einem Interview formulierte: »Jemanden, der nichts tut, muss ich auch nicht anerkennen. Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.« Michael Ramme wies in einem Leserbrief an die *FAZ* darauf hin, dass die politisch korrekte Formulierung hätte lauten müssen: »Eine Apathie gegenüber den ökonomischen Zwängen lebenserhaltender Aktivitäten, verbunden mit staatlicher Subventionierung bei gleichzeitigem Zynismus gegenüber demselben Staatswesen, sowie eine Negierung der genuin elterlichen pädagogischen Obliegenheiten gemäß Artikel 6 (2) des Grundgesetzes in Kombination mit der Intention der Erhöhung der Reproduktionsrate können schwerlich eine allgemein anerkannte Akzeptanz finden.« Damit wäre ich bestimmt nicht angeeckt, aber es hätte auch keiner verstanden.

104 Scheffer, *Die Eingewanderten,* S. 158, zitiert Filip Dewinter: »Nach 170 Jahren Flämischer Bewegung, nach mehr als anderthalb Jahrhunderten Kampf für kulturelle Unabhängigkeiten ist das Wesen unserer Nation erneut bedroht.« Die Fremden in Flandern müssten vor die Wahl gestellt werden »Assimilation oder Rückkehr« (*Baas in eigen land - Over identiteit, culturele eigenheid* en *nationaliteit* (*Herr im eigenen Land - über Identität, kulturelle Eigenheit und Nationalität*).

105 Interview mit Mustafa Ceric, Großmufti von Bosnien und Herzegowina, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Religionsmonitor 2008 - Muslimische Religiosität in Deutschland: Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken,* Gütersloh 2008, S. 40.

106 Luft, »Staat und Integration«, a.a.O., S. 26f

107 Hartmut Esser: *Soziologie. Spezielle Grundlagen in sechs Bänden,* Bd. 2: *Die Konstruktion der Gesellschaft,* Frankfurt/M. 2000, S. 296.

108 Vgl. ders.: »Welche Alternativen zur >Assimilation< gibt es eigentlich?«, in: Klaus Bade/Michael Bomms (Hrsg.): *Migration - Integration - Bildung. Grundfragen und Problembereiche,* Osnabrück 2004, S. 41ff.

109 Zitate aus *Welt Online* vom 11. Februar 2009.

110 Eibl-Eibesfeldt, »Der Brand in unserem Haus«, a.a.O., S. 13.

111 Vgl. Karen Krüger: »Allergisch sind immer die anderen«, in: *FAZ* vom 16. November 2009.

112 Vgl. dies.: »Deutschländer«, in: *FAZ* vom II. Dezember 2009.

113 Joachim Fahrun: »Der Buschkowsky von Rotterdam besucht Neukölln«, in: *Berliner Morgenpost* vom 6. April 2009.

114 Siehe Kelek, *Bittersüße Heimat,* S. 90.

115 Bertelsmann Stiftung, *Religionsmonitor 2008*, S. 47.

116 Vgl. Johannes Kandel/Christoph Müller-Hofstede: »Buchrezension zu Heide Oestreich: ⟩ Der Kopftuchstreit. Das Abendland und ein Quadratmeter Islam<, Frankfurt 2004«, in: <www.fes-online-akademie.de>.

117 Christine Schirrmacher/Ursula Spuler-Stegemann: *Frauen und die Scharia. Die Menschenrechte im Islam,* München 2004, S. 14.

118 Vgl. ebenda, S. 225f.

119 Interview »Der Islam verletzt die Rechte der Frauen«, in: Die *Welt* vom 3. Dezember 2009, S. 23.

120 Interview im *Zeit-Magazin* vom 17. Dezember 2009.

121 Vgl. Gaby Straßburger: *Heiratsverhalten und Partnerwahl* im *Einwanderungskontext. Eheschließungen der zweiten Migrantengeneration türkischer Herkunft*, Würzburg 2003, S. 98f.

122 Vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Pressemitteilung vom II. November 2005.

123 Peter Wensierski: »Schlechtes Blut«, in: Der *Spiegel* 36/2009, S. 52ff.

124 »Nur ein Witz? Wirbel um Öger-Äußerungen«, in: *Hamburger Morgenpost* vom 25. Mai 2004.

125 Mit dieser Art von Denken wurde ich erstmals im Oktober 1979 bei einem dienstlichen Besuch in der Türkei konfrontiert: Ich begleitete damals den Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg zu Gesprächen über Sozialversicherungsfragen mit dem türkischen Arbeitsminister. Bei der Ankunft, auf dem Weg vom Flughafen nach Ankara, teilte ich den Rücksitz der zweiten Limousine mit dem damaligen Staatssekretär im türkischen Arbeitsministerium. Der fragte mich nach den deutschen Bevölkerungszahlen und der deutschen Geburtenrate und rechnete mir stolz vor, dass die Türkei in wenigen Jahrzehnten die Bundesrepublik in der Bevölkerungszahl überholt haben werde. Er behielt Recht, nur die Wiedervereinigung hat das um ein paar Jahre verzögert.

126 Vgl. Gunnar Heinsohn: »Finis Germaniae? Reflexionen über demografische Ursachen von Revolutionen, Kriegen und politischen Niederlagen«, in: Kursbuch 162 (2005).

127 Vgl. Doris Lessing: *Unter der Haut. Autobiografie 1919-1949,* Hamburg *2007*, S. 8.

128 Vgl. Caldwell, *Reflections,* S. 17f.

129 Vgl. Statistisches Bundesamt, *Mikrozensus 2007*, a.a.O., S. 64, Tabelle 2, und eigene Berechnungen.

130 Vgl. Michael Blume: *Islam in Deutschland, Erstellung einer begründeten Prognose,* Seminarbereich Tübingen, Sommersemester 2006.

131 Vgl. Jan Thielmann: »Vielfältige muslimische Religiosität in Deutschland«, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Religionsmonitor 2008 - Muslimische Religiosität in Deutschland: Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken*, Gütersloh 2008, S. 16.

132 Vgl. Michael Blume: »Islamische Religiosität nach Altersgruppen«, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Religionsmonitor 2008 - Muslimische Religiosität in Deutschland: Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken,* Gütersloh 2008, S. 44ff.

133 Vgl. Michael Blume: »Glauben und Demokratie. Der übersehene Wettbewerb der Regionen«, in: *Die Politische Meinung* Nr. 461 (April 2008), S. 33-37.

134 Vgl. Caldwell, *Reflections,* S. 33f.

135 Vgl. »A Ponzi Scheme That Works«, in: *The Economist* vom 19. Dezember 2009, S. 69ff.

136 Ebenda, S. 72.

137 Vgl. Luft, »Staat und Integration«, a.a.O., S. 19.

138 Konsortium, *Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund*, S. 62ff.

139 Meinhardt, »Mensch ärgere dich«, a.a.O.

140 Stefanie Flamm: »Die Affäre Hammelbein«, in: *Die Zeit* vom 20. August 2009, S. IIf.

141 Ebenda, S. 13.

142 Leserbrief in der FAZ vom 18. November 2009.

143 Vgl. Jens Anker: »Kreuzberger zum Dinner bei Obama«, in: *Berliner Morgenpost* vom II. März 2010, S. 15.

144 Zur Einwanderung von Hochqualifizierten in Deutschland vgl. Seven Astheimer: »Zwischen Oktoberfest-Image und Hochleistungsstandort«, in: FAZ vom I. März 2010, S. II.

Kapitel 8

1 Vgl. zum Grundsätzlichen, aber auch zur tiefergehenden quantitativen Analyse Herwig Birg*: Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren,* 2. aktualisierte Auflage München 2004, sowie ders.: *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, 4. Auflage München 2005.

2 Vgl. Joshua R. Goldstein/Tomáš Sobotka/Aiva Jasilioniene: »The End of ⟩Lowest-Low⟨ Fertility?« in: *MPIDR Working Paper* WP-2009-029, Rostock 2009. Mikko Myrskylä/Hans-Peter Kohler/Francesco C. Billari: »Advances in Development Reverse Fertility Declines«, in: Nature Vol. 460 vom 6. August 2009, S. 741ff., sowie Shripad Tuljapurkar: »Babies Make a Comeback«, in: ebenda, S. 693f.

3 Herwig Birg, den ich um eine Stellungnahme zu Goldsteins Argumentation bat, wies mich darauf hin, dass in Deutschland die altersspezifischen Geburtenziffern für Frauen bis zum 37. Lebensjahr keinen

Anstieg zeigen. Für den Jahrgang 1970 lag die CFR [Cohort Fertility Rate] (37) bei 1380. Auch ein Trend zum Anstieg in der Kohortenfertilität für die Altersgruppe 38 bis 49 Jahre ist nicht erkennbar. Allenfalls kann hier aufgrund der Erfahrung der Vergangenheit der CFR ein Punktwert 110 hinzugefügt werden. Dann wäre man bei einer gesamten CFR von 1500 Punkten. Es ist bisher für Deutschland empirisch nicht belegt, dass Geburten, die in jüngeren Jahren nicht erfolgen, in späteren Jahren nachgeholt werden.

4 So weist die im Jahre 1958 veröffentlichte erste UN-Bevölkerungsprognose für das Jahr 2000 nur einen Schätzfehler von 3,5 Prozent auf. Alle im Folgenden verwandten Zahlen, die nicht anders belegt sind, nach Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: *World Population Prospects*: *The 2008 Revision.* Data online.

5 Zum Zusammenhang von Fruchtbarkeit und wirtschaftlicher Entwicklung siehe die kompakte Darstellung »Briefing Fertility and Living Standards. Go forth and muliply a lot less«, in: *The Economist* vom 31. Oktober 2009, S. 29ff.

6 Vgl. Population Division, *World* Population Prospects: The *2008* Revision <http://esa.un.org/unpp>. Zu Erklärungsversuchen siehe Goldstein/Sobotka /Jasilioniene, »The End of ⟩Lowest-Low⟨ Fertility?«, a.a.O., S. 13ff. Die Autoren erklären dies hauptsächlich damit, dass sich das Absinken der Fruchtbarkeitsziffer auch aus der Verschiebung des Zeitpunktes des ersten Kindes ergab und dass diese Wirkung jetzt ausläuft. Die jahrzehntelange und andauernde Stabilität der zusammengefassten Geburtenrate in Deutschland, die bei Schwankungen keinen Anstieg nach oben erkennen lässt, deutet allerdings darauf hin, dass diese Erklärung für Deutschland nicht zutrifft.

7 Vgl. Haya El Nasser: »For many Asian Americans, Cultural Factors Help Limit Recession's Impact«, in: *USA Today* vom 17. November 2009, S. if.

8 Berechnet nach der Jahrgangsfertilität der Frau. Die Berechnung der Geburtenrate nach dem Jahrgang der Geburt schwankt stärker und führte Mitte der sechziger Jahre sogar zu einem Geburtengipfel von 2,4 Kindern je Frau. Siehe zur Erläuterung Birg, Die *demographische Zeitenwende*, S. 49ff.

9 Vgl. Charles Darwin: *Die Abstammung des Menschen,* aus dem Englischen von Heinrich Schmidt, Frankfurt/M. 2009, S. 227ff.

10 Vgl. Birg, *Die demographische Zeitenwende,* S. 73ff. Birg stützte sich dabei auf die amtliche Totalzählung der Geburtenstatistik sowie auf perinatologische Basiserhebungen der Krankenhäuser in Westfalen-Lippe. Der Unterschied zum Mikrozensus 2008, der für die Kinderlosigkeit der Jahrgänge 1964 bis 1988 einen Anteil Kinderloser von 21 Prozent errechnet, ergibt sich aus dem höheren Kinderanteil der Frauen mit Migrationshintergrund und aus dem Stichprobenfehler des Mikrozensus 2008.

11 Vgl. Drake Bennett: »Islam's Darwin Problem. In the Muslim World, Creationism is on the Rise«, in: *The Boston Globe* vom 25. Oktober 2009.

12 Vgl. Darwin, *Die Abstammung des Menschen,* S. 216f.

13 Vgl. ebenda, S. 43ff. Dort heißt es und wird mit Beispielen unterlegt: »Die Inferiorität der Europäer in Bezug auf das Gesicht und die anderen Sinne im Vergleich zu den Wilden ist ohne Zweifel die gehäufte und vererbte Wirkung eines in vielen Generationen verminderten Gebrauchs.« So habe Rengger [Johann Rudolf Rengger, 1795 - 1832, Naturforscher und Arzt] wiederholt Europäer beobachtet, »die unter wilden Indianern aufgezogen waren und ihr ganzes Leben bei ihnen verbracht hatten und die trotzdem an Schärfe ihrer Sinne den Wilden nicht gleichkamen. Derselbe Naturforscher macht die Bemerkung, dass die zur Aufnahme der verschiedenen Sinnesorgane am Schädel vorhandenen Höhlen bei den amerikanischen Ureinwohnern größer sind als bei den Europäern; und dies beweist offenbar eine entsprechende Verschiedenheit in den Dimensionen der Organe selbst.«

14 Ebenda, S. 9f.

15 Ebenda, S. 36f.

16 Vgl. Gregor Mendel: »Versuche über Planzenhybriden«, in: *Verhandlungen des Naturforschenden Vereins in Brünn,* Bd. IV 1866, S. 3ff.

17 Vgl. Friedrich A. von Hayek: »Noch einmal: Angeboren oder anerzogen«, Erstveröffentlichung 1971, abgedruckt in: ders.: *Wirtschaftstheorie* und *Wissen,* Tübingen 2007, S. 43ff.

18 Darwin, *Die Abstammung des Menschen*, S. 101.

19 Die Mendelschen Regeln wurden 1904 durch die von Walter Sutton und Theodor Boveri begründete Chromosomentheorie der Vererbung bestätigt und damit erst bekannt.

20 Vgl. Darwin, *Die Abstammung des Menschen*, S. 16of.

21 Ebenda, S. 167.

22 Ebenda, S. 172.

23 Ebenda, S. 175.

24 Ebenda, S. 178f.

25 Alfred Russel Wallace: »Human Selection«, in: *Popular Science Monthly* 38 (1890), S. 90ff.

26 Vgl. Julian Huxley: *Evolution: The Modern Synthesis*, London 1942. Zur Übersicht über die Ideengeschichte der eugenischen Forschung seit Darwin vgl. Richard Lynn: *Dysgenics. Genetic Deterioration in Modern Populations,* Westport 1996, S. 4ff.

27 Vgl. Julian Huxley: »Eugenics in Evolutionary Perspective«, in*: Eugenics Review* 54 (1962), S. 123f.

28 Zur Übersicht über die verschiedenartigsten Einwände und deren Fundierung vgl. Lynn, *Dysgenics,* S. 198ff.

29 Interview mit Leo Apotheker, in: *FAZ* vom 7. Dezember 2009, S. 7.

30 So nannte der Direktor des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung kürzlich vier Forschungsschwerpunkte für die Demografie in der entwickelten Welt: (I) Wirtschaftliche Trends und Fruchtbarkeit, (2) Kohorteneffekt späterer Geburten und Wiederaufholung, (3) Alternative Indikatoren zur zusammengefassten Fruchtbarkeitsziffer. (4) Konsequenzen der Ära der besonders niedrigen Fruchtbarkeit. Vgl. Goldstein/Sobotka/ Jasilioniene, »The End of >Lowest-Low< Fertility?«, a.a.O., S. 26f.

31 Statistisches Bundesamt: *Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland,* Wiesbaden 2009, Tabelle 10 der ergänzenden Unterlagen zur Pressekonferenz am 29. März 2009.

32 Bei den höheren Kinderzahlen wurde vom Statistischen Bundesamt nur erfragt »3 Kinder oder mehr«. Hier wurde die Annahme getroffen, dass in dieser Kategorie bei niedrigem Bildungsstand 3,9, bei mittlerem 3,6 und bei höherem 3,3 Kinder geboren wurden, um auf diese Weise zurückhaltend das Phänomen von Großfamilien in der Unterschicht abzubilden. Die Zahlen stellen auf diese Weise gewiss keine Übertreibung dar.

33 Vgl. Bernhard Gräf: »Die Antwort ist 40 - aber wie lautete eigentlich die Frage? Zur Kinderlosigkeit von Akademikerinnen, in: Deutsche Bank Research vom 20. Juli 2006. Gräf wertet anhand der Ergebnisse der verschiedenen Mikrozensen längerfristige Trends aus. Rührend sein Versuch, die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen als Unterproblem der allgemeinen Kinderlosigkeit darzustellen. Die Problematik etwaiger dysgenischer Wirkungen wird weiträumig umgangen.

34 Vgl. Interview mit Ingrid Metz-Göckel und Inken Lind: »Mittelbau bleibt lieber kinderlos«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 8. Oktober 2010, S. 15.

35 Vgl. Lynn: *Dysgenics.*

36 Vgl. Rüdiger Vaas/Michael Blume: *Gott, Gene und Gehirn*, Stuttgart 2009, S. 65ff. Für Deutschland hat Herwig Birg den Zusammenhang belegt. Vgl. Herwig Birg u.a.: *Die biographische Theorie der demographischen Reproduktion,* Frankfurt/M. 1991.

37 Vgl. Michael Blume: »The Reproductive Benefit of Religious Affiliation«, in: E. Voland/W. Schiefenhövel (Hrsg.): *The Biological Evolution of Religious* Mind, Berlin/Heidelberg 2009, S. 117ff.

38 Vgl. ebenda, S. 120.

39 Michael Blume im Interview mit Doris Maull im SWR 2 am 5. Mai 2009.

40 Vgl. Friedrich A. von Hayek: »Die überschätzte Vernunft«, Erstveröffentlichung 1983, abgedruckt in ders.: *Wirtschaftstheorie und Wissen,* Tübingen 2007, S. 109ff., hier insbesondere S. 128ff.

41 Vgl. Mark Levels/Jaap Dronkers/Gerbert Kraaykamp: »Immigrant Children's Educational Achievement in Western Countries: Origin, Destination, and Community Effects on Mathematical Performance«, in: *American Sociological Review* Bd. 73 (2008), S. 835ff., insbesondere Tabelle 2, S. 845.

42 Der Deutsche Städtetag hat nach eigener Auskunft hierzu keine Erkenntnisse.

43 Vgl. Herwig Birg: *Die ausgefallene Generation*, München 2005, S. 108.

44 Vgl. Lena Friedrich: »Wohnen und innerstädtische Segregation von Migranten in Deutschland«, in: *Working Paper* 21 (2008), hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, *S.* 53f., hier S. 58.

45 Vgl. Karin Schönwälder/Janina Söhn: »Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland. Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen«, in: *WZB Discussion Paper* Nr. SP IV 2007-601, S. 27.

46 Stefan Luft: »Staat und Integration. Zur Steuerbarkeit von Integrationsprozessen«, in: *Sozialwissenschaftlicher Informationsdienst, Migration und ethnische Minderheiten* 2008/1, S. 25.

47 Vgl. Henryk M. Broder: »Verfluchte Freiheit«, in*: Der Spiegel* 36/2009, S. 138f., dort die Besprechung des Buches von Hamed Abdel-Samad: *Mein Abschied vom Himmel.*

48 »In the Blood. Attitudes Towards Redistribution Have a Strong Cultural Component«, in: *The Economis*t vom 6. Juni 2009, S. 72.

49 Dass Einwanderung keine Lösung ist, sondern in der europäischen Variante das Problem weiter verschärft, wurde im letzten Kapitel dargelegt. Es ist nämlich keineswegs gleichgültig, wer zuwandert. Die für die Einwanderung nach Deutschland relevanten Herkunftsgebiete - Türkei, Nah- und Mittelost, Nordafrika - weisen sowohl bei den Pisa-Studien als auch bei den TiMSS-Studien (International Mathematics and Science Study) sehr niedrige Werte aus, die zur Schulleistung der entsprechenden Migrantengruppen in den Bestimmungsländern passen. Diese Leistungen liegen weit unter jenen, die in Ländern Osteuropas - etwa Russland, Bulgarien, Rumänien, baltische Staaten - oder Ländern des Fernen Ostens - etwa Thailand, Taiwan, Hongkong, Malaysia, Singapur - gemessen werden. Eine Zusammenstellung der Ergebnisse unterschiedlicher Tests findet sich bei Richard Lynn/Tatu Vanhaanen: *IQ and the Wealth of Nations*, Westport 2002, S. 68ff. Auch die guten heimatlichen Schulleistungen von Osteuropäern und Ostasiaten korrespondieren mit den Schulleistungen der entsprechenden Migrantengruppen in Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland. Diese Stabilität des Zusammenhangs zwischen der in den Herkunftsländern und der an den Schulen der Einwanderungsländer gemessenen intellektuellen Leistung lässt die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen, dass die fortgesetzte Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost das durchschnittliche intellektuelle Leistungsniveau in den Einwanderungsländern negativ beeinflusst.

50 Peter Wensierski: »Schlechtes Blut«, in: Der *Spiegel* 36/2009, S. 52. Dort heißt es weiter: »In Deutschland deuten Einzeluntersuchungen von genetischen Beratungsstellen oder türkischen Kinderärzten auf eine besorgniserregend hohe Zahl arrangierter Ehen unter Verwandten hin. Die Berliner Professoren Rolf Becker und Rolf-Dieter Wegener... diagnostizierten bei 500 Verwandtenehen 35 schwere Krankheitsfälle. Bei Verwandtenehen über mehrere Generationen steige das Risiko, ein behindertes Kind zu bekommen, im Einzelfall mitunter auf 25 Prozent... Der langjährige Leiter der genetischen Beratungsstelle der Berliner Charité, Jürgen Kunze, hat im Nahen Osten Regionen mit bis zu 80 Prozent Verwandtenehen gefunden. In der Türkei werden, je nach Landstrich, 20 bis 30 Prozent der Ehen innerhalb der Familie arrangiert.«

51 Daten des Statistischen Bundesamtes. Vgl. zur Kommentierung auch Holger Steltzner: »Sozialstaat in Schieflage«, in: *FAZ* vom 26. Januar 2010, S. I.

52 Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat: *Replacement Migration,* Bericht vom 17. März 2000, siehe insbesondere Tabellen 8 und II.

53 Gunnar Heinsohn: »Finis Germaniae? Reflexionen über demografische Ursachen von Revolutionen, Kriegen und politischen Niederlagen«, in: *Kursbuch* 162 (2005), S. 10f.

54 Als Negativbeispiel siehe Thomas Straubhaar: »Wandern für den Wohlstand«, in: FAS vom 7. Februar 2010, S. 46.

55 Was dort noch auf uns zukommen kann, zeigen die gegenwärtigen Erfahrungen Israels mit afrikanischer Einwanderung. Vgl. Hans-Christian Rössler: »Das Buch Exodus«, in: *FAS* vom 7. Februar 2010, S. 8.

56 Birg, *Die demographische Zeitenwende*, S. 14.

57 Ebenda, S. 11.

58 Vgl. Gunnar Myrdal: *Population. A Problem for Democracy. The Godkin Lectures* 1938, Gloucester Mass. 1962, S. 203 und S. 207.

59 Zur Familienpolitik im internationalen Vergleich siehe Birgit Fix: *Familienpolitik im internationalen* *Vergleich: von Europa lernen, Familienhandbuch* des *Staaatsinstituts für Frühpädagogik,* <www.familienhandbuch.de >.

60 Wie in Kapitel 3, Anmerkung 65, beschrieben, ist die praktische Relevanz von dysgenischen Wirkungen einer unterschiedlichen Geburtenhäufigkeit von Menschen mit eher hoher und eher niedriger Intelligenz in den USA in der Diskussion. Völlig unbestritten ist allerdings der logische Zusammenhang, dass eine teilweise Erblichkeit von Intelligenz bei anhaltend niedrigerer Fruchtbarkeit der relativ Intelligenteren zwingend die durchschnittliche Intelligenz einer Population senkt. Nach Meinung von Loehlin ist in den USA der »dysgenic trend... currently quite weak... Its effects could easily be reversed in a generation or two by a shift to mild positive eugenics if we as members of the society desire to bring this about by any of the variety of the methods available, ranging from discouraging reproduction by low-IQ teenagers to the provision of child-care facilities in graduate schools« (John C. Loehlin: »Whither dysgenics? Comments on Lynn and Preston«, in: Ulric Neisser [Hrsg.]: *The Rising Curve*, Washington 1998, S. 390).

61 Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008 <www.destatis.de>; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; <www.hamburg.de>.

62 Vgl. Alfred Boss/Björn Christensen/Klaus Schrader: »Die Hartz-IV-Falle: Wenn Arbeit nicht mehr lohnt«, in: *Kieler Diskussionsbeiträge* Nr. 474/475, März 2010, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft Kiel, S. 11f.

63 Vgl. Harald Förster: »Die intakte Familie als Auslaufmodell«, in: *FAZ* vom 8. November 2009.

64 Statistisches Bundesamt, Datenreport 2008 <www.destatis.de>.

65 US Census Bureau: *Fertility of American Women: 2007*, August 2008, S. 3.

66 Vgl. Statistisches Bundesamt, Elterngeld für Geburten 2007 nach Kreisen, <www.destatis.de>.

67 Vgl. Birg, *Die demographische Zeitenwende*, S. 78ff.

68 US Census Bureau: *Fertility of American Women: 2007*, August 2008, S. 7.

69 1996 erließ der Kongress den Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act (PRWORA). Der gab den Staaten größere Flexibilität bei der Bildung und Durchführung von Initiativen, um die Welfare-Abhängigkeit zu senken und die Beschäftigung von Mitgliedern von Familien mit niedrigem Einkommen zu fördern. Vgl. ebenda, S. 14f.

70 Ebenda, S. 5.

71 Stand 2009. Seit 2010 gibt es monatlich je 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 Euro fürs das dritte und 215 Euro für alle weiteren.

72 Bundesministerium der Finanzen: Datensammlung zur Steuerpolitik, Ausgabe 2008, S. 55.

73 Alle Zahlen siehe »Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2007«, in: Statisisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2009, Wiesbaden 2009, S. 555f.

74 Vgl. Gunnar Heinsohn: »Hartz IV und die Politische Ökonomie«, in: *FAZ* vom 15. März 2010, S. 10.

75 Bundesverfassungsgericht AZ 2 BvL 42/93

76 Der kombinierte Kinder- und Betreuungsfreibetrag für 2010 beläuft sich auf 7008 Euro pro Kind. Der Grundfreibetrag pro Ehegatten 8004 Euro. Für eine Familie mit zwei Kindern sind also 30 000 Euro jährlich steuerfrei.

77 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): *Sozialbericht 2009*, Bonn 2009, S. 260.

78 Vgl. Katharine Wrohlich: »Steuerliche Familienförderung in Frankreich und Deutschland«, in: *DIW Wochenbericht* 33/2005, S. 481ff., insbesondere die vergleichende Tabelle zum deutschen und französischen System, S. 482.

79 Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau von 32 Jahren ein zweites Kind bekommt, ist größer als die Wahrscheinlichkeit, dass sie in diesem Alter noch ein erstes Kind bekommt. Vgl. Birg, Die *demographische* Zeitenwende, S. 78.

80 Vgl. US Census Bureau: *Fertility of American Women:* 2007, August 2008; Laurant Toulemon: »La fécondité des immigrees: nouvelles données, nouvelle approche«, in: *Bulletin mensuel* de *l'Institut National d'etudes demographiques. Population* et *Sociétés* 400, April 2004; François Heran/Gilles Pison: »Deux enfants par femme dans la France de 2006: la faute aux immigrees?« in: *Bulletin mensuel de l'Institut National d'etudes demographiques. Population* **et** *Sociétés* 432, März 2007.

Kapitel 9

1 Patrick Bahners: »Zur Mobilisierung des Ekels«, in: *FAZ* vom I. März 2010, S. 28.

Personenregister

Abdullah ibn Abd al-Aziz, König von Saudi-Arabien
Aboutaleb, Ahmed
Ackermann, Josef
Adenauer, Konrad
Akin, Fatih
Ali, Ayaan Hirsi
Apotheker, Léo
Aristoteles, griech. Philosoph
Arnold, Jack
Arrow, Kenneth
Artelt, Cordula
Ash, Timothy Gordon
Assheuer, Thomas
Ates, Seyran
Augustus, röm. Kaiser

Bahners, Patrick
Balci, Güner Yasemin
Bauer, Joachim
Beck, Ulrich
Becker, Boris
Berrely, Claude
Birg, Herwig
Blume, Michael
Böger, Klaus
Bokassa, Jean-Bédel
Botsch, Gideon
Brändle, Peter
Brandt, Willy
Breughel, Pieter
Bude, Heinz
Bueb, Bernhard
Burckhardt, Jacob
Buschkowsky, Heinz
Busse, Astrid-Sabine
Butterwegge, Christoph

Caldwell, Christopher
Capa, Robert (eigentl. Endre Ernö Friedmann)
Cäsar, röm. Staatsmann
Ceric, Mustafa
Chomeini, Ruhollah Musavi
Churchill, Winston
Clinton, Bill
Cromwell, Oliver

Darwin, Charles
Deckl, Silvia
Dettling, Warnfried
Drechsel, Barbara
Dronkers, Jaap
Duncan, David
Dürer, Albrecht

Edison, Thomas Alva
Eibl-Eibesfeldt, Irenäus
Emcke, Carolin
Erasmus von Rotterdam
Erdogan, Reccep Tayyib
Erhard, Ludwig
Ertl, Gerhard
Esser, Hartmut

Fend, Helmut
Flamm, Stefanie
Flynn, James R.
Fortuyn, Pim
Freud, Sigmund
Frey, Andreas
Fromm, Erich
Fryer, Roland

Galton, Francis
Gandhi, Mahatma
Gauß, Carl Friedrich
Geißler, Heiner
Goethe, Johann Wolfgang
Goetze, Carola
Gogh, Theo van
Greg, W
Gregor VII., Papst

Grimm, Jacob und Wilhelm

Hajatpour, Reza
Hanushek, Eric A.
Hayek, Friedrich August von
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich
Heinrich IV, röm.-dt. Kaiser
Heinsohn, Gunnar
Heisig, Kirsten
Henki, Aysu
Henki, Mehmet
Heptaygun, Ceyhun
Hesse, Hermann
Hitler, Adolf
Hobbes, Thomas
Horthy, Miklos
Humboldt, Alexander von
Hume, David
Huxley, Sir Julian Sorell

Jacobs, Arthur
Joyce, James

Kant, Immanuel
Karl der Große, röm.-dt. Kaiser
Karl L, engl. König
Käßmann, Margot
Kekilli, Sibel
Kelek, Necla
Kermani, Navid
Kim Il Sung
Klieme, Eckhard
Kloepfer, Inge
Kolat, Kenan
Köller, Olaf
Konstantin I. (der Große), röm. Kaiser
Kopernikus, Nikolaus
Körting, Ehrhart
Kraaykamp, Gerbert

Laqueur, Walter
Largo, Remo H.
Lartet, Edouard Armand
Lassalle, Ferdinand
Lenin (Wladimir Iljitsch Uljanow)
Lenzen, Dieter
Leo III., Papst
Lerch, Wolfgang Günter
Lessing, Doris
Leszczensky, Michael
Levels, Mark
Levi-Strauss, Claude
Linssen, Helmut
Liu, Zhengrong
Loos, Reinhard
Lorenzo, Giovanni di
Ludwig, Christa
Luft, Stefan
Lynn, Richard

Madonna (Madonna Louise Ciccone)
Maiziere, Thomas de
Maldoom, Royston
Mann, Golo
Marton, Kati
Marx, Karl
Matthäus, Evangelist
Meddeb, Abdelwahab
Meinlschmidt, Gerhard
Mendel, Johann Gregor
Merkel, Angela
Micklethwait, John
Mohammed, Religionsstifter
Mönch, Regina
Moore, Henry
Mozart, Wolfgang Amadeus

Myrdal, Gunnar

Nagel, Tilman
Naipaul, Vidiadhar Surajprasad
Napoleon, Kaiser der Franzosen
Naserbajew, Nursultan
Neumann, John von (Jinos Neumann de Margitta)
Nullmeier, Frank

Oettinger, Günther
Oger, Vural
Onken, Julia

Pahl, Thilo
Pasche, Uta
Peters, Wilhelm
Popper, Karl
Powell, Enoch
Prenzel, Manfred
Pythagoras von Samos

Ramadan, Hani
Ramadan, Tariq
Rattle, Sir Simon
Rawls, John
Rhodes, Cecil
Richter, Ludwig
Rindermann, Heiner
Rommelspacher, Birgit
Romulus Augustulus, röm. Kaiser
Rousseau, Jean-Jacques
Rushdie, Salman
Russ, Klaus
Russell, Bertrand

Saad, Fadi
Safranski, Rüdiger
Schadow, Johann Gottfried

Scheffer, Paul
Schiller, Friedrich
Schmidt, Helmut
Schneider, Ulrich
Scholz, Olaf
Schröder, Christoph
Schröder, Gerhard
Schümer, Dirk
Schwarzenberg, Karl Philipp Fürst zu
Seibert, Holger
Seidl, Claudius
Sen, Amartya
Sinn, Hans-Werner
Shakespeare, William
Södding, Florian
Sonnenburg, Annegret
Sorgec, Nihat
Stalin, Josef
Steinfeld, Thomas
Stern, Elsbeth
Stern, Wilhem (William)
Stieler, Joseph Karl
Strawinsky, Igor
Suleiman/Süleyman I. (der Große, der Prächtige), Sultan der Osmanen
Sürücü, Ayham
Sürücü, Hatun
Sußmann, Dirk

Teller, Edward
Tibi, Bassam
Tocqueville, Alexis de
Trittin, Jürgen

Vanhanen, Tatu
Voltaire (François Marie Arouet)

Wallace, Alfred Russel
Walter, Franz
Warhol, Andy
Weber, Max

Weiss, Volkmar
Werner, Götz
Westergaard, Kurt
Wieczorek, Norbert
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wilde, Oscar
Will, Anne
Wilson, Edward O.
Winter, Leon de
Winterhoff, Michael
Wooldridge, Adrian
Wößmann, Ludger

Zöllner, Jürgen

Sachregister

Abgeschiedensein, kulturelles
Abstammung des Menschen
Abwanderung aus Deutschland
Afrika
Ägypten
Alewiten
Alleinerziehende
Altenquote
Alterung der Erwerbsbevölkerung
Antisemitismus
Araber
Arbeit
- als Mittel der Sozialisation
- Anreize zur Arbeitsaufnahme
- Arbeitsmarktpolitik und Verhaltenslenkung
- Bildung und Mindestqualifikation
- Ende der Arbeitsgesellschaft?
- Mindestsicherung und Mindestlohn
- und Globalisierung
- und kulturelle Prägung
- und Lohnabstandsgebot
- und Marktorganisation
- und Produktionsstruktur
- und Regelsatz der Grundsicherung
- und technischer Fortschritt
Arbeitsmarkt, informeller
- geringe Beteiligung
- Integration
- Migranten
- Problemgruppen
Arbeitsmarktdefizite, qualifikationsbedingte
Arbeitsproduktivität
Arbeitsvolumen
Arbeitszeit
Arbeitszwang
Armut
- absolute und relative
- Definition
- geistige und moralische
- im biblischen Sinn
- materielle
- und Ernährung
- und Gerechtigkeit
- und Gesellschaft
- und Gesundheit
- und Glück
- und individuelles Verhalten
- und Selbstbestimmung
- und sozialer Rang
- und Umverteilung
- und Ungleichheit
Armutsbekämpfung
- Kosten
- Nebenwirkungen
Armutsmigranten
Arrow-Paradoxon
Assimilation
Asylanten
Aufklärung
Aussiedler

Berliner Tafel
Betreuungs- und Bildungsangebote
Bevölkerungsentwicklung
- in der Welt
- in Deutschland
- Modellrechnung nach Migranten
- Modellrechnung nach Schichten
- natürliche
Bevölkerungspolitik
Bevölkerungsprognose
- für die Welt
- für Deutschland
Bibel
Bildsamkeit des Geistes
Bildung
- akademische
- Ausgaben für
- Bekämpfung von Leistungsdefiziten
- berufliche
- Bildungsferne Milieus
- Bildungskanon
- Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit
- Denken und Auswendiglernen
- Föderalismus
- Frühkindliche Erziehung
- im internationalen Vergleich

- im Vergleich der Bundesländer
- Jahrgangsübergreifendes Lernen
- Leistungsvergleiche
- Lesekompetenz
- Mathematische Kompetenz
- Muslimische Migranten
- Niveauveränderungen im Zeitablauf
- Privatschulen
- und Begabung
- und Geburtenverhalten
- und Geschlecht
- und Herkunft
- und Schulsystem
- und Sport
- und Übung
- und Ungleichheit
- Ziele des Bildungssystems
- Zuwendung und Forderung
Bürgergeld
Burka

Chauvinismus
China
Christen in der Türkei
Christentum
Demografische Entwicklung
- in den entwickelten Industriegesellschaften
- in der Welt
- in Deutschland
- Quantität und Qualität

Demokratie
Deutschkurse
Deutschland
- Bevölkerungsprognosen
- intellektuelles Potential
- Zu- und Abwanderung
»Deutschländer«

Ehe
Einwanderung in Deutschland
Erwerbsbevölkerung

Erziehung, frühkindliche
Euro-Islam
Europa
Evolution, biologische
Existenzminimum

Exklusion, soziale
Familie
- Besteuerung
- Ehegattensplitting
- Elterngeld, Elternzeit
- Familiengründung
- Familienlastenausgleich
- Familiennachzug
- Familiensplitting
- Familienstruktur, traditionelle
- Kindergeld
- Kosten für Kinder
- Prämien für Kinder
Fertilität (Fruchtbarkeit)
- Transferabhängige Unterschicht
- und Bildungsgrad
- und Einkommen
- und Migrationshintergrund
- und Religiosität
Fortschritt, technischer
Frankreich
Frauen
- Anteil lebenslang kinderlose
- Emanzipation
- gebildete und erfolgreiche
- Gleichberechtigung im Islam
- Kleidungsvorschriften im Islam
Frauenrechtlerinnen, islamische
Fremdheit, kulturelle
Fundamentalismus

Ganztagsbetreuung

Ganztagsschule
Garantiertes Einkommen für alle
Gastarbeiter
Geburtenhäufigkeit
Geburtenstruktur, dysgenisch wirkende
Generatives Verhalten, Schichtabhängigkeit
Gesellschaft
- deutsche
- islamische
Gesellschaftsordnung
Gewalt
Gewaltkriminalität
Griechen
Grundeinkommen, bedingungsloses
Grundlast, demografische
Grundsicherung
Gruppenzugehörigkeit
Güter, öffentliche

Hartz-IV-Menü
Heiratsverhalten
Herkunft
Herrschaft
Heterogenität
Hochschulen
- Absolventen
- Auslastungsquoten

Inder
Indien
Innovationspotential
Integration
-und Assimilation
- und Sozialstaat
Intelligenz
- Demografie
- durchschnittliche in der DDR
- Erblichkeit
- Fertilität
- fluide und kristalline
- Geschlecht
- Juden aus Europa
- Umwelteinflüsse
- wissenschaftlich-technische
Intelligenzforschung
Intelligenzmessungen
Intelligenzquotient (IQ)
Inzucht
Islam
- als System
- orthodoxer
-säkularer
- traditioneller
- und Gewalt
- und Radikalität
Islamische Republik Iran
Islamisierung
Islamismus
Islamkonferenz
Islamophobie
Israel
Italien

Jahrgangsübergreifendes Lernen (JüL)
Japan
Jugendquotient

Kanada
Kettenwanderung
Kinderfreibeträge, steuerliche
Kindergartenpflicht
Kindergeld
Kinderlosigkeit gebildeter Frauen
Kleinasien
Klima
Kombilohn
Kopftuch
Koran
Korrektheit, politische
Kosten der Armutsbekämpfung

Kosten von Kindern
Kriegsflüchtlinge
Kulturerbe, deutsches
Kulturunterschied zwischen Stadt und Land

Lebensziele, bürgerliche
Legitimation

Männlichkeitswahn
Mathematik-Olympiade
Medien, elektronische
Mendelsche Gesetze
Menschenrechte
Menschheitszukunft, transnationale
Methode, historisch-kritische
Migranten
Migranten, muslimische
- Erwerbsbeteiligung
- Geburtenrate
- Heiratsverhalten
- Kulturelle Fremdheit
- Kulturelle Integrationsprobleme
- Ökonomische Integrationsprobleme
- Religiosität
- Schulleistungen
- Selbstständigenquote
- Sozialstaat
- Transferabhängigkeit
Migration siehe Zuwanderung
Migrationshintergrund
Mindesteinkommen, garantiertes
Minijob
Mohammed-Karikaturen
Muslime
- in Deutschland
- in Europa
- liberale
Muttersprache

Naher und Mittlerer Osten
Nation
Nationalstaat
Nettoäquivalenzeinkommen
Nettoreproduktionsrate
Neukölln

Paar
Pakistan
Palästina
Parallelgesellschaft
Parteien, rechtspopulistische
Partnerwahl
Pisa-Test
Portugiesen
Prägung, kulturelle
Preise, relative
Primärverteilung
Produktivität

Rang, sozialer
Rassismus
Rechtsradikalismus
Rechtsstaat, säkularer
Reformation
Religion
Resilienz
Römisches Reich
Russland

Säkularisierung
»Säkularisten«
Schari'a
Schichten
- Austausch
- bildungsferne
- bildungsnahe
- ethnische
- soziale
Schüten
Schleier

Schulunterricht in der Muttersprache
Schwarzarbeit
Segregation
Sekundärtugenden
Selbstständigenquote
Selbstverantwortung
Selektion
Selektionsvorteil
Skandinavien
Sozialhilfe
Sozialisation
Sozialisationsdefizite
Sozialkontrakt
Sozialmissbrauch
Sozialstaat
- Anziehungskraft
- Fehlanreize
- Integration
- negative Selektion der Migranten
- Zuwanderung
Sozialstrukturatlas
Sozialtransfers
Spanier
Spätaussiedler
Sprache
Staatsbürgerschaft
Status, sozioökonomischer
Sunniten
Symbolfunktionen in der Bildung

Teilhabe- und Verwirklichungschancen
Territorialprinzip
Terrorismus
Theologie, islamische
Theorie der sozialen Gerechtigkeit
Toleranz, religiöse
Transferabhängigkeit
Trennung von Kirche und Staat
Türkei
Türken

Umlageverfahren in der Rentenversicherung
Umverteilung
Umweltschutz
Ungleichheit
UNO
Unterschicht
- Abkopplung, gesellschaftliche
- Bildungs- und Leistungsbereitschaft
- Mentalitätsprofil
- Verhalten, generatives
Unterschichtfamilien, bildungsferne
Unterschichtung
Unterschiede, kulturelle
USA

Variabilität der menschliche Anlagen
Verkehrssprache
Vietnam
Vietnamesen
Völkerwanderung
Volksbegehren
Volkseinkommen

Wahhabismus
Wandel, gesellschaftlicher
Wettbewerb im Bildungswesen
Wiederaufbau
Willkommenskultur
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland
Wirtschaftswunder
Wohlfahrtsstaat
Wohlstand
- Bestimmungsgründe
- Entwicklung
- Internationaler Vergleich

Workfare-Konzept

Xenophobie

Zeitalter, goldenes
Zusammenhang, sozialer
Zuwanderung
- in den Sozialstaat
- in der Menschheitsgeschichte
- in Deutschland
- Kontrolle
Zwillingsforschung

Tabelle Demografie, Produktivität und Altenlast

Die Tabelle auf den folgenden Seiten fußt auf eigenen Berechnungen nach Vorgaben der II.Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 2-WI und Modellrechnung GI-LI-WO) unter der Annahme folgender Parameter:

- konstante Geburtenhäufigkeit (2007 TFR I,4)
- Anstieg der Lebenserwartung Neugeborener (2050) auf 84,5 Jahre (männlich) und 89 Jahre (weiblich)
- positiver Zuwanderungssaldo von jährlich 50 000 Personen.

Die aktuelle II. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung setzt auf den Ist-Zahlen zum Jahresende 2005 auf, daher stellt dieses Jahr die Basis für die weitergehenden Berechnungen dar.

Altersgruppe (in 1000)		2005	2010
A Demografische Entwicklung			
0 bis unter 20 Jahre	männlich	8455	7684
	weiblich	8030	7294
	gesamt	16486	14978
20 bis unter 50 Jahre	männlich	17806	17030
	weiblich	17133	16412
	gesamt	34939	33441
50 bis unter 65 Jahre	männlich	7522	8180
	weiblich	7621	8232
	gesamt	15143	16412
65 Jahre und älter	männlich	6556	7172
	weiblich	9314	9677
	gesamt	15870	16849
nachrichtlich: Bezieher von Pensionen, Alters-			
oder Witwen-/Witwerrente*	männlich	8302	8900
	weiblich	11610	11821
	gesamt	19912	21140
gesamt	männlich	40340	40065
	weiblich	42098	41614
	insgesamt	82438	81679
B Produktivitätsentwicklung je Arbeitsstunde	(in %)	1,25	1,20
C Erwerbsbeteiligung			
Erwerbstätige, 20- bis unter 50-Jährige (in 1000)	männlich	14273	13624
	weiblich	11866	11488
	gesamt	26139	25112
Erwerbstätige, 50- bis unter 65-Jährige (in 1000)	männlich	4806	5317
	weiblich	3838	4198
	gesamt	8644	9515
Erwerbsbeteiligung, 20- bis unter 50-Jährige (in %)	männlich	0,80	0,80
	weiblich	0,69	0,70
	Durchschnitt	0,75	0,75
Erwerbsbeteiligung, 50- bis unter 65-Jährige (in %)	männlich	0,64	0,65
	weiblich	0,50	0,51
	Durchschnitt	0,57	0,58
Erwerbstätige gesamt (in 1000)	männlich	19079	18941
	weiblich	15704	15686
	insgesamt	34783	34627
Verhältnis über 65-Jährige zu Erwerbstätigen (Anteil)		0,46	0,49

* Schätzungen unter Bereinigung um Mehrfach-Rentenbezieher

2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
7236	6826	6542	6292	5982	5614	5265	4983
6866	6471	6195	5962	5664	5315	4982	4717
14102	13296	12737	12253	11646	10929	10247	9700
15521	14240	13650	12997	12272	11465	10932	10357
15010	13804	13209	12533	11789	11007	10485	9928
30531	28044	26859	25530	24061	22472	21417	20284
9228	9703	8996	7863	7051	7106	6883	6567
9195	9584	8914	7859	7089	7099	6829	6470
18423	19287	17909	15722	14140	14205	13712	13037
7636	8238	9059	10181	10997	10966	10807	10624
9985	10537	11313	12379	13177	13206	13104	12925
17621	18774	20371	22560	24174	24172	23911	23549
9286	9817	10580	11653	12335	12055	11642	11216
11954	12362	13007	13948	14550	14291	13897	13433
22109	23556	25560	28305	30331	30328	30001	29547
39620	39006	38246	37332	36302	35151	33885	32531
41056	40395	39630	38732	37717	36626	35400	34039
80676	79401	77876	76064	74019	71777	69285	66570
1,15	1,10	1,05	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
12416	11392	10920	10398	9818	9172	8745	8285
10657	9939	9643	9274	8841	8255	7864	7446
23074	21331	20563	19672	18659	17427	16609	15731
6183	6598	6207	5504	4936	4974	4818	4597
4873	5271	5081	4637	4253	4259	4097	3882
11056	11869	11288	10141	9189	9234	8915	8479
0,80	0,80	0,80	0,80	0,80	0,80	0,80	0,80
0,71	0,72	0,73	0,74	0,75	0,75	0,75	0,75
0,76	0,76	0,77	0,77	0,78	0,78	0,78	0,78
0,67	0,68	0,69	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70
0,53	0,55	0,57	0,59	0,60	0,60	0,60	0,60
0,60	0,62	0,63	0,65	0,65	0,65	0,65	0,65
18599	17990	17127	15901	14753	14146	13563	12882
15530	15210	14723	13911	13094	12515	11961	11327
34129	33200	31850	29813	27848	26661	25524	24209
0,52	0,57	0,64	0,76	0,87	0,91	0,94	0,97

Fortsetzung DEMOGRAFIE, PRODUKTIVITÄT UND ALTENLAST

	2005	2010
D BIP-Entwicklung in Deutschland		
BIP real in Preisen von 2005 (in Mrd. €*)	2245	2363
Index BIP (2005 = 100)	100,0	105,3
jahresdurchschnittl. Veränderung im Fünf-Jahres-Zeitr. bis... (in %)		1,03
E nachrichtlich: BIP-Entwicklung je Einwohner		
BIP real in Preisen von 2005 (in €)	27228	28927
Index BIP pro Kopf (2005 = 100)	100,0	106,2
jahresdurchschnittl. Veränderung im Fünf-Jahres-Zeitr. bis... (in %)		1,22
F Demografie, Produktivität und Altenlast		
Demografische Entwicklung und Erwerbsbeteiligung		
Bevölkerung in Deutschland (in Mio.)	82,4	81,7
Menschen über 65 Jahre (in Mio.)	15,9	16,8
Erwerbstätige (in Mio.) 34,8	34,6	34,1
Belastungsquotient (Menschen über 65 pro Erwerbstätige)	0,46	0,49
Altenlast bei Entwicklung des Versorgungsniveaus		
analog zur Entwicklung des BIP je Einwohner		
Summe Altersversorgung, Krankheit, Pflege (in Mrd. €)	279	315
Anteil am Volkseinkommen (in %)	16,5	17,8
Altenlast bei gleichbleibendem Versorgungsniveau		
Summe Altersversorgung, Krankheit, Pflege (in Mrd. €)	279	300
Anteil am Volkseinkommen (in %)	16,5	16,9
Altenlast bei Absenkung des Versorgungsniveaus		
um 5 % in jedem Fünf-Jahres-Zeitraum		
Summe Altersversorgung, Krankheit, Pflege (in Mrd. €)	279	288
Anteil am Volkseinkommen (in %)	16,5	16,2

* alle €-Angaben real in Preisen von 2005

2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
2449	2505	2531	2494	2450	2461	2475	2467
109,1	111,6	112,8	111,1	109,2	109,6	110,3	109,9
0,72	0,45	0,21	–0,30	–0,35	0,08	0,12	–0,06
30359	31543	32505	32784	33103	34282	35724	37062
111,5	115,8	119,4	120,4	121,6	125,9	131,2	136,1
0,97	0,77	0,60	0,17	0,19	0,70	0,83	0,74
80,7	79,4	77,9	76,1	74,0	71,8	69,3	66,6
17,6	18,8	20,4	22,6	24,2	24,2	23,9	23,5
33,2	31,9	29,8	27,8	26,7	25,5	24,2	
0,52	0,57	0,64	0,76	0,87	0,91	0,94	0,97
347	387	435	492	538	562	582	599
18,9	20,5	22,9	26,2	29,2	30,4	31,3	32,3
318	343	378	425	462	470	473	475
17,3	18,2	19,8	22,6	25,1	25,4	25,4	25,6
293	304	322	350	368	363	355	347
15,9	16,1	16,9	18,7	20,0	19,6	19,1	18,7

Fortsetzung DEMOGRAFIE, PRODUKTIVITÄT UND ALTENLAST

	2005	2010
G Altenlast bei Entwicklung des Versorgungsniveaus analog zur Entwicklung des BIP je Einwohner		
Leistungen der Rentenversicherung* für Alterssicherung (in Mrd. €**)	196	
Pensionen (in Mrd. €)	34	
Grundsicherung im Alter (in Mrd. €)	3	
Summe Altersversorgung (in Mrd. €)	232	262
Ausgaben für Altersversorgung je Renten-/Pensionsbezieher (in €)	11 660	12 388
Leistungen d. Pflegevers. 2005: 17,9 Mrd. €, davon 90 % (in Mrd. €)	16	18
Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, soweit nicht endogen finanziert (in Mrd. €)	31	35
Summe Ausgaben für Krankheit und Pflege im Alter (in Mrd. €)	47	53
Ausg. für Krankheit und Pflege je Renten-/Pensionsbezieher (in €)	2361	2531
Summe Altersversorgung, Krankheit, Pflege	279	315
Ausg. für Altersvers., Krankheit, Pflege je Renten-/Pensionsb. (in €)	14021	14919
Anteil am BIP (in %)	12,4	13,3
Anteil am Volkseinkommen (in %)	16,5	17,8
H Altenlast bei gleichbleibendem Versorgungsniveau		
Leistungen der Rentenversicherung** für Alterssicherung (in Mrd. €)	196	
Pensionen (in Mrd. €)	34	
Grundsicherung im Alter (in Mrd. €)	3	
Summe Altersversorgung (in Mrd. €)	232	246
Ausgaben für Altersversorgung je Renten-/Pensionsbezieher (in €)	11 660	11 660
Leistungen d. Pflegevers. 2005: 17,9 Mrd. €, davon 90 % (in Mrd. €)	16	18
Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, soweit nicht endogen finanziert (in Mrd. €)	31	35
Summe Ausgaben für Krankheit und Pflege im Alter (in Mrd. €)	47	53
Ausg. für Krankheit und Pflege je Renten-/Pensionsbezieher (in €)	2361	2531
Summe Altersversorgung, Krankheit, Pflege	279	300
Ausg. für Altersvers., Krankheit, Pflege je Renten-/Pensionsb. (in €)	14021	14191
Anteil am BIP (in %)	12,4	12,7
Anteil am Volkseinkommen (in %)	16,5	16,9

*gesetzliche Rentenversicherung und Bundesknappschaft, einschl. Witwen- und Witwerrenten
**alle €-Angaben real in Preisen von 2005

2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
287	318	356	397	430	445	459	469
13001	13508	13920	14039	14176	14681	15298	15871
21	24	27	33	38	40	43	46
39	45	52	62	71	76	80	85
60	68	80	94	109	116	123	130
2712	2907	3115	3339	3578	3835	4110	4405
347	387	435	492	538	562	582	599
15713	16415	17035	17378	17754	18516	19408	20276
14,2	15,4	17,2	19,7	22,0	22,8	23,5	24,3
18,9	20,5	22,9	26,2	29,2	30,4	31,3	32,3
258	275	298	330	354	354	350	345
11660	11660	11660	11660	11660	11660	11660	11660
21	24	27	33	38	40	43	46
39	45	52	62	71	76	80	85
60	68	80	94	109	116	123	130
2712	2907	3115	3339	3578	3835	4110	4405
318	343	378	425	462	470	473	475
14372	14567	14775	14999	15238	15495	15770	16065
13,0	13,7	14,9	17,0	18,9	19,1	19,1	19,2
17,3	18,2	19,8	22,6	25,1	25,4	25,4	25,6

Fortsetzung DEMOGRAFIE, PRODUKTIVITÄT UND ALTENLAST

	2005	2010
I Altenlast bei Absenkung des Versorgungsniveaus um 5 % in jedem Fünf-Jahres-Zeitraum		
Leistungen der Rentenversicherung* für Alterssicherung (in Mrd. €**)	196	
Pensionen (in Mrd. €)	34	
Grundsicherung im Alter (in Mrd. €)	3	
Summe Altersversorgung (in Mrd. €)	232	234
Ausgaben für Altersversorgung je Renten-/Pensionsbezieher (in €)	11 660	11 077
Leistungen d. Pflegevers. 2005: 17,9 Mrd. €, davon 90 % (in Mrd. €)	16	18
Leistungen der gessetzlichen Krankenversicherung, soweit nicht endogen finanziert (in Mrd. €)	31	35
Summe Ausgaben für Krankheit und Pflege im Alter (in Mrd. €)	47	53
Ausg. für Krankheit und Pflege je Renten-/Pensionsbezieher (in €)	2361	2531
Summe Altersversorgung, Krankheit, Pflege	279	288
Ausg. für Altersvers., Krankheit, Pflege je Renten-/Pensionsb. (in €)	14021	13608
Anteil am BIP (in %)	12,4	12,2
Anteil am Volkseinkommen (in %)	16,5	16,2

*gesetzliche Rentenversicherung und Bundesknappschaft, einschl. Witwen- und Witwerrenten

**alle €-Angaben real in Preisen von 2005

2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
233	235	243	255	260	247	232	217
10523	9997	9497	9022	8571	8143	7735	7349
21	24	27	33	38	40	43	46
39	45	52	62	71	76	80	85
60	68	80	94	109	116	123	130
2712	2907	3115	3339	3578	3835	4110	4405
293	304	322	350	368	363	355	347
13235	12904	12612	12361	12149	11977	11845	11753
11,9	12,1	12,7	14,0	15,0	14,8	14,4	14,1
15,9	16,1	16,9	18,7	20,0	19,6	19,1	18,7

2. Auflage 2010
Copyright © 2010 by Deutsche Verlags-Anstalt, München, in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Grafiken: Peter Palm, Berlin

elSBN 978-3-641-04898-3

www.dva.de

www.randomhouse.de